Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/1261

08. 10. 91

Sachgebiet 901

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 14. Dezember 1989 des Weltpostvereins

A. Zielsetzung

Deutschland ist Mitglied des Weltpostvereins. Grundlage sind die Verträge des Weltpostvereins, die weltweit die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Postwesens regeln. Die Verträge sind auf dem Weltpostkongreß Washington 1989 überarbeitet und neu beschlossen worden. Sie sollen nunmehr für Deutschland in Kraft gesetzt werden.

B. Lösung

Den Verträgen wird durch Vertragsgesetz zugestimmt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Kosten werden aus dem Bundeshaushalt getragen. Darüber hinaus werden Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (323) – 970 02 – We 10/91 Bonn, den 8. Oktober 1991

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 14. Dezember 1989 des Weltpostvereins mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Post und Telekommunikation.

Der Bundesrat hat in seiner 634. Sitzung am 27. September 1991 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf

Gesetz zu den Verträgen vom 14. Dezember 1989 des Weltpostvereins

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Washington am 14. Dezember 1989 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Verträgen des Weltpostvereins

1. Viertes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins
2. Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang
3. Weltpostvertrag
4. Postpaketabkommen
5. Postanweisungsabkommen
6. Postgiroabkommen und
7. Postnachnahmeabkommen

nebst Schlußprotokollen wird zugestimmt. Die Verträge nebst Schlußprotokollen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister für Post und Telekommunikation wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Vollzugsordnungen vom 15. Dezember 1989 zu den in Artikel 1 unter Nummer 3 bis 7 genannten Verträgen sowie Änderungen, die der Vollzugsrat des Weltpostvereins vor Zusammentreten des nächsten Weltpostkongresses zu diesen Vollzugsordnungen beschließt, in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Die Umrechnung des in den Verträgen des Weltpostvereins genannten Sonderziehungsrechts des Internationalen Währungsfonds in Deutsche Mark wird nach der Methode vorgenommen, die der Internationale Währungsfonds für seine Operationen und Transaktionen anwendet.

(2) Für die in den Verträgen aufgeführten Gebühren, Wertangabebeträge und Ersatzbeträge wird der in Sonderziehungsrechten ausgedrückte Wert der Deutschen Mark zum 1. Januar jeden Jahres jeweils für ein Jahr im voraus als Durchschnittswert festgesetzt. Der Durchschnittswert wird aus den Tageskursen des Sonderziehungsrechts der zwölf Monate berechnet, die am 30. September vor der jeweiligen Festsetzung enden. Der jeweils festgesetzte Durchschnittswert ist im Bundesanzeiger bekanntzugeben.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Verträge des Weltpostvereins für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Verträge des Weltpostvereins findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist erforderlich, da der Bundesminister für Post und Telekommunikation durch Artikel 2 des Gesetzes ermächtigt wird, Rechtsverordnungen abweichend von Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 gibt dem Bundesminister für Post und Telekommunikation die Möglichkeit, die zu den Verträgen des Weltpostvereins vom 14. Dezember 1989 gehörenden Vollzugsordnungen durch Verordnung in innerstaatliches Recht umzusetzen. Nach Artikel 102 Nummer 6.2 Satz 2 der Allgemeinen Verfahrensordnung des Weltpostvereins kann der Vollzugsrat des Weltpostvereins bei dringender Notwendigkeit eine Vollzugsordnung vor Zusammentreten des nächsten Weltpostkongresses ändern. Damit der Bundesminister für Post und Telekommunikation die Möglichkeit erhält, auch eine solche Änderung in gleicher Weise in innerstaatliches Recht umzusetzen, schließt die Ermächtigung diesen Fall ein.

Analog zu § 58 des Postverfassungsgesetzes ist vorgesehen, daß Rechtsverordnungen zur Inkraftsetzung der Vollzugsordnungen zu den Verträgen des Weltpostvereins nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Die den Verträgen des Weltpostvereins nachrangige Rechtsmaterie der Vollzugsordnungen bedarf ebensowenig der Beschlußfassung durch den Bundesrat wie die der Rechtsverordnungen, die auf Grund des § 58 des Postverfassungsgesetzes erlassen werden.

Zu Artikel 3

Artikel 3 regelt die Umrechnung des in den Verträgen des Weltpostvereins genannten Sonderziehungsrechts. Die gesetzliche Festlegung der Umrechnung ist für die innerstaatliche Anwendung der Verträge des Weltpostvereins notwendig. Für Gebühren, Wertangabebeträge und Ersatzbeträge muß aus betrieblichen Gründen ein Jahresmittelwert als sogenannter stabilisierter Umrechnungskurs bestimmt werden. Aus rechtsstaatlichen Gründen soll dieser Kurs jeweils im Bundesanzeiger bekanntgegeben werden.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die am 14. Dezember 1989 unterzeichneten Verträge des Weltpostvereins, und zwar

das Vierte Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins (BGBl. 1965 II S. 1636) nach seinem Artikel XI,

die Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nach ihrem Artikel 130,

der Weltpostvertrag nach seinem Artikel 94,

das Postpaketabkommen nach seinem Artikel 59,

das Postanweisungsabkommen nach seinem Artikel 13,

das Postgiroabkommen nach seinem Artikel 17 und

das Postnachnahmeabkommen nach seinem Artikel 9

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der Beitrag Deutschlands zu den Kosten des Weltpostvereins (Artikel 21 der Satzung in Verbindung mit Artikel 124 der Allgemeinen Verfahrensordnung) wird aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Darüber hinaus werden Bund, Länder und Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der Gesetzesentwurf hat keine Auswirkungen auf Einzelpreise oder das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau. Angesichts der Höhe des Beitrags an den Weltpostverein – zur Zeit etwa 1,5 Mio. DM/Jahr – ergeben sich auch keine Auswirkungen auf das Niveau der Postgebühren.

Quatrième Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle [1])

Les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union postale universelle, réunis en Congrès à Washington, vu l'article 30, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont adopté, sous réserve de ratification, les modifications suivantes à ladite Constitution.

Article I

(Article 7 modifié)

Unité monétaire

L'unité monétaire utilisée dans les Actes de l'Union est l'unité de compte du Fonds monétaire international (FMI).

Article II

(Article 11 modifié)

Adhésion ou admission à l'Union. Procédure

1. Tout membre de l'Organisation des Nations Unies peut adhérer à l'Union.

2. Tout pays souverain non membre de l'Organisation des Nations Unies peut demander son admission en qualité de Pays-membre de l'Union.

3. L'adhésion ou la demande d'admission à l'Union doit comporter une déclaration formelle d'adhésion à la Constitution et aux Actes obligatoires de l'Union. Elle est adressée par le Gouvernement du pays intéressé au Directeur général du Bureau international qui, selon le cas, notifie l'adhésion ou consulte les Pays-membres sur la demande d'admission.

4. Le pays non membre de l'Organisation des Nations Unies est considéré comme admis en qualité de Pays-membre si sa demande est approuvée par les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union. Les Pays-membres qui n'ont pas répondu dans le délai de quatre mois sont considérés comme s'abstenant.

5. L'adhésion ou l'admission en qualité de membre est notifiée par le Directeur général du Bureau international aux Gouvernements des Pays-membres. Elle prend effet à partir de la date de cette notification.

Article III

(Article 12 modifié)

Sortie de l'Union. Procédure

1. Chaque Pays-membre a la faculté de se retirer de l'Union moyennant dénonciation de la Constitution donnée par le Gouvernement du pays intéressé au Directeur général du Bureau international et par celui-ci aux Gouvernements des Pays-membres.

2. La sortie de l'Union devient effective à l'expiration d'une année à partir du jour de réception par le Directeur général du Bureau international de la dénonciation prévue au paragraphe 1.

[1]) La Constitution de l'Union postale universelle a été conclue par le Congrès de Vienne 1964 et figure dans le tome III des Documents de ce Congrès. Le premier Protocole additionnel a été adopté au Congrès de Tokyo 1969, le deuxième au Congres de Lausanne 1974 et le troisième au Congrès de Hamburg 1984.

Viertes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins [1])

Die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, die zum Kongreß in Washington zusammengetreten sind, haben auf Grund des Artikels 30 § 2 der am 10. Juli 1964 in Wien abgeschlossenen Satzung des Weltpostvereins unter dem Vorbehalt der Ratifizierung die folgenden Änderungen dieser Satzung angenommen.

Artikel I

Artikel 7 erhält folgende Fassung:

Währungseinheit

Die in den Verträgen des Vereins verwendete Währungseinheit ist die Rechnungseinheit des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Artikel II

Artikel 11 erhält folgende Fassung:

Beitritt oder Zulassung zum Verein. Verfahren

1. Jedes Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen kann dem Verein beitreten.

2. Jedes souveräne Land, das der Organisation der Vereinten Nationen nicht angehört, kann seine Zulassung als Mitgliedsland des Vereins beantragen.

3. Der Beitritt oder der Zulassungsantrag zum Verein muß eine förmliche Beitrittserklärung zur Satzung und den verbindlichen Verträgen des Vereins umfassen. Die Beitrittserklärung oder der Zulassungsantrag ist von der Regierung des betreffenden Landes an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten, der nach Lage des Falls den Beitritt notifiziert oder die Mitgliedsländer wegen des Zulassungsantrags konsultiert.

4. Ein Land, das der Organisation der Vereinten Nationen nicht angehört, gilt in der Eigenschaft als Mitgliedsland zugelassen, wenn sein Antrag von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Vereins gebilligt worden ist. Hat ein Mitgliedsland innerhalb von vier Monaten nicht geantwortet, so gilt dies als Stimmenthaltung.

5. Der Beitritt oder die Zulassung wird vom Generaldirektor des Internationalen Büros den Regierungen der Mitgliedsländer notifiziert. Der Beitritt und die Zulassung werden mit dem Tag der Notifizierung wirksam.

Artikel III

Artikel 12 erhält folgende Fassung:

Austritt aus dem Verein. Verfahren

1. Jedes Mitgliedsland kann durch Kündigung der Satzung aus dem Verein ausscheiden. Die Kündigung ist von der Regierung des betreffenden Landes an den Generaldirektor des Internationalen Büros und von diesem an die Regierungen der Mitgliedsländer zu richten.

2. Der Austritt aus dem Verein wird mit Ablauf eines Jahres, vom Tag des Eingangs der Kündigung nach § 1 beim Generaldirektor des Internationalen Büros an gerechnet, wirksam.

[1]) Die Satzung des Weltpostvereins wurde vom Kongreß in Wien 1964 beschlossen und ist im Band III der Dokumente dieses Kongresses abgedruckt. Das erste Zusatzprotokoll wurde auf dem Kongreß von Tokio 1969, das zweite auf dem Kongreß von Lausanne 1974 und das dritte auf dem Kongreß von Hamburg 1984 angenommen.

Article IV

(Article 21 modifié)

Dépenses de l'Union. Contributions des Pays-membres

1. Chaque Congrès arrête le montant maximal que peuvent atteindre:

a) annuellement les dépenses de l'Union;

b) les dépenses afférentes à la réunion du prochain Congres.

2. Le montant maximal des dépenses prévu au paragraphe 1 peut être dépassé si les circonstances l'exigent, sous réserve que soient observées les dispositions y relatives du Règlement général.

3. Les dépenses de l'Union, y compris éventuellement les dépenses visées au paragraphe 2, sont supportées en commun par les Pays-membres de l'Union. A cet effet, chaque Pays-membre choisit la classe de contribution dans laquelle il entend être rangé. Les classes de contribution sont fixées dans le Règlement général.

4. En cas d'adhésion ou d'admission à l'Union en vertu de l'article 11, le pays intéressé choisit librement la classe de contribution dans laquelle il désire être rangé au point de vue de la répartition des dépenses de l'Union.

Artikel IV

Artikel 21 erhält folgende Fassung:

Ausgaben des Vereins. Beiträge der Mitgliedsländer

1. Jeder Kongreß setzt den Höchstbetrag fest, den

a) jährlich die Ausgaben des Vereins,

b) die auf den Zusammentritt des nächsten Kongresses entfallenden Kosten

erreichen dürfen.

2. Der Höchstbetrag der Ausgaben nach § 1 darf erforderlichenfalls unter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen der Allgemeinen Verfahrensordnung überschritten werden.

3. Die Ausgaben des Vereins, gegebenenfalls einschließlich der Ausgaben nach § 2, werden von den Mitgliedsländern des Vereins gemeinsam getragen. Hierfür wählt jedes Land die Beitragsklasse, in die es eingereiht zu werden wünscht. Die Beitragsklassen sind in der Allgemeinen Verfahrensordnung festgelegt.

4. Im Falle des Beitritts oder der Zulassung zum Verein gemäß Artikel 11 wählt das betreffende Land frei die Beitragsklasse, in die es hinsichtlich der Ausgaben des Vereins eingereiht zu werden wünscht.

Article V

(Article 22 modifié)

Actes de l'Union

1. La Constitution est l'Acte fondamental de l'Union. Elle contient les règles organiques de l'Union.

2. Le Règlement général comporte les dispositions assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union. Il est obligatoire pour tous les Pays-membres.

3. La Convention postale universelle et son Règlement d'exécution comportent les règles communes applicables au service postal international et les dispositions concernant les services de la poste aux lettres. Ces Actes sont obligatoires pour tous les Pays-membres.

4. Les Arrangements de l'Union et leurs Règlements d'exécution règlent les services autres que ceux de la poste aux lettres entre les Pays-membres qui y sont parties. Ils ne sont obligatoires que pour ces pays.

5. Les Règlements d'exécution, qui contiennent les mesures d'application nécessaires à l'exécution de la Convention et des Arrangements, sont arrêtés par le Conseil exécutif, compte tenu des décisions prises par le Congrès.

6. Les Protocoles finals éventuels annexés aux Actes de l'Union visés aux paragraphes 3, 4 et 5 contiennent les réserves à ces Actes.

Artikel V

Artikel 22 erhält folgende Fassung:

Verträge des Vereins

1. Die Satzung ist der Grundvertrag des Vereins. Sie enthält die grundlegenden Bestimmungen des Vereins.

2. Die Allgemeine Verfahrensordnung enthält die Bestimmungen für die Anwendung der Vorschriften der Satzung und für die Arbeitsweise des Vereins. Sie ist für alle Mitgliedsländer verbindlich.

3. Der Weltpostvertrag und seine Vollzugsordnung enthalten die gemeinsamen Vorschriften für den internationalen Postdienst und die Bestimmungen für den Briefpostdienst. Diese Verträge sind für alle Mitgliedsländer verbindlich.

4. Die Abkommen des Vereins und ihre Vollzugsordnungen regeln die Postdienste mit Ausnahme der Briefpost für die Mitgliedsländer, die an den Abkommen teilnehmen. Sie sind nur für diese Länder verbindlich.

5. Die Vollzugsordnungen enthalten die erforderlichen Vorschriften für die Ausführung des Weltpostvertrags und der Abkommen; sie werden vom Vollzugsrat unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Kongresses abgeschlossen.

6. Die gegebenenfalls den in den §§ 3, 4 und 5 genannten Verträgen des Vereins beigefügten Schlußprotokolle enthalten die Vorbehalte gegenüber den Bestimmungen dieser Verträge.

Article VI

(Article 23 modifié)

Application des Actes de l'Union aux territoires dont un Pays-membre assure les relations internationales

1. Tout pays peut déclarer à tout moment que l'acceptation par lui des Actes de l'Union comprend tous les territoires dont il assure les relations internationales, ou certains d'entre eux seulement.

2. La déclaration prévue au paragraphe 1 doit être adressée au Directeur général du Bureau international.

3. Tout Pays-membre peut en tout temps adresser au Directeur général du Bureau international une notification en vue de dénoncer l'application des Actes de l'Union pour lesquels il a fait la

Artikel VI

Artikel 23 erhält folgende Fassung:

Anwendung der Verträge des Vereins auf Gebiete, deren internationale Beziehungen ein Mitgliedsland wahrnimmt

1. Jedes Land kann jederzeit für sich erklären, daß die Annahme der Verträge des Vereins auch für alle oder nur einen Teil der Gebiete gilt, deren internationale Beziehungen es wahrnimmt.

2. Die in § 1 vorgesehene Erklärung ist an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten.

3. Jedes Mitgliedsland kann jederzeit durch eine Notifizierung an den Generaldirektor des Internationalen Büros auf die Anwendung der Verträge des Vereins verzichten, für die es die in § 1

déclaration prévue au paragraphe 1. Cette notification produit ses effets un an après la date de sa réception par le Directeur général du Bureau international.

4. Les déclarations et notifications prévues aux paragraphes 1 et 3 sont communiquées aux Pays-membres par le Directeur général du Bureau international.

5. Les paragraphes 1 à 4 ne s'appliquent pas aux territoires possédant la qualité de membre de l'Union et dont un Pays-membre assure les relations internationales.

Article VII

(Article 25 modifié)

Signature, authentification, ratification et autres modes d'approbation des Actes de l'Union

1. Les Actes de l'Union issus du Congrès sont signés par les plénipotentiaires des Pays-membres.

2. Les Règlements d'exécution sont authentifiés par le Président et le Secrétaire général du Conseil exécutif.

3. La Constitution est ratifiée aussitôt que possible par les pays signataires.

4. L'approbation des Actes de l'Union autres que la Constitution est régie par les règles constitutionnelles de chaque pays signataire.

5. Lorsqu'un pays ne ratifie pas la Constitution ou n'approuve pas les autres Actes signés par lui, la Constitution et les autres Actes n'en sont pas moins valables pour les pays qui les ont ratifiés ou approuvés.

Article VIII

(Article 26 modifié)

Notification des ratifications et des autres modes d'approbation des Actes de l'Union

Les instruments de ratification de la Constitution, des Protocoles additionnels à celle-ci, et éventuellement d'approbation des autres Actes de l'Union sont déposés dans le plus bref délai auprès du Directeur général du Bureau international qui notifie ces dépôts aux Gouvernements des Pays-membres.

Article IX

Notification de l'adhésion aux Protocoles additionnels à la Constitution de l'Union postale universelle

A partir de la mise en vigueur des Actes du Congrès de Washington 1989, les instruments portant adhésion au Protocole additionnel de Tokyo 1969, au deuxième Protocole additionnel de Lausanne 1974 et au troisième Protocole additionnel de Hamburg 1984 doivent être adressés au Directeur général du Bureau international. Celui-ci notifie ce dépôt aux Gouvernements des Pays-membres.

Article X

Adhésion au Protocole additionnel et aux autres Actes de l'Union

1. Les Pays-membres qui n'ont pas signé le présent Protocole peuvent y adhérer en tout temps.

2. Les Pays-membres qui sont parties aux Actes renouvelés par le Congrès mais qui ne les ont pas signés sont tenus d'y adhérer dans le plus bref délai possible.

3. Les instruments d'adhésion relatifs aux cas visés aux paragraphes 1 et 2 doivent être adressés au Directeur général du Bureau international. Celui-ci notifie ce dépôt aux Gouvernements des Pays-membres.

vorgesehene Erklärung abgegeben hat. Diese Notifizierung wird mit Ablauf eines Jahres nach ihrem Eingang beim Generaldirektor des Internationalen Büros wirksam.

4. Die in den §§ 1 und 3 vorgesehenen Erklärungen und Notifizierungen werden den Mitgliedsländern durch den Generaldirektor des Internationalen Büros übermittelt.

5. Die §§ 1 bis 4 sind nicht auf Gebiete anwendbar, die die Eigenschaft eines Mitglieds des Vereins besitzen und deren internationale Beziehungen ein Mitgliedsland wahrnimmt.

Artikel VII

Artikel 25 erhält folgende Fassung:

Unterzeichnung, Beglaubigung, Ratifizierung und andere Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins

1. Die vom Kongreß verabschiedeten Verträge des Vereins werden von den Bevollmächtigten der Mitgliedsländer unterzeichnet.

2. Die Vollzugsordnungen werden durch den Präsidenten und den Generalsekretär des Vollzugsrats beglaubigt.

3. Die Satzung wird von den Signatarländern so bald wie möglich ratifiziert.

4. Die Genehmigung der Verträge des Vereins mit Ausnahme der Satzung regelt sich nach dem Verfassungsrecht jedes Signatarlandes.

5. Wenn ein Land die Satzung nicht ratifiziert oder die von ihm unterzeichneten anderen Verträge nicht genehmigt, bleiben die Satzung und die anderen Verträge gleichwohl für die Länder verbindlich, die sie ratifiziert oder genehmigt haben.

Artikel VIII

Artikel 26 erhält folgende Fassung:

Notifizierung der Ratifizierung und der anderen Genehmigungsverfahren für die Verträge des Vereins

Die Urkunden über die Ratifizierung der Satzung, der Zusatzprotokolle dazu und gegebenenfalls über die Genehmigung der anderen Verträge des Vereins werden innerhalb kürzester Frist beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt; dieser notifiziert die Hinterlegungen den Regierungen der Mitgliedsländer.

Artikel IX

Notifizierung des Beitritts zu den Zusatzprotokollen zur Satzung des Weltpostvereins

Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verträge des Kongresses von Washington 1989 an sind die Urkunden über den Beitritt zum Zusatzprotokoll von Tokio 1969, zum zweiten Zusatzprotokoll von Lausanne 1974 und zum dritten Zusatzprotokoll von Hamburg 1984 an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten. Dieser notifiziert die Hinterlegung den Regierungen der Mitgliedsländer.

Artikel X

Beitritt zum Zusatzprotokoll und zu den anderen Verträgen des Vereins

1. Die Mitgliedsländer, die dieses Protokoll nicht unterzeichnet haben, können ihm jederzeit beitreten.

2. Die Mitgliedsländer, die an den vom Kongreß erneuerten Verträgen teilnehmen, sie aber nicht unterzeichnet haben, sind gehalten, ihnen innerhalb kürzester Frist beizutreten.

3. Die Urkunden über den Beitritt in den in den §§ 1 und 2 vorgesehenen Fällen sind an den Generaldirektor des Internationalen Büros zu richten. Dieser notifiziert die Hinterlegung den Regierungen der Mitgliedsländer.

Article XI

Mise à exécution et durée du Protocole additionnel à la Constitution de l'Union postale universelle

Le présent Protocole additionnel sera mis à exécution le 1er janvier 1991 et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont dressé le présent Protocole additionnel, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Constitution et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

Artikel XI

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Zusatzprotokolls zur Satzung des Weltpostvereins

Dieses Zusatzprotokoll tritt am 1. Januar 1991 in Kraft und gilt für unbestimmte Zeit.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer dieses Zusatzprotokoll gefertigt, das die gleiche Kraft und die gleiche Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut der Satzung selbst enthalten wären; sie haben das Zusatzprotokoll in einer Ausfertigung unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt ist. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington, am 14. Dezember 1989.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Règlement général de l'Union postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Chapitre I

Fonctionnement des organes de l'Union

Article

101. Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires
102. Composition, fonctionnement et réunions du Conseil exécutif
103. Documentation sur les activités du Conseil exécutif
104. Composition, fonctionnement et réunions du Conseil consultatif des études postales
105. Documentation sur les activités du Conseil consultatif des études postales
106. Règlement intérieur des Congrès
107. Langues utilisées pour la documentation, les délibérations et la correspondance de service

Chapitre II

Bureau international

108. Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international
109. Fonctions du Directeur général
110. Fonctions du Vice-Directeur général
111. Secrétariat des organes de l'Union
112. Liste des Pays-membres
113. Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes
114. Coopération technique
115. Formules fournies par le Bureau international
116. Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux
117. Revue de l'Union
118. Rapport annuel sur les activités de l'Union

Chapitre III

Procédure d'introduction et d'examen des propositions

119. Procédure de présentation des propositions au Congrès

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I

Arbeitsweise der Organe des Vereins

Artikel

101 Organisation und Zusammentreten der Kongresse und außerordentlichen Kongresse
102 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Vollzugsrats
103 Dokumentation über die Tätigkeit des Vollzugsrats
104 Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Konsultativrats für Poststudien
105 Dokumentation über die Tätigkeit des Konsultativrats für Poststudien
106 Geschäftsordnung der Kongresse
107 Sprachen für die Veröffentlichung der Dokumentation, die Beratung und den dienstlichen Schriftwechsel

Kapitel II

Internationales Büro

108 Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros
109 Aufgaben des Generaldirektors
110 Aufgaben des Vize-Generaldirektors
111 Sekretariat der Organe des Vereins
112 Liste der Mitgliedsländer
113 Auskünfte. Gutachten. Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge. Umfragen. Vermittlung bei der Erledigung der Rechnungen
114 Technische Zusammenarbeit
115 Lieferung von Formularen durch das Internationale Büro
116 Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen
117 Zeitschrift des Vereins
118 Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins

Kapitel III

Verfahren für die Einbringung und Prüfung der Vorschläge

119 Verfahren für die Einbringung der Vorschläge für den Kongreß

Article	Artikel
120. Procédure de présentation des propositions entre deux Congrès	120 Verfahren für die Einbringung der Vorschläge in der Zeit zwischen zwei Kongressen
121. Examen des propositions entre deux Congrès	121 Prüfung der Vorschläge in der Zeit zwischen zwei Kongressen
122. Notification des décisions adoptées entre deux Congrès	122 Notifizierung der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse
123. Mise en vigueur des Règlements d'exécution et des autres décisions adoptés entre deux Congrès	123 Inkrafttreten der in der Zeit zwischen zwei Kongressen beschlossenen Vollzugsordnungen und der anderen gefaßten Beschlüsse
Chapitre IV	**Kapitel IV**
Finances	**Finanzen**
124. Fixation et règlement des dépenses de l'Union	124 Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins
125. Classes de contribution	125 Beitragsklassen
126. Paiement des fournitures du Bureau international	126 Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros
Chapitre V	**Kapitel V**
Arbitrages	**Schiedsgerichtsbarkeit**
127. Procédure d'arbitrage	127 Schiedsverfahren
Chapitre VI	**Kapitel VI**
Dispositions finales	**Schlußbestimmungen**
128. Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général	128 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung
129. Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies	129 Vorschläge zu den Übereinkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen
130. Mise à exécution et durée du Règlement général	130 Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung
Annexe:	**Anhang**
Règlement intérieur des Congrès	**Geschäftsordnung der Kongresse**

Règlement général de l'Union postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 2, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le «10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté, dans le présent Règlement général, les dispositions suivantes assurant l'application de la Constitution et le fonctionnement de l'Union.

Chapitre I

Fonctionnement des organes de l'Union

Article 101

Organisation et réunion des Congrès et Congrès extraordinaires

1. Les représentants des Pays-membres se réunissent en Congrès au plus tard cinq ans après la date de mise à exécution des Actes du Congrès précédent.

2. Chaque Pays-membre se fait représenter au Congrès par un ou plusieurs plénipotentiaires munis, par leur Gouvernement, des pouvoirs nécessaires. Il peut, au besoin, se faire représenter par la délégation d'un autre Pays-membre. Toutefois, il est entendu qu'une délégation ne peut représenter qu'un seul Pays-membre autre que le sien.

3. Dans les délibérations, chaque Pays-membre dispose d'une voix.

4. En principe, chaque Congrès désigne le pays dans lequel le Congrès suivant aura lieu. Si cette désignation se révèle inapplicable, le Conseil exécutif est autorisé à désigner le pays où le Congrès tiendra ses assises, après entente avec ce dernier pays.

5. Après entente avec le Bureau international, le Gouvernement invitant fixe la date définitive et le lieu exact du Congrès. Un an, en principe, avant cette date, le Gouvernement invitant envoie une invitation au Gouvernement de chaque Pays-membre. Cette invitation peut être adressée soit directement, soit par l'intermédiaire d'un autre Gouvernement, soit par l'entremise du Directeur général du Bureau international. Le Gouvernement invitant est également chargé de la notification à tous les Gouvernements des Pays-membres des décisions prises par le Congrès.

6. Lorsqu'un Congrès doit être réuni sans qu'il y ait un Gouvernement invitant, le Bureau international, avec l'accord du Conseil exécutif et après entente avec le Gouvernement de la Confédération suisse, prend les dispositions nécessaires pour convoquer et organiser le Congrès dans le pays siège de l'Union. Dans ce cas, le Bureau international exerce les fonctions du Gouvernement invitant.

7. Le lieu de réunion d'un Congrès extraordinaire est fixé, après entente avec le Bureau international, par les Pays-membres ayant pris l'initiative de ce Congrès.

8. Les paragraphes 2 à 6 sont applicables par analogie aux Congrès extraordinaires.

Article 102

Composition, fonctionnement et réunions du Conseil exécutif

1. Le Conseil exécutif se compose d'un Président et de trente-neuf membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

2. La présidence est dévolue de droit au pays hôte du Congrès. Si ce pays se désiste, il devient membre de droit et, de ce fait, le

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 2 der am 10. Juli 1964 in Wien abgeschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter dem Vorbehalt des Artikels 25 § 3 dieser Satzung in der vorliegenden Allgemeinen Verfahrensordnung die nachfolgenden Bestimmungen zur Anwendung der Satzung und zur Arbeitsweise des Vereins beschlossen:

Kapitel I

Arbeitsweise der Organe des Vereins

Artikel 101

Organisation und Zusammentreten der Kongresse und außerordentlichen Kongresse

1. Spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der Verträge des vorhergehenden Kongresses kommen die Vertreter der Mitgliedsländer zu einem Kongreß zusammen.

2. Jedes Mitgliedsland läßt sich auf dem Kongreß durch einen oder mehrere von ihrer Regierung mit den erforderlichen Vollmachten versehenen Bevollmächtigte vertreten. Ein Mitgliedsland kann sich nötigenfalls auch durch die Delegation eines anderen Mitgliedslandes vertreten lassen. Eine Delegation darf jedoch außer dem eigenen nur ein anderes Mitgliedsland vertreten.

3. Bei den Beratungen hat jedes Mitgliedsland eine Stimme.

4. Grundsätzlich bestimmt jeder Kongreß das Land, in dem der nächste Kongreß stattfinden wird. Erweist sich diese Bestimmung als unanwendbar, so ist der Vollzugsrat ermächtigt, im Einverständnis mit diesem Land das Land zu bestimmen, in dem der Kongreß zusammentreten soll.

5. Die einladende Regierung setzt im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro den endgültigen Zeitpunkt und den genauen Ort des Kongresses fest. Grundsätzlich ein Jahr vor diesem Zeitpunkt versendet die einladende Regierung Einladungen an die Regierungen der Mitgliedsländer des Vereins. Diese Einladungen werden entweder unmittelbar oder durch Vermittlung einer anderen Regierung oder des Generaldirektors des Internationalen Büros versandt. Die einladende Regierung hat auch die Kongreßbeschlüsse allen Regierungen der Mitgliedsländer zu notifizieren.

6. Wenn ein Kongreß ohne die Beteiligung einer einladenden Regierung zusammentreten muß, so trifft das Internationale Büro mit Zustimmung des Vollzugsrats und im Einvernehmen mit der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die erforderlichen Maßnahmen, um den Kongreß in das Land,in dem der Weltpostverein seinen Sitz hat, einzuberufen und ihn durchzuführen. In diesem Fall übt das Internationale Büro die Funktion der einladenden Regierung aus.

7. Der Tagungsort eines außerordentlichen Kongresses wird im Einvernehmen mit dem Internationalen Büro von den Mitgliedsländern bestimmt, die diesen Kongreß angeregt haben.

8. Die §§ 2 bis 6 gelten entsprechend für außerordentliche Kongresse.

Artikel 102

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Vollzugsrats

1. Der Vollzugsrat setzt sich aus einem Präsidenten und 39 Mitgliedern zusammen, die ihre Tätigkeit in der Zeit zwischen zwei aufeinander folgenden Kongressen ausüben.

2. Die Präsidentschaft steht von Rechts wegen dem Gastland des Kongresses zu. Wenn dieses Land verzichtet, wird es ordent-

groupe géographique auquel il appartient dispose d'un siège supplémentaire auquel les restrictions du paragraphe 3 ne sont pas applicables. Dans ce cas, le Conseil exécutif élit à la présidence un des membres appartenant au groupe géographique dont fait partie le pays hôte.

3. Les trente-neuf membres du Conseil exécutif sont élus par le Congrès sur la base d'une répartition géographique équitable. La moitié au moins des membres est renouvelée à l'occasion de chaque Congrès; aucun Pays-membre ne peut être choisi successivement par trois Congrès.

4. Le représentant de chacun des membres du Conseil exécutif est désigné par l'Administration postale de son pays. Ce représentant doit être un fonctionnaire qualifié de l'Administration postale.

5. Les fonctions de membre du Conseil exécutif sont gratuites. Les frais de fonctionnement de ce Conseil sont à la charge de l'Union.

6. Le Conseil exécutif a les attributions suivantes:

6.1 coordonner et superviser toutes les activités de l'Union dans l'intervalle des Congrès;

6.2 procéder à la revision des Règlements d'exécution de l'Union dans les six mois qui suivent la clôture du Congrès, à moins que celui-ci n'en décide autrement. En cas d'urgente nécessité, le Conseil exécutif peut également modifier lesdits Règlements à d'autres sessions;

6.3 entreprendre toute action jugée nécessaire pour sauvegarder et renforcer la qualité du service postal international et le moderniser;

6.4 favoriser, coordonner et superviser toutes les formes d'assistance technique postale dans le cadre de la coopération technique internationale;

6.5 examiner et approuver le budget et les comptes annuels de l'Union;

6.6 autoriser, si les circonstances l'exigent, le dépassement du plafond des dépenses conformément à l'article 124, paragraphes 3, 4 et 5;

6.7 arrêter le Règlement financier de l'UPU;

6.8 arrêter les règles régissant le Fonds de réserve;

6.9 arrêter les règles régissant le Fonds des activités spéciales;

6.10 assurer le contrôle de l'activité du Bureau international;

6.11 autoriser, s'il est demandé, le choix d'une classe de contribution inférieure, conformément aux conditions prévues à l'article 125, paragraphe 6;

6.12 arrêter le Statut du personnel et les conditions de service des fonctionnaires élus;

6.13 nommer ou promouvoir les fonctionnaires au grade de Sous-Directeur général (D 2);

6.14 arrêter le Règlement du Fonds social;

6.15 approuver le rapport annuel établi par le Bureau international sur les activités de l'Union et présenter, s'il y a lieu, des commentaires à son sujet;

6.16 décider des contacts à prendre avec les Administrations postales pour remplir ses fonctions;

6.17 décider des contacts à prendre avec les organisations qui ne sont pas des observateurs de droit, examiner et approuver les rapports du Bureau international sur les relations de l'UPU avec les autres organismes internationaux, prendre les décisions qu'il juge opportunes sur la conduite de ces relations et la suite à leur donner; désigner, en temps utile, les organisations internationales intergouvernementales et non gouvernementales qui doivent être

liches Mitglied des Vollzugsrats und die geografische Gruppe, zu der das Land gehört, verfügt somit über einen zusätzlichen Sitz, auf den die Einschränkungen des § 3 nicht anwendbar sind. In diesem Falle wählt der Vollzugsrat zum Präsidenten eines der Mitglieder, das der geografischen Gruppe angehört, zu der auch das Gastland zählt.

3. Die 39 Mitglieder des Vollzugsrats werden vom Kongreß auf der Grundlage einer gerechten, nach geografischen Gesichtspunkten vorgenommen Aufteilung gewählt. Mindestens die Hälfte der Mitglieder wird bei jedem Kongreß neu gewählt; kein Mitgliedsland darf von drei Kongressen hintereinander gewählt werden.

4. Der Vertreter jedes Mitglieds des Vollzugsrats wird von der Postverwaltung seines Landes bestimmt. Dieser Vertreter muß ein qualifizierter Beamter der Postverwaltung sein.

5. Die Tätigkeit der Mitglieder des Vollzugsrats ist unentgeltlich. Die Kosten des Vollzugsrats trägt der Verein.

6. Der Vollzugsrat hat die folgenden Zuständigkeiten:

6.1 Im Zeitraum zwischen den Kongressen alle Tätigkeiten des Vereins zu koordinieren und zu überwachen;

6.2 die Revision der Vollzugsordnungen in den ersten sechs Monaten nach Beendigung des Kongresses durchzuführen, sofern dieser nicht anders entscheidet. Im Falle dringender Notwendigkeit kann der Vollzugsrat die Vollzugsordnungen auch bei anderen Tagungen ändern;

6.3 alles für notwendig Erachtete zu unternehmen, um die Qualität des internationalen Postdienstes zu erhalten und ihn den neuen Erfordernissen anzupassen;

6.4 alle Formen der Technischen Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens im Rahmen der internationalen technischen Zusammenarbeit zu fördern, zu koordinieren und zu überwachen;

6.5 den Haushalt und die Jahresrechnungen des Vereins zu prüfen und zu billigen;

6.6 falls es die Umstände erfordern, die Überschreitung des Höchstbetrags gemäß Artikel 124 §§ 3, 4 und 5 zu genehmigen;

6.7 das Finanzstatut des WPV zu beschließen;

6.8 die für den Reservefonds geltenden Bestimmungen zu beschließen;

6.9 die für den Fonds für besondere Tätigkeiten geltenden Bestimmungen zu beschließen;

6.10 die Tätigkeit des Internationalen Büros zu überwachen;

6.11 falls es beantragt wird, entsprechend den in Artikel 125 § 6 vorgesehenen Bedingungen die Wahl einer niedrigeren Beitragsklasse zu genehmigen;

6.12 das Personalstatut und die Dienstbedingungen der gewählten Beamten zu beschließen;

6.13 die Beamten in der Besoldungsgruppe des Unter-Generaldirektors (D 2) zu ernennen und zu befördern;

6.14 die Regelungen des Sozialfonds zu beschließen;

6.15 den Jahresbericht des Internationalen Büros über die Tätigkeit des Vereins zu genehmigen und gegebenenfalls Erläuterungen dazu vorzulegen;

6.16 über die mit den Postverwaltungen zur Erfüllung seiner Aufgaben aufzunehmenden Kontakte zu entscheiden;

6.17 über die mit den Organisationen, die nicht von Rechts wegen Beobachter sind, aufzunehmenden Kontakte zu entscheiden, die Berichte des Internationalen Büros über die Beziehungen des WPV zu den anderen internationalen Organisationen zu prüfen und zu genehmigen, die für geeignet erachteten Entscheidungen über die Behandlung und Fortsetzung dieser Beziehungen zu treffen; zu gegebener Zeit die staatlichen und nichtstaatli-

invitées à se faire représenter à un Congrès et charger le Directeur général du Bureau international d'envoyer les invitations nécessaires;

6.18 étudier, à la demande du Congrès, du CCEP ou des Administrations postales, les problèmes d'ordre administratif, législatif et juridique intéressant l'Union ou le service postal international et communiquer le résultat de ces études à l'organe concerné ou aux Administrations postales, selon le cas. Il appartient au Conseil exécutif de décider s'il est opportun ou non d'entreprendre les études demandées par les Administrations postales dans l'intervalle des Congrès;

6.19 reviser et modifier, dans l'intervalle entre deux Congrès et selon la procédure prescrite dans la Convention postale universelle, les taxes d'affranchissement des envois de la poste aux lettres;

6.20 formuler des propositions qui seront soumises à l'approbation soit du Congrès, soit des Administrations postales conformément à l'article 121;

6.21 examiner, à la demande de l'Administration postale d'un Pays-membre, toute proposition que cette Administration transmet au Bureau international selon l'article 120, en préparer les commentaires et charger le Bureau d'annexer ces derniers à ladite proposition avant de la soumettre à l'approbation des Administrations postales des Pays-membres;

6.22 recommander, si nécessaire, et éventuellement après consultation de l'ensemble des Administrations postales, l'adoption d'une réglementation ou d'une nouvelle pratique en attendant que le Congrès décide en la matière;

6.23 examiner le rapport annuel établi par le Conseil consultatif des études postales et, le cas échéant, les propositions soumises par ce dernier;

6.24 soumettre des sujets d'étude à l'examen du Conseil consultatif des études postales, conformément à l'article 104, paragraphe 9.6;

6.25 désigner le pays siège du prochain Congrès dans le cas prévu à l'article 101, paragraphe 4;

6.26 déterminer, en temps utile, le nombre de Commissions nécessaires pour mener à bien les travaux du Congrès et en fixer les attributions;

6.27 désigner en temps utile et sous réserve de l'approbation du Congrès les Pays-membres susceptibles:

- d'assumer les vice-présidences du Congrès ainsi que les présidences et vice-présidences des Commissions, en tenant compte autant que possible de la répartition géographique équitable des Pays-membres;
- de faire partie des Commissions restreintes du Congrès;

6.28 décider s'il y a lieu ou non de remplacer les procès-verbaux des séances d'une Commission du Congrès par des rapports.

7. Pour nommer les fonctionnaires au grade D 2, le Conseil exécutif examine les titres de compétence professionnelle des candidats recommandés par les Administrations postales des Pays-membres dont ils ont la nationalité, en veillant à ce que les postes des Sous-Directeurs généraux soient, dans toute la mesure possible, pourvus par des candidats provenant de régions différentes et d'autres régions que celles dont le Directeur général et le Vice-Directeur général sont originaires, compte tenu de la considération dominante de l'efficacité du Bureau international et tout en respectant le régime intérieur de promotions du Bureau.

8. A sa première réunion, qui est convoquée par le Président du Congrès, le Conseil exécutif élit, parmi ses membres, quatre Vice-Présidents et arrête son Règlement intérieur.

chen Organisationen zu bestimmen, die zu einem Kongreß eingeladen werden sollen, und den Generaldirektor des Internationalen Büros zu beauftragen, die notwendigen Einladungen ergehen zu lassen;

6.18 auf Ersuchen des Kongresses, des CCEP oder der Postverwaltungen die Probleme des Vereins oder des internationalen Postdienstes auf dem Gebiet der Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung zu untersuchen und das Ergebnis dieser Untersuchungen je nachdem dem betreffenden Organ oder den Postverwaltungen mitzuteilen. Es obliegt dem Vollzugsrat zu entscheiden, ob es angebracht ist, die von den Postverwaltungen im Zeitraum zwischen den Kongressen verlangten Studien durchzuführen oder nicht;

6.19 die Freimachungsgebühren der Briefsendungen im Zeitraum zwischen zwei Kongressen nach dem im Weltpostvertrag bestimmten Verfahren zu überprüfen und zu ändern;

6.20 Vorschläge auszuarbeiten, die gemäß Artikel 121 entweder dem Kongreß oder den Postverwaltungen zur Genehmigung vorgelegt werden;

6.21 auf Antrag der Postverwaltung eines Mitgliedslandes jeden Vorschlag zu prüfen, den diese Verwaltung dem Internationalen Büro nach Artikel 120 übermittelt, dazu Erläuterungen vorzubereiten und das Internationale Büro zu beauftragen, diese dem betreffenden Vorschlag beizufügen, bevor er den Postverwaltungen der Mitgliedsländer zur Genehmigung vorgelegt wird;

6.22 wenn es erforderlich ist und eventuell nach Befragung der Gesamtheit der Postverwaltungen die Annahme neuer Vorschriften oder einer neuen Praxis zu empfehlen, bis der Kongreß in der Angelegenheit entscheidet;

6.23 den Jahresbericht des Konsultativrats für Poststudien und gegebenenfalls die Vorschläge, die von diesem vorgelegt werden, zu prüfen;

6.24 nach Artikel 104 § 9.6 dem Konsultativrat für Poststudien Studienthemen zur Untersuchung zu unterbreiten;

6.25 in dem in Artikel 101 § 4 vorgesehenen Fall das Land zu bestimmen, in dem der nächste Kongreß stattfinden soll.

6.26 zu gegebener Zeit die Zahl der Kommissionen zu bestimmen, die für eine erfolgreiche Durchführung der Arbeiten des Kongresses erforderlich sind, und ihre Zuständigkeit festzulegen;

6.27 zu gegebener Zeit und unter dem Vorbehalt der Billigung durch den Kongreß die Mitgliedsländer zu bestimmen, die in der Lage sind,

- die Vize-Präsidentschaft des Kongresses sowie die Präsidentschaften und die Vize-Präsidentschaften der Kommissionen zu übernehmen und dabei soweit wie möglich der gerechten geografischen Verteilung Rechnung zu tragen;
- Mitglied der Kommissionen mit beschränkter Mitgliederzahl zu sein;

6.28 darüber zu entscheiden, ob es angebracht ist oder nicht, die Protokolle der Sitzungen einer Kommission des Kongresses durch Berichte zu ersetzen.

7. Für die Ernennung der Beamten in der Besoldungsgruppe D 2 prüft der Vollzugsrat die beruflichen Befähigungsnachweise der Bewerber, die von den Postverwaltungen der Länder empfohlen werden, deren Staatsbürgerschaft sie besitzen; dabei hat er darüber zu wachen, daß die Stellen der Unter-Generaldirektoren soweit wie möglich unter Wahrung des Vorrangs einer wirksamen Arbeitsweise des Internationalen Büros und unter Berücksichtigung der inneren Aufstiegsordnung des Internationalen Büros mit Bewerbern besetzt werden, die aus anderen Regionen stammen als der Generaldirektor und der Vize-Generaldirektor.

8. Bei seiner ersten Tagung, die durch den Präsidenten des Kongresses einberufen wird, wählt der Vollzugsrat aus seinen Mitgliedern vier Vize-Präsidenten und gibt sich eine Geschäftsordnung.

9. Sur convocation de son Président, le Conseil exécutif se réunit, en principe une fois par an, au siège de l'Union.

10. Le représentant de chacun des membres du Conseil exécutif participant aux sessions de cet organe, à l'exception des réunions qui ont eu lieu pendant le Congrès, a droit au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1re classe, soit du coût du voyage par tout autre moyen à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique.

11. Le Président du Conseil consultatif des études postales représente celui-ci aux séances du Conseil exécutif à l'ordre du jour desquelles figurent des questions relatives à l'organe qu'il dirige.

12. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Président, le Vice-Président et les Présidents des Commissions du Conseil consultatif des études postales peuvent, s'ils en expriment le désir, assister aux réunions du Conseil exécutif en qualité d'observateurs.

13. L'Administration postale du pays où le Conseil exécutif se réunit est invitée à participer aux réunions en qualité d'observateur, si ce pays n'est pas membre du Conseil exécutif.

14. Le Conseil exécutif peut inviter à ses réunions, sans droit de vote, tout organisme international ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux. Il peut également inviter dans les mêmes conditions une ou plusieurs Administrations postales des Pays-membres intéressées à des questions prévues à son ordre du jour.

9. Auf Einberufung durch seinen Präsidenten tritt der Vollzugsrat grundsätzlich einmal jährlich am Sitz des Weltpostvereins zusammen.

10. Der Vertreter jedes Mitglieds des Vollzugsrats, der an den Sitzungen dieses Organs teilnimmt, hat, außer bei Sitzungen,die während des Kongresses stattfinden, Anspruch auf Erstattung entweder der Kosten eines Hin- und Rückflugscheines in der Economy-Klasse oder einer Eisenbahnfahrkarte 1. Klasse oder der Fahrkosten für jedes andere Beförderungsmittel, sofern dieser Betrag die Kosten des Hin- und Rückflugscheins in der Economy-Klasse nicht übersteigt.

11. Der Präsident des Konsultativrats für Poststudien vertritt diesen bei den Sitzungen des Vollzugsrats, auf deren Tagesordnung Fragen stehen, die das Organ betreffen, das er leitet.

12. Um eine wirksame Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, können der Präsident, der Vize-Präsident und die Präsidenten der Kommissionen des Konsultativrats für Poststudien auf ihren Wunsch als Beobachter an den Sitzungen des Vollzugsrats teilnehmen.

13. Die Postverwaltung des Landes, in dem der Vollzugsrat zusammentritt, wird eingeladen, als Beobachter an den Tagungen teilzunehmen, wenn dieses Land nicht Mitglied des Vollzugsrats ist.

14. Der Vollzugsrat kann zu seinen Tagungen ohne Stimmrecht jede internationale Organisation oder jede geeignete Persönlichkeit einladen, die er an seinen Arbeiten zu beteiligen wünscht. Er kann unter den gleichen Bedingungen auch eine oder mehrere Postverwaltungen der Mitgliedsländer einladen, die an den auf seiner Tagesordnung stehenden Fragen interessiert sind.

Article 103

Documentation sur les activités du Conseil exécutif

1. Le Conseil exécutif adresse aux Administrations postales des Pays-membres de l'Union et aux Unions restreintes, pour information, après chaque session:

a) un compte rendu analytique;

b) les «Documents du Conseil exécutif» contenant les rapports, les délibérations, le compte rendu analytique ainsi que les résolutions et décisions.

2. Le Conseil exécutif fait au Congrès un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux Administrations postales au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Artikel 103

Dokumentation über die Tätigkeit des Vollzugsrats

1. Der Vollzugsrat übersendet den Postverwaltungen der Mitgliedsländer des Vereins und den Engeren Vereinen zu ihrer Unterrichtung nach jeder Sitzungsperiode:

a) einen zusammenfassenden Bericht,

b) die „Dokumente des Vollzugsrats", die die Berichte, die Beschlüsse, den zusammenfassenden Bericht sowie die Entschließungen und Entscheidungen enthalten.

2. Der Vollzugsrat erstattet dem Kongreß einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit und übersendet ihn den Postverwaltungen mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Article 104

Composition, fonctionnement et réunions du Conseil consultatif des études postales

1. Le Conseil consultatif des études postales se compose de trente-cinq membres qui exercent leurs fonctions durant la période qui sépare deux Congrès successifs.

2. Les membres du Conseil consultatif sont élus par le Congrès, en principe sur la base d'une répartition géographique aussi large que possible.

3. Le représentant de chacun des membres du Conseil consultatif est désigné par l'Administration postale de son pays. Ce représentant doit être un fonctionnaire qualifié de l'Administration postale.

4. Les frais de fonctionnement du Conseil consultatif sont à la charge de l'Union. Ses membres ne reçoivent aucune rémunération. Les frais de voyage et de séjour des représentants des Administrations participant au Conseil consultatif sont à la charge de celles-ci. Toutefois, le représentant de chacun des pays considérés comme défavorisés d'après les listes établies par l'Organi-

Artikel 104

Zusammensetzung, Arbeitsweise und Tagungen des Konsultativrats für Poststudien

1. Der Konsultativrat für Poststudien setzt sich aus 35 Mitgliedern zusammen, die ihre Aufgaben in dem Zeitraum zwischen zwei aufeinander folgenden Kongressen ausüben.

2. Die Mitglieder des Konsultativrats werden vom Kongreß und grundsätzlich auf der Grundlage einer weitestmöglichen geografischen Aufteilung gewählt.

3. Der Vertreter jedes Mitglieds des Konsultativrats wird von der Postverwaltung seines Landes bestimmt. Dieser Vertreter muß ein qualifizierter Beamter der Postverwaltung sein.

4. Die Kosten des Konsultativrats trägt der Verein. Seine Mitglieder erhalten keine Vergütung. Die Reise- und Aufenthaltskosten für die Vertreter der am Konsultativrat beteiligten Verwaltungen werden von diesen getragen. Gleichwohl hat der Vertreter jedes der nach den von den Vereinten Nationen erstellten Listen als benachteiligt angesehenen Länder, außer für die Tagungen,

sation des Nations Unies a droit, sauf pour les réunions qui ont lieu pendant le Congrès, au remboursement soit du prix d'un billet-avion aller et retour en classe économique ou d'un billet de chemin de fer en 1re classe, soit du coût du voyage par tout autre moyen à condition que ce montant ne dépasse pas le prix du billet-avion aller et retour en classe économique.

5. A sa première réunion, qui est convoquée et ouverte par le Président du Congrès, le Conseil consultatif choisit, parmi ses membres, un Président, un Vice-Président et les Présidents des Commissions.

6. Le Conseil consultatif arrête son Règlement intérieur.

7. En principe, le Conseil consultatif se réunit tous les ans au siège de l'Union. La date et le lieu de la réunion sont fixés par son Président, après accord avec le Président du Conseil exécutif et le Directeur général du Bureau international.

8. Le Président, le Vice-Président et les Présidents des Commissions du Conseil consultatif forment le Comité directeur. Ce Comité prépare et dirige les travaux de chaque session du Conseil consultatif et assume toutes les tâches que ce dernier décide de lui confier.

9. Les attributions du Conseil consultatif sont les suivantes:

9.1 organiser l'étude des problèmes techniques, d'exploitation, économiques et de coopération technique les plus importants qui présentent de l'intérêt pour les Administrations postales de tous les Pays-membres de l'Union et élaborer des informations et des avis à leur sujet;

9.2 procéder à l'étude des problèmes d'enseignement et de formation professionnelle intéressant les pays nouveaux et en développement;

9.3 prendre les mesures nécessaires en vue d'étudier et de diffuser les expériences et les progrès faits par certains pays dans les domaines de la technique, de l'exploitation, de l'économie et de la formation professionnelle intéressant les services postaux;

9.4 étudier la situation actuelle et les besoins des services postaux dans les pays nouveaux et en développement et élaborer des recommandations convenables sur les voies et les moyens d'améliorer les services postaux dans ces pays;

9.5 prendre, après entente avec le Conseil exécutif, les mesures appropriées dans le domaine de la coopération technique avec tous les Pays-membres de l'Union, en particulier avec les pays nouveaux et en développement;

9.6 examiner toutes autres questions qui lui sont soumises par un membre du Conseil consultatif, par le Conseil exécutif ou par toute Administration d'un Pays-membre;

9.7 élaborer et présenter, sous forme de recommandations aux Administrations postales, des normes en matière technique, d'exploitation et dans d'autres domaines de sa compétence où une pratique uniforme est indispensable. De même, il procède, en cas de besoin, à des modifications de normes qu'il a déjà établies.

10. Les membres du Conseil consultatif participent effectivement à ses activités. Les Pays-membres n'appartenant pas au Conseil consultatif peuvent, sur leur demande, collaborer aux études entreprises.

11. Le Conseil consultatif formule, s'il y a lieu, des propositions à l'intention du Congrès découlant directement de ses activités définies par le présent article. Ces propositions sont soumises par le Conseil consultatif lui-même, après entente avec le Conseil exécutif lorsqu'il s'agit de questions relevant de la compétence de celui-ci.

12. Le Conseil consultatif établit à sa session précédant le Congrès le projet de programme de travail de base du prochain Conseil à soumettre au Congrès, compte tenu des demandes des

die während des Kongresses stattfinden, Anspruch auf die Erstattung entweder der Kosten eines Hin- und Rückflugscheines in der Economy-Klasse oder einer Eisenbahnfahrkarte 1. Klasse oder der Fahrkarte für jedes andere Beförderungsmittel, sofern dieser Betrag die Kosten des Hin- und Rückflugscheines in der Economy-Klasse nicht übersteigt.

5. Auf seiner ersten Tagung, die vom Präsidenten des Kongresses einberufen und eröffnet wird, wählt der Konsultativrat einen Präsidenten, einen Vize-Präsidenten und die Präsidenten der Kommissionen.

6. Der Konsultativrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

7. Der Konsultativrat tritt grundsätzlich jedes Jahr am Sitz des Weltpostvereins zusammen. Zeit und Ort der Tagung werden von seinem Präsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Vollzugsrats und dem Generaldirektor des Internationalen Büros bestimmt.

8. Der Präsident, der Vize-Präsident und die Präsidenten der Kommissionen des Konsultativrats bilden das Direktionskomitee. Dieses Komitee bereitet die Arbeiten jeder Sitzungsperiode des Konsultativrats vor, leitet sie und übernimmt die Aufgaben, die ihm durch Beschluß des Vollzugsrats übertragen werden.

9. Der Konsultativrat hat folgende Aufgaben:

9.1 Studien über die wichtigsten technischen, betrieblichen und wirtschaftlichen Probleme sowie solcher der technischen Zusammenarbeit zu organisieren, die für die Postverwaltungen aller Mitgliedsländer des Vereins von Interesse sind, und Informationen und Gutachten dazu auszuarbeiten;

9.2 Studien über die Probleme der Unterrichtung und der beruflichen Ausbildung durchzuführen, die für die neuen und in der Entwicklung befindlichen Länder von Interesse sind;

9.3 die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Erfahrungen und Fortschritte, die bestimmte Länder auf den Gebieten der Technik, des Betriebs, der Wirtschaft und der beruflichen Ausbildung im Bereich der Postdienste gemacht haben, zu untersuchen und weiterzugeben;

9.4 die gegenwärtige Lage und die Erfordernisse der Postdienste in den neuen und in der Entwicklung befindlichen Ländern zu untersuchen und geeignete Empfehlungen über Wege und Mittel zur Verbesserung der Postdienste in diesen Ländern auszuarbeiten;

9.5 im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat geeignete Maßnahmenauf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit mit allen Mitgliedsländern des Vereins, insbesondere mit den neuen und in der Entwicklung befindlichen Ländern, zu ergreifen;

9.6 alle sonstigen Fragen zu untersuchen, die ihm von einem Mitglied des Konsultativrats, vom Vollzugsrat oder von jeder Verwaltung eines Mitgliedslandes vorgelegt werden.

9.7 in Form von Empfehlungen an die Postverwaltungen Normen auf technischen, betrieblichen oder auch auf anderen Gebieten seines Zuständigkeitsbereichs, auf denen eine einheitliche Durchführung erforderlich ist, auszuarbeiten und vorzulegen. Ebenso nimmt er, sofern erforderlich, Änderungen an Normen vor, die er schon festgelegt hat.

10. Die Mitglieder des Konsultativrats beteiligen sich durch tätige Mitwirkung an seinen Arbeiten. Die Mitgliedsländer, die dem Konsultativrat nicht angehören, können auf ihren Antrag an den unternommen Studien mitarbeiten.

11. Der Konsulativrat arbeitet gegebenenfalls Vorschläge für den Kongreß aus, die sich unmittelbar aus seiner in diesem Artikel festgelegten Tätigkeit ergeben. Diese Vorschläge werden vom Konsultativrat unmittelbar vorgelegt, im Einvernehmen mit dem Vollzugsrat dann, wenn es sich um Fragen handelt, die in dessen Zuständigkeit fallen.

12. Auf seiner Tagung, die dem Kongreß vorangeht, stellt der Konsultativrat unter Berücksichtigung der Anträge der Mitgliedsländer des Vereins sowie des Vollzugsrats und des Internationa-

Pays-membres de l'Union ainsi que du Conseil exécutif et du Bureau international. Ce programme de base comprenant un nombre limité d'études sur des sujets d'actualité et d'intérêt commun est revisable chaque année en fonction des réalités et des priorités nouvelles.

13. Afin d'assurer une liaison efficace entre les travaux des deux organes, le Président, les Vice-Présidents et les Présidents des Commissions du Conseil exécutif peuvent, s'ils en expriment le désir, assister aux réunions du Conseil consultatif en qualité d'observateurs.

14. Le Conseil consultatif peut inviter à ses réunions sans droit de vote:

a) tout organisme international ou toute personne qualifiée qu'il désire associer à ses travaux;

b) des Administrations postales de Pays-membres n'appartenant pas au Conseil consultatif.

Article 105

Documentation sur les activités du Conseil consultatif des études postales

1. Le Conseil consultatif des études postales adresse aux Administrations postales des Pays-membres et aux Unions restreintes, pour information, après chaque session:

a) un compte rendu analytique;

b) les «Documents du Conseil consultatif des études postales» contenant les rapports, les délibérations et le compte rendu analytique.

2. Le Conseil consultatif établit, à l'intention du Conseil exécutif, un rapport annuel sur ses activités.

3. Le Conseil consultatif établit, à l'intention du Congrès, un rapport sur l'ensemble de son activité et le transmet aux Administrations postales des Pays-membres au moins deux mois avant l'ouverture du Congrès.

Article 106

Règlement Intérieur des Congrès

1. Pour l'organisation de ses travaux et la conduite de ses délibérations, le Congrès applique le Règlement intérieur des Congrès qui est annexé au présent Règlement général.

2. Chaque Congrès peut modifier ce Règlement dans les conditions fixées au Règlement intérieur lui-même.

Article 107

Langues utilisées pour la documentation, les délibérations et la correspondance de service

1. Pour la documentation de l'Union, les langues française, anglaise, arabe et espagnole sont utilisées. Sont également utilisées les langues allemande, chinoise, portugaise et russe à condition que la production dans ces dernières langues se limite à la documentation de base la plus importante. D'autres langues sont également utilisées à condition qu'il n'en résulte pas une augmentation des frais à supporter par l'Union selon le paragraphe 6.

2. Le ou les Pays-membres ayant demandé une langue autre que la langue officielle constituent un groupe linguistique. Les Pays-membres qui ne font pas une demande expresse sont censés avoir demandé la langue officielle.

3. La documentation est publiée par le Bureau international dans la langue officielle et dans les langues des groupes linguistiques constitués, soit directement, soit par l'intermédiaire des bureaux régionaux de ces groupes, conformément aux modalités

len Büros den dem Kongreß vorzulegenden Entwurf des Basisarbeitsprogramms des nächsten Konsultativrats auf. Dieses Basisarbeitsprogramm, das eine begrenzte Anzahl von Studien über aktuelle Themen von allgemeinem Interesse umfaßt, kann jedes Jahr entsprechend neuer Gegebenheiten und neuer Prioritäten überprüft werden.

13. Um eine wirksame Verbindung zwischen den Arbeiten der beiden Organe sicherzustellen, können der Präsident, die Vize-Präsidenten und die Kommissionspräsidenten des Vollzugsrats auf ihren Wunsch als Beobachter an den Sitzungen des Konsultativrats für Poststudien teilnehmen.

14. Der Konsultativrat kann zu seinen Tagungen ohne Stimmrecht einladen:

a) jede internationale Organisation oder jede geeignete Persönlichkeit, die er an seinen Arbeiten zu beteiligen wünscht.

b) Postverwaltungen von Mitgliedsländern, die dem Konsultativrat nicht angehören.

Artikel 105

Dokumentation über die Tätigkeit des Konsultativrats für Poststudien

1. Der Konsultativrat für Poststudien übersendet den Postverwaltungen der Mitgliedsländer und den Engeren Vereinen zu ihrer Unterrichtung nach jeder Sitzungsperiode:

a) einen zusammenfassenden Bericht,

b) die „Dokumente des Konsultativrats für Poststudien", die die Berichte, die Beschlüsse und den zusammenfassenden Bericht enthalten.

2. Der Konsultativrat fertigt für den Vollzugsrat einen Jahresbericht über seine Tätigkeit.

3. Der Konsultativrat fertigt für den Kongreß einen Bericht über seine gesamte Tätigkeit und übersendet ihn den Postverwaltungen der Mitgliedsländer mindestens zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses.

Artikel 106

Geschäftsordnung der Kongresse

1. Für die Organisation seiner Arbeiten und den Ablauf seiner Beratungen wendet der Kongreß die Geschäftsordnung der Kongresse an, die dieser Allgemeinen Verfahrensordnung als Anhang beigefügt ist.

2. Jeder Kongreß kann diese Geschäftsordnung unter den in der Geschäftsordnung selbst festgelegten Bedingungen ändern.

Artikel 107

Sprachen für die Veröffentlichung der Dokumentation, die Beratungen und den dienstlichen Schriftwechsel

1. Für die Dokumentation des Vereins werden die französische, englische, arabische und spanische Sprache verwendet. Die Sprachen Deutsch, Chinesisch, Portugiesisch und Russisch werden unter der Bedingung ebenfalls verwendet, daß sich die Dokumentation in den letztgenannten Sprachen auf die wichtigste grundlegende Dokumentation beschränkt. Andere Sprachen werden ebenfalls verwendet, sofern sich daraus keine Erhöhung der vom Verein gemäß § 6 zu tragenden Kosten ergibt.

2. Das Mitgliedsland oder die Mitgliedsländer, die eine andere als die amtliche Sprache verlangt haben, bilden eine Sprachgruppe. Die Mitgliedsländer, die kein ausdrückliches Verlangen gestellt haben, werden so betrachtet, als hätten sie die offizielle Sprache verlangt.

3. Die Dokumentation wird vom Internationalen Büro in der amtlichen Sprache entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der regionalen Büros dieser Sprachgruppen entsprechend den mit dem Internationalen Büro vereinbarten Verfahrensweisen ver-

convenues avec le Bureau international. La publication dans les différentes langues est faite selon le même modèle.

4. La documentation publiée directement par le Bureau international est en principe distribuée simultanément dans les différentes langues demandées.

5. Les correspondances entre les Administrations postales et le Bureau international et entre ce dernier et des tiers peuvent être échangées en toute langue pour laquelle le Bureau international dispose d'un service de traduction.

6. Les frais de traduction vers une langue autre que la langue officielle, y compris ceux résultant de l'application du paragraphe 5, sont supportés par le groupe linguistique ayant demandé cette langue. Sont supportés par l'Union les frais de traduction vers la langue officielle des documents et des correspondances reçues en langues anglaise, arabe et espagnole, ainsi que tous les autres frais afférents à la fourniture des documents. Le plafond des frais à supporter par l'Union pour la production des documents en allemand, chinois, portugais et russe est fixé par une résolution du Congrès.

7. Les frais à supporter par un groupe linguistique sont répartis entre les membres de ce groupe proportionnellement à leur contribution aux dépenses de l'Union. Ces frais peuvent être répartis entre les membres du groupe linguistique selon une autre clé de répartition, à condition que les intéressés s'entendent à ce sujet et notifient leur décision au Bureau international par l'intermédiaire du porte-parole du groupe.

8. Le Bureau international donne suite à tout changement de choix de langue demandé par un Pays-membre après un délai qui ne doit pas dépasser deux ans.

9. Pour les délibérations des réunions des organes de l'Union, les langues française, anglaise, espagnole et russe sont admises, moyennant un système d'interprétation avec ou sans équipement électronique dont le choix est laissé à l'appréciation des organisateurs de la réunion après consultation du Directeur général du Bureau international et des Pays-membres intéressés.

10. D'autres langues sont également autorisées pour les délibérations et les réunions indiquées au paragraphe 9.

11. Les délégations qui emploient d'autres langues assurent l'interprétation simultanée en l'une des langues mentionnées au paragraphe 9, soit par le système indiqué au même paragraphe, lorsque les modifications d'ordre technique nécessaires peuvent y être apportées, soit par des interprètes particuliers.

12. Les frais des services d'interprétation sont répartis entre les Pays-membres utilisant la même langue dans la proportion de leur contribution aux dépenses de l'Union. Toutefois, les frais d'installation et d'entretien de l'équipement technique sont supportés par l'Union.

13. Les Administrations postales peuvent s'entendre au sujet de la langue à employer pour la correspondance de service dans leurs relations réciproques. A défaut d'une telle entente, la langue à employer est le français.

Chapitre II

Bureau international

Article 108

Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international

1. Le Directeur général et le Vice-Directeur général du Bureau international sont élus par le Congrès pour la période séparant deux Congrès successifs, la durée minimale de leur mandat étant de cinq ans. Leur mandat est renouvelable une seule fois. Sauf

öffentlicht. Die Veröffentlichung in den verschiedenen Sprachen erfolgt in einheitlicher Gestaltung.

4. Die vom Internationalen Büro unmittelbar veröffentliche Dokumentation wird grundsätzlich gleichzeitig in den verschiedenen verlangten Sprachen versandt.

5. Der Schriftwechsel zwischen den Verwaltungen und dem Internationalen Büro und zwischen letzterem und Dritten kann in jeder Sprache geführt werden, für die das Internationale Büro über einen Übersetzerdienst verfügt.

6. Die Kosten für die Übersetzung in eine andere als die amtliche Sprache einschließlich der Kosten, die sich aus der Anwendung des § 5 ergeben, werden von der Sprachgruppe getragen, die diese Sprache verlangt hat. Die Kosten für die Übersetzung der in Englisch, Arabisch und Spanisch abgefaßten Dokumente und Eingangsschreiben in die amtliche Sprache sowie alle sonstigen mit der Lieferung der Dokumente verbundenen Kosten trägt der Verein. Die Obergrenze der vom Verein zu tragenden Kosten für die Herstellung der Dokumente in Deutsch, Chinesisch, Portugiesisch und Russisch wird durch eine Entschließung des Kongresses festgelegt.

7. Die Kosten, die von einer Sprachgruppe zu tragen sind, werden unter den Mitgliedern dieser Gruppe im Verhältnis ihrer Beiträge zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Diese Kosten können unter den Mitgliedern einer Sprachgruppe unter der Bedingung nach einem anderen Schlüssel aufgeteilt werden, daß sich die Beteiligten hierüber einigen und ihre Entscheidung dem Internationalen Büro durch den Sprecher der Gruppe mitgeteilt wird.

8. Innerhalb einer Frist, die zwei Jahre nicht überschreiten darf, gibt das Internationale Büro jedem Antrag eines Mitgliedslandes auf Wechsel der gewählten Sprache statt.

9. Für die Beratungen der Zusammenkünfte der Organe des Vereins sind die französische, englische, spanische und russische Sprache unter Verwendung einer Übersetzungsanlage mit oder ohne elektronische Ausrüstung zugelassen, deren Auswahl im Ermessen der Veranstalter der Zusammenkunft im Benehmen mit dem Generaldirektor des Internationalen Büros und den beteiligten Mitgliedsländern überlassen bleibt.

10. Andere Sprachen sind für die in § 9 genannten Beratungen und Zusammenkünfte ebenfalls zugelassen.

11. Die Delegationen, die sich anderer Sprachen bedienen, sorgen für die Stimultanübersetzung in eine der in § 9 genannten Sprachen entweder durch die im selben Paragraphen erwähnte Anlage, wenn die erforderlichen technischen Änderungen daran vorgenommen werden können, oder durch besondere Dolmetscher.

12. Die Kosten für den Übersetzungsdienst werden unter den Mitgliedsländern, die dieselbe Sprache verwenden, im Verhältnis ihrer Beiträge zu den Kosten des Vereins aufgeteilt. Die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der technischen Anlage werden jedoch vom Verein getragen.

13. Die Postverwaltungen können die Sprache vereinbaren, derer sie sich in ihrem dienstlichen Schriftwechsel bedienen wollen. Besteht eine solche Vereinbarung nicht, so ist die französische Sprache zu verwenden.

Kapitel II

Internationales Büro

Artikel 108

Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros

1. Der Generaldirektor und der Vize-Generaldirektor des Internationalen Büros werden vom Kongreß für den Zeitraum zwischen zwei aufeinanderfolgenden Kongressen gewählt; die Mindestdauer ihres Amtes beträgt fünf Jahre. Einmalige Wiederwahl ist

décision contraire du Congrès, la date de leur entrée en fonctions est fixée au 1er janvier de l'année qui suit le Congrès.

2. Au moins sept mois avant l'ouverture du Congrès, le Directeur général du Bureau international adresse une note aux Gouvernements des Pays-membres en les invitant à présenter les candidatures éventuelles pour les postes de Directeur général et de Vice-Directeur général et en indiquant en même temps si le Directeur général ou le Vice-Directeur général en fonctions sont intéressés au renouvellement éventuel de leur mandat initial. Les candidatures, accompagnées d'un curriculum vitae, doivent parvenir au Bureau international deux mois au moins avant l'ouverture du Congrès. Les candidats doivent être des ressortissants des Pays-membres qui les présentent. Le Bureau international élabore la documentation nécessaire pour le Congrès. L'élection du Directeur général et celle du Vice-Directeur général ont lieu au scrutin secret, la première élection portant sur le poste de Directeur général.

3. En cas de vacance du poste de Directeur général, le Vice-Directeur général assume les fonctions de Directeur général jusqu'à la fin du mandat prévu pour celui-ci; il est éligible à ce poste et est admis d'office comme candidat, sous réserve que son mandat initial en tant que Vice-Directeur général n'ait pas déjà été renouvelé une fois par le Congrès précédent et qu'il déclare son intérêt à être considéré comme candidat au poste de Directeur général.

4. En cas de vacance simultanée des postes de Directeur général et de Vice-Directeur général, le Conseil exécutif élit, sur la base des candidatures reçues à la suite d'une mise au concours, un Vice-Directeur général pour la période allant jusqu'au prochain Congrès. Pour la présentation des candidatures, le paragraphe 2 s'applique par analogie.

5. En cas de vacance du poste de Vice-Directeur général, le Conseil exécutif charge, sur proposition du Directeur général, un des Sous-Directeurs généraux au Bureau international d'assumer, jusqu'au prochain Congrès, les fonctions de Vice-Directeur général.

zulässig. Sofern der Kongreß keine gegenteilige Entscheidung trifft, wird das Datum ihres Amtsantritts auf den 1. Januar des Jahres festgesetzt, das dem Kongreß folgt.

2. Mindestens sieben Monate vor Eröffnung des Kongresses wendet sich der Generaldirektor des Internationalen Büros mit einer Note an die Regierungen der Mitgliedsländer und fordert sie auf, eventuelle Bewerbungen für die Stellen des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors vorzulegen; dabei teilt er zugleich mit, ob der amtierende Generaldirektor oder der amtierende Vize-Generaldirektor eine Erneuerung ihres ursprünglichen Mandats anstreben. Die Bewerbungen, denen ein Lebenslauf beigefügt sein muß, müssen dem Internationalen Büro mindestens zwei Monate vor der Eröffnung des Kongresses zugehen. Die Bewerber müssen Staatsangehörige der Mitgliedsländer sein, die sie vorschlagen. Das Internationale Büro arbeitet die für den Kongreß erforderliche Dokumentation aus. Die Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors finden in geheimer Wahl statt, wobei die erste Wahl die Stelle des Generaldirektors betrifft.

3. Wenn die Stelle des Generaldirektors vakant wird, übernimmt der Vize-Generaldirektor die Aufgaben des Generaldirektors bis zum Ende der für diesen vorgesehenen Amtszeit; er kann auf diesen Posten gewählt werden und wird von Amts wegen als Bewerber zugelassen, sofern sein ursprüngliches Mandat als Vize-Generaldirektor vom vorhergehenden Kongreß nicht schon einmal erneuert wurde und er sein Interesse daran bekundet, als Bewerber für die Stelle des Generaldirektors betrachtet zu werden.

4. Wenn die Stellen des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors gleichzeitig vakant werden, wählt der Vollzugsrat auf der Grundlage der nach einer Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen für die Zeit bis zum nächsten Kongreß einen Vize-Generaldirektor. Für die Einreichung der Bewerbungen wird § 2 entsprechend angewendet.

5. Wenn die Stelle des Vize-Generaldirektors vakant wird, beauftragt der Vollzugsrat auf Vorschlag des Generaldirektors einen der Unter-Generaldirektoren des Internationalen Büros, die Aufgaben des Vize-Generaldirektors bis zum nächsten Kongreß wahrzunehmen.

Article 109

Fonctions du Directeur général

1. Le Directeur général organise, administre et dirige le Bureau international dont il est le représentant légal. Il est compétent pour classer les postes des grades G 1 à D 1 et pour nommer et promouvoir les fonctionnaires dans ces grades. Pour les nominations dans les grades P 1 à D 1, il examine les titres de compétence professionnelle des candidats recommandés par les Administrations postales des Pays-membres dont ils ont la nationalité en tenant compte d'une équitable répartition géographique continentale et des langues ainsi que de toutes autres considérations y relatives, tout en respectant le régime intérieur de promotions du Bureau. Il tient également compte de ce qu'en principe les personnes qui occupent les postes des grades D 2, D 1 et P 5 doivent être des ressortissants de différents Pays-membres de l'Union. Il informe le Conseil exécutif une fois par an, dans le Rapport sur les activités de l'Union, des nominations et des promotions aux grades P 4 à D 1.

2. Le Directeur général a les attributions suivantes:

2.1 assurer les fonctions de dépositaire des Actes de l'Union et d'intermédiaire dans la procédure d'adhésion et d'admission à l'Union ainsi que de sortie de celle-ci;

2.2 notifier à l'ensemble des Administrations les Règlements d'exécution arrêtés ou revisés par le Conseil exécutif;

2.3 préparer le projet de budget annuel de l'Union au niveau le plus bas possible compatible avec les besoins de l'Union et le soumettre en temps opportun à l'examen du Conseil exécutif;

Artikel 109

Aufgaben des Generaldirektors

1. Der Generaldirektor gliedert, verwaltet und leitet das Internationale Büro, dessen satzungsmäßiger Vertreter er ist. Er ist zuständig für die Bewertung der Dienstposten G 1 bis D 1 und für die Ernennung und Beförderung der Beamten in diesen Besoldungsgruppen. Hinsichtlich der Ernennungen in den Besoldungsgruppen P 1 bis D 1 prüft er die beruflichen Befähigungsnachweise der Bewerber, die von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer vorzuschlagen sind, deren Staatangehörigkeit sie besitzen; dabei hat er, unter Berücksichtigung der inneren Aufstiegsordnung des Internationalen Büros, einer gerechten geografischen Aufteilung nach Erdteilen und Sprachen sowie allen anderen in Betracht kommenden Erwägungen Rechnung zu tragen. Er hat auch zu berücksichtigen,daß die Inhaber der Stellen in den Besoldungsgruppen D 2, D 1 und P 5 Staatsangehörige verschiedener Mitgliedsländer des Vereins sein sollen. Er unterrichtet den Vollzugsrat einmal jährlich im Bericht über die Tätigkeit des Vereins über die Ernennungen und Beförderungen in den Besoldungsgruppen P 4 bis D 1.

2. Der Generaldirektor hat folgende Aufgaben:

2.1 die Aufgaben des Depositars der Verträge des Vereins und Mittlers im Verfahren zum Beitritt und zur Zulassung zum Verein sowie beim Austritt aus diesem wahrzunehmen;

2.2 allen Mitgliedsländern die vom Vollzugsrat verabschiedeten oder geänderten Vollzugsordnungen zu notifizieren;

2.3 den Entwurf des jährlichen Haushaltsplans des Vereins auf der niedrigst möglichen Höhe vorzubereiten, die mit den Erfordernissen des Vereins vereinbar ist, und ihn rechtzeitig dem Voll-

communiquer le budget aux Pays-membres de l'Union après l'approbation du Conseil exécutif;

2.4 servir d'intermédiaire dans les relations entre:

- l'UPU et les Unions restreintes;
- l'UPU et l'Organisation des Nations Unies;
- l'UPU et les organisations internationales dont les activités présentent un intérêt pour l'Union;

2.5 assumer la fonction de Secrétaire général des organes de l'Union et veiller à ce titre, compte tenu des dispositions spéciales du présent Règlement, notamment:

- à la préparation et à l'organisation des travaux des organes de l'Union;
- à l'élaboration, à la production et à la distribution des documents, rapports et procès-verbaux;
- au fonctionnement du secrétariat durant les réunions des organes de l'Union;

2.6 assister aux séances des organes de l'Union et prendre part aux délibérations sans droit de vote, avec la possibilité de se faire représenter.

zugsrat zur Prüfung vorzulegen; den Haushaltsplan nach Billigung durch den Vollzugsrat den Mitgliedsländern bekanntzugeben;

2.4 als Mittler zu dienen in den Beziehungen zwischen:

- dem Weltpostverein und den Engeren Vereinen;
- dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen;
- dem Weltpostverein und den internationalen Organisationen, deren Tätigkeit für den Verein von Interesse ist;

2.5 die Aufgaben des Generalsekretärs der Organe des Vereins zu übernehmen und in dieser Eigenschaft unter Berücksichtigung der besonderen Vorschriften dieser Allgemeinen Verfahrensordnung insbesondere zu wachen über

- die Vorbereitung und die Organisation der Arbeiten der Organe des Vereins;
- die Ausarbeitung, die Herstellung und die Verteilung der Dokumente, Berichte und Protokolle;
- die Arbeitsweise des Sekretariats während der Tagungen der Organe des Vereins;

2.6 den Sitzungen der Organe des Vereins beizuwohnen und an den Beratungen ohne Stimmrecht teilzunehmen mit der Möglichkeit, sich vertreten zu lassen.

Article 110

Fonctions du Vice-Directeur général

1. Le Vice-Directeur général assiste le Directeur général et il est responsable devant lui.

2. En cas d'absence ou empêchement du Directeur général, le Vice-Directeur général exerce les pouvoirs de celui-ci. Il en est de même dans le cas de vacance du poste de Directeur général visé à l'article 108, paragraphe 3.

Artikel 110

Aufgaben des Vize-Generaldirektors

1. Der Vize-Generaldirektor unterstützt den Generaldirektor und ist ihm gegenüber verantwortlich.

2. Im Fall der Abwesenheit oder der Verhinderung des Generaldirektors übt er dessen Befugnisse aus. Das gleiche gilt für den in Artikel 108 § 3 vorgesehenen Fall des Freiwerdens der Stelle des Generaldirektors.

Article 111

Secrétariat des organes de l'Union

Le secrétariat des organes de l'Union est assuré par le Bureau international sous la responsabilité du Directeur général. Il adresse tous les documents publiés à l'occasion de chaque session aux Administrations postales des membres de l'organe, aux Administrations postales des pays qui, sans être membres de l'organe, collaborent aux études entreprises, aux Unions restreintes ainsi qu'aux autres Administrations postales des Pays-membres qui en font la demande.

Artikel 111

Sekretariat der Organe des Vereins

Das Sekretariat der Organe des Vereins wird vom Internationalen Büro unter der Verantwortlichkeit des Generaldirektors wahrgenommen. Es versendet alle Dokumente, die anläßlich jeder Tagung veröffentlicht werden, an die Postverwaltungen der Mitglieder des Organs, an die Postverwaltungen der Länder, die, ohne Mitglied des Organs zu sein, an den Studien mitarbeiten, an die Engeren Vereine sowie an die anderen Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die darum ersuchen.

Article 112

Liste des Pays-membres

Le Bureau international établit et tient à jour la liste des Pays-membres de l'Union en y indiquant leur classe de contribution, leur groupe géographique et leur situation par rapport aux Actes de l'Union.

Artikel 112

Liste der Mitgliedsländer

Das Internationale Büro erstellt eine Liste der Mitgliedsländer des Vereins mit Angabe ihrer Beitragsklasse, ihrer geografischen Gruppe und über den Stand ihres Verhältnisses zu den Verträgen des Vereins und hält sie auf dem laufenden.

Article 113

Renseignements. Avis. Demandes d'interprétation et de modification des Actes. Enquêtes. Intervention dans la liquidation des comptes

1. Le Bureau international se tient en tout temps à la disposition du Conseil exécutif, du Conseil consultatif des études postales et des Administrations postales pour leur fournir tous renseignements utiles sur les questions relatives au service.

2. Il est chargé, notamment, de réunir, de coordonner, de publier et de distribuer les renseignements de toute nature qui intéressent le service postal international; d'émettre, à la demande des parties en cause, un avis sur les questions liti-

Artikel 113

Auskünfte. Gutachten. Anträge auf Auslegung und Änderung der Verträge. Umfragen. Vermittlung bei der Erledigung der Rechnungen

1. Das Internationale Büro hält sich jederzeit zur Verfügung des Vollzugsrats, des Konsultativrats für Poststudien und der Postverwaltungen, um ihnen alle sachdienlichen Auskünfte über dienstliche Fragen zu erteilen;

2. Es hat insbesondere die Aufgabe, Mitteilungen jeder Art über den internationalen Postdienst zu sammeln, zu koordinieren, zu veröffentlichen und zu verteilen, auf Antrag der Beteiligten Gutachten über strittige Fragen abzugeben, Anträgen auf Ausle-

gieuses; de donner suite aux demandes d'interprétation et de modification des Actes de l'Union et, en général, de procéder aux études et aux travaux de rédaction ou de documentation que lesdits Actes lui attribuent ou dont il serait saisi dans l'intérêt de l'Union.

3. Il procède également aux enquêtes qui sont demandées par les Administrations postales en vue de connaître l'opinion des autres Administrations sur une question déterminée. Le résultat d'une enquête ne revêt pas le caractère d'un vote et ne lie pas formellement.

4. Il saisit, à toutes fins utiles, le Président du Conseil consultatif des études postales des questions qui sont de la compétence de cet organe.

5. Il intervient, à titre d'office de compensation, dans la liquidation des comptes de toute nature relatifs au service postal international, entre les Administrations postales qui réclament cette intervention.

gung und Änderung der Verträge des Vereins stattzugeben und sich allgemein mit Studien und Redaktions- und Dokumentationsarbeiten zu befassen, die ihm die genannten Verträge zuweisen oder die ihm im Interesse des Weltpostvereins übertragen werden.

3. Es nimmt auch Umfragen vor, die von den Postverwaltungen beantragt werden, um die Einstellung der anderen Verwaltungenzu einer bestimmten Frage kennenzulernen. Das Ergebnis einer Umfrage stellt keine Abstimmung dar und ist unverbindlich.

4. Es leitet dem Präsidenten des Konsultativrats für Poststudien zur weiteren Veranlassung Fragen zu, die in die Zuständigkeit dieses Organs fallen.

5. Es vermittelt als Clearingstelle bei der Erledigung der Rechnungen jeder Art aus dem internationalen Postdienst im Verhältnis zwischen den Postverwaltungen, die diese Vermittlung wünschen.

Article 114

Coopération technique

Le Bureau international est chargé, dans le cadre de la coopération technique internationale, de développer l'assistance technique postale sous toutes ses formes.

Artikel 114

Technische Zusammenarbeit

Das internationale Büro hat die Aufgabe, im Rahmen der internationalen technischen Zusammenarbeit die technische Hilfeleistung auf dem Gebiet des Postwesens in allen ihren Erscheinungsformen zu fördern.

Article 115

Formules fournies par le Bureau international

Le Bureau international est chargé de faire confectionner les cartes d'identité postales et les coupons-réponse internationaux et d'en approvisionner, au prix de revient, les Administrations postales qui en font la demande.

Artikel 115

Lieferungen von Formularen durch das Internationale Büro

Das Internationale Büro hat die Aufgabe, Postausweiskarten und Internationale Antwortscheine herstellen zu lassen und sie den Postverwaltungen auf Antrag zum Selbstkostenpreis zu liefern.

Article 116

Actes des Unions restreintes et arrangements spéciaux

1. Deux exemplaires des Actes des Unions restreintes et des arrangements spéciaux conclus en application de l'article 8 de la Constitution doivent être transmis au Bureau international par les bureaux de ces Unions ou, à défaut, par une des parties contractantes.

2. Le Bureau international veille à ce que les Actes des Unions restreintes et les arrangements spéciaux ne prévoient pas des conditions moins favorables pour le public que celles qui sont prévues dans les Actes de l'Union et informe les Administrations postales de l'existence des Unions et des arrangements susdits. Il signale au Conseil exécutif toute irrégularité constatée en vertu de la présente disposition.

Artikel 116

Verträge der Engeren Vereine und besondere Vereinbarungen

1. Zwei Ausfertigungen der nach Artikel 8 der Satzung abgeschlossenen Verträge der Engeren Vereine und besonderen Vereinbarungen müssen dem Internationalen Büro von den Büros dieser Vereine, falls ein solches besteht, von einer der Vertragsparteien übersandt werden.

2. Das Internationale Büro hat darüber zu wachen, daß die Verträge der Engeren Vereine und die besonderen Vereinbarungen für die Postbenutzer nicht ungünstigere Bedingungen vorsehen als die Verträge des Weltpostvereins; es hat die Postverwaltungen über das Bestehen der Engeren Vereine und der genannten Vereinbarungen zu unterrichten. Das Internationale Büro hat dem Vollzugsrat jede Unregelmäßigkeit anzuzeigen, die es auf Grund der vorstehenden Bestimmung festgestellt hat.

Article 117

Revue de l'Union

Le Bureau international rédige, à l'aide des documents qui sont mis à sa disposition, une revue en langues allemande, anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe.

Artikel 117

Zeitschrift des Vereins

Das Internationale Büro gibt unter Benutzung der ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen eine Zeitschrift in deutscher, englischer, arabischer, chinesischer, spanischer, französischer und russischer Sprache heraus.

Article 118

Rapport annuel sur les activités de l'Union

Le Bureau international fait, sur les activités de l'Union, un rapport annuel qui est communiqué, après approbation par le Conseil exécutif, aux Administrations postales, aux Unions restreintes et à l'Organisation des Nations Unies.

Artikel 118

Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins

Das Internationale Büro erstattet über die Tätigkeit des Vereins einen Jahresbericht, der nach Genehmigung durch den Vollzugsrat den Postverwaltungen, den Engeren Vereinen und der Organisation der Vereinten Nationen übersandt wird.

Chapitre III

Procédure d'introduction et d'examen des propositions

Article 119

Procédure de présentation des propositions au Congrès

1. Sous réserve des exceptions prévues aux paragraphes 2 et 5, la procédure suivante règle l'introduction des propositions de toute nature à soumettre au Congrès par les Administrations postales des Pays-membres:

a) sont admises les propositions qui parviennent au Bureau international au moins six mois avant la date fixée pour le Congrès;

b) aucune proposition d'ordre rédactionnel n'est admise pendant la période de six mois qui précède la date fixée pour le Congrès;

c) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre six et quatre mois avant la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins deux Administrations;

d) les propositions de fond qui parviennent au Bureau international dans l'intervalle compris entre quatre et deux mois qui précède la date fixée pour le Congrès ne sont admises que si elles sont appuyées par au moins huit Administrations. Les propositions qui parviennent ultérieurement ne sont plus admises;

e) les déclarations d'appui doivent parvenir au Bureau international dans le même délai que les propositions qu'elles concernent.

2. Les propositions concernant la Constitution ou le Règlement général doivent parvenir au Bureau international six mois au moins avant l'ouverture du Congrès; celles qui parviennent postérieurement à cette date mais avant l'ouverture du Congrès ne peuvent être prises en considération que si le Congrès en décide ainsi à la majorité des deux tiers des pays représentés au Congrès et si les conditions prévues au paragraphe 1 sont respectées.

3. Chaque proposition ne doit avoir en principe qu'un objectif et ne contenir que les modifications justifiées par cet objectif.

4. Les propositions d'ordre rédactionnel sont munies, en tête, de la mention «Proposition d'ordre rédactionnel» par les Administrations qui les présentent et publiées par le Bureau international sous un numéro suivi de la lettre R. Les propositions non munies de cette mention mais qui, de l'avis du Bureau international, ne touchent que la rédaction sont publiées avec une annotation appropriée; le Bureau international établit une liste de ces propositions à l'intention du Congrès.

5. La procédure prescrite aux paragraphes 1 et 4 ne s'applique ni aux propositions concernant le Règlement intérieur des Congrès ni aux amendements à des propositions déjà faites.

Article 120

Procédure de présentation des propositions entre deux Congrès

1. Pour être prise en considération, chaque proposition concernant la Convention ou les Arrangements et introduite par une Administration postale entre deux Congrès doit être appuyée par au moins deux autres Administrations. Ces propositions restent sans suite lorsque le Bureau international ne reçoit pas, en même temps, les déclarations d'appui nécessaires.

2. Ces propositions sont adressées aux autres Administrations postales par l'intermédiaire du Bureau international.

Kapitel III

Verfahren für die Einbringung und Prüfung der Vorschläge

Artikel 119

Verfahren für die Einbringung der Vorschläge für den Kongreß

1. Vorbehaltlich der in den §§ 2 und 5 vorgesehenen Ausnahmen gilt für die Einbringung der Vorschläge jeder Art, die dem Kongreß von den Postverwaltungen der Mitgliedsländer vorgelegt werden sollen, folgendes Verfahren:

a) zugelassen sind Vorschläge, die dem Internationalen Büro mindestens § 6 Monate vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt zugehen;

b) Vorschläge redaktioneller Art sind während der 6 Monate vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt nicht zugelassen;

c) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen 6 und 4 Monaten vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt zugehen, sind nur zugelassen, wenn sie von mindestens zwei Verwaltungen unterstützt werden;

d) Vorschläge materieller Art, die dem Internationalen Büro in der Zeit zwischen 4 und 2 Monaten vor dem für den Zusammentritt des Kongresses bestimmten Zeitpunkt zugehen, sind nur zugelassen, wenn sie von mindestens acht Verwaltungen unterstützt werden. Vorschläge, die später eingehen, sind nicht mehr zugelassen;

e) die Unterstützungserklärungen müssen dem Internationalen Büro innerhalb derselben Frist zugehen, wie die Vorschläge, die sie betreffen;

2. Die die Satzung oder die Allgemeine Verfahrensordnung betreffenden Vorschläge müssen beim Internationalen Büro mindestens 6 Monate vor Eröffnung des Kongresses eingehen; Vorschläge, die nach diesem Zeitpunkt, aber vor der Eröffnung des Kongresses eingehen, können nur dann berücksichtigt werden, wenn der Kongreß mit der Mehrheit von zwei Dritteln der beim Kongreß vertretenen Länder so beschließt und wenn die in § 1 vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind.

3. Jeder Vorschlag darf grundsätzlich nur ein Ziel haben und nur die auf dieses Ziel gerichteten Änderungen enthalten.

4. Vorschläge reaktioneller Art werden von den einbringenden Verwaltungen im Kopf mit dem Vermerk „Proposition d'ordre rédactionnel" versehen und vom Internationalen Büro unter einer Nummer mit dem Zusatz „R" veröffentlicht. Die Vorschläge, die nicht mit diesem Vermerk versehen, jedoch nach Ansicht des Internationalen Büros lediglich redaktioneller Art sind, werden mit einer entsprechenden Erläuterung veröffentlicht; das Internationale Büro stellt für den Kongreß eine Liste dieser Vorschläge auf.

5. Das in den §§ 1 und 4 vorgeschriebene Verfahren gilt weder für die Vorschläge zur Geschäftsordnung des Kongresses noch für Änderungsvorschläge zu bereits eingebrachten Vorschlägen.

Artikel 120

Verfahren für die Einbringung der Vorschläge in der Zeit zwischen zwei Kongressen

1. Jeder in der Zeit zwischen zwei Kongressen von einer Postverwaltung eingebrachte Vorschlag zum Weltpostvertrag oder zu den Abkommen muß, um berücksichtigt zu werden, von mindestens zwei anderen Verwaltungen unterstützt werden. Die Vorschläge bleiben unberücksichtigt, wenn das Internationale Büro nicht gleichzeitig die erforderlichen Unterstützungserklärungen erhält.

2. Diese Vorschläge werden den anderen Postverwaltungen durch Vermittlung des Internationalen Büros übersandt.

3. Les propositions concernant les Règlements d'exécution n'ont pas besoin d'appui mais ne sont prises en considération par le Conseil exécutif que si celui-ci en approuve l'urgente nécessité.

Article 121

Examen des propositions entre deux Congrès

1. Toute proposition concernant la Convention, les Arrangements et leurs Protocoles finals est soumise à la procédure suivante: un délai de deux mois est laissé aux Administrations postales des Pays-membres pour examiner la proposition notifiée par circulaire du Bureau international et, le cas échéant, pour faire parvenir leurs observations audit Bureau. Les amendements ne sont pas admis. Les réponses sont réunies par les soins du Bureau international et communiquées aux Administrations postales avec invitation de se prononcer pour ou contre la proposition. Celles qui n'ont pas fait parvenir leur vote dans un délai de deux mois sont considérées comme s'abstenant. Les délais précités comptent à partir de la date des circulaires du Bureau international.

2. Les propositions de modification des Règlements d'exécution sont traitées par le Conseil exécutif.

3. Si la proposition concerne un Arrangement ou son Protocole final, seules les Administrations postales de Pays-membres qui sont parties à cet Arrangement peuvent prendre part aux opérations indiquées au paragraphe 1.

Article 122

Notification des décisions adoptées entre deux Congrès

1. Les modifications apportées à la Convention, aux Arrangements et aux Protocoles finals de ces Actes sont consacrées par une notification du Directeur général du Bureau international aux Gouvernements des Pays-membres.

2. Les modifications apportées par le Conseil exécutif aux Règlements d'exécution et à leurs Protocoles finals sont notifiées aux Administrations postales par le Bureau international. Il en est de même des interprétations visées à l'article 93, paragraphe 3, lettre c), chiffre 2°, de la Convention et aux dispositions correspondantes des Arrangements.

Article 123

Mise en vigueur des Règlements d'exécution et des autres décisions adoptés entre deux Congrès

1. Les Règlements d'exécution entrent en vigueur à la même date et ont la même durée que les Actes issus du Congrès.

2. Sous réserve du paragraphe 1, les décisions de modification des Actes de l'Union qui sont adoptées entre deux Congrès ne sont exécutoires que trois mois, au moins, après leur notification.

Chapitre IV

Finances

Article 124

Fixation et règlement des dépenses de l'Union

1. Sous réserve des paragraphes 2 à 6, les dépenses annuelles afférentes aux activités des organes de l'Union ne doivent pas dépasser les sommes ci-après pour les années 1991 et suivantes:

3. Die Vorschläge zu den Vollzugsordnungen bedürfen keiner Unterstützungserklärungen; sie werden vom Vollzugsrat aber nur berücksichtigt, wenn dieser ihre dringliche Notwendigkeit anerkennt.

Artikel 121

Prüfung der Vorschläge in der Zeit zwischen zwei Kongressen

1. Jeder Vorschlag zum Weltpostvertrag, den Abkommen und ihren Schlußprotokollen unterliegt folgendem Verfahren: Den Postverwaltungen der Mitgliedsländer wird eine Frist von zwei Monaten gewährt, um den durch Rundschreiben des Internationalen Büros bekanntgegebenen Vorschlag zu prüfen und gegebenenfalls dem Internationalen Büro ihre Bemerkungen zugehen zu lassen. Änderungsvorschläge sind unzulässig. Die Antworten werden vom Internationalen Büro zusammengestellt und den Postverwaltungen mit der Aufforderung mitgeteilt, sich für oder gegen den Vorschlag auszusprechen. Haben Postverwaltungen ihre Stimme nicht binnen zwei Monaten abgegeben, so gilt dies als Stimmenthaltung. Die vorgenannten Fristen beginnen mit dem Datum der Rundschreiben des Internationalen Büros.

2. Die Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnungen werden vom Vollzugsrat behandelt.

3. Betrifft der Vorschlag ein Abkommen oder sein Schlußprotokoll, so dürfen sich nur die Postverwaltungen der Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen, an dem Verfahren nach § 1 beteiligen.

Artikel 122

Notifizierung der in der Zeit zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse

1. Änderungen des Weltpostvertrags, der Abkommen und der Schlußprotokolle zu diesen Verträgen werden den Mitgliedsländern durch eine Notifizierung des Generaldirektors des Internationalen Büros bestätigt.

2. Die vom Vollzugsrat an den Vollzugsordnungen und ihren Schlußprotokollen vorgenommenen Änderungen werden den Postverwaltungen durch das Internationale Büro notifiziert; das gilt auch für die in Artikel 93 § 3 unter Buchstabe c) Ziffer 2) des Weltpostvertrags und in den entsprechenden Bestimmungen der Abkommen vorgesehene Auslegung der Verträge.

Artikel 123

Inkrafttreten der in der Zeit zwischen zwei Kongressen beschlossenen Vollzugsordnungen und der anderen getroffenen Entscheidungen

1. Die Vollzugsordnungen treten zum gleichen Zeitpunkt in Kraft und haben die gleiche Gültigkeitsdauer wie die vom Kongreß verabschiedeten Verträge.

2. Vorbehaltlich des § 1 treten die zur Änderung der Verträge des Vereins zwischen zwei Kongressen gefaßten Beschlüsse frühestens drei Monate nach ihrer Notifizierung in Kraft.

Kapitel IV

Finanzen

Artikel 124

Festsetzung und Begleichung der Ausgaben des Vereins

1. Vorbehaltlich der §§ 2 bis 6 dürfen die jährlich Ausgaben für die Tätigkeit der Organe des Vereins für das Jahr 1991 und die folgenden Jahre die nachstehend genannten Beträge nicht überschreiten:

26 070 100 francs suisses pour l'année 1991;
26 586 900 francs suisses pour l'année 1992;
26 800 100 francs suisses pour l'année 1993;
26 773 200 francs suisses pour l'année 1994;
26 935 600 francs suisses pour l'année 1995.

La limite de base pour l'année 1995 s'applique également aux années postérieures en cas de report du Congrès prévu pour 1994.

2. Les dépenses afférentes à la réunion du prochain Congrès (déplacement du secrétariat, frais de transport, frais d'installation technique de l'interprétation simultanée, frais de reproduction des documents durant le Congrès, etc.) ne doivent pas dépasser la limite de 3 676 000 francs suisses.

3. Le Conseil exécutif est autorisé à dépasser les limites fixées aux paragraphes 1 et 2 pour tenir compte des augmentations des échelles de traitement, des contributions au titre des pensions ou indemnités, y compris les indemnités de poste, admises par les Nations Unies pour être appliquées à leur personnel en fonction à Genève.

4. Le Conseil exécutif est également autorisé à ajuster, chaque année, le montant des dépenses autres que celles relatives au personnel en fonction de l'indice suisse des prix à la consommation.

5. Par dérogation au paragraphe 1, le Conseil exécutif, ou en cas d'extrême urgence le Directeur général, peut autoriser un dépassement des limites fixées pour faire face aux réparations importantes et imprévues du bâtiment du Bureau international, sans toutefois que le montant du dépassement puisse excéder 65 000 francs suisses par année.

6. Si les crédits prévus par les paragraphes 1 et 2 se révèlent insuffisants pour assurer le bon fonctionnement de l'Union, ces limites ne peuvent être dépassées qu'avec l'approbation de la majorité des Pays-membres de l'Union. Toute consultation doit comporter un exposé complet des faits justifiant une telle demande.

7. Les pays qui adhèrent à l'Union ou qui sont admis en qualité de membres de l'Union ainsi que ceux qui sortent de l'Union doivent acquitter leur cotisation pour l'année entière au cours de laquelle leur admission ou leur sortie devient effective.

8. Les Pays-membres paient à l'avance leur part contributive aux dépenses annuelles de l'Union, sur la base du budget arrêté par le Conseil exécutif. Ces parts contributives doivent être payées au plus tard le premier jour de l'exercice financier auquel se rapporte le budget. Passé ce terme, les sommes dues sont productives d'intérêt au profit de l'Union, à raison de 3 pour cent par an durant les six premiers mois et de 6 pour cent par an à partir du septième mois.

9. Pour pallier les insuffisances de trésorerie de l'Union, il est constitué un Fonds de réserve dont le montant est fixé par le Conseil exécutif. Ce Fonds est alimenté en premier lieu par les excédents budgétaires. Il peut servir également à équilibrer le budget ou à réduire le montant des contributions des Pays-membres.

10. En ce qui concerne les insuffisances passagères de trésorerie, le Gouvernement de la Confédération suisse fait, à court terme, les avances nécessaires selon des conditions qui sont à fixer d'un commun accord. Ce Gouvernement surveille sans frais la tenue des comptes financiers ainsi que la comptabilité du Bureau international dans les limites des crédits fixés par le Congrès.

Article 125

Classes de contribution

1. Les Pays-membres contribuent à la couverture des dépenses de l'Union selon la classe de contribution à laquelle ils appartiennent. Ces classes sont les suivantes:

26 070 100 Schweizer Franken für das Jahr 1991;
26 586 900 Schweizer Franken für das Jahr 1992;
26 800 100 Schweizer Franken für das Jahr 1993;
26 773 200 Schweizer Franken für das Jahr 1994;
26 935 600 Schweizer Franken für das Jahr 1995.

Der für das Jahr 1995 als Grundlage dienende Höchstbetrag gilt ebenfalls für die folgenden Jahre, falls der für 1994 vorgesehene Kongreß verschoben wird.

2. Die Kosten für das Zusammentreten des nächsten Kongresses (Reisekosten des Sekretariats, Transportkosten, Kosten der technischen Anlage für die Simultanübersetzung, Kosten für die Herstellung der Dokumente während des Kongresses usw.) dürfen den Höchstbetrag von 3 676 000 Schweizer Franken nicht übersteigen.

3. Der Vollzugsrat kann die in den §§ 1 und 2 festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, um Erhöhungen der Gehälter, Beiträge zur Pensionskasse oder Entschädigungen, einschließlich der Dienstpostenzulagen, Rechnung zu tragen, deren Anwendung auf ihr in Genf tätiges Personal von den Vereinten Nationen zugestanden wird.

4. Der Vollzugsrat kann ebenfalls jedes Jahr den Betrag, der sich nicht auf das Personal beziehenden Ausgaben entsprechend dem schweizerischen Index der Verbraucherpreise anpassen.

5. Abweichend von § 1 kann der Vollzugsrat oder im äußersten Notfall der Generaldirektor ein Überschreiten der festgesetzten Höchstgrenzen erlauben, um größere und unvorhergesehene Reparaturen am Gebäude des Internationalen Büros vornehmen zu lassen; dabei darf jedoch der Betrag der Überschreitung 65 000 Schweizer Franken im Jahr nicht übersteigen.

6. Falls sich die in den §§ 1 und 2 vorgesehenen Beträge als unzureichend für das gute Funktionieren des Vereins erweisen, können die Höchstbeträge nur mit Genehmigung der Mehrheit der Mitgliedsländer des Vereins überschritten werden. Jeder Konsultation muß eine vollständige Aufstellung der Tatsachen beigefügt sein, die ein solches Verlangen rechtfertigen.

7. Die Länder, die dem Verein beitreten oder als Mitglieder des Vereins zugelassen werden, sowie die Länder, die aus dem Verein austreten, müssen ihren Beitrag für das volle Kalenderjahr entrichten, in dem ihre Aufnahme oder ihr Austritt wirksam wird.

8. Die Mitgliedsländer zahlen ihren Beitragsanteil an den jährlichen Kosten des Vereins im voraus auf der Grundlage des vom Vollzugsrat festgestellten Haushaltsplans. Diese Beitragsanteile müssen spätestens am ersten Tag des Rechnungsjahres gezahlt werden, für das der Haushaltsplan gilt. Vom Tage nach Ablauf dieser Frist an sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins während der ersten sechs Monate mit 3 v. H. jährlich und vom siebten Monat an mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

9. Um finanziellen Unzuträglichkeiten des Vereins abhelfen zu können, wird ein Reservefonds gebildet, dessen Betrag durch den Vollzugsrat festgesetzt wird. Dieser Fonds wird in erster Linie durch Haushaltsüberschüsse gespeist. Er kann auch dazu benutzt werden, den Haushalt auszugleichen oder die Höhe der Beiträge der Mitgliedsländer zu verringern.

10. Bei vorübergehenden finanziellen Unzuträglichkeiten leistet die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft für einen kurzen Zeitraum die notwendigen Kassenvorschüsse nach den im beiderseitigen Einvernehmen festzusetzenden Bedingungen. Diese Regierung überwacht auch kostenlos, daß sich die Kassen- und Haushaltsführung des Internationalen Büros innerhalb der Grenzen der vom Kongreß festgesetzten Beträge hält.

Artikel 125

Beitragsklassen

1. Die Mitgliedsländer tragen zur Deckung der Ausgaben des Vereins entsprechend der Beitragsklasse bei, zu der sie gehören. Diese Klassen sind folgende:

classe de 50 unités;
classe de 40 unités;
classe de 35 unités;
classe de 25 unités;
classe de 20 unités;
classe de 15 unités;
classe de 10 unités;
classe de 5 unités;
classe de 3 unités;
classe de 1 unité;
classe de 0,5 unité, réservée aux pays les moins avancés énumérés par l'Organisation des Nations Unies et à d'autres pays désignés par le Conseil exécutif.

2. Outre les classes de contribution énumérées au paragraphe 1, tout Pays-membre peut choisir de payer un nombre d'unités de contribution supérieur à 50 unités.

3. Les Pays-membres sont rangés dans l'une des classes de contribution précitées au moment de leur admission ou de leur adhésion à l'Union, selon la procédure visée à l'article 21, paragraphe 4, de la Constitution.

4. Les Pays-membres peuvent changer ultérieurement de classe de contribution à la condition que ce changement soit notifié au Bureau international avant l'ouverture du Congrès. Cette notification, qui est portée à l'attention du Congrès, prend effet à la date de mise en vigueur des dispositions financières arrêtées par le Congrès.

5. Les Pays-membres ne peuvent pas exiger d'être déclassés de plus d'une classe à la fois. Les Pays-membres qui ne font pas connaître leur désir de changer de classe de contribution avant l'ouverture du Congrès sont maintenus dans la classe à laquelle ils appartenaient jusqu'alors.

6. Toutefois, dans des circonstances exceptionnelles telles que des catastrophes naturelles nécessitant des programmes d'aide internationale, le Conseil exécutif peut autoriser le déclassement d'une classe de contribution à la demande d'un Pays-membre si celui-ci apporte la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution selon la classe initialement choisie.

7. Par dérogation aux paragraphes 4 et 5, les surclassements ne sont soumis à aucune restriction.

Article 126

Paiement des fournitures du Bureau International

Les fournitures que le Bureau international livre à titre onéreux aux Administrations postales doivent être payées dans le plus bref délai possible, et au plus tard dans les six mois à partir du premier jour du mois qui suit celui de l'envoi du compte par ledit Bureau. Passé ce délai, les sommes dues sont productives d'intérêt au profit de l'Union, à raison de 5 pour cent par an, à compter du jour de l'expiration dudit délai.

Chapitre V
Arbitrages

Article 127

Procédure d'arbitrage

1. En cas de différend à régler par jugement arbitral, chacune des Administrations postales en cause choisit une Administration postale d'un Pays-membre qui n'est pas directement intéressée dans le litige. Lorsque plusieurs Administrations font cause commune, elles ne comptent, pour l'application de cette disposition, que pour une seule.

2. Au cas où l'une des Administrations en cause ne donne pas suite à une proposition d'arbitrage dans le délai de six mois, le

Klasse zu 50 Einheiten
Klasse zu 40 Einheiten
Klasse zu 35 Einheiten
Klasse zu 25 Einheiten
Klasse zu 20 Einheiten
Klasse zu 15 Einheiten
Klasse zu 10 Einheiten
Klasse zu 5 Einheiten
Klasse zu 3 Einheiten
Klasse zu 1 Einheit
Klasse zu 0,5 Einheiten, die den von der Organisation der Vereinten Nationen genannten am wenigsten entwickelten Ländern und den vom Vollzugsrat bezeichneten Ländern vorbehalten ist.

2. Außer den in § 1 genannten Beitragsklassen steht es jedem Mitgliedsland frei, eine 50 Einheiten übersteigende Zahl von Beitragsklassen zu zahlen.

3. Die Mitgliedsländer werden bei ihrer Zulassung oder ihrem Beitritt zum Verein entsprechend dem in Artikel 21 § 4 der Satzung vorgesehenen Verfahren in eine der vorerwähnten Beitragsklassen eingereiht.

4. Die Mitgliedsländer können später die Beitragsklasse unter der Bedingung wechseln, daß dieser Wechsel vor dem Beginn des nächsten Kongresses dem Internationalen Büro notifiziert wird. Diese Notifizierung, die dem Kongreß vorgelegt wird, wird mit dem Datum des Inkrafttretens der vom Kongreß beschlossenen Finanzbestimmungen wirksam.

5. Die Mitgliedsländer können nicht verlangen, auf einmal um mehr als eine Beitragsklasse herabgestuft zu werden. Die Mitgliedsländer, die vor der Eröffnung des Kongresses keinen Wunsch auf Änderung der Beitragsklasse mitgeteilt haben, verbleiben in der Klasse, der sie bis dahin angehörten.

6. Bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände wie Naturkatastrophen, kann der Vollzugsrat jedoch auf Antrag eines Mitgliedslandes die Herabstufung um eine Beitragsklasse genehmigen, wenn dieses den Beweis erbringt, daß es seinen Beitrag gemäß der ursprünglichen gewählten Klasse nicht beibehalten kann.

7. Abweichend von den §§ 4 und 5 unterliegen Höherstufungen keiner Beschränkung.

Artikel 126

Bezahlung der Lieferungen des Internationalen Büros

Lieferungen, die das Internationale Büro an die Postverwaltungen gegen Entgelt ausführt, müssen in kürzester Frist bezahlt werden, spätestens innerhalb von 6 Monaten, vom ersten Tag des Monats an gerechnet, der auf den Monat der Absendung der Rechnung durch das Internationale Büro folgt. Vom Tage nach Ablauf dieser Frist an sind die geschuldeten Beträge zugunsten des Vereins mit 5 v. H. jährlich zu verzinsen.

Kapitel V
Schiedsgerichtsbarkeit

Artikel 127

Schiedsverfahren

1. Bei Streitfällen, die durch schiedsgerichtliche Entscheidungen ausgetragen werden müssen, wählt jede der beteiligten Postverwaltungen eine Postverwaltung eines Mitgliedslandes, die an der Streitfrage nicht unmittelbar beteiligt ist. Vertreten mehrere Verwaltungen die gleiche Sache, so gelten sie hinsichtlich der Anwendung dieser Bestimmung als eine einzige Verwaltung.

2. Falls eine der beteiligten Verwaltungen dem Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung nicht binnen sechs Monaten

Bureau international, si la demande lui en est faite, provoque à son tour la désignation d'un arbitre par l'Administration défaillante ou en désigne un lui-même, d'office.

3. Les parties en cause peuvent s'entendre pour désigner un arbitre unique qui peut être le Bureau international.

4. La décision des arbitres est prise à la majorité des voix.

5. En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration postale également désintéressée dans le litige. A défaut d'une entente sur le choix, cette Administration est désignée par le Bureau international parmi les Administrations non proposées par les arbitres.

6. S'il s'agit d'un différend concernant l'un des Arrangements, les arbitres ne peuvent être désignés en dehors des Administrations qui participent à cet Arrangement.

entspricht, fordert das Internationale Büro auf Verlangen die säumige Verwaltung auf, einen Schiedsrichter zu bezeichnen, oder bestellt ihn von Amts wegen selbst.

3. Die beteiligten Parteien können sich auf die Bezeichnung eines einzigen Schiedsrichters einigen, der auch das Internationale Büro sein kann.

4. Die Schiedsrichter entschieden mit Stimmenmehrheit.

5. Bei Stimmengleichheit wählen die Schiedsrichter zur Entscheidung des Streits eine andere an dem Streitfall ebenfalls unbeteiligte Postverwaltung. Kommt über diese Wahl keine Einigung zustande, so bestimmt das Internationale Büro diese Verwaltung aus dem Kreis der von den Schiedsrichtern nicht vorgeschlagenen Verwaltungen

6. Handelt es sich um einen Streitfall, der ein Abkommen betrifft, so dürfen als Schiedsrichter nur solche Verwaltungen bestellt werden, die an diesen Abkommen teilnehmen.

Chapitre VI

Dispositions finales

Article 128

Conditions d'approbation des propositions concernant le Règlement général

Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Règlement général doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres représentés au Congrès. Les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union doivent être présents au moment du vote.

Article 129

Propositions concernant les Accords avec l'Organisation des Nations Unies

Les conditions d'approbation visées à l'article 128 s'appliquent également aux propositions tendant à modifier les Accords conclus entre l'Union postale universelle et l'Organisation des Nations Unies dans la mesure où ces Accords ne prévoient pas les conditions de modification des dispositions qu'ils contiennent.

Article 130

Mise à exécution et durée du Règlement général

Le présent Règlement général sera mis à exécution le 1er janvier 1991 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé le présent Règlement général en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

Kapitel VI

Schlußbestimmungen

Artikel 128

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zur Allgemeinen Verfahrensordnung

Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zur Allgemeinen Verfahrensordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Billigung durch die Mehrheit der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer. Mindestens zwei Drittel der Mitgliedsländer des Vereins müssen bei der Abstimmung anwesend sein.

Artikel 129

Vorschläge zu den Übereinkommen mit der Organisation der Vereinten Nationen

Die Annahmebedingungen des Artikels 128 gelten in gleicher Weise für die Vorschläge zur Änderung der zwischen dem Weltpostverein und der Organisation der Vereinten Nationen abgeschlossenen Übereinkommen, soweit diese Übereinkommen nicht selbst die Änderungsbedingungen für die in ihnen enthaltenen Bestimmungen vorsehen.

Artikel 130

Inkrafttreten und Geltungsdauer der Allgemeinen Verfahrensordnung

Diese Allgemeine Verfahrensordnung tritt am 1. Januar 1991 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer diese Allgemeine Verfahrensordnung in einer Ausfertigung unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros niedergelegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington 14. Dezember 1989.

Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins

Anhang

Geschäftsordnung der Kongresse

Règlement général de l'Union postale universelle

Annexe

Règlement intérieur des Congrès

(Übersetzung)

Sommaire

Article

1. Dispositions générales
2. Délégations
3. Pouvoirs des délégués
4. Ordre des places
5. Observateurs
6. Doyen du Congrès
7. Présidences et vice-présidences du Congrès et des Commissions
8. Bureau du Congrès
9. Membres des Commissions
10. Groupes de travail
11. Secrétariat du Congrès et des Commissions
12. Langues de délibération
13. Langues de rédaction des documents du Congrès
14. Propositions
15. Examen des propositions en Congrès et Commissions
16. Délibérations
17. Motions d'ordre et motions de procédure
18. Quorum
19. Principe et procédure de vote
20. Conditions d'approbation des propositions
21. Election des membres du Conseil exécutif et du Conseil consultatif des études postales
22. Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international
23. Procès-verbaux
24. Approbation par le Congrès des projets de décisions (Actes, résolutions, etc.)
25. Attribution des études au Conseil exécutif et au Conseil consultatif des études postales
26. Réserves aux Actes
27. Signature des Actes
28. Modifications au Règlement

Inhaltsverzeichnis

Artikel

1 Allgemeine Bestimmungen
2 Delegationen
3 Vollmachten der Delegierten
4 Sitzordnung
5 Beobachter
6 Doyen des Kongresses
7 Präsidentschaften und Vize-Präsidentschaften des Kongresses und der Kommissionen
8 Präsidium des Kongresses
9 Mitglieder der Kommissionen
10 Arbeitsgruppen
11 Sekretariat des Kongresses und der Kommissionen
12 Beratungssprachen
13 Sprachen für die Abfassung der Dokumente des Kongresses
14 Vorschläge
15 Prüfung der Vorschläge durch den Kongreß und die Kommissionen
16 Beratungen
17 Anträge zur Geschäftsordnung und Anträge zum Verfahren
18 Quorum.
19 Grundsatz und Verfahren der Abstimmung
20 Bestimmungen für die Annahme der Vorschläge
21 Wahl der Mitglieder des Vollzugsrats und des Konsultativ
22 Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros
23 Sitzungsprotokolle
24 Genehmigung der Entscheidungsentwürfe durch den Kongreß (Verträge, Entschließungen usw.)
25 Zuweisung der Studien an den Vollzugsrat und an den Konsultativrat für Poststudien
26 Vorbehalte zu den Verträgen
27 Unterzeichnung der Verträge
28 Änderungen der Geschäftsordnung

Règlement intérieur des Congrès

Article premier

Dispositions générales

Le présent Règlement intérieur, ci-après dénommé le «Règlement», est établi en application des Actes de l'Union et leur est subordonné. En cas de divergence entre l'une de ses dispositions et une disposition des Actes, cette dernière fait autorité.

Article 2

Délégations

1. Le terme «délégation» s'entend de la personne ou de l'ensemble des personnes désignées par un Pays-membre pour participer au Congrès. La délégation se compose d'un Chef de délégation ainsi que, le cas échéant, d'un suppléant du Chef de délégation, d'un ou de plusieurs délégués et, éventuellement, d'un ou de plusieurs fonctionnaires attachés (y compris experts, secrétaires, etc.).

2. Les Chefs de délégation, leurs suppléants, ainsi que les délégués sont les représentants des Pays-membres au sens de l'article 14, paragraphe 2, de la Constitution s'ils sont munis de pouvoirs répondant aux conditions fixées à l'article 3 du présent Règlement.

3. Les fonctionnaires attachés sont admis aux séances et ont le droit de participer aux délibérations, mais ils n'ont pas, en principe, le droit de vote. Toutefois, ils peuvent être autorisés par leur Chef de délégation à voter au nom de leur pays dans les séances des Commissions. De telles autorisations doivent être remises par écrit avant le début de la séance au Président de la Commission intéressée.

Article 3

Pouvoirs des délégués

1. Les pouvoirs des délégués doivent être signés par le Chef de l'Etat ou par le Chef du Gouvernement ou par le Ministre des affaires étrangères du pays intéressé. Ils doivent être libellés en bonne et due forme. Les pouvoirs des délégués habilités à signer les Actes (plénipotentiaires) doivent indiquer la portée de cette signature (signature sous réserve de ratification ou d'approbation, signature «ad referendum», signature définitive). En l'absence d'une telle précision, la signature est considérée comme soumise à ratification ou à approbation. Les pouvoirs autorisant à signer les Actes comprennent implicitement le droit de délibérer et de voter. Les délégués auxquels les autorités compétentes ont conféré les pleins pouvoirs sans en préciser la portée sont autorisés à délibérer, à voter et à signer les Actes, à moins que le contraire ne ressorte explicitement du libellé des pouvoirs.

2. Les pouvoirs doivent être déposés dès l'ouverture du Congrès auprès de l'autorité désignée à cette fin.

3. Les délégués non munis de pouvoirs ou qui n'auront pas déposé leurs pouvoirs peuvent, s'ils ont été annoncés par leur Gouvernement au Gouvernement du pays invitant, prendre part aux délibérations et voter dès l'instant où ils commencent à participer aux travaux du Congrès. Il en est de même pour ceux dont les pouvoirs sont reconnus comme étant entachés d'irrégularités. Ces délégués ne seront plus autorisés à voter à partir du moment où le Congrès aura approuvé le dernier rapport de la Commission de vérification des pouvoirs constatant que leurs pouvoirs font défaut ou sont irréguliers et aussi longtemps que la situation n'est pas régularisée. Le dernier rapport doit être

Geschäftsordnung der Kongresse

Artikel 1

Allgemeine Bestimmungen

Diese Geschäftsordnung ist in Anwendung der Verträge des Vereins aufgestellt und diesen untergeordnet. Im Falle der Abweichung einer ihrer Bestimmungen von einer Bestimmung der Verträge gilt die Vertragsbestimmung.

Artikel 2

Delegationen

1. Unter dem Begriff „Delegation" ist die Person oder die Gruppe der Personen zu verstehen, die von einem Mitgliedsland für die Teilnahme am Kongreß benannt worden sind. Die Delegation besteht aus einem Delegationschef sowie gegebenenfalls einem Stellvertreter des Delegationschefs, einem oder mehreren Delegierten und unter Umständen einem oder mehreren Beigeordneten Beamten (einschließlich Experten, Sekretäre usw.).

2. Die Delegationschefs, ihre Vertreter und die Delegierten sind die Vertreter der Mitgliedsländer im Sinne des Artikels 14 § 2 der Satzung, wenn sie mit Vollmachten versehen sind, die den in Artikel 3 dieser Geschäftsordnung festgelegten Bedingungen entsprechen.

3. Die Beigeordneten Beamten sind zu den Sitzungen zugelassen und haben das Recht, an den Beratungen teilzunehmen, aber sie haben im Grundsatz kein Stimmrecht. Sie können jedoch durch ihren Delegationschef ermächtigt werden, in den Sitzungen der Kommissionen im Namen ihres Landes zu stimmen. Solche Ermächtigungen müssen vor der Sitzung dem Präsidenten der betreffenden Kommission schriftlich mitgeteilt werden.

Artikel 3

Vollmachten der Delegierten

1. Die Vollmachten der Delegierten müssen vom Staatschef oder vom Regierungschef oder dem Minister für auswärtige Angelegenheiten des betreffenden Landes unterzeichnet sein. Sie müssen in gehöriger Form ausgestellt sein. Die Vollmachten der Delegierten, die ermächtigt sind, die Verträge zu unterzeichnen (Bevollmächtigte Vertreter), müssen die Bedeutung dieser Unterzeichnung angeben (Unterzeichnung unter Vorbehalt der Ratifikation oder Genehmigung, Unterzeichnung „ad referendum", abschließende Unterzeichnung). Mangels einer solchen Präzisierung gilt die Unterzeichnung als der Ratifikation oder Genehmigung unterworfen. Die Vollmachten, die zur Unterzeichnung der Verträge ermächtigen, schließen das Recht mit ein, an den Beratungen teilzunehmen und abzustimmen. Die Delegierten, denen die zuständigen Behörden die Vollmachten übertragen haben, ohne deren Umfang zu präzisieren, sind ermächtigt, an den Beratungen teilzunehmen, abzustimmen und die Verträge zu unterzeichnen, es sei denn, das Gegenteil geht ausdrücklich aus dem Wortlaut der Vollmacht hervor.

2. Die Vollmachten müssen bei Eröffnung des Kongresses bei der hierfür bezeichneten Behörde hinterlegt werden.

3. Die Delegierten, die nicht mit Vollmachten ausgestattet sind oder die ihre Vollmachten nicht hinterlegt haben, können vom Augenblick des Beginns ihrer Beteiligung an den Arbeiten des Kongresses an den Beratungen teilnehmen und abstimmen, falls sie von ihrer Regierung der Regierung des gastgebenden Landes angekündigt sind. Das gleiche gilt für Delegierte, deren Vollmachten als mit Mängeln behaftet befunden worden sind. Diese Delegierten sind von dem Augenblick an nicht mehr zur Stimmabgabe berechtigt, in dem der Kongreß den Bericht der Vollmachten-Kommission gebilligt hat, der feststellt, daß ihre Vollmachten nicht vorliegen oder mit Mängeln behaftet sind; dies gilt solange, wie

approuvé par le Congrès avant les élections autres que celle du Président du Congrès et avant l'approbation des projets d'Actes.

4. Les pouvoirs d'un Pays-membre qui se fait représenter au Congrès par la délégation d'un autre Pays-membre (procuration) doivent revêtir la même forme que ceux qui sont mentionnés au paragraphe 1.

5. Les pouvoirs et les procurations adressés par télégramme ne sont pas admis. En revanche, sont acceptés les télégrammes répondant à une demande d'information relative à une question de pouvoirs.

6. Une délégation qui, après avoir déposé ses pouvoirs, est empêchée d'assister à une ou plusieurs séances a la faculté de se faire représenter par la délégation d'un autre pays à la condition d'en donner avis par écrit au Président de la réunion intéressée. Toutefois, une délégation ne peut représenter qu'un seul pays autre que le sien.

7. Les délégués des Pays-membres qui ne sont pas parties à un Arrangement peuvent prendre part, sans droit de vote, aux délibérations du Congrès concernant cet Arrangement.

die Angelegenheit nicht bereinigt ist. Der letzte Bericht muß vom Kongreß vor allen Wahlen außer den Wahlen zum Kongreßpräsidenten und vor der Verabschiedung der Vertragsentwürfe gebilligt werden.

4. Die Vollmachten eines Mitgliedslandes, das sich auf dem Kongreß von der Delegation eines anderen Mitgliedslandes vertreten läßt (Vertretungsvollmacht), müssen dieselbe Form wie die in § 1 genannten Vollmachten aufweisen.

5. Die Übermittlung von Vollmachten und Vertretungsvollmachten mittels Telegramm ist nicht zulässig. Dagegen sind Telegramme als Antwort auf ein Auskunftsersuchen in bezug auf eine die Vollmachten betreffende Frage zugelassen.

6. Eine Delegation, die nach Hinterlegung ihrer Vollmachten verhindert ist, an einer oder mehreren Sitzungen teilzunehmen, kann sich durch die Delegation eines anderen Landes vertreten lassen, vorausgesetzt, daß sie dies dem Präsidenten der betreffenden Sitzung schriftlich mitteilt. Eine Delegation darf jedoch außer dem eigenen Land nur noch ein anderes Land vertreten.

7. Die Delegierten der Mitgliedsländer, die an einem Abkommen nicht beteiligt sind, können an den Beratungen des Kongresses über dieses Abkommen ohne Stimmrecht teilnehmen.

Article 4

Ordre des places

1. Aux séances du Congrès et des Commissions, les délégations sont rangées d'après l'ordre alphabétique français des Pays-membres représentés.

2. Le Président du Conseil exécutif tire au sort, en temps opportun, le nom du pays qui prendra place en tête devant la tribune présidentielle, lors des séances du Congrès et des Commissions.

Artikel 4

Sitzordnung

1. In den Sitzungen des Kongresses und der Kommissionen werden die Delegationen in der französischen alphabetischen Ordnung der vertretenen Mitgliedsländer eingereiht.

2. Der Präsident des Vollzugsrats ermittelt zu gegebener Zeit durch Los den Namen des Landes, das während der Sitzungen des Kongresses und der Kommissionen als erstes vor der Präsidentenbühne Platz nimmt.

Article 5

Observateurs

1. Des représentants de l'Organisation des Nations Unies peuvent participer aux délibérations du Congrès.

2. Les observateurs des organisations internationales intergouvernementales sont admis aux séances du Congrès ou de ses Commissions lorsque sont discutées des questions intéressant ces organisations. Dans les mêmes cas, les observateurs des organisations internationales non gouvernementales peuvent être admis aux séances des Commissions si la Commission concernée y consent.

3. Sont également admis comme observateurs les représentants qualifiés des Unions restreintes établies conformément à l'article 8, paragraphe 1, de la Constitution lorsqu'elles en expriment le désir.

4. Les observateurs dont il est question aux paragraphes 1 à 3 prennent part aux délibérations sans droit de vote.

Artikel 5

Beobachter

1. Vertreter der Organisation der Vereinten Nationen können an den Beratungen des Kongresses teilnehmen.

2. Die Beobachter der internationalen Regierungsorganisationen sind zu den Sitzungen des Kongresses oder seiner Kommissionen zugelassen, wenn Fragen diskutiert werden, die diese Organisationen interessieren. In denselben Fällen können die Beobachter der internationalen Nicht-Regierungsorganisationen zu den Sitzungen der Kommissionen zugelassen werden, wenn die betreffende Kommission zustimmt.

3. Auf ihren Wunsch sind als Beobachter auch die qualifizierten Vertreter der gemäß Artikel 8 § 1 der Satzung gebildeten Engeren Vereine zugelassen.

4. Die in den §§ 1 bis 3 genannten Beobachter nehmen an den Beratungen ohne Stimmrecht teil.

Article 6

Doyen du Congrès

1. L'Administration postale du pays siège du Congrès suggère la désignation du Doyen du Congrès d'entente avec le Bureau international. Le Conseil exécutif procède, en temps opportun, à l'adoption de cette désignation.

2. A l'ouverture de la première séance plénière de chaque Congrès, le Doyen assume la présidence du Congrès jusqu'à ce que celui-ci ait élu son Président. Au surplus, il exerce les fonctions qui lui sont attribuées par le présent Règlement.

Artikel 6

Doyen des Kongresses

1. Die Postverwaltung des Landes, in dem der Kongreß stattfindet, regt im Einverständnis mit dem Internationalen Büro die Benennung des Doyens des Kongresses an. Der Vollzugsrat genehmigt zu gegebener Zeit diese Benennung.

2. Bei der Eröffnung der ersten Plenarsitzung jedes Kongresses nimmt der Doyen die Aufgabe des Präsidenten des Kongresses wahr, bis dieser seinen Präsidenten gewählt hat. Außerdem übt er die Funktionen aus, die ihm in dieser Geschäftsordnung übertragen sind.

Article 7

Présidences et vice-présidences du Congrès et des Commissions

1. Dans sa première séance plénière, le Congrès élit, sur proposition du Doyen, le Président du Congrès, puis approuve, sur proposition du Conseil exécutif, la désignation des Pays-membres qui assumeront les vice-présidences du Congrès ainsi que les présidences et vice-présidences des Commissions. Ces fonctions sont attribuées en tenant compte autant que possible de la répartition géographique équitable des Pays-membres.

2. Les Présidents ouvrent et clôturent les séances qu'ils président, dirigent les discussions, donnent la parole aux orateurs, mettent aux voix les propositions et indiquent la majorité requise pour les votes, proclament les décisions et, sous réserve de l'approbation du Congrès, donnent éventuellement une interprétation de ces décisions.

3. Les Présidents veillent au respect du présent Règlement et au maintien de l'ordre au cours des séances.

4. Toute délégation peut en appeler, devant le Congrès ou la Commission, d'une décision prise par le Président de ceux-ci sur la base d'une disposition du Règlement ou d'une interprétation de celui-ci; la décision du Président reste toutefois valable si elle n'est pas annulée par la majorité des membres présents et votant.

5. Si le Pays-membre chargé de la présidence n'est plus en mesure d'assurer cette fonction, l'un des Vice-Présidents est désigné par le Congrès ou par la Commission pour le remplacer.

Article 8

Bureau du Congrès

1. Le Bureau est l'organe central chargé de diriger les travaux du Congrès. Il est composé du Président et des Vice-Présidents du Congrès ainsi que des Présidents des Commissions. Il se réunit périodiquement pour examiner le déroulement des travaux du Congrès et de ses Commissions et pour formuler des recommandations tendant à favoriser ce déroulement. Il aide le Président à élaborer l'ordre du jour de chaque séance plénière et à coordonner les travaux des Commissions. Il fait des recommandations relatives à la clôture du Congrès.

2. Le Secrétaire général du Congrès et le Secrétaire général adjoint mentionnés à l'article 11, paragraphe 1, assistent aux réunions du Bureau.

Article 9

Membres des Commissions

1. Les Pays-membres représentés au Congrès sont, de droit, membres des Commissions chargées de l'examen des propositions relatives à la Constitution, au Règlement général, à la Convention et au Règlement d'exécution de celle-ci.

2. Les Pays-membres représentés au Congrès qui sont parties à un ou plusieurs des Arrangements facultatifs sont de droit membres de la ou des Commissions chargées de la revision de ces Arrangements. Le droit de vote des membres de cette ou de ces Commissions est limité à l'Arrangement ou aux Arrangements auxquels ils sont parties.

3. Les délégations qui ne sont pas membres des Commissions traitant des Arrangements et de leurs Règlements d'exécution ont la faculté d'assister aux séances de celles-ci et de prendre part aux délibérations sans droit de vote.

Artikel 7

Präsidentschaften und Vize-Präsidentschaften des Kongresses und der Kommissionen

1. Auf seiner ersten Plenarsitzung wählt der Kongreß auf Vorschlag des Doyens den Präsidenten des Kongresses und billigt dann auf Vorschlag des Vollzugsrats die Benennung der Mitgliedsländer, die die Vize-Präsidentschaften des Kongresses sowie die Präsidentschaften und Vize-Präsidentschaften der Kommissionen wahrnehmen. Bei der Zuteilung dieser Funktionen wird soweit wie möglich der gerechten geografischen Zugehörigkeit der Mitgliedsländer Rechnung getragen.

2. Die Präsidenten eröffnen und schließen die Sitzungen, in denen sie den Vorsitz führen, leiten die Diskussionen, erteilen den Rednern das Wort, stellen die Vorschläge zur Abstimmung und weisen auf die für die Annahme erforderliche Mehrheit hin, verkünden die Entscheidungen und geben unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Kongreß gegebenenfalls eine Auslegung dieser Entscheidungen.

3. Die Präsidenten wachen über die Befolgung dieser Geschäftsordnung und die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen.

4. Jede Delegation kann vor dem Kongreß oder der Kommission gegen eine Entscheidung Einspruch erheben, die der jeweilige Präsident aufgrund einer Bestimmung der Geschäftsordnung oder in Auslegung der Geschäftsordnung getroffen hat; die Entscheidung des Präsidenten bleibt jedoch gültig, wenn sie nicht durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder für nichtig erklärt wird.

5. Wenn das Mitgliedsland, dem die Präsidentschaft übertragen ist, nicht mehr in der Lage ist, diese Aufgabe wahrzunehmen, wird einer der Vize-Präsidenten vom Kongreß oder der Kommission bestimmt, als Nachfolger einzutreten.

Artikel 8

Präsidium des Kongresses

1. Das Präsidium ist das zentrale Organ, dem die Leitung der Arbeiten des Kongresses obliegt. Es setzt sich aus dem Präsidenten und den Vize-Präsidenten des Kongresses sowie den Präsidenten der Kommissionen zusammen. Es tritt in regelmäßigen Zeitabständen zusammen, um den Ablauf der Arbeiten des Kongresses und seiner Kommissionen zu prüfen und um Empfehlungen zur Förderung des Arbeitsablaufes auszusprechen. Es unterstützt den Präsidenten bei der Aufstellung der Tagesordnung jeder Plenarsitzung und bei der Koordinierung der Arbeiten der Kommissionen. Es gibt Empfehlungen in bezug auf den Schluß des Kongresses.

2. Der in Artikel 11 § 1 genannte Generalsekretär des Kongresses und der stellvertretende Generalsekretär nehmen an den Sitzungen des Präsidiums teil.

Artikel 9

Mitglieder der Kommissionen

1. Die auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer sind von Rechts wegen Mitglieder der Kommissionen, die mit der Prüfung der Vorschläge zur Satzung, zur Allgemeinen Verfahrensordnung, zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung beauftragt sind.

2. Die auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer, die einem oder mehreren der fakultativen Abkommen beigetreten sind, sind von Rechts wegen Mitglieder der Kommission oder der Kommissionen, die mit der Revision dieser Abkommen beauftragt sind. Das Stimmrecht der Mitglieder dieser Komission oder dieser Kommission ist auf das Abkommen oder die Abkommen beschränkt, denen sie beigetreten sind.

3. Die Delegationen, die nicht Mitglieder der Kommissionen sind, in denen Abkommen und ihre Vollzugsordnungen behandelt werden, können an den Sitzungen dieser Kommissionen teilnehmen und sich an den Beratungen ohne Stimmrecht beteiligen.

Article 10

Groupes de travail

Chaque Commission peut constituer des groupes de travail pour l'étude de questions spéciales.

Article 11

Secrétariat du Congrès et des Commissions

1. Le Directeur général et le Vice-Directeur général du Bureau international assument respectivement les fonctions de Secrétaire général et de Secrétaire général adjoint du Congrès.

2. Le Secrétaire général et le Secrétaire général adjoint assistent aux séances du Congrès et du Bureau du Congrès où ils prennent part aux délibérations sans droit de vote. Ils peuvent aussi, dans les mêmes conditions, assister aux séances des Commissions ou s'y faire représenter par un fonctionnaire supérieur du Bureau international.

3. Les travaux du Secrétariat du Congrès, du Bureau du Congrès et des Commissions sont assurés par le personnel du Bureau international en collaboration avec l'Administration du pays invitant.

4. Les fonctionnaires supérieurs du Bureau international assument les fonctions de Secrétaires du Congrès, du Bureau du Congrès et des Commissions. Ils assistent le Président pendant les séances et sont responsables de la rédaction des procès-verbaux ou des rapports.

5. Les Secrétaires du Congrès et des Commissions sont assistés par des Secrétaires adjoints.

6. Des rapporteurs possédant la langue française sont chargés de la rédaction des procès-verbaux du Congrès et des Commissions.

Article 12

Langues de délibération

1. Sous réserve du paragraphe 2, les langues française, anglaise, espagnole et russe sont admises pour les délibérations moyennant un système d'interprétation simultanée ou consécutive.

2. Les délibérations de la Commission de rédaction ont lieu en langue française.

3. D'autres langues sont également autorisées pour les délibérations indiquées au paragraphe 1. La langue du pays hôte jouit d'un droit de priorité à cet égard. Les délégations qui emploient d'autres langues assurent l'interprétation simultanée en l'une des langues mentionnées au paragraphe 1, soit par le système d'interprétation simultanée, lorsque des modifications d'ordre technique peuvent y être apportées, soit par des interprètes particuliers.

4. Les frais d'installation et d'entretien de l'équipement technique sont à la charge de l'Union.

5. Les frais des services d'interprétation sont répartis entre les Pays-membres utilisant la même langue dans la proportion de leur contribution aux dépenses de l'Union.

Article 13

Langues de rédaction des documents du Congrès

1. Les documents élaborés pendant le Congrès, y compris les projets de décisions soumis à l'approbation du Congrès, sont publiés en langue française par le Secrétariat du Congrès.

2. A cet effet, les documents provenant des délégations des Pays-membres doivent être présentés dans cette langue, soit

Artikel 10

Arbeitsgruppen

Jede Kommission kann Arbeitsgruppen zur Untersuchung besonderer Fragen einsetzen

Artikel 11

Sekretariat des Kongresses und der Kommissionen

1. Der Generaldirektor und der Vize-Generaldirektor des Internationalen Büros nehmen die Aufgaben des Generalsekretärs beziehungsweise des stellvertretenden Generalsekretärs des Kongresses wahr.

2. Der Generalsekretär und der stellvertretende Generalsekretär nehmen an den Sitzungen des Kongresses und des Präsidiums des Kongresses teil und beteiligen sich ohne Stimmrecht an den Beratungen. Unter den gleichen Bedingungen können sich auch an den Sitzungen der Kommissionen teilnehmen oder sich dort durch einen höheren Beamten des Internationalen Büros vertreten lassen.

3. Die Arbeiten des Sekretariats des Kongresses, des Präsidiums des Kongresses und der Kommissionen werden vom Personal des Internationalen Büros in Zusammenarbeit mit der Verwaltung des einladenden Landes ausgeführt.

4. Die höheren Beamten des Internationalen Büros nehmen die Aufgaben von Sekretären des Kongresses, des Präsidiums des Kongresses und der Kommissionen wahr. Sie unterstützen den Präsidenten während der Sitzungen und sind für die Redaktion der Sitzungsprotokolle oder der Berichte verantwortlich.

5. Die Sekretäre des Kongresses und der Kommissionen werden von beigeordneten Sekretären unterstützt.

6. Berichterstatter, die die französische Sprache beherrschen, sind mit der Abfassung der Sitzungsprotokolle des Kongresses und der Kommissionen beauftragt.

Artikel 12

Beratungssprachen

1. Vorbehaltlich des § 2 sind für die Beratungen die französische, englische, spanische und russische Sprache mittels eines Simultan- oder Konsekutiv- Dolmetschersystems zugelassen.

2. Die Beratungen der Redaktions-Kommission finden in französischer Sprache statt.

3. Andere Sprachen sind für die in § 1 genannten Beratungen ebenfalls zugelassen. Die Sprache des Gastlandes genießt in dieser Hinsicht ein Recht der Priorität. Die Delegationen, die andere Sprachen verwenden, sorgen für die Simultan-Übersetzung in eine der in § 1 genannten Sprachen, und zwar entweder über das Simultan-Dolmetschersystem, falls Änderungen technischer Art daran vorgenommen werden können, oder durch besondere Dolmetscher.

4. Die Kosten für die Einrichtung und Unterhaltung der technischen Anlage werden vom Weltpostverein getragen.

5. Die Kosten für die Dolmetscherdienste werden unter den Mitgliedsländern, die dieselbe Sprache verwenden, im Verhältnis ihres Beitrags zu den Kosten des Weltpostvereins aufgeteilt.

Artikel 13

Sprachen für die Abfassung der Dokumente des Kongresses

1. Die während des Kongresses ausgearbeiteten Dokumente einschließlich der zur Genehmigung durch den Kongreß unterbreiteten Entwürfe für Entscheidungen werden vom Sekretariat des Kongresses in französischer Sprache herausgegeben.

2. Hierfür müssen die von den Delegationen der Mitgliedsländer herrührenden Dokumente in dieser Sprache vorgelegt

directement, soit par l'intermédiaire des services de traduction adjoints au Secrétariat du Congrès.

3. Ces services, organisés à leurs frais par les groupes linguistiques constitués selon les dispositions correspondantes du Règlement général, peuvent aussi traduire des documents du Congrès dans leurs langues respectives.

Article 14

Propositions

1. Toutes les questions portées devant le Congrès font l'objet de propositions.

2. Toutes les propositions publiées par le Bureau international avant l'ouverture du Congrès sont considérées comme soumises au Congrès.

3. Deux mois avant l'ouverture du Congrès, aucune proposition ne sera prise en considération, sauf celles qui tendent à l'amendement de propositions antérieures.

4. Est considérée comme amendement toute proposition de modification qui, sans altérer le fond de la proposition, comporte une suppression, une addition à une partie de la proposition originale ou la revision d'une partie de cette proposition. Aucune proposition de modification ne sera considérée comme un amendement si elle est incompatible avec le sens ou l'intention de la proposition originale. Dans les cas douteux, il incombe au Congrès ou à la Commission de trancher la question.

5. Les amendements présentés en Congrès au sujet de propositions déjà faites doivent être remis par écrit en langue française au Secrétariat avant midi l'avant-veille du jour de leur mise en délibération de façon à pouvoir être distribués le même jour aux délégués. Ce délai ne s'applique pas aux amendements résultant directement des discussions en Congrès ou en Commission. Dans ce dernier cas, si cela est demandé, l'auteur de l'amendement doit présenter son texte par écrit en langue française ou, en cas de difficulté, en toute autre langue de débat. Le Président intéressé en donnera ou en fera donner lecture.

6. La procédure prévue au paragraphe 5 s'applique également à la présentation des propositions ne visant pas à modifier le texte des Actes (projets de résolution, de recommandation, de vœu, etc.).

7. Toute proposition ou amendement doit revêtir la forme définitive du texte à introduire dans les Actes de l'Union, sous réserve bien entendu de mise au point par la Commission de rédaction.

Article 15

Examen des propositions en Congrès et Commissions

1. Les propositions d'ordre rédactionnel (dont le numéro est suivi de la lettre R) sont attribuées à la Commission de rédaction soit directement si, de la part du Bureau international, il n'y a aucun doute quant à leur nature (une liste en est établie par le Bureau international à l'intention de la Commission de rédaction), soit si, de l'avis du Bureau international, il y a doute sur leur nature, après que les autres Commissions en ont confirmé la nature purement rédactionnelle (une liste en est aussi établie à l'intention des Commissions intéressées). Toutefois, si de telles propositions sont liées à d'autres propositions de fond à traiter par le Congrès ou par d'autres Commissions, la Commission de rédaction n'en aborde l'étude qu'après que le Congrès ou les autres Commissions se sont prononcés à l'égard des propositions de fond correspondantes. Les propositions dont le numéro n'est pas suivi de la lettre R, mais qui, de l'avis du Bureau international, sont des propositions d'ordre rédactionnel, sont déférées directe-

werden, und zwar entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der dem Sekretariat des Kongresses angeschlossenen Übersetzerdienste.

3. Diese Dienste, die von den gemäß den entsprechenden Bestimmungen der Allgemeinen Verfahrensordnung gebildeten Sprachengruppen auf ihre Kosten organisiert werden, können auch Dokumente des Kongresses in ihre jeweiligen Sprachen übersetzen.

Artikel 14

Vorschläge

1. Alle Fragen, die dem Kongreß unterbreitet werden, sind Gegenstand von Vorschlägen.

2. Alle Vorschläge, die vom Internationalen Büro vor der Eröffnung des Kongresses veröffentlicht worden sind, gelten als dem Kongreß unterbreitet.

3. Zwei Monate vor Eröffnung des Kongresses wird kein Vorschlag berücksichtigt, außer solchen, die eine Abänderung bereits vorliegender Vorschläge bezwecken.

4. Als Abänderung gilt jeder Abänderungsvorschlag, der, ohne die Grundidee des Vorschlags zu ändern, einen Wegfall, eine Ergänzung zu einem Teil des ursprünglichen Vorschlags oder die Revision eines Teils dieses Vorschlags zum Ziel hat. Kein Vorschlag wird als Abänderung angesehen, wenn er mit dem Sinn und Zweck des ursprünglichen Vorschlags unvereinbar ist. In Zweifelsfällen entscheidet der Kongreß oder die Kommission über die Frage.

5. Die dem Kongreß vorgelegten Abänderungen zu bereits eingebrachten Vorschlägen müssen schriftlich in französischer Sprache dem Sekretariat vor 12 Uhr des zweiten Tages vor dem Tag übergeben werden, an dem sie zur Beratung kommen, damit sie noch am gleichen Tag an die Delegierten verteilt werden können. Diese Frist gilt nicht für Abänderungen, die sich unmittelbar aus den Diskussionen des Kongresses oder der Kommissionen ergeben. Im letztgenannten Fall muß der Verfasser der Abänderung auf Verlangens einen Text schriftlich in französischer Sprache oder, wenn dies Schwierigkeiten bereitet, in einer anderen Verhandlungssprache vorlegen. Der zuständige Präsident verliest ihn oder läßt ihn verlesen.

6. Das in § 5 vorgesehene Verfahren wird auf die Vorlage von Vorschlägen, die keine Änderung der Vertragstexte bezwecken (Entwürfe von Resolutionen, Empfehlungen, Begehren usw.),ebenfalls angewandt.

7. Jeder Vorschlag oder jede Abänderung muß die definitive Form des Textes aufweisen, der unter Vorbehalt der endgültigen Fassung durch die Redaktions-Kommission in die Verträge des Weltpostvereins aufgenommen werden soll.

Artikel 15

Prüfung der Vorschläge durch den Kongreß und die Kommissionen

1. Die Vorschläge redaktioneller Art (deren Nummer der Buchstabe R nachgesetzt ist) werden der Redaktions-Kommmission entweder direkt zugewiesen, wenn von seiten des Internationalen Büros kein Zweifel hinsichtlich ihrer Art besteht (sie werden vom Internationalen Büro in einer Liste für die Redaktions-Kommission zusammengestellt), oder nachdem die anderen Kommissionen bestätigt haben, daß sie rein redaktioneller Art sind, wenn nach Ansicht des Internationalen Büros Zweifel hinsichtlich ihrer Art bestanden haben (sie werden ebenfalls vom Internationalen Büro in einer Liste für die beteiligten Kommissionen zusammengestellt). Sind solche Vorschläge jedoch mit anderen Vorschlägen in Grundsatzangelegenheiten verbunden, die vom Kongreß oder anderen Kommissionen zu behandeln sind, so befaßt sich die Redaktions-Kommission mit ihrem Studium erst, nachdem sich der Kongreß oder die anderen Kommissionen in bezug auf die entsprechenden Vorschläge in Grundsatzangelegenheiten aus-

ment aux Commissions qui s'occupent des propositions de fond correspondantes. Ces Commissions décident, dès l'ouverture de leurs travaux, lesquelles de ces propositions seront attribuées directement à la Commission de rédaction. Une liste de ces propositions est établie par le Bureau international à l'intention des Commissions en cause.

2. En principe, les propositions de modification des Règlements d'exécution qui sont la conséquence de propositions de modification de la Convention et des Arrangements sont traitées par la Commission concernée, à moins que celle-ci ne décide de leur renvoi au Conseil exécutif sur proposition de son Président ou d'une délégation. Si ce renvoi fait l'objet d'une objection, le Président soumet immédiatement la question à un vote de procédure.

3. En revanche, les propositions de modification des Règlements d'exécution qui ne sont pas la conséquence de propositions de modification de la Convention et des Arrangements sont renvoyées au Conseil exécutif, à moins que la Commission ne décide de leur traitement en Congrès sur proposition de son Président ou d'une délégation. Si une telle proposition fait l'objet d'une objection, le Président soumet immédiatement la question à un vote de procédure.

4. Si une même question fait l'objet de plusieurs propositions, le Président décide de leur ordre de discussion en commençant, en principe, par la proposition qui s'éloigne le plus du texte de base et qui comporte le changement le plus profond par rapport au statu quo.

5. Si une proposition peut être subdivisée en plusieurs parties, chacune d'elles peut, avec l'accord de l'auteur de la proposition ou de l'assemblée, être examinée et mise aux voix séparément.

6. Toute proposition retirée en Congrès ou en Commission par son auteur peut être reprise par la délégation d'un autre Pays-membre. De même, si un amendement à une proposition est accepté par l'auteur de celle-ci, une autre délégation peut reprendre la proposition originale non amendée.

7. Tout amendement à une proposition, accepté par la délégation qui présente cette proposition, est aussitôt incorporé dans le texte de la proposition. Si l'auteur de la proposition originale n'accepte pas un amendement, le Président décide si l'on doit voter d'abord sur l'amendement ou sur la proposition, en partant du libellé qui s'écarte le plus du sens ou de l'intention du texte de base et qui entraîne le changement le plus profond par rapport au statu quo.

8. La procédure décrite au paragraphe 7 s'applique également lorsqu'il est présenté plusieurs amendements à une même proposition.

9. Le Président du Congrès et les Présidents des Commissions font remettre à la Commission de rédaction, après chaque séance, le texte écrit des propositions, amendements ou décisions adoptés.

10. Au terme de leurs travaux, les Commissions établissent, au sujet des Règlements d'exécution qui les concernent, une résolution en deux parties qui comportent:

1° les numéros des propositions renvoyées au Conseil exécutif pour examen;

2° les numéros des propositions renvoyées au Conseil exécutif pour examen avec des directives du Congrès.

Quant aux propositions de modification des Règlements d'exécution qui ont été adoptées par une Commission et transmises ensuite à la Commission de rédaction, elles font l'objet d'une

gesprochen haben. Die Vorschläge, deren Nummer der Buchstabe R nicht nachgesetzt ist, die aber nach Ansicht des Internationalen Büros Vorschläge redaktioneller Art sind, werden unmittelbar den Kommissionen zugewiesen, die sich mit den entsprechenden Vorschlägen in Grundsatzangelegenheiten befassen. Diese Kommissionen entscheiden bei Beginn ihrer Arbeiten, welche dieser Vorschläge unmittelbar der Redaktions-Kommission zugewiesen werden. Eine Liste dieser Vorschläge wird vom Internationalen Büro für die in Frage kommenden Kommisionen aufgestellt.

2. Grundsätzlich werden Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnung, die die Folge von Vorschlägen zur Änderung des Weltpostvertrags und der Abkommen sind, von der zuständigen Kommission behandelt, sofern diese nicht auf Vorschlag ihres Präsidenten oder einer Delegation ihre Überweisungan den Vollzugsrat beschließt. Wird gegen diese Überweisung Widerspruch eingelegt, stellt der Präsident diese Frage unverzüglich zur Abstimmung über das einzuschlagende Verfahren.

3. Dagegen werden Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnungen, die nicht die Folge von Vorschlägen zu Änderungen des Weltpostvertrags und der Abkommen sind, an den Vollzugsrat überwiesen, sofern die Kommissionen nicht auf Vorschlag ihres Präsidenten oder einer Delegation ihre Behandlung im Kongreß beschließt. Wird gegen einen solchen Vorschlag Widerspruch eingelegt, stellt der Präsident die Frage sofort zur Abstimmung über das einzuschlagende Verfahren.

4. Wenn dieselbe Frage Gegenstand mehrerer Vorschläge ist, entscheidet der Präsident über die Reihenfolge ihrer Erörterung und beginnt im Grundsatz mit dem Vorschlag, der sich am weitesten vom bestehenden Text entfernt, und der die tiefstgreifende Änderung in bezug auf den Status quo bringt.

5. Wenn ein Vorschlag unterteilt werden kann, kann jeder Teil mit Einverständnis des Verfassers des Vorschlags oder der Versammlung getrennt beraten und zur Abstimmung gestellt werden.

6. Jeder Vorschlag, der im Kongreß oder in der Kommission von seinem Verfasser zurückgezogen wird, kann von der Delegation eines anderen Mitgliedslandes wieder aufgenommen werden. Desgleichen kann eine andere Delegation, wenn eine Änderung zu einem Vorschlag von dessen Verfasser angenommen worden ist, den ursprünglichen, nicht abgeänderten Vorschlag wieder aufgreifen.

7. Jede Abänderung zu einem Vorschlag, die von der den Vorschlag einbringenden Delegation angenommen wird, wird sofort in den Text des Vorschlags eingearbeitet. Wenn der Verfasser des ursprünglichen Vorschlags eine Abänderung nicht annimmt, entscheidet der Präsident, ob zuerst über die Abänderung oder zuerst über den Vorschlag abgestimmt werden soll. Hierbei ist mit dem Text zu beginnen, der sich am weitesten vom Sinn und Zweck des geltenden Textes entfernt und die tiefstgreifende Änderung im Vergleich zum Status quo herbeiführt.

8. Das in § 7 beschriebene Verfahren ist auch anzuwenden, wenn mehrere Abänderungen zu ein und demselben Vorschlag vorgelegt worden ist.

9. Der Präsident des Kongresses und die Präsidenten der Kommissionen sorgen dafür, daß der Redaktionskommission nach jeder Sitzung schriftlich der Text der angenommenen Vorschläge, Abänderungen und Entscheidungen zugeleitet wird.

10. Zum Abschluß ihrer Arbeiten erstellen die Kommissionen zu den Vollzugsordnungen, die in ihre Zuständigkeit fallen, eine Resolution in zwei Teilen, die umfassen:

1) die Nummern der Vorschläge, die dem Vollzugsrat zur Prüfung überwiesen wurden;

2) die Nummern der Vorschläge, die dem Vollzugsrat mit Direktiven des Kongresses überwiesen wurden.

Vorschläge zur Änderung der Vollzugsordnung, die von einer Kommission angenommen und anschließend der Redaktionskommission überwiesen wurden, werden in eine Resolution auf-

résolution comprenant en annexe le texte définitif des propositions retenues.

Article 16

Délibérations

1. Les délégués ne peuvent prendre la parole qu'après avoir été autorisés par le Président de la réunion. Il leur est recommandé de parler sans hâte et distinctement. Le Président doit laisser aux délégués la possibilité d'exprimer librement et pleinement leur avis sur le sujet en discussion, pour autant que cela soit compatible avec le déroulement normal des délibérations.

2. Sauf décision contraire prise à la majorité des membres présents et votant, les discours ne peuvent excéder cinq minutes. Le Président est autorisé à interrompre tout orateur qui dépasse ledit temps de parole. Il peut aussi inviter le délégué à ne pas s'écarter du sujet.

3. Au cours d'un débat, le Président peut, avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, déclarer close la liste des orateurs après en avoir donné lecture. Lorsque la liste est épuisée, il prononce la clôture du débat, sous réserve d'accorder à l'auteur de la proposition en discussion, même après la clôture de la liste, le droit de répondre à tout discours prononcé.

4. Le Président peut aussi, avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, limiter le nombre des interventions d'une même délégation sur une proposition ou un groupe de propositions déterminé, la possibilité devant cependant être accordée à l'auteur de la proposition d'introduire celle-ci et d'intervenir ultérieurement s'il le demande, pour apporter des éléments nouveaux en réponse aux interventions des autres délégations, de telle façon qu'il puisse avoir la parole en dernier lieu s'il la demande.

5. Avec l'accord de la majorité des membres présents et votant, le Président peut limiter le nombre des interventions sur une proposition ou un groupe de propositions déterminé; cette limitation ne peut être inférieure à cinq pour et cinq contre la proposition en discussion.

Article 17

Motions d'ordre et motions de procédure

1. Au cours de la discussion de toute question et même, le cas échéant, après la clôture du débat, une délégation peut soulever une motion d'ordre à l'effet de demander:

- des éclaircissements sur le déroulement des débats;
- le respect du Règlement interieur;
- la modification de l'ordre de discussion des propositions suggéré par le Président.

La motion d'ordre a la priorité sur toutes les questions, y compris les motions de procédure mentionnées au paragraphe 3.

2. Le Président donne immédiatement les précisions désirées ou prend la décision qu'il juge opportune au sujet de la motion d'ordre. En cas d'objection, la décision du Président est aussitôt mise aux voix.

3. En outre, au cours de la discussion d'une question, une délégation peut introduire une motion de procédure ayant pour objet de proposer:

a) la suspension de la séance;

b) la levée de la séance;

c) l'ajournement du débat sur la question en discussion;

d) la clôture du débat sur la question en discussion.

genommen, der als Anhang der endgültige Text der angenommenen Vorschläge beigegeben ist.

Artikel 16

Beratungen

1. Die Delegierten können das Wort nur ergreifen, nachdem es ihnen vom Präsidenten der Tagung erteilt worden ist. Es wird ihnen empfohlen, ohne Hast und deutlich zu sprechen. Der Präsident soll den Delegierten die Möglichkeit lassen, frei und erschöpfend ihre Ansicht zum Gegenstand der Diskussion auszudrücken, soweit dies mit dem normalen Ablauf der Beratungen vereinbar ist.

2. Sofern von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder keine gegenteilige Entscheidung getroffen wird, darf die Redezeit fünf Minuten nicht überschreiten. Der Präsident ist berechtigt, jeden Redner zu unterbrechen, der die genannte Redezeit überschreitet. Er kann auch den Delegierten auffordern, nicht von der Sache abzuweichen.

3. Im Laufe einer Debatte kann der Präsident mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder die Rednerliste für geschlossen erklären, nachdem er sie verlesen hat. Wenn die Liste erschöpft ist, erklärt er den Schluß der Debatte unter dem Vorbehalt, selbst nach Schluß der Liste dem Verfasser des Vorschlags das Recht zur Antwort auf jede Einlassung zuzugestehen.

4. Der Präsident kann auch mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder die Zahl der Interventionen ein und derselben Delegation zu einem Vorschlag oder einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen begrenzen, wobei indessen dem Verfasser des Vorschlags die Möglichkeit gegeben werden muß, den Vorschlag einzuführen und später zu intervenieren, wenn er dies verlangt, um neue Elemente in Beantwortung der Interventionen der anderen Delegationen beizutragen, derart, daß er auf Verlangen an letzter Stelle das Wort haben kann.

5. Mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder kann der Präsident die Zahl der Interventionen zu einem Vorschlag oder einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen begrenzen; diese Einschränkung darf nicht unter fünf für und fünf gegen den zur Diskussion stehenden Vorschlag gehen.

Artikel 17

Anträge zur Geschäftsordnung und Anträge zum Verfahren

1. Im Verlauf der Diskussion jeder Frage und gegebenenfalls nach Schluß einer Debatte kann eine Delegation einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen und damit verlangen:

- Aufklärung über den Ablauf der Debatte;
- Beachtung der Geschäftsordnung
- Änderung der vom Präsidenten vorgeschlagenen Reihenfolge der Diskussion der Vorschläge.

Der Antrag zur Geschäftsordnung geht allen anderen Fragen einschließlich der Anträge zum Verfahren nach § 3 vor.

2. Der Präsident gibt unverzüglich die gewünschten Erläuterungen oder fällt die Entscheidung, die er hinsichtlich des Antrags zur Geschäftsordnung für angebracht hält. Bei Widerspruch wird sogleich über die Entscheidung des Präsidenten abgestimmt.

3. Darüber hinaus kann eine Delegation im Verlauf der Diskussion über eine Frage einen Antrag zum Verfahren einbringen, der zum Ziel hat:

a) die Unterbrechung der Sitzung,

b) die Aufhebung der Sitzung,

c) die Vertagung der Debatte über die zur Diskussion stehende Frage;

d) den Schluß der Debatte über die zur Diskussion stehende Frage.

Les motions de procédure ont la priorité, dans l'ordre établi ci-dessus, sur toutes les autres propositions hormis les motions d'ordre visées au paragraphe 1.

4. Les motions tendant à la suspension ou à la levée de la séance ne sont pas discutées, mais immédiatement mises aux voix.

5. Lorsqu'une délégation propose l'ajournement ou la clôture du débat sur une question en discussion, la parole n'est accordée qu'à deux orateurs opposés à l'ajournement ou à la clôture du débat, après quoi la motion est mise aux voix.

6. La délégation qui présente une motion d'ordre ou de procédure ne peut pas, dans son intervention, traiter du fond de la question en discussion. L'auteur d'une motion de procédure peut la retirer avant qu'elle soit mise aux voix et toute motion de l'espèce, amendée ou non, qui serait retirée peut être reprise par une autre délégation.

Article 18

Quorum

1. Sous réserve des paragraphes 2 et 3, le quorum nécessaire pour l'ouverture des séances et pour les votations est constitué par la moitié des Pays-membres représentés au Congrès et ayant droit de vote.

2. Au moment des votes sur la modification de la Constitution et du Règlement général, le quorum exigé est constitué par les deux tiers des Pays-membres de l'Union.

3. En ce qui concerne les Arrangements et leurs Règlements d'exécution, le quorum exigé pour l'ouverture des séances et pour les votations est constitué par la moitié des Pays-membres représentés au Congrès qui sont parties à l'Arrangement dont il s'agit et qui ont droit de vote.

4. Les délégations présentes qui ne participent pas à un vote déterminé ou qui déclarent ne pas vouloir y participer ne sont pas considérées comme absentes en vue de la détermination du quorum exigé aux paragraphes 1, 2 et 3.

Article 19

Principe et procédure de vote

1. Les questions qui ne peuvent être réglées d'un commun accord sont tranchées par votation.

2. Les votes ont lieu par le système traditionnel ou par le dispositif électronique de votation. Ils sont en principe effectués par le dispositif électronique lorsque celui-ci est à la disposition de l'assemblée. Toutefois, pour un vote secret, le recours au système traditionnel peut avoir lieu si la demande présentée dans ce sens par une délégation est appuyée par la majorité des délégations présentes et votant.

3. Pour le système traditionnel, les procédures de vote sont les suivantes:

a) à main levée: si le résultat d'un tel vote donne lieu à des doutes, le Président peut, à son gré ou à la demande d'une délégation, faire procéder immédiatement à un vote par appel nominal sur la même question;

b) par appel nominal: sur demande d'une délégation ou au gré du Président. L'appel se fait en suivant l'ordre alphabétique français des pays représentés en commençant par le pays dont le nom est tiré au sort par le Président. Le résultat du vote, avec la liste des pays par nature de vote, est consigné au procès-verbal de la séance;

Die Anträge zum Verfahren haben in der vorstehend aufgestellten Reihenfolge Vorrang vor allen anderen Vorschlägen, abgesehen von den Anträgen zur Geschäftsordnung nach § 1.

4. Die Anträge zur Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung werden nicht diskutiert, über sie wird vielmehr unverzüglich abgestimmt.

5. Wenn eine Delegation die Vertagung oder den Schluß der Debatte über eine diskutierte Frage beantragt, wird das Wort nur zwei Rednern erteilt, die die Vertagung oder den Schluß der Debatte ablehnen; danach wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

6. Die Delegation, die einen Antrag zur Geschäftsordnung oder zum Verfahren einbringt, darf in ihrer Intervention in der zur Diskussion stehenden Frage nicht zur Sache sprechen. Der Antragsteller eines Antrags zum Verfahren kann seinen Antrag zurückziehen, bevor er zur Abstimmung gestellt wird und jeder Antrag dieser Art in seiner ursprünglichen oder abgeänderten Form, der zurückgezogen wird, kann von einer anderen Delegation aufgegriffen werden.

Artikel 18

Quorum

1. Vorbehaltlich der §§ 2 und 3 wird das für die Eröffnung der Sitzungen und für die Abstimmungen erforderliche Quorum von der Hälfte der beim Kongreß vertretenen stimmberechtigten Mitgliedsländer gebildet.

2. Im Augenblick der Abstimmung über eine Änderung der Satzung und der Allgemeinen Verfahrensordnung wird das erforderliche Quorum von zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Vereins gebildet.

3. Für die Abkommen und ihre Vollzugsordnungen wird das erforderliche Quorum für die Eröffnung der Sitzung und die Abstimmungen von der Hälfte der auf dem Kongreß vertretenen stimmberechtigten Mitgliedsländer gebildet, die dem Abkommen beigetreten sind.

4. Die anwesenden Delegationen, die an einer bestimmten Abstimmung nicht teilnehmen, oder erklären, nicht teilnehmen zu wollen, gelten nicht als abwesend im Hinblick auf die Feststellung der in §§ 1, 2 und 3 geforderten Quoren.

Artikel 19

Grundsatz und Verfahren der Abstimmung

1. Fragen, die nicht in Übereinstimmung geregelt werden können, werden durch Abstimmung entschieden.

2. Die Abstimmungen finden nach dem herkömmlichen System oder mit einer elektronischen Abstimm-Anlage statt. Sie werden grundsätzlich mit der elektronischen Anlage durchgeführt, wenn diese der Versammlung zur Verfügung steht. Bei einer geheimen Abstimmung kann jedoch auf das herkömmliche System zurückgegriffen werden, wenn der von einer Delegation gestellte diesbezügliche Antrag von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Delegationen unterstützt wird.

3. Beim herkömmlichen System werden folgende Abstimmungsverfahren angewandt:

a) durch Handaufheben: wenn das Ergebnis einer solchen Abstimmung zu Zweifeln Anlaß gibt, kann der Präsident nach seinem Ermessen oder auf Verlangen einer Delegation unverzüglich eine namentliche Abstimmung zu derselben Frage durchführen;

b) namentliche Abstimmung: sie findet auf Verlangen einer Delegation oder nach Ermessen des Präsidenten statt. Der Namensaufruf erfolgt nach der französischen alphabetischen Ordnung der vertretenen Länder und beginnt mit dem Land, dessen Name vom Präsidenten ausgelost wird. Das Ergebnis der Abstimmung mit der Liste der Länder nach Art ihrer Stimmabgabe wird in das Sitzungsprotokoll aufgenommen;

c) au scrutin secret: par bulletin de vote sur demande de deux délégations. Le Président de la réunion désigne en ce cas trois scrutateurs et prend les mesures nécessaires pour assurer le secret du vote.

4. Par le dispositif électronique, les procédures de vote sont les suivantes:

a) vote non enregistré: il remplace un vote à main levée;

b) vote enregistré: il remplace un vote par appel nominal; toutefois, il n'est pas procédé à l'appel des noms des pays sauf si une délégation le demande et si cette proposition est appuyée par la majorité des délégations présentes et votant;

c) vote secret: il remplace un scrutin secret par bulletins de vote.

5. Quel que soit le système utilisé, le vote au scrutin secret a priorité sur toute autre procédure de vote.

6. Quand un vote est commencé, aucune délégation ne peut l'interrompre sauf s'il s'agit d'une motion d'ordre relative à la manière suivant laquelle s'effectue le vote.

7. Après le vote, le Président peut autoriser les délégués à expliquer leur vote.

c) geheime Abstimmung: sie erfolgt mit Stimmzettel auf Verlangen von zwei Delegationen. Der Präsident der Versammlung bestimmt in diesem Fall drei Stimmzähler und trifft die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses.

4. Bei Verwendung der elektronischen Anlage werden folgende Abstimmungsverfahren angewandt:

a) nicht registrierte Abstimmung: sie tritt an Stelle der Abstimmung durch Handaufheben;

b) registrierte Abstimmung: sie tritt an Stelle der namentlichen Abstimmung; es erfolgt jedoch kein Aufruf der Ländernamen, außer wenn eine Delegation dies verlangt und dieser Vorschlag von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Delegation unterstützt wird;

c) geheime Abstimmung: sie tritt an Stelle einer geheimen Abstimmung mit Stimmzetteln.

5. Unabhängig vom angewandten Verfahren hat die geheime Abstimmung immer Vorrang gegenüber jedem anderen Abstimmungsverfahren.

6. Wenn in eine Abstimmung eingetreten ist, kann diese von keiner Delegation unterbrochen werden, außer wenn es sich um einen Geschäftsordnungsantrag in bezug auf die Art und Weise handelt, nach der die Abstimmung durchgeführt wird.

7. Nach der Abstimmung kann der Präsident den Delegierten gestatten, ihre Stimmabgabe zu erklären.

Article 20

Conditions d'approbation des propositions

1. Pour être adoptées, les propositions visant à la modification des Actes doivent être approuvées:

a) pour la Constitution: par les deux tiers au moins des Pays-membres de l'Union;

b) pour le Règlement général: par la majorité des Pays-membres représentés au Congrès;

c) pour la Convention et son Règlement d'exécution: par la majorité des Pays-membres présents et votant;

d) pour les Arrangements et leurs Règlements d'exécution: par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties aux Arrangements.

2. Les questions de procédure qui ne peuvent être résolues d'un commun accord sont décidées par la majorité des Pays-membres présents et votant. Il en est de même pour des décisions ne concernant pas la modification des Actes, à moins que le Congrès n'en décide autrement à la majorité des Pays-membres présents et votant.

3. Sous réserve du paragraphe 5, par Pays-membres présents et votant, il faut entendre les Pays-membres votant «pour» ou «contre», les abstentions n'étant pas prises en considération dans le décompte des voix nécessaires pour constituer la majorité, de même d'ailleurs que les bulletins blancs ou nuls en cas de vote au scrutin secret.

4. En cas d'égalité des suffrages, la proposition est considérée comme rejetée.

5. Lorsque le nombre d'abstentions et de bulletins blancs ou nuls dépasse la moitié du nombre des suffrages exprimés (pour, contre, abstentions), l'examen de la question est renvoyé à une séance ultérieure au cours de laquelle les abstentions ainsi que les bulletins blancs ou nuls n'entreront plus en ligne de compte.

Artikel 20

Bedingungen für die Annahme der Vorschläge

1. Um angenommen zu werden, müssen die Vorschläge zur Änderung der Verträge wie folgt genehmigt werden:

a) für die Satzung: von mindestens zwei Dritteln der Mitgliedsländer des Weltpostvereins;

b) für die Allgemeine Verfahrensordnung: von der Mehrheit der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer;

c) für den Weltpostvertrag und seine Vollzugsordnung: von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer;

d) für die Abkommen und ihre Vollzugsordnungen: von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die den Abkommen beigetreten sind.

2. Die Verfahrensfragen, die nicht in Übereinstimmung geregelt werden können, werden durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer entschieden. Das gleiche gilt für Entscheidungen, die nicht die Änderung der Verträge betreffen, außer wenn der Kongreß mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer anders entscheidet.

3. Vorbehaltlich des § 5 sind unter anwesende und abstimmende Mitgliedsländer die Mitgliedsländer zu verstehen, die „für" oder „gegen" stimmen, wobei die Stimmenthaltungen bei der Berechnung der für die Bildung der Mehrheit erforderlichen Stimmen nicht berücksichtigt werden; das gleiche gilt im übrigen im Falle der geheimen Abstimmung für die leeren oder ungültigen Stimmzettel.

4. Im Falle der Stimmengleichheit gilt der Vorschlag als abgelehnt.

5. Wenn die Zahl der Enthaltungen und der leeren oder ungültigen Stimmzettel die Hälfte der Zahl der abgegebenen Stimmen (für, gegen, Enthaltung) übersteigt, wird die Prüfung der Frage auf eine spätere Sitzung verschoben, in deren Verlauf die Enthaltungen sowie die leeren oder ungültigen Stimmzettel nicht mehr berücksichtigt werden.

Article 21

Election des membres du Conseil exécutif et du Conseil consultatif des études postales

En vue de départager les pays ayant obtenu le même nombre de voix aux élections des membres du Conseil exécutif ou du Conseil consultatif des études postales, le Président procède au tirage au sort.

Artikel 21

Wahl der Mitglieder des Vollzugsrats und des Konsultativrats für Poststudien

Haben bei den Wahlen zum Vollzugsrat oder zum Konsultativrat mehrere Länder die gleiche Stimmenzahl erhalten, so entscheidet das Los, das vom Präsidenten gezogen wird.

Article 22

Election du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international

1. Les élections du Directeur général et du Vice-Directeur général du Bureau international ont lieu au scrutin secret successivement à une ou à plusieurs séances se tenant le même jour. Est élu le candidat qui obtient la majorité des suffrages exprimés par les Pays-membres présents et votant. Il est procédé à autant de scrutins qu'il est nécessaire pour qu'un candidat obtienne cette majorité.

2. Sont considérés comme Pays-membres présents et votant ceux qui votent pour l'un des candidats régulièrement annoncés, les abstentions n'étant pas prises en considération dans le décompte des voix nécessaires pour constituer la majorité, de même que les bulletins blancs ou nuls.

3. Lorsque le nombre d'abstentions et de bulletins blancs ou nuls dépasse la moitié du nombre des suffrages exprimés conformément au paragraphe 2, l'élection est renvoyée à une séance ultérieure au cours de laquelle les abstentions ainsi que les bulletins blancs ou nuls n'entreront plus en ligne de compte.

4. Le candidat qui, à un tour de scrutin, a obtenu le moins de voix est éliminé.

5. En cas d'égalité des voix, il est procédé à un premier, voire à un second scrutin supplémentaire, pour tenter de départager les candidats ex aequo, le vote portant uniquement sur ces candidats. Si le résultat est négatif, le sort décide. Le tirage au sort est opéré par le Président.

Artikel 22

Wahl des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros

1. Die Wahlen des Generaldirektors und des Vize-Generaldirektors des Internationalen Büros finden nacheinander in einer oder mehreren Sitzungen am selben Tag in geheimer Abstimmung statt. Gewählt ist der Bewerber, der die Mehrheit der von den anwesenden und abstimmenden Ländern abgegebenen Stimmen erhält. Es finden so viele Abstimmungen statt, wie nötig sind, damit ein Bewerber diese Mehrheit erreicht.

2. Als anwesende und abstimmende Mitgliedsländer gelten die, die für einen der ordnungsgemäß angemeldeten Bewerberstimmen, wobei Stimmenthaltungen ebenso wie leere oder ungültige Stimmzettel bei der Auszählung der für die Mehrheit notwendigen Stimmen nicht berücksichtigt werden.

3. Wenn die Zahl der Enthaltungen und der leeren oder ungültigen Stimmen die Hälfte der Zahl der abgegebenen Stimmen nach § 2 übersteigt, wird die Abstimmung auf eine spätere Sitzung verschoben, bei der die Enthaltungen sowie die leeren und ungültigen Stimmzettel nicht berücksichtigt werden.

4. Der Bewerber, der in einem Wahlgang die wenigsten Stimmen erhalten hat, ist ausgeschieden.

5. Bei Stimmengleichheit wird ein zusätzlicher, gegebenenfalls ein zweiter zusätzlicher Wahlgang durchgeführt, um die Entscheidung zwischen den Kandidaten ex aequo zu erreichen, wobei sich die Abstimmung nur auf diese Kandidaten erstreckt. Ist das Ergebnis negativ, entscheidet das Los. Das Los wird vom Präsidenten gezogen.

Article 23

Procès-verbaux

1. Les procès-verbaux des séances du Congrès et des Commissions reproduisent la marche des séances, résument brièvement les interventions, mentionnent les propositions et le résultat des délibérations. Des procès-verbaux sont établis pour les séances plénières et des procès-verbaux sommaires pour les séances de Commissions.

2. Les procès-verbaux des séances d'une Commission peuvent être remplacés par des rapports à l'intention du Congrès si le Conseil exécutif en décide ainsi. En règle générale, les Groupes de travail établissent un rapport à l'intention de l'organe qui les a créés.

3. Toutefois, chaque délégué a le droit de demander l'insertion analytique ou in extenso au procès-verbal ou au rapport de toute déclaration faite par lui, à la condition d'en remettre le texte français au Secrétariat deux heures au plus tard après la fin de la séance.

4. A partir du moment où l'épreuve du procès-verbal ou du rapport a été distribuée, les délégués disposent d'un délai de vingt-quatre heures pour présenter leurs observations au Secrétariat qui, le cas échéant, sert d'intermédiaire entre l'intéressé et le Président de la séance en question.

5. En règle générale et sous réserve du paragraphe 4, au début des séances du Congrès, le Président soumet à l'approbation le procès-verbal d'une séance précédente. Il en est de même pour les Commissions dont les délibérations font l'objet d'un

Artikel 23

Sitzungsprotokolle

1. Die Sitzungsprotokolle des Kongresses und der Kommissionen geben den Ablauf der Sitzungen wieder, fassen die Interventionen kurz zusammen und vermerken die Vorschläge und das Ergebnis der Beratungen. Für die Sitzungen der Vollversammlung werden Sitzungsprotokolle, für die Sitzungen der Kommissionen summarische Sitzungsprotokolle erstellt.

2. Die Sitzungsprotokolle der Sitzungen einer Kommission können ganz oder teilweise durch Berichte an den Kongreß ersetzt werden, falls der Vollzugsrat so entscheidet. Die Arbeitsgruppen erstellen im allgemeinen einen Bericht an das Organ, das sie eingesetzt hat.

3. Jeder Delegierte hat jedoch für jede von ihm abgegebene Erklärung das Recht, zu verlangen, daß sie inhaltlich oder im vollen Wortlaut in das Sitzungsprotokoll oder in den Bericht aufgenommen wird, vorausgesetzt, daß er dem Sekretariat den französischen Text spätestens zwei Stunden nach Ende der Sitzung übergibt.

4. Von dem Augenblick an, in dem der Entwurf des Sitzungsprotokolls oder des Berichts verteilt worden ist, verfügen die Delegierten über eine Frist von vierundzwanzig Stunden, um ihre Bemerkungen dem Sekretatiat vorzulegen, das gegebenenfalls zwischen dem beteiligten Delegierten und dem Präsidenten der betreffenden Sitzung vermittelt.

5. Nach allgemeiner Regel und unter Vorbehalt des § 4 unterbreitet der Präsident zu Beginn der Sitzungen des Kongresses das Sitzungsprotokoll einer vorausgegangenen Sitzung zur Genehmigung. Das gleiche gilt für die Kommissionen, deren

procès-verbal ou d'un rapport. Les procès-verbaux ou les rapports des dernières séances qui n'auraient pu être approuvés en Congrès ou en Commission sont approuvés par les Présidents respectifs de ces réunions. Le Bureau international tiendra compte également des observations éventuelles que les délégués des Pays-membres lui communiqueront dans un délai de quarante jours après l'envoi desdits procès-verbaux.

6. Le Bureau international est autorisé à rectifier dans les procès-verbaux ou les rapports des séances du Congrès et des Commissions les erreurs matérielles qui n'auraient pas été relevées lors de leur approbation conformément au paragraphe 5.

Beratungen Gegenstand eines Sitzungsprotokolls oder eines Berichts sind. Die Sitzungsprotokolle oder die Berichte der letzten Sitzungen, die nicht mehr vom Kongreß oder den Kommissionen genehmigt worden sind, werden von den jeweiligen Präsidenten dieser Tagungen genehmigt. Das Internationale Büro trägt ebenfalls den etwaigen Bemerkungen Rechnung, die ihm von den Delegierten der Mitgliedsländer innerhalb einer Frist von vierzig Tagen nach dem Versand der genannten Sitzungsprotokolle mitgeteilt werden.

6. Das Internationale Büro ist ermächtigt, in den Sitzungsprotokollen oder den Berichten des Kongresses oder der Kommissionen die materiellen Fehler zu berichtigen, die bei der Genehmigung gemäß § 5 nicht festgestellt worden sind.

Article 24

Approbation par le Congrès des projets de décisions (Actes, résolutions, etc.)

1. En règle générale, chaque projet d'Acte présenté par la Commission de rédaction est examiné article par article. Il ne peut être considéré comme adopté qu'après un vote d'ensemble favorable. L'article 20, paragraphe 1, est applicable à ce vote.

2. Au cours de cet examen, chaque délégation peut reprendre une proposition qui a été adoptée ou rejetée en Commission. L'appel concernant de telles propositions est subordonné à la condition que la délégation en ait informé par écrit le Président du Congrès au moins un jour avant la séance où la disposition visée du projet d'Acte sera soumise à l'approbation du Congrès.

3. Toutefois, il est toujours possible, si le Président le juge opportun pour la suite des travaux du Congrès, de procéder à l'examen des appels avant l'examen des projets d'Actes présentés par la Commission de rédaction.

4. Lorsqu'une proposition a été adoptée ou rejetée par le Congrès, elle ne peut être examinée à nouveau par le même Congrès que si l'appel a été appuyé par au moins dix délégations et approuvé à la majorité des deux tiers des membres présents et votant. Cette faculté se limite aux propositions soumises directement aux séances plénières, étant entendu qu'une même question ne peut donner lieu à plus d'un appel.

5. Le Bureau international est autorisé à rectifier dans les Actes définitifs les erreurs matérielles qui n'auraient pas été relevées lors de l'examen des projets d'Actes, le numérotage des articles et des paragraphes ainsi que les références.

6. Les paragraphes 2 à 5 sont également applicables aux projets de décisions autres que les projets d'Actes (résolutions, vœux, etc.).

Artikel 24

Genehmigung der Entscheidungsentwürfe durch den Kongreß (Verträge, Entschließungen usw.)

1. Nach allgemeiner Regel wird jeder von der Redaktions-Kommission vorgelegte Vertragsentwurf Artikel für Artikel geprüft. Er kann erst nach einer zustimmenden Gesamtabstimmung als angenommen angesehen werden. Für diese Abstimmung gilt Artikel 20 § 1.

2. Im Laufe dieser Prüfung kann jede Delegation einen in der Kommission angenommenen oder abgelehnten Vorschlag wieder aufgreifen. Die Wiederaufnahme solcher Vorschläge ist der Bedingung unterworfen, daß die Delegation den Präsidenten des Kongresses mindestens einen Tag vor der Sitzung, in der die entsprechende Bestimmung des Vertragsentwurfs der Genehmigung des Kongresses unterbreitet wird, schriftlich unterrichtet.

3. Falls es der Präsident für den Fortgang der Arbeiten des Kongresses für zweckmäßig hält, ist es jedoch jederzeit möglich, die Prüfung der Wiederaufnahmeanträge vor der Prüfung der von der Redaktions-Kommission vorgelegten Vertragsentwürfe vorzunehmen.

4. Wenn ein Vorschlag vom Kongreß angenommen oder abgelehnt worden ist, kann er von dem gleichen Kongreß nur dann erneut geprüft werden, wenn der Wiederaufnahmeantrag von mindestens zehn Delegationen unterstützt wird. Der Antrag kann nur mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder angenommen werden. Diese Möglichkeit ist auf Vorschläge beschränkt, die unmittelbar den Vollsitzungen unterbreitet werden, wobei ein und dieselbe Frage Gegenstand nur eines Wiederaufnehmeantrages sein kann.

5. Das Internationale Büro ist ermächtigt, in den endgültigen Vertagstexten die materiellen Fehler, die bei der Prüfung der Vertragsentwürfe nicht festgestellt worden sind, die Numerierung der Artikel und Paragraphen sowie die Verweisungen zu berichtigen.

6. Die §§ 2 bis 5 gelten auch für Entscheidungsentwürfe, die nicht Vertragsentwürfe betreffen (Entschließungen, Begehren usw.).

Article 25

Attribution des études au Conseil exécutif et au Conseil consultatif des études postales

Sur recommandation de son Bureau, le Congrès attribue, de la manière suivante, les études au Conseil exécutif et au Conseil consultatif des études postales, en tenant compte de la composition et des compétences respectives de ces deux organes:

a) en principe, au Conseil exécutif, lorsqu'elles concernent la structure, l'organisation et l'administration générale de l'Union. Il en va de même des questions ayant des incidences financières importantes (taxes, frais de transit, taux de base du transport aérien, quotes-parts des colis postaux, etc.) et pouvant entraîner une modification des Actes;

Artikel 25

Zuweisung der Studien an den Vollzugsrat und an den Konsultativrat für Poststudien

Auf Empfehlung seines Präsidiums weist der Kongreß die Studien dem Vollzugsrat und dem Konsultativrat für Poststudien in folgender Weise zu, wobei die Zusammensetzung und die Zuständigkeit der beiden Organe zu berücksichtigen sind:

a) grundsätzlich dem Vollzugsrat, wenn die Studien den Aufbau, die Organisation und die allgemeine Verwaltung des Vereins betreffen. Das gleiche gilt für Fragen, die bedeutende finanzielle Auswirkungen haben (Gebühren, Durchgangsvergütungen, Grundvergütungssätze für die Beförderung auf dem Luftweg, Vergütungsanteile für die Postpakete usw.) und die eine Änderung der Verträge nach sich ziehen können;

b) au Conseil consultatif des études postales, lorsque ces études portent sur des problèmes techniques, d'exploitation, économiques et de coopération technique.

Article 26

Réserves aux Actes

Les réserves doivent être présentées par écrit en langue française (propositions relatives au Protocole final) de manière à pouvoir être examinées par le Congrès avant la signature des Actes.

Article 27

Signature des Actes

Les Actes définitivement approuvés par le Congrès sont soumis à la signature des Plénipotentiaires.

Article 28

Modifications au Règlement

1. Chaque Congrès peut modifier le Règlement intérieur. Pour être mises en délibération, les propositions de modification au présent Règlement, à moins qu'elles ne soient présentées par un organe de l'UPU habilité à introduire des propositions, doivent être appuyées en Congrès par au moins dix délégations.

2. Pour être adoptées, les propositions de modification au présent Règlement doivent être approuvées par les deux tiers au moins des Pays-membres représentés au Congrès.

b) dem Konsultativrat für Poststudien, wenn diese Studien technische, betriebliche und wirtschaftliche Fragen sowie Fragen der technischen Zusammenarbeit betreffen.

Artikel 26

Vorbehalte zu den Verträgen

Die Vorbehalte müssen schriftlich in französischer Sprache so vorgelegt werden (Vorschläge betreffend das Schlußprotokoll), daß sie vom Kongreß vor der Unterzeichnung der Verträgegeprüft werden können.

Artikel 27

Unterzeichnung der Verträge

Die vom Kongreß endgültig genehmigten Verträge unterliegen der Unterzeichnung durch die Bevollmächtigten.

Artikel 28

Änderungen der Geschäftsordnung

1. Jeder Kongreß kann die Geschäftsordnung ändern. Um zur Beratung gestellt zu werden, müssen die Änderungsvorschläge zu dieser Geschäftsordnung, außer wenn sie von einem zur Einbringung von Vorschlägen befugten Organ des Weltpostvereins vorgelegt werden, auf dem Kongreß von mindestens zehn Delegationen unterstützt werden.

2. Um angenommen zu werden, müssen die Änderungsvorschläge zu dieser Geschäftsordnung von mindestens zwei Dritteln der auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer gebilligt werden.

Weltpostvertrag

Convention postale universelle

(Übersetzung)

Table des matières

Première partie

Règles communes applicables au service postal international

Chapitre I

Dispositions générales

Article

1. Liberté de transit
2. Inobservation de la liberté de transit
3. Transit territorial sans participation des services du pays traversé
4. Suspension temporaire et reprise de services
5. Appartenance des envois postaux
6. Création d'un nouveau service
7. Utilisation de codes à barres et d'un système unique pour l'identification des envois, récipients et documents connexes
8. Taxes
9. Monnaie type. Equivalents
10. Timbres-poste
11. Formules
12. Cartes d'identité postales
13. Règlements des comptes
14. Engagements relatifs aux mesures pénales

Chapitre II

Franchises postales

15. Franchise postale
16. Franchise postale concernant les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal
17. Franchise postale en faveur des envois concernant les prisonniers de guerre et les internés civils
18. Franchise postale en faveur des cécogrammes

Deuxième partie

Dispositions concernant la poste aux lettres

Chapitre I

Dispositions générales

19. Envois de la poste aux lettres
20. Taxes d'affranchissement et limites de poids et de dimensions. Conditions générales
21. Tarification selon le mode d'acheminement et/ou la vitesse

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Gemeinsame Vorschriften für den internationalen Postdienst

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel

1 Freiheit des Durchgangs
2 Nichtbeachtung der Freiheit des Durchgangs
3 Landdurchgang ohne Beteiligung der Dienste des Durchgangslands
4 Vorübergehende Einstellung von Diensten und ihre Wiederaufnahme
5 Verfügungsrecht über Postsendungen
6 Einführung neuer Dienste
7 Verwendung von Strichcode und eines einheitlichen Systems zur Erkennung von Sendungen, Behältnissen und dazugehörigen Dienstpapieren
8 Gebühren
9 Vereinswährung. Gegenwerte
10 Postwertzeichen
11 Formblätter
12 Postausweiskarten
13 Abrechnung
14 Verpflichtung zur Ergreifung strafrechtlicher Maßnahmen

Kapitel II

Postgebührenfreiheit

15 Postgebührenfreiheit
16 Postgebührenfreiheit für postdienstliche Briefsendungen
17 Postgebührenfreiheit für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertensendungen
18 Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

Zweiter Teil

Bestimmungen über die Briefpost

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

19 Briefsendungen
20 Freimachungsgebühren und Grenzen für Gewicht und Maße. Allgemeine Bedingungen
21 Gebührenfestsetzung nach Beförderungsart und/oder Geschwindigkeit

Article	Artikel
22. Envois normalisés	22 Standardsendungen
23. Matières biologiques périssables. Matières radioactives	23 Leichtverderbliche biologische Stoffe. Radioaktive Stoffe
24. Envois admis à tort	24 Zu Unrecht angenommene Sendungen
25. Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres	25 Einlieferung von Briefsendungen im Ausland
26. Taxes spéciales	26 Besondere Gebühren
27. Taxe de dépôt en dernière limite d'heure. Taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur. Taxe de retrait en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe de poste restante. Taxe de remise des petits paquets	27 Gebühr für die Einlieferung nach Postschluß. Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für das Abholen beim Absender. Gebühr für das Abholen außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für postlagernde Sendungen. Gebühr für die Auslieferung von Päckchen
28. Taxe de magasinage	28 Lagergebühr
29. Affranchissement	29 Freimachung
30. Modalités d'affranchissement	30 Freimachungsarten
31. Affranchissement des envois de la poste aux lettres à bord des navires	31 Freimachung von Briefsendungen an Bord von Schiffen
32. Taxe en cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement	32 Gebühr für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen
33. Service correspondance commerciale-réponse internationale	33 Internationaler Werbeantwortdienst
34. Coupons-réponse internationaux	34 Internationale Antwortscheine
35. Envois exprès	35 Eilbotensendungen
36. Objectifs en matière de qualité de service	36 Zielsetzungen im Bereich der Dienstqualität
37. Priorité de traitement des correspondances-avion et des envois prioritaires	37 Vorrangige Bearbeitung von Luftpostbriefsendungen und Vorrangsendungen
38. Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur	38 Zurückziehung von Briefsendungen. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders
39. Réexpédition	39 Nachsendung
40. Envois non distribuables. Renvoi au pays d'origine ou à l'expéditeur	40 Unzustellbare Sendungen. Rücksendung an das Einlieferungsland oder an den Absender
41. Interdictions	41 Verbote
42. Contrôle douanier	42 Zollkontrolle
43. Taxe de présentation à la douane	43 Gestellungsgebühr
44. Droits de douane et autres droits	44 Zollabgaben und andere Abgaben
45. Envois francs de taxes et de droits	45 Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendungen
46. Annulation des droits de douane et autres droits	46 Niederschlagung von Zollabgaben und anderen Abgaben
47. Réclamations	47 Nachforschungsanträge
Chapitre II	**Kapitel II**
Envois recommandés, envois à livraison attestée et lettres avec valeur déclarée	**Einschreibsendungen, Sendungen mit Zustellnachweis und Wertbriefe**
48. Admission des envois recommandés	48 Zulassung von Einschreibsendungen
49. Admission des envois à livraison attestée	49 Zulassung von Sendungen mit Zustellnachweis
50. Taxes des envois recommandés	50 Gebühren für Einschreibsendungen
51. Taxes applicables aux envois à livraison attestée	51 Gebühren für Sendungen mit Zustellnachweis
52. Admission des lettres avec valeur déclarée	52 Zulassung von Wertbriefen
53. Lettres avec valeur déclarée. Déclaration de valeur	53 Wertbriefe. Wertangabe
54. Taxes des lettres avec valeur déclarée	54 Gebühren für Wertbriefe
55. Avis de réception	55 Rückschein
56. Remise en main propre	56 Eigenhändige Zustellung

Chapitre III

Responsabilité

Article

57. Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés
58. Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Envois à livraison attestée
59. Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée
60. Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés et envois à livraison attestée
61. Non-responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée
62. Responsabilité de l'expéditeur
63. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales. Envois recommandés
64. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée
65. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales et les entreprises de transport aérien. Lettres avec valeur déclarée
66. Paiement de l'indemnité. Envois recommandés et lettres avec valeur déclarée
67. Restitution des taxes. Envois à livraison attestée
68. Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement
69. Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

Kapitel III

Haftung

Artikel

57 Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen
58 Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Sendungen mit Zustellnachweis
59 Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Wertbriefe
60 Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen und Sendungen mit Zustellnachweis
61 Nichthaftung der Postverwaltungen. Wertbriefe
62 Haftung des Absenders
63 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen. Einschreibsendungen
64 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen. Wertbriefe
65 Feststellung der Haftung zwischen Postverwaltungen und Luftverkehrsgesellschaften. Wertbriefe
66 Zahlung der Entschädigung. Einschreibsendungen und Wertbriefe
67 Gebührenerstattung. Sendungen mit Zustellnachweis
68 Erstattung der Entschädigung an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat
69 Eventuelle Wiedereinziehung der Entschädigung vom Absender oder Empfänger

Chapitre IV

Attribution des taxes.
Frais de transit et frais terminaux

70. Attribution des taxes
71. Frais de transit
72. Barèmes des frais de transit
73. Frais terminaux
74. Frais terminaux pour les envois prioritaires, les envois non prioritaires ainsi que les envois mixtes
75. Exemption de frais de transit et de frais terminaux
76. Services extraordinaires. Transport multimodal
77. Décompte des frais de transit
78. Décompte des frais terminaux
79. Paiements des frais de transit
80. Frais de transit des dépêches déviées ou mal acheminées
81. Echange de dépêches closes avec des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies et avec des bâtiments ou des avions de guerre

Kapitel IV

Gebührenanrechte.
Durchgangs- und Endvergütungen

70 Gebührenanrechte
71 Durchgangsvergütungen
72 Durchgangsvergütungssätze
73 Endvergütungen
74 Endvergütungen für Vorrangsendungen, Nichtvorrangsendungen und Mischsendungen
75 Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen
76 Außergewöhnliche Verbindungen. Beförderung auf mehrere Arten
77 Abrechnung der Durchgangsvergütungen
78 Abrechnung der Endvergütungen
79 Zahlung der Durchgangsvergütungen
80 Durchgangsvergütungen für vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse
81 Austausch von Kartenschlüssen mit der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheiten und mit Kriegsschiffen oder Militärflugzeugen

Troisième partie

Transport aérien des envois de la poste aux lettres

Titre I

Correspondances-avion

Chapitre I

Dispositions générales

Article

82. Dépêches-avion
83. Acheminement des correspondances-avion et des dépêches-avion en transit

Chapitre II

Frais de transport aérien

84. Principes généraux
85. Taux de base et calcul des frais de transport aérien relatifs aux dépêches closes
86. Calcul et décompte des frais de transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert
87. Modifications des taux des frais de transport aérien à l'intérieur du pays de destination et des correspondances-avion en transit à découvert
88. Paiement des frais de transport aérien
89. Frais de transport aérien des dépêches ou des sacs déviés ou mal acheminés
90. Frais de transport aérien du courrier perdu ou détruit

Titre II

Courrier de surface transporté par la voie aérienne (S.A.L.)

91. Echange par la voie aérienne des dépêches de surface

Quatrième partie

Service EMS

92. Service EMS

Cinquième partie

Dispositions finales

93. Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et son Règlement d'exécution
94. Mise à exécution et durée de la Convention

Dritter Teil

Beförderung von Briefsendungen auf dem Luftweg

Titel I

Luftpostbriefsendungen

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel

82 Luftpostkartenschlüsse
83 Leitung der Luftpostbriefsendungen und Durchgangsluftpostkartenschlüsse

Kapitel II

Luftbeförderungskosten

84 Allgemeine Grundsätze
85 Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse
86 Berechnung und Abrechnung der Luftbeförderungskosten für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs
87 Änderung der Kostensätze für die Luftbeförderung innerhalb des Bestimmungslandes und für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs
88 Zahlung der Luftbeförderungskosten
89 Luftbeförderungskosten für vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse oder Beutel
90 Luftbeförderungskosten für in Verlust geratene oder vernichtete Briefpost

Titel II

Auf dem Luftweg beförderte Briefpost des Land- und Seewegs (SAL)

91 Austausch von Kartenschlüssen des Land- und Seewegs auf dem Luftweg

Vierter Teil

EMS-Dienst

92 EMS-Dienst

Fünfter Teil

Schlußbestimmungen

93 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung
94 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags

Protocole final de la Convention postale universelle

Article

I. Appartenance des envois postaux

II. Exception à la franchise postale en faveur des cécogrammes

III. Equivalents et taxes spéciales. Limites maximales

IV. Once et livre avoirdupois

V. Dérogation aux dimensions des envois sous enveloppe

VI. Petits paquets

VII. Envois admis à tort

VIII. Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres

IX. Coupons-réponse internationaux émis avant le 1er janvier 1975

X. Retrait. Modification ou correction d'adresse

XI. Taxes spéciales

XII. Interdictions

XIII. Objets passibles de droits de douane

XIV. Etendue de la responsabilité des Administrations postales

XV. Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés

XVI. Paiement de l'indemnité

XVII. Frais spéciaux de transit par le Transsibérien et le lac Nasser

XVIII. Conditions spéciales de transit pour le Panama (Rép.)

XIX. Conditions spéciales de transit pour l'Afghanistan

XX. Frais d'entrepôt spéciaux à Panama

XXI. Services extraordinaires

XXII. Acheminement obligatoire indiqué par le pays d'origine

XXIII. Acheminement des dépêches-avion closes

XXIV. Imprimés. Annotations et annexes autorisées

XXV. Imprimés. Annexes autorisées

XXVI. Transmission des imprimés à l'adresse d'un même destinataire

XXVII. Sacs spéciaux d'imprimés à l'adresse d'un même destinataire. Poids minimal

XXVIII. Paiement des frais de transport aérien

XXIX. Frais de transport aérien intérieur

Schlußprotokoll zum Weltpostvertrag

Artikel

I Verfügungsrecht über Postsendungen

II Ausnahme von der Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

III Gegenwerte und besondere Gebühren. Höchstgrenzen

IV Unzen- und Pfundgewicht

V Abweichung von den Maßen für Sendungen unter Umschlag

VI Päckchen

VII Zu Unrecht angenommene Sendungen

VIII Einlieferung von Briefsendungen im Ausland

IX Vor dem 1. Januar 1975 ausgegebene Internationale Antwortscheine

X Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

XI Besondere Gebühren

XII Verbote

XIII Zollpflichtige Gegenstände

XIV Umfang der Haftung der Postverwaltungen

XV Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen

XVI Zahlung der Entschädigung

XVII Besondere Durchgangsvergütungen für die Beförderung mit der Transsibirischen Eisenbahn und die Beförderung über den Nasser-See

XVIII Besondere Durchgangsbedingungen für Panama (Republik)

XIX Besondere Durchgangsbedingungen für Afghanistan

XX Besondere Lagerkosten in Panama

XXI Außergewöhnliche Verbindungen

XXII Vom Einlieferungsland angegebener verbindlicher Leitweg

XXIII Leitung der Luftpostkartenschlüsse

XXIV Drucksachen. Zulässige Angaben und Beilagen

XXV Drucksachen. Zulässige Beilagen

XXVI Beförderung von Drucksachen an die Anschrift ein und desselben Empfängers

XXVII Besondere Beutel mit Drucksachen an die Anschrift ein und desselben Empfängers. Mindestgewicht

XXVIII Zahlung von Luftbeförderungskosten

XXIX Kosten für die Luftbeförderung im Inland

Convention postale universelle

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 3, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté, dans la présente Convention, les règles communes applicables au service postal international et les dispositions concernant les services de la poste aux lettres.

Première partie

Règles communes applicables au service postal international

Chapitre I

Dispositions générales

Article premier

Liberté de transit

1. La liberté de transit, dont le principe est énoncé à l'article premier de la Constitution, entraîne l'obligation, pour chaque Administration postale, d'acheminer toujours par les voies les plus rapides qu'elle emploie pour ses propres envois les dépêches closes et les envois de la poste aux lettres à découvert qui lui sont livrés par une autre Administration. Cette obligation s'applique également aux correspondances-avion, que les Administrations postales intermédiaires prennent part ou non à leur réacheminement.

2. Les Pays-membres qui ne participent pas à l'échange des lettres contenant des matières biologiques périssables ou des matières radioactives ont la faculté de ne pas admettre ces envois au transit à découvert à travers leur territoire. Il en est de même pour les envois visés à l'article 41, paragraphe 9.

3. Les Pays-membres qui n'assurent pas le service des lettres avec valeur déclarée ou qui n'acceptent pas la responsabilité des valeurs pour les transports effectués par leurs services maritimes ou aériens sont cependant tenus d'acheminer par les voies les plus rapides les dépêches closes qui leur sont remises par les autres Administrations, mais leur responsabilité est limitée à celle qui est prévue pour les envois recommandés.

4. La liberté de transit des colis postaux à acheminer par les voies terrestres et maritimes est limitée au territoire des pays participant à ce service.

5. La liberté de transit des colis-avion est garantie dans le territoire entier de l'Union. Toutefois, les Pays-membres qui ne sont pas parties à l'Arrangement concernant les colis postaux ne peuvent être obligés de participer à l'acheminement, par la voie de surface, des colis-avion.

6. Les Pays-membres qui sont parties à l'Arrangement concernant les colis postaux, mais qui n'assurent pas le service des colis postaux avec valeur déclarée ou qui n'acceptent pas la responsabilité des valeurs pour les transports effectués par leurs services maritimes ou aériens, sont cependant tenus d acheminer par les voies les plus rapides les dépêches closes qui leur sont remises par les autres Administrations, mais leur responsabilité est limitée à celle qui est prévue pour les colis de même poids sans valeur déclarée.

Weltpostvertrag

Die Unterzeichneten, Bevollmächtige der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben aufgrund des Artikels 22 § 3 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter dem Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung im nachstehenden Weltpostvertrag die auf den internationalen Postdienst anwendbaren gemeinsamen Vorschriften und Bestimmungen über die Briefdienste beschlossen.

Erster Teil

Gemeinsame Vorschriften für den internationalen Postdienst

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Freiheit des Durchgangs

1. Die Freiheit des Durchgangs, die in Artikel 1 der Satzung als Grundsatz verankert ist, verpflichtet jede Postverwaltung, die ihr von einer anderen Verwaltung übergebenen Kartenschlüsse und Briefsendungen des offenen Durchgangs stets auf dem schnellsten Wege weiterzuleiten, den sie für ihre eigenen Sendungen benutzt. Diese Verpflichtung gilt auch für Luftpostbriefsendungen, unabhängig davon, ob die vermittelnden Postverwaltungen an ihrer Weiterleitung beteiligt sind oder nicht.

2. Mitgliedsländer, die am Austausch von Briefen mit verderblichen biologischen Stoffen oder radioaktiven Stoffen nicht teilnehmen, können die Beförderung dieser Sendungen im offenen Durchgang durch ihr Gebiet ablehnen. Das gleiche gilt für die in Artikel 41 § 9 genannten Sendungen.

3. Mitgliedsländer, die den Wertbriefdienst nicht wahrnehmen oder die für die Beförderung durch ihre Schiffahrts- oder Luftverkehrsgesellschaften keine Haftung nach der Wertangabe übernehmen, sind jedoch gehalten, ihnen von anderen Verwaltungen übergebene Kartenschlüsse über die schnellsten Verbindungen weiterzuleiten; ihre Haftung ist jedoch auf die für Einschreibsendungen vorgesehene Haftung begrenzt.

4. Die Freiheit des Durchgangs für auf dem Land- und Seeweg zu befördernde Postpakete bleibt auf das Gebiet der Länder beschränkt, die sich an diesem Dienst beteiligen.

5. Die Freiheit des Durchgangs für Luftpostpakete ist im gesamten Gebiet des Weltpostvereins gewährleistet. Jedoch können Mitgliedsländer, die dem Postpaketabkommen nicht beigetreten sind, nicht verpflichtet werden, sich an der Beförderung von Luftpostpaketen auf dem Land- und Seeweg zu beteiligen.

6. Mitgliedsländer, die dem Postpaketabkommen beigetreten sind, die aber den Wertpaketdienst nicht wahrnehmen oder die für die Beförderung durch ihre Schiffahrts- oder Luftverkehrsgesellschaften keine Haftung nach der Wertangabe übernehmen, sind jedoch gehalten, ihnen von anderen Verwaltungen übergebene Kartenschlüsse über die schnellsten Verbindungen weiterzuleiten; ihre Haftung ist jedoch auf die für Pakete gleichen Gewichts ohne Wertangabe vorgesehene Haftung begrenzt.

Article 2

Inobservation de la liberté de transit

Lorsqu'un Pays-membre n'observe pas les dispositions de l'article premier de la Constitution et de l'article premier de la Convention concernant la liberté de transit, les Administrations postales des autres Pays-membres ont le droit de supprimer le service postal avec ce pays. Elles doivent donner préalablement avis de cette mesure par télégramme ou par tout autre moyen de télécommunication approprié aux Administrations intéressées et communiquer le fait au Bureau international.

Article 3

Transit territorial sans participation des services du pays traversé

Le transport en transit de courrier à travers un pays, sans participation des services de ce pays, est subordonné à l'autorisation préalable du pays traversé. Cette forme de transit n'engage pas la responsabilité de ce dernier pays.

Article 4

Suspension temporaire et reprise de services

1. Lorsque, par suite de circonstances extraordinaires, une Administration postale se voit obligée de suspendre temporairement et d'une manière générale ou partielle l'exécution de services, elle est tenue d'en donner immédiatement avis, par tout moyen de télécommunication approprié, à l'Administration ou aux Administrations intéressées, en indiquant, si possible, la durée probable de la suspension de services. Elle a la même obligation lors de la reprise des services suspendus.

2. Le Bureau international doit être avisé de la suspension ou de la reprise des services si une notification générale est jugée nécessaire. Le cas échéant, le Bureau international doit aviser les Administrations par télégramme ou par télex.

3. L'Administration d'origine a la faculté de rembourser à l'expéditeur les taxes d'affranchissement (article 20), les taxes spéciales (article 26) et les surtaxes aériennes (article 21) si, en raison de la suspension de services, la prestation liée au transport de son envoi n'a été fournie que partiellement ou pas du tout.

Article 5

Appartenance des envois postaux

Tout envoi postal appartient à l'expéditeur aussi longtemps qu'il n'a pas été délivré à l'ayant droit, sauf si ledit envoi a été saisi en application de la législation du pays de destination.

Article 6

Création d'un nouveau service

Les Administrations peuvent, d'un commun accord, créer un nouveau service non expressément prévu par les Actes de l'Union. Les taxes relatives au nouveau service sont fixées par chaque Administration intéressée, compte tenu des frais d'exploitation du service.

Article 7

Utilisation de codes à barres et d'un système unique pour l'identification des envois, récipients et documents connexes

1. Les Administrations ont la faculté d'utiliser dans le service postal international des codes à barres générés par ordinateur et un système d'identification unique aux fins de pistage et de recherche et d'autres besoins d'identification. Les codes à barres

Artikel 2

Nichtbeachtung der Freiheit des Durchgangs

Wenn ein Mitgliedsland die Bestimmungen des Artikels 1 der Satzung und des Artikels 1 des Weltpostvertrags über die Freiheit des Durchgangs nicht beachtet, haben die Postverwaltungen der anderen Mitgliedsländer das Recht, den Postdienst mit diesem Land einzustellen. Sie müssen diese Maßnahme vorher telegrafisch oder mittels jedes anderen geeigneten Fernmeldedienstes den beteiligten Verwaltungen zur Kenntnis bringen und diese Tatsache dem Internationalen Büro mitteilen.

Artikel 3

Landdurchgang ohne Beteiligung der Dienste des Durchgangslands

Die Durchgangsbeförderung von Post durch ein Land ohne Beteiligung der Dienste dieses Landes unterliegt der vorherigen Genehmigung des Landes, durch das der Durchgang erfolgt. Diese Art des Durchgangs begründet keine Haftung des letztgenannten Landes.

Artikel 4

Vorübergehende Einstellung von Diensten und ihre Wiederaufnahme

1. Sieht sich eine Postverwaltung durch außergewöhnliche Umstände gezwungen, die Wahrnehmung von Diensten zeitweilig ganz oder teilweise einzustellen, so ist sie verpflichtet, der oder den beteiligten Verwaltungen hiervon unverzüglich mittels irgendeines geeigneten Fernmeldedienstes Kenntnis zu geben und nach Möglichkeit die voraussichtliche Dauer der Unterbrechung der Dienste mitzuteilen. Die gleiche Verpflichtung obliegt ihr bei Wiederaufnahme der eingestellten Dienste.

2. Das Internationale Büro ist von der Einstellung oder der Wiederaufnahme der Dienste zu verständigen, wenn eine allgemeine Benachrichtigung für notwendig erachtet wird. Gegebenenfalls hat das Internationale Büro die Verwaltungen telegrafisch oder über Telex zu verständigen.

3. Die Einlieferungsverwaltung kann dem Absender die Freimachungsgebühren (Artikel 20), die besonderen Gebühren (Artikel 26) und die Luftpostzuschläge (Artikel 21) erstatten, wenn wegen der Unterbrechung von Diensten die mit der Beförderung seiner Sendung verbundene Leistung nicht oder nur teilweise erbracht worden ist.

Artikel 5

Verfügungsrecht über Postsendungen

Der Absender verfügt über jede Sendung so lange, wie sie dem Empfangsberechtigten nicht ausgehändigt worden ist, es sei denn, daß sie in Anwendung der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

Artikel 6

Einführung neuer Dienste

Die Verwaltungen können im gegenseitigen Einvernehmen neue, in den Verträgen des Vereins nicht ausdrücklich vorgesehene Dienste einführen. Die Gebühren für einen neuen Dienst werden von jeder beteiligten Verwaltung unter Berücksichtigung der Betriebskosten festgelegt.

Artikel 7

Verwendung von Strichcode und eines einheitlichen Systems zur Erkennung von Sendungen, Behältnissen und dazugehörigen Dienstpapieren

1. Die Verwaltungen können im internationalen Postdienst mit Hilfe eines Computers erstellte Strichcode und ein einheitliches Erkennungssystem zur Ermittlung und Nachforschung und zu sonstigen Erkennungszwecken verwenden. Strichcode und das

et le système d'identification unique peuvent être utilisés pour identifier, par exemple:

- des envois isolés;
- des récipients de courrier (sacs, conteneurs, bacs de lettres, etc.);
- des documents connexes (formules, étiquettes, etc.).

2. Les Administrations qui optent pour l'emploi de codes à barres dans le service postal international devraient respecter les spécifications techniques définies par le Conseil consultatif des études postales. Ces spécifications sont notifiées à toutes les Administrations par le Bureau international.

3. Il n'est pas requis des Administrations qui n'appliquent pas un système de codes à barres informatisé de tenir compte des spécifications définies par le Conseil consultatif des études postales.

4. Néanmoins, les Administrations n'utilisant pas un système de codes à barres informatisé pourront estimer utile d'adopter le système unique d'identification des envois, récipients et documents connexes spécifié par le Conseil consultatif des études postales. Ce système pourra être utilisé par les pays appliquant des systèmes traditionnels manuels pour la numérotation d'envois, de récipients et de documents dans les services postaux internationaux.

5. Les pays utilisant un système d'identification manuel, qui choisissent d'appliquer le système unique, devraient se conformer aux spécifications définies par le Conseil consultatif des études postales.

Article 8

Taxes

1. Les taxes relatives aux différents services postaux internationaux sont fixées dans la Convention et les Arrangements.

2. Il est interdit de percevoir des taxes postales de n'importe quelle nature autres que celles qui sont prévues dans la Convention et les Arrangements.

Article 9

Monnaie type. Equivalents

1. L'unité monétaire prévue à l'article 7 de la Constitution et utilisée dans la Convention et les Arrangements ainsi que leurs Règlements d'exécution est le Droit de tirage spécial (DTS).

2. Les Pays-membres de l'Union ont le droit de choisir, d'un commun accord, une autre unité monétaire ou une de leurs monnaies nationales pour l'établissement et le règlement des comptes.

3. Les Pays-membres de l'Union dont le cours des monnaies par rapport au DTS n'est pas calculé par le FMI ou qui ne font pas partie de cette institution spécialisée sont invités à déclarer unilatéralement un équivalent entre leurs monnaies et le DTS.

Article 10

Timbres-poste

1. Seules les Administrations postales émettent les timbres-poste destinés à l'affranchissement.

2. Les sujets et les motifs des timbres-poste doivent être conformes à l'esprit du préambule de la Constitution de l'UPU et des décisions prises par les organes de l'Union.

Article 11

Formules

1. Les textes, couleurs et dimensions des formules doivent être ceux que prescrivent les Règlements de la Convention et des Arrangements.

einheitliche Erkennungssystem können zum Beispiel eingesetzt werden zur Erkennung von:

- einzelnen Sendungen;
- Postbehältnissen (Beuteln, Containern, Briefhältern usw.);
- dazugehörigen Dienstpapieren (Formblättern, Zetteln usw.).

2. Diejenigen Verwaltungen, die sich für die Verwendung von Strichcode im internationalen Postdienst entscheiden, sollten sich an die vom Konsultativrat für Poststudien festgelegten technischen Spezifikationen halten. Das Internationale Büro teilt allen Verwaltungen diese Spezifikationen mit.

3. Diejenigen Verwaltungen, die kein DV-gestütztes Strichcodesystem anwenden, brauchen die vom Konsultativrat für Poststudien festgelegten Spezifikationen nicht zu beachten.

4. Jedoch können es die Verwaltungen, die kein DV-gestütztes Strichcodesystem verwenden, für zweckmäßig halten, das vom Konsultativrat für Poststudien spezifizierte einheitliche System zur Erkennung von Sendungen, Behältnissen und dazugehörigen Dienstpapieren einzuführen. Dieses System kann von Ländern angewandt werden, die herkömmliche manuelle Systeme zur Numerierung von Sendungen, Behältnissen und Dienstpapieren in den internationalen Postdiensten verwenden.

5. Länder, die ein manuelles Erkennungssystem verwenden und die sich für die Anwendung des einheitlichen Systems entscheiden, sollten sich an die vom Konsultativrat für Poststudien festgelegten Spezifikationen halten.

Artikel 8

Gebühren

1. Die Gebühren für die einzelnen internationalen Postdienste sind im Weltpostvertrag und in den Abkommen festgelegt.

2. Es ist untersagt, andere als im Weltpostvertrag und in den Abkommen vorgesehene Postgebühren zu erheben.

Artikel 9

Vereinswährung. Gegenwerte

1. Die in Artikel 7 der Satzung vorgesehene und im Weltpostvertrag und in den Abkommen sowie in ihren Vollzugsordnungen verwendete Währungseinheit ist das Sonderziehungsrecht (SZR).

2. Die Mitgliedsländer des Vereins haben das Recht, im gegenseitigen Einvernehmen eine andere Währungseinheit oder eine ihrer nationalen Währungen für die Aufstellung und Begleichung der Rechnungen zu wählen.

3. Die Mitgliedsländer des Vereins, für die der Internationale Währungsfonds keinen Währungskurs gegenüber dem Sonderziehungsrecht berechnet oder die dieser Sonderorganisation nicht angehören, werden aufgefordert, einseitig einen Gegenwert zwischen ihrer Währung und dem Sonderziehungsrecht festzusetzen.

Artikel 10

Postwertzeichen

1. Nur die Postverwaltungen geben die zur Freimachung bestimmten Postwertzeichen aus.

2. Themen und Motive der Postwertzeichen müssen dem Geist der Präambel der Satzung des Weltpostvereins und den von den Organen des Vereins getroffenen Entscheidungen entsprechen.

Artikel 11

Formblätter

1. Wortlaut, Farbe und Größe der Formblätter müssen den in den Vollzugsordnungen zum Weltpostvertrag und zu den Abkommen enthaltenen Vorschriften entsprechen.

2. Les formules à l'usage des Administrations pour leurs relations réciproques doivent être rédigées en langue française, avec ou sans traduction interlinéaire, à moins que les Administrations intéressées n'en disposent autrement par une entente directe.

3. Les formules à l'usage des Administrations postales ainsi que leurs copies éventuelles doivent être remplies de manière telle que les inscriptions soient parfaitement lisibles. La formule originale est transmise à l'Administration concernée ou à la partie la plus intéressée.

4. Les formules à l'usage du public doivent comporter une traduction interlinéaire en langue française lorsqu'elles ne sont pas imprimées en cette langue.

Article 12

Cartes d'identité postales

1. Chaque Administration postale peut délivrer, aux personnes qui en font la demande, des cartes d'identité postales valables comme pièces justificatives pour les opérations postales effectuées dans les Pays-membres qui n'ont pas notifié leur refus de les admettre.

2. L'Administration qui délivre une carte est autorisée à percevoir de ce chef une taxe qui ne peut être supérieure à 1,63 DTS.

3. Les Administrations sont dégagées de toute responsabilité lorsqu'il est établi que la livraison d'un envoi postal ou le paiement d'un article d'argent a eu lieu sur la présentation d'une carte régulière. Elles ne sont pas non plus responsables des conséquences que peuvent entraîner la perte, la soustraction ou l'emploi frauduleux d'une carte régulière.

4. La carte est valable pour une durée de dix ans à compter du jour de son émission. Toutefois, elle cesse d'être valable:

a) lorsque la physionomie du titulaire s'est modifiée au point de ne plus correspondre à la photographie ou au signalement;

b) lorsqu'elle est endommagée d'une façon telle que la vérification d'une donnée déterminée concernant le détenteur n'est plus possible;

c) lorsqu'elle présente des traces de falsification.

Article 13

Règlements des comptes

Les règlements, entre les Administrations postales, des comptes internationaux provenant du trafic postal peuvent être considérés comme transactions courantes et effectués conformément aux obligations internationales courantes des Pays-membres intéressés, lorsqu'il existe des accords à ce sujet. En l'absence d'accords de ce genre, ces règlements de comptes sont effectués conformément aux dispositions du Règlement.

Article 14

Engagements relatifs aux mesures pénales

Les Gouvernements des Pays-membres s'engagent à prendre, ou à proposer aux pouvoirs législatifs de leur pays, les mesures nécessaires:

a) pour punir la contrefaçon des timbres-poste, même retirés de la circulation, des coupons-réponse internationaux et des cartes d'identité postales;

b) pour punir l'usage ou la mise en circulation:

1° de timbres-poste contrefaits (même retirés de la circulation) ou ayant déjà servi, ainsi que d'empreintes contrefaites ou ayant déjà servi de machines à affranchir ou de presses d'imprimerie;

2° de coupons-réponse internationaux contrefaits;

3° de cartes d'identité postales contrefaites;

2. Wenn die beteiligten Verwaltungen untereinander nichts anderes vereinbart haben, müssen Formblätter für den Verkehr zwischen den Verwaltungen in französischer Sprache, mit oder ohne Übersetzung unterhalb der Zeilen, abgefaßt sein.

3. Die Formblätter für den Verkehr zwischen Postverwaltungen sowie gegebenenfalls ihre Durchschriften müssen so ausgefüllt sein, daß die Eintragungen sehr gut zu lesen sind. Das Originalformblatt wird der betreffenden Verwaltung oder der am stärksten beteiligten Stelle übersandt.

4. Die Formblätter für Postbenutzer müssen unterhalb der Zeilen eine Übersetzung in französischer Sprache enthalten, wenn sie nicht in dieser Sprache gedruckt sind.

Artikel 12

Postausweiskarten

1. Jede Verwaltung kann auf Antrag Postausweiskarten ausstellen, die in allen Mitgliedsländern, die ihre Ablehnung nicht ausdrücklich bekanntgegeben haben, vollgültige Ausweise im Verkehr mit Postdienststellen sind.

2. Die Verwaltung, die eine Ausweiskarte ausstellt, ist befugt, hierfür eine Gebühr zu erheben, die 1,63 SZR nicht übersteigen darf.

3. Die Verwaltungen sind von jeder Haftung befreit, wenn festgestellt wird, daß die Auslieferung einer Postsendung oder die Auszahlung eines Geldbetrages gegen Vorlage einer ordnungsgemäßen Ausweiskarte erfolgt ist. Sie haften auch nicht für die Folgen des Verlusts, der Unterschlagung oder der betrügerischen Verwendung einer ordnungsgemäßen Ausweiskarte.

4. Die Karte ist für einen Zeitraum von zehn Jahren, vom Tag der Ausstellung an gerechnet, gültig. Jedoch wird sie ungültig,

a) wenn sich das Äußere des Inhabers derart geändert hat, daß es nicht mehr dem Lichtbild oder der Personenbeschreibung entspricht;

b) wenn sie so beschädigt ist, daß die Prüfung einer bestimmten, den Inhaber betreffenden Angabe nicht mehr möglich ist;

c) wenn sie Spuren einer Fälschung aufweist.

Artikel 13

Abrechnung

Die zwischen den Postverwaltungen erfolgende Begleichung von Auslandsrechnungen aus dem Postverkehr kann als laufendes Geschäft betrachtet und in Übereinstimmung mit den laufenden internationalen Verpflichtungen der beteiligten Mitgliedsländer vorgenommen werden, wenn es diesbezüglich Vereinbarungen gibt. Fehlen solche Vereinbarungen, so erfolgt diese Abrechnung nach den Bestimmungen der Vollzugsordnung.

Artikel 14

Verpflichtung zur Ergreifung strafrechtlicher Maßnahmen

Die Regierungen der Mitgliedsländer verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, um

a) die Fälschung von Postwertzeichen, auch von solchen, die bereits aus dem Verkehr gezogen worden sind, von Internationalen Antwortscheinen und von Postausweiskarten zu bestrafen;

b) die Verwendung oder Verbreitung

1) gefälschter (auch aus dem Verkehr gezogener) oder bereits benutzter Postwertzeichen, Freistempelabdrucke oder gedruckter Freimachungsvermerke,

2) gefälschter Internationaler Antwortscheine,

3) gefälschter Postausweiskarten

zu bestrafen;

c) pour punir l'emploi frauduleux de cartes d'identité postales régulières;

d) pour interdire et réprimer toutes opérations frauduleuses de fabrication et de mise en circulation de vignettes et timbres en usage dans le service postal, contrefaits ou imités de telle manière qu'ils pourraient être confondus avec les vignettes et timbres émis par l'Administration postale d'un des Pays-membres;

e) pour empêcher et, le cas échéant, punir l'insertion de stupéfiants et de substances psychotropes, de même que de matières explosibles, inflammables ou d'autres matières dangereuses, dans des envois postaux en faveur desquels cette insertion ne serait pas expressément autorisée par la Convention et les Arrangements.

Chapitre II

Franchises postales

Article 15

Franchise postale

Les cas de franchise postale sont expressément prévus par la Convention et les Arrangements.

Article 16

Franchise postale concernant les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal

Sous réserve de l'article 21, paragraphe 1, sont exonérés de toutes taxes postales les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal s'ils sont:

a) expédiés par les Administrations postales ou par leurs bureaux;

b) échangés entre les organes de l'Union postale universelle et les organes des Unions restreintes, entre les organes de ces Unions, ou envoyés par lesdits organes aux Administrations postales ou à leurs bureaux.

Article 17

Franchise postale en faveur des envois concernant les prisonniers de guerre et les internés civils

1. Sous réserve de l'article 21, paragraphe 1, sont exonérés de toutes taxes postales les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les articles d'argent adressés aux prisonniers de guerre ou expédiés par eux soit directement, soit par l'entremise des Bureaux de renseignements prévus à l'article 122 de la Convention de Genève relative au traitement des prisonniers de guerre, du 12 août 1949, et de l'Agence centrale de renseignements sur les prisonniers de guerre prévue à l'article 123 de la même Convention. Les belligérants recueillis et internés dans un pays neutre sont assimilés aux prisonniers de guerre proprement dits en ce qui concerne l'application des dispositions qui précèdent.

2. Le paragraphe 1 s'applique également aux envois de la poste aux lettres, aux colis postaux et aux articles d'argent, en provenance d'autres pays, adressés aux personnes civiles internées visées par la Convention de Genève relative à la protection des personnes civiles en temps de guerre, du 12 août 1949, ou expédiés par elles soit directement, soit par l'entremise des Bureaux de renseignements prévus à l'article 136 et de l'Agence centrale de renseignements prévue à l'article 140 de la même Convention.

3. Les Bureaux nationaux de renseignements et les Agences centrales de renseignements dont il est question ci-dessus bénéficient également de la franchise postale pour les envois de la poste aux lettres, les colis postaux et les articles d'argent concernant les personnes visées aux paragraphes 1 et 2, qu'ils expédient ou qu'ils reçoivent, soit directement, soit à titre d'intermédiaire, dans les conditions prévues auxdits paragraphes.

c) die betrügerische Verwendung ordnungsgemäßer Postausweiskarten zu bestrafen;

d) alle betrügerischen Handlungen zur Herstellung und Verbreitung im Postverkehr verwendeter Marken und Postwertzeichen zu verbieten und zu bestrafen, die gefälscht oder so nachgemacht sind, daß sie mit den von der Postverwaltung eines Mitgliedslandes ausgegebenen Marken und Postwertzeichen verwechselt werden könnten;

e) das Einlegen von Betäubungsmitteln und psychotropen Mitteln sowie von explosiven, entflammbaren oder anderen gefährlichen Stoffen in Postsendungen zu verhindern und gegebenenfalls zu bestrafen, sofern der Weltpostvertrag und die Abkommen das Einlegen nicht ausdrücklich gestatten.

Kapitel II

Postgebührenfreiheit

Artikel 15

Postgebührenfreiheit

Die Fälle der Postgebührenfreiheit sind im Weltpostvertrag und in den Abkommen ausdrücklich vorgesehen.

Artikel 16

Postgebührenfreiheit für postdienstliche Briefsendungen

Vorbehaltlich des Artikels 21 § 1 sind postdienstliche Briefsendungen, die

a) von Postverwaltungen oder deren Ämtern abgesandt werden,

b) zwischen Organen des Weltpostvereins und Organen der Engeren Vereine oder zwischen Organen dieser Vereine ausgetauscht oder von diesen Organen an die Postverwaltungen oder deren Ämter abgesandt werden,

von allen Postgebühren befreit.

Artikel 17

Postgebührenfreiheit für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertensendungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 21 § 1 sind Briefsendungen, Postpakete und Geldsendungen, die entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Auskunftsstellen nach Artikel 122 der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 12. August 1949 und der Zentralauskunftsstelle über Kriegsgefangene nach Artikel 123 derselben Konvention an Kriegsgefangene gerichtet sind oder von diesen versandt werden, von allen Postgebühren befreit. Die in einem neutralen Land aufgenommenen und internierten Kriegsteilnehmer werden bei der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen den eigentlichen Kriegsgefangenen gleichgestellt.

2. § 1 gilt auch für Briefsendungen, Postpakete und Geldsendungen, die aus anderen Ländern an Zivilinternierte im Sinne der Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 gerichtet sind oder von diesen versandt werden, sei es unmittelbar oder durch Vermittlung der Auskunftsstellen nach Artikel 136 und der Zentralauskunftsstelle nach Artikel 140 derselben Konvention.

3. Die obengenannten nationalen Auskunftsstellen und Zentralauskunftsstellen genießen ebenfalls Gebührenfreiheit für in den §§ 1 und 2 genannte Personen betreffende Briefsendungen, Postpakete und Geldsendungen, die sie entweder unmittelbar oder als Vermittler unter den in den genannten Paragraphen vorgesehenen Bedingungen versenden oder empfangen.

4. Les colis sont admis en franchise postale jusqu'au poids de 5 kilogrammes. La limite de poids est portée à 10 kilogrammes pour les envois dont le contenu est indivisible et pour ceux qui sont adressés à un camp ou à ses hommes de confiance pour être distribués aux prisonniers.

Article 18

Franchise postale en faveur des cécogrammes

Sous réserve de l'article 21, paragraphe 1, les cécogrammes sont exonérés de la taxe d'affranchissement, des taxes spéciales énumérées à l'article 26, paragraphe 1, et de la taxe de remboursement.

Deuxième partie

Dispositions concernant la poste aux lettres

Chapitre I

Dispositions générales

Article 19

Envois de la poste aux lettres

1. Les envois de la poste aux lettres comprennent:

a) les lettres et les cartes postales collectivement dénommées «LC»;

b) les imprimés, les cécogrammes et les petits paquets collectivement dénommés «AO».

2. Sous le nom de «sacs M», on désigne les sacs spéciaux contenant des journaux, écrits périodiques, livres et autres imprimés, à l'adresse du même destinataire et de la même destination.

3. Les envois de la poste aux lettres transportés par la voie aérienne avec priorité sont dénommés «correspondances-avion».

4. Les envois de surface transportés par la voie aérienne avec priorité réduite sont dénommés «S.A.L.».

5. Selon leur vitesse de traitement, les envois de la poste aux lettres peuvent être répartis en:

a) envois prioritaires: envois transportés par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) avec priorité;

b) envois non prioritaires: envois pour lesquels l'expéditeur a choisi un tarif moins élevé qui implique un délai de distribution plus long.

6. Les Administrations de transit et de destination doivent traiter les envois prioritaires comme des correspondances-avion; selon des règles fixées bilatéralement, les Administrations peuvent également accorder le même traitement aux envois LC de surface quand aucun niveau de service plus élevé n'est offert à l'expéditeur. De la même manière, aucune différence n'est faite entre les envois non prioritaires et les envois AO de surface ou les AO de surface transportés par la voie aérienne avec priorité réduite (S.A.L.).

Article 20

Taxes d'affranchissement et limites de poids et de dimensions. Conditions générales

1. Les taxes d'affranchissement pour le transport des envois de la poste aux lettres dans toute l'étendue de l'Union sont fixées à titre indicatif conformément aux indications des colonnes 1, 2 et 3 du tableau ci-après. Les limites de poids et de dimensions sont fixées conformément aux indications des colonnes 4 et 5 du tableau ci-après. Elles comprennent, sauf l'exception prévue à l'article 27, paragraphe 6, la remise des envois au domicile des destinataires pour autant que ce service de distribution soit organisé dans les pays de destination pour les envois dont il s'agit.

4. Pakete sind bis zu einem Gewicht von 5 kg postgebührenfrei zugelassen. Die Gewichtsgrenze wird für Sendungen, deren Inhalt unteilbar ist, und für Sendungen, die an ein Lager oder an dessen Vertrauensleute zur Verteilung an die Gefangenen gerichtet sind, auf 10 kg heraufgesetzt.

Artikel 18

Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

Vorbehaltlich des Artikels 21 § 1 sind Blindensendungen von der Freimachungsgebühr, von den in Artikel 26 § 1 aufgeführten besonderen Gebühren und von der Nachnahmegebühr befreit.

Zweiter Teil

Bestimmungen über die Briefpost

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 19

Briefsendungen

1. Zu den Briefsendungen gehören:

a) Briefe und Postkarten, die zusammen als „LC" bezeichnet werden;

b) Drucksachen, Blindensendungen und Päckchen, die zusammen als „AO" bezeichnet werden.

2. Als „M-Beutel" werden besondere Beutel bezeichnet, die Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und sonstige Drucksachen enthalten, und die an denselben Empfänger in demselben Bestimmungsort gerichtet sind.

3. Auf dem Luftweg mit Vorrang beförderte Briefsendungen werden „Luftpostbriefsendungen" genannt.

4. Sendungen des Land- und Seewegs, die mit eingeschränktem Vorrang auf dem Luftweg befördert werden, werden als „SAL" bezeichnet.

5. Entsprechend ihrer Bearbeitungsgeschwindigkeit können Briefsendungen aufgeteilt werden in:

a) Vorrangsendungen: Sendungen, die auf dem schnellsten Wege (Luftweg oder Land- und Seeweg) mit Vorrang befördert werden;

b) Nichtvorrangsendungen: Sendungen, für die der Absender eine niedrigere Gebühr gewählt hat, die eine längere Auslieferungsfrist zur Folge hat.

6. Die Durchgangs- und Bestimmungsverwaltungen müssen Vorrangsendungen wie Luftpostbriefsendungen behandeln; nach bilateral festgelegten Vorschriften dürfen Verwaltungen LC-Sendungen des Land- und Seewegs ebenso behandeln, wenn dem Absender kein schnellerer Dienst angeboten wird. Gleichermaßen wird zwischen Nichtvorrangsendungen und AO-Sendungen des Land- und Seewegs oder den mit eingeschränktem Vorrang auf dem Luftweg beförderten AO-Sendungen des Land- und Seewegs (SAL) nicht unterschieden.

Artikel 20

Freimachungsgebühren und Grenzen für Gewicht und Maße. Allgemeine Bedingungen

1. Die Freimachungsgebühren für die Beförderung von Briefsendungen innerhalb des gesamten Bereiches des Vereins werden als Richtwerte nach den Angaben in den Spalten 1, 2 und 3 der nachstehenden Übersicht festgesetzt. Die Grenzen für Gewicht und Maße werden nach den Angaben in den Spalten 4 und 5 der nachstehenden Übersicht festgelegt. Abgesehen von der in Artikel 27 § 6 vorgesehenen Ausnahme gelten sie auch für die Hauszustellung von Sendungen, sofern der Zustelldienst in den Bestimmungsländern für die betreffenden Sendungen wahrgenommen wird.

Envois	Echelons de poids	Taxe de base	Limites de poids	de dimensions
1	2	3	4	5
		DTS		
Lettres	jusqu'à 20 g	0,37	2 kg	Maximums: longueur, largeur et épaisseur additionnées: 900 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 600 mm, avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 1040 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 900 mm, avec une tolérance de 2 mm. Minimums: comporter une face dont les dimensions ne soient pas inférieures à 90 × 140 mm, avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 170 mm, sans que la plus grande dimension soit inférieure à 100 mm.
	au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g	0,88		
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	1,76		
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	3,38		
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	5,88		
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	9,56		
Cartes postales		0,26		Maximums: 105 × 148 mm, avec une tolérance de 2 mm. Minimums: 90 × 140 mm, avec une tolérance de 2 mm. Longueur au moins égale à la largeur multipliée par $\sqrt{2}$ (valeur approchée 1,4).
Imprimés	jusqu'à 20 g	0,18	2 kg (s'il s'agit de livres ou de brochures 5 kg; cette limite de poids peut aller jusqu'à 10 kg après entente entre les Administrations intéressées)	Maximums: longueur, largeur et épaisseur additionnées: 900 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 600 mm, avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 1040 mm, sans que la plus grande dimension puisse dépasser 900 mm, avec une tolérance de 2 mm. Minimums: comporter une face dont les dimensions ne soient pas inférieures à 90 × 140 mm, avec une tolérance de 2 mm. En rouleaux: longueur plus deux fois le diamètre: 170 mm, sans que la plus grande dimension soit inférieure à 100 mm.
	au-dessus de 20 g jusqu'à 100 g	0,40		
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	0,74		
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	1,32		
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	2,21		
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	3,09		
	par échelon supplémentaire de 1000 g	1,54		
Cécogrammes	voir article 18		7 kg	
Petits paquets	jusqu'à 100 g	0,40	2 kg	
	au-dessus de 100 g jusqu'à 250 g	0,74		
	au-dessus de 250 g jusqu'à 500 g	1,32		
	au-dessus de 500 g jusqu'à 1000 g	2,21		
	au-dessus de 1000 g jusqu'à 2000 g	3,09		

Sendungsarten	Gewichtsstufen	Grundgebühren	Grenzen für Gewicht	für Maße
1	2	3	4	5
		SZR		
Briefe	bis 20 g	0,37	2 kg	Höchstmaße: Länge, Breite und Höhe zusammen 900 mm, jedoch in keiner Ausdehnung länger als 600 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 1 040 mm, Länge jedoch nicht mehr als 900 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm.
	über 20 g bis 100 g	0,88		
	über 100 g bis 250 g	1,76		
	über 250 g bis 500 g	3,38		
	über 500 g bis 1000 g	5,88		
	über 1000 g bis 2000 g	9,56		Mindestmaße: die Maße einer Fläche müssen mindestens 90 × 140 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm betragen. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 170 mm, in der größten Ausdehnung jedoch mindestens 100 mm.

Sendungsarten	Gewichtsstufen	Grundgebühren	Grenzen für Gewicht	für Maße
1	2	3	4	5
Postkarten		0,26		Höchstmaße: 105 × 148 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. Mindestmaße: 90 × 140 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. Die Länge entspricht mindestens der mit $\sqrt{2}$ (etwa 1,4) multiplizierten Breite.
Drucksachen	bis 20 g	0,18	2 kg (wenn es sich um Bücher oder Broschüren handelt: 5 kg; diese Gewichtsgrenze kann im Einvernehmen zwischen den beteiligten Verwaltungen auf 10 kg heraufgesetzt werden)	Höchstmaße: Länge, Breite und Höhe zusammen 900 mm, jedoch in keiner Ausdehnung länger als 600 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 1 040 mm, Länge jedoch nicht mehr als 900 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm. Mindestmaße: Die Maße einer Fläche müssen mindestens 90 × 140 mm, mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm, betragen. In Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 170 mm, in der größten Ausdehnung jedoch mindestens 100 mm
	über 20 g bis 100 g	0,40		
	über 100 g bis 250 g	0,74		
	über 250 g bis 500 g	1,32		
	über 500 g bis 1000 g	2,21		
	über 1000 g bis 2000 g	3,09		
	für jede weiteren 1000 g	1,54		
Blindensendungen	siehe Artikel 18		7 kg	
Päckchen	bis 100 g	0,40	2 kg	
	über 100 g bis 250 g	0,74		
	über 250 g bis 500 g	1,32		
	über 500 g bis 1000 g	2,21		
	über 1000 g bis 2000 g	3,09		

2. Le Conseil exécutif est autorisé à reviser et à modifier les taxes de base indiquées dans la colonne 3 une fois dans l'intervalle entre deux Congrès. Les taxes revisées auront pour base la médiane des taxes fixées par les membres de l'Union pour les envois internationaux déposés dans leur pays. Ces taxes entreront en vigueur à une date fixée par le Conseil exécutif.

3. A titre exceptionnel, les Pays-membres peuvent modifier la structure d'échelons de poids indiqués au paragraphe 1, sous réserve des conditions suivantes:

a) pour chaque catégorie, l'échelon de poids minimal doit être celui qui est indiqué au paragraphe 1;

b) pour chaque catégorie, le dernier échelon de poids ne doit pas dépasser le poids maximal indiqué au paragraphe 1.

4. Les Pays-membres qui ont supprimé les cartes postales, les imprimés et/ou les petits paquets comme catégories distinctes d'envois de la poste aux lettres dans leur service intérieur peuvent en faire de même en ce qui concerne le courrier à destination de l'étranger.

5. Chaque Administration a la faculté d'admettre les aérogrammes, qui sont des lettres-avion constituées par une feuille de papier, convenablement pliée et collée sur tous ses côtés. Cependant, par dérogation au paragraphe 1, les dimensions, sous cette forme, ne doivent pas excéder 110 × 220 mm et la longueur doit être au moins égale à la largeur multipliée par $\sqrt{2}$ (valeur approchée 1,4).

6. Par dérogation aux paragraphes 1 et 3, lettre a), les Administrations postales ont la faculté d'appliquer aux imprimés un premier échelon de poids de 50 grammes.

7. Les taxes choisies dans les limites fixées au paragraphe 1 doivent, autant que possible, être entre elles dans le même rapport que les taxes de base. A titre exceptionnel et dans les limites prescrites au paragraphe 1, chaque Administration postale est libre d'appliquer aux taxes des cartes postales, des imprimés ou des petits paquets un taux de majoration ou de réduction différent de celui qu'elle applique aux taxes des lettres.

2. Der Vollzugsrat darf die in Spalte 3 angegebenen Grundgebühren in der Zeit zwischen zwei Kongressen einmal überprüfen und ändern. Den überprüften Gebühren liegt der Mittelwert der Gebühren zugrunde, die von den Mitgliedern des Vereins für in ihrem Land eingelieferte Auslandssendungen festgesetzt worden sind. Diese Gebühren treten zu einem vom Vollzugsrat festgelegten Zeitpunkt in Kraft.

3. Vorbehaltlich folgender Bedingungen können die Mitgliedsländer von dem in § 1 festgelegten Gewichtsstufengefüge ausnahmsweise abweichen:

a) für jede Sendungsart muß die niedrigste Gewichtsstufe mit der in § 1 festgesetzten übereinstimmen;

b) für jede Sendungsart darf die letzte Gewichtsstufe das in § 1 festgesetzte Höchstgewicht nicht überschreiten.

4. Mitgliedsländer, die in ihrem Inlandsdienst Postkarten, Drucksachen und/oder Päckchen als getrennte Briefsendungsarten aufgehoben haben, können bei für das Ausland bestimmten Postsendungen gleichermaßen verfahren.

5. Jede Verwaltung kann Aerogramme zulassen; hierbei handelt es sich um Luftpostbriefe, die aus einem ordnungsgemäß gefalteten, auf allen Seiten zusammengeklebten Papierbogen bestehen. Jedoch dürfen in Abweichung von § 1 die Abmessungen bei dieser Form 110 × 220 mm nicht überschreiten, und die Länge muß mindestens der mit $\sqrt{2}$ (etwa: 1,4) multiplizierten Breite entsprechen.

6. Abweichend von den §§ 1 und 3 Buchstabe a können die Postverwaltungen für Drucksachen eine erste Gewichtsstufe von 50 g anwenden.

7. Die Gebühren, die innerhalb der in § 1 festgelegten Grenzen gewählt werden, müssen so weit wie möglich in demselben Verhältnis zueinander stehen wie die Grundgebühren. Jede Postverwaltung kann ausnahmsweise innerhalb der in § 1 vorgeschriebenen Grenzen auf Postkarten-, Drucksachen- oder Päckchengebühren einen anderen Erhöhungs- oder Ermäßigungssatz anwenden als auf Briefgebühren.

8. Chaque Administration postale a la faculté de concéder pour les journaux et écrits périodiques publiés dans son pays une réduction qui ne peut dépasser 50 pour cent du tarif applicable à la catégorie de la poste aux lettres utilisée pour l'envoi, tout en se réservant le droit de limiter cette réduction aux journaux et écrits périodiques qui remplissent les conditions requises par la réglementation intérieure pour circuler au tarif des journaux. Sont exclus de la réduction, quelle que soit la régularité de leur publication, les imprimés commerciaux tels que catalogues, prospectus, prix courants, etc.; il en est de même des réclames imprimées sur des feuilles jointes aux journaux et écrits périodiques, à moins qu'il ne s'agisse d'éléments publicitaires détachés étant à considérer comme des parties intégrantes du journal ou écrit périodique.

9. Les Administrations peuvent également concéder la même réduction pour les livres et brochures, pour les partitions de musique et pour les cartes géographiques qui ne contiennent aucune publicité ou réclame autre que celle qui figure sur la couverture ou les pages de garde de ces envois.

10. Les journaux, écrits périodiques, livres et autres imprimés à l'adresse du même destinataire et pour la même destination peuvent être insérés dans un ou plusieurs sacs spéciaux (sacs M). La taxe applicable à de tels sacs est calculée par échelons de 1 kilogramme jusqu'à concurrence du poids total de chaque sac. Les Administrations ont la faculté de concéder pour de tels sacs une réduction de taxe pouvant aller jusqu'à 20 pour cent de la taxe applicable pour la catégorie d'envois utilisée. Cette réduction peut être indépendante des réductions visées aux paragraphes 8 et 9. Les sacs M ne sont pas soumis aux limites de poids fixées au paragraphe 1. Toutefois, ils ne doivent pas dépasser le poids maximal de 30 kilogrammes par sac.

11. L'Administration d'origine a la faculté, dans les limites arrêtées au paragraphe 1, d'appliquer aux envois non normalisés des taxes différentes de celles applicables aux envois normalisés.

12. La réunion en un seul envoi d'objets passibles de taxes différentes est autorisée à condition que le poids total ne soit pas supérieur au poids maximal de la catégorie dont la limite de poids est la plus élevée. La taxe applicable à un tel envoi est, au gré de l'Administration d'origine, celle de la catégorie dont le tarif est le plus élevé ou la somme des différentes taxes applicables à chaque élément de l'envoi. Ces envois portent la mention «Envois mixtes».

13. Les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal dont il est question à l'article 16 ne sont pas soumis aux limites de poids et de dimensions fixées au paragraphe 1. Toutefois, ils ne doivent pas dépasser le poids maximal de 30 kilogrammes par sac.

14. Les Administrations peuvent appliquer aux envois de la poste aux lettres déposés dans leur pays la limite de poids maximale prescrite pour les envois de même nature dans leur service intérieur, pourvu que les envois ne dépassent pas la limite de poids mentionnée au paragraphe 1.

15. Les Administrations postales ont la faculté de concéder des taxes réduites basées sur leur législation intérieure pour les envois de la poste aux lettres déposés dans leur pays. Elles ont notamment la possibilité d'accorder des tarifs préférentiels à leurs clients ayant un important trafic postal. Toutefois, ces tarifs préférentiels ne peuvent pas être inférieurs à ceux appliqués dans le régime intérieur aux envois présentant les mêmes caractéristiques (catégorie, quantité, délai de traitement, etc.).

Article 21

Tarification selon le mode d'acheminement et/ou la vitesse

1. Les Administrations sont autorisées à percevoir des surtaxes pour les envois-avion et à appliquer dans ce cas des échelons de poids inférieurs à ceux fixés à l'article 20, paragraphe 1. Les surtaxes doivent être en relation avec les frais du transport

8. Jede Postverwaltung kann für in ihrem Land erscheinende Zeitungen und Zeitschriften eine Ermäßigung gewähren, die 50 v.H. der für die Sendung gewählten Briefsendungsart geltenden Gebühr nicht übersteigen darf; sie behält sich jedoch das Recht vor, diese Ermäßigung auf Zeitungen und Zeitschriften zu beschränken, die die nach den Inlandsvorschriften für die Verbreitung zur Zeitungsgebühr geforderten Voraussetzungen erfüllen. Ausgenommen von der Ermäßigung sind geschäftliche Drucksachen wie Kataloge, Prospekte, Preislisten usw., ohne Rücksicht auf die Regelmäßigkeit ihres Erscheinens; dies gilt auch für gedruckte Werbung auf Blättern, die Zeitungen und Zeitschriften beigefügt sind, wenn es sich nicht um Werbebeilagen handelt, die als Bestandteil der Zeitung oder Zeitschrift anzusehen sind.

9. Die Verwaltungen können die gleiche Ermäßigung auch für Bücher und Broschüren, Musiknoten und Landkarten gewähren, die, abgesehen vom Aufdruck auf dem Umschlag bzw. den Schutzblättern dieser Sendungen, keinerlei Anzeigen oder Werbung enthalten.

10. Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und andere Drucksachen für denselben Empfänger in demselben Bestimmungsort können in einen oder mehrere besondere Beutel (M-Beutel) aufgenommen werden. Die Gebühr für diese Beutel wird nach dem Gewicht jedes einzelnen Beutels kg-weise berechnet. Die Verwaltungen können für solche Beutel eine Gebührenermäßigung bis zu 20 v.H. der für die gewählte Sendungsart geltenden Gebühr gewähren. Diese Ermäßigung kann von den in §§ 8 und 9 genannten Ermäßigungen unabhängig sein. M-Beutel unterliegen nicht den in § 1 festgesetzten Gewichtsgrenzen. Sie dürfen jedoch das Höchstgewicht von 30 kg je Beutel nicht überschreiten.

11. Die Einlieferungsverwaltung kann innerhalb der in § 1 festgelegten Grenzen für Nicht-Standardsendungen andere Gebühren als für Standardsendungen erheben.

12. Versandgegenstände, die unterschiedlichen Gebühren unterliegen, dürfen zu einer Sendung zusammengefaßt werden, wenn das Gesamtgewicht nicht höher ist als das Höchstgewicht der Sendungsart mit der höchsten Gewichtsgrenze. Die Gebühr für eine solche Sendung liegt im Ermessen der Einlieferungsverwaltung und entspricht der Gebühr für die Sendungsart mit dem höchsten Gebührensatz oder der Summe der verschiedenen Gebühren für jeden einzelnen Sendungsbestandteil. Diese Sendungen tragen den Vermerk „Mischsendungen".

13. Die in Artikel 16 genannten postdienstlichen Briefsendungen unterliegen nicht den in § 1 festgesetzten Grenzen für Gewicht und Maße. Sie dürfen jedoch das Höchstgewicht von 30 kg je Beutel nicht überschreiten.

14. Die Verwaltungen können für die in ihrem Land eingelieferten Briefsendungen das für gleichartige Sendungen ihres Inlandsdienstes vorgeschriebene Höchstgewicht anwenden, sofern diese Sendungen das in § 1 genannte Höchstgewicht nicht überschreiten.

15. Die Postverwaltungen können für in ihrem Land eingelieferte Briefsendungen auf der Grundlage ihrer Inlandsvorschriften Gebührenermäßigungen gewähren. Sie können insbesondere ihren Kunden mit großem Postverkehrsaufkommen Vorzugsgebühren einräumen. Jedoch dürfen diese Vorzugsgebühren nicht niedriger sein als die Gebühren, die im Inlandsverkehr für Sendungen mit den gleichen Merkmalen (Sendungsart, Menge, Bearbeitungsfrist usw.) gelten.

Artikel 21

Gebührenfestsetzung nach Beförderungsart und/oder Geschwindigkeit

1. Die Verwaltungen dürfen Zuschläge für Luftpostsendungen erheben und in diesem Fall niedrigere Gewichtsstufen als in Artikel 20 § 1 festgelegt anwenden. Die Zuschläge müssen in Beziehung zu den Luftbeförderungskosten stehen und zumindest

aérien et être uniformes pour au moins l'ensemble du territoire de chaque pays de destination, quel que soit l'acheminement utilisé. Pour le calcul de la surtaxe applicable à un envoi-avion, les Administrations sont autorisées à tenir compte du poids des formules à l'usage du public éventuellement jointes. Les envois relatifs au service postal visés à l'article 16, à l'exception de ceux qui émanent des organes de l'Union postale universelle et des Unions restreintes, n'acquittent pas les surtaxes aériennes.

2. Les Administrations ont la faculté de percevoir pour le courrier de surface transporté par la voie aérienne avec priorité réduite, S.A.L., des surtaxes inférieures à celles qu'elles perçoivent pour les correspondances-avion.

3. Les Administrations qui le préfèrent peuvent fixer des taxes combinées pour l'affranchissement des correspondances-avion et du courrier S.A.L., en tenant compte:

a) du coût de leurs prestations postales;

b) des frais à payer pour le transport aérien.

4. Les Administrations sont autorisées, dans les limites arrêtées à l'article 20, paragraphe 1, à percevoir pour les correspondances prioritaires des taxes différentes de celles des envois non prioritaires. Il peut être tenu compte des frais du transport aérien.

5. Les réductions des taxes selon l'article 20, paragraphes 8, 9 et 10, s'appliquent également aux envois transportés par avion, mais aucune réduction n'est accordée sur la partie de la taxe destinée à couvrir les frais de ce transport.

Article 22

Envois normalisés

1. Dans le cadre des dispositions de l'article 20, paragraphe 1, sont considérés comme normalisés les envois de forme rectangulaire dont la longueur n'est pas inférieure à la largeur multipliée par $\sqrt{2}$ (valeur approchée 1,4) et qui répondent, selon leur présentation, aux conditions suivantes:

a) envois sous enveloppe:

1° envois sous enveloppe ordinaire:
dimensions minimales: 90 × 140 mm, avec une tolérance de 2 mm;

dimensions maximales: 120 × 235 mm, avec une tolérance de 2 mm;

poids maximal: 20 g;

épaisseur maximale: 5 mm;

en outre, la suscription doit être portée sur l'enveloppe du côté uni qui n'est pas muni de la patte de fermeture et dans la zone rectangulaire située à une distance minimale de:

40 mm du bord supérieur de l'enveloppe (tolérance 2 mm);

15 mm du bord latéral droit;

15 mm du bord inférieur;

et à une distance maximale de 140 mm du bord latéral droit;

2° envois sous enveloppe à panneau transparent:

dimensions, poids et épaisseur des envois sous enveloppe ordinaire; outre les conditions générales d'admission fixées à l'article 124 du Règlement, ces envois doivent satisfaire aux conditions suivantes:

le panneau transparent dans lequel apparaît l'adresse du destinataire doit se trouver à une distance minimale de:

40 mm du bord supérieur de l'enveloppe (tolérance 2 mm);

für das gesamte Gebiet jedes Bestimmungslandes einheitlich sein, und zwar unabhängig vom benutzten Leitweg. Zur Berechnung des Zuschlags für eine Luftpostsendung dürfen die Verwaltungen das Gewicht der eventuell beigefügten Formblätter für Postbenutzer berücksichtigen. Die in Artikel 16 genannten postdienstlichen Sendungen sind mit Ausnahme der von Organen des Weltpostvereins und der Engeren Vereine stammenden Sendungen von Luftpostzuschlägen befreit.

2. Die Verwaltungen können für auf dem Luftweg mit eingeschränktem Vorrang beförderte Briefsendungen des Land- und Seewegs, d. h. für SAL, geringere Zuschläge als für Luftpostbriefsendungen erheben.

3. Die Verwaltungen können, wenn sie es vorziehen, für die Freimachung von Luftpostbriefsendungen und SAL-Sendungen Gesamtgebühren festlegen unter Berücksichtigung

a) der Kosten für ihre postalischen Leistungen;

b) der Kosten für die Luftbeförderung.

4. Die Verwaltungen dürfen innerhalb der in Artikel 20 § 1 festgelegten Grenzen für Vorrangbriefsendungen andere Gebühren erheben als für Nichtvorrangsendungen. Luftbeförderungskosten können berücksichtigt werden.

5. Gebührenermäßigungen nach Artikel 20 §§ 8, 9 und 10 gelten auch für auf dem Luftweg beförderte Sendungen, jedoch wird für den Teil der Gebühr, der die Kosten für diese Beförderung decken soll, keine Ermäßigung gewährt.

Artikel 22

Standardsendungen

1. Im Rahmen der Bestimmungen des Artikels 20 § 1 gelten als Standardsendungen rechteckige Sendungen, deren Länge mindestens der mit $\sqrt{2}$ (etwa 1,4) multiplizierten Breite entspricht und die ihrer äußeren Form nach folgende Bedingungen erfüllen:

a) Sendungen unter Umschlag:

1) Sendungen unter gewöhnlichem Umschlag:
Mindestmaße: 90 × 140 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm;

Höchstmaße: 120 × 235 mm mit einer zulässigen Abweichung von 2 mm;

Höchstgewicht: 20 g

maximale Höhe: 5 mm;

außerdem muß die Aufschrift auf der Seite des Umschlags, die keine Verschlußklappe aufweist, und in dem rechteckigen Feld angebracht sein, das sich in einem Mindestabstand von

40 mm vom oberen Rand des Umschlags (zulässige Abweichung 2 mm),

15 mm vom rechten seitlichen Rand,

15 mm vom unteren Rand

und in einer maximalen Entfernung von 140 mm vom rechten Seitenrand

befindet;

2) Sendungen unter Fensterbriefumschlag:

Maße, Gewicht und Höhe wie Sendungen unter gewöhnlichem Umschlag; diese Sendungen müssen neben den in Artikel 124 der Vollzugsordnung festgelegten allgemeinen Zulassungsbedingungen auch folgende Bedingungen erfüllen:

Das Fenster, in dem die Anschrift des Empfängers erscheint, muß sich in einem Mindestabstand von

40 mm vom oberen Rand des Umschlags (zulässige Abweichung 2 mm),

15 mm du bord latéral droit;

15 mm du bord latéral gauche;

15 mm du bord inférieur;

le panneau ne peut pas être délimité par une bande ou un cadre de couleur;

3° tous envois sous enveloppe:

l'adresse de l'expéditeur, lorsqu'elle figure au recto, doit être placée dans l'angle supérieur gauche; cet emplacement doit également être affecté aux mentions ou étiquettes de service qui peuvent, le cas échéant, trouver place sous l'adresse de l'expéditeur; les mentions de service peuvent aussi être placées juste au-dessus de l'adresse du destinataire lorsqu'il est fait usage d'enveloppes à fenêtre; les lettres doivent être fermées par un collage continu de la patte de fermeture de l'enveloppe;

b) envois sous forme de cartes:

les envois sous forme de cartes allant jusqu'à un format de 120 × 235 mm peuvent être admis comme envois normalisés à condition qu'ils soient confectionnés en papier-carton d'un grammage offrant une rigidité suffisante pour permettre un traitement sans difficulté;

c) envois visés sous lettres a) et b):

du côté de la suscription, qui doit être portée dans le sens de la longueur, une zone rectangulaire de 40 mm (– 2 mm) de hauteur à partir du bord supérieur et de 74 mm de longueur à partir du bord droit doit être réservée à l'affranchissement et aux empreintes d'oblitération. A l'intérieur de cette zone, les timbres-poste ou empreintes d'affranchissement doivent être apposés à l'angle supérieur droit.

Aucune mention ou graphisme parasite quel qu'il soit ne doit apparaître:

- en dessous de l'adresse;
- à droite de l'adresse à partir de la zone d'affranchissement et d'oblitération et jusqu'au bord inférieur de l'envoi;
- à gauche de l'adresse dans une zone large d'au moins 15 mm allant de la première ligne de l'adresse au bord inférieur de l'envoi;
- dans une zone de 15 mm de hauteur à partir du bord inférieur de l'envoi et de 140 mm de longueur à partir du bord droit de l'envoi. Cette zone peut se confondre en partie avec celles définies ci-dessus.

2. Les Administrations qui, dans leur service intérieur, admettent comme normalisés les envois sous enveloppe dont la largeur n'est pas supérieure à 162 mm, avec une tolérance de 2 mm, peuvent également admettre ces envois comme normalisés dans le service international.

3. Ne sont pas considérés comme des envois normalisés:

- les cartes pliées;
- les envois qui sont fermés au moyen d'agrafes, d'œillets métalliques ou de crochets pliés;
- les cartes perforées expédiées à découvert (sans enveloppe);
- les envois dont l'enveloppe est confectionnée en une matière qui possède des propriétés physiques fondamentalement différentes de celles du papier (exception faite pour la matière utilisée pour la confection des panneaux des enveloppes à fenêtre);
- les envois contenant des objets faisant saillie;
- les lettres pliées expédiées à découvert (sans enveloppe) qui ne sont pas fermées de tous les côtés et qui ne présentent pas une rigidité suffisante pour permettre un traitement mécanique.

15 mm vom rechten seitlichen Rand,

15 mm vom linken seitlichen Rand,

15 mm vom unteren Rand

befinden;

das Fenster darf nicht durch einen farbigen Streifen oder eine farbige Umrandung abgesetzt sein;

3) alle Sendungen unter Umschlag:

Die Anschrift des Absenders muß, wenn sie auf der Vorderseite steht, in der linken oberen Ecke angebracht werden; diese Stelle ist auch für Dienstvermerke oder dienstliche Klebezettel bestimmt, die gegebenenfalls unterhalb der Anschrift des Absenders angebracht werden können; werden Fensterbriefumschläge verwendet, so können Dienstvermerke auch genau über die Empfängeranschrift gesetzt werden; die Briefe müssen mit einer der gesamten Länge nach mit Klebstoff haftenden Umschlagklappe verschlossen sein;

b) Sendungen in Kartenform:

Sendungen in Kartenform bis zu einem Format von 120 × 235 mm dürfen als Standardsendungen zugelassen werden unter der Voraussetzung, daß sie aus Kartonpapier mit einem Flächengewicht hergestellt werden, dessen Festigkeit eine reibungslose Bearbeitung ermöglicht;

c) Sendungen nach a und b:

Auf der Seite mit der Aufschrift, die in Längsrichtung anzubringen ist, muß eine rechteckige Fläche von 40 mm (–2 mm) Höhe, ausgehend vom oberen Rand und von 74 mm Länge, ausgehend vom rechten Rand, für die Freimachung und für die Entwertung der Postwertzeichen freibleiben. Innerhalb dieser Fläche sind Postwertzeichen und Freistempelabdrucke in der rechten oberen Ecke anzubringen.

Beeinträchtigende Angaben oder Abbildungen dürfen nicht erscheinen:

- unterhalb der Anschrift;
- rechts von der Anschrift von der Freimachungs- und Stempelzone bis zum unteren Rand der Sendung;
- links von der Anschrift in einer Zone von mindestens 15 mm Breite ausgehend von der ersten Zeile der Anschrift bis zum unteren Rand der Sendung;
- am unteren Rand der Sendung in einer 15 mm hohen und ausgehend vom rechten Rand der Sendung 140 mm langen Zone. Diese Zone kann sich teilweise mit den vorgenannten überschneiden.

2. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst als Standardsendungen Sendungen unter Umschlag zulassen, deren Breite 162 mm, mit einer Abweichung von 2 mm, nicht überschreitet, können diese Sendungen auch im Auslandsdienst als Standardsendungen zulassen.

3. Nicht als Standardsendungen gelten:

- gefaltete Karten;
- Sendungen, die mit Heftklammern, Metallösen oder Metallklammern verschlossen sind;
- offen (ohne Umschlag) versandte Lochkarten;
- Sendungen, deren Umschlag aus einem Material hergestellt ist, dessen physikalische Eigenschaften sich von denen des Papiers wesentlich unterscheiden (das gilt nicht für das Material, das zur Herstellung von Fenstern bei Fensterbriefumschlägen verwendet wird);
- Sendungen, die hervortretende Gegenstände enthalten;
- offen versandte Faltbriefe (ohne Umschlag), die nicht an allen Seiten fest verschlossen sind und keine ausreichende, für die mechanische Bearbeitung erforderliche Festigkeit aufweisen.

Article 23

Matières biologiques périssables. Matières radioactives

1. Les matières biologiques périssables et les matières radioactives conditionnées et emballées selon les dispositions respectives du Règlement sont soumises au tarif des lettres et à la recommandation. Leur admission est limitée aux relations entre les Pays-membres dont les Administrations postales se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens. De telles matières sont acheminées par la voie la plus rapide, normalement par la voie aérienne, sous réserve de l'acquittement des surtaxes aériennes correspondantes.

2. En outre, les matières biologiques périssables ne peuvent être échangées qu'entre laboratoires qualifiés officiellement reconnus, tandis que les matières radioactives ne peuvent être déposées que par des expéditeurs dûment autorisés.

Artikel 23

Leichtverderbliche biologische Stoffe. Radioaktive Stoffe.

1. Leichtverderbliche biologische Stoffe sowie radioaktive Stoffe, deren Beschaffenheit und Verpackung den einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsordnung entsprechen, unterliegen der Briefgebühr und sind eingeschrieben zu versenden. Sie sind nur im Verkehr zwischen den Mitgliedsländern zugelassen, deren Postverwaltungen sich einverstanden erklärt haben, solche Sendungen entweder in beiden Verkehrsrichtungen oder nur in einer Verkehrsrichtung anzunehmen. Solche Stoffe werden auf dem schnellsten Wege, bei Entrichtung der entsprechenden Luftpostzuschläge auf dem Luftweg, befördert.

2. Überdies dürfen leichtverderbliche biologische Stoffe nur zwischen amtlich anerkannten Laboratorien ausgetauscht werden, während radioaktive Stoffe nur von dazu ordnungsgemäß befugten Absendern eingeliefert werden dürfen.

Article 24

Envois admis à tort

1. Sauf les exceptions prévues par la Convention et son Règlement, les envois qui ne remplissent pas les conditions requises par les articles 20 et 23 et par le Règlement ne sont pas admis. De tels envois qui ont été admis à tort doivent être renvoyés à l'Administration d'origine. Toutefois, l'Administration de destination est autorisée à les remettre aux destinataires. Dans ce cas, elle leur applique, s'il y a lieu, les taxes prévues pour la catégorie d'envois de la poste aux lettres dans laquelle les font placer leur mode de fermeture, leur contenu, leur poids ou leurs dimensions. Si en outre les envois dépassent les limites de poids maximales fixées à l'article 20, paragraphe 1, l'Administration de destination peut les taxer d'après leur poids réel en appliquant une taxe complémentaire égale à la taxe d'un envoi du service international de même catégorie et de poids correspondant à l'excédent constaté.

2. Le paragraphe 1 s'applique par analogie aux envois visés à l'article 41, paragraphes 2 et 3.

3. Les envois qui contiennent les autres objets interdits à l'article 41 et qui ont été admis à tort à l'expédition sont traités selon les dispositions dudit article.

Artikel 24

Zu Unrecht angenommene Sendungen

1. Sendungen, die den Bedingungen der Artikel 20 und 23 und der betreffenden Artikel der Vollzugsordnung nicht entsprechen, sind, abgesehen von den im Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen, nicht zugelassen. Sendungen dieser Art, die zu Unrecht angenommen worden sind, müssen an die Einlieferungsverwaltung zurückgesandt werden. Die Bestimmungsverwaltung darf sie jedoch den Empfängern aushändigen. In diesem Fall belegt sie die Sendungen erforderlichenfalls mit den Gebühren für die Briefsendungsart, der die Sendungen nach Verschluß, Inhalt, Gewicht oder Größe zuzurechnen sind. Wenn die Sendungen außerdem die in Artikel 20 § 1 festgesetzten Gewichtsgrenzen überschreiten, kann die Bestimmungsverwaltung sie nach ihrem tatsächlichen Gewicht mit Gebühren belegen, indem sie eine zusätzliche Gebühr in Höhe der Gebühr für eine Auslandssendung derselben Sendungsart anwendet, die dem festgestellten Gewichtsüberschuß entspricht.

2. § 1 gilt sinngemäß für die in Artikel 41 §§ 2 und 3 aufgeführten Sendungen.

3. Sendungen, die sonstige nach Artikel 41 verbotene Gegenstände enthalten und die zu Unrecht zum Versand angenommen worden sind, werden nach den Bestimmungen des genannten Artikels behandelt.

Article 25

Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres

1. Aucun Pays-membre n'est tenu d'acheminer, ni de distribuer aux destinataires, les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs quelconques domiciliés sur son territoire déposent ou font déposer dans un pays étranger, en vue de bénéficier des taxes plus basses qui y sont appliquées. Il en est de même pour les envois de l'espèce déposés en grande quantité, que de tels dépôts soient ou non effectués en vue de bénéficier de taxes plus basses.

2. Le paragraphe 1 s'applique sans distinction soit aux envois préparés dans le pays habité par l'expéditeur et transportés ensuite à travers la frontière, soit aux envois confectionnés dans un pays étranger.

3. L'Administration intéressée a le droit ou de renvoyer les envois à l'origine, ou de les frapper de ses taxes intérieures. Si l'expéditeur refuse de payer ces taxes, elle peut disposer des envois conformément à sa législation intérieure.

4. Aucun Pays-membre n'est tenu ni d'accepter, ni d'acheminer, ni de distribuer aux destinataires les envois de la poste aux lettres que des expéditeurs quelconques ont déposés ou fait déposer en grande quantité dans un pays autre que celui où ils sont domiciliés. Les Administrations intéressées ont le droit de renvoyer de tels envois à l'origine ou de les rendre aux expéditeurs sans restitution de taxe.

Artikel 25

Einlieferung von Briefsendungen im Ausland

1. Kein Mitgliedsland ist verpflichtet, Briefsendungen zu befördern oder den Empfängern zuzustellen, die auf seinem Gebiet ansässige Absender im Ausland einliefern oder einliefern lassen, um aus den dort geltenden niedrigeren Gebühren Nutzen zu ziehen. Dies gilt auch für in großer Zahl eingelieferte Sendungen dieser Art, und zwar selbst dann, wenn nicht die Absicht besteht, die niedrigeren Gebühren auszunutzen.

2. § 1 gilt ohne Unterschied sowohl für Sendungen, die in dem Land, in dem der Absender wohnt, vorbereitet und anschließend über die Grenze gebracht werden, als auch für Sendungen, die in einem fremden Land versandfertig gemacht worden sind.

3. Die betreffende Verwaltung ist berechtigt, die Sendungen an den Einlieferungsort zurückzusenden oder sie mit ihren Inlandsgebühren zu belegen. Wenn sich der Absender weigert, diese Gebühren zu zahlen, kann sie nach ihren Inlandsvorschriften über die Sendungen verfügen.

4. Kein Mitgliedsland ist verpflichtet, Briefsendungen anzunehmen, zu befördern oder den Empfängern zuzustellen, die irgendwelche Absender in einem anderen Land als demjenigen, in dem sie ansässig sind, in großer Zahl eingeliefert haben oder haben einliefern lassen. Die betreffenden Verwaltungen sind berechtigt, solche Sendungen an den Einlieferungsort zurückzusenden oder sie den Absendern ohne Erstattung der Gebühr zurückzugeben.

Article 26

Taxes spéciales

1. Les taxes prévues dans la Convention et qui sont perçues en plus des taxes d'affranchissement mentionnées à l'article 20 sont dénommées «taxes spéciales». Leur montant est fixé conformément aux indications du tableau ci-après:

Artikel 26

Besondere Gebühren

1. Die im Weltpostvertrag vorgesehenen Gebühren, die zusätzlich zu den in Artikel 20 genannten Freimachungsgebühren erhoben werden, werden „besondere Gebühren" genannt. Ihre Höhe richtet sich nach den Angaben in nachstehender Übersicht:

Désignation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3
a) taxe de dépôt en dernière limite d'heure (article 27, paragraphe 1)	même taxe que dans le régime intérieur	
b) taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets (article 27, paragraphe 2)	même taxe que dans le régime intérieur	
c) taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur (article 27, paragraphe 3)	même taxe que dans le régime intérieur	
d) taxe de retrait en dehors des heures normales d'ouverture des guichets (article 27, paragraphe 4)	même taxe que dans le régime intérieur	
e) taxe de poste restante (article 27, paragraphe 5)	même taxe que dans le régime intérieur	
f) taxe de remise au destinataire d'un petit paquet dépassant 500 g (article 27, paragraphe 6)	0,20 DTS au maximum	Cette taxe peut être augmentée de 0,10 DTS au maximum en cas de remise à domicile.
g) taxe de magasinage (article 28)	taxe perçue au taux fixé par la législation intérieure pour tout envoi de la poste aux lettres dépassant 500 g, à l'exception des cécogrammes	
h) taxe en cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement des envois ordinaires (article 32, paragraphes 1 et 2)	taxe obtenue en multipliant la taxe du premier échelon de poids de la lettre adoptée par le pays de distribution par une fraction dont le numérateur est le montant de l'affranchissement manquant et le dénominateur, la même taxe adoptée par le pays d'origine; à cette taxe est ajoutée la taxe de traitement de 0,33 DTS au maximum ou la taxe fixée par la législation intérieure	L'Administration de distribution peut, si elle le désire, percevoir seulement la taxe de traitement.
i) taxe d'exprès (article 35, paragraphes 2, 5 et 8)	taxe s'élevant au minimum au montant de l'affranchissement d'une lettre ordinaire de port simple et au maximum à 1,63 DTS	Pour chaque sac contenant les envois visés à l'article 20, paragraphe 10, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale ne dépassant pas cinq fois la taxe unitaire. Lorsque la remise par exprès entraîne des sujétions spéciales, une taxe complémentaire peut être perçue selon les dispositions relatives aux envois de même nature du régime intérieur. Si le destinataire demande la remise par exprès, la taxe du régime intérieur peut être perçue.
j) taxe de demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse (article 38, paragraphe 2)	1,31 DTS au maximum	
k) taxe de demande de réexpédition (article 39, paragraphe 7)	même taxe que dans le régime intérieur	
l) taxe de réexpédition ou de renvoi (article 39, paragraphe 8, et article 40, paragraphe 11)	même taxe que dans le régime intérieur	
m) taxe de présentation à la douane (article 43)	2,61 DTS au maximum	Pour chaque sac contenant les envois visés à l'article 20, paragraphe 10, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale de 3,27 DTS, au maximum.

Désignation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3
n) taxe perçue pour la remise d'un envoi franc de taxes et de droits (article 45, paragraphes 3, 4 et 5)	1 taxe de 0,98 DTS au maximum perçue par l'Administration d'origine 2 taxe additionnelle de 1,31 DTS au maximum par demande formulée postérieurement au dépôt perçue par l'Administration d'origine 3 taxe de commission de 0,98 DTS au maximum perçue au profit de l'Administration de destination	
o) taxe de réclamation (article 47, paragraphe 4)	0,65 DTS au maximum	
p) taxe de recommandation (article 50, paragraphes 1, lettre b), et 2, et article 54, paragraphes 1, lettre b), et 2)	1,31 DTS au maximum	1 Pour chaque sac contenant les envois visés à l'article 20, paragraphe 10, les Administrations perçoivent, au lieu de la taxe unitaire, une taxe globale ne dépassant pas cinq fois la taxe unitaire. 2 En plus de la taxe unitaire ou de la taxe globale, les Administrations peuvent percevoir sur les expéditeurs ou les destinataires les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure pour les mesures exceptionnelles de sécurité prises à l'égard des envois recommandés et des lettres avec valeur déclarée.
q) taxe d'assurance (article 54, paragraphe 1, lettre c))	au maximum 0,33 DTS par 65,34 DTS ou fraction de 65,34 DTS déclarés, ou 1/2 pour cent de l'échelon de valeur déclarée, quel que soit le pays de destination, même dans les pays qui se chargent des risques pouvant résulter d'un cas de force majeure	
r) taxe pour risques de force majeure (article 50, paragraphe 3)	0,13 DTS au maximum pour chaque envoi recommandé	
s) taxe d'avis de réception (article 55, paragraphe 1)	0,98 DTS au maximum	
t) taxe de remise en main propre (article 56, paragraphe 1)	0,16 DTS au maximum	

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
a) Gebühr für die Einlieferung nach Postschluß (Artikel 27 § 1)	Inlandsgebühr	
b) Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden (Artikel 27 § 2)	Inlandsgebühr	
c) Gebühr für das Abholen beim Absender (Artikel 27 § 3)	Inlandsgebühr	
d) Gebühr für das Abholen außerhalb der allgemeinen Schalterstunden (Artikel 27 § 4)	Inlandsgebühr	
e) Gebühr für postlagernde Sendungen (Artikel 27 § 5)	Inlandsgebühr	
f) Gebühr für die Auslieferung eines Päckchens über 500 g (Artikel 27 § 6)	Höchstens 0,20 SZR	Diese Gebühr kann bei Zustellung in die Wohnung um höchstens 0,10 SZR erhöht werden
g) Lagergebühr (Artikel 28)	Nach den nationalen Rechtsvorschriften für alle Briefsendungen über 500 g außer Blindensendungen festgelegter Gebührensatz	

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
h) Gebühr bei fehlender oder unzureichender Freimachung gewöhnlicher Sendungen (Artikel 32 §§ 1 und 2)	Gebühr, die berechnet wird durch Multiplikation der Gebühr für einen Brief der ersten Gewichtsstufe des Landes, in dem die Sendung ausgeliefert wird, mit einem Bruch, dessen Zähler aus dem fehlenden Freimachungsbetrag besteht und dessen Nenner aus der Gebühr für einen Brief der ersten Gewichtsstufe des Einlieferungslandes gebildet wird; zu dieser Gebühr wird die Bearbeitungsgebühr von höchstens 0,33 SZR oder die in den Inlandsvorschriften festgesetzte Gebühr hinzugerechnet.	Die Auslieferungsverwaltung kann auch nur die Behandlungsgebühr erheben.
i) Eilzustellgebühr (Artikel 35 §§ 2, 5 und 8)	Mindestens die Freimachungsgebühr für einen gewöhnlichen Brief der ersten Gewichtsstufe und höchstens 1,63 SZR	Für jeden Beutel mit Sendungen nach Artikel 20 § 10 erheben die Verwaltungen anstelle der normalen Gebühr eine Gesamtgebühr, die das Fünffache der normalen Gebühr nicht übersteigen darf. Wenn die Eilzustellung besondere Schwierigkeiten bereitet, kann entsprechend den Bestimmungen des Inlandsdienstes für Sendungen gleicher Art eine zusätzliche Gebühr erhoben werden. Verlangt der Empfänger die Eilzustellung, kann die Inlandsgebühr erhoben werden.
j) Gebühr für einen Antrag auf Zurückziehung der Sendung, auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift (Artikel 38 § 2)	Höchstens 1,31 SZR	
k) Gebühr für einen Antrag auf Nachsendung (Artikel 39 § 7)	Inlandsgebühr	
l) Gebühr für die Nach- oder Rücksendung (Artikel 39 § 8 und Artikel 40 § 11)	Inlandsgebühr	
m) Gestellungsgebühr (Artikel 43)	Höchstens 2,61 SZR	Für jeden Beutel mit Sendungen nach Artikel 20 § 10 erheben die Verwaltungen anstelle der normalen Gebühr eine Gesamtgebühr von höchstens 3,27 SZR
n) Gebühr für eine gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendung (Artikel 45 §§ 3, 4 und 5)	1. Gebühr von höchstens 0,98 SZR, die von der Einlieferungsverwaltung erhoben wird 2. Zusätzliche Gebühr von höchstens 1,31 SZR, wenn der Antrag erst nach der Einlieferung gestellt wird; diese Gebühr wird von der Einlieferungsverwaltung erhoben 3. Gebührenzettelgebühr von höchstens 0,98 SZR, die zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben wird	

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
o) Nachforschungsgebühr (Artikel 47 § 4)	Höchstens 0,65 SZR	
p) Einschreibgebühr (Artikel 50 §§ 1 Buchstabe b und 2 und Artikel 54 §§ 1 Buchstabe b und 2)	Höchstens 1,31 SZR	1. Für jeden Beutel mit Sendungen nach Artikel 20 § 10 erheben die Verwaltungen anstelle der normalen Gebühr eine Gesamtgebühr, die das Fünffache der normalen Gebühr nicht übersteigen darf. 2. Zusätzlich zu der normalen oder der Gesamtgebühr können die Verwaltungen von den Absendern oder den Empfängern die nach ihren nationalen Rechtsvorschriften für außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen für Einschreibsendungen und Wertbriefe vorgesehene besondere Gebühr erheben.
q) Wertgebühr (Artikel 54 § 1 Buchstabe c)	Höchstens 0,33 SZR je 65,34 SZR oder Teil von 65,34 SZR Wertangabe oder ½ % der Wertangabestufe unabhängig vom Bestimmungsland, sogar in Ländern, die im Falle höherer Gewalt haften.	
r) Gebühr für die Haftung im Fall höherer Gewalt (Artikel 50 § 3)	Höchstens 0,13 SZR je Einschreibsendung	
s) Rückscheingebühr (Artikel 55 § 1)	Höchstens 0,98 SZR	
t) Gebühr für die eigenhändige Zustellung einer Einschreibsendung (Artikel 56 § 1)	Höchstens 0,16 SZR	

2. Les Pays-membres qui appliquent dans leur service intérieur des taxes supérieures à celles qui sont indiquées au paragraphe 1 sont autorisés à appliquer ces mêmes taxes dans le service international.

2. Mitgliedsländer, die in ihrem Inlandsdienst höhere als die in § 1 angegebenen Gebühren erheben, dürfen diese Gebühren auch im Auslandsdienst erheben.

Article 27

Taxe de dépôt en dernière limite d'heure. Taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur. Taxe de retrait en dehors des heures normales d'ouverture des guichets. Taxe de poste restante. Taxe de remise des petits paquets

1. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur l'expéditeur une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois remis à leurs services d'expédition en dernière limite d'heure.

2. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur l'expéditeur une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois déposés au guichet en dehors des heures normales d'ouverture.

3. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur l'expéditeur une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois enlevés à domicile par les soins de leurs services.

4. Les Administrations sont autorisées à percevoir sur le destinataire une taxe additionnelle, selon leur législation, pour les envois retirés au guichet en dehors des heures normales d'ouverture.

Artikel 27

Gebühr für die Einlieferung nach Postschluß. Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für das Abholen beim Absender. Gebühr für das Abholen außerhalb der allgemeinen Schalterstunden. Gebühr für postlagernde Sendungen. Gebühr für die Auslieferung von Päckchen

1. Die Verwaltungen dürfen vom Absender für Sendungen, die nach Postschluß eingeliefert werden, nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

2. Die Verwaltungen dürfen vom Absender für Sendungen, die außerhalb der allgemeinen Schalterstunden eingeliefert werden, nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

3. Die Verwaltungen dürfen vom Absender für bei ihm abgeholte Sendungen nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

4. Die Verwaltungen dürfen vom Empfänger für Sendungen, die außerhalb der allgemeinen Schalterstunden abgeholt werden, nach ihren Rechtsvorschriften eine zusätzliche Gebühr erheben.

5. Les envois adressés poste restante peuvent être frappés par les Administrations des pays de destination de la taxe spéciale qui est éventuellement prévue par leur législation pour les envois de même nature du régime intérieur.

6. Les Administrations des pays de destination sont autorisées à percevoir, pour chaque petit paquet dépassant le poids de 500 grammes remis au destinataire, la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre f).

5. Postlagernde Sendungen können von den Verwaltungen der Bestimmungsländer mit der besonderen Gebühr belegt werden, die ihre Rechtsvorschriften gegebenenfalls für gleichartige Sendungen des Inlandsdienstes vorsehen.

6. Die Verwaltungen der Bestimmungsländer dürfen für jedes dem Empfänger zugestellte Päckchen über 500 g die in Artikel 26 § 1 Buchstabe f vorgesehene besondere Gebühr erheben.

Article 28

Taxe de magasinage

L'Administration de destination est autorisée à percevoir, selon sa législation, une taxe de magasinage pour tout envoi de la poste aux lettres dépassant le poids de 500 grammes dont le destinataire n'a pas pris livraison dans le délai pendant lequel l'envoi est tenu sans frais à sa disposition. Cette taxe ne s'applique pas aux cécogrammes.

Artikel 28

Lagergebühr

Für jede Briefsendung über 500 g, die vom Empfänger innerhalb der Frist, in der die Sendung für ihn unentgeltlich bereitliegt, nicht abgeholt wird, darf die Bestimmungsverwaltung nach ihren Rechtsvorschriften eine Lagergebühr erheben. Für Blindensendungen wird diese Gebühr nicht erhoben.

Article 29

Affranchissement

1. En règle générale, les envois désignés à l'article 19, à l'exception de ceux qui sont indiqués aux articles 16 à 18, doivent être complètement affranchis par l'expéditeur.

2. L'Administration du pays d'origine a la faculté de rendre les envois de la poste aux lettres non ou insuffisamment affranchis aux expéditeurs pour que ceux-ci en complètent eux-mêmes l'affranchissement.

3. L'Administration d'origine peut aussi se charger d'affranchir les envois de la poste aux lettres non affranchis ou de compléter l'affranchissement des envois insuffisamment affranchis et d'encaisser le montant manquant auprès de l'expéditeur.

4. Si l'Administration du pays d'origine n'applique aucune des facultés prévues aux paragraphes 2 et 3 ou si l'affranchissement ne peut pas être complété par l'expéditeur, les lettres et les cartes postales non ou insuffisamment affranchies sont toujours acheminées vers le pays de destination. Les autres envois non ou insuffisamment affranchis peuvent aussi être acheminés.

5. Les correspondances-avion surtaxées, le courrier S.A.L. surtaxé et les envois prioritaires dont la régularisation par les expéditeurs n'est pas possible sont transmis par la voie aérienne, comme S.A.L. ou comme courrier prioritaire respectivement si les taxes acquittées représentent au moins le montant de la surtaxe ou, le cas échéant, la différence entre la taxe d'un envoi-avion ou S.A.L. et la taxe d'un envoi de surface, ou la différence entre la taxe d'un envoi prioritaire et celle d'un envoi non prioritaire. Toutefois, l'Administration d'origine a la faculté de transmettre ces envois par la voie aérienne ou prioritaire lorsque les taxes acquittées représentent au moins 75 pour cent de la surtaxe ou 50 pour cent de la taxe combinée. Au-dessous de ces limites, les envois sont acheminés par les moyens de transport normalement utilisés pour les correspondances non surtaxées ou les envois non prioritaires.

6. Sont considérés comme dûment affranchis les envois régulièrement affranchis pour leur premier parcours et dont le complément de taxe a été acquitté avant leur réexpédition.

Artikel 29

Freimachung

1. Alle in Artikel 19 bezeichneten Sendungen, mit Ausnahme der in den Artikeln 16 bis 18 aufgeführten Sendungen, müssen grundsätzlich vom Absender vollständig freigemacht werden.

2. Die Verwaltung des Einlieferungslandes kann nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen den Absendern zur Vervollständigung der Freimachung zurückgeben.

3. Die Einlieferungsverwaltung kann nicht freigemachte Briefsendungen auch freimachen oder die Freimachung unzureichend freigemachter Briefsendungen vervollständigen und den fehlenden Betrag vom Absender einziehen.

4. Wenn die Verwaltung des Einlieferungslandes von den in den §§ 2 und 3 vorgesehenen Möglichkeiten keinen Gebrauch macht oder wenn die Freimachung vom Absender nicht vervollständigt werden kann, werden nicht oder unzureichend freigemachte Briefe und Postkarten stets in das Bestimmungsland befördert. Auch andere nicht oder unzureichend freigemachte Sendungen können befördert werden.

5. Zuschlagpflichtige Luftpostbriefsendungen, zuschlagpflichtige SAL-Briefpost und Vorrangsendungen, deren Freimachung die Absender nicht vervollständigen können, werden jeweils auf dem Luftweg, als SAL oder als Vorrangbriefpost befördert, wenn die gezahlten Gebühren mindestens der Höhe des Zuschlags oder gegebenenfalls der Differenz zwischen der Gebühr für eine Luftpostsendung oder eine SAL-Sendung und der Gebühr für eine Sendung des Land- und Seewegs oder der Differenz zwischen der Gebühr für eine Vorrangsendung und der Gebühr für eine Nichtvorrangsendung entsprechen. Jedoch kann die Einlieferungsverwaltung diese Sendungen auf dem Luftweg oder mit Vorrang befördern, wenn die gezahlten Gebühren mindestens 75 v. H. des Zuschlags oder 50 v.H. der Gesamtgebühr entsprechen. Unterhalb dieser Grenzen werden die Sendungen mit den für nichtzuschlagpflichtige Briefsendungen oder Nichtvorrangsendungen üblicherweise benutzten Beförderungsmitteln befördert.

6. Sendungen, die für die ursprüngliche Beförderungsstrecke ordnungsgemäß freigemacht waren und deren Freimachung vor ihrer Nachsendung vervollständigt wurde, gelten als ordnungsgemäß freigemacht.

Article 30

Modalités d'affranchissement

1. L'affranchissement est opéré au moyen de l'une quelconque des modalités suivantes:

a) timbres-poste imprimés ou collés sur les envois et valables dans le pays d'origine;

Artikel 30

Freimachungsarten

1. Die Freimachung erfolgt nach einem der folgenden Verfahren:

a) im Einlieferungsland gültige Postwertzeichen, die auf die Sendung aufgedruckt oder aufgeklebt werden;

b) marques d'affranchissement postales débitées par des distributeurs automatiques installés par les Administrations postales;

c) empreintes de machines à affranchir, officiellement adoptées et fonctionnant sous le contrôle immédiat de l'Administration postale;

d) empreintes à la presse d'imprimerie ou autres procédés d'impression ou de timbrage lorsqu'un tel système est autorisé par la réglementation de l'Administration d'origine;

e) mention indiquant que la totalité de l'affranchissement a été payée, par exemple «Taxe perçue». Cette mention doit figurer dans la partie supérieure droite de la suscription et doit être appuyée de l'empreinte du timbre à date du bureau d'origine ou, dans le cas des envois non affranchis ou insuffisamment affranchis, du bureau qui a affranchi l'envoi ou complété son affranchissement.

2. L'affranchissement des imprimés à l'adresse du même destinataire et pour la même destination insérés dans un sac spécial est opéré par l'un des moyens visés au paragraphe 1 et représenté pour le montant total sur l'étiquette-adresse du sac.

b) Postfreimarken, die durch von den Postverwaltungen aufgestellte Automaten abgegeben werden;

c) Stempelabdrucke amtlich zugelassener und unter unmittelbarer Aufsicht der Postverwaltung betriebener Freistempelmaschinen;

d) mit der Druckpresse oder in einem anderen Druck- oder Stempelverfahren hergestellte Aufdrucke, wenn die Vorschriften der Einlieferungsverwaltung eine solche Art der Freimachung zulassen;

e) Vermerk, der aussagt, daß die Freimachung vollständig bezahlt wurde, zum Beispiel „Taxe perçue" (Gebühr bezahlt). Dieser Vermerk muß im rechten oberen Teil der Aufschrift stehen und durch den Tagesstempelabdruck des Einlieferungsamtes oder, im Fall der nicht bzw. unzureichend freigemachten Sendungen, den Tagesstempelabdruck des Amtes, das die Sendung freimacht bzw. deren Freimachung vervollständigt, bestätigt werden.

2. Drucksachen, die an denselben Empfänger in demselben Bestimmungsort gerichtet und in einen besonderen Beutel eingelegt sind, werden nach einem in § 1 vorgesehenen Verfahren freigemacht; der gesamte Freimachungsbetrag ist auf der Aufschriftfahne des Beutels zu vermerken.

Article 31

Affranchissement des envois de la poste aux lettres à bord des navires

1. Les envois déposés à bord d'un navire pendant le stationnement aux deux points extrêmes du parcours ou dans l'une des escales intermédiaires doivent être affranchis au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays dans les eaux duquel se trouve le navire.

2. Si le dépôt à bord a lieu en pleine mer, les envois peuvent être affranchis, sauf entente spéciale entre les Administrations intéressées, au moyen de timbres-poste et d'après le tarif du pays auquel appartient ou dont dépend ledit navire. Les envois affranchis dans ces conditions doivent être remis au bureau de poste de l'escale aussitôt que possible après l'arrivée du navire.

Artikel 31

Freimachung von Briefsendungen an Bord von Schiffen

1. Briefsendungen, die an Bord eines Schiffes während des Aufenthalts am Anfangs- oder Endpunkt der Fahrt oder in einem der Anlaufhäfen eingeliefert werden, müssen mit Postwertzeichen und nach den Gebührensätzen des Landes freigemacht werden, in dessen Gewässern sich das Schiff befindet.

2. Wenn die beteiligen Verwaltungen nichts anderes vereinbart haben, können Briefsendungen, die an Bord eines Schiffes auf hoher See eingeliefert werden, mit Postwertzeichen und nach den Gebührensätzen des Landes freigemacht werden, dem dieses Schiff angehört oder dem es untersteht. Die so freigemachten Sendungen müssen so bald wie möglich nach der Ankunft des Schiffes im Hafen dem dortigen Postamt übergeben werden.

Article 32

Taxe en cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement

1. En cas d'absence ou d'insuffisance d'affranchissement, l'Administration d'origine qui se charge d'affranchir les envois de la poste aux lettres non affranchis ou de compléter l'affranchissement des envois insuffisamment affranchis et d'encaisser le montant manquant auprès de l'expéditeur est autorisée à percevoir sur l'expéditeur aussi la taxe de traitement prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre h).

2. Dans le cas où le paragraphe 1 n'est pas appliqué, les envois non ou insuffisamment affranchis sont passibles, à la charge du destinataire, ou de l'expéditeur lorsqu'il s'agit d'envois renvoyés, de la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre h).

3. Les envois recommandés et les lettres avec valeur déclarée sont considérés à l'arrivée comme dûment affranchis.

Artikel 32

Gebühr für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen

1. Bei fehlender oder unzureichender Freimachung darf die Einlieferungsverwaltung, die nicht freigemachte Briefsendungen freimacht oder die Freimachung unzureichend freigemachter Sendungen vervollständigt und den fehlenden Betrag vom Absender einzieht, von diesem auch die in Artikel 26 § 1 Buchstabe h vorgesehene Bearbeitungsgebühr erheben.

2. Wird § 1 nicht angewendet, so hat der Empfänger oder im Falle einer Rücksendung der Absender für nicht oder unzureichend freigemachte Sendungen die in Artikel 26 § 1 Buchstabe h vorgesehene Gebühr zu entrichten.

3. Einschreibsendungen und Wertbriefe werden beim Eingang als ordnungsgemäß freigemacht angesehen.

Article 33

Service correspondance commerciale-réponse internationale

1. Les Administrations peuvent convenir entre elles de participer au service correspondance commerciale-réponse internationale (CCRI), sur une base facultative.

2. Les Administrations qui assurent le service devront respecter les dispositions définies par le Conseil exécutif.

Artikel 33

Internationaler Werbeantwortdienst

1. Die Verwaltungen können die Beteiligung am internationalen Werbeantwortdienst (CCRI) auf freiwilliger Basis miteinander vereinbaren.

2. Verwaltungen, die den Dienst wahrnehmen, müssen sich an die vom Vollzugsrat festgelegten Bestimmungen halten.

3. Les Administrations peuvent, néanmoins, convenir bilatéralement d'établir un autre système entre elles.

Article 34

Coupons-réponse Internationaux

1. Les Administrations postales ont la faculté de débiter des coupons-réponse internationaux émis par le Bureau international et d'en limiter la vente conformément à leur législation intérieure.

2. La valeur du coupon-réponse est de 0,74 DTS. Le prix de vente fixé par les Administrations intéressées ne peut être inférieur à cette valeur.

3. Les coupons-réponse sont échangeables dans tout Pays-membre contre un ou plusieurs timbres-poste représentant l'affranchissement minimal d'un envoi prioritaire ou d'une lettre ordinaire expédiée à l'étranger par voie aérienne. Sauf si la législation intérieure du pays d'échange y fait obstacle, les coupons-réponse sont également échangeables contre des entiers postaux ou contre d'autres marques ou empreintes d'affranchissement postal.

4. L'Administration d'un Pays-membre peut, en outre, se réserver la faculté d'exiger le dépôt simultané des coupons-réponse et des envois à affranchir en échange de ces coupons-réponse.

Article 35

Envois exprès

1. Dans les pays dont les Administrations se chargent de ce service, les envois de la poste aux lettres sont, à la demande des expéditeurs, distribués par porteur spécial aussitôt que possible après leur arrivée au bureau de distribution; toutefois, toute Administration a le droit de limiter ce service aux correspondances-avion, aux envois prioritaires ainsi que, quand il s'agit de la seule voie utilisée entre deux Administrations, aux envois LC de surface. En ce qui concerne les lettres avec valeur déclarée, l'Administration de destination a la faculté, lorsque sa réglementation le prévoit, de faire remettre par exprès un avis d'arrivée de l'envoi et non l'envoi lui-même.

2. Ces envois, qualifiés «exprès», sont soumis, en sus de la taxe d'affranchissement, à la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre i). Cette taxe doit être acquittée complètement à l'avance.

3. Les envois exprès peuvent être traités d'une manière différente de celle spécifiée au paragraphe 1, tant que le niveau de qualité général de ce service offert au destinataire est au moins aussi élevé que celui obtenu en faisant appel à un porteur spécial.

4. Au cas où les envois exprès doivent être soumis à un contrôle douanier, les Administrations sont tenues:

a) de les présenter à la douane aussitôt que possible après leur arrivée;

b) d'encourager les autorités douanières de leur pays à effectuer le contrôle de ces envois avec rapidité.

5. Lorsque la remise par exprès entraîne pour l'Administration de destination des sujétions spéciales en ce qui concerne soit la situation du domicile du destinataire, soit le jour ou l'heure d'arrivée au bureau de destination, la remise de l'envoi et la perception éventuelle d'une taxe complémentaire sont réglées par les dispositions relatives aux envois de même nature du régime intérieur.

6. Les envois exprès non complètement affranchis pour le montant total des taxes payables à l'avance sont distribués par les moyens ordinaires, à moins qu'ils n'aient été traités comme exprès par le bureau d'origine. Dans ce dernier cas, les envois sont taxés d'après l'article 32.

7. Il est loisible aux Administrations de s'en tenir à un seul essai de remise par exprès. Si cet essai est infructueux, l'envoi peut être traité comme un envoi ordinaire.

3. Die Verwaltungen können jedoch bilateral vereinbaren, untereinander ein anderes System einzurichten.

Artikel 34

Internationale Antwortscheine

1. Die Postverwaltungen haben die Möglichkeit, vom Internationalen Büro ausgegebene Internationale Antwortscheine abzugeben und deren Verkauf nach ihren Inlandsvorschriften zu beschränken.

2. Der Wert des Antwortscheins beträgt 0,74 SZR. Der von den betreffenden Verwaltungen festgesetzte Verkaufspreis darf diesen Wert nicht unterschreiten.

3. Antwortscheine werden in jedem Mitgliedsland gegen ein oder mehrere Postwertzeichen im Gesamtwert der Mindestgebühr für eine Vorrangsendung oder einen gewöhnlichen, auf dem Luftweg beförderten Auslandsbrief eingetauscht. Antwortscheine können auch gegen Postganzsachen oder gegen sonstige Postfreimarken oder Postfreistempelabdrucke eingetauscht werden, wenn die Inlandsvorschriften des eintauschenden Landes dem nicht entgegenstehen.

4. Die Verwaltung eines Mitgliedslandes kann es sich außerdem vorbehalten zu verlangen, daß der Antwortschein und die Sendung, zu deren Freimachung dieser Antwortschein eingetauscht werden soll, gleichzeitig vorgelegt werden.

Artikel 35

Eilbotensendungen

1. In den Ländern, deren Verwaltungen diesen Dienst wahrnehmen, werden Briefsendungen auf Verlangen des Absenders so bald wie möglich nach ihrem Eingang beim Zustellamt durch besonderen Boten zugestellt; jedoch darf jede Verwaltung diesen Dienst auf Luftpostbriefsendungen, Vorrangsendungen sowie, wenn es sich um die einzige zwischen zwei Verwaltungen benutzte Verbindung handelt, auf LC-Sendungen des Land- und Seewegs beschränken. Bei Wertbriefen kann die Bestimmungsverwaltung statt der Sendung selbst eine Benachrichtigung über den Eingang der Sendung durch Eilboten zustellen lassen, wenn ihre Inlandsvorschriften dies vorsehen.

2. Diese „Eilboten"sendungen unterliegen neben der Freimachungsgebühr auch der in Artikel 26 § 1 Buchstabe i vorgesehenen besonderen Gebühr. Diese Gebühr ist vollständig im voraus zu entrichten.

3. Eilbotensendungen können anders als § 1 angegeben behandelt werden, solange die allgemeine Qualität dieses dem Empfänger angebotenen Dienstes mindestens der Qualität des Dienstes entspricht, bei dem ein besonderer Bote eingesetzt wird.

4. Falls Eilbotensendungen vom Zoll kontrolliert werden müssen, sind die Verwaltungen gehalten,

a) diese Sendungen nach ihrem Eingang so bald wie möglich dem Zoll vorzulegen;

b) die Zollbehörden ihres Landes dazu zu bewegen, diese Sendungen schnell abzufertigen.

5. Bereitet die Eilzustellung der Bestimmungsverwaltung wegen der Lage der Wohnung des Empfängers oder wegen Tag und Stunde des Eingangs beim Bestimmungsamt besondere Schwierigkeiten, so richtet sich die Zustellung der Sendung und die eventuelle Erhebung einer zusätzlichen Gebühr nach den Vorschriften des Inlandsdienstes für Sendungen gleicher Art.

6. Eilbotensendungen, die nicht vollständig in Höhe der im voraus zu entrichtenden Gebühren freigemacht worden sind, werden als gewöhnliche Sendungen zugestellt, es sei denn, daß das Einlieferungsamt sie als Eilbotensendungen behandelt hat. In diesem Fall werden sie nach Artikel 32 mit Gebühren belegt.

7. Die Verwaltungen brauchen die Eilzustellung nur einmal zu versuchen. Ist dieser Versuch erfolglos, so kann die Sendung als gewöhnliche Sendung behandelt werden.

8. Si la réglementation de l'Administration de destination le permet, les destinataires peuvent demander au bureau de distribution que les envois qui leur sont destinés soient distribués par exprès dès leur arrivée. Dans ce cas, l'Administration de destination est autorisée à percevoir, au moment de la distribution, la taxe applicable dans son service intérieur.

Article 36

Objectifs en matière de qualité de service

1. Les Administrations de destination doivent fixer un délai pour le traitement des envois prioritaires et par avion à destination de leur pays. Ce délai ne doit pas être moins favorable que celui appliqué aux envois comparables de leur service intérieur.

2. Les Administrations de destination doivent également, autant que possible, fixer un délai pour le traitement des envois de surface et non prioritaires à destination de leur pays.

3. Les Administrations d'origine doivent fixer des objectifs en matière de qualité pour les envois prioritaires et par avion à destination de l'étranger en prenant comme point de repère les délais fixés par les Administrations de destination.

Article 37

Priorité de traitement des correspondances-avion et des envois prioritaires

Les Administrations prennent toutes les mesures utiles pour:

a) assurer dans les meilleures conditions la réception et le réacheminement des dépêches contenant des correspondances-avion et des envois prioritaires;

b) veiller au respect des accords conclus avec les transporteurs concernant la priorité due à de telles dépêches;

c) accélérer les opérations relatives au contrôle douanier des correspondances-avion et des envois prioritaires à destination de leur pays;

d) réduire au strict minimum les délais nécessaires pour acheminer vers les pays de destination les correspondances-avion et les envois prioritaires déposés dans leur pays et pour faire distribuer aux destinataires les correspondances-avion et envois prioritaires arrivant de l'étranger.

Article 38

Retrait. Modification ou correction d'adresse à la demande de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un envoi de la poste aux lettres peut le faire retirer du service, en faire modifier ou corriger l'adresse tant que cet envoi:

a) n'a pas été livré au destinataire;

b) n'a pas été confisqué ou détruit par l'autorité compétente pour infraction à l'article 41;

c) n'a pas été saisi en vertu de la législation du pays de destination.

2. La demande à formuler à cet effet est transmise par voie postale, télégraphique ou par tout autre moyen de télécommunication approprié aux frais de l'expéditeur qui doit payer, pour chaque demande, la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre j). Si la demande doit être transmise par la voie des télécommunications, l'expéditeur doit payer en outre la taxe correspondant à ce service. Si l'envoi se trouve encore dans le pays d'origine, la demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse est traitée selon la législation de ce pays.

3. Chaque Administration est tenue d'accepter les demandes de retrait, de modification ou de correction d'adresse concernant tout envoi de la poste aux lettres déposé dans les services des autres Administrations, si sa législation le permet.

8. Wenn es die Vorschriften des Bestimmungslandes zulassen, können die Empfänger beim Zustellamt beantragen, daß ihnen die für sie bestimmten Sendungen sogleich nach ihrem Eingang als Eilbotensendungen zugestellt werden. Die Bestimmungsverwaltung darf dann bei der Zustellung die in ihrem Inlandsdienst geltende Gebühr erheben.

Artikel 36

Zielsetzungen im Bereich der Dienstqualität

1. Die Bestimmungsverwaltungen müssen für die Bearbeitung von Vorrang- und Luftpostsendungen nach ihrem Land eine Frist festlegen. Diese Frist darf nicht ungünstiger ausfallen als die für vergleichbare Sendungen ihres Inlandsdienstes geltende Frist.

2. Die Bestimmungsverwaltungen müssen auch nach Möglichkeit für die Bearbeitung von Sendungen des Land- und Seewegs und Nichtvorrangsendungen nach ihrem Land eine Frist festlegen.

3. Die Einlieferungsverwaltungen müssen für Vorrang- und Luftpostsendungen nach dem Ausland Ziele für die Dienstqualität festsetzen, wobei die von den Bestimmungsverwaltungen festgelegten Fristen als Anhaltspunkt dienen.

Artikel 37

Vorrangige Bearbeitung von Luftpostbriefsendungen und Vorrangsendungen

Die Verwaltungen treffen alle geeigneten Maßnahmen, um

a) den Eingang und die Weiterleitung von Kartenschlüssen mit Luftpostbriefsendungen und Vorrangsendungen unter den bestmöglichen Bedingungen sicherzustellen;

b) für die Einhaltung der mit Beförderungsunternehmen über die Vorrangbehandlung solcher Kartenschlüsse geschlossenen Vereinbarungen zu sorgen;

c) die Zollkontrolle der für ihr Land bestimmten Luftpostbrief- und Vorrangsendungen zu beschleunigen;

d) die Fristen für die Beförderung in ihrem Land eingelieferter Luftpostbriefsendungen und Vorrangsendungen in die Bestimmungsländer und für die Auslieferung aus dem Ausland eingehender Luftpostbriefsendungen und Vorrangsendungen an die Empfänger auf ein absolutes Mindestmaß zu beschränken.

Artikel 38

Zurückziehung von Briefsendungen. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf Verlangen des Absenders

1. Der Absender kann eine Briefsendung zurückziehen bzw. ihre Aufschrift ändern oder berichtigen lassen, solange sie

a) dem Empfänger noch nicht ausgeliefert,

b) durch die zuständige Behörde wegen Verstoßes gegen Artikel 41 nicht eingezogen oder vernichtet oder

c) nach den Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes nicht beschlagnahmt worden ist.

2. Der hierfür zu stellende Antrag wird brieflich, telegrafisch oder mittels jedes anderen geeigneten Fernmeldedienstes auf Kosten des Absenders übermittelt, der für jeden Antrag die in Artikel 26 § 1 Buchstabe j vorgesehene besondere Gebühr zu entrichten hat. Soll der Antrag auf dem Fernmeldeweg übermittelt werden, so hat der Absender außerdem die diesem Dienst entsprechende Gebühr zu entrichten. Befindet sich die Sendung noch im Einlieferungsland, so wird der Antrag auf Zurückziehung, Änderung oder Berichtigung der Aufschrift nach den Rechtsvorschriften dieses Landes behandelt.

3. Wenn ihre Rechtsvorschriften es gestatten, muß jede Verwaltung Anträge auf Zurückziehung von Briefsendungen oder auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift entgegennehmen, die im Bereich anderer Verwaltungen eingeliefert wurden.

4. Si, dans les relations entre deux pays admettant cette procédure, l'expéditeur désire être informé par la voie des télécommunications des dispositions prises par le bureau de destination à la suite de sa demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse, il doit payer, à cet effet, la taxe y relative. En cas d'utilisation de télégrammes, la taxe télégraphique est celle d'un télégramme avec réponse payée, calculée sur la base de 15 mots. Lorsqu'il est fait usage du télex, la taxe télégraphique perçue sur l'expéditeur s'élève, en principe, au même montant que celui perçu pour transmettre la demande par télex.

5. Pour chaque demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse concernant plusieurs envois remis simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, il n'est perçu qu'une seule des taxes prévues au paragraphe 2.

6. Une simple correction d'adresse (sans modification du nom ou de la qualité du destinataire) peut être demandée directement par l'expéditeur au bureau de destination, c'est-à-dire sans l'accomplissement des formalités et sans le paiement de la taxe spéciale prévue au paragraphe 2.

7. Le renvoi à l'origine d'un envoi à la suite d'une demande de retrait a lieu par voie aérienne lorsque l'expéditeur s'engage à payer la surtaxe aérienne correspondante. Lorsqu'un envoi est réexpédié par voie aérienne à la suite d'une demande de modification ou de correction d'adresse, la surtaxe aérienne correspondant au nouveau parcours est perçue sur le destinataire et reste acquise à l'Administration distributrice.

Article 39

Réexpédition

1. En cas de changement d'adresse du destinataire, les envois de la poste aux lettres lui sont réexpédiés immédiatement aux conditions prescrites dans le service intérieur, à moins que l'expéditeur n'en ait interdit la réexpédition par une annotation portée sur la suscription en une langue connue dans le pays de destination ou que l'adresse soit libellée selon les indications prescrites à l'article 113, paragraphe 1, lettre k), du Règlement. Toutefois, la réexpédition d'un pays sur un autre n'a lieu que si les envois satisfont aux conditions requises pour le nouveau transport.

2. Les correspondances-avion et les envois prioritaires sont réexpédiés sur leur nouvelle destination par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface).

3. Les autres correspondances peuvent être réacheminées par la voie aérienne sur demande expresse du destinataire et si celui-ci s'engage à payer les surtaxes ou les taxes combinées correspondant au nouveau parcours aérien ou à la nouvelle transmission prioritaire; dans ce cas, la surtaxe ou la taxe combinée est perçue, en principe, au moment de la remise et reste acquise à l'Administration distributrice. Toutes les correspondances peuvent également être réacheminées par la voie la plus rapide si les surtaxes ou taxes combinées sont payées au bureau réexpéditeur par une tierce personne. La réexpédition de tels envois par la voie la plus rapide à l'intérieur du pays de destination est soumise à la réglementation intérieure de ce pays.

4. Les Administrations faisant application des taxes combinées peuvent fixer, pour la réexpédition par la voie aérienne ou prioritaire dans les conditions prévues au paragraphe 3, des taxes spéciales qui ne doivent pas dépasser les taxes combinées.

5. Les enveloppes spéciales C 6 et les sacs utilisés pour la réexpédition collective des correspondances sont acheminés sur la nouvelle destination par la voie prescrite pour les envois individuels dans les paragraphes 2 et 3.

6. Chaque Administration a la faculté de fixer un délai de réexpédition conforme à celui qui est en vigueur dans son service intérieur.

4. Wenn der Absender im Verkehr zwischen zwei Ländern, die dieses Verfahren zulassen, verlangt, auf dem Fernmeldeweg darüber unterrichtet zu werden, was das Bestimmungsamt auf seinen Antrag auf Zurückziehung oder auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift veranlaßt hat, muß er hierfür die entsprechende Gebühr entrichten. Bei telegrafischer Übermittlung entspricht die Telegrammgebühr der Gebühr für ein Telegramm mit bezahlter Antwort, die auf der Grundlage von 15 Wörtern berechnet wird. Bei Benutzung des Telexweges ist die vom Absender erhobene Telegrammgebühr grundsätzlich ebenso hoch wie der für die Übermittlung des Antrags über Telex erhobene Betrag.

5. Für jeden Antrag auf Zurückziehung oder auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift, der mehrere vom selben Absender gleichzeitig beim selben Postamt an denselben Empfänger eingelieferte Sendungen betrifft, wird nur eine der in § 2 vorgesehenen Gebühren erhoben.

6. Eine einfache Berichtigung der Aufschrift (ohne Änderung des Namens oder der Eigenschaft des Empfängers) kann der Absender unmittelbar beim Bestimmungsamt beantragen, d. h. formlos und ohne Zahlung der in § 2 vorgesehenen Gebühr.

7. Die Rücksendung einer Sendung an den Einlieferungsort aufgrund eines Antrags auf Zurückziehung erfolgt auf dem Luftweg, wenn der Absender sich verpflichtet, den entsprechenden Luftpostzuschlag zu entrichten. Wenn eine Sendung aufgrund eines Antrags auf Änderung oder Berichtigung der Aufschrift auf dem Luftweg nachgesandt wird, wird der Luftpostzuschlag für die neue Beförderungsstrecke beim Empfänger erhoben und verbleibt der zustellenden Verwaltung.

Artikel 39

Nachsendung

1. Hat sich die Anschrift des Empfängers geändert, so werden ihm Briefsendungen unverzüglich zu den im Inlandsdienst geltenden Bedingungen nachgesandt, sofern es der Absender durch einen Vermerk auf der Aufschriftseite in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache nicht untersagt hat oder sofern die Aufschrift den in Artikel 113 § 1 Buchstabe k der Vollzugsordnung vorgeschriebenen Angaben nicht entspricht. Die Nachsendung von Land zu Land erfolgt jedoch nur, wenn die Sendungen den Bedingungen für die neue Beförderung entsprechen.

2. Luftpostbriefsendungen und Vorrangsendungen werden auf dem schnellsten Wege (Luftweg oder Land- und Seeweg) an ihren neuen Bestimmungsort nachgesandt.

3. Die übrigen Briefsendungen können auf ausdrückliches Verlangen des Empfängers auf dem Luftweg weitergeleitet werden, wenn dieser sich verpflichtet, die Zuschläge oder die Gesamtgebühren zu zahlen, die der neuen Luftbeförderungsstrecke bzw. der neuen vorrangigen Beförderung entsprechen; in diesem Fall wird der Zuschlag oder die Gesamtgebühr grundsätzlich bei der Auslieferung erhoben und verbleibt der Zustellverwaltung. Alle Briefsendungen können auch auf dem schnellsten Wege weitergeleitet werden, wenn ein Dritter beim Nachsendepostamt die Zuschläge oder die Gesamtgebühren bezahlt. Die Nachsendung solcher Sendungen auf dem schnellsten Wege innerhalb des Bestimmungslandes unterliegt den Inlandsvorschriften dieses Landes.

4. Verwaltungen, die Gesamtgebühren anwenden, können für die Nachsendung auf dem Luftweg oder die vorrangige Nachsendung unter den in § 3 vorgesehenen Bedingungen besondere Gebühren festsetzen, die die Gesamtgebühren nicht überschreiten dürfen.

5. Besondere Umschläge C 6 und für die Sammelnachsendung von Briefsendungen benutzte Beutel werden auf dem in den §§ 2 und 3 für Einzelsendungen vorgeschriebenen Weg zum neuen Bestimmungsort befördert.

6. Jede Verwaltung kann eine Frist für die Nachsendung festlegen, die der im Inlandsdienst geltenden Frist entspricht.

7. Les Administrations qui perçoivent une taxe pour les demandes de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe dans le service international.

8. La réexpédition d'envois de la poste aux lettres de pays à pays ne donne lieu à la perception d'aucun supplément de taxe, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les Administrations qui perçoivent une taxe de réexpédition dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois de la poste aux lettres du régime international réexpédiés dans leur propre service.

9. Les envois de la poste aux lettres qui sont réexpédiés sont remis aux destinataires contre paiement des taxes dont ils ont été grevés au départ, à l'arrivée ou en cours de route par suite de réexpédition au-delà du premier parcours, sans préjudice du remboursement des droits de douane ou autres frais spéciaux dont le pays de destination n'accorde pas l'annulation.

10. En cas de réexpédition sur un autre pays, la taxe de poste restante, la taxe de présentation à la douane, la taxe de magasinage, la taxe de commission, la taxe complémentaire d'exprès et la taxe de remise aux destinataires des petits paquets sont annulées.

Article 40

Envois non distribuables.
Renvoi au pays d'origine ou à l'expéditeur

1. Sont considérés comme envois non distribuables ceux qui n'ont pu être remis aux destinataires pour une cause quelconque.

2. Les envois non distribuables doivent être renvoyés immédiatement au pays d'origine.

3. Le délai de garde des envois tenus en instance à la disposition des destinataires ou adressés poste restante est fixé par la réglementation de l'Administration de destination. Toutefois, ce délai ne peut, en règle générale, dépasser un mois, sauf dans des cas particuliers où l'Administration de destination juge nécessaire de le prolonger jusqu'à deux mois au maximum. Le renvoi au pays d'origine doit avoir lieu dans un délai plus court si l'expéditeur l'a demandé par une annotation portée sur la suscription en une langue connue dans le pays de destination.

4. Les envois du régime intérieur non distribuables ne sont réexpédiés à l'étranger, en vue de leur restitution aux expéditeurs, que s'ils satisfont aux conditions requises pour le nouveau transport.

5. Les cartes postales qui ne portent pas l'adresse de l'expéditeur ne sont pas renvoyées. Toutefois, les cartes postales recommandées doivent toujours être renvoyées.

6. Le renvoi à l'origine des imprimés non distribuables n'est pas obligatoire, sauf si l'expéditeur en a demandé le retour par une annotation portée sur l'envoi en une langue connue dans le pays de destination. Toutefois, les Administrations s'efforcent d'effectuer ce retour à l'expéditeur, ou de l'en informer comme il convient, lorsqu'il s'agit de la répétition de tentatives infructueuses de remises ou d'envois en nombre. Les imprimés recommandés et les livres doivent toujours être renvoyés.

7. Lorsque la voie de surface n'est plus employée par le pays qui fait le renvoi, il a l'obligation de transmettre les envois non distribuables par la voie la plus adéquate qu'il utilise.

8. Les lettres-avion, les cartes postales-avion et les envois prioritaires à renvoyer à l'origine le sont par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface).

7. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst für Anträge auf Nachsendung eine Gebühr erheben, dürfen im Auslandsdienst die gleiche Gebühr erheben.

8. Für die Nachsendung von Briefsendungen von Land zu Land wird, abgesehen von den in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmefällen, keine zusätzliche Gebühr erhoben. Die Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst eine Nachsendungsgebühr erheben, dürfen jedoch für innerhalb ihres Dienstbereichs nachgesandte Auslandsbriefsendungen die gleiche Gebühr erheben.

9. Nachgesandte Briefsendungen werden den Empfängern gegen Zahlung der Gebühren ausgeliefert, mit denen sie beim Abgang, beim Eingang oder unterwegs aufgrund der Nachsendung über die ursprüngliche Beförderungsstrecke hinaus belegt worden sind; Zollabgaben oder andere vom Bestimmungsland nicht aufgehobene besondere Gebühren sind ebenfalls zu entrichten.

10. Die Gebühr für postlagernde Sendungen, die Gestellungsgebühr, die Lagergebühr, die Gebührenzettelgebühr, die Ergänzungsgebühr für Eilbotensendungen und die Auslieferungsgebühr für Päckchen werden bei der Nachsendung in ein anderes Land aufgehoben.

Artikel 40

Unzustellbare Sendungen.
Rücksendung an das Einlieferungsland oder an den Absender

1. Als unzustellbar werden Sendungen angesehen, die aus irgendeinem Grund dem Empfänger nicht ausgehändigt werden konnten.

2. Unzustellbare Sendungen sind unverzüglich an das Einlieferungsland zurückzusenden.

3. Die Aufbewahrungsfrist für Sendungen, die für den Empfänger bereitgehalten werden, oder für postlagernde Sendungen richtet sich nach den Vorschriften der Bestimmungsverwaltung. Diese Frist darf jedoch in der Regel einen Monat nicht überschreiten; sie kann aber in besonderen Fällen, in denen die Bestimmungsverwaltung es für erforderlich hält, auf höchstens zwei Monate verlängert werden. Die Rücksendung nach dem Einlieferungsland muß innerhalb einer kürzeren Frist erfolgen, wenn der Absender dies durch einen Vermerk auf der Aufschriftseite in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache verlangt hat.

4. Unzustellbare Inlandssendungen werden nur dann zur Rückgabe an die Absender in das Ausland nachgesandt, wenn sie den Bedingungen für die neue Beförderung entsprechen.

5. Postkarten ohne Absenderangabe werden nicht zurückgesandt. Eingeschriebene Postkarten sind jedoch stets zurückzusenden.

6. Die Rücksendung unzustellbarer Drucksachen an den Einlieferungsort ist nicht obligatorisch, es sei denn, daß der Absender durch einen Vermerk auf der Sendung in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache die Rücksendung verlangt hat. Jedoch sind die Verwaltungen bemüht, diese Rücksendung an den Absender vorzunehmen oder diesen in angemessener Form darüber zu unterrichten, wenn mehrere erfolglose Zustellversuche unternommen worden sind oder wenn es sich um eine große Anzahl nicht zustellbarer Sendungen handelt. Eingeschriebene Drucksachen und Bücher sind stets zurückzusenden.

7. Wenn das Land, das die Rücksendung vornimmt, nicht mehr den Land- und Seeweg benutzt, ist es verpflichtet, unzustellbare Sendungen auf dem geeignetsten Wege, den es selbst benutzt, zu befördern.

8. Luftpostbriefe, Luftpostkarten und Vorrangsendungen, die an den Einlieferungsort zurückzusenden sind, werden auf dem schnellsten Wege (Luftweg oder Land- und Seeweg) zurückgesandt.

9. Les correspondances-avion non distribuables, autres que les lettres-avion et les cartes postales-avion, sont renvoyées à l'origine par les moyens de transport normalement utilisés pour les correspondances non surtaxées (surface, S.A.L. compris), sauf:

a) en cas d'interruption de ces moyens de transport;

b) si l'Administration de destination a choisi de façon systématique la voie aérienne pour le renvoi de ces correspondances.

10. Pour le renvoi des correspondances à l'origine par la voie aérienne ou prioritaire à la demande de l'expéditeur, l'article 39, paragraphes 3 et 4, est applicable par analogie.

11. Les envois de la poste aux lettres non distribuables renvoyés au pays d'origine sont remis aux expéditeurs aux conditions fixées à l'article 39, paragraphe 9. Ces envois ne donnent lieu à la perception d'aucun supplément de taxe, sauf les exceptions prévues au Règlement. Toutefois, les Administrations qui perçoivent une taxe de renvoi dans leur service intérieur sont autorisées à percevoir cette même taxe pour les envois de la poste aux lettres du régime international qui leur sont renvoyés.

Article 41

Interdictions

1. Ne sont pas admis les envois de la poste aux lettres qui, par leur emballage, peuvent présenter du danger pour les agents, salir ou détériorer les autres envois ou l'équipement postal. Les agrafes métalliques servant à clore les envois ne doivent pas être tranchantes; elles ne doivent pas non plus entraver l'exécution du service postal.

2. Les envois autres que les lettres recommandées sous enveloppe close et les lettres avec valeur déclarée ne peuvent contenir des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux.

3. Sauf les exceptions prévues au Règlement, les imprimés et les cécogrammes:

a) ne peuvent porter aucune annotation ni contenir aucun document ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle;

b) ne peuvent contenir aucun timbre-poste, aucune formule d'affranchissement, oblitérés ou non, ni aucun papier représentatif d'une valeur.

4. L'insertion dans les envois de la poste aux lettres des objets visés ci-dessous est interdite:

a) les objets qui, par leur nature, peuvent présenter les dangers ou provoquer les détériorations visés au paragraphe 1;

b) les stupéfiants et les substances psychotropes;

c) les animaux vivants, à l'exception:

1° des abeilles, des sangsues et des vers à soie;

2° des parasites et des destructeurs d'insectes nocifs destinés au contrôle de ces insectes et échangés entre les institutions officiellement reconnues;

toutefois, les exceptions mentionnées sous chiffres 1° et °2 ne s'appliquent pas aux lettres avec valeur déclarée;

d) les matières explosibles, inflammables ou autres matières dangereuses; toutefois, ne tombent pas sous le coup de cette interdiction les matières biologiques périssables et les matières radioactives visées à l'article 23;

e) les objets obscènes ou immoraux;

f) les objets dont l'importation ou la circulation est interdite dans le pays de destination.

9. Unzustellbare Luftpostbriefsendungen mit Ausnahme von Luftpostbriefen und Luftpostkarten werden mit den für nichtzuschlagpflichtige Briefsendungen (einschließlich Sendungen des Land- und Seewegs und SAL-Sendungen) üblicherweise benutzten Beförderungsmitteln an den Einlieferungsort zurückgesandt, es sei denn, daß

a) der Einsatz dieser Beförderungsmittel unterbrochen ist;

b) die Bestimmungsverwaltung zur Rücksendung dieser Briefsendungen grundsätzlich den Luftweg benutzt.

10. Werden Sendungen auf Verlangen des Absenders auf dem Luftweg oder vorrangig an den Einlieferungsort zurückgesandt, so gilt Artikel 39 §§ 3 und 4 sinngemäß.

11. In das Einlieferungsland zurückgesandte unzustellbare Briefsendungen werden den Absendern unter den in Artikel 39 § 9 festgesetzten Bedingungen ausgehändigt. Für diese Sendungen werden vorbehaltlich der in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen keine zusätzlichen Gebühren erhoben. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst eine Gebühr für die Rücksendung erheben, dürfen jedoch die gleiche Gebühr für Briefsendungen des Auslandsdienstes erheben, die an sie zurückgesandt werden.

Artikel 41

Verbote

1. Briefsendungen, die wegen ihrer Verpackung eine Gefahr für die Postbediensteten darstellen oder die andere Sendungen oder postalische Einrichtungen beschmutzen oder beschädigen können, sind nicht zugelassen. Zum Verschließen von Sendungen dienende Metallklammern dürfen keine scharfen Kanten aufweisen; sie dürfen auch den Postbetrieb nicht behindern.

2. Münzen, Banknoten, Geldscheine oder auf den Inhaber lautende Wertpapiere, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand sowie Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände dürfen nur in verschlossenen Einschreibbriefen und in Wertbriefen enthalten sein.

3. Abgesehen von den in der Vollzugsordnung vorgesehenen Ausnahmen gilt für Drucksachen und Blindensendungen folgendes:

a) sie dürfen weder Vermerke tragen noch Schriftstücke enthalten, die den Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung haben;

b) sie dürfen weder entwertete noch nicht entwertete Postwertzeichen oder Formblätter mit eingedruckten Postwertzeichen noch Papiere mit Werteigenschaft enthalten.

4. Das Einlegen nachstehend bezeichneter Gegenstände in Briefsendungen ist verboten:

a) Gegenstände, die wegen ihrer Beschaffenheit die in § 1 genannten Gefahren darstellen oder entsprechende Beschädigungen verursachen können;

b) Betäubungsmittel und psychotrope Mittel;

c) lebende Tiere mit Ausnahme von

1) Bienen, Blutegeln und Seidenraupen;

2) Schmarotzern und Vertilgern schädlicher Insekten, die diese Insekten in Grenzen halten sollen und die zwischen amtlich anerkannten Instituten ausgetauscht werden;

die unter Ziffer 1 und 2 genannten Ausnahmen finden jedoch bei Wertbriefen keine Anwendung;

d) explosive, entflammbare oder andere gefährliche Stoffe; jedoch fallen die in Artikel 23 genannten leicht verderblichen biologischen und radioaktiven Stoffe nicht unter dieses Verbot;

e) obszöne oder unsittliche Gegenstände;

f) Gegenstände, deren Einfuhr oder Verbreitung im Bestimmungsland verboten ist.

5. Chaque Administration doit veiller dans toute la mesure possible à ce que les renseignements concernant les interdictions en vigueur dans son pays, visées au paragraphe 4, lettre f), et communiquées au Bureau international conformément au Règlement d'exécution, soient énoncés de façon claire, précise et détaillée et qu'ils soient tenus à jour.

6. Les envois qui contiennent les objets mentionnés au paragraphe 4 et qui ont été admis à tort à l'expédition sont traités selon la législation du pays de l'Administration qui en constate la présence. Les lettres ne peuvent pas contenir de documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle échangés entre personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux. Si elle en constate la présence, l'Administration du pays d'origine ou de destination les traite selon sa législation.

7. Toutefois, les envois qui contiennent les objets visés au paragraphe 4, lettres b), d) et e), ne sont en aucun cas ni acheminés à destination, ni livrés aux destinataires, ni renvoyés à l'origine. L'Administration de destination peut livrer au destinataire la partie du contenu qui ne tombe pas sous le coup d'une interdiction.

8. Dans les cas où un envoi admis à tort à l'expédition n'est ni renvoyé à l'origine, ni remis au destinataire, l'Administration d'origine doit être informée sans délai du traitement appliqué à l'envoi. Cette information doit indiquer de manière précise l'interdiction sous le coup de laquelle tombe l'envoi ainsi que les objets qui ont donné lieu à saisie. Un envoi admis à tort qui est renvoyé à l'origine doit être accompagné d'une information analogue.

9. Est d'ailleurs réservé le droit de tout Pays-membre de ne pas effectuer, sur son territoire, le transport en transit à découvert des envois de la poste aux lettres, autres que les lettres, les cartes postales et les cécogrammes, à l'égard desquels il n'a pas été satisfait aux dispositions légales qui règlent les conditions de leur publication ou de leur circulation dans ce pays. Ces envois doivent être renvoyés à l'Administration d'origine.

Article 42

Contrôle douanier

L'Administration postale du pays d'origine et celle du pays de destination sont autorisées à soumettre au contrôle douanier, selon la législation de ces pays, les envois de la poste aux lettres.

Article 43

Taxe de présentation à la douane

Les envois soumis au contrôle douanier dans le pays d'origine ou de destination, selon le cas, peuvent être frappés au titre postal, soit pour la remise à la douane et le dédouanement, soit pour la remise à la douane seulement, de la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre m).

Article 44

Droits de douane et autres droits

Les Administrations postales sont autorisées à percevoir sur les expéditeurs ou sur les destinataires des envois, selon le cas, les droits de douane et tous autres droits éventuels.

Article 45

Envois francs de taxes et de droits

1. Dans les relations entre les Pays-membres dont les Administrations postales se sont déclarées d'accord à cet égard, les expéditeurs peuvent prendre à leur charge, moyennant déclaration préalable au bureau d'origine, la totalité des taxes et des droits dont les envois sont grevés à la livraison. Tant qu'un envoi n'a pas été remis au destinataire, l'expéditeur peut, postérieure-

5. Jede Verwaltung muß ihr Möglichstes tun, um zu gewährleisten, daß die dem Internationalen Büro entsprechend der Vollzugsordnung mitgeteilten Auskünfte über in ihrem Land geltende Verbote nach § 4 Buchstabe f klar, genau und ausführlich abgefaßt und auf dem neuesten Stand gehalten werden.

6. Sendungen, die in § 4 genannte Gegenstände enthalten und zu Unrecht zur Beförderung angenommen worden sind, werden nach den Rechtsvorschriften des Landes behandelt, dessen Verwaltung ihr Vorhandensein feststellt. Briefe dürfen keine Schriftstücke enthalten, die den Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung haben und die zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden. Wenn die Verwaltung des Einlieferungs- oder des Bestimmungslandes solche Briefe feststellt, behandelt sie diese nach ihren Inlandsvorschriften.

7. Sendungen, die in § 4 Buchstaben b, d und e genannte Gegenstände enthalten, werden jedoch auf keinen Fall zum Bestimmungsort befördert, den Empfängern ausgeliefert oder an den Einlieferungsort zurückgesandt. Die Bestimmungsverwaltung kann dem Empfänger den Teil des Inhalts aushändigen, der nicht unter ein Verbot fällt.

8. Falls eine zu Unrecht zur Beförderung angenommene Sendung weder an den Einlieferungsort zurückgesandt noch dem Empfänger ausgehändigt wird, muß die Einlieferungsverwaltung unverzüglich über die weitere Behandlung der Sendung unterrichtet werden. Hierbei müssen das Verbot, unter das die Sendung fällt, sowie die Gegenstände, die Anlaß zur Beschlagnahme gegeben haben, genau angegeben werden. Einer zu Unrecht angenommenen Sendung, die an den Einlieferungsort zurückgesandt wird, muß eine entsprechende Mitteilung beigefügt werden.

9. Außerdem ist jedem Mitgliedsland das Recht vorbehalten, auf seinem Gebiet die Beförderung von Briefsendungen im offenen Durchgang mit Ausnahme von Briefen, Postkarten und Blindensendungen auszuschließen, wenn diese den gesetzlichen Bestimmungen über ihre Veröffentlichung oder Verbreitung in diesem Land nicht genügen. Diese Sendungen müssen an die Einlieferungsverwaltung zurückgesandt werden.

Artikel 42

Zollkontrolle

Die Postverwaltungen des Einlieferungs- und des Bestimmungslandes können nach den Rechtsvorschriften dieser Länder Briefsendungen der Zollkontrolle unterwerfen.

Artikel 43

Gestellungsgebühr

Die im Einlieferungs- oder im Bestimmungsland der Zollkontrolle unterliegenden Sendungen können seitens der Post entweder für die Zollgestellung und die Verzollung oder nur für die Zollgestellung mit der in Artikel 26 § 1 Buchstabe m vorgesehenen besonderen Gebühr belegt werden.

Artikel 44

Zollabgaben und andere Abgaben

Die Postverwaltungen dürfen von den Absendern oder Empfängern von Sendungen Zollabgaben und alle anderen gegebenenfalls anfallenden Abgaben erheben.

Artikel 45

Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Sendungen

1. Im Verkehr zwischen Mitgliedsländern, deren Postverwaltungen sich damit einverstanden erklärt haben, können die Absender durch vorherige Erklärung beim Einlieferungsamt sämtliche Gebühren und Abgaben übernehmen, mit denen Sendungen bei der Auslieferung belastet werden. Solange eine Sendung dem Empfänger noch nicht ausgeliefert worden ist, kann der Absender

ment au dépôt, demander que l'envoi soit remis franc de taxes et de droits.

2. Dans les cas prévus au paragraphe 1, les expéditeurs doivent s'engager à payer les sommes qui pourraient être réclamées par le bureau de destination et, le cas échéant, verser des arrhes suffisantes.

3. L'Administration d'origine perçoit sur l'expéditeur la taxe prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre n), chiffre 1°, qu'elle garde comme rémunération pour les services fournis dans le pays d'origine.

4. En cas de demande formulée postérieurement au dépôt, l'Administration d'origine perçoit en outre la taxe additionnelle prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre n), chiffre 2°. Si la demande doit être transmise par voie télégraphique ou par tout autre moyen de télécommunication, l'expéditeur doit payer en outre la taxe correspondante.

5. L'Administration de destination est autorisée à percevoir, par envoi, la taxe de commission prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre n), chiffre 3°. Cette taxe est indépendante de celle qui est prévue à l'article 43. Elle est perçue sur l'expéditeur au profit de l'Administration de destination.

6. Toute Administration a le droit de limiter le service des envois francs de taxes et de droits aux envois recommandés et aux lettres avec valeur déclarée.

auch nach der Einlieferung die gebühren- und abgabenfreie Auslieferung der Sendung beantragen.

2. In den in § 1 vorgesehenen Fällen haben die Absender sich zur Zahlung der gegebenenfalls vom Bestimmungsamt geforderten Beträge zu verpflichten und ausreichende Vorauszahlungen zu leisten.

3. Die Einlieferungsverwaltung erhebt vom Absender die in Artikel 26 § 1 Buchstabe n Nr. 1 vorgesehene Gebühr, die sie als Vergütung für im Einlieferungsland geleistete Dienste behält.

4. Bei einem nach der Einlieferung gestellten Antrag erhebt die Einlieferungsverwaltung außerdem die zusätzliche Gebühr nach Artikel 26 § 1 Buchstabe n Ziffer 2. Soll der Antrag telegrafisch oder mittels irgendeines anderen Fernmeldedienstes übermittelt werden, so muß der Absender außerdem die entsprechende Gebühr zahlen.

5. Die Bestimmungsverwaltung darf für jede Sendung die Gebührenzettelgebühr nach Artikel 26 § 1 Buchstabe n Nr. 3 erheben. Diese Gebühr ist von der in Artikel 43 vorgesehenen Gebühr unabhängig. Sie wird vom Absender zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben.

6. Jede Verwaltung kann die gebühren- und abgabenfreie Auslieferung auf Einschreibsendungen und Wertbriefe beschränken.

Article 46

Annulation des droits de douane et autres droits

Les Administrations postales s'engagent à intervenir auprès des services intéressés de leur pays pour que les droits de douane et autres droits soient annulés sur les envois renvoyés à l'origine, détruits pour cause d'avarie complète du contenu ou réexpédiés sur un pays tiers.

Artikel 46

Niederschlagung von Zollabgaben und anderen Abgaben

Die Postverwaltungen verpflichten sich, sich bei den zuständigen Stellen ihres Landes dafür einzusetzen, daß Zollabgaben und andere Abgaben für Sendungen niedergeschlagen werden, die an den Einlieferungsort zurückgesandt, wegen vollständiger Beschädigung des Inhalts vernichtet oder nach einem dritten Land nachgesandt werden.

Article 47

Réclamations

1. Les réclamations des usagers sont admises dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour du dépôt d'un envoi.

2. Chaque Administration est tenue de traiter les réclamations dans le plus bref délai possible.

3. Chaque Administration est tenue d'accepter les réclamations concernant tout envoi déposé dans les services des autres Administrations.

4. Sauf si l'expéditeur a déjà acquitté la taxe pour un avis de réception, chaque réclamation peut donner lieu à la perception de la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre o). Si l'emploi de la voie télégraphique est demandé, la taxe télégraphique de transmission de la réclamation et, le cas échéant, dans les relations entre deux pays admettant cette procédure, celle de la réponse sont perçues en sus de la taxe de réclamation. En cas d'utilisation de télégrammes pour la réponse, la taxe télégraphique est celle d'un télégramme avec réponse payée, calculée sur la base de 15 mots. Lorsqu'il est fait usage du télex, la taxe télégraphique perçue sur l'expéditeur s'élève, en principe, au même montant que celui perçu pour transmettre la réclamation par télex. S'il est formulé une demande de transmission par d'autres moyens de télécommunication ou par le service EMS, les taxes normalement perçues au titre de ces services peuvent l'être auprès du demandeur. A titre de réciprocité, il est renoncé à la récupération des coûts d'une réponse transmise par d'autres moyens de télécommunication ou par le service EMS.

5. Si la réclamation concerne plusieurs envois déposés simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, il n'est perçu qu'une seule taxe. Cependant,

Artikel 47

Nachforschungsanträge

1. Nachforschungsanträge der Postbenutzer sind innerhalb eines Jahres, vom Tag nach der Einlieferung einer Sendung an gerechnet, zulässig.

2. Jede Verwaltung ist verpflichtet, die Nachforschungsanträge so schnell wie möglich zu bearbeiten.

3. Jede Verwaltung ist verpflichtet, Nachforschungsanträge entgegenzunehmen, die im Bereich anderer Verwaltungen eingelieferte Sendungen betreffen.

4. Für jeden Nachforschungsantrag kann die in Artikel 26 § 1 Buchstabe o vorgesehene besondere Gebühr erhoben werden, sofern der Absender die Gebühr für einen Rückschein nicht bereits entrichtet hat. Wird eine telegrafische Übermittlung verlangt, so werden außer der Nachforschungsgebühr die Telegrammgebühr für die Übermittlung des Nachforschungsantrags und, im Verkehr zwischen zwei Ländern, die dieses Verfahren zulassen, gegebenenfalls die Gebühr für die Antwort erhoben. Im Falle einer telegrafischen Antwort entspricht die Telegrammgebühr der Gebühr für ein Telegramm mit bezahlter Antwort, die auf der Grundlage von 15 Wörtern berechnet wird. Bei Benutzung des Telexweges ist die vom Absender erhobenene Telegrammgebühr grundsätzlich gleich der für die Übermittlung des Antrags mit Telex erhobenen Gebühr. Wird ein Antrag auf Übermittlung über andere Fernmeldedienste oder über den EMS-Dienst gestellt, so dürfen die üblicherweise für diese Dienste erhobenen Gebühren vom Antragsteller erhoben werden. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit wird auf die Rückerstattung der Kosten für eine über andere Fernmeldedienste oder über den EMS-Dienst übermittelte Antwort verzichtet.

5. Betrifft der Nachforschungsantrag mehrere Sendungen, die derselbe Absender gleichzeitig beim selben Postamt an denselben Empfänger eingeliefert hat, so wird die Gebühr nur einmal

s'il s'agit d'envois recommandés ou de lettres avec valeur déclarée qui ont dû, à la demande de l'expéditeur, être acheminés par différentes voies, il est perçu une taxe pour chacune des voies utilisées.

6. Si la réclamation a été motivée par une faute de service, la taxe spéciale visée au paragraphe 4 est restituée par l'Administration qui l'a perçue; toutefois, cette taxe ne peut en aucun cas être exigée de l'Administration à laquelle incombe le paiement de l'indemnité.

Chapitre II

Envois recommandés, envois à livraison attestée et lettres avec valeur déclarée

Article 48

Admission des envois recommandés

1. Les envois de la poste aux lettres désignés à l'article 19 peuvent être expédiés sous recommandation.

2. Un récépissé doit être délivré gratuitement, au moment du dépôt, à l'expéditeur d'un envoi recommandé.

3. Si la législation intérieure des pays d'origine et de destination le permet, les lettres recommandées sous enveloppe close peuvent contenir des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux.

Article 49

Admission des envois à livraison attestée

1. Les envois de la poste aux lettres visés à l'article 19 peuvent être expédiés par le service des envois à livraison attestée aux Administrations et par les Administrations acceptant de les admettre.

2. Lors du dépôt, il est remis gratuitement un récépissé à l'expéditeur d'un envoi de l'espèce.

Article 50

Taxes des envois recommandés

1. La taxe des envois recommandés doit être acquittée à l'avance. Elle se compose:

a) de la taxe d'affranchissement de l'envoi, selon sa catégorie;

b) de la taxe fixe de recommandation prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre p).

2. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les Administrations peuvent percevoir les taxes spéciales prévues à l'article 26, paragraphe 1, lettre p), colonne 3, chiffre 2°.

3. Les Administrations postales disposées à se charger des risques pouvant résulter du cas de force majeure sont autorisées à percevoir la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre r).

Article 51

Taxes applicables aux envois à livraison attestée

La taxe est acquittée à l'avance. Elle comprend:

a) la taxe d'affranchissement correspondant à la catégorie de l'envoi;

b) la taxe de livraison attestée fixée par l'Administration d'origine, qui doit être inférieure à la taxe de recommandation.

erhoben. Handelt es sich jedoch um Einschreibsendungen oder Wertbriefe, die auf Verlangen des Absenders auf verschiedenen Leitwegen versandt werden mußten, so wird für jeden benutzten Leitweg eine Gebühr erhoben.

6. Ist ein Dienstversehen der Grund für den Nachforschungsantrag, so wird die besondere Gebühr nach § 4 von der Verwaltung erstattet, die sie erhoben hat; diese Gebühr kann jedoch in keinem Fall von der Verwaltung gefordert werden, die die Entschädigung zu zahlen hat.

Kapitel II

Einschreibsendungen, Sendungen mit Zustellnachweis und Wertbriefe

Artikel 48

Zulassung von Einschreibsendungen

1. Die in Artikel 19 genannten Briefsendungen können eingeschrieben versandt werden.

2. Dem Absender einer Einschreibsendung ist bei der Einlieferung unentgeltlich ein Einlieferungsschein auszuhändigen.

3. Wenn die Inlandsvorschriften der Einlieferungs- und der Bestimmungsländer dies zulassen, dürfen verschlossene Einschreibbriefe Münzen, Banknoten, Geldscheine oder auf den Inhaber lautende Wertpapiere, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand sowie Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände enthalten.

Artikel 49

Zulassung von Sendungen mit Zustellnachweis

1. Die in Artikel 19 genannten Briefsendungen können als Sendungen mit Zustellnachweis zu und von Verwaltungen befördert werden, die bereit sind, diese Sendungen entgegenzunehmen.

2. Bei der Einlieferung einer solchen Sendung wird dem Absender unentgeltlich ein Einlieferungsschein ausgehändigt.

Artikel 50

Gebühren für Einschreibsendungen

1. Die Gebühr für Einschreibsendungen muß im voraus entrichtet werden. Sie setzt sich zusammen aus:

a) der der Sendungsart entsprechenden Freimachungsgebühr;

b) der in Artikel 26 § 1 Buchstabe p vorgesehenen festen Einschreibgebühr.

2. Falls außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, können die Verwaltungen die in Artikel 26 § 1 Buchstabe p Spalte 3 Ziffer 2 vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

3. Postverwaltungen, die bereit sind, in Fällen höherer Gewalt zu haften, können die in Artikel 26 § 1 Buchstabe r vorgesehene Gebühr erheben.

Artikel 51

Gebühren für Sendungen mit Zustellnachweis

Die Gebühr wird im voraus entrichtet und umfaßt:

a) die der Sendungsart entsprechende Freimachungsgebühr,

b) die von der Einlieferungsverwaltung festgesetzte Gebühr für den Zustellnachweis, die niedriger als die Einschreibgebühr sein muß.

Article 52

Admission des lettres avec valeur déclarée

1. Les lettres contenant des valeurs-papier, des documents ou des objets de valeur et dénommées «lettres avec valeur déclarée» peuvent être échangées avec assurance du contenu pour la valeur déclarée par l'expéditeur. Cet échange est limité aux relations entre les Pays-membres dont les Administrations postales se sont déclarées d'accord pour accepter ces envois soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens.

2. Un récépissé doit être délivré gratuitement, au moment du dépôt, à l'expéditeur d'une lettre avec valeur déclarée.

3. Les Administrations prennent les mesures nécessaires pour assurer, autant que possible, le service des lettres avec valeur déclarée dans tous les bureaux de leur pays.

Artikel 52

Zulassung von Wertbriefen

1. Wertpapiere, Dokumente oder Wertgegenstände enthaltende Briefe, die als „Wertbriefe" bezeichnet werden, können nach Versicherung des Inhalts zu dem vom Absender angegebenen Wert ausgetauscht werden. Dieser Austausch ist auf den Verkehr zwischen Mitgliedsländern beschränkt, deren Postverwaltungen sich bereit erklärt haben, diese Sendungen im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung entgegenzunehmen.

2. Dem Absender eines Wertbriefes ist bei der Einlieferung unentgeltlich ein Einlieferungsschein auszuhändigen.

3. Die Verwaltungen treffen die zur Wahrnehmung des Wertbriefdienstes bei möglichst allen Postämtern ihres Landes erforderlichen Vorkehrungen.

Article 53

Lettres avec valeur déclarée. Déclaration de valeur

1. Le montant de la déclaration de valeur est en principe illimité.

2. Chaque Administration a, toutefois, la faculté de limiter la déclaration de valeur, en ce qui la concerne, à un montant qui ne peut être inférieur à 3266,91 DTS ou à un montant au moins égal à celui adopté dans son service intérieur s'il est inférieur à 3266,91 DTS.

3. Dans les relations entre pays qui ont adopté des maximums différents, la limite la plus basse doit être observée de part et d'autre.

4. La déclaration de valeur ne peut dépasser la valeur réelle du contenu de l'envoi, mais il est permis de ne déclarer qu'une partie de cette valeur; le montant de la déclaration des papiers représentant une valeur à raison de leurs frais d'établissement ne peut dépasser les frais de remplacement éventuels de ces documents en cas de perte.

5. Toute déclaration frauduleuse d'une valeur supérieure à la valeur réelle du contenu d'un envoi est passible des poursuites judiciaires prévues par la législation du pays d'origine.

Artikel 53

Wertbriefe. Wertangabe

1. Die Höhe der Wertangabe ist grundsätzlich unbegrenzt.

2. Jede Verwaltung kann jedoch in ihrem Bereich die Wertangabe auf einen Betrag, der nicht unter 3266,91 SZR liegen darf, oder auf einen Betrag begrenzen, der mindestens dem in ihrem Inlandsdienst geltenden Betrag entspricht, sofern dieser niedriger als 3266,91 SZR ist.

3. Im Verkehr zwischen Ländern, die unterschiedliche Höchstbeträge festgesetzt haben, muß beiderseits die unterste Wertgrenze eingehalten werden.

4. Die Wertangabe darf den tatsächlichen Wert des Inhalts der Sendung nicht übersteigen; es ist jedoch gestattet, nur einen Teil dieses Wertes anzugeben; die Wertangabe bei Papieren, deren Wert in den Kosten für ihre Ausfertigung besteht, darf die im Verlustfall für die Neuausfertigung aufzuwendenden Kosten nicht übersteigen.

5. Jede betrügerische Angabe eines höheren als des tatsächlichen Wertes des Inhalts einer Sendung unterliegt der gerichtlichen Verfolgung nach den Rechtsvorschriften des Einlieferungslandes.

Article 54

Taxes des lettres avec valeur déclarée

1. La taxe des lettres avec valeur déclarée doit être acquittée à l'avance. Elle se compose:

a) de la taxe d'affranchissement ordinaire;

b) de la taxe fixe de recommandation prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre p);

c) de la taxe d'assurance prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre q).

2. Dans les cas où des mesures de sécurité exceptionnelles sont nécessaires, les Administrations peuvent percevoir les taxes spéciales prévues à l'article 26, paragraphe 1, lettre p), colonne 3, chiffre 2°.

Artikel 54

Gebühren für Wertbriefe

1. Die Gebühr für Wertbriefe muß im voraus entrichtet werden. Sie setzt sich zusammen aus:

a) der gewöhnlichen Freimachungsgebühr;

b) der in Artikel 26 § 1 Buchstabe p vorgesehenen festen Einschreibgebühr;

c) der in Artikel 26 § 1 Buchstabe q vorgesehenen Wertgebühr.

2. Falls außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, können die Verwaltungen die in Artikel 26 § 1 Buchstabe p Spalte 3 Nr. 2 vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

Article 55

Avis de réception

1. L'expéditeur d'un envoi recommandé, d'un envoi à livraison attestée ou d'une lettre avec valeur déclarée peut demander un avis de réception au moment du dépôt en payant la taxe prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre s). L'avis de réception est renvoyé à l'expéditeur par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface).

2. Lorsque l'expéditeur réclame un avis de réception qui ne lui est pas parvenu dans des délais normaux, il n'est perçu ni une deuxième taxe, ni la taxe prévue à l'article 47 pour les réclamations.

Artikel 55

Rückschein

1. Der Absender einer Einschreibsendung, einer Sendung mit Zustellnachweis oder eines Wertbriefs kann bei der Einlieferung gegen Entrichtung der in Artikel 26 § 1 Buchstabe s vorgesehenen Gebühr einen Rückschein verlangen. Der Rückschein wird auf dem schnellsten Wege (Luftweg oder Land- und Seeweg) an den Absender zurückgesandt.

2. Wenn der Absender nach einem Rückschein, der innerhalb der üblichen Frist nicht zu ihm zurückgelangt ist, nachforscht, wird weder eine zweite noch die in Artikel 47 für Nachforschungen vorgesehene Gebühr erhoben.

Article 56

Remise en main propre

1. Dans les relations entre les Administrations qui ont donné leur consentement, les envois recommandés, les envois à livraison attestée et les lettres avec valeur déclarée sont, à la demande de l'expéditeur, remis en main propre. Les Administrations peuvent convenir de n'admettre cette faculté que pour les envois recommandés, les envois à livraison attestée et les lettres avec valeur déclarée accompagnés d'un avis de réception. Dans les trois cas, l'expéditeur paie la taxe spéciale prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre t).

2. Les Administrations ne sont tenues de faire un second essai de remise de ces envois que si celui-ci est supposé aboutir et si la réglementation intérieure le permet.

Chapitre III

Responsabilité

Article 57

Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés

1. Les Administrations postales répondent de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des envois recommandés. Leur responsabilité est engagée tant pour les envois transportés à découvert que pour ceux qui sont acheminés en dépêches closes.

2. Les Administrations peuvent s'engager à couvrir aussi les risques pouvant découler d'un cas de force majeure. Elles sont alors responsables, envers les expéditeurs des envois déposés dans leur pays, des pertes dues à un cas de force majeure qui surviennent durant le parcours tout entier des envois, y compris éventuellement le parcours de réexpédition ou de renvoi à l'origine.

3. En cas de perte d'un envoi recommandé, l'expéditeur a droit à une indemnité dont le montant est fixé à 24,50 DTS par envoi; ce montant peut être porté à 122,51 DTS pour chacun des sacs spéciaux contenant les imprimés visés à l'article 20, paragraphe 10, et expédiés sous recommandation.

4. En cas de spoliation ou d'avarie d'un envoi recommandé et sous réserve que l'emballage ait été reconnu suffisant pour garantir efficacement le contenu contre les risques accidentels de spoliation ou d'avarie, l'expéditeur a droit à une indemnité correspondant, en principe, au montant réel du dommage; les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération. Cependant, cette indemnité ne peut en aucun cas dépasser le montant fixé au paragraphe 3.

5. L'expéditeur a la faculté de se désister de ce droit en faveur du destinataire. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité, si la législation intérieure le permet.

6. Par dérogation au paragraphe 4, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'un envoi spolié ou avarié. Il peut se désister de ses droits en faveur de l'expéditeur.

7. L'Administration d'origine a la faculté de verser aux expéditeurs dans son pays les indemnités prévues par sa législation intérieure pour les envois recommandés, à condition qu'elles ne soient pas inférieures à celles qui sont fixées au paragraphe 3. Il en est de même pour l'Administration de destination lorsque l'indemnité est payée au destinataire en vertu du paragraphe 6. Les montants fixés au paragraphe 3 restent cependant applicables:

1° en cas de recours contre l'Administration responsable;

2° si l'expéditeur se désiste de ses droits en faveur du destinataire ou inversement.

Artikel 56

Eigenhändige Zustellung

1. Im Verkehr zwischen Verwaltungen, die sich damit einverstanden erklärt haben, werden Einschreibsendungen, Sendungen mit Zustellnachweis und Wertbriefe auf Verlangen des Absenders eigenhändig zugestellt. Die Verwaltungen können vereinbaren, diese Möglichkeit nur für Einschreibsendungen, Sendungen mit Zustellnachweis und Wertbriefe mit Rückschein zuzulassen. In allen drei Fällen zahlt der Absender die in Artikel 26 § 1 Buchstabe t vorgesehene besondere Gebühr.

2. Die Verwaltungen sind nur dann verpflichtet, einen zweiten Zustellversuch zu unternehmen, wenn dieser Erfolg verspricht und wenn die Inlandsvorschriften dies zulassen.

Kapitel III

Haftung

Artikel 57

Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen

1. Die Postverwaltungen haften für Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Einschreibsendungen. Ihre Haftung erstreckt sich sowohl auf Sendungen des offenen Durchgangs als auch auf in Kartenschlüssen beförderte Sendungen.

2. Die Verwaltungen können sich verpflichten, auch im Falle höherer Gewalt zu haften. Sie haften dann gegenüber den Absendern in ihrem Land eingelieferter Sendungen für durch höhere Gewalt verursachte Verluste, die auf der gesamten Beförderungsstrecke der Sendungen, gegebenenfalls einschließlich der Beförderungsstrecke für die Nachsendung oder die Rücksendung an den Einlieferungsort, eintreten.

3. Beim Verlust einer Einschreibsendung hat der Absender Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von 24,50 SZR je Sendung; dieser Betrag kann für jeden in Artikel 20 § 10 genannten, unter Einschreiben versandten besonderen Beutel mit Drucksachen auf 122,51 SZR erhöht werden.

4. Bei Beraubung oder Beschädigung einer Einschreibsendung und unter dem Vorbehalt, daß die Verpackung zum wirksamen Schutz des Inhalts gegen zufällige Beraubungs- oder Beschädigungsrisiken als ausreichend anerkannt worden ist, hat der Absender Anspruch auf eine grundsätzlich dem tatsächlichen Schaden entsprechende Entschädigung; mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn werden nicht berücksichtigt. Jedoch darf diese Entschädigung auf keinen Fall den in § 3 festgesetzten Betrag überschreiten.

5. Der Absender kann diesen Anspruch an den Empfänger abtreten. Wenn die Inlandsvorschriften es gestatten, kann der Absender oder der Empfänger einen Dritten bevollmächtigen, die Entschädigung in Empfang zu nehmen.

6. Abweichend von § 4 hat der Empfänger Anspruch auf die Entschädigung, nachdem er eine beraubte oder beschädigte Sendung in Empfang genommen hat. Er kann seine Ansprüche an den Absender abtreten.

7. Die Einlieferungsverwaltung kann den Absendern in ihrem Land die von ihren Inlandsvorschriften für Einschreibsendungen vorgesehenen Entschädigungen zahlen; diese dürfen jedoch nicht niedriger sein als die in § 3 festgelegten Entschädigungen. Dasselbe gilt für die Bestimmungsverwaltung, wenn die Entschädigung nach § 6 an den Empfänger gezahlt wird. Die in § 3 festgelegten Beträge gelten jedoch weiterhin:

1) im Falle eines Rückgriffs auf die haftende Verwaltung;

2) wenn der Absender seine Ansprüche an den Empfänger abtritt oder umgekehrt.

Article 58

Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Envois à livraison attestée

1. Les Administrations postales ne répondent que de la perte des envois à livraison attestée. Leur responsabilité est engagée tant pour les envois transportés à découvert que pour ceux qui sont acheminés en dépêches closes.

2. La spoliation totale ou l'avarie totale du contenu des envois à livraison attestée est assimilée à la perte, sous réserve que l'emballage ait été reconnu comme suffisant pour protéger efficacement le contenu contre les risques de vol ou d'avarie.

3. En cas de perte d'un envoi à livraison attestée, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées.

Artikel 58

Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Sendungen mit Zustellnachweis

1. Die Postverwaltungen haften nur für den Verlust von Sendungen mit Zustellnachweis. Ihre Haftung erstreckt sich sowohl auf im offenen Durchgang als auch auf in Kartenschlüssen beförderte Sendungen.

2. Die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung des Inhalts von Sendungen mit Zustellnachweis wird dem Verlust gleichgesetzt unter dem Vorbehalt, daß die Verpackung als ausreichender und wirksamer Schutz des Inhalts gegen Diebstahl oder Beschädigung anerkannt worden ist.

3. Bei Verlust einer Sendung mit Zustellnachweis hat der Absender Anspruch auf die Erstattung der entrichteten Gebühren.

Article 59

Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée

1. Les Administrations postales répondent de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des lettres avec valeur déclarée, sauf dans les cas prévus à l'article 61. Leur responsabilité est engagée tant pour les lettres transportées à découvert que pour celles qui sont acheminées en dépêches closes.

2. Les Administrations peuvent s'engager à couvrir aussi les risques pouvant découler d'un cas de force majeure. Elles sont alors responsables, envers les expéditeurs des lettres déposées dans leur pays, des pertes, spoliations ou avaries dues à un cas de force majeure qui surviennent durant le parcours tout entier des envois, y compris éventuellement le parcours de réexpédition ou de renvoi à l'origine.

3. L'expéditeur a droit à une indemnité correspondant, en principe, au montant réel de la perte, de la spoliation ou de l'avarie; les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération. Cependant, cette indemnité ne peut en aucun cas dépasser le montant, en DTS, de la valeur déclarée. En cas de réexpédition ou de renvoi à l'origine par voie de surface d'une lettre-avion avec valeur déclarée, la responsabilité est limitée, pour le second parcours, à celle qui est appliquée aux envois acheminés par cette voie.

4. Par dérogation au paragraphe 3, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'une lettre avec valeur déclarée spoliée ou avariée.

5. L'indemnité est calculée d'après le prix courant, converti en DTS, des objets de valeur de même nature, au lieu et à l'époque où ils ont été acceptés au transport; à défaut de prix courant, l'indemnité est calculée d'après la valeur ordinaire des objets évalués sur les mêmes bases.

6. Lorsqu'une indemnité est due pour la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'une lettre avec valeur déclarée, l'expéditeur ou, par application du paragraphe 4, le destinataire a droit, en outre, à la restitution des taxes et droits acquittés, à l'exception de la taxe d'assurance qui reste acquise, dans tous les cas, à l'Administration d'origine.

7. L'expéditeur a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 3 en faveur du destinataire. Inversement, le destinataire a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 4 en faveur de l'expéditeur. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité si la législation intérieure le permet.

Artikel 59

Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen. Wertbriefe

1. Die Postverwaltungen haften für Verlust, Beraubung und Beschädigung von Wertbriefen außer in den in Artikel 61 vorgesehenen Fällen. Ihre Haftung erstreckt sich sowohl auf im offenen Durchgang als auch auf in Kartenschlüssen beförderte Briefe.

2. Die Verwaltungen können sich verpflichten, auch im Falle höherer Gewalt zu haften. Sie haften dann gegenüber den Absendern in ihrem Land eingelieferter Briefe für Verlust, Beraubung oder Beschädigung, die auf der gesamten Beförderungsstrecke der Sendungen, gegebenenfalls einschließlich der Beförderungsstrecke für die Nachsendung oder die Rücksendung an den Einlieferungsort, durch höhere Gewalt verursacht wird.

3. Grundsätzlich hat der Absender Anspruch auf eine der tatsächlichen Höhe des Verlusts, der Beraubung oder der Beschädigung entsprechende Entschädigung; mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn werden nicht berücksichtigt. Jedoch darf diese Entschädigung keinesfalls den in SZR ausgedrückten Betrag der Wertangabe überschreiten. Im Falle der Nach- oder Rücksendung eines Luftpostwertbriefes auf dem Land- und Seeweg ist die Haftung für die zweite Beförderungsstrecke auf den Höchstbetrag beschränkt, der für auf diesem Weg beförderte Sendungen gilt.

4. Abweichend von § 3 hat der Empfänger Anspruch auf Entschädigung, nachdem er einen beraubten oder beschädigten Wertbrief in Empfang genommen hat.

5. Die Entschädigung wird nach dem in SZR umgerechneten handelsüblichen Preis für gleichartige Wertgegenstände am Ort und zur Zeit ihrer Annahme zur Beförderung berechnet; mangels eines handelsüblichen Preises wird die Entschädigung nach dem auf derselben Grundlage geschätzten gewöhnlichen Wert der Gegenstände berechnet.

6. Wenn für den Verlust, die völlige Beraubung oder die vollständige Beschädigung eines Wertbriefs eine Entschädigung zu zahlen ist, hat der Absender oder, in Anwendung des § 4, der Empfänger außerdem Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren und Abgaben mit Ausnahme der Wertgebühr, die in allen Fällen der Einlieferungsverwaltung verbleibt.

7. Der Absender kann die in § 3 vorgesehenen Ansprüche an den Empfänger abtreten. Umgekehrt kann der Empfänger seine in § 4 vorgesehenen Ansprüche an den Absender abtreten. Der Empfänger oder der Absender kann einen Dritten zur Entgegennahme der Entschädigung bevollmächtigen, sofern die Inlandsvorschriften dies zulassen.

Article 60

Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés et envois à livraison attestée

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des envois recommandés et des envois à livraison attestée dont elles ont effectué la remise, soit dans les conditions prescrites par leur réglementation pour les envois de même nature, soit dans les conditions prévues à l'article 12, paragraphe 3. La responsabilité est toutefois maintenue lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison de l'envoi recommandé et des envois à livraison attestée ou lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur, s'il y a renvoi à l'origine, formule des réserves en prenant livraison d'un envoi spolié ou avarié.

2. Les Administrations postales ne sont pas responsables:

1° de la perte d'envois recommandés ou d'envois à livraison attestée:

a) en cas de force majeure; l'Administration dans le service de laquelle la perte a eu lieu doit décider, suivant la législation de son pays, si cette perte est due à des circonstances constituant un cas de force majeure; celles-ci sont portées à la connaissance de l'Administration du pays d'origine, si cette dernière le demande. Toutefois, la responsabilité subsiste en cas de perte d'envois recommandés à l'égard de l'Administration du pays expéditeur qui a accepté de couvrir les risques de force majeure (article 57, paragraphe 2);

b) lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des envois par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;

c) lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 47, paragraphe 1;

2° des envois recommandés ou des envois à livraison attestée qui, selon notification de l'Administration du pays de destination, ont été retenus ou saisis en vertu de la législation de ce pays;

3° des envois recommandés ou des envois à livraison attestée confisqués ou détruits par l'autorité compétente, lorsqu'il s'agit d'envois dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 41, paragraphes 2, 3, lettre b), et 4;

4° des envois recommandés ou des envois à livraison attestée ayant subi une avarie provenant de la nature du contenu de l'envoi.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane conformément à l'article 41, paragraphe 4, lettre f), lors de la vérification des envois de la poste aux lettres soumis au contrôle douanier.

Article 61

Non-responsabilité des Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des lettres avec valeur déclarée dont elles ont effectué la remise soit dans les conditions prescrites par leur réglementation intérieure pour les envois de même nature, soit dans les conditions prévues à l'article 12, paragraphe 3; la responsabilité est toutefois maintenue:

a) lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison de l'envoi ou lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur s'il y a renvoi à l'origine, formule des réserves en prenant livraison d'un envoi spolié ou avarié;

Artikel 60

Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen und Sendungen mit Zustellnachweis

1. Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung für Einschreibsendungen und Sendungen mit Zustellnachweis befreit, die sie entweder nach ihren Inlandsvorschriften für gleichartige Sendungen oder unter den in Artikel 12 § 3 vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert haben. Die Haftung bleibt jedoch bestehen, wenn eine Beraubung oder eine Beschädigung entweder vor oder bei der Aushändigung der Einschreibsendung oder der Sendung mit Zustellnachweis festgestellt wird oder wenn der Empfänger, bei der Rücksendung an den Einlieferungsort gegebenenfalls der Absender, bei der Entgegennahme einer beraubten oder beschädigten Sendung Vorbehalte macht, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist.

2. Die Postverwaltungen haften nicht

1) für den Verlust von Einschreibsendungen oder Sendungen mit Zustellnachweis:

a) im Fall höherer Gewalt. Die Verwaltung, in deren Dienstbereich der Verlust eingetreten ist, muß nach den Rechtsvorschriften ihres Landes entscheiden, ob dieser Verlust auf Umstände zurückzuführen ist, die einen Fall höherer Gewalt darstellen; diese Umstände sind der Verwaltung des Einlieferungslandes mitzuteilen, sofern diese es verlangt. Die Haftpflicht bleibt jedoch beim Verlust von Einschreibsendungen für die Verwaltung des Absendelandes bestehen, die bereit ist, für Schäden durch höhere Gewalt zu haften (Artikel 57 § 2);

b) wenn sie über den Verbleib der Sendungen deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet worden sind und der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;

c) wenn der Absender innerhalb der in Artikel 47 § 1 vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

2) für Einschreibsendungen oder Sendungen mit Zustellnachweis, die nach amtlicher Mitteilung der Bestimmungsverwaltung aufgrund der Rechtsvorschriften dieses Landes zurückgehalten oder beschlagnahmt worden sind;

3) für Einschreibsendungen oder Sendungen mit Zustellnachweis, die von der zuständigen Behörde beschlagnahmt oder vernichtet worden sind, weil ihr Inhalt unter die Verbote nach Artikel 41 §§ 2 und 3 Buchstabe b und § 4 fällt;

4) für Einschreibsendungen oder Sendungen mit Zustellnachweis, deren Beschädigung auf die Beschaffenheit des Inhalts der Sendung zurückzuführen ist.

3. Die Postverwaltungen übernehmen keine Haftung für Zollinhaltserklärungen, in welcher Form diese auch immer abgegeben werden, sowie für Entscheidungen, die Zolldienststellen nach Artikel 41 § 4 Buchstabe f bei der Prüfung der Zollkontrolle unterliegender Briefsendungen treffen.

Artikel 61

Nichthaftung der Postverwaltungen. Wertbriefe

1. Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung für Wertbriefe befreit, die sie entweder nach ihren Inlandsvorschriften für gleichartige Sendungen oder unter den in Artikel 12 § 3 vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert haben; die Haftpflicht bleibt jedoch bestehen:

a) wenn eine Beraubung oder Beschädigung entweder vor oder bei der Auslieferung der Sendung festgestellt wird oder wenn der Empfänger, bei der Rücksendung an den Einlieferungsort gegebenenfalls der Absender, bei der Entgegennahme einer beraubten oder beschädigten Sendung Vorbehalte macht, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist;

b) lorsque le destinataire ou, en cas de renvoi à l'origine, l'expéditeur, nonobstant décharge donnée régulièrement, déclare sans délai à l'Administration qui lui a livré l'envoi avoir constaté un dommage et administre la preuve que la spoliation ou l'avarie ne s'est pas produite après la livraison.

2. Les Administrations postales ne sont pas responsables:

1° de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des lettres avec valeur déclarée:

a) en cas de force majeure; l'Administration dans le service de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu doit décider, suivant la législation de son pays, si cette perte, cette spoliation ou cette avarie est due à des circonstances constituant un cas de force majeure; celles-ci sont portées à la connaissance de l'Administration du pays d'origine si cette dernière le demande. Toutefois, la responsabilité subsiste à l'égard de l'Administration du pays expéditeur qui a accepté de couvrir les risques de force majeure (article 59, paragraphe 2);

b) lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des envois par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;

c) lorsque le dommage a été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou provient de la nature du contenu de l'envoi;

d) lorsqu'il s'agit d'envois dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 41, paragraphe 4, et pour autant que ces envois aient été confisqués ou détruits par l'autorité compétente en raison de leur contenu;

e) lorsqu'il s'agit d'envois qui ont fait l'objet d'une déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu;

f) lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour de dépôt de l'envoi;

2° des lettres avec valeur déclarée saisies en vertu de la législation du pays de destination;

3° en matière de transport maritime ou aérien, lorsqu'elles ont fait connaître qu'elles n'étaient pas en mesure d'accepter la responsabilité des valeurs à bord des navires ou des avions qu'elles utilisent; elles assument néanmoins, pour le transit des lettres avec valeur déclarée en dépêches closes, la responsabilité qui est prévue pour les envois recommandés.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane lors de la vérification des envois soumis au contrôle douanier.

Article 62

Responsabilité de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un envoi de la poste aux lettres est responsable, dans les mêmes limites que les Administrations elles-mêmes, de tous les dommages causés aux autres envois postaux par suite de l'expédition d'objets non admis au transport ou de la non-observation des conditions d'admission, pourvu qu'il n'y ait eu ni faute, ni négligence des Administrations ou des transporteurs.

2. L'acceptation par le bureau de dépôt d'un tel envoi ne dégage pas l'expéditeur de sa responsabilité.

3. L'Administration qui constate un dommage dû à la faute de l'expéditeur en informe l'Administration d'origine à laquelle il appartient d'intenter, le cas échéant, l'action contre l'expéditeur.

b) wenn der Empfänger oder im Fall der Rücksendung an den Einlieferungsort der Absender die Sendung zwar unbeanstandet angenommen hat, danach aber der Verwaltung, die ihm die Sendung ausgeliefert hat, unverzüglich erklärt, einen Schaden festgestellt zu haben, und beweist, daß die Sendung nicht nach der Auslieferung beraubt oder beschädigt worden ist.

2. Die Postverwaltungen haften nicht:

1) für Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Wertbriefen:

a) im Falle höherer Gewalt; die Verwaltung, in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung eingetreten ist, muß nach den Rechtsvorschriften ihres Landes entscheiden, ob der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung auf Umstände zurückzuführen ist, die einen Fall höherer Gewalt darstellen; diese Umstände sind der Verwaltung des Einlieferungslandes mitzuteilen, sofern diese es verlangt. Die Haftpflicht bleibt jedoch für die Verwaltung des Absendelandes bestehen, die bereit ist, für Schäden durch höhere Gewalt zu haften (Artikel 59 § 2);

b) wenn sie über den Verbleib der Sendungen deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet worden sind und der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;

c) wenn der Schaden auf ein schuldhaftes Verhalten des Absenders oder die Art des Inhalts der Sendung zurückzuführen ist;

d) wenn der Inhalt der Sendungen unter die in Artikel 41 § 4 vorgesehenen Verbote fällt und sofern diese Sendungen wegen ihres Inhalts von der zuständigen Behörde beschlagnahmt oder vernichtet worden sind;

e) wenn für Sendungen in betrügerischer Weise ein höherer als der tatsächliche Wert des Inhalts angegeben worden ist;

f) wenn der Absender innerhalb eines Jahres, vom Tag nach Einlieferung der Sendung an gerechnet, keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

2) für Wertbriefe, die nach den Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden sind;

3) wenn sie im Falle der Beförderung auf dem See- oder Luftweg bekanntgegeben haben, daß sie keine Haftung für Wertbriefe an Bord der von ihnen benutzten Schiffe oder Flugzeuge übernehmen können; diese Verwaltungen haften jedoch für in Durchgangskartenschlüsse aufgenommene Wertbriefe in derselben Weise wie für Einschreibsendungen.

3. Die Postverwaltungen haften nicht für Zollinhaltserklärungen, in welcher Form sie auch immer abgegeben werden, sowie für Entscheidungen, die Zolldienststellen bei der Prüfung der Zollkontrolle unterliegender Sendungen treffen.

Artikel 62

Haftung des Absenders

1. Der Absender einer Briefsendung haftet für alle Schäden, die infolge der Versendung nicht zur Beförderung zugelassener Gegenstände oder der Nichtbeachtung der Zulassungsbedingungen an anderen Postsendungen verursacht werden, im gleichen Umfang wie die Postverwaltungen selbst, sofern kein schuldhaftes Verhalten der Verwaltungen oder der Beförderungsunternehmen vorliegt.

2. Die Annahme einer solchen Sendung durch das Einlieferungsamt befreit den Absender nicht von seiner Haftpflicht.

3. Die Verwaltung, die einen vom Absender zu vertretenden Schaden feststellt, benachrichtigt hiervon die Einlieferungsverwaltung, der es obliegt, gegen den Absender vorzugehen.

Article 63

Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales. Envois recommandés

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité pour la perte d'un envoi recommandé incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu l'envoi sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la remise au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

2. Une Administration intermédiaire ou de destination est, jusqu'à preuve du contraire et sous réserve du paragraphe 4, dégagée de toute responsabilité:

a) lorsqu'elle a observé l'article 4 ainsi que les dispositions relatives à la vérification des dépêches et à la constatation des irrégularités;

b) lorsqu'elle peut établir qu'elle n'a été saisie de la réclamation qu'après la destruction des documents de service relatifs à l'envoi recherché, le délai de conservation prévu à l'article 107 du Règlement étant expiré; cette réserve ne porte pas atteinte aux droits du réclamant;

c) lorsque, en cas d'inscription individuelle des envois recommandés, la remise régulière de l'envoi recherché ne peut être établie parce que l'Administration d'origine n'a pas observé l'article 161, paragraphe 1, du Règlement concernant l'inscription détaillée des envois recommandés dans la feuille d'avis C 12 ou dans les listes spéciales C 13.

3. Lorsque la perte s'est produite dans le service d'une entreprise de transport aérien, l'Administration du pays qui perçoit les frais de transport selon l'article 88, paragraphe 1, est tenue de rembourser à l'Administration d'origine l'indemnité payée à l'expéditeur. Il lui appartient de recouvrer ce montant auprès de l'entreprise de transport aérien responsable. Si, en vertu de l'article 88, paragraphe 2, l'Administration d'origine règle les frais de transport directement à la compagnie aérienne, elle doit demander elle-même le remboursement de l'indemnité à cette compagnie.

4. Toutefois, si la perte a eu lieu en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales.

5. Lorsqu'un envoi recommandé a été perdu dans des circonstances de force majeure, l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte a eu lieu n'en est responsable envers l'Administration expéditrice que si les deux pays se chargent des risques résultant du cas de force majeure.

6. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte.

7. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

Article 64

Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales. Lettres avec valeur déclarée

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu l'envoi sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la remise au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

Artikel 63

Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen. Einschreibsendungen

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet für den Verlust einer Einschreibsendung diejenige Postverwaltung, die, nachdem sie die Sendung unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorschriftsgemäßen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsgemäße Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Eine Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung ist bis zum Beweis des Gegenteils und vorbehaltlich des § 4 von jeder Haftung befreit:

a) wenn sie Artikel 4 sowie die Bestimmungen über die Prüfung der Kartenschlüsse und die Feststellung von Unregelmäßigkeiten beachtet hat;

b) wenn sie nachweisen kann, daß sie mit dem Nachforschungsantrag erst befaßt wurde, nachdem die die gesuchte Sendung betreffenden Dienstpapiere wegen Ablaufs der in Artikel 107 der Vollzugsordnung vorgesehenen Aufbewahrungsfrist vernichtet worden waren; dieser Vorbehalt berührt die Rechte des Ersatzfordernden nicht;

c) wenn bei einzeln einzutragenden Einschreibsendungen die ordnungsgemäße Übergabe der gesuchten Sendung nicht nachgewiesen werden kann, weil die Einlieferungsverwaltung die Bestimmungen des Artikels 161 § 1 der Vollzugsordnung über die Einzeleintragung von Einschreibsendungen in die Briefliste C 12 oder in die Sonderlisten C 13 nicht beachtet hat.

3. Wenn der Verlust im Dienstbereich einer Luftverkehrsgesellschaft eingetreten ist, ist die Verwaltung des Landes, das nach Artikel 88 § 1 die Luftbeförderungskosten erhebt, verpflichtet, der Einlieferungsverwaltung die an den Absender gezahlte Entschädigung zu erstatten. Sie muß diesen Betrag bei der haftenden Luftverkehrsgesellschaft wieder einziehen. Wenn die Einlieferungsverwaltung aufgrund des Artikels 88 § 2 die Beförderungskosten unmittelbar mit der Luftverkehrsgesellschaft abrechnet, so muß sie selbst die Rückerstattung der Entschädigung von dieser Gesellschaft verlangen.

4. Wenn jedoch der Verlust während der Beförderung eingetreten ist, ohne daß festgestellt werden kann, auf welchem Gebiet oder in welchem Dienstbereich sich der Vorfall ereignet hat, tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen.

5. Wenn eine Einschreibsendung durch höhere Gewalt in Verlust geraten ist, haftet die Verwaltung, auf deren Gebiet oder in deren Dienstbereich der Verlust eingetreten ist, gegenüber der Einlieferungsverwaltung nur dann, wenn beide Länder für den Fall höherer Gewalt eine Haftung übernommen haben.

6. Zollabgaben und andere Abgaben, deren Niederschlagung nicht erreicht werden konnte, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für den Verlust haften.

7. Die Verwaltung, die die Entschädigung gezahlt hat, tritt bis zur Höhe dieser Entschädigung in die Rechte des Entschädigten hinsichtlich aller eventuellen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte ein.

Artikel 64

Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen. Wertbriefe

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet die Postverwaltung, die, nachdem sie die Sendung unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorschriftsgemäßen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsgemäße Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Une Administration intermédiaire ou de destination est, jusqu'à preuve du contraire et sous réserve des paragraphes 4, 7 et 8, dégagée de toute responsabilité:

a) lorsqu'elle a observé les dispositions de l'article 170 du Règlement, relatives à la vérification individuelle des lettres avec valeur déclarée;

b) lorsqu'elle peut établir qu'elle n'a été saisie de la réclamation qu'après la destruction des documents de service relatifs à l'envoi recherché, le délai de conservation prévu à l'article 107 du Règlement étant expiré; cette réserve ne porte pas atteinte aux droits du réclamant.

3. Jusqu'à preuve du contraire, l'Administration qui a transmis une lettre avec valeur déclarée à une autre Administration est dégagée de toute responsabilité si le bureau d'échange auquel l'envoi a été livré n'a pas fait parvenir, par le premier courrier utilisable après la vérification, à l'Administration expéditrice un procès-verbal constatant l'absence ou l'altération, soit du paquet entier des valeurs déclarées, soit de l'envoi lui-même.

4. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite en cours de transport sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales; toutefois, si la spoliation ou l'avarie a été constatée dans le pays de destination ou, en cas de renvoi à l'expéditeur, dans le pays d'origine, il incombe à l'Administration de ce pays de prouver:

a) que ni le paquet, l'enveloppe ou le sac et sa fermeture, ni l'emballage et la fermeture de l'envoi ne portaient des traces apparentes de spoliation ou d'avarie;

b) que le poids constaté lors du dépôt n'a pas varié.

Lorsque pareille preuve a été faite par l'Administration de destination ou, le cas échéant, par l'Administration d'origine, aucune des autres Administrations en cause ne peut décliner sa part de responsabilité en invoquant le fait qu'elle a livré l'envoi sans que l'Administration suivante ait formulé d'objections.

5. La responsabilité d'une Administration à l'égard des autres Administrations n'est en aucun cas engagée au-delà du maximum de déclaration de valeur qu'elle a adopté.

6. Lorsqu'une lettre avec valeur déclarée a été perdue, spoliée ou avariée dans des circonstances de force majeure, l'Administration dans le ressort territorial ou dans les services de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu n'en est responsable envers l'Administration d'origine que si les deux Administrations se chargent des risques résultant du cas de force majeure.

7. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite sur le territoire ou dans le service d'une Administration intermédiaire qui n'assure pas le service des lettres avec valeur déclarée ou qui a adopté un maximum inférieur au montant de la perte, l'Administration d'origine supporte le dommage non couvert par l'Administration intermédiaire en vertu de l'article premier, paragraphe 3, et du paragraphe 5 du présent article.

8. La règle prévue au paragraphe 7 est également appliquée en cas de transport maritime ou aérien si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une Administration qui n'accepte pas la responsabilité (article 61, paragraphe 2, chiffre 3°).

9. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte, de la spoliation ou de l'avarie.

10. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

2. Eine Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung ist bis zum Beweis des Gegenteils und vorbehaltlich der §§ 4, 7 und 8 von jeder Haftung befreit:

a) wenn sie die Bestimmungen des Artikels 170 der Vollzugsordnung über die Einzelprüfung von Wertbriefen beachtet hat;

b) wenn sie nachweisen kann, daß sie mit dem Nachforschungsantrag erst befaßt wurde, nachdem die die gesuchte Sendung betreffenden Dienstpapiere wegen Ablaufs der in Artikel 107 der Vollzugsordnung vorgesehenen Aufbewahrungsfrist vernichtet worden waren; dieser Vorbehalt berührt die Rechte des Ersatzfordernden nicht.

3. Bis zum Beweis des Gegenteils ist die Verwaltung, die einer anderen Verwaltung einen Wertbrief zugeführt hat, von jeder Haftung befreit, wenn das Auswechslungsamt, dem die Sendung übergeben worden ist, der absendenden Verwaltung nicht mit der nächsten sich nach der Prüfung bietenden Beförderungsgelegenheit eine Verhandlungsschrift hat zugehen lassen, in der das Fehlen oder die Beschädigung des ganzen Wertbriefbundes oder der Sendung selbst festgestellt wird.

4. Wenn der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung während der Beförderung eingetreten ist, ohne daß festgestellt werden kann, auf dem Gebiet oder im Dienstbereich welchen Landes der Vorfall sich ereignet hat, tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen; ist jedoch die Beraubung oder die Beschädigung im Bestimmungsland oder im Falle der Rücksendung an den Absender im Einlieferungsamt festgestellt worden, so hat die Verwaltung des betreffenden Landes nachzuweisen,

a) daß weder der Bund, der Umschlag oder der Beutel und sein Verschluß noch die Verpackung und der Verschluß der Sendung sichtbare Spuren einer Beraubung oder Beschädigung aufweisen;

b) daß das Gewicht der Sendung mit dem bei der Einlieferung festgestellten übereingestimmt hat.

Wenn die Bestimmungs- oder gegebenenfalls die Einlieferungsverwaltung diesen Beweis erbracht hat, kann keine der beteiligten anderen Verwaltungen ihre Haftung unter Berufung darauf ablehnen, daß sie die Sendung der nächsten Verwaltung unbeanstandet übergeben habe.

5. Die Haftung einer Verwaltung gegenüber den anderen Verwaltungen geht keinesfalls über den von ihr festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinaus.

6. Ist ein Wertbrief durch höhere Gewalt in Verlust geraten, beraubt oder beschädigt worden, so haftet die Verwaltung, auf deren Gebiet oder in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eingetreten ist, gegenüber der Einlieferungsverwaltung nur dann, wenn beide Verwaltungen bei höherer Gewalt haften.

7. Wenn der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung im Gebiet oder Dienstbereich der Verwaltung eines Durchgangslandes eingetreten ist, das den Wertbriefdienst nicht wahrnimmt oder das einen Höchstbetrag festgesetzt hat, der unter dem Schadensbetrag liegt, so trägt die Einlieferungsverwaltung den von der Zwischenverwaltung aufgrund des Artikels 1 § 3 und des § 5 dieses Artikels nicht gedeckten Schaden.

8. Die in § 7 vorgesehene Bestimmung wird auch im Falle der See- oder Luftbeförderung angewandt, wenn der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung im Dienstbereich einer Verwaltung eingetreten ist, die keine Haftung übernimmt (Artikel 61 § 2 Nr. 3).

9. Zoll- und andere Abgaben, deren Niederschlagung nicht erreicht werden konnte, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für den Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung haften.

10. Die Verwaltung, die die Entschädigung gezahlt hat, tritt bis zur Höhe dieser Entschädigung in die Rechte des Entschädigten hinsichtlich aller eventuellen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte ein.

Article 65

Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales et les entreprises de transport aérien. Lettres avec valeur déclarée

Lorsque la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une entreprise de transport aérien, l'Administration du pays qui perçoit les frais de transport selon l'article 88, paragraphe 1, est tenue, sous réserve de l'article premier, paragraphe 3, et de l'article 64, paragraphe 5, de rembourser à l'Administration d'origine l'indemnité payée à l'expéditeur. Il lui appartient de recouvrer ce montant auprès de l'entreprise de transport aérien responsable. Si, en vertu de l'article 88, paragraphe 2, l'Administration d'origine règle les frais de transport directement à la compagnie aérienne, elle doit demander elle-même le remboursement de l'indemnité à cette compagnie.

Artikel 65

Feststellung der Haftung zwischen Postverwaltungen und Luftverkehrsgesellschaften. Wertbriefe

Sind Verlust, Beraubung oder Beschädigung im Dienstbereich einer Luftverkehrsgesellschaft eingetreten, so ist die Verwaltung des Landes, das nach Artikel 88 § 1 die Luftbeförderungskosten erhebt, vorbehaltlich des Artikels 1 § 3 und des Artikels 64 § 5 verpflichtet, der Einlieferungsverwaltung die an den Absender gezahlte Entschädigung zu erstatten. Es ist ihre Sache, diesen Betrag bei der haftenden Luftverkehrsgesellschaft wieder einzuziehen. Wenn die Einlieferungsverwaltung aufgrund des Artikels 88 § 2 unmittelbar mit der Luftverkehrsgesellschaft über die Beförderungskosten abrechnet, so muß sie selbst von dieser Gesellschaft die Erstattung der gezahlten Entschädigung verlangen.

Article 66

Paiement de l'indemnité. Envois recommandés et lettres avec valeur déclarée

1. Sous réserve du droit de recours contre l'Administration responsable, l'obligation de payer l'indemnité incombe soit à l'Administration d'origine, soit à l'Administration de destination dans les cas visés à l'article 57, paragraphe 5, et à l'article 59, paragraphe 7.

2. Ce paiement doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai de quatre mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

3. Lorsque l'Administration à qui incombe le paiement n'accepte pas de se charger des risques résultant du cas de force majeure et lorsque, à l'expiration du délai prévu au paragraphe 2, la question de savoir si la perte est due à un cas de l'espèce n'est pas encore tranchée, elle peut, exceptionnellement, différer le règlement de l'indemnité pour une nouvelle période de trois mois.

4. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est autorisée à désintéresser l'ayant droit pour le compte de l'Administration qui, ayant participé au transport et ayant été régulièrement saisie, a laissé s'écouler trois mois:

- sans donner de solution définitive à l'affaire ou
- sans avoir porté à la connaissance de l'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, que la perte paraissait due à un cas de force majeure ou que l'envoi avait été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu ou saisi en vertu de la législation du pays de destination.

5. Les Administrations postales qui indiquent dans le Protocole final de la Convention postale universelle qu'elles ne sont pas tenues d'observer l'article 66, paragraphe 4, de la Convention, pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de trois mois, doivent communiquer un délai dans lequel elles donnent une solution définitive à l'affaire.

6. Le renvoi de la formule C 9 qui n'est pas complétée selon les conditions prévues à l'article 151, paragraphes 9 et 12, du Règlement ne peut pas être considéré comme une solution définitive.

Artikel 66

Zahlung der Entschädigung. Einschreibsendungen und Wertbriefe

1. Zur Zahlung der Entschädigung ist entweder die Einlieferungsverwaltung oder in den in Artikel 57 § 5 und Artikel 59 § 7 genannten Fällen die Bestimmungsverwaltung verpflichtet; sie kann gegebenenfalls bei der haftpflichtigen Verwaltung Rückgriff nehmen.

2. Die Zahlung soll so bald wie möglich erfolgen, spätestens jedoch innerhalb von vier Monaten, vom Tag nach Stellung des Nachforschungsantrags ab gerechnet.

3. Haftet die zur Zahlung verpflichtete Verwaltung nicht für höhere Gewalt und ist bis zum Ablauf der in § 2 vorgesehenen Frist noch nicht entschieden, ob der Verlust auf höherer Gewalt beruht, kann sie die Zahlung der Entschädigung ausnahmsweise um weitere drei Monate hinausschieben.

4. Die Einlieferungs- oder gegebenenfalls die Bestimmungsverwaltung ist berechtigt. den Ersatzberechtigten für Rechnung der an der Beförderung beteiligten Verwaltung zu entschädigen, die drei Monate hat verstreichen lassen,

- ohne die Angelegenheit endgültig zu erledigen, oder
- ohne die Einlieferungs- bzw. Bestimmungsverwaltung davon zu verständigen, daß der Verlust offenbar auf höherer Gewalt beruht oder daß die Sendung von der zuständigen Behörde wegen ihres Inhalts zurückgehalten, beschlagnahmt oder vernichtet oder aufgrund der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

5. Die Postverwaltungen, die im Schlußprotokoll zum Weltpostvertrag angeben, daß sie nicht verpflichtet sind, Artikel 66 § 4 des Weltpostvertrags einzuhalten, wenn es darum geht, einen Nachforschungsantrag innerhalb von drei Monaten endgültig zu erledigen, müssen mitteilen, innerhalb welcher Frist sie die Angelegenheit endgültig erledigen.

6. Die Rücksendung des nicht entsprechend Artikel 151 §§ 9 und 12 der Vollzugsordnung ausgefüllten Formblatts C 9 darf nicht als endgültige Lösung angesehen werden.

Article 67

Restitution des taxes. Envois à livraison attestée

1. L'obligation de restituer les taxes incombe à l'Administration d'origine.

2. Ce paiement doit être effectué aussitôt que possible et, au plus tard, dans les quatre mois à partir du lendemain du jour de la réclamation.

Artikel 67

Gebührenerstattung. Sendungen mit Zustellnachweis

1. Zur Erstattung der Gebühren ist die Einlieferungsverwaltung verpflichtet.

2. Die Zahlung soll so bald wie möglich erfolgen, spätestens jedoch innerhalb von vier Monaten, vom Tag nach Stellung des Nachforschungsantrags ab gerechnet.

Article 68

Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement

1. L'Administration responsable ou pour le compte de laquelle le paiement est effectué en conformité de l'article 66 est tenue de rembourser à l'Administration ayant effectué le paiement, et qui est dénommée Administration payeuse, le montant de l'indemnité payée à l'ayant droit dans les limites de l'article 57, paragraphe 3; ce versement doit avoir lieu dans un délai de quatre mois à compter de la date de la notification du paiement.

2. Si l'indemnité doit être supportée par plusieurs Administrations en conformité des articles 63 et 64, l'intégralité de l'indemnité due doit être versée à l'Administration payeuse, dans le délai mentionné au paragraphe 1, par la première Administration qui, ayant dûment reçu l'envoi réclamé, ne peut en établir la transmission régulière au service correspondant. Il appartient à cette Administration de récupérer sur les autres Administrations responsables la quote-part éventuelle de chacune d'elles dans le dédommagement de l'ayant droit.

3. Les Administrations d'origine et de destination peuvent s'entendre pour laisser en totalité la charge du dommage à celle qui doit effectuer le paiement à l'ayant droit.

4. Le remboursement à l'Administration créditrice est effectué d'après les règles de paiement prévues à l'article 13.

5. Lorsque la responsabilité a été reconnue, de même que dans le cas prévu à l'article 66, paragraphe 4, le montant de l'indemnité peut également être repris d'office sur l'Administration responsable par la voie d'un décompte quelconque soit directement, soit par l'intermédiaire d'une Administration qui établit régulièrement des décomptes avec l'Administration responsable.

6. Immédiatement après avoir payé l'indemnité, l'Administration payeuse doit communiquer à l'Administration responsable la date et le montant du paiement effectué. Si, un an après la date d'expédition de l'autorisation de paiement de l'indemnité, l'Administration payeuse n'a pas communiqué la date et le montant du paiement ou n'a pas débité le compte de l'Administration responsable, l'autorisation est considérée comme sans effet et l'Administration qui l'a reçue n'a plus le droit de réclamer le remboursement de l'indemnité éventuellement payée.

7. L'Administration dont la responsabilité est dûment établie et qui a tout d'abord décliné le paiement de l'indemnité doit prendre à sa charge tous les frais accessoires résultant du retard non justifié apporté au paiement.

8. Les Administrations peuvent s'entendre pour liquider périodiquement les indemnités qu'elles ont payées aux ayants droit et dont elles ont reconnu le bien-fondé.

Artikel 68

Erstattung der Entschädigung an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat

1. Die haftpflichtige oder diejenige Verwaltung, für deren Rechnung die Zahlung nach Artikel 66 geleistet wird, ist verpflichtet, der Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat und die als „zahlende Verwaltung" bezeichnet wird, die innerhalb der in Artikel 57 § 3 festgelegten Grenzen an den Ersatzberechtigten gezahlte Entschädigung zu erstatten; diese Zahlung muß innerhalb von vier Monaten, vom Tag der Zahlungsmitteilung ab gerechnet, erfolgen.

2. Müssen für die Entschädigung nach den Artikeln 63 und 64 mehrere Verwaltungen aufkommen, so muß der gesamte geschuldete Entschädigungsbetrag innerhalb der in § 1 genannten Frist von der ersten Verwaltung, die die gesuchte Sendung ordnungsgemäß erhalten hat und die vorschriftsgemäße Weiterleitung an die nächste Verwaltung nicht nachweisen kann, an die zahlende Verwaltung erstattet werden. Es ist Sache der ersten Verwaltung, von jeder der anderen haftpflichtigen Verwaltungen den eventuell auf diese entfallenden Anteil an der Entschädigung des Ersatzberechtigten einzuziehen.

3. Die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltungen können vereinbaren, daß diejenige Verwaltung mit dem gesamten Schaden belastet bleibt, die die Zahlung an den Ersatzberechtigten zu leisten hat.

4. Die Erstattung an die Gläubigerverwaltung erfolgt nach den in Artikel 13 vorgesehenen Zahlungsrichtlinien.

5. Ist die Haftpflicht anerkannt worden oder liegt der in Artikel 66 § 4 vorgesehene Fall vor, so kann die Entschädigung der haftpflichtigen Verwaltung auch von Amts wegen in einer beliebigen Abrechnung entweder unmittelbar oder durch Vermittlung einer Verwaltung, die mit der haftenden Verwaltung regelmäßig abrechnet, in Rechnung gestellt werden.

6. Unmittelbar nach Zahlung der Entschädigung hat die zahlende Verwaltung der haftpflichtigen Verwaltung Datum und Höhe der geleisteten Zahlung mitzuteilen. Hat die zahlende Verwaltung ein Jahr nach Absendung der Ermächtigung zur Zahlung der Entschädigung nicht Datum und Betrag der geleisteten Zahlung mitgeteilt oder das Konto der haftpflichtigen Verwaltung belastet, so wird die Ermächtigung als gegenstandslos betrachtet und die ermächtigte Verwaltung hat keinen Anspruch auf Erstattung der eventuell gezahlten Entschädigung mehr.

7. Hat eine Verwaltung, deren Haftpflicht ordnungsgemäß festgestellt worden ist, zunächst die Zahlung der Entschädigung abgelehnt, so muß sie alle Kosten übernehmen, die aus der nicht gerechtfertigten Verzögerung der Zahlung entstehen.

8. Die Verwaltungen können vereinbaren, über die an die Ersatzberechtigten gezahlten Entschädigungen, die sie als begründet anerkannt haben, in bestimmten Zeitabständen abzurechnen.

Article 69

Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

1. Si, après paiement de l'indemnité, un envoi recommandé ou une lettre avec valeur déclarée ou une partie de cet envoi ou lettre antérieurement considéré comme perdu est retrouvé, l'expéditeur ou, par application de l'article 57, paragraphes 5 et 6, et de l'article 59, paragraphe 7, le destinataire est avisé que l'envoi est tenu à sa disposition pendant une période de trois mois, contre remboursement du montant de l'indemnité payée. Il lui est demandé, en même temps, à qui l'envoi doit être remis. En cas de refus ou de non-réponse dans le délai imparti, la même démarche est effectuée auprès du destinataire ou de l'expéditeur, selon le cas.

Artikel 69

Eventuelle Wiedereinziehung der Entschädigung vom Absender oder Empfänger

1. Werden eine ursprünglich als in Verlust geraten angesehene Einschreibsendung oder ein Wertbrief oder ein Teil dieser Sendung oder dieses Briefes nach Zahlung der Entschädigung wieder aufgefunden, so werden der Absender oder in Anwendung der Artikel 57 §§ 5 und 6 und Artikel 59 § 7 der Empfänger verständigt, daß die Sendung drei Monate lang gegen Erstattung der gezahlten Entschädigung zu seiner Verfügung gehalten wird. Gleichzeitig wird er gefragt, wem die Sendung ausgehändigt werden soll. Weigert er sich oder antwortet er innerhalb der gesetzten Frist nicht, so wird der gleiche Schritt beim Empfänger oder gegebenenfalls beim Absender unternommen.

2. Si l'expéditeur ou le destinataire prend livraison de l'envoi contre remboursement du montant de l'indemnité, ce montant est restitué à l'Administration ou, s'il y a lieu, aux Administrations qui ont supporté le dommage, dans un délai d'un an à compter de la date du remboursement.

3. Si l'expéditeur et le destinataire renoncent à prendre livraison de l'envoi, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou, s'il y a lieu, des Administrations qui ont supporté le dommage.

4. Lorsque la preuve de la livraison est apportée après le délai de trois mois prévu à l'article 66, paragraphe 4, l'indemnité versée reste à la charge de l'Administration intermédiaire ou de destination si la somme payée ne peut, pour une raison quelconque, être récupérée sur l'expéditeur.

5. En cas de découverte ultérieure d'une lettre avec valeur déclarée dont le contenu est reconnu comme étant de valeur inférieure au montant de l'indemnité payée, l'expéditeur doit rembourser le montant de cette indemnité contre remise de l'envoi, sans préjudice des conséquences découlant de la déclaration frauduleuse de valeur visée à l'article 53, paragraphe 5.

Chapitre IV

Attribution des taxes. Frais de transit et frais terminaux

Article 70

Attribution des taxes

Sauf les cas prévus par la Convention et les Arrangements, chaque Administration postale garde les taxes qu'elle a perçues.

Article 71

Frais de transit

1. Sous réserve de l'article 75, les dépêches closes échangées entre deux Administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services d'une ou de plusieurs autres Administrations (services tiers) sont soumises au paiement des frais de transit à titre de rétribution pour les prestations de services concernant le transit territorial et le transit maritime.

2. Lorsqu'un pays admet que son territoire soit traversé par un service de transport étranger sans participation de ses services selon l'article 3, les dépêches ainsi acheminées ne sont pas soumises au paiement des frais de transit territorial.

3. Sont considérés comme services tiers, à moins d'entente spéciale, les transports maritimes effectués directement entre deux pays au moyen de navires de l'un d'eux.

4. Le transit maritime commence au moment où les dépêches cessent d'être sous le contrôle d'une Administration postale et prend fin lorsque l'Administration de destination est informée par la compagnie maritime que les dépêches sont à disposition.

Article 72

Barèmes des frais de transit

1. Les frais de transit prévus à l'article 71, paragraphe 1, sont calculés d'après les barèmes indiqués dans le tableau ci-après:

2. Nimmt der Absender oder Empfänger die Sendung gegen Erstattung der Entschädlgung in Empfang, so wird dieser Betrag der Verwaltung oder gegebenenfalls den Verwaltungen, die für den Schaden aufgekommen sind, innerhalb eines Jahres, vom Tag der Rückzahlung ab gerechnet, erstattet.

3. Verzichten Absender und Empfänger auf die Auslieferung der Sendung, so geht diese in das Eigentum der Verwaltung oder gegebenenfalls der Verwaltungen über, die den Schaden getragen haben.

4. Wird der Beweis der Auslieferung erst nach Ablauf der in Artikel 66 § 4 vorgesehenen Frist von drei Monaten erbracht, so bleibt die Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung mit der gezahlten Entschädigung belastet, sofern die gezahlte Summe aus irgendeinem Grunde vom Absender nicht wieder eingezogen werden kann.

5. Wird ein Wertbrief nachträglich wieder aufgefunden und festgestellt, daß der Inhalt einen geringeren Wert besitzt als die gezahlte Entschädigung, so muß der Absender diese Entschädigung, unbeschadet der in Artikel 53 § 5 vorgesehenen Folgen der betrügerischen Wertangabe, zurückzahlen; die Sendung wird ihm ausgeliefert.

Kapitel IV

Gebührenanrechte. Durchgangs- und Endvergütungen

Artikel 70

Gebührenanrechte

Jede Postverwaltung behält die von ihr erhobenen Gebühren, soweit im Weltpostvertrag und in den Abkommen nichts anderes vorgesehen ist.

Artikel 71

Durchgangsvergütungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 75 unterliegen Kartenschlüsse, die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Postämtern desselben Landes durch Vermittlung einer oder mehrerer anderer Verwaltungen (Dienste Dritter) ausgetauscht werden, der Zahlung von Durchgangsvergütungen als Entgelt für die im Zusammenhang mit dem Land- und Seedurchgang erbrachten Dienstleistungen.

2. Läßt ein Land zu, daß sein Gebiet gemäß Artikel 3 ohne Beteiligung seiner Dienste von einem ausländischen Beförderungsunternehmen durchquert wird, so sind für die auf diese Weise beförderten Kartenschlüsse keine Landdurchgangsvergütungen zu zahlen.

3. Sofern nichts anderes vereinbart wurde, gelten Seebeförderungen, die unmittelbar zwischen zwei Ländern durch Schiffe eines dieser Länder ausgeführt werden, als Dienste Dritter.

4. Der Seedurchgang beginnt, sobald die Kartenschlüsse nicht mehr der Kontrolle einer Postverwaltung unterliegen, und er endet, sobald die Bestimmungsverwaltung von der Reederei unterrichtet wird, daß die Kartenschlüsse zur Verfügung stehen.

Artikel 72

Durchgangsvergütungssätze

1. Die in Artikel 71 § 1 vorgesehenen Durchgangsvergütungen werden nach den in der nachstehenden Übersicht angegebenen Sätzen berechnet:

Parcours	Frais par kg brut
1	2
	DTS
1° Parcours territoriaux exprimés en kilomètres	
Jusqu'à 100 km	0,14
Au-delà de 100 jusqu'à 200	0,17
200 jusqu'à 300	0,20
300 400	0,22
400 500	0,24
500 600	0,26
600 700	0,27
700 800	0,29
800 900	0,31
900 1 000	0,32
1 000 1 100	0,34
1 100 1 200	0,35
1 200 1 300	0,37
1 300 1 500	0,39
1 500 2 000	0,43
2 000 2 500	0,49
2 500 2 750	0,53
2 750 3 000	0,56
3 000 4 000	0,62
4 000 5 000	0,72
5 000 6 000	0,81
6 000 7 000	0,89
7 000 8 000	0,97
8 000 9 000	1,05
9 000 10 000	1,12
10 000 11 000	1,19
11 000 12 000	1,26
12 000 13 000	1,32
13 000 14 000	1,39
14 000	1,45

DTS

2° Parcours maritimes

a) exprimés en milles marins

Jusqu'à 100 milles marins	
Au-delà de 100 jusqu'à 200	
200 300	
300 400	
400 500	
500 600	
600 700	
700 800	
800 900	
900 1 000	
1 000 1 100	
1 100 1 200	
1 200 1 300	
1 300 1 500	
1 500 2 000	
2 000 2 500	
2 500 2 750	
2 750 3 000	
3 000 4 000	
4 000 5 000	
5 000 6 000	
6 000 7 000	
7 000 8 000	
8 000 9 000	
9 000 10 000	
10 000 11 000	
11 000 12 000	
12 000 13 000	
13 000 14 000	
14 000	

b) exprimés en kilomètres après conversion sur la base de 1 mille marin = 1,852 km

Jusqu'à 185 km	0,17
Au-delà de 185 jusqu'à 370	0,19
370 556	0,21
556 741	0,22
741 926	0,23
926 1 111	0,24
1 111 1 296	0,24
1 296 1 482	0,25
1 482 1 667	0,25
1 167 1 852	0,26
1 852 2 037	0,26
2 037 2 222	0,27
2 222 2 408	0,27
2 408 2 778	0,28
2 778 3 704	0,29
3 704 4 630	0,31
4 630 5 093	0,32
5 093 5 556	0,32
5 556 7 408	0,34
7 408 9 260	0,36
9 260 11 112	0,38
11 112 12 964	0,40
12 964 14 816	0,41
14 816 16 668	0,42
16 668 18 520	0,43
18 520 20 372	0,45
20 372 22 224	0,46
22 224 24 076	0,47
24 076 25 928	0,48
25 928	0,49

Beförderungsweg	Vergütung je kg Bruttogewicht
1	2
	SZR
1. Landwegstrecken in Kilometern	
bis 100 km	0,14
über 100 bis 200 km	0,17
über 200 bis 300 km	0,20
über 300 bis 400 km	0,22
über 400 bis 500 km	0,24
über 500 bis 600 km	0,26
über 600 bis 700 km	0,27
über 700 bis 800 km	0,29
über 800 bis 900 km	0,31
über 900 bis 1000 km	0,32
über 1000 bis 1100 km	0,34
über 1100 bis 1200 km	0,35
über 1200 bis 1300 km	0,37
über 1300 bis 1500 km	0,39
über 1500 bis 2000 km	0,43
über 2000 bis 2500 km	0,49
über 2500 bis 2750 km	0,53
über 2750 bis 3000 km	0,56
über 3000 bis 4000 km	0,62
über 4000 bis 5000 km	0,72
über 5000 bis 6000 km	0,81
über 6000 bis 7000 km	0,89
über 7000 bis 8000 km	0,97
über 8000 bis 9000 km	1,05
über 9000 bis 10000 km	1,12
über 10000 bis 11000 km	1,19
über 11000 bis 12000 km	1,26
über 12000 bis 13000 km	1,32
über 13000 bis 14000 km	1,39
über 14000	1,45

2. Seewegstrecken		SZR
a) in Seemeilen	b) in Kilometern nach Umrechnung auf der Grundlage von 1 Seemeile = 1,852 km	
bis 100 Seemeilen	bis 185 km	0,17
über 100 bis 200 Seemeilen	über 185 bis 370 km	0,19
über 200 bis 300 Seemeilen	über 370 bis 556 km	0,21
über 300 bis 400 Seemeilen	über 556 bis 741 km	0,22
über 400 bis 500 Seemeilen	über 741 bis 926 km	0,23
über 500 bis 600 Seemeilen	über 926 bis 1111 km	0,24
über 600 bis 700 Seemeilen	über 1111 bis 1296 km	0,24
über 700 bis 800 Seemeilen	über 1296 bis 1482 km	0,25
über 800 bis 900 Seemeilen	über 1482 bis 1667 km	0,25
über 900 bis 1000 Seemeilen	über 1667 bis 1852 km	0,26
über 1000 bis 1100 Seemeilen	über 1852 bis 2037 km	0,26
über 1100 bis 1200 Seemeilen	über 2037 bis 2222 km	0,27
über 1200 bis 1300 Seemeilen	über 2222 bis 2408 km	0,27
über 1300 bis 1500 Seemeilen	über 2408 bis 2778 km	0,28
über 1500 bis 2000 Seemeilen	über 2778 bis 3704 km	0,29
über 2000 bis 2500 Seemeilen	über 3704 bis 4630 km	0,31
über 2500 bis 2750 Seemeilen	über 4630 bis 5093 km	0,32
über 2750 bis 3000 Seemeilen	über 5093 bis 5556 km	0,32
über 3000 bis 4000 Seemeilen	über 5556 bis 7408 km	0,34
über 4000 bis 5000 Seemeilen	über 7408 bis 9260 km	0,36
über 5000 bis 6000 Seemeilen	über 9260 bis 11112 km	0,38
über 6000 bis 7000 Seemeilen	über 11112 bis 12964 km	0,40
über 7000 bis 8000 Seemeilen	über 12964 bis 14816 km	0,41
über 8000 bis 9000 Seemeilen	über 14816 bis 16668 km	0,42
über 9000 bis 10000 Seemeilen	über 16668 bis 18520 km	0,43
über 10000 bis 11000 Seemeilen	über 18520 bis 20372 km	0,45
über 11000 bis 12000 Seemeilen	über 20372 bis 22224 km	0,46
über 12000 bis 13000 Seemeilen	über 22224 bis 24076 km	0,47
über 13000 bis 14000 Seemeilen	über 24076 bis 25928 km	0,48
über 14000 Seemeilen	über 25928 km	0,49

2. Les distances servant à déterminer les frais de transit d'après le tableau du paragraphe 1 sont empruntées à la Liste des distances kilométriques afférentes aux parcours territoriaux des dépêches en transit, prévue à l'article 111, paragraphe 2, lettre c), chiffre 1°, du Règlement, en ce qui concerne les parcours territoriaux.

Article 73

Frais terminaux

1. Sous réserve de l'article 75, chaque Administration qui reçoit dans ses échanges par les voies aérienne et de surface avec une autre Administration une quantité plus grande d'envois de la poste aux lettres qu'elle n'en expédie a le droit de percevoir de l'Administration expéditrice, à titre de compensation, une rémunération pour les frais que lui occasionne le courrier international reçu en plus.

2. La rémunération prévue au paragraphe 1 est fixée de la manière suivante:

a) lorsque deux Administrations échangent entre elles, par voie aérienne et de surface (S.A.L. compris), un poids total de courrier LC/AO inférieur ou égal à 150 tonnes par an dans chaque sens, le taux appliqué par kg est de 2,940 DTS pour les envois LC/AO (taux uniforme), à l'exclusion des imprimés expédiés par sacs spéciaux visés à l'article 20, paragraphe 10 (sacs M);

b) lorsque deux Administrations échangent entre elles, par voie aérienne et de surface (S.A.L. compris), un poids total de courrier LC/AO supérieur à 150 tonnes par an dans chaque sens, le taux appliqué par kg est de 8,115 DTS pour les envois LC et 2,058 DTS pour les envois AO (taux séparé pour chaque catégorie), à l'exclusion des imprimés expédiés par sacs spéciaux visés à l'article 20, paragraphe 10 (sacs M);

c) lorsque le seuil de 150 tonnes par an est dépassé dans un seul sens, l'Administration destinataire de ce trafic supérieur à 150 tonnes a le choix, pour la comptabilisation des frais terminaux relatifs au courrier reçu, entre l'un des deux systèmes de rémunération décrits sous lettres a) et b) ci-dessus. A moins d'accord bilatéral, le courrier transmis par l'Administration expédiant moins de 150 tonnes par an reste dans tous les cas comptabilisé selon le taux unique fixé à la lettre a);

d) pour les imprimés expédiés dans des sacs M, le taux à appliquer est de 0,653 DTS par kg, et cela quel que soit le poids annuel du courrier échangé entre deux Administrations.

3. Lorsque, dans une relation donnée, une Administration qui est rémunérée d'après les taux de frais terminaux différenciés LC et AO indiqués au paragraphe 2 constate que le nombre moyen d'envois (LC ou AO) contenu dans un kilogramme de courrier reçu est supérieur à la moyenne mondiale qui est de 48 envois LC et de 5,6 envois AO, elle peut obtenir la revision des taux correspondants si, par rapport à cette moyenne mondiale:

- le nombre des envois LC est supérieur de plus de 15 pour cent (soit plus de 55 envois) et/ou
- le nombre des envois AO est supérieur de plus de 25 pour cent (soit plus de 7 envois).

Dans ce cas, le montant des frais terminaux à verser par l'Administration débitrice est égal à la différence entre les sommes dues par chaque Administration pour le flux total de son courrier après application des taux qui conviennent. Cette revision est effectuée selon les conditions précisées à l'article 187 du Règlement d'exécution.

2. Die Entfernungen zur Ermittlung der Durchgangsvergütungen nach der Übersicht in § 1 sind, soweit es sich um Landwegstrecken handelt, dem Verzeichnis der Entfernungen in Kilometern für die Landwegstrecken von Durchgangskartenschlüssen nach Artikel 111 § 2 Buchstabe c Nr. 1 der Vollzugsordnung zu entnehmen.

Artikel 73

Endvergütungen

1. Vorbehaltlich des Artikels 75 kann jede Verwaltung, die im Verkehr mit einer anderen Verwaltung auf dem Luftweg und auf dem Land- und Seeweg eine größere Menge Briefsendungen empfängt, als sie an diese absendet, zum Ausgleich der Kosten, die ihr die mehr erhaltene Auslandsbriefpost verursacht, von der Absendeverwaltung eine Vergütung verlangen.

2. Die Vergütung nach § 1 wird wie folgt festgesetzt:

a) tauschen zwei Verwaltungen miteinander auf dem Luftweg und dem Land- und Seeweg (einschließlich SAL) jährlich in beiden Richtungen LC-/AO-Sendungen mit einem Gesamtgewicht von 150 Tonnen oder weniger aus, so beträgt der Vergütungssatz je kg LC/AO 2,940 SZR (Einheitssatz); ausgenommen sind Drucksachen, die in besonderen Beuteln nach Artikel 20 § 10 (M-Beutel) versandt werden;

b) tauschen zwei Verwaltungen miteinander auf dem Luftweg und dem Land- und Seeweg (einschließlich SAL) jährlich in beiden Richtungen LC-/AO-Sendungen mit einem Gesamtgewicht über 150 Tonnen aus, so beträgt der Vergütungssatz je kg LC 8,115 SZR und je kg AO 2,058 SZR (getrennter Vergütungssatz für jede Kategorie); ausgenommen sind Drucksachen, die in besonderen Beuteln nach Artikel 20 § 10 (M-Beutel) versandt werden;

c) wird die Grenze von 150 Tonnen jährlich nur in einer Richtung überschritten, so kann die Bestimmungsverwaltung dieses 150 Tonnen überschreitenden Verkehrsaufkommens bei der Abrechnung der Endvergütungen für eingegangene Briefpost eines der beiden unter den Buchstaben a und b beschriebenen Vergütungssysteme wählen. Besteht keine zweiseitige Absprache, so wird die von der Verwaltung, die weniger als 150 Tonnen jährlich absendet, übersandte Briefpost weiterhin in jedem Fall nach dem in Buchstabe a festgelegten einheitlichen Vergütungsstz abgerechnet;

d) der Vergütungssatz für in M-Beuteln versandte Drucksachen beträgt 0,653 SZR je kg, und zwar unabhängig vom Gewicht der jährlich zwischen zwei Verwaltungen ausgetauschten Briefpost.

3. Stellt eine Verwaltung, die nach den in § 2 genannten unterschiedlichen Endvergütungssätzen für LC- und für AO-Sendungen vergütet wird, bei einer bestimmten Verkehrsbeziehung fest, daß die durchschnittliche Anzahl der in einem Kilogramm eingegangener Briefpost enthaltenen Sendungen (LC oder AO) den weltweiten Durchschnitt überschreitet, der bei 48 LC- und bei 5,6 AO-Sendungen liegt, so kann diese Verwaltung eine Änderung der entsprechenden Vergütungssätze herbeiführen, wenn gegenüber diesem weltweiten Durchschnitt

- die Anzahl der LC-Sendungen über 15 % (das sind mehr als 55 Sendungen) höher liegt und/oder
- die Anzahl der AO-Sendungen über 25 % (das sind mehr als 7 Sendungen) höher liegt.

In diesem Fall entspricht der von der Schuldnerverwaltung zu zahlende Endvergütungsbetrag der Differenz zwischen den entsprechenden Beträgen, die jede einzelne Verwaltung nach Anwendung der entsprechenden Vergütungssätze für ihr gesamtes Sendungsaufkommen zu entrichten hat. Diese Änderung erfolgt unter den in Artikel 187 der Vollzugsordnung genannten Bedingungen.

4. Toute Administration peut renoncer totalement ou partiellement à la rémunération prévue au paragraphe 1.

5. Les Administrations intéressées peuvent, par accord bilatéral ou multilatéral, appliquer d'autres systèmes de rémunération pour le règlement des comptes au titre des frais terminaux.

Article 74

Frais terminaux pour les envois prioritaires, les envois non prioritaires ainsi que les envois mixtes

1. Lorsqu'un taux uniforme pour les envois LC/AO est utilisé en vertu de l'article 73, paragraphe 2, lettres a) et c), ce taux est également applicable aux envois prioritaires, aux envois non prioritaires et aux envois mixtes.

2. Lorsque des taux séparés pour les envois LC et les envois AO sont utilisés en vertu de l'article 73, paragraphe 2, lettres b) et c), le pays d'origine et le pays de destination peuvent, par accord bilatéral, décider que les taux applicables aux envois prioritaires et aux envois non prioritaires soient fixés sur la base de la structure réelle du trafic. A défaut d'entente, les dispositions fixées à l'article 73, paragraphes 2, lettres b) et c), et 3, s'appliquent. Dans ce cas, les envois prioritaires sont assimilés aux LC et les envois non prioritaires aux AO.

3. Pour les envois mixtes échangés en vertu de l'article 20, paragraphe 12, les frais terminaux sont réglés par accord bilatéral entre les pays intéressés.

4. Lorsqu'une Administration décide d'abandonner la séparation du courrier en LC et AO au profit d'un système fondé sur la priorité, et que celui-ci produit des effets sur les frais terminaux selon le paragraphe 2, le nouveau système ne peut être introduit que le 1er janvier ou le 1er juillet, à condition d'en avoir informé le Bureau international au moins trois mois à l'avance.

Article 75

Exemption de frais de transit et de frais terminaux

Sont exempts des frais de transit territorial ou maritime et des frais terminaux les envois de la poste aux lettres relatifs au service postal mentionnés à l'article 16, lettre b), les envois postaux non distribués retournés à l'origine dans des dépêches closes, ainsi que les envois de sacs postaux vides.

Article 76

Services extraordinaires. Transport multimodal

1. Les frais de transit spécifiés à l'article 72 ne s'appliquent pas au transport au moyen de services extraordinaires spécialement créés ou entretenus par une Administration postale sur la demande d'une ou de plusieurs autres Administrations. Les conditions de cette catégorie de transport sont réglées de gré à gré entre les Administrations intéressées.

2. Lorsque les dépêches de surface en provenance d'une Administration sont réacheminées par des moyens de transport à la fois territoriaux et maritimes, les conditions de ce réacheminement font l'objet d'un accord particulier entre les Administrations intéressées.

Article 77

Décompte des frais de transit

1. Le décompte des frais de transit du courrier de surface est établi annuellement par l'Administration de transit, pour chaque Administration d'origine, d'après le poids des dépêches des envois de la poste aux lettres reçus en transit pendant toute l'année, auquel s'appliquent les barèmes fixés à l'article 72.

4. Jede Verwaltung kann ganz oder teilweise auf die in § 1 vorgesehene Vergütung verzichten.

5. Die betroffenen Verwaltungen können nach zwei- oder mehrseitigen Absprachen bei der Abrechnung der Endvergütungen andere Vergütungssysteme anwenden.

Artikel 74

Endvergütungen für Vorrangsendungen, Nichtvorrangsendungen und Mischsendungen

1. Wird aufgrund des Artikels 73 § 2 Buchstaben a und c auf LC-/AO-Sendungen ein einheitlicher Vergütungssatz angewandt, so gilt dieser Satz auch für Vorrangsendungen, Nichtvorrangsendungen und Mischsendungen.

2. Werden aufgrund des Artikels 73 § 2 Buchstaben b und c auf LC- und AO-Sendungen unterschiedliche Vergütungssätze angewandt, so können das Einlieferungs- und das Bestimmungsland in zweiseitiger Absprache beschließen, daß die Vergütungssätze für Vorrangsendungen und Nichtvorrangsendungen auf der Grundlage der tatsächlichen Verkehrsstruktur festgesetzt werden. Besteht keine Vereinbarung, so gelten die in Artikel 73 § 2 Buchstaben b und c und § 3 festgelegten Bestimmungen. In diesem Fall werden Vorrangsendungen den LC- und Nichtvorrangsendungen den AO-Sendungen gleichgestellt.

3. Für nach Artikel 20 § 12 ausgetauschte Mischsendungen werden die Endvergütungen nach zweiseitiger Absprache zwischen den betroffenen Ländern festgelegt.

4. Beschließt eine Verwaltung, die Einteilung der Briefpost in LC und AO zugunsten eines auf den Vorrang gegründeten Systems aufzugeben, und wirkt sich dieses System auf die Endvergütungen nach § 2 aus, so darf das neue System erst am 1. Januar oder am 1. Juli eingeführt werden, vorausgesetzt, daß das Internationale Büro mindestens drei Monate im voraus davon unterrichtet wurde.

Artikel 75

Befreiung von Durchgangs- und Endvergütungen

Postdienstliche Briefsendungen nach Artikel 16 Buchstabe b, in unmittelbaren Kartenschlüssen an den Einlieferungsort zurückgesandte unzustellbare Postsendungen sowie Versande mit leeren Postbeuteln sind von Land- oder Seedurchgangsvergütungen und Endvergütungen befreit.

Artikel 76

Außergewöhnliche Verbindungen. Beförderung auf mehrere Arten

1. Die Durchgangsvergütungen nach Artikel 72 gelten nicht für die Beförderung über außergewöhnliche Verbindungen, die von einer Postverwaltung auf Verlangen einer oder mehrerer anderer Verwaltungen eigens eingerichtet oder unterhalten werden. Die Bedingungen für diese Beförderungsart werden zwischen den beteiligten Verwaltungen in freier Vereinbarung festgelegt.

2. Werden Kartenschlüsse des Land- und Seewegs einer Verwaltung sowohl mit Land- als auch mit Seebeförderungsmitteln weitergeleitet, so sind die Bedingungen für diese Weiterleitung Gegenstand einer besonderen Vereinbarung zwischen den beteiligten Verwaltungen.

Artikel 77

Abrechnung der Durchgangsvergütungen

1. Die Abrechnung der Durchgangsvergütungen für Briefpost des Land- und Seewegs wird jährlich von der Durchgangsverwaltung für jede Einlieferungsverwaltung aufgrund des Gewichts der Kartenschlüsse der ihr während des gesamten Jahres im Durchgang zugegangenen Briefpostsendungen unter Zugrundelegung der in Artikel 72 festgelegten Vergütungssätze vorgenommen.

2. L'Administration débitrice est exonérée du paiement des frais de transit lorsque le solde annuel ne dépasse pas 163,35 DTS.

3. Toute Administration est autorisée à soumettre à l'appréciation d'une Commission d'arbitres les résultats annuels qui, d'après elle, différeraient trop de la réalité. Cet arbitrage est constitué ainsi qu'il est prévu à l'article 127 du Règlement général.

4. Les arbitres ont le droit de fixer en bonne justice le montant des frais de transit à payer.

2. Die Schuldnerverwaltung ist von der Zahlung von Durchgangsvergütungen befreit, wenn der jährliche Saldo 163,35 SZR nicht übersteigt.

3. Jede Verwaltung kann die jährlichen Ergebnisse, die ihrer Meinung nach zu stark von der Realität abweichen, einem Schiedsgericht zur Beurteilung unterbreiten. Dieses Schiedsgericht wird nach Artikel 127 der Allgemeinen Verfahrensordnung gebildet.

4. Die Schiedsrichter sind befugt, die Höhe der zu zahlenden Durchgangsvergütungen nach billigem Ermessen festzusetzen.

Article 78

Décompte des frais terminaux

1. Le décompte des frais terminaux est établi annuellement par l'Administration créancière d'après le poids réel des dépêches de surface (y compris les dépêches S.A.L.) et des dépêches-avion reçues pendant toute l'année, auquel s'appliquent les taux fixés à l'article 73.

2. Pour permettre de déterminer le poids annuel, les Administrations d'origine des dépêches doivent indiquer en permanence pour chaque dépêche le poids total des sacs contenant des envois LC/AO, d'une part, et le poids total des sacs M, d'autre part.

3. Lorsqu'il s'avère nécessaire de déterminer séparément les poids correspondant aux envois LC, d'une part, et aux envois AO, d'autre part, ces poids sont calculés par application des proportions déterminées au cours d'une période statistique dont les modalités sont indiquées dans le Règlement d'exécution.

4. Les Administrations intéressées peuvent convenir de décompter les frais terminaux dans leurs relations réciproques par des méthodes statistiques différentes. Elles peuvent également convenir d'une périodicité autre que celle prévue dans le Règlement d'exécution pour la période de statistique.

5. L'Administration débitrice est exonérée du paiement des frais terminaux lorsque le solde annuel ne dépasse pas 326,70 DTS.

6. Toute Administration est autorisée à soumettre à l'appréciation d'une Commission d'arbitres les résultats annuels qui, d'après elle, différeraient trop de la réalité. Cet arbitrage est constitué ainsi qu'il est prévu à l'article 127 du Règlement général.

7. Les arbitres ont le droit de fixer en bonne justice le montant des frais terminaux à payer.

Artikel 78

Abrechnung der Endvergütungen

1. Die Abrechnung der Endvergütungen wird jährlich von der Gläubigerverwaltung aufgrund des tatsächlichen Gewichts der während des gesamten Jahres eingegangenen Kartenschlüsse des Land- und Seewegs (einschließlich der SAL-Kartenschlüsse) und der Luftpostkartenschlüsse unter Zugrundelegung der in Artikel 73 festgelegten Vergütungssätze vorgenommen.

2. Damit das jährliche Gewicht ermittelt werden kann, müssen die Ursprungsverwaltungen der Kartenschlüsse für jeden Kartenschluß ständig das Gesamtgewicht der LC-/AO-Sendungen enthaltenden Beutel einerseits und das Gesamtgewicht der M-Beutel andererseits angeben.

3. Erweist es sich als erforderlich, das Gewicht der LC-Sendungen einerseits und der AO-Sendungen andererseits getrennt zu ermitteln, so werden diese Gewichte in Anwendung der Anteile berechnet, die während eines Ermittlungszeitraums ermittelt werden, dessen Modalitäten in der Vollzugsordnung erklärt werden.

4. Die beteiligten Verwaltungen können vereinbaren, die Endvergütungen im gegenseitigen Verkehr nach anderen statistischen Verfahren abzurechnen. Sie können auch andere Zeitfolgen als die in der Vollzugsordnung für die statistischen Ermittlungen vorgesehene vereinbaren.

5. Die Schuldnerverwaltung ist von der Zahlung von Endvergütungen befreit, wenn der jährliche Saldo 326,70 SZR nicht übersteigt.

6. Jede Verwaltung kann die jährlichen Ergebnisse, die ihrer Meinung nach zu stark von der Realität abweichen, einem Schiedsgericht zur Beurteilung unterbreiten. Dieses Schiedsgericht wird nach Artikel 127 der Allgemeinen Verfahrensordnung gebildet.

7. Die Schiedsrichter sind befugt, die Höhe der zu zahlenden Endvergütungen nach billigem Ermessen festzusetzen.

Article 79

Paiements des frais de transit

1. Les frais de transit sont à la charge de l'Administration d'origine des dépêches et payables, sous réserve du paragraphe 3, aux Administrations des pays traversés, ou dont les services participent au transport territorial ou maritime des dépêches.

2. Lorsque l'Administration du pays traversé ne participe pas au transport territorial ou maritime des dépêches, les frais de transit correspondants sont payables à l'Administration de destination si celle-ci supporte les coûts afférents à ce transit.

3. Les frais de transport maritime des dépêches en transit peuvent être réglés directement entre les Administrations postales d'origine des dépêches et les compagnies de navigation maritime ou leurs agents, moyennant l'accord préalable de l'Administration postale du port d'embarquement concerné.

Artikel 79

Zahlung der Durchgangsvergütungen

1. Die Durchgangsvergütungen gehen zu Lasten der Absendeverwaltung der Kartenschlüsse und sind vorbehaltlich des § 3 an die Verwaltungen der Durchgangsländer oder der Länder zu zahlen, deren Dienste an der Land- oder Seebeförderung der Kartenschlüsse beteiligt sind.

2. Ist die Verwaltung des Durchgangslandes an der Land- oder Seebeförderung der Kartenschlüsse nicht beteiligt, so sind die entsprechenden Durchgangsvergütungen an die Bestimmungsverwaltung zu zahlen, wenn diese die auf den Durchgang entfallenden Kosten trägt.

3. Die Seebeförderungskosten für Durchgangskartenschlüsse können nach vorheriger Zustimmung der Postverwaltung des betreffenden Verladehafens unmittelbar zwischen den Absendepostverwaltungen der Kartenschlüsse und den Reedereien oder ihren Vertretungen abgerechnet werden.

Article 80

Frais de transit des dépêches déviées ou mal acheminées

Les dépêches déviées ou mal acheminées sont considérées, en ce qui concerne le paiement des frais de transit, comme si elles avaient suivi leur voie normale; les Administrations participant au transport desdites dépêches n'ont dès lors, en principe, aucun droit de percevoir, de ce chef, des bonifications des Administrations expéditrices, mais ces dernières restent redevables des frais de transit y relatifs aux Administrations postales dont elles empruntent régulièrement l'intermédiaire. Toutefois, dans le cas de dépêches déviées ou mal acheminées, les Administrations réexpédiant ces dépêches pourront, si elles le désirent, réclamer le paiement des frais de transit auprès de l'Administration d'origine qui pourra, à son tour, se faire rembourser par l'Administration dont les services ont commis l'erreur d'acheminement.

Article 81

Echange de dépêches closes avec des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies et avec des bâtiments ou des avions de guerre

1. Des dépêches closes peuvent être échangées entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants des unités militaires mises à la disposition de l'Organisation des Nations Unies et entre le commandant d'une de ces unités militaires et le commandant d'une autre unité militaire mise à la disposition de l'Organisation des Nations Unies par l'intermédiaire des services territoriaux, maritimes ou aériens d'autres pays.

2. Un échange de dépêches closes peut aussi être effectué entre les bureaux de poste de l'un des Pays-membres et les commandants de divisions navales ou aériennes ou de bâtiments ou avions de guerre de ce même pays en station à l'étranger, ou entre le commandant d'une de ces divisions navales ou aériennes ou d'un de ces bâtiments ou avions de guerre et le commandant d'une autre division ou d'un autre bâtiment ou avion de guerre du même pays, par l'intermédiaire des services territoriaux, maritimes ou aériens d'autres pays.

3. Les envois de la poste aux lettres compris dans les dépêches visées aux paragraphes 1 et 2 doivent être exclusivement à l'adresse ou en provenance des membres des unités militaires ou des états-majors et des équipages des bâtiments ou avions de destination ou expéditeurs des dépêches. Les tarifs et les conditions d'envoi qui leur sont applicables sont déterminés, d'après sa réglementation, par l'Administration postale du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou auquel appartiennent les bâtiments ou les avions.

4. Sauf entente spéciale, l'Administration du pays qui a mis à disposition l'unité militaire ou dont relèvent les bâtiments ou avions de guerre est redevable, envers les Administrations concernées, des frais de transit des dépêches calculés conformément à l'article 72, des frais terminaux calculés conformément à l'article 73 et des frais de transport aérien calculés conformément à l'article 85.

Artikel 80

Durchgangsvergütungen für vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse

Vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse werden hinsichtlich der Zahlung der Durchgangsvergütungen so behandelt, als wären sie auf dem üblichen Weg befördert worden; die an der Beförderung dieser Kartenschlüsse beteiligten Verwaltungen dürfen infolgedessen von den Absendeverwaltungen dafür grundsätzlich keine Vergütungen fordern; diese letzteren schulden jedoch die entsprechenden Durchgangsvergütungen weiterhin den Postverwaltungen, deren Vermittlung sie regelmäßig in Anspruch nehmen. Bei vom Leitweg abgekommenen oder fehlgeleiteten Kartenschlüssen können jedoch die diese Kartenschlüsse nachsendenden Verwaltungen, falls sie dies wünschen, die Zahlung von Durchgangsvergütungen von der Ursprungsverwaltung fordern, die sich ihrerseits die Kosten von der Verwaltung zurückerstatten lassen kann, deren Dienststellen die Fehlleitung unterlaufen ist.

Artikel 81

Austausch von Kartenschlüssen mit der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheiten und mit Kriegsschiffen oder Militärflugzeugen

1. Zwischen den Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern der der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheiten und zwischen dem Befehlshaber einer dieser Militäreinheiten und dem Befehlshaber einer anderen der Organisation der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellten Militäreinheit können Kartenschlüsse über die Land-, See- oder Luftverbindungen anderer Länder ausgetauscht werden.

2. Zwischen den Postämtern eines Mitgliedslandes und den Befehlshabern im Ausland stationierter See- bzw. Luftgeschwader oder Kriegsschiffe oder aber Militärflugzeuge desselben Landes, oder zwischen dem Befehlshaber eines dieser See- bzw. Luftgeschwader oder einem dieser Kriegsschiffe beziehungsweise Militärflugzeuge und dem Befehlshaber eines anderen Geschwaders oder eines anderen Kriegsschiffes beziehungsweise Militärflugzeugs desselben Landes können gleichfalls Kartenschlüsse über die Land-, See- oder Luftverbindungen anderer Länder ausgetauscht werden.

3. Die in den Kartenschlüssen nach den §§ 1 und 2 enthaltenen Briefsendungen dürfen nur an Angehörige der Militäreinheiten oder an die Stäbe und Besatzungen der die Kartenschlüsse empfangenden oder absendenden Schiffe beziehungsweise Flugzeuge gerichtet sein oder von ihnen stammen. Die hierfür geltenden Gebühren und Versandbedingungen werden von der Postverwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Schiffe oder Flugzeuge gehören, nach ihren Vorschriften festgesetzt.

4. Wenn nichts anderes vereinbart worden ist, schuldet die Postverwaltung des Landes, das die Militäreinheit zur Verfügung gestellt hat oder dem die Kriegsschiffe oder Militärflugzeuge unterstehen, den betreffenden Verwaltungen für die Kartenschlüsse Durchgangsvergütungen, die nach Artikel 72, Endvergütungen, die nach Artikel 73 sowie Luftbeförderungskosten, die nach Artikel 85 berechnet werden.

Troisième partie

Transport aérien des envois de la poste aux lettres

Titre I

Correspondances-avion

Chapitre I

Dispositions générales

Article 82

Dépêches-avion

Les dépêches transportées par la voie aérienne avec priorité sont dénommées «dépêches-avion». Les dépêches-avion peuvent contenir des correspondances-avion et des envois prioritaires de la poste aux lettres. Les dispositions relatives au transport aérien pour les correspondances-avion sont applicables aux envois prioritaires par analogie.

Article 83

Acheminement des correspondances-avion et des dépêches-avion en transit

1. Les Administrations sont tenues d'acheminer par les communications aériennes qu'elles utilisent pour le transport de leurs propres correspondances-avion les envois de l'espèce qui leur parviennent des autres Administrations.

2. Les Administrations des pays qui ne disposent pas d'un service aérien acheminent les correspondances-avion par les voies les plus rapides utilisées par la poste; il en est de même si, pour une raison quelconque, l'acheminement par voie de surface offre des avantages sur l'utilisation des lignes aériennes.

3. Les dépêches-avion closes doivent être acheminées par le vol demandé par l'Administration du pays d'origine, sous réserve que ce vol soit utilisé par l'Administration du pays de transit pour la transmission de ses propres dépêches. Si tel n'est pas le cas ou si le temps pour le transbordement n'est pas suffisant, l'Administration du pays d'origine doit en être avertie.

4. Lorsque l'Administration du pays d'origine le désire, ses dépêches sont transbordées directement, à l'aéroport de transit, entre deux compagnies aériennes différentes, sous réserve que les compagnies aériennes intéressées acceptent d'assurer le transbordement et que l'Administration du pays de transit en soit préalablement informée.

Chapitre II

Frais de transport aérien

Article 84

Principes généraux

1. Les frais de transport pour tout le parcours aérien sont:

a) lorsqu'il s'agit de dépêches closes, à la charge de l'Administration du pays d'origine;

b) lorsqu'il s'agit de correspondances-avion en transit à découvert, y compris celles qui sont mal acheminées, à la charge de l'Administration qui remet ces correspondances à une autre Administration.

2. Ces mêmes règles sont applicables aux dépêches-avion et aux correspondances-avion en transit à découvert exemptes de frais de transit.

Dritter Teil

Beförderung von Briefsendungen auf dem Luftweg

Titel I

Luftpostbriefsendungen

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 82

Luftpostkartenschlüsse

Auf dem Luftweg mit Vorrang beförderte Kartenschlüsse werden als „Luftpostkartenschlüsse" bezeichnet. Luftpostkartenschlüsse können Luftpostbriefsendungen und Vorrangbriefsendungen enthalten. Die Bestimmungen über die Luftbeförderung von Luftpostbriefsendungen gelten entsprechend für Vorrangsendungen.

Artikel 83

Leitung der Luftpostbriefsendungen und Durchgangsluftpostkartenschlüsse

1. Die Verwaltungen müssen Luftpostbriefsendungen, die ihnen von anderen Verwaltungen zugehen, auf denselben Luftverkehrswegen weiterleiten, die sie für die Beförderung ihrer eigenen gleichartigen Sendungen benutzen.

2. Die Verwaltungen der Länder, denen keine Luftverkehrsgesellschaft zur Verfügung steht, befördern Luftpostbriefsendungen auf dem schnellsten von der Post benutzten Weg; dies gilt auch dann, wenn aus irgendeinem Grund die Leitung der Sendungen auf dem Land- und Seeweg gegenüber der Benutzung des Luftwegs Vorteile bietet.

3. Die Luftpostkartenschlüsse sind mit dem von der Einlieferungsverwaltung verlangten Flug zu befördern, sofern dieser Flug von der Verwaltung des Durchgangslandes für die Beförderung ihrer eigenen Kartenschlüsse benutzt wird. Ist dies nicht der Fall oder reicht die Zeit für die Umladung nicht aus, so ist die Einlieferungsverwaltung davon zu verständigen.

4. Auf Wunsch der Einlieferungsverwaltung werden deren Kartenschlüsse auf dem Durchgangsflughafen zwischen zwei verschiedenen Luftverkehrsgesellschaften direkt umgeladen unter dem Vorbehalt, daß die beteiligten Luftverkehrsgesellschaften bereit sind, die Umladung durchzuführen, und daß die Verwaltung des Durchgangslandes im voraus davon benachrichtigt wird.

Kapitel II

Luftbeförderungskosten

Artikel 84

Allgemeine Grundsätze

1. Die Kosten für die Luftbeförderung auf der gesamten Strecke trägt

a) bei Kartenschlüssen die Verwaltung des Einlieferungslandes;

b) bei Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs einschließlich der fehlgeleiteten die Verwaltung, die diese Briefsendungen einer anderen Verwaltung übergibt.

2. Die gleiche Regelung gilt für von Durchgangsvergütungen befreite Luftpostkartenschlüsse und Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs.

3. Les frais de transport doivent, pour un même parcours, être uniformes pour toutes les Administrations qui font usage de ce parcours.

4. Chaque Administration de destination qui assure le transport aérien du courrier international à l'intérieur de son pays a droit au remboursement des coûts supplémentaires occasionnés par ce transport, pourvu que la distance moyenne pondérée des parcours effectués dépasse 300 kilomètres. Sauf accord prévoyant la gratuité, les frais doivent être uniformes pour toutes les dépêches-avion et les dépêches prioritaires provenant de l'étranger, que ce courrier soit réacheminé ou non par voie aérienne.

5. Sauf entente spéciale entre les Administrations intéressées, l'article 72 s'applique aux correspondances-avion pour leurs parcours territoriaux ou maritimes éventuels; toutefois, ne donnent lieu à aucun paiement de frais de transit:

a) le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;

b) le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces mêmes dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 85

Taux de base et calcul des frais de transport aérien relatifs aux dépêches closes

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre Administrations au titre des transports aériens est fixé à 0,568 millième de DTS au maximum par kilogramme de poids brut et par kilomètre; ce taux est appliqué proportionnellement aux fractions de kilogramme.

2. Les frais de transport aérien relatifs aux dépêches-avion sont calculés d'après le taux de base effectif (inférieur et au plus égal au taux de base fixé au paragraphe 1) et les distances kilométriques mentionnées dans la «Liste des distances aéropostales», d'une part, et, d'autre part, d'après le poids brut de ces dépêches; il n'est pas tenu compte, le cas échéant, du poids des sacs collecteurs.

3. Les frais dus au titre du transport aérien à l'intérieur du pays de destination sont, s'il y a lieu, fixés sous forme d'un prix unitaire. Ce prix unitaire inclut tous les frais de transport aérien à l'intérieur du pays, quel que soit l'aéroport d'arrivée des dépêches, moins les frais de transport correspondants par voie de surface. Il est calculé sur la base des taux effectivement payés pour le transport du courrier à l'intérieur du pays de destination, sans pouvoir dépasser le taux maximal prévu au paragraphe 1 et d'après la distance moyenne pondérée des parcours effectués par le courrier international sur le réseau intérieur. La distance moyenne pondérée est calculée par le Bureau international en fonction du poids brut de toutes les dépêches-avion arrivant au pays de destination, y compris le courrier qui n'est pas réacheminé par voie aérienne à l'intérieur de ce pays.

4. Les frais dus au titre du transport aérien, entre deux aéroports d'un même pays, des dépêches-avion en transit peuvent également être fixés sous forme d'un prix unitaire. Ce prix est calculé sur la base du taux effectivement payé pour le transport aérien du courrier à l'intérieur du pays de transit, sans pouvoir dépasser le taux maximal prévu au paragraphe 1 et d'après la distance moyenne pondérée des parcours effectués par le courrier international sur le réseau aérien intérieur du pays de transit. La distance moyenne pondérée est déterminée en fonction du poids brut de toutes les dépêches-avion transitant par le pays intermédiaire.

5. Le montant des frais visés aux paragraphes 3 et 4 ne peut dépasser dans l'ensemble ceux qui doivent être effectivement payés pour le transport.

3. Die Beförderungskosten für ein- und dieselbe Strecke müssen für alle Verwaltungen, die diese in Anspruch nehmen, die gleichen sein.

4. Jede Bestimmungsverwaltung, die die Luftbeförderung von Auslandsbriefpost innerhalb ihres Landes wahrnimmt, hat Anspruch auf Erstattung der durch diese Beförderung verursachten zusätzlichen Kosten, sofern die mittlere gewogene Beförderungsstrecke 300 km überschreitet. Sofern keine Unentgeltlichkeit vereinbart worden ist, müssen die Kosten für alle aus dem Ausland eingehenden Luftpostkartenschlüsse und Vorrangkartenschlüsse gleich hoch sein, und zwar unabhängig davon, ob die Post auf dem Luftweg weitergeleitet wird oder nicht.

5. Wenn die beteiligten Verwaltungen nichts anderes vereinbart haben, gilt für die eventuelle Beförderung der Luftpostbriefsendungen auf dem Land- oder Seeweg der Artikel 72; Durchgangskosten sind jedoch nicht zu zahlen für

a) den Umschlag der Luftpostkartenschlüsse zwischen zwei Flughäfen derselben Stadt;

b) die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen einer Stadt zu einer in dieser Stadt gelegenen Umschlagstelle und zurück zur Weiterleitung.

Artikel 85

Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten für Kartenschlüsse

1. Der für die Abrechnung zwischen Verwaltungen anzuwendende Grundvergütungssatz wird für eine Luftbeförderungsleistung von 1 Kilogramm Bruttogewicht je Kilometer auf höchstens 0,568 Tausendstel SZR festgesetzt; dieser Satz gilt proportional auch für Bruchteile eines Kilogramms.

2. Die Kosten für die Luftbeförderung von Luftpostkartenschlüssen werden einerseits nach dem tatsächlichen Grundvergütungssatz (niedriger als der Grundvergütungssatz nach § 1 und höchstens gleich hoch) und den in der „Liste des distances aéropostales" aufgeführten Entfernungen in Kilometern und andererseits nach dem Bruttogewicht dieser Kartenschlüsse berechnet; das Gewicht gegebenenfalls verwendeter Sammelbeutel bleibt unberücksichtigt.

3. Die Kosten für die Luftbeförderung innerhalb des Bestimmungslandes werden gegebenenfalls nach einem einheitlichen Kostensatz festgesetzt. Dieser einheitliche Kostensatz schließt alle Kosten für die Luftbeförderung innerhalb des Landes ein, und zwar unabhängig vom Eingangsflughafen des Kartenschlusses, abzüglich der entsprechenden Kosten für die Beförderung auf dem Land- und Seeweg. Er wird auf der Grundlage der für die Beförderung von Briefsendungen innerhalb des Bestimmungslandes tatsächlich gezahlten Sätze, die den in § 1 vorgesehenen Höchstsatz nicht überschreiten dürfen, und nach der gewogenen Durchschnittslänge der Strecken berechnet, auf denen die Auslandspost über das Inlandsnetz befördert wird. Die gewogene Durchschnittslänge wird vom Internationalen Büro nach dem Bruttogewicht aller im Bestimmungsland eingehenden Luftpostkartenschlüsse berechnet, einschließlich der Briefpost, die innerhalb dieses Landes nicht auf dem Luftweg weitergeleitet wird.

4. Die Kosten für die Luftbeförderung von Durchgangsluftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen ein und desselben Landes können ebenfalls nach einem einheitlichen Kostensatz festgesetzt werden. Dieser Satz wird auf der Grundlage des für die Luftpostbeförderung innerhalb des Durchgangslandes tatsächlich gezahlten Satzes, der den in § 1 vorgesehenen Höchstsatz nicht überschreiten darf, und nach der gewogenen Durchschnittslänge der Strecken berechnet, auf denen die Auslandspost über das Inlandsnetz des Durchgangslandes befördert wird. Die gewogene Durchschnittslänge wird nach dem Bruttogewicht aller Luftpostkartenschlüsse berechnet, die durch das Durchgangsland befördert werden.

5. Der Gesamtbetrag der in den §§ 3 und 4 genannten Kosten darf die tatsächlich für die Beförderung zu zahlenden Vergütungen nicht überschreiten.

6. Les prix pour le transport aérien international et intérieur, obtenus en multipliant le taux de base effectif par la distance et servant à calculer les frais visés aux paragraphes 2, 3 et 4, sont arrondis au décime supérieur lorsque le nombre formé par le chiffre des centièmes et celui des millièmes est égal ou supérieur à 50; ils sont arrondis au décime inférieur dans le cas contraire.

6. Die Kosten für die Luftbeförderung innerhalb und außerhalb eines Landes, die sich durch die Multiplikation des tatsächlichen Grundvergütungssatzes mit der Entfernung ergeben und die der Berechnung der Kosten nach den §§ 2, 3 und 4 dienen, werden auf die nächsthöhere Dezimalstelle aufgerundet, wenn die Hunderter- und Tausenderstelle gleich 50 sind oder höher; andernfalls werden sie auf die nächstniedrige Dezimalstelle abgerundet.

Article 86

Calcul et décompte des frais de transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert

1. Les frais de transport aérien relatifs aux correspondances-avion en transit à découvert sont calculés, en principe, comme il est indiqué à l'article 85, paragraphe 2, mais d'après le poids net de ces correspondances. Ils sont fixés sur la base d'un certain nombre de tarifs moyens ne pouvant dépasser 10 et dont chacun, relatif à un groupe de pays de destination, est déterminé en fonction du tonnage du courrier débarqué aux diverses destinations de ce groupe. Le montant de ces frais, qui ne peut dépasser ceux qui doivent être payés pour le transport, est majoré de 5 pour cent.

2. Le décompte des frais de transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert a lieu, en principe, d'après les données de relevés statistiques établis annuellement, conformément aux dispositions de l'article 214, paragraphe 1.

3. Le décompte s'effectue sur la base du poids réel lorsqu'il s'agit de correspondances mal acheminées, déposées à bord des navires ou transmises à des fréquences irrégulières ou en quantités trop variables. Toutefois, ce décompte n'est établi que si l'Administration intermédiaire demande à être rémunérée pour le transport de ces correspondances.

Artikel 86

Berechnung und Abrechnung der Luftbeförderungskosten für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs

1. Die Luftbeförderungskosten für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs werden grundsätzlich nach Artikel 85 § 2, jedoch nach dem Nettogewicht dieser Sendungen berechnet. Sie werden auf der Grundlage einer bestimmten Anzahl von Durchschnittssätzen festgesetzt, die 10 nicht überschreiten dürfen und, jeweils auf eine Gruppe von Bestimmungsländern bezogen, nach dem Gewicht der an den verschiedenen Bestimmungsorten dieser Gruppe ausgeladenen Postmengen ermittelt. Der Betrag dieser Kosten, der die für die Beförderung zu zahlenden Kosten nicht überschreiten darf, wird um 5 v. H. erhöht.

2. Die Luftbeförderungskosten für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs werden grundsätzlich nach den Angaben statistischer Nachweise abgerechnet, die jährlich nach den Bestimmungen des Artikels 214 § 1 erstellt werden.

3. Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage des tatsächlichen Gewichts, wenn es sich um fehlgeleitete, an Bord von Schiffen eingelieferte oder in unregelmäßigen Abständen oder in zu unterschiedlichen Mengen zugeleitete Briefsendungen handelt. Diese Abrechnung wird jedoch nur vorgenommen, wenn die Zwischenverwaltung für die Beförderung dieser Briefsendungen eine Vergütung verlangt.

Article 87

Modifications des taux des frais de transport aérien à l'intérieur du pays de destination et des correspondances-avion en transit à découvert

Les modifications apportées aux taux des frais de transport aérien visés aux articles 85, paragraphe 3, et 86, doivent:

a) entrer en vigueur exclusivement le 1er janvier;

b) être notifiées, au moins trois mois à l'avance, au Bureau international qui les communique à toutes les Administrations au moins deux mois avant la date fixée à la lettre a).

Artikel 87

Änderungen der Kostensätze für die Luftbeförderung innerhalb des Bestimmungslandes und für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs

Änderungen der Kostensätze für die Luftbeförderung nach den Artikeln 85 § 3 und 86 müssen

a) ausschließlich am 1. Januar in Kraft treten;

b) mindestens drei Monate im voraus dem Internationalen Büro mitgeteilt werden, das sie mindestens zwei Monate vor dem in Buchstabe a festgelegten Zeitpunkt allen Verwaltungen bekanntgibt.

Article 88

Paiement des frais de transport aérien

1. Les frais de transport aérien relatifs aux dépêches-avion sont, sauf les exceptions prévues aux paragraphes 2 et 4, payables à l'Administration du pays dont relève le service aérien emprunté.

2. Par dérogation au paragraphe 1:

a) les frais de transport peuvent être payés à l'Administration du pays où se trouve l'aéroport dans lequel les dépêches-avion ont été prises en charge par l'entreprise de transport aérien, sous réserve d'un accord entre cette Administration et celle du pays dont relève le service aérien intéressé;

b) l'Administration qui remet des dépêches-avion à une entreprise de transport aérien peut régler directement à cette entreprise les frais de transport pour une partie ou la totalité du parcours.

3. Les frais relatifs au transport aérien des correspondances-avion en transit à découvert sont payés à l'Administration qui assure le réacheminement de ces correspondances.

Artikel 88

Zahlung der Luftbeförderungskosten

1. Abgesehen von den in §§ 2 und 4 vorgesehenen Ausnahmen sind die Luftbeförderungskosten für Luftpostkartenschlüsse an die Verwaltung des Landes zu zahlen, in dessen Bereich die in Anspruch genommene Luftverkehrsgesellschaft ihren Sitz hat.

2. Abweichend von § 1

a) können die Beförderungskosten an die Verwaltung des Landes gezahlt werden, in dem sich der Flughafen befindet, auf dem die Luftverkehrsgesellschaft die Luftpostkartenschlüsse übernommen hat, sofern diese Verwaltung mit der Verwaltung des Landes, in dem die beteiligte Gesellschaft ihren Sitz hat, eine Vereinbarung getroffen hat;

b) kann die Verwaltung, die einer Luftverkehrsgesellschaft Luftpostkartenschlüsse übergibt, die Beförderungskosten für die gesamte Strecke oder einen Teil der Strecke unmittelbar an diese Gesellschaft zahlen.

3. Die Luftbeförderungskosten für Luftpostbriefsendungen des offenen Durchgangs werden an die Verwaltung gezahlt, die diese Briefsendungen weiterleitet.

4. A moins que d'autres dispositions n'aient été prises, les frais de transport des correspondances-avion transbordées directement entre deux compagnies aériennes différentes conformément à l'article 83, paragraphe 4, sont réglés par l'Administration d'origine soit directement au premier transporteur qui est alors chargé de rémunérer le transporteur suivant, soit directement à chaque transporteur intervenant dans le transbordement.

Article 89

Frais de transport aérien des dépêches ou des sacs déviés ou mal acheminés

1. L'Administration d'origine d'une dépêche déviée en cours de route doit payer les frais de transport de cette dépêche relatifs aux parcours réellement suivis.

2. Elle règle les frais de transport jusqu'à l'aéroport de déchargement initialement prévu sur le bordereau de livraison lorsque:

- la voie d'acheminement réelle n'est pas connue;
- les frais pour les parcours réellement suivis n'ont pas encore été réclamés;
- la déviation est imputable à la compagnie aérienne ayant assuré le transport.

3. Les frais supplémentaires résultant des parcours réellement suivis par la dépêche déviée sont remboursés dans les conditions suivantes:

a) par l'Administration dont les services ont commis l'erreur d'acheminement;

b) par l'Administration qui a perçu les frais de transport versés à la compagnie aérienne ayant effectué le débarquement en un lieu autre que celui qui est indiqué sur le bordereau de livraison AV 7.

4. Les paragraphes 1 à 3 sont applicables par analogie, lorsqu'une partie seulement d'une dépêche est débarquée à un aéroport autre que celui qui est indiqué sur le bordereau AV 7.

5. L'Administration d'origine d'une dépêche ou d'un sac mal acheminé par suite d'une erreur d'étiquetage doit payer les frais de transport relatifs à tout le parcours aérien, conformément à l'article 84, paragraphe 1, lettre a).

Article 90

Frais de transport aérien du courrier perdu ou détruit

En cas de perte ou de destruction du courrier par suite d'un accident survenu à l'aéronef ou de toute autre cause engageant la responsabilité de l'entreprise de transport aérien, l'Administration d'origine est exonérée de tout paiement, pour quelque partie que ce soit du trajet de la ligne empruntée, au titre du transport aérien du courrier perdu ou détruit.

Titre II

Courrier de surface transporté par la voie aérienne (S.A.L.)

Article 91

Echange par la voie aérienne des dépêches de surface

1. Les Administrations ont la faculté d'expédier par avion, avec priorité réduite, les dépêches de courrier de surface, sous réserve de l'accord des Administrations qui reçoivent ces dépêches dans les aéroports de leur pays.

4. Sofern nichts anderes vereinbart wurde, werden die Beförderungskosten für Luftpostbriefsendungen, die nach Artikel 83 § 4 zwischen zwei verschiedenen Luftverkehrsgesellschaften direkt umgeladen wurden, von der Einlieferungsverwaltung entweder direkt an das erste Beförderungsunternehmen gezahlt, das dann das nächste entgelten muß, oder direkt an jedes an der Umladung beteiligte Beförderungsunternehmen.

Artikel 89

Luftbeförderungskosten für vom Leitweg abgekommene oder fehlgeleitete Kartenschlüsse oder Beutel

1. Die Absendeverwaltung eines unterwegs vom Leitweg abgekommenen Kartenschlusses muß die Kosten für die Beförderung dieses Kartenschlusses für die tatsächlich zurückgelegte Strecke zahlen.

2. Sie zahlt die Beförderungskosten bis zu dem auf dem Übergabenachweis ursprünglich vorgesehenen Ausladeflughafen, wenn:

- der tatsächliche Beförderungsweg nicht bekannt ist;
- die Kosten für die tatsächlich zurückgelegte Strecke noch nicht eingefordert wurden;
- die Abweichung vom Leitweg von der Luftverkehrsgesellschaft verursacht wurde, die die Beförderung durchgeführt hat.

3. Die zusätzlichen Kosten für die tatsächlich zurückgelegten Strecken des vom Leitweg abgekommenen Kartenschlusses werden wie folgt erstattet:

a) von der Verwaltung, deren Dienststellen die Fehlleitung verursacht haben;

b) von der Verwaltung, die die Beförderungskosten erhoben hat, die an die Luftverkehrsgesellschaft gezahlt worden sind, die die Ausladung an einem anderen als dem auf dem Übergabenachweis AV 7 angegebenen Ort vorgenommen hat.

4. §§ 1 bis 3 gelten sinngemäß, wenn nur ein Teil eines Kartenschlusses auf einem anderen als dem im Übergabenachweis AV 7 angegebenen Flughafen ausgeladen wird.

5. Die Absendeverwaltung eines infolge einer falschen Kennzeichnung fehlgeleiteten Kartenschlusses oder Beutels hat gemäß Artikel 84 § 1 Buchstabe a die Beförderungskosten für die ganze Luftbeförderungsstrecke zu zahlen.

Artikel 90

Luftbeförderungskosten für in Verlust geratene oder vernichtete Briefpost

Bei Verlust oder Vernichtung von Briefpost infolge eines Flugzeugunfalls oder jeder anderen Ursache, die die Haftung der Luftverkehrsgesellschaft auslöst, ist die Einlieferungsverwaltung hinsichtlich der Luftbeförderung der in Verlust geratenen oder vernichteten Post für jeden Teil der benutzten Luftverkehrslinie von jeder Zahlung befreit.

Titel II

Auf dem Luftweg beförderte Briefpost des Land- und Seewegs (SAL)

Artikel 91

Austausch von Kartenschlüssen des Land- und Seewegs auf dem Luftweg

1. Die Verwaltungen können Kartenschlüsse mit Briefpost des Land- und Seewegs vorbehaltlich der Zustimmung der Verwaltungen, die diese Kartenschlüsse auf den Flughäfen ihrer Länder übernehmen, mit eingeschränktem Vorrang mit Luftpost versenden.

2. Lorsque les dépêches-surface en provenance d'une Administration sont réacheminées par avion par les soins d'une autre Administration, les conditions de ce réacheminement font l'objet d'un accord particulier entre les Administrations intéressées.

3. Les dépêches-surface transportées par avion peuvent être transbordées directement entre deux compagnies aériennes différentes dans les conditions prévues à l'article 83, paragraphe 4.

2. Werden Kartenschlüsse des Land- und Seewegs einer Verwaltung von einer anderen Verwaltung mit Luftpost weitergeleitet, so sind die Bedingungen für diese Weiterleitung in einer besonderen Vereinbarung zwischen den betroffenen Verwaltungen festzulegen.

3. Die mit Luftpost beförderten Kartenschlüsse des Land- und Seewegs können unter den in Artikel 83 § 4 vorgesehenen Bedingungen zwischen zwei verschiedenen Luftverkehrsgesellschaften direkt umgeladen werden.

Quatrième partie
Service EMS

Article 92
Service EMS

1. Le service EMS constitue le plus rapide des services postaux par moyens physiques. Il consiste à collecter, à transmettre et à distribuer dans des délais très courts des correspondances, des documents ou des marchandises.

2. Ce service est, dans la mesure du possible, identifié par un logotype du modèle ci-après composé des éléments suivants:

- une aile orange;
- des lettres EMS en bleu;
- trois bandes horizontales orange.

Le logotype peut être complété par le nom du service national.

3. Les taxes du service sont fixées par l'Administration d'origine compte tenu des coûts et des exigences du marché.

Vierter Teil
EMS-Dienst

Artikel 92
EMS-Dienst

1. Der EMS-Dienst ist der schnellste Postdienst mit körperlicher Übermittlung. Er gewährleistet eine besonders schnelle Abholung, Beförderung und Zustellung von Briefsendungen, Dokumenten oder Waren.

2. Dieser Dienst wird nach Möglichkeit durch eine Logotype nach folgendem Muster gekennzeichnet, die aus folgenden Teilen besteht:

- einem orangefarbenen Flügel;
- den Buchstaben EMS in blauer Farbe;
- drei orangefarbenen Querstreifen.

Der Logotype kann die im Inlandsdienst verwendete Bezeichnung des EMS-Dienstes hinzugefügt werden.

3. Die Gebühren dieses Dienstes werden von der Einlieferungsverwaltung unter Berücksichtigung der Kosten und der Erfordernisse des Marktes festgelegt.

Cinquième partie
Dispositions finales

Article 93
Conditions d'approbation des propositions concernant la Convention et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives à la présente Convention et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant. La moitié au moins des Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement d'exécution de la Convention qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil exécutif pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil exécutif.

3. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives à la présente Convention doivent réunir:

a) l'unanimité des suffrages s'il s'agit de modifications aux articles premier à 18 (première partie), 19 à 25, 26, paragraphe 1, lettres h), p), q), r) et s), 29, 32, 41, paragraphes 2, 3, 5 et 6, 48 à 55, 57 à 81 (deuxième partie), 93 et 94 (cinquième partie) de la Convention, à tous les articles de son Protocole final;

b) les deux tiers des suffrages s'il s'agit de modifications de fond à des dispositions autres que celles qui sont mentionnées sous lettre a);

Fünfter Teil
Schlußbestimmungen

Artikel 93
Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zum Weltpostvertrag und seiner Vollzugsordnung

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Vertrag und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer gebilligt werden. Mindestens die Hälfte der beim Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Um rechtswirksam zu werden, müssen die Vorschläge zur Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag, die der Kongreß zur Entscheidung an den Vollzugsrat verwiesen hat oder die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Vollzugsrats gebilligt werden.

3. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Vertrag müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten:

a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um Änderungen der Artikel 1 bis 18 (erster Teil), 19 bis 25, 26 § 1 Buchstaben h, p, q, r und s, Artikel 29, 32, 41 §§ 2, 3, 5 und 6, Artikel 48 bis 55, 57 bis 81 (zweiter Teil), 93 und 94 (fünfter Teil) des Weltpostvertrags und aller Artikel seines Schlußprotokolls handelt;

b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um materielle Änderungen anderer als der unter Buchstabe a genannten Bestimmungen handelt;

c) la majorité des suffrages s'il s'agit:

1° de modifications d'ordre rédactionnel aux dispositions de la Convention autres que celles qui sont mentionnées sous lettre a);

2° de l'interprétation des dispositions de la Convention et de son Protocole final.

Article 94

Mise à exécution et durée de la Convention

La présente Convention sera mise à exécution le 1er janvier 1991 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres ont signé la présente Convention en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich handelt:

1) um Änderungen redaktioneller Art anderer als der unter Buchstabe a genannten Bestimmungen des Weltpostvertrags;

2) um die Auslegung der Bestimmungen des Weltpostvertrags und seines Schlußprotokolls.

Artikel 94

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Weltpostvertrags

Dieser Weltpostvertrag tritt am 1. Januar 1991 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der Mitgliedsländer diesen Weltpostvertrag in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übergeben, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington am 14. Dezember 1989.

Protocole final de la Convention postale universelle

Au moment de procéder à la signature de la Convention postale universelle conclue à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article I

Appartenance des envois postaux

1. L'article 5 ne s'applique pas à l'Australie, à Bahrain, à la Barbade, au Belize, au Botswana, au Brunei Darussalam, au Canada, à la Dominique, à l'Egypte, aux Fidji, à la Gambie, au Ghana, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kiribati, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Maurice, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie – Nouvelle-Guinée, à Saint-Christophe-et-Nevis, à Sainte-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (îles), au Samoa occidental, aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu, au Yémen, à la Zambie et au Zimbabwe.

2. Cet article ne s'applique pas non plus au Danemark, dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse des envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur à partir du moment où le destinataire a été informé de l'arrivée d'un envoi à son adresse.

Article II

Exception à la franchise postale en faveur des cécogrammes

1. Par dérogation à l'article 18, les Administrations postales de Saint-Vincent-et-Grenadines et de la Turquie, qui n'accordent pas la franchise postale aux cécogrammes dans leur service intérieur, ont la faculté de percevoir les taxes d'affranchissement et les taxes spéciales visées à l'article 18 et qui ne peuvent toutefois être supérieures à celles de leur service intérieur.

2. Par dérogation à l'article 18, les Administrations de l'Allemagne, Rép. féd. d', de l'Amérique (Etats-Unis), du Canada, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et du Japon ont la faculté de percevoir les taxes spéciales énumérées à l'article 26, paragraphe 1, et la taxe de remboursement qui sont appliquées aux cécogrammes dans leur service intérieur.

3. Par dérogation aux articles 18 et 20 de la Convention et à l'article 131, paragraphe 2, du Règlement d'exécution, les Administrations postales de Biélorussie, de l'Inde, de l'Indonésie, du Liban, du Népal, de l'Ukraine, de l'Union des républiques socialistes soviétiques, du Yémen et du Zimbabwe n'admettent les enregistrements sonores comme des cécogrammes que s'ils sont expédiés par, ou adressés à, un institut pour aveugles officiellement reconnu.

Article III

Equivalents et taxes spéciales. Limites maximales

A titre exceptionnel, les Pays-membres sont autorisés à dépasser les limites supérieures des taxes spéciales indiquées à l'article 26, paragraphe 1, qu'elles soient appliquées ou non dans le régime intérieur, si cela est nécessaire pour mettre ces taxes en rapport avec les coûts d'exploitation de leurs services. Les Pays-membres désireux d'appliquer cette disposition doivent en informer le Bureau international dès que possible.

Schlußprotokoll zum Weltpostvertrag

Im Augenblick der Unterzeichnung des am heutigen Tage abgeschlossenen Weltpostvertrags haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Artikel I

Verfügungsrecht über Postsendungen

1. Artikel 5 gilt nicht für Australien, Bahrain, Barbados, Belize, Botsuana, Brunei Darussalam, Kanada, Dominica, Ägypten, Fidschi, Gambia, Ghana, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Irland, Jamaika, Kenia, Kiribati, Kuwait, Lesotho, Malaysia, Malawi, Mauritius, Nauru, Nigeria, Neuseeland, Uganda, Papua-Neuguinea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen (Inseln), Westsamoa, die Seschellen, Sierra Leone, Singapur, Swasiland, Tansania (Vereinigte Republik), Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu, Jemen, Sambia und Simbabwe.

2. Dieser Artikel gilt auch nicht für Dänemark, dessen gesetzliche Vorschriften die Zurückziehung oder die Änderung der Aufschrift von Briefsendungen auf Antrag des Absenders von dem Zeitpunkt an nicht erlauben, zu dem der Empfänger über den Eingang einer für ihn bestimmten Sendung unterrichtet worden ist.

Artikel II

Ausnahme von der Postgebührenfreiheit für Blindensendungen

1. Abweichend von Artikel 18 können die Postverwaltungen von St. Vincent und den Grenadinen und der Türkei, die in ihrem Inlandsdienst für Blindensendungen keine Postgebührenfreiheit gewähren, die in Artikel 18 genannten Freimachungsgebühren und besonderen Gebühren erheben, die jedoch nicht höher als die Gebühren ihres Inlandsdienstes sein dürfen.

2. Abweichend von Artikel 18 können die Verwaltungen der Bundesrepublik Deutschland, Amerikas (Vereinigte Staaten), Kanadas, des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland und Japans die in Artikel 26 § 1 aufgeführten besonderen Gebühren und die Nachnahmegebühr erheben, die in ihrem Inlandsdienst für Blindensendungen gelten.

3. Abweichend von den Artikeln 18 und 20 des Weltpostvertrags und von Artikel 131 § 2 der Vollzugsordnung lassen die Postverwaltungen von Weißrußland, Indien, Indonesien, Libanon, Nepal, der Ukraine, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Jemen und Simbabwe Tonaufzeichnungen nur dann als Blindensendungen zu, wenn sie von einer amtlich anerkannten Blindenanstalt versandt werden oder an eine solche gerichtet sind.

Artikel III

Gegenwerte und besondere Gebühren. Höchstgrenzen

Die Mitgliedsländer dürfen die Höchstgrenzen der in Artikel 26 § 1 genannten besonderen Gebühren, unabhängig davon, ob sie im Inlandsdienst angewandt werden oder nicht, ausnahmsweise überschreiten, wenn es sich als notwendig erweist, die Gebühren und die Betriebskosten ihrer Dienste zueinander in Beziehung zu setzen. Mitgliedsländer, die diese Bestimmung anwenden wollen, müssen das Internationale Büro so früh wie möglich davon verständigen.

Article IV

Once et livre avoirdupois

Par dérogation à l'article 20, paragraphe 1, tableau, les Pays-membres qui, à cause de leur régime intérieur, ne peuvent adopter le type de poids métrique décimal ont la faculté de substituer aux échelons de poids prévus à l'article 20, paragraphe 1, les équivalents suivants:

jusqu'à	20 g	1 oz;
jusqu'à	50 g	2 oz;
jusqu'à	100 g	4 oz;
jusqu'à	250 g	8 oz;
jusqu'à	500 g	1 lb;
jusqu'à	1 000 g	2 lb;
par	1 000 g en sus	2 lb.

Article V

Dérogation aux dimensions des envois sous enveloppe

1. Les Administrations de l'Amérique (Etats-Unis), du Canada, du Kenya, de l'Ouganda et de la Tanzanie (Rép. unie) ne sont pas tenues de décourager l'emploi d'enveloppes dont le format dépasse les dimensions recommandées, lorsque ces enveloppes sont largement utilisées dans leur pays.

2. L'Administration de l'Inde n'est pas tenue de décourager l'emploi d'enveloppes dont le format est supérieur ou inférieur aux dimensions recommandées, lorsque ces enveloppes sont largement utilisées dans son pays.

Article VI

Petits paquets

1. L'obligation de participer à l'échange des petits paquets dépassant le poids de 500 grammes ne s'applique pas aux Administrations de l'Australie, de Cuba, de Myanmar et de la Papouasie-Nouvelle-Guinée, qui sont dans l'impossibilité d'assurer cet échange.

2. L'obligation de participer à l'échange des petits paquets dépassant le poids de 1 kilogramme ne s'applique pas à l'Administration de l'Italie, qui est dans l'impossibilité d'assurer cet échange.

Article VII

Envois admis à tort

Par dérogation à l'article 24, paragraphe 1, l'Administration postale brésilienne est autorisée à traiter les envois reçus en désaccord avec les articles 19 et 20 selon les dispositions de sa législation interne.

Article VIII

Dépôt à l'étranger d'envois de la poste aux lettres

L'Administration postale du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord se réserve le droit de percevoir une taxe, en rapport avec le coût des travaux occasionnés, sur toute Administration postale qui, en vertu de l'article 25, paragraphe 4, lui renvoie des objets qui n'ont pas, à l'origine, été expédiés comme envois postaux par l'Administration postale du Royaume-Uni.

Article IX

Coupons-réponse Internationaux émis avant le 1er janvier 1975

A partir du 1er janvier 1979, les coupons-réponse internationaux émis avant le 1er janvier 1975 ne donnent pas lieu à un règlement entre Administrations, sauf entente spéciale.

Artikel IV

Unzen- und Pfundgewicht

Abweichend von Artikel 20 § 1, Übersicht, dürfen die Mitgliedsländer, die wegen ihrer nationalen Rechtsvorschriften das Dezimalgewichtssystem nicht annehmen können, anstelle der in Artikel 20 § 1 vorgesehenen Gewichtsstufen folgende Gegenwerte anwenden:

bis	20 g	1 Unze
bis	50 g	2 Unzen
bis	100 g	4 Unzen
bis	250 g	8 Unzen
bis	500 g	1 Pfund
bis	1000 g	2 Pfund
für jede weiteren	1000 g	2 Pfund

Artikel V

Abweichung von den Maßen für Sendungen unter Umschlag

1. Die Verwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten), Kanada, Kenia, Uganda und Tansania (Vereinigte Republik) sind nicht verpflichtet, von der Verwendung von Umschlägen, deren Format die empfohlenen Maße überschreitet, abzuraten, wenn deren Verwendung in ihren Ländern sehr verbreitet ist.

2. Die Verwaltung Indiens ist nicht verpflichtet, von der Verwendung von Umschlägen, deren Format die empfohlenen Maße über- oder unterschreitet, abzuraten, wenn deren Verwendung in ihrem Land sehr verbreitet ist.

Artikel VI

Päckchen

1. Die Verpflichtung, am Austausch von Päckchen über 500 g teilzunehmen, gilt nicht für die Verwaltungen von Australien, Kuba, Myanmar und Papua-Neuguinea, die nicht in der Lage sind, diesen Austausch durchzuführen.

2. Die Verpflichtung, am Austausch von Päckchen über 1 kg teilzunehmen, gilt nicht für die Verwaltung Italiens, die nicht in der Lage ist, diesen Austausch durchzuführen.

Artikel VII

Zu Unrecht angenommene Sendungen

Abweichend von Artikel 24 § 1 darf die brasilianische Postverwaltung Sendungen, die nicht den Vorschriften der Artikel 19 und 20 entsprechen, nach ihren Inlandsvorschriften behandeln.

Artikel VIII

Einlieferung von Briefsendungen im Ausland

Die Postverwaltung des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Nordirland behält sich das Recht vor, von jeder Postverwaltung, die in Anwendung des Artikels 25 § 4 Sendungen an sie zurückschickt, die ursprünglich nicht von der Postverwaltung des Vereinigten Königreiches als Postsendungen versandt worden sind, eine Gebühr zu erheben, die den Kosten für die verursachte Arbeit entspricht.

Artikel IX

Vor dem 1. Januar 1975 ausgegebene Internationale Antwortscheine

Vom 1. Januar 1979 an können vor dem 1. Januar 1975 ausgegebene Internationale Antwortscheine nur aufgrund besonderer Vereinbarungen zwischen den Verwaltungen abgerechnet werden.

Article X

Retrait. Modification ou correction d'adresse

1. L'article 38 ne s'applique pas aux Bahamas, à Bahrain, à la Barbade, au Belize, au Botswana, au Brunei Darussalam, au Canada, à la Dominique, aux Fidji, à la Gambie, au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, aux Territoires d'outremer dépendant du Royaume-Uni, à Grenade, à la Guyane, à l'Iraq, à l'Irlande, à la Jamaïque, au Kenya, à Kiribati, à Kuwait, au Lesotho, à la Malaisie, au Malawi, à Myanmar, à Nauru, au Nigéria, à la Nouvelle-Zélande, à l'Ouganda, à la Papouasie-Nouvelle-Guinée, à la Rép. pop. dém. de Corée, à Saint-Christophe-et-Nevis, à Sainte-Lucie, à Saint-Vincent-et-Grenadines, à Salomon (îles), au Samoa occidental, aux Seychelles, à la Sierra Leone, à Singapour, au Swaziland, à la Tanzanie (Rép. unie), à la Tchécoslovaquie, à la Trinité-et-Tobago, à Tuvalu, à Vanuatu et à la Zambie, dont la législation ne permet pas le retrait ou la modification d'adresse d'envois de la poste aux lettres à la demande de l'expéditeur.

2. L'article 38 s'applique à l'Australie dans la mesure où il est compatible avec la législation intérieure de ce pays.

Artikel X

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

1. Artikel 38 gilt nicht für die Bahamas, Bahrain, Barbados, Belize, Botsuana, Brunei Darussalam, Kanada, Dominica, Fidschi, Gambia, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Grenada, Guyana, Irak, Irland, Jamaika, Kenia, Kiribati, Kuwait, Lesotho, Malaysia, Malawi, Myanmar, Nauru, Nigeria, Neuseeland, Uganda, Papua-Neuguinea, die Demokratische Volksrepublik Korea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen (Inseln), Westsamoa, die Seschellen, Sierra Leone, Singapur, Swasiland, Tansania (Vereinigte Republik), die Tschechoslowakei, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu und Sambia, deren Rechtsvorschriften die Zurückziehung oder die Änderung der Aufschrift von Briefsendungen auf Verlangen des Absenders nicht zulassen.

2. Artikel 38 gilt für Australien nur insoweit, als er mit den Inlandsvorschriften dieses Landes vereinbar ist.

Article XI

Taxes spéciales

En lieu et place de la taxe de recommandation prévue à l'article 54, paragraphe 1, lettre b), les Pays-membres ont la faculté d'appliquer, pour les lettres avec valeur déclarée, la taxe correspondante de leur service intérieur ou, exceptionnellement, une taxe de 3,27 DTS au maximum.

Artikel XI

Besondere Gebühren

Die Mitgliedsländer können anstelle der Einschreibgebühr nach Artikel 54 § 1 Buchstabe b für Wertbriefe die entsprechende Gebühr ihres Inlandsdienstes oder ausnahmsweise eine Gebühr von höchstens 3,27 SZR anwenden.

Article XII

Interdictions

1. Les Administrations postales de l'Afghanistan, de l'Angola, de Cuba, de Djibouti, du Mexique et du Pakistan ne sont pas tenues d'observer les dispositions prévues dans la deuxième phrase de l'article 41, paragraphe 8, selon laquelle «Cette information doit indiquer d'une manière précise l'interdiction sous le coup de laquelle tombe l'envoi ainsi que les objets qui ont donné lieu à la saisie».

2. Les délégations de l'Afghanistan, de l'Angola, de la Biélorussie, de la Bulgarie (Rép. pop.), de Cuba, de Djibouti, de la Pologne (Rép. pop.), de la Rép. pop. dém. de Corée, du Soudan, de l'Ukraine, de l'Union des républiques socialistes soviétiques et du Yémen réservent, aux Administrations postales de leurs pays, le droit de ne fournir les renseignements sur les raisons de la saisie d'un envoi postal que dans les limites des informations provenant des autorités douanières et selon la législation intérieure.

3. A titre exceptionnel, l'Administration postale du Liban n'accepte pas les lettres recommandées qui contiennent des pièces de monnaie ou des billets de monnaie ou toute valeur au porteur ou des chèques de voyage ou du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierres précieuses, des bijoux et d'autres objets précieux. Elle n'est pas tenue par les dispositions de l'article 60, paragraphe 1, de la Convention d'une façon rigoureuse en ce qui concerne sa responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie, de même qu'en ce qui concerne les envois contenant des objets en verre ou fragiles.

4. A titre exceptionnel, les Administrations postales de la Bolivie, de la République populaire de Chine, de l'Iraq et du Népal n'acceptent pas les lettres recommandées contenant des pièces de monnaie, des billets de banque, des billets de monnaie ou des valeurs quelconques au porteur, des chèques de voyage, du platine, de l'or ou de l'argent, manufacturés ou non, des pierreries, des bijoux et autres objets précieux.

Artikel XII

Verbote

1. Die Postverwaltungen von Afghanistan, Angola, Kuba, Dschibuti, Mexiko und Pakistan brauchen die im zweiten Satz des Artikels 41 § 8 enthaltenen Vorschriften nicht anzuwenden, denen zufolge „hierbei das Verbot, unter das die Sendung fällt, sowie die Gegenstände, die Anlaß zur Beschlagnahme gegeben haben, genau angegeben werden müssen".

2. Die Delegationen von Afghanistan, Angola, Weißrußland, Bulgarien (Volksrepublik), Kuba, Dschibuti, Polen (Volksrepublik), der Demokratischen Volksrepublik Korea, Sudan, der Ukraine, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Jemen behalten den Postverwaltungen ihrer Länder das Recht vor, Auskünfte über die Gründe der Beschlagnahme einer Postsendung nur im Rahmen der von den Zollbehörden ausgehenden Mitteilungen und entsprechend ihren Inlandsvorschriften zu erteilen.

3. Die Postverwaltung Libanons nimmt ausnahmsweise keine Einschreibbriefe entgegen, die Münzen, Geldscheine oder auf den Inhaber lautende Papiere, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand, Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände enthalten. In bezug auf ihre Haftung im Fall einer Beraubung oder Beschädigung sowie im Hinblick auf Sendungen mit Gegenständen aus Glas oder zerbrechlichen Gegenständen ist sie nicht streng an die Bestimmungen des Artikels 60 § 1 des Weltpostvertrags gebunden.

4. Die Postverwaltungen Boliviens, der Volksrepublik China, Iraks und Nepals nehmen ausnahmsweise keine Einschreibbriefe entgegen, die Münzen, Banknoten, Geldscheine oder auf den Inhaber lautende Papiere, Reiseschecks, Platin, Gold oder Silber in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand, Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände enthalten.

Article XIII

Objets passibles de droits de douane

1. Par référence à l'article 41, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres avec valeur déclarée contenant des objets passibles de droits de douane: Bangladesh, El Salvador.

2. Par référence à l'article 41, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires et recommandées contenant des objets passibles de droits de douane: Afghanistan, Albanie, Arabie saoudite, Biélorussie, Brésil, Bulgarie (Rép. pop.), Centrafrique, Chili, Colombie, El Salvador, Ethiopie, Italie, le Cambodge, Népal, Panama (Rép.), Pérou, Rép. pop. dém. de Corée, Saint-Marin, Ukraine, Union des républiques socialistes soviétiques, Vénézuéla.

3. Par référence à l'article 41, les Administrations postales des pays suivants n'acceptent pas les lettres ordinaires contenant des objets passibles de droits de douane: Bénin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire (Rép.), Djibouti, Mali, Mauritanie, Niger, Oman, Sénégal, Yémen.

4. Nonobstant les paragraphes 1 à 3, les envois de sérums, de vaccins ainsi que les envois de médicaments d'urgente nécessité qu'il est difficile de se procurer sont admis dans tous les cas.

5. Par référence à l'article 41, l'Administration postale du Népal n'accepte pas les lettres recommandées ou avec valeur déclarée contenant des coupures ou des pièces de monnaie, sauf accord spécial conclu à cet effet.

Article XIV

Etendue de la responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales du Bangladesh, de la Belgique, du Bénin, du Burkina Faso, du Chili, de la Colombie, de la Côte d'Ivoire (Rép.), de Djibouti, de l'Inde, du Liban, de Madagascar, du Mali, de la Mauritanie, du Mexique, du Népal, du Niger, du Sénégal, du Togo et de la Turquie sont autorisées à ne pas appliquer l'article 57, en ce qui concerne la responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie partielle.

2. L'Administration postale du Brésil est autorisée à ne pas appliquer les articles 57 et 60, en ce qui concerne la responsabilité en cas d'avarie. En outre, les articles 57 et 60 ne seront pas appliqués en cas de spoliation des envois déposés en désaccord avec ce qui est indiqué à l'article XIII, paragraphe 2, du présent Protocole final.

3. Par dérogation à l'article 57, paragraphe 1, l'Administration postale de la République populaire de Chine ne répond que de la perte et de la spoliation totale ou de l'avarie totale du contenu des envois recommandés.

Article XV

Non-responsabilité des Administrations postales. Envois recommandés

Les Administrations postales de la Bolivie, de l'Indonésie et du Mexique ne sont pas tenues d'observer l'article 60, paragraphe 1, de la Convention, pour ce qui concerne le maintien de leur responsabilité en cas de spoliation ou d'avarie totale.

Article XVI

Paiement de l'indemnité

1. Les Administrations postales du Bangladesh, de la Bolivie, du Gabon, de la Guinée, de l'Iraq, du Mexique, du Népal et du Nigéria ne sont pas tenues d'observer l'article 66, paragraphe 4, de la Convention, pour ce qui est de donner une solution définitive dans un délai de trois mois ou de porter à la connaissance de l'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, qu'un

Artikel XIII

Zollpflichtige Gegenstände

1. Unter Bezugnahme auf Artikel 41 nehmen die Postverwaltungen der nachstehenden Länder Wertbriefe, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, nicht entgegen: Bangladesch, El Salvador.

2. Unter Bezugnahme auf Artikel 41 nehmen die Postverwaltungen der nachstehenden Länder gewöhnliche und eingeschriebene Briefe, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, nicht entgegen: Afghanistan, Albanien, Saudi-Arabien, Weißrußland, Brasilien, Bulgarien (Volksrepublik), die Zentralafrikanische Republik, Chile, Kolumbien, El Salvador, Äthiopien, Italien, Kambodscha, Nepal, Panama (Republik), Peru, die Demokratische Volksrepublik Korea, San Marino, die Ukraine, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Venezuela.

3. Unter Bezugnahme auf Artikel 41 nehmen die Postverwaltungen der nachstehenden Länder gewöhnliche Briefe, die zollpflichtige Gegenstände enthalten, nicht entgegen: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire (Republik), Dschibuti, Mali, Mauretanien, Niger, Oman, Senegal, Jemen.

4. Unbeschadet der §§ 1 bis 3 werden Sendungen mit Seren und Impfstoffen sowie Sendungen mit dringend benötigten Medikamenten, die schwierig zu beschaffen sind, in allen Fällen entgegengenommen.

5. Unter Bezugnahme auf Artikel 41 nimmt die Postverwaltung von Nepal eingeschriebene Briefe oder Wertbriefe, die Geldscheine oder Münzen enthalten, nur aufgrund einer hierüber getroffenen besonderen Vereinbarung entgegen.

Artikel XIV

Umfang der Haftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Belgien, Benin, Burkina Faso, Chile, Kolumbien, Côte d'Ivoire (Republik), Dschibuti, Indien, Libanon, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mexiko, Nepal, Niger, Senegal, Togo und der Türkei brauchen Artikel 57 in bezug auf die Haftung im Falle einer partiellen Beraubung oder Beschädigung nicht anzuwenden.

2. Die Postverwaltung Brasiliens braucht in bezug auf die Haftung im Falle einer Beschädigung die Artikel 57 und 60 nicht anzuwenden. Außerdem werden die Artikel 57 und 60 nicht angewandt, wenn Sendungen beraubt worden sind, die nicht entsprechend Artikel XIII § 2 dieses Schlußprotokolls eingeliefert worden sind.

3. Abweichend von Artikel 57 § 1 haftet die Postverwaltung der Volksrepublik China nur bei Verlust und vollständiger Beraubung oder vollständiger Beschädigung des Inhalts von Einschreibsendungen.

Artikel XV

Nichthaftung der Postverwaltungen. Einschreibsendungen

Die Postverwaltungen von Bolivien, Indonesien und Mexiko brauchen Artikel 60 § 1 des Weltpostvertrags bezüglich der Aufrechterhaltung der Haftung im Fall einer vollständigen Beraubung oder Beschädigung nicht anzuwenden.

Artikel XVI

Zahlung der Entschädigung

1. Die Postverwaltungen von Bangladesch, Bolivien, Gabun, Guinea, Irak, Mexiko, Nepal und Nigeria brauchen Artikel 66 § 4 des Weltpostvertrags nicht anzuwenden, wenn es darum geht, innerhalb von drei Monaten eine endgültige Lösung herbeizuführen oder die Einlieferungs- bzw. Bestimmungsverwaltung davon zu verständigen, daß eine Postsendung wegen ihres Inhalts von

envoi postal a été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu, ou a été saisi en vertu de sa législation intérieure.

2. Les Administrations postales de Djibouti, du Gabon, de la Guinée, de l'Iraq, du Liban, de Madagascar et de la Mauritanie ne sont pas tenues d'observer l'article 66, paragraphe 4, de la Convention, pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de trois mois. Elles n'acceptent pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour leur compte, par une autre Administration à l'expiration du délai précité.

der zuständigen Behörde zurückgehalten, beschlagnahmt oder vernichtet oder aber aufgrund der Rechtsvorschriften des betreffenden Landes beschlagnahmt worden ist.

2. Die Postverwaltungen von Dschibuti, Gabun, Guinea, Irak, Libanon, Madagaskar und Mauretanien brauchen Artikel 66 § 4 des Weltpostvertrags nicht anzuwenden, wenn es um die endgültige Erledigung einer Nachfrage innerhalb von drei Monaten geht. Sie sind auch nicht damit einverstanden, daß der Ersatzberechtigte bei Ablauf der obengenannten Frist von einer anderen Verwaltung für ihre Rechnung entschädigt wird.

Article XVII

Frais spéciaux de transit par le Transsibérien et le lac Nasser

1. L'Administration postale de l'Union des républiques socialistes soviétiques est autorisée à percevoir un supplément de 0,65 DTS en plus des frais de transit mentionnés à l'article 72, paragraphe 1, 1° Parcours territoriaux, pour chaque kilogramme d'envois de la poste aux lettres transporté en transit par le Transsibérien.

2. Les Administrations postales de la République arabe d'Egypte et de la République du Soudan sont autorisées à percevoir un supplément de 0,16 DTS sur les frais de transit mentionnés à l'article 72, paragraphe 1, pour chaque sac de la poste aux lettres en transit par le lac Nasser entre le Shallal (Egypte) et Wadi Halfa (Soudan).

Artikel XVII

Besondere Durchgangsvergütungen für die Beförderung mit der Transsibirischen Eisenbahn und die Beförderung über den Nasser-See

1. Die Postverwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken darf zusätzlich zu den Durchgangsvergütungen nach Artikel 72 § 1 (1. Landwegstrecken) für jedes Kilogramm Briefpost, das im Durchgang mit der Transsibirischen Eisenbahn befördert wird, einen Zuschlag von 0,65 SZR erheben.

2. Die Postverwaltungen der Arabischen Republik Ägypten und der Republik Sudan dürfen zusätzlich zu den Durchgangsvergütungen nach Artikel 72 § 1 für jeden Beutel mit Briefpost, der im Durchgang zwischen Shallal (Ägypten) und Wadi Halfa (Sudan) über den Nasser-See befördert wird, einen Zuschlag von 0,16 SZR erheben.

Article XVIII

Conditions spéciales de transit pour le Panama (Rép.)

L'Administration postale du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir un supplément de 0,98 DTS sur les frais de transit mentionnés à l'article 72, paragraphe 1, pour chaque sac de la poste aux lettres en transit par l'isthme de Panama entre les ports de Balboa dans l'océan Pacifique et de Cristobal dans l'océan Atlantique.

Artikel XVIII

Besondere Durchgangsbedingungen für Panama (Republik)

Die Postverwaltung Panamas (Republik) darf zusätzlich zu den Durchgangsvergütungen nach Artikel 72 § 1 für jeden Beutel mit Briefpost, der im Durchgang durch die Landenge von Panama zwischen den Häfen Balboa am Pazifischen Ozean und Cristobal am Atlantischen Ozean befördert wird, einen Zuschlag von 0,98 SZR erheben.

Article XIX

Conditions spéciales de transit pour l'Afghanistan

Par dérogation à l'article 72, paragraphe 1, l'Administration postale de l'Afghanistan est autorisée provisoirement, en raison des difficultés particulières qu'elle rencontre en matière de moyens de transport et de communication, à effectuer le transit des dépêches closes et des correspondances à découvert à travers son pays, à des conditions spécialement convenues entre elle et les Administrations postales intéressées.

Artikel XIX

Besondere Durchgangsbedingungen für Afghanistan

Abweichend von Artikel 72 § 1 kann die Postverwaltung von Afghanistan angesichts der besonderen Schwierigkeiten, die sie mit Beförderungsmitteln und Verkehrsverbindungen hat, vorübergehend Durchgangskartenschlüsse und Briefsendungen des offenen Durchgangs unter besonderen, mit den beteiligten Postverwaltungen vereinbarten Bedingungen durch ihr Land befördern.

Article XX

Frais d'entrepôt spéciaux à Panama

A titre exceptionnel, l'Administration postale du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir une taxe de 0,65 DTS par sac pour toutes les dépêches entreposées ou transbordées dans le port de Balboa ou de Cristobal, pourvu que cette Administration ne reçoive aucune rémunération au titre du transit territorial ou maritime pour ces dépêches.

Artikel XX

Besondere Lagerkosten in Panama

Die Postverwaltung von Panama (Republik) darf ausnahmsweise für alle in den Häfen Balboa oder Cristobal zwischengelagerten oder umgeladenen Kartenschlüsse eine Gebühr von 0,65 SZR je Beutel erheben, sofern sie für diese Kartenschlüsse keine Land- oder Seedurchgangsvergütungen erhält.

Article XXI

Services extraordinaires

Sont seuls considérés comme services extraordinaires donnant lieu à la perception de frais de transit spéciaux les services automobiles Syrie-Iraq.

Artikel XXI

Außergewöhnliche Verbindungen

Als außergewöhnliche Verbindungen, für die besondere Durchgangsvergütungen erhoben werden können, gelten allein die Kraftpostverbindungen Syrien – Irak.

Article XXII

Acheminement obligatoire indiqué par le pays d'origine

Les Administrations postales de la Biélorussie, de la Bolivie, de l'Ukraine et de l'Union des républiques socialistes soviétiques ne reconnaîtront que les frais du transport effectué en conformité de la disposition concernant la ligne indiquée sur les étiquettes des sacs (AV 8) de la dépêche-avion et sur les bordereaux de livraison AV 7.

Artikel XXII

Vom Einlieferungsland angegebener verbindlicher Leitweg

Die Postverwaltungen von Weißrußland, Bolivien, der Ukraine und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden nur die Kosten für die Beförderung anerkennen, die in Übereinstimmung mit der Streckenangabe auf den Beutelfahnen (AV 8) des Luftpostkartenschlusses und auf den Übergabenachweisen AV 7 durchgeführt worden ist.

Article XXIII

Acheminement des dépêches-avion closes

Eu égard à l'article XXII, les Administrations postales de la France, de la Grèce, de l'Italie, du Sénégal et de la Thaïlande n'assureront l'acheminement des dépêches-avion closes que dans les conditions prévues à l'article 83, paragraphe 3.

Artikel XXIII

Leitung der Luftpostkartenschlüsse

Unter Hinweis auf Artikel XXII leiten die Postverwaltungen Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Senegals und Thailands Luftpostkartenschlüsse nur unter den in Artikel 83 § 3 vorgesehenen Bedingungen weiter.

Article XXIV

Imprimés. Annotations et annexes autorisées

Par dérogation à l'article 129, paragraphe 5, du Règlement d'exécution de la Convention, en l'absence d'un accord bilatéral, les Administrations postales du Canada et des Etats-Unis d'Amérique n'accepteront pas comme annexes à des expéditions d'imprimés des cartes, enveloppes ou emballages comportant l'adresse de l'expéditeur ou de son mandataire dans le pays de destination de l'envoi d'origine.

Artikel XXIV

Drucksachen. Zulässige Angaben und Beilagen

Abweichend von Artikel 129 § 5 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag nehmen die Postverwaltungen Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika, sofern keine bilaterale Vereinbarung besteht, keine Drucksachen entgegen, denen als Beilagen Karten, Umschläge oder Streifbänder beigefügt sind, die die Anschrift des Absenders oder seines Beauftragten im Bestimmungsland der ursprünglichen Sendung tragen.

Article XXV

Imprimés. Annexes autorisées

Par dérogation à l'article 129, paragraphe 5, du Règlement d'exécution de la Convention, les Administrations postales de la France et de l'Iraq n'accepteront pas, sauf accord bilatéral, que soient annexés à des imprimés déposés en nombre des cartes, enveloppes ou emballages comportant une adresse d'expéditeur ne se situant pas dans le pays d'origine des envois.

Artikel XXV

Drucksachen. Zulässige Beilagen

Abweichend von Artikel 129 § 5 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag nehmen die Postverwaltungen Frankreichs und Iraks, sofern keine bilaterale Vereinbarung besteht, keine in großer Zahl eingelieferten Drucksachen entgegen, denen als Beilagen Karten, Umschläge oder Streifbänder mit einer Absenderanschrift außerhalb des Einlieferungslandes der Sendungen beigefügt sind.

Article XXVI

Transmission des imprimés à l'adresse d'un même destinataire

Par dérogation à l'article 166 du Règlement d'exécution de la Convention, les Administrations postales de l'Amérique (Etats-Unis) et du Canada sont autorisées à ne pas accepter les sacs spéciaux recommandés d'imprimés à l'adresse d'un même destinataire et à ne pas assurer le service réservé aux envois recommandés aux sacs de l'espèce en provenance d'autres pays.

Artikel XXVI

Beförderung von Drucksachen an die Anschrift ein und desselben Empfängers

Abweichend von Artikel 166 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag brauchen die Postverwaltungen von Amerika (Vereinigte Staaten) und Kanada eingeschriebene besondere Beutel mit Drucksachen an die Anschrift ein und desselben Empfängers nicht entgegenzunehmen und aus anderen Ländern eingehende Beutel dieser Art nicht wie Einschreibsendungen zu behandeln.

Article XXVII

Sacs spéciaux d'imprimés à l'adresse d'un même destinataire. Poids minimal

Par dérogation à l'article 20, paragraphes 1 et 10, de la Convention, les Administrations postales de l'Australie, du Brésil, des Etats-Unis d'Amérique et de la France n'accepteront pas, sauf accord bilatéral, de recevoir des sacs spéciaux d'imprimés à l'adresse d'un même destinataire, d'un poids inférieur à 5 kg.

Artikel XXVII

Besondere Beutel mit Drucksachen an die Anschrift ein und desselben Empfängers. Mindestgewicht

Abweichend von Artikel 20 §§ 1 und 10 des Weltpostvertrags nehmen die Postverwaltungen Australiens, Brasiliens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs, sofern keine bilaterale Vereinbarung besteht, keine besonderen Beutel an, die Drucksachen an die Anschrift ein und desselben Empfängers enthalten und weniger als 5 kg wiegen.

Article XXVIII

Paiement des frais de transport aérien

Par dérogation à l'article 88, paragraphe 2, lettre b), les Administrations postales du Brésil et de la Tchécoslovaquie se réservent le droit de donner leur accord au paiement des frais de transport aérien payables au service aérien de leur pays.

Artikel XXVIII

Zahlung von Luftbeförderungskosten

Abweichend von Artikel 88 § 2 Buchstabe b behalten die Postverwaltungen Brasiliens und der Tschechoslowakei sich das Recht vor, ihre Zustimmung zur Zahlung von Luftbeförderungskosten an die Luftverkehrsgesellschaft ihres Landes zu geben.

Article XXIX

Frais de transport aérien intérieur

Par dérogation à l'article 84, paragraphe 4, les Administrations postales de la Dominicaine (Rép.), d'El Salvador, du Guatémala, de la Papouasie-Nouvelle-Guinée et de Vanuatu se réservent le droit de percevoir les paiements dus au titre de l'acheminement des dépêches internationales à l'intérieur du pays par voie aérienne.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Convention, et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

Artikel XXIX

Kosten für die Luftbeförderung im Inland

Abweichend von Artikel 84 § 4 behalten die Postverwaltungen der Dominikanischen Republik, von El Salvador, Guatemala, Papua-Neuguinea und Vanuatu sich das Recht vor, sich die Kosten für Auslandskartenschlüsse bezahlen zu lassen, die im Innern des Landes auf dem Luftweg befördert werden.

Zu Urkund dessen haben die nachstehenden Bevollmächtigten dieses Protokoll aufgesetzt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut des Weltpostvertrags selbst enthalten wären; sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übergeben, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington am 14. Dezember 1989.

Postpaketabkommen

Arrangement concernant les colis postaux

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

Dispositions préliminaires

Einleitende Bestimmungen

Article		Artikel	
1.	Objet de l'Arrangement	1	Gegenstand des Abkommens
2.	Colis postaux	2	Postpakete
3.	Exploitation du service par les entreprises de transport	3	Durchführung des Dienstes durch Beförderungsunternehmen
4.	Catégories de colis	4	Paketarten
5.	Coupures de poids	5	Gewichtsstufen
6.	Objectifs en matière de qualité du service	6	Zielsetzungen im Bereich der Dienstqualität

Titre I

Taxes et droits

Titel I

Gebühren und Abgaben

7.	Composition des taxes et des droits	7	Zusammensetzung der Gebühren und Abgaben

Chapitre I

Taxes principales et surtaxes aériennes

Kapitel I

Grundgebühren und Luftpostzuschläge

8.	Taxes principales	8	Grundgebühren
9.	Surtaxes aériennes	9	Luftpostzuschläge

Chapitre II

Taxes supplémentaires et droits

Kapitel II

Zusätzliche Gebühren und Abgaben

Section I

Taxes visant certaines catégories de colis

Abschnitt I

Gebühren für bestimmte Paketarten

10.	Colis exprès	10	Pakete mit Eilzustellung
11.	Colis francs de taxes et de droits	11	Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete
12.	Colis avec valeur déclarée	12	Wertpakete
13.	Colis fragiles. Colis encombrants	13	Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete

Section II

Taxes et droits visant toutes les catégories de colis

Abschnitt II

Gebühren und Abgaben, die für alle Paketarten gelten

14.	Taxes supplémentaires	14	Zusätzliche Gebühren
15.	Tarif	15	Verzeichnis der zusätzlichen Gebühren
16.	Droits	16	Abgaben

Chapitre III

Franchises postales

Kapitel III

Postgebührenfreiheit

17.	Colis de service	17	Postdienstpakete
18.	Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils	18	Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

Titre II
Exécution du service

Chapitre I
Conditions d'admission

Section I
Conditions générales d'admission

Article

19. Conditions d'acceptation
20. Interdictions
21. Limites de dimensions
22. Traitement des colis acceptés à tort
23. Instructions de l'expéditeur au moment du dépôt

Section II
Conditions particulières d'admission

24. Colis avec valeur déclarée
25. Colis francs de taxes et de droits

Chapitre II
Conditions de livraison et de réexpédition

Section I
Livraison

26. Règles générales de livraison. Délais de garde
27. Livraison des colis exprès
28. Avis de réception
29. Non-livraison au destinataire
30. Renvoi à l'expéditeur des colis non livrés
31. Abandon par l'expéditeur d'un colis non livré

Section II
Réexpédition

32. Réexpédition par suite de changement de résidence du destinataire ou par suite de modification ou de correction d'adresse
33. Colis parvenus en fausse direction et à réexpédier
34. Renvoi à l'expéditeur des colis acceptés à tort
35. Renvoi à l'expéditeur par suite de suspension de service

Chapitre III
Dispositions particulières

36. Inobservation par une Administration des instructions données
37. Colis contenant des objets dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre
38. Retrait. Modification ou correction d'adresse
39. Réclamations

Titel II
Ausführung des Dienstes

Kapitel I
Zulassungsbedingungen

Abschnitt I
Allgemeine Zulassungsbedingungen

Artikel

19 Annahmebedingungen
20 Verbote
21 Begrenzungen der Maße
22 Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete
23 Vorausverfügungen des Absenders bei der Einlieferung

Abschnitt II
Besondere Zulassungsbedingungen

24 Wertpakete
25 Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete

Kapitel II
Auslieferungs-, Nach- und Rücksendungsbedingungen

Abschnitt I
Auslieferung

26 Allgemeine Auslieferungsbestimmungen. Lagerfristen
27 Auslieferung von Paketen mit Eilzustellung
28 Rückschein
29 Unzustellbarkeit
30 Rücksendung unzustellbarer Pakete an den Absender
31 Preisgabe eines unzustellbaren Pakets durch den Absender

Abschnitt II
Nach- und Rücksendung

32 Nachsendung bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers oder bei Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
33 Weiterleitung fehlgeleiteter Pakete
34 Rücksendung zu Unrecht angenommener Pakete an den Absender
35 Rücksendung an den Absender infolge Einstellung des Dienstes

Kapitel III
Besondere Bestimmungen

36 Nichtbeachtung der vom Absender getroffenen Verfügungen durch eine Verwaltung
37 Pakete mit Gegenständen, die zu verderben oder zu verfaulen drohen
38 Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
39 Nachforschungsanträge

Titre III

Responsabilité

Article

40. Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales
41. Non-responsabilité des Administrations postales
42. Responsabilité de l'expéditeur
43. Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales
44. Paiement de l'indemnité
45. Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement
46. Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

Titre IV

Quotes-parts revenant aux Administrations. Attribution des quotes-parts

Chapitre I

Quotes-parts

47. Quote-part territoriale de départ et d'arrivée
48. Quote-part territoriale de transit
49. Quote-part maritime
50. Réduction ou majoration de la quote-part maritime
51. Application de nouvelles quotes-parts à la suite de modifications imprévisibles d'acheminement
52. Taux de base et calcul des frais de transport aérien
53. Frais de transport aérien des colis-avion perdus ou détruits

Chapitre II

Attribution des quotes-parts

54. Principe général
55. Colis de service. Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

Titre V

Dispositions diverses

56. Application de la Convention
57. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution
58. Colis à destination ou en provenance de pays ne participant pas à l'Arrangement

Titre VI

Dispositions finales

59. Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Titel III

Haftung

Artikel

40 Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen
41 Nichthaftung der Postverwaltungen
42 Haftung des Absenders
43 Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen
44 Zahlung der Entschädigung
45 Erstattung der Entschädigung an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat
46 Eventuelle Wiedereinziehung der Entschädigung vom Absender oder Empfänger

Titel IV

Den Verwaltungen zustehende Vergütungsanteile. Zuteilung der Vergütungsanteile

Kapitel I

Vergütungsanteile

47 Anfangs- und Endvergütungsanteil
48 Durchgangsvergütungsanteil
49 Seevergütungsanteil
50 Senkung oder Erhöhung des Seevergütungsanteils
51 Anwendung neuer Vergütungsanteile nach unvorhersehbaren Leitwegänderungen
52 Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten
53 Luftbeförderungskosten für in Verlust geratene oder vernichtete Luftpostpakete

Kapitel II

Zuteilung der Vergütungsanteile

54 Allgemeiner Grundsatz
55 Postdienstpakete. Kriegsgefangenen- und Zivilinternierten-pakete

Titel V

Verschiedene Bestimmungen

56 Anwendung des Weltpostvertrags
57 Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung
58 Pakete nach oder aus Ländern, die diesem Abkommen nicht beigetreten sind

Titel VI

Schlußbestimmungen

59 Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Protocole final de l'Arrangement concernant les colis postaux

Article

I. Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles
II. Quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles
III. Distance moyenne pondérée de transport des colis en transit
IV. Quotes-parts maritimes
V. Etablissement des quotes-parts moyennes
VI. Quotes-parts supplémentaires
VII. Tarifs spéciaux
VIII. Taxes supplémentaires
IX. Traitement des colis admis à tort
X. Retrait. Modification ou correction d'adresse
XI. Interdictions
XII. Exceptions au principe de la responsabilité
XIII. Dédommagement
XIV. Paiement de l'indemnité
XV. Non-responsabilité de l'Administration postale
XVI. Avis de réception

Schlußprotokoll zum Postpaketabkommen

Artikel

I Außergewöhnliche Endvergütungsanteile
II Außergewöhnliche Durchgangsvergütungsanteile
III Gewogene Durchschnittsentfernung für die Paketdurchgangsbeförderung
IV Seevergütungsanteile
V Festsetzung von Durchschnittsvergütungsanteilen
VI Zusätzliche Vergütungsanteile
VII Besondere Vergütungsanteile
VIII Zusätzliche Gebühren
IX Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete
X Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift
XI Verbote
XII Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung
XIII Entschädigung
XIV Zahlung der Entschädigung
XV Nichthaftung der Postverwaltung
XVI Rückschein

Arrangement concernant les colis postaux

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Dispositions préliminaires

Article premier

Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit l'échange des colis postaux entre les pays contractants.

Article 2

Colis postaux

1. Des envois dénommés «colis postaux» dont le poids unitaire ne peut dépasser 20 kilogrammes peuvent être échangés soit directement, soit par l'intermédiaire d'un ou de plusieurs pays. Sur la base d'accords bilatéraux, les Administrations peuvent échanger des colis postaux excédant 20 kilogrammes.

2. L'échange des colis postaux excédant 10 kilogrammes est facultatif. Les pays qui fixent un poids inférieur à 20 kilogrammes admettent toutefois les colis qui transitent en sacs ou autres récipients clos jusqu'au poids de 20 kilogrammes. Pour les colis d'un poids supérieur à 20 kilogrammes, l'accord des pays de transit est obligatoire.

3. Par dérogation aux paragraphes 1 et 2, les colis postaux relatifs au service postal et visés à l'article 17 peuvent atteindre le poids maximal de 30 kilogrammes.

4. Dans le présent Arrangement, dans son Protocole final et dans son Règlement d'exécution, l'abréviation «colis» s'applique à tous les colis postaux.

Article 3

Exploitation du service par les entreprises de transport

1. Tout pays dont l'Administration postale ne se charge pas du transport des colis et qui adhère à l'Arrangement a la faculté d'en faire exécuter les clauses par les entreprises de transport. Il peut, en même temps, limiter ce service aux colis en provenance ou à destination de localités desservies par ces entreprises.

2. L'Administration postale de ce pays doit s'entendre avec les entreprises de transport pour assurer la complète exécution, par ces dernières, de toutes les clauses de l'Arrangement, spécialement pour organiser le service d'échange. Elle leur sert d'intermédiaire pour toutes leurs relations avec les Administrations des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 4

Catégories de colis

1. Le «colis ordinaire» est celui qui n'est soumis à aucune des formalités spéciales prescrites pour les catégories qui sont définies aux paragraphes 2 et 3.

2. Est dénommé:

a) «colis avec valeur déclarée», tout colis qui comporte une déclaration de valeur;

b) «colis franc de taxes et de droits», tout colis pour lequel l'expéditeur demande à prendre en charge la totalité des taxes

Postpaketabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien beschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und vorbehaltlich des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt den Austausch von Postpaketen zwischen den vertragschließenden Ländern.

Artikel 2

Postpakete

1. Als „Postpakete" können Sendungen, deren Einzelgewicht 20 kg nicht übersteigen darf, entweder unmittelbar oder durch Vermittlung eines oder mehrerer Länder ausgetauscht werden. Auf der Grundlage zweiseitiger Vereinbarungen können die Verwaltungen Pakete über 20 kg austauschen.

2. Zum Austausch von Paketen über 10 kg besteht keine Verpflichtung. Länder, die ein Gewicht unter 20 kg festlegen, lassen jedoch Pakete bis 20 kg in Beuteln oder anderen geschlossenen Behältern im Durchgang zu. Bei Paketen über 20 kg ist das Einverständnis des Durchgangslandes erforderlich.

3. Abweichend von den §§ 1 und 2 darf das Höchstgewicht der in Artikel 17 genannten Postpakete in postdienstlichen Angelegenheiten 30 kg betragen.

4. In diesem Abkommen, seinem Schlußprotokoll und seiner Vollzugsordnung bezieht sich die Abkürzung „Paket" auf alle Postpakete.

Artikel 3

Durchführung des Dienstes durch Beförderungsunternehmen

1. Jedes Land, dessen Postverwaltung keine Pakete befördert, das aber dem Abkommen beigetreten ist, kann diese durch Beförderungsunternehmen befördern lassen. Es darf zugleich diesen Dienst auf Pakete aus und nach Orten beschränken, die von diesen Unternehmen versorgt werden.

2. Die Postverwaltung eines solchen Landes hat durch Vereinbarung mit den Beförderungsunternehmen die vollständige Ausführung aller Bestimmungen des Abkommens, besonders die Einrichtung des Auswechslungsdienstes, sicherzustellen. Sie dient den Unternehmen in allen Beziehungen zu den Verwaltungen der übrigen vertragschließenden Länder und zum Internationalen Büro als Vermittlerin.

Artikel 4

Paketarten

1. Als „gewöhnliches Paket" wird ein Paket bezeichnet, das keinen Sonderbestimmungen unterliegt, wie sie für die Paketarten nach den §§ 2 und 3 gelten.

2. Es wird bezeichnet:

a) als „Wertpaket" jedes Paket, das eine Wertangabe trägt;

b) als „gebühren- und abgabenfrei auszulieferndes Paket" jedes Paket, für das der Absender sämtliche Postgebühren und

postales et des droits dont le colis peut être grevé à la livraison; cette demande peut être faite lors du dépôt; elle peut également être faite postérieurement au dépôt jusqu'au moment de la livraison au destinataire, sauf dans les pays qui ne peuvent accepter cette procédure;

c) «colis remboursement», tout colis grevé de remboursement et visé par l'Arrangement concernant les envois contre remboursement;

d) «colis fragile», tout colis contenant des objets pouvant se briser facilement et dont la manipulation doit être effectuée avec un soin particulier;

e) «colis encombrant»:

1° tout colis dont les dimensions dépassent les limites fixées à l'article 21, paragraphe 1, ou celles que les Administrations peuvent fixer entre elles;

2° tout colis qui, par sa forme ou sa structure, ne se prête pas facilement au chargement avec d'autres colis ou qui exige des précautions spéciales;

3° à titre facultatif, tout colis conforme aux conditions prévues à l'article 21, paragraphe 4;

f) «colis de service», tout colis relatif au service postal et échangé dans les conditions prévues à l'article 17;

g) «colis de prisonniers de guerre et d'internés civils», tout colis destiné aux prisonniers et aux organismes visés à l'article 17 de la Convention ou expédié par eux.

3. Est appelé, selon le mode d'acheminement ou de livraison:

a) «colis-avion», tout colis admis au transport aérien avec priorité entre deux pays;

b) «colis exprès», tout colis qui, dès l'arrivée au bureau de destination, doit être livré à domicile par porteur spécial ou qui, dans les pays dont les Administrations n'assurent pas la livraison à domicile, donne lieu à la remise, par porteur spécial, d'un avis d'arrivée ou à la transmission d'un avis par téléphone, télex ou par tout autre moyen de télécommunication approprié; toutefois, si le domicile du destinataire est situé en dehors du rayon de distribution locale du bureau d'arrivée, la livraison par porteur spécial n'est pas obligatoire.

4. L'échange des colis «francs de taxes et de droits» et «remboursement» exige l'accord préalable des Administrations d'origine et de destination. S'agissant des colis «avec valeur déclarée», «fragiles», «encombrants», «avion» et «exprès», l'échange peut être établi sur la base des renseignements figurant dans le Recueil des colis postaux publié par le Bureau international.

Article 5

Coupures de poids

1. Les colis définis à l'article 4 comportent les coupures de poids suivantes:

	jusqu'à 1 kg
au-dessus de 1	jusqu'à 3 kg
au-dessus de 3	jusqu'à 5 kg
au-dessus de 5	jusqu'à 10 kg
au-dessus de 10	jusqu'à 15 kg
au-dessus de 15	jusqu'à 20 kg
au-dessus de 20 kg.	

2. Les pays qui, à cause de leur régime intérieur, ne peuvent adopter le type de poids métrique décimal ont la faculté de

Abgaben übernehmen will, mit denen das Paket bei der Auslieferung belastet werden kann; dies kann bei der Einlieferung beantragt werden; es kann auch nach der Einlieferung beantragt werden, solange die Sendung dem Empfänger noch nicht ausgeliefert ist, außer in den Ländern, die dieses Verfahren nicht zulassen können;

c) als „Nachnahmepaket" jedes mit Nachnahme belastete Paket im Sinne des Postnachnahmeabkommens;

d) als „Paket mit zerbrechlichem Inhalt" jedes Paket, das leicht zerbrechliche Gegenstände enthält und mit besonderer Sorgfalt behandelt werden muß;

e) als „sperriges Paket":

1) jedes Paket, dessen Maße die Grenzen überschreiten, die in Artikel 21 § 1 festgelegt sind, oder die die Verwaltungen untereinander vereinbaren können;

2) jedes Paket, das sich wegen seiner Form bzw. seiner äußeren Beschaffenheit nicht leicht mit anderen Paketen zusammen verladen läßt oder das besondere Vorsichtsmaßnahmen erforderlich macht;

3) nach dem Ermessen der Verwaltungen jedes Paket, das den in Artikel 21 § 4 vorgesehenen Bedingungen entspricht;

f) als „Postdienstpaket" jedes Paket in postdienstlichen Angelegenheiten, das unter den in Artikel 17 vorgesehenen Bedingungen ausgetauscht wird;

g) als „Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpaket" jedes Paket, das für die Gefangenen und Stellen nach Artikel 17 des Weltpostvertrags bestimmt ist oder von diesen versandt wird.

3. Je nach Art der Beförderung oder der Auslieferung wird bezeichnet:

a) als „Luftpostpaket" jedes Paket, das mit Vorrang zur Beförderung auf dem Luftweg zwischen zwei Ländern zugelassen ist;

b) als „Paket mit Eilzustellung" jedes Paket, das nach Eingang beim Bestimmungsamt durch besonderen Boten in die Wohnug zugestellt werden soll oder für das in Ländern, deren Verwaltungen nicht in die Wohnung zustellen, den Empfängern eine Eingangsbenachrichtigung durch besonderen Boten zuzustellen ist bzw. diesen telefonisch, mit Telex oder mittels eines anderen geeigneten Fernmeldedienstes eine Benachrichtigung zu übermitteln ist; liegt jedoch die Wohnung des Empfängers außerhalb des Ortszustellbereichs des Eingangsamts, so besteht keine Verpflichtung zur Zustellung durch besonderen Boten.

4. Der Austausch von gebühren- und abgabenfrei auszuliefernden Paketen und Nachnahmepaketen bedarf einer vorherigen Vereinbarung zwischen der Einlieferungs- und der Bestimmungsverwaltung. Der Austausch von Wertpaketen, Paketen mit zerbrechlichem Inhalt, sperrigen Paketen, Luftpostpaketen und Paketen mit Eilzustellung kann auf der Grundlage der Angaben in dem vom Internationalen Büro veröffentlichten „Recueil des colis postaux" erfolgen.

Artikel 5

Gewichtsstufen

1. Für Pakete nach Artikel 4 gelten folgende Gewichtsstufen:

	bis 1 kg
über 1	bis 3 kg
über 3	bis 5 kg
über 5	bis 10 kg
über 10	bis 15 kg
über 15	bis 20 kg
über 20 kg.	

2. Länder, die wegen ihrer Rechtsvorschriften das Dezimalgewichtssystem nicht anwenden können, sind berechtigt, an die

substituer aux coupures de poids prévues au paragraphe 1 les équivalents suivants (en livres avoirdupois):

	jusqu'à 1 kg	jusqu'à 2 lb
au-dessus de 1	jusqu'à 3 kg	2– 7 lb
au-dessus de 3	jusqu'à 5 kg	7–11 lb
au-dessus de 5	jusqu'à 10 kg	11–22 lb
au-dessus de 10	jusqu'à 15 kg	22–33 lb
au-dessus de 15	jusqu'à 20 kg	33–44 lb
au-dessus de 20 kg		44 lb et au-dessus.

Stelle der Gewichtsstufen nach § 1 folgende Gegenwerte (in Pfund = lb) zu setzen:

bis 1 kg	2 lb
über 1 bis 3 kg	2 bis 7 lb
über 3 bis 5 kg	7 bis 11 lb
über 5 bis 10 kg	11 bis 22 lb
über 10 bis 15 kg	22 bis 33 lb
über 15 bis 20 kg	33 bis 44 lb
über 20 kg	44 lb und darüber

Article 6

Objectifs en matière de qualité du service

1. Les Administrations de destination doivent fixer un délai pour le traitement des colis postaux aériens à destination de leur pays. Ce délai, augmenté du temps normalement requis pour le dédouanement, ne doit pas être moins favorable que celui appliqué aux envois comparables de leur service intérieur.

2. Les Administrations de destination doivent également, autant que possible, fixer un délai pour le traitement des colis de surface à destination de leur pays.

3. Les Administrations d'origine fixent des objectifs en matière de qualité pour les colis-avion et les colis de surface à destination de l'étranger en prenant comme point de repère les délais fixés par les Administrations de destination.

Artikel 6

Zielsetzungen im Bereich der Dienstqualität

1. Die Bestimmungsverwaltungen müssen eine Frist für die Bearbeitung der für ihr Land bestimmten Luftpostpakete festlegen. Diese Frist, der die normalerweise für die Verzollung erforderliche Zeit hinzugerechnet wird, darf nicht ungünstiger sein als die Frist für vergleichbare Sendungen des Inlandsdienstes.

2. Die Bestimmungsverwaltungen müssen ebenfalls nach Möglichkeit eine Frist für die Bearbeitung der für ihr Land bestimmten Pakete des Land- und Seewegs festlegen.

3. Die Absendeverwaltungen legen Qualitätsziele für Luftpostpakete und Pakete des Land- und Seewegs nach dem Ausland fest, wobei ihnen die von den Bestimmungsverwaltungen festgelegten Fristen als Anhaltspunkt dienen.

Titre I

Taxes et droits

Article 7

Composition des taxes et des droits

1. Les taxes et les droits que les Administrations sont autorisées à percevoir sur les expéditeurs et les destinataires de colis postaux sont constitués par les taxes principales définies à l'article 8 et, le cas échéant, par:

a) les surtaxes aériennes visées à l'article 9;

b) les taxes supplémentaires visées aux articles 10 à 15;

c) les taxes et droits visés aux article 30, paragraphe 3, et 32, paragraphe 6;

d) les droits visés à l'article 16.

2. Sauf les cas prévus par le présent Arrangement, les taxes sont conservées par l'Administration qui les a perçues.

Titel I

Gebühren und Abgaben

Artikel 7

Zusammensetzung der Gebühren und Abgaben

1. Die Gebühren und Abgaben, die die Verwaltungen von den Absendern und Empfängern von Postpaketen erheben dürfen, bestehen aus den Grundgebühren nach Artikel 8 und gegebenenfalls aus:

a) den Luftpostzuschlägen nach Artikel 9;

b) den zusätzlichen Gebühren nach den Artikeln 10 bis 15;

c) den Gebühren und Abgaben nach Artikel 30 § 3 und Artikel 32 § 6;

d) den Abgaben nach Artikel 16.

2. Mit Ausnahme der in diesem Abkommen vorgesehenen Fälle verbleiben die Gebühren der Verwaltung, die sie erhoben hat.

Chapitre I

Taxes principales et surtaxes aériennes

Article 8

Taxes principales

1. Les Administrations établissent les taxes principales à percevoir sur les expéditeurs.

2. Les taxes principales doivent être en relation avec les quotes-parts et, en règle générale, leur produit ne doit pas dépasser dans l'ensemble les quotes-parts que les Administrations sont autorisées à réclamer et qui sont prévues aux articles 47 à 51.

Article 9

Surtaxes aériennes

1. Les Administrations établissent les surtaxes aériennes à percevoir pour l'acheminement des colis par la voie aérienne.

Kapitel I

Grundgebühren und Luftpostzuschläge

Artikel 8

Grundgebühren

1. Die Verwaltungen setzen die von den Absendern zu erhebenden Grundgebühren fest.

2. Die Grundgebühren müssen in Beziehung zu den Vergütungsanteilen stehen; im allgemeinen darf ihr Gesamtertrag die in den Artikeln 47 bis 51 vorgesehenen Vergütungsanteile, die die Verwaltungen beanspruchen dürfen, nicht übersteigen.

Artikel 9

Luftpostzuschläge

1. Die Verwaltungen legen die Luftpostzuschläge für die Beförderung von Paketen auf dem Luftweg fest. Sie können bei der

Elles ont la faculté d'adopter, pour la fixation des surtaxes, des échelons de poids inférieurs à la première coupure de poids.

2. Les surtaxes doivent être en relation avec les frais de transport aérien et, en règle générale, leur produit ne doit pas dépasser, dans l'ensemble, les frais de ce transport.

3. Les surtaxes doivent être uniformes pour tout le territoire d'un même pays de destination, quel que soit l'acheminement utilisé.

Festsetzung der Zuschläge Gewichtsstufen zulassen, die unter der ersten Gewichtsstufe liegen.

2. Die Zuschläge müssen in Beziehung zu den Luftbeförderungskosten stehen; im allgemeinen darf ihr Gesamtertrag die Kosten für diese Beförderung nicht übersteigen.

3. Die Zuschläge müssen für das ganze Gebiet eines Bestimmungslandes einheitlich sein, unabhängig davon, welcher Leitweg benutzt wird.

Chapitre II
Taxes supplémentaires et droits

Section I
Taxes visant certaines catégories de colis

Article 10
Colis exprès

1. Les colis exprès sont passibles d'une taxe supplémentaire appelée «taxe d'exprès» et dont le montant est fixé à 1,63 DTS au maximum ou au montant de la taxe applicable dans le service intérieur si elle est plus élevée. Cette taxe doit être acquittée complètement et à l'avance au moment du dépôt, même si le colis ne peut être distribué par exprès, mais seulement l'avis d'arrivée.

2. Lorsque la remise par exprès entraîne pour l'Administration de destination des sujétions spéciales en ce qui concerne soit la situation du domicile du destinataire, soit le jour ou l'heure d'arrivée au bureau de destination, la remise du colis et la perception éventuelle d'une taxe complémentaire sont réglées par les dispositions relatives aux colis de même nature du régime intérieur. Cette taxe complémentaire reste exigible même si le colis est renvoyé à l'expéditeur ou réexpédié; toutefois, dans ces cas, le montant de la reprise ne peut dépasser 1,63 DTS.

3. Si la réglementation de l'Administration de destination le permet, les destinataires peuvent demander au bureau de distribution, sous réserve de ce qui est prévu au paragraphe 1, que les colis qui leur sont destinés soient livrés par exprès dès leur arrivée. Dans ce cas, l'Administration de destination est autorisée à percevoir, au moment de la distribution, une taxe de 1,63 DTS au maximum ou la taxe du service intérieur si elle est plus élevée.

Article 11
Colis francs de taxes et de droits

1. Les colis francs de taxes et de droits sont passibles d'une taxe dite «taxe pour franchise à la livraison» dont le montant est fixé à 0,98 DTS par colis au maximum. Cette taxe est perçue par l'Administration d'origine qui la garde comme rémunération pour les services fournis dans le pays d'origine.

2. Lorsque la franchise à la livraison est demandée postérieurement au dépôt du colis, une taxe additionnelle pour demande de franchise à la livraison est perçue sur l'expéditeur au moment de la présentation de la demande. Cette taxe dont le montant est fixé à 1,31 DTS au maximum est perçue par l'Administration d'origine. Si la demande doit être transmise par voie télégraphique ou par tout autre moyen de télécommunication approprié, l'expéditeur doit payer en outre la taxe correspondante.

3. L'Administration de destination est autorisée à percevoir une taxe de commission de 0,98 DTS par colis au maximum. Cette taxe est indépendante de la taxe de présentation à la douane visée à l'article 15, lettre c). Elle est perçue sur l'expéditeur au profit de l'Administration de destination.

Kapitel II
Zusätzliche Gebühren und Abgaben

Abschnitt I
Gebühren für bestimmte Paketarten

Artikel 10
Pakete mit Eilzustellung

1. Für Pakete mit Eilzustellung ist eine zusätzliche Gebühr zu entrichten, die „Eilzustellgebühr" genannt wird; sie beträgt höchstens 1,63 SZR bzw. entspricht der Inlandsgebühr, sofern diese höher ist. Sie ist bei der Einlieferung vollständig vorauszuentrichten, selbst wenn statt des Pakets nur die Eingangsbenachrichtigung durch Eilboten zugestellt werden kann.

2. Verursacht die Eilzustellung der Verwaltung des Bestimmungslands wegen der Lage der Wohnung des Empfängers oder wegen des Tages oder der Stunde des Eingangs beim Bestimmungsamt besondere Aufwendungen, so richtet sich die Zustellung des Pakets und die eventuelle Erhebung einer Ergänzungsgebühr nach den Vorschriften des Inlandsdienstes für Pakete gleicher Art. Diese Ergänzungsgebühr wird auch dann gefordert, wenn das Paket zurück- oder nachgesandt wird; in diesen Fällen darf sie jedoch nicht höher sein als 1,63 SZR.

3. Wenn es die Rechtsvorschriften der Bestimmungsverwaltung erlauben, können die Empfänger vorbehaltlich des § 1 beim Zustellamt beantragen, daß ihnen die Pakete sofort nach der Ankunft durch Eilboten zugestellt werden. In diesem Fall darf die Bestimmungsverwaltung bei der Zustellung eine Gebühr von höchstens 1,63 SZR bzw. die Inlandsgebühr erheben, sofern diese höher ist.

Artikel 11
Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete

1. Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete unterliegen einer sogenannten „Gebühr für das Einliefern einer Sendung mit Gebührenzettel"; sie darf höchstens 0,98 SZR je Paket betragen. Diese Gebühr wird von der Einlieferungsverwaltung erhoben und verbleibt ihr als Vergütung für die im Einlieferungsland erbrachten Leistungen.

2. Wird der Antrag auf gebühren- und abgabenfreie Auslieferung nach der Einlieferung des Pakets gestellt, so wird bei Stellung des Antrags vom Absender eine zusätzliche Gebühr für den nachträglich verlangten Gebührenzettel erhoben. Diese Gebühr darf höchstens 1,31 SZR betragen und wird von der Einlieferungsverwaltung erhoben. Wenn der Antrag telegrafisch oder mittels eines anderen geeigneten Fernmeldedienstes übermittelt werden soll, muß der Absender außerdem die entsprechende Gebühr zahlen.

3. Die Bestimmungsverwaltung kann eine Gebührenzettelgebühr von höchstens 0,98 SZR je Paket erheben. Diese Gebühr ist unabhängig von der Gestellungsgebühr nach Artikel 15 Buchstabe c. Sie wird vom Absender zugunsten der Bestimmungsverwaltung erhoben.

Article 12

Colis avec valeur déclarée

1. Les colis avec valeur déclarée donnent lieu à la perception sur l'expéditeur et à l'avance des taxes ci-après:

a) taxes autorisées dans le présent titre;

b) à titre facultatif, taxe d'expédition ne dépassant pas la taxe de recommandation fixée à l'article 26, paragraphe 1, lettre p), de la Convention ou taxe correspondante du service intérieur si celle-ci est plus élevée ou, exceptionnellement, taxe de 3,27 DTS au maximum;

c) taxe ordinaire d'assurance: au maximum 0,33 DTS par 65,34 DTS ou fraction de 65,34 DTS déclarés, ou 1/2 pour cent de l'échelon de valeur déclarée ou la taxe du service intérieur si elle est plus élevée.

2. En outre, est autorisée la perception, par les Administrations qui acceptent de couvrir les risques pouvant découler du cas de force majeure, d'une «taxe pour risques de force majeure» à fixer de manière que la somme totale formée par cette taxe et la taxe ordinaire d'assurance ne dépasse pas le maximum prévu au paragraphe 1, lettre c).

3. Les Administrations peuvent en outre percevoir sur les expéditeurs ou les destinataires les taxes spéciales prévues par leur législation intérieure pour les mesures exceptionnelles de sécurité prises à l'égard des colis avec valeur déclarée.

Article 13

Colis fragiles. Colis encombrants

Les colis fragiles et les colis encombrants sont passibles d'une taxe supplémentaire égale, au maximum, à 50 pour cent de la taxe principale ou à la taxe du service intérieur si elle est plus élevée. Si le colis est fragile et encombrant, la taxe supplémentaire susvisée n'est perçue qu'une seule fois. Toutefois, les surtaxes aériennes relatives à ces colis ne subissent aucune majoration.

Section II

Taxes et droits visant toutes les catégories de colis

Article 14

Taxes supplémentaires

Les Administrations sont autorisées à percevoir les taxes supplémentaires suivantes:

a) taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets;

b) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration d'origine; en règle générale, la perception s'opère au moment du dépôt du colis;

c) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration de destination soit pour la remise à la douane et le dédouanement, soit pour la remise à la douane seulement; sauf entente spéciale, la perception s'opère au moment de la livraison du colis au destinataire; toutefois, lorsqu'il s'agit de colis francs de taxes et de droits, la taxe de présentation à la douane est perçue par l'Administration d'origine au profit de l'Administration de destination;

d) taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur; cette taxe peut être perçue par l'Administration d'origine pour les colis enlevés à domicile par les soins de ses services;

e) taxe de livraison; cette taxe peut être perçue par l'Administration de destination autant de fois que le colis est présenté à domicile; néanmoins, pour les colis exprès, elle ne peut être perçue que pour les présentations à domicile postérieures à la première;

Artikel 12

Wertpakete

1. Für Wertpakete werden vom Absender im voraus folgende Gebühren erhoben:

a) Gebühren, die nach diesem Titel erhoben werden dürfen;

b) nach eigenem Ermessen eine Bearbeitungsgebühr, die nicht höher sein darf als die Einschreibgebühr nach Artikel 26 § 1 Buchstabe p des Weltpostvertrags oder die entsprechende Gebühr des Inlandsdienstes, wenn diese höher ist, oder ausnahmsweise eine Gebühr von höchstens 3,27 SZR.

c) eine gewöhnliche Wertgebühr: höchstens 0,33 SZR für jede volle oder angefangene Einheit von 65,34 SZR Wertangabe oder ½ v. H. der Wertangabe oder die Inlandsgebühr, sofern diese höher ist.

2. Außerdem können Verwaltungen, die für Schäden aus höherer Gewalt haften, eine „Gebühr für Gefahren aus höherer Gewalt" erheben, die so zu bemessen ist, daß die Summe aus dieser Gebühr und der gewöhnlichen Wertgebühr den Höchstbetrag nach § 1 Buchstabe c nicht übersteigt.

3. Die Verwaltungen können außerdem von den Absendern oder Empfängern die nach ihren Rechtsvorschriften für außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen für Wertpakete vorgesehenen besonderen Gebühren erheben.

Artikel 13

Pakete mit zerbrechlichem Inhalt. Sperrige Pakete

Pakete mit zerbrechlichem Inhalt und sperrige Pakete unterliegen einer zusätzlichen Gebühr von höchstens 50 v. H. der Grundgebühr oder der Inlandsgebühr, sofern diese höher ist. Ist das Paket zerbrechlich und sperrig, so wird die zusätzliche Gebühr nur einmal erhoben. Die Luftpostzuschläge für diese Pakete werden jedoch nicht erhöht.

Abschnitt II

Gebühren und Abgaben, die für alle Paketarten gelten

Artikel 14

Zusätzliche Gebühren

Die Verwaltungen dürfen folgende zusätzliche Gebühren erheben:

a) Gebühr für die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden;

b) Gestellungsgebühr, die von der Einlieferungsverwaltung erhoben wird; in der Regel wird diese Gebühr bei der Einlieferung des Pakets erhoben;

c) Gestellungsgebühr, die von der Bestimmungsverwaltung entweder für die Zollgestellung und die Verzollung oder nur für die Zollgestellung erhoben wird; wenn nichts anderes vereinbart ist, wird diese Gebühr bei der Auslieferung des Pakets an den Empfänger erhoben; handelt es sich jedoch um gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete, so wird die Gestellungsgebühr von der Einlieferungsverwaltung zugunsten der Bestimmungsverwaltung eingezogen;

d) Gebühr für das Abholen beim Absender; diese Gebühr kann die Einlieferungsverwaltung für das Abholen der Pakete beim Absender erheben;

e) Zustellgebühr; diese kann die Bestimmungsverwaltung für jeden Zustellversuch erheben, bei Paketen mit Eilzustellung jedoch nur für die nach dem ersten Zustellversuch erfolgten Versuche;

f) taxe de réponse à un avis de non-livraison, perçue dans les conditions fixées à l'article 29, paragraphe 2;

g) taxe d'avis d'arrivée, perçue par l'Administration de destination, quand sa législation lui en fait obligation et quand cette Administration n'assure pas la livraison à domicile, pour tout avis (premier avis ou avis ultérieurs) éventuellement remis au domicile du destinataire, sauf pour le premier avis des colis exprès;

h) taxe de remballage, due à l'Administration du premier des pays sur le territoire duquel un colis a dû être remballé afin d'en protéger le contenu; elle est récupérée sur le destinataire ou, le cas échéant, sur l'expéditeur;

i) taxe de poste restante, perçue par l'Administration de destination, au moment de la livraison, sur tout colis adressé poste restante;

j) taxe de magasinage sur tout colis qui n'a pas été retiré dans les délais prescrits, que ce colis soit adressé poste restante ou à domicile; cette taxe est perçue, par l'Administration qui effectue la livraison, au profit des Administrations dans les services desquelles le colis a été gardé au-delà des délais admis;

k) taxe d'avis de réception, lorsque l'expéditeur demande un avis de réception conformément à l'article 28;

l) taxe d'avis d'embarquement, perçue, dans les relations entre les pays dont les Administrations acceptent d'assurer ce service, lorsque l'expéditeur demande qu'un avis d'embarquement lui soit adressé;

m) taxe de réclamation visée à l'article 39, paragraphe 3;

n) taxe de demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse;

o) taxe pour risques de force majeure, perçue par les Administrations acceptant de couvrir les risques susceptibles de découler d'un cas de force majeure.

f) Gebühr für die Antwort auf eine Unzustellbarkeitsanzeige, die unter den in Artikel 29 § 2 festgelegten Bedingungen erhoben wird;

g) Gebühr für die Benachrichtigung vom Eingang eines Pakets, die die Bestimmungsverwaltung erhebt, wenn sie nach ihren Rechtsvorschriften dazu verpflichtet ist und den Paketzustelldienst nicht wahrnimmt; diese Gebühr kann für jede Benachrichtigung (für die erste sowie für jede weitere) erhoben werden, die in die Wohnung des Empfängers zugestellt wird, ausgenommen die erste Benachrichtigung vom Eingang eines Pakets mit Eilzustellung;

h) Verpackungsgebühr, die der Verwaltung des ersten Landes zusteht, in dessen Gebiet ein Paket zum Schutz seines Inhalts neu verpackt werden mußte; sie wird vom Empfänger oder gegebenenfalls vom Absender eingezogen;

i) Gebühr für postlagernde Pakete, die die Bestimmungsverwaltung bei der Auslieferung für jedes postlagernde Paket erhebt;

j) Lagergebühr, die für jedes Paket erhoben wird, das nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgeholt worden ist, unabhängig davon, ob es sich um ein postlagerndes oder zuzustellendes Paket handelt; diese Gebühr zieht die auslieferndе Verwaltung zugunsten der Verwaltungen ein, in deren Dienstbereich das Paket über die zulässigen Fristen hinaus aufbewahrt wurde;

k) Rückscheingebühr, wenn der Absender nach Artikel 28 einen Rückschein verlangt;

l) Gebühr für Verschiffungsbescheinigung; sie wird im Verkehr zwischen Ländern, deren Verwaltungen diesen Dienst ausführen, erhoben, wenn der Absender die Übersendung einer Verschiffungsbescheinigung verlangt;

m) Nachforschungsgebühr nach Artikel 39 § 3;

n) Gebühr für einen Antrag auf Zurückziehung, Änderung oder Berichtigung der Aufschrift;

o) Gebühr für Gefahren aus höherer Gewalt, die die Verwaltungen erheben, die eine Haftung für Schäden aus höherer Gewalt übernommen haben.

Article 15

Tarif

1. Le tarif des taxes supplémentaires définies à l'article 14 est fixé conformément aux indications du tableau ci-après:

Artikel 15

Verzeichnis der zusätzlichen Gebühren

1. Die Höhe der zusätzlichen Gebühren nach Artikel 14 wird nach den in der nachstehenden Übersicht enthaltenen Angaben festgelegt:

Désignation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3
a) taxe de dépôt en dehors des heures normales d'ouverture des guichets	même taxe que dans le régime intérieur	
b) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration d'origine	0,65 DTS par colis au maximum	
c) taxe de présentation à la douane, perçue par l'Administration de destination	3,27 DTS par colis au maximum	
d) taxe d'enlèvement au domicile de l'expéditeur	même taxe que dans le régime intérieur	
e) taxe de livraison	même taxe que dans le régime intérieur	En cas de renvoi à l'expéditeur (article 30, paragraphe 3, lettre b)) ou de réexpédition (article 32, paragraphe 6, lettre c)), le montant de la reprise ne peut dépasser 0,98 DTS.

Désignation de la taxe	Montant	Observations
1	2	3
f) taxe de réponse à un avis de non-livraison	0,65 DTS au maximum	Si, à la suite de l'avis de non-livraison, de nouvelles instructions doivent être transmises par voie télégraphique, l'expéditeur ou le tiers doit payer, en outre, la taxe télégraphique.
g) taxe d'avis d'arrivée	au maximum, taxe égale à celle d'une lettre ordinaire du premier échelon de poids du régime intérieur	
h) taxe de remballage	0,33 DTS par colis au maximum	Cette taxe ne peut être appliquée qu'une fois seulement au cours du transport de bout en bout.
i) taxe de poste restante	même taxe que dans le régime intérieur	En cas de renvoi à l'expéditeur (article 30, paragraphe 3, lettre b)) ou de réexpédition (article 32, paragraphe 6, lettre c)), le montant de la reprise ne peut dépasser 0,49 DTS.
j) taxe de magasinage	même taxe que dans le régime intérieur	En cas de renvoi à l'expéditeur ou de réexpédition (articles 30, paragraphe 3, lettre b), et 32, paragraphe 6, lettre c)), le montant de la reprise ne peut dépasser 6,53 DTS.
k) taxe d'avis de réception	0,98 DTS au maximum	
l) taxe d'avis d'embarquement	0,36 DTS par colis au maximum	
m) taxe de réclamation	0,65 DTS au maximum	A cette taxe s'ajoute la taxe télégraphique ou celle de tout autre moyen de télécommunication si l'expéditeur a exprimé le désir que sa demande soit transmise par voie télégraphique ou par tout autre moyen de télécommunication.
n) taxe de demande de retrait, de modification ou de correction d'adresse	1,31 DTS au maximum	A cette taxe s'ajoute la taxe appropriée, si la demande doit être transmise par la voie des télécommunications.
o) taxe pour risques de force majeure	a) montant prévu à l'article 12, paragraphe 2, en ce qui concerne les colis avec valeur déclarée b) 0,20 DTS par colis au maximum, en ce qui concerne les colis sans valeur déclarée	

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
a) Gebühr fur die Einlieferung außerhalb der allgemeinen Schalterstunden	Inlandsgebühr	
b) Gestellungsgebühr, die von der Einlieferungsverwaltung erhoben wird	höchstens 0,65 SZR je Paket	
c) Gestellungsgebühr, die von der Bestimmungsverwaltung erhoben wird	höchstens 3,27 SZR je Paket	
d) Gebühr für das Abholen beim Absender	Inlandsgebühr	
e) Zustellgebühr	Inlandsgebühr	Bei Rücksendung an den Absender (Artikel 30 § 3 Buchstabe b) oder Nachsendung (Artikel 32 § 6 Buchstabe c) darf der Betrag 0,98 SZR nicht überschreiten.
f) Gebühr für die Antwort auf eine Unzustellbarkeitsanzeige	höchstens 0,65 SZR	Wenn als Folge der Unzustellbarkeitsanzeige neue Verfügungen telegrafisch übermittelt werden sollen, so hat der Absender oder der Dritte außerdem die Telegrammgebühr zu zahlen.

Bezeichnung der Gebühr	Betrag	Bemerkungen
1	2	3
g) Gebühr für die Benachrichtigung vom Eingang eines Pakets	höchstens die Gebühr für einen gewöhnlichen Inlandsbrief der ersten Gewichtsstufe	
h) Verpackungsgebühr	höchstens 0,33 SZR je Paket	Diese Gebühr darf auf der ganzen Beförderungsstrecke nur einmal erhoben werden.
i) Gebühr für postlagernde Pakete	Inlandsgebühr	Bei Rücksendung an den Absender (Artikel 30 § 3 Buchstabe b) oder Nachsendung (Artikel 32 § 6 Buchstabe c) darf der Betrag 0,49 SZR nicht überschreiten.
j) Lagergebühr	Inlandsgebühr	Bei Rücksendung an den Absender oder Nachsendung (Artikel 30 § 3 Buchstabe b und Artikel 32 § 6 Buchstabe c) darf der Betrag 6,53 SZR nicht überschreiten.
k) Rückscheingebühr	höchstens 0,98 SZR	
l) Gebühr für Verschiffungsbescheinigung	höchstens 0,36 SZR je Paket	
m) Nachforschungsgebühr	höchstens 0,65 SZR	Zu dieser Gebühr kommt die Telegrammgebühr bzw. die Gebühr für jeden anderen Fernmeldedienst hinzu, wenn der Absender verlangt hat, daß sein Antrag telegrafisch oder mittels eines anderen Fernmeldedienstes übermittelt wird.
n) Gebühr für einen Antrag auf Zurückziehung, Änderung oder Berichtigung der Aufschrift	höchstens 1,31 SZR	Zu dieser Gebühr kommt die entsprechende Gebühr hinzu, wenn der Antrag auf dem Fernmeldeweg übermittelt werden soll.
o) Gebühr für Gefahren aus höherer Gewalt	a) bei Wertpaketen: der in Artikel 12 § 2 vorgesehene Betrag b) bei Paketen ohne Wertangabe: höchstens 0,20 SZR je Paket	

2. Les Administrations qui perçoivent dans leur régime intérieur des taxes supplémentaires supérieures à celles qui sont fixées au paragraphe 1 sont autorisées, lorsqu'elles conservent intégralement ces dernières, à appliquer, dans le service international, les taux du régime intérieur.

Article 16

Droits

1. Les Administrations de destination sont autorisées à percevoir, sur les destinataires, tous droits, notamment les droits de douane, dont les envois sont grevés dans le pays de destination.

2. Les Administrations s'engagent à intervenir auprès des autorités compétentes de leur pays pour que les droits (parmi lesquels les droits de douane) soient annulés quand ils concernent un colis:

a) renvoyé à l'expéditeur;

b) réexpédié sur un tiers pays;

c) abandonné par l'expéditeur;

d) perdu dans leur service ou détruit pour cause d'avarie totale du contenu;

e) spolié ou avarié dans leur service.

Dans ces cas, l'annulation des droits n'est demandée que pour la valeur du contenu manquant ou pour la dépréciation subie par le contenu.

2. Verwaltungen, die in ihrem Inlandsdienst höhere zusätzliche Gebühren als die in § 1 festgelegten erheben, können, wenn ihnen letztere vollständig verbleiben, im Auslandsdienst die Gebührensätze des Inlandsdienstes anwenden.

Artikel 16

Abgaben

1. Die Bestimmungsverwaltungen können alle Abgaben, insbesondere die Zollabgaben, mit denen die Sendungen im Bestimmungsland belastet werden, von den Empfängern einziehen.

2. Die Verwaltungen verpflichten sich, sich bei den zuständigen Behörden ihres Landes dafür einzusetzen, daß die Abgaben (darunter die Zollabgaben) niedergeschlagen werden, wenn sie ein Paket betreffen, das

a) an den Absender zurückgesandt,

b) nach einem dritten Land nachgesandt,

c) vom Absender preisgegeben,

d) in ihrem Bereich in Verlust geraten oder wegen vollständiger Beschädigung des Inhalts vernichtet,

e) in ihrem Bereich beraubt oder beschädigt worden ist.

In diesen Fällen wird die Niederschlagung der Abgaben nur für den Wert des fehlenden Inhalts oder für die Wertminderung des Inhalts beantragt.

Chapitre III
Franchises postales

Article 17
Colis de service

1. Sont exonérés de toutes taxes postales les colis relatifs au service postal et échangés entre:

a) les Administrations postales;

b) les Administrations postales et le Bureau international;

c) les bureaux de poste des Pays-membres;

d) les bureaux de poste et les Administrations postales.

2. Les colis-avion, à l'exception de ceux qui émanent du Bureau international, n'acquittent pas les surtaxes aériennes.

Article 18
Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

Les colis de prisonniers de guerre et d'internés civils sont exonérés de toutes taxes en vertu de l'article 17 de la Convention. Toutefois, les colis-avion sont soumis aux surtaxes aériennes stipulées à l'article 9 du présent Arrangement.

Titre II
Exécution du service

Chapitre I
Conditions d'admission

Section I
Conditions générales d'admission

Article 19
Conditions d'acceptation

Sous réserve que le contenu ne tombe pas sous le coup des interdictions énumérées à l'article 20 ou sous celui des interdictions ou des restrictions applicables dans le territoire d'une ou de plusieurs Administrations appelées à participer au transport, tout colis, pour être admis à l'expédition, doit:

a) appartenir à une catégorie de colis admise en application de l'article 4;

b) avoir un emballage adapté à la nature du contenu et aux conditions du transport;

c) porter les noms et adresses du destinataire et de l'expéditeur;

d) répondre aux conditions de poids et de dimensions fixées par les articles 2 et 21;

e) être affranchi de toutes taxes exigibles par le bureau d'origine au moyen de timbres-poste ou de tout autre procédé autorisé par la réglementation de l'Administration d'origine.

Article 20
Interdictions

L'insertion des objets ci-dessous est interdite:

a) dans toutes les catégories de colis:

1° les objets qui, par leur nature ou leur emballage, peuvent présenter du danger pour les agents, salir ou détériorer les autres colis ou l'équipement postal;

Kapitel III
Postgebührenfreiheit

Artikel 17
Postdienstpakete

1. Von allen Postgebühren befreit sind Pakete in postdienstlichen Angelegenheiten, die ausgetauscht werden zwischen:

a) den Postverwaltungen,

b) den Postverwaltungen und dem Internationalen Büro,

c) den Postämtern der Mitgliedsländer,

d) den Postämtern und Postverwaltungen.

2. Für Luftpostpakete, mit Ausnahme der vom Internationalen Büro abgesandten, sind keine Luftpostzuschläge zu entrichten.

Artikel 18
Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete sind auf Grund des Artikels 17 des Weltpostvertrags von allen Gebühren befreit. Für Luftpostpakete sind jedoch die Luftpostzuschläge nach Artikel 9 dieses Abkommens zu entrichten.

Titel II
Ausführung des Dienstes

Kapitel I
Zulassungsbedingungen

Abschnitt I
Allgemeine Zulassungsbedingungen

Artikel 19
Annahmebedingungen

Unter dem Vorbehalt, daß der Inhalt nicht unter die Verbote nach Artikel 20 oder unter die im Gebiet einer oder mehrerer an der Beförderung beteiligter Verwaltungen geltenden Verbote oder Beschränkungen fällt, muß jedes Paket, um zur Beförderung zugelassen zu werden,

a) einer nach Artikel 4 zugelassenen Paketart angehören;

b) eine der Beschaffenheit des Inhalts und den Beförderungsbedingungen angepaßte Verpackung haben;

c) Namen und Anschrift des Empfängers und des Absenders tragen;

d) den in den Artikeln 2 und 21 für Gewicht und Maße festgelegten Bedingungen entsprechen;

e) so mit Postwertzeichen oder nach jedem anderen nach den Rechtsvorschriften der Einlieferungsverwaltung zugelassenen Verfahren freigemacht sein, daß alle vom Einlieferungsamt zu erhebenden Gebühren entrichtet worden sind.

Artikel 20
Verbote

Die Aufnahme der nachstehend aufgeführten Gegenstände ist verboten:

a) in Pakete aller Art:

1) Gegenstände, die wegen ihrer Beschaffenheit oder ihrer Verpackung eine Gefahr für die Postbediensteten darstellen oder die andere Pakete oder die postalischen Einrichtungen verschmutzen oder beschädigen können;

2° les stupéfiants et les substances psychotropes; toutefois, cette interdiction ne s'applique pas aux expéditions effectuées dans un but médical ou scientifique pour les pays qui les admettent à cette condition;

3° les documents ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle ainsi que les correspondances de toute nature échangées entre des personnes autres que l'expéditeur et le destinataire ou les personnes habitant avec eux, à l'exception:

- d'un des documents ci-après, non fermé, réduit à ses énonciations constitutives et se rapportant exclusivement aux marchandises transportées: facture, bordereau ou avis d'expédition, bon de livraison;
- des disques phonographiques, des bandes et des fils soumis ou non à un enregistrement sonore ou visuel, des cartes mécanographiques, des bandes magnétiques ou d'autres moyens semblables et des cartes QSL lorsque l'Administration d'origine estime qu'ils ne présentent pas le caractère de correspondance actuelle et personnelle et lorsqu'ils sont échangés entre l'expéditeur et le destinataire du colis ou des personnes habitant avec eux;
- des correspondances et des documents de toute nature ayant le caractère de correspondance actuelle et personnelle, autres que les précédents, échangés entre l'expéditeur et le destinataire du colis ou des personnes habitant avec eux, si la réglementation intérieure des Administrations intéressées le permet;

4° les animaux vivants, à moins que leur transport par la poste ne soit autorisé par la réglementation postale des pays intéressés;

5° les matières explosibles, inflammables ou autres matières dangereuses;

6° les matières radioactives. Toutefois, les Administrations peuvent s'entendre pour accepter les colis contenant ces matières soit dans leurs relations réciproques, soit dans un seul sens. En ce cas, les matières radioactives sont conditionnées et emballées selon les dispositions du Règlement et sont acheminées par la voie la plus rapide, normalement par la voie aérienne, sous réserve de l'acquittement des surtaxes aériennes correspondantes. Elles ne peuvent être déposées que par des expéditeurs dûment autorisés;

7° les objets obscènes ou immoraux;

8° les objets dont l'importation ou la circulation est interdite dans le pays de destination;

b) dans les colis sans valeur déclarée, échangés entre deux pays qui admettent la déclaration de valeur: les pièces de monnaie, les billets de banque, les billets de monnaie ou les valeurs quelconques au porteur, le platine, l'or ou l'argent, manufacturés ou non, les pierreries, les bijoux et autres objets précieux. Cette disposition n'est pas applicable lorsque l'échange des colis entre deux Administrations admettant les colis avec valeur déclarée ne peut s'effectuer qu'en transit à découvert par l'intermédiaire d'une Administration qui ne les admet pas. Chaque Administration a la faculté d'interdire l'insertion de l'or en lingots dans les envois avec ou sans valeur déclarée en provenance ou à destination de son territoire ou transmis en transit à découvert à travers son territoire, ou de limiter la valeur réelle de ces envois.

Article 21

Limites de dimensions

1. Sauf à être considérés comme colis encombrants par application de l'article 4, paragraphe 2, lettre e), les colis transportés par voie de surface ou par voie aérienne ne doivent pas dépasser

2) Betäubungsmittel und psychotrope Mittel; dieses Verbot erstreckt sich jedoch nicht auf die Versendung zu medizinischen oder wissenschaftlichen Zwecken nach Ländern, die sie unter dieser Bedingung zulassen;

3) Schriftstücke, die den Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung haben, sowie Briefsendungen aller Art, die zwischen anderen Personen als dem Absender und dem Empfänger oder den bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden; ausgenommen hiervon sind:

- eines der nachstehend aufgeführten Schriftstücke, soweit es unverschlossen ist, sich inhaltlich auf die wesentlichen Angaben beschränkt und sich ausschließlich auf die beförderten Waren bezieht: Rechnung, Begleitschein oder Versandbenachrichtigung, Lieferschein;
- Schallplatten, Tonbänder und -drähte mit oder ohne Ton- oder Bildaufzeichnungen, Lochkarten, Magnetbänder oder vergleichbare Medien und QSL-Karten, wenn sie nach Ansicht der Einlieferungsverwaltung nicht den Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung haben und wenn sie zwischen dem Absender und dem Empfänger des Pakets oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden;
- andere als die vorgenannten Briefsendungen und Schriftstücke aller Art mit dem Charakter einer aktuellen und persönlichen Mitteilung, die zwischen dem Absender und dem Empfänger des Pakets oder bei ihnen wohnenden Personen ausgetauscht werden, wenn die Inlandsvorschriften der beteiligten Verwaltungen dies zulassen;

4) lebende Tiere, sofern nicht die Postbestimmungen der beteiligten Länder ihre Beförderung durch die Post zulassen;

5) explosive, entflammbare oder andere gefährliche Stoffe;

6) radioaktive Stoffe. Die Verwaltungen können sich jedoch darauf einigen, Pakete mit diesen Stoffen im gegenseitigen Verkehr oder nur in einer Richtung zuzulassen. In diesem Fall müssen die radioaktiven Stoffe nach den Vorschriften der Vollzugsordnung beschaffen und verpackt sein; sie werden auf dem schnellsten Weg befördert, normalerweise auf dem Luftweg, wenn die entsprechenden Luftpostzuschläge entrichtet worden sind. Sie dürfen nur von ordnungsgemäß dazu ermächtigten Absendern eingeliefert werden;

7) obszöne oder unsittliche Gegenstände;

8) Gegenstände, deren Einfuhr oder Verbreitung im Bestimmungsland verboten ist;

b) in Pakete ohne Wertangabe, die zwischen zwei Ländern ausgetauscht werden, die eine Wertangabe zulassen: Münzen, Banknoten, Geldscheine oder auf den Inhaber lautende Wertpapiere, Platin, Gold oder Silber in verarbeitetem oder nicht verarbeitetem Zustand, Edelsteine, Schmuck und andere Wertgegenstände. Diese Bestimmung ist nicht anwendbar, wenn der Paketaustausch zwischen zwei Verwaltungen, die Wertpakete zulassen, nur im offenen Durchgang über eine Verwaltung durchgeführt werden kann, die solche Pakete nicht zuläßt. Jede Verwaltung kann den Versand von Barrengold in Wertsendungen oder Sendungen ohne Wertangabe aus oder nach ihrem Land oder im offenen Durchgang durch ihr Land verbieten oder den tatsächlichen Wert solcher Sendungen beschränken.

Artikel 21

Begrenzungen der Maße

1. Sofern sie nicht nach Artikel 4 § 2 Buchstabe e als sperrige Pakete anzusehen sind, dürfen die auf dem Land- und Seeweg oder Luftweg beförderten Pakete folgende Maße nicht überschrei-

1,50 mètre pour l'une quelconque des dimensions ni 3 mètres pour la somme de la longueur et du plus grand pourtour pris dans un sens autre que celui de la longueur.

2. Les Administrations qui ne sont pas en mesure d'admettre, pour tous les colis ou pour les colis-avion seulement, les dimensions prévues au paragraphe 1 peuvent adopter en lieu et place les dimensions suivantes: 1,05 mètre pour l'une quelconque des dimensions, 2 mètres pour la somme de la longueur et du plus grand pourtour pris dans un sens autre que celui de la longueur.

3. Quel que soit leur mode de transport, les colis ne doivent pas comporter de dimensions inférieures aux dimensions minimales prévues pour les lettres à l'article 20, paragraphe 1, de la Convention.

4. Les Administrations qui admettent les dimensions fixées au paragraphe 1 ont la faculté de percevoir, pour les colis dont les dimensions dépassent les limites indiquées au paragraphe 2 mais dont le poids est inférieur à 10 kg, une taxe supplémentaire égale à celle qui est prévue à l'article 13.

Article 22

Traitement des colis acceptés à tort

1. Lorsque les colis qui contiennent les objets cités à l'article 20, lettre a), ont été acceptés à tort à l'expédition, ils doivent être traités selon la législation du pays de l'Administration qui en constate la présence; toutefois, les colis contenant les objets visés au même article, lettre a), chiffres 2°, 5° à 7°, ne sont en aucun cas ni acheminés à destination, ni livrés aux destinataires, ni renvoyés à l'expéditeur.

2. S'il s'agit de l'insertion d'une seule correspondance non autorisée au sens de l'article 20, lettre a), chiffre 3°, cette correspondance est traitée de la manière prescrite à l'article 32 de la Convention et, pour ce motif, le colis ne peut être renvoyé à l'expéditeur.

3. Lorsqu'un colis sans valeur déclarée échangé entre deux pays qui admettent la déclaration de valeur et contenant les objets cités à l'article 20, lettre b), parvient à l'Administration de destination, celle-ci est autorisée à le livrer au destinataire, aux conditions fixées par sa réglementation. Si celle-ci n'admet pas la livraison, le colis doit être renvoyé à l'expéditeur en faisant application de l'article 34.

4. Le paragraphe 3 est applicable aux colis dont le poids ou les dimensions dépassent sensiblement les limites admises; toutefois, ces colis peuvent être livrés, le cas échéant, au destinataire si celui-ci a préalablement acquitté les taxes éventuelles.

5. Lorsqu'un colis admis à tort ou une partie de son contenu ne sont ni livrés au destinataire, ni renvoyés à l'expéditeur, l'Administration d'origine doit être informée sans délai du traitement appliqué à ce colis, au moyen d'une formule conforme au modèle C 33/CP 10bis annexé au Règlement d'exécution du présent Arrangement. Cette information doit indiquer d'une manière précise l'interdiction sous le coup de laquelle tombe le colis ou les objets qui ont donné lieu à la saisie.

Article 23

Instructions de l'expéditeur au moment du dépôt

1. Au moment du dépôt d'un colis, l'expéditeur est tenu d'indiquer le traitement à appliquer en cas de non-livraison.

2. Il ne peut donner que l'une des instructions suivantes:

a) envoi d'un avis de non-livraison à lui-même;

b) envoi d'un avis de non-livraison à un tiers domicilié dans le pays de destination;

ten: 1,50 Meter in irgendeiner Richtung, 3 Meter zusammengerechnet nach Länge und größtem, nicht in der Längsrichtung gemessenen Umfang.

2. Verwaltungen, die nicht in der Lage sind, für alle Pakete oder nur für Luftpostpakete die in § 1 vorgesehenen Maße zuzulassen, können an deren Stelle folgende Maße anwenden: 1,05 Meter in irgendeiner Richtung, 2 Meter zusammengerechnet nach Länge und größtem, nicht in der Längsrichtung gemessenen Umfang.

3. Pakete dürfen, unabhängig davon, auf welche Weise sie befördert werden, die Mindestmaße für Briefe nach Artikel 20 § 1 des Weltpostvertrags nicht unterschreiten.

4. Verwaltungen, die die in § 1 festgesetzten Maße zulassen, können für Pakete, deren Maße die in § 2 angegebenen Grenzen überschreiten, die jedoch weniger als 10 kg wiegen, eine zusätzliche Gebühr in Höhe der in Artikel 13 vorgesehenen Gebühr erheben.

Artikel 22

Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete

1. Sind Pakete, die Gegenstände nach Artikel 20 Buchstabe a enthalten, zu Unrecht zur Beförderung angenommen worden, so sind sie nach den Rechtsvorschriften des Landes zu behandeln, dessen Verwaltung das Vorhandensein solcher Gegenstände feststellt; jedoch werden Pakete, die Gegenstände nach demselben Artikel Buchstabe a Nr. 2, 5 bis 7 enthalten, in keinem Fall zum Bestimmungsort befördert; sie werden auch weder den Empfängern ausgeliefert noch an den Absender zurückgesandt.

2. Ist nur eine einzelne Briefsendung beigefügt, die im Sinne des Artikels 20 Buchstabe a Nr. 3 unzulässig ist, so wird diese Briefsendung nach Artikel 32 des Weltpostvertrags behandelt; das Paket darf deswegen nicht an den Absender zurückgesandt werden.

3. Ist ein Paket ohne Wertangabe, das zwischen zwei Ländern ausgetauscht wird, die eine Wertangabe zulassen, und das Gegenstände nach Artikel 20 Buchstabe b enthält, bei der Bestimmungsverwaltung eingegangen, so kann diese das Paket dem Empfänger nach ihren Inlandsbestimmungen ausliefern. Lassen diese Bestimmungen die Auslieferung nicht zu, so ist das Paket unter Anwendung des Artikels 34 an den Absender zurückzusenden.

4. § 3 ist auf Pakete anzuwenden, deren Gewicht oder Maße die zulässigen Grenzen erheblich überschreiten; jedoch können solche Pakete gegebenenfalls dem Empfänger ausgeliefert werden, wenn dieser die eventuell anfallenden Gebühren vorher entrichtet hat.

5. Wird ein zu Unrecht angenommenes Paket oder ein Teil seines Inhalts weder dem Empfänger ausgeliefert noch an den Absender zurückgesandt, so ist die Einlieferungsverwaltung unverzüglich mittels eines Formblatts nach dem Muster der Anlage C 33/CP 10bis zur Vollzugsordnung zu diesem Abkommen über die weitere Behandlung des Pakets zu unterrichten. Hierbei ist genau anzugeben, unter welches Verbot das Paket bzw. die Gegenstände fallen, aufgrund derer es beschlagnahmt worden ist.

Artikel 23

Vorausverfügungen des Absenders bei der Einlieferung

1. Bei der Einlieferung eines Pakets hat der Absender anzugeben, wie dieses Paket im Fall der Unzustellbarkeit behandelt werden soll.

2. Er kann nur eine der folgenden Vorausverfügungen treffen:

a) Übersendung einer Unzustellbarkeitsanzeige an ihn selbst:

b) Übersendung einer Unzustellbarkeitsanzeige an einen im Bestimmungsland wohnenden Dritten;

c) renvoi immédiat à l'expéditeur, par voie de surface ou par voie aérienne;

d) renvoi à l'expéditeur, par voie de surface ou par voie aérienne, à l'expiration d'un certain délai qui ne peut dépasser le délai de garde réglementaire dans le pays de destination;

e) livraison à un autre destinataire, au besoin après réexpédition, par voie de surface ou par voie aérienne (et sous réserve des particularités prévues à l'article 29, paragraphe 1, lettre c), chiffre 2°);

f) réexpédition, par voie de surface ou par voie aérienne, du colis aux fins de remise au destinataire primitif;

g) abandon du colis par l'expéditeur.

3. Les colis peuvent être renvoyés sans avis si l'expéditeur n'a pas donné d'instructions ou si celles-ci sont contradictoires.

4. Les Administrations ont la faculté de ne pas admettre les instructions visées au paragraphe 2, lettres a) et b), lorsque leur législation ou leur réglementation ne le permet pas.

c) sofortige Rücksendung an den Absender auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg;

d) Rücksendung auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg an den Absender nach Ablauf einer bestimmten Frist, die die nach den Vorschriften des Bestimmungslands zulässige Lagerfrist nicht überschreiten darf;

e) Auslieferung an einen anderen Empfänger, erforderlichenfalls nach Nachsendung auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg (vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen des Artikels 29 § 1 Buchstabe c Nr. 2);

f) Nachsendung auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg zur Auslieferung an den ursprünglichen Empfänger;

g) Preisgabe des Pakets durch den Absender.

3. Hat der Absender keine Vorausverfügungen getroffen, oder sind diese widersprüchlich, so können die Pakete ohne vorherige Ankündigung zurückgesandt werden.

4. Die Verwaltungen sind nicht verpflichtet, die in § 2 Buchstaben a und b aufgeführten Vorausverfügungen zuzulassen, wenn ihre Rechts- oder Dienstvorschriften dies nicht erlauben.

Section II

Conditions particulières d'admission

Article 24

Colis avec valeur déclarée

1. Les règles suivantes régissent la déclaration de valeur des colis avec valeur déclarée:

a) en ce qui concerne les Administrations postales:

1° faculté pour chaque Administration de limiter la déclaration de valeur, en ce qui la concerne, à un montant qui ne peut être inférieur à 3266,91 DTS ou au montant adopté dans son service intérieur s'il est inférieur à 3266,91 DTS;

2° obligation, dans les relations entre pays dont les Administrations ont adopté des limites différentes, d'observer, de part et d'autre, la limite la plus basse;

b) en ce qui concerne les expéditeurs:

1° interdiction de déclarer une valeur dépassant la valeur réelle du contenu du colis;

2° faculté de ne déclarer qu'une partie de la valeur réelle du contenu du colis.

2. Toute déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du colis est passible des poursuites judiciaires prévues par la législation du pays d'origine.

3. Un récépissé doit être délivré gratuitement, au moment du dépôt, à tout expéditeur d'un colis avec valeur déclarée.

Article 25

Colis francs de taxes et de droits

1. Un colis franc de taxes et de droits ne peut être accepté que si l'expéditeur s'engage à payer toute somme que le bureau de destination serait en droit de réclamer au destinataire ainsi que la taxe de commission prévue à l'article 11.

2. Le bureau d'origine peut exiger le versement d'arrhes suffisantes.

Abschnitt II

Besondere Zulassungsbedingungen

Artikel 24

Wertpakete

1. Für die Wertangabe bei Paketen gelten folgende Vorschriften:

a) für die Postverwaltungen:

1) jede Verwaltung kann die Wertangabe für ihren Bereich auf einen Betrag beschränken, der nicht niedriger als 3 266,91 SZR sein darf, oder auf den in ihrem Inlandsdienst geltenden Betrag, wenn dieser niedriger als 3 266,91 SZR ist;

2) im Verkehr zwischen Ländern, deren Verwaltungen unterschiedliche Höchstbeträge festgesetzt haben, darf jeweils der niedrigste Höchstbetrag nicht überschritten werden;

b) für die Absender:

1) es ist verboten, einen Wert anzugeben, der den tatsächlichen Wert des Paketinhalts übersteigt;

2) es ist zulässig, nur einen Teil des tatsächlichen Werts des Paketinhalts anzugeben.

2. Jede betrügerische Wertangabe, die den tatsächlichen Wert des Pakets übersteigt, unterliegt der gerichtlichen Verfolgung nach den Rechtsvorschriften des Einlieferungslandes.

3. Dem Absender eines Wertpakets ist bei der Einlieferung unentgeltlich eine Einlieferungsbescheinigung auszuhändigen.

Artikel 25

Gebühren- und abgabenfrei auszuliefernde Pakete

1. Ein gebühren- und abgabenfrei auszuliefernes Paket darf nur angenommen werden, wenn der Absender sich verpflichtet, jeden Betrag, den das Bestimmungsamt vom Empfänger zu fordern berechtigt wäre, sowie die Gebührenzettelgebühr nach Artikel 11 zu bezahlen.

2. Das Einlieferungsamt kann eine ausreichende Vorauszahlung verlangen.

Chapitre II

Conditions de livraison et de réexpédition

Section I

Livraison

Article 26

Règles générales de livraison. Délais de garde

1. D'une façon générale, les colis sont livrés aux destinataires dans le plus bref délai et conformément aux dispositions en vigueur dans le pays de destination. Lorsque les colis ne sont pas livrés à domicile, les destinataires doivent, sauf impossibilité, être avisés sans retard de leur arrivée.

2. Tout colis dont l'arrivée a été notifiée au destinataire est gardé à sa disposition quinze jours ou, au plus, un mois à compter du lendemain de l'expédition de l'avis; ce délai peut être exceptionnellement porté à deux mois si la réglementation de l'Administration de destination le permet. Le délai de garde prévu dans ce paragraphe est renouvelé si l'expéditeur a demandé, selon l'article 29, paragraphe 1, lettres a), c), chiffre 2°, et d), que le destinataire soit avisé une nouvelle fois.

3. Lorsque l'arrivée du colis n'a pu être notifiée au destinataire, le délai de garde est celui que prescrit la réglementation du pays de destination; ce délai, applicable aussi aux colis adressés poste restante, commence à courir le lendemain du jour à partir duquel le colis est tenu à la disposition du destinataire et ne peut, en règle générale, dépasser deux mois; le renvoi du colis à l'expéditeur doit avoir lieu dans un délai plus court si celui-ci l'a demandé dans une langue connue dans le pays de destination.

4. Les délais de garde prévus aux paragraphes 2 et 3 sont applicables, en cas de réexpédition, aux colis à distribuer par le nouveau bureau de destination.

Article 27

Livraison des colis exprès

1. La livraison, par porteur spécial, d'un colis exprès ou de l'avis d'arrivée n'est essayée qu'une fois.

2. Si l'essai est infructueux, le colis cesse d'être considéré comme exprès.

Article 28

Avis de réception

L'expéditeur d'un colis peut demander un avis de réception dans les conditions fixées à l'article 55 de la Convention. Toutefois, les Administrations peuvent limiter ce service aux colis avec valeur déclarée si cette limitation est prévue dans leur régime intérieur.

Article 29

Non-livraison au destinataire

1. Après réception de l'avis de non-livraison visé à l'article 23, paragraphe 2, lettres a) et b), il incombe à l'expéditeur ou au tiers y mentionné de donner ses instructions qui peuvent uniquement être celles qu'autorise ledit article, paragraphe 2, lettres c) à g), et, en outre, l'une des suivantes:

a) aviser une nouvelle fois le destinataire;

b) rectifier ou compléter l'adresse;

Kapitel II

Auslieferungs-, Nach- und Rücksendungsbedingungen

Abschnitt I

Auslieferung

Artikel 26

Allgemeine Auslieferungsbestimmungen. Lagerfristen

1. Pakete werden im allgemeinen den Empfängern in kürzester Frist und nach den im Bestimmungsland geltenden Vorschriften ausgeliefert. Werden Pakete nicht in die Wohnung zugestellt, so müssen die Empfänger, sofern dies nicht unmöglich ist, unverzüglich vom Eingang benachrichtigt werden.

2. Jedes Paket, von dessen Eingang der Empfänger benachrichtigt worden ist, wird vierzehn Tage oder höchstens einen Monat, von dem auf den Tag der Absendung der Benachrichtigung folgenden Tag an gerechnet, für ihn bereitgehalten; diese Frist kann ausnahmsweise auf zwei Monate verlängert werden, wenn es die Vorschriften der Bestimmungsverwaltung erlauben. Die Lagerfrist nach diesem Absatz beginnt von neuem, wenn der Absender nach Artikel 29 § 1 Buchstaben a, c Nr. 2 und Buchstabe d verlangt hat, daß der Empfänger noch einmal benachrichtigt wird.

3. Konnte der Eingang des Pakets dem Empfänger nicht mitgeteilt werden, so gilt die nach den Inlandsvorschriften des Bestimmungslandes vorgeschriebene Lagerfrist; diese auch auf postlagernde Pakete anzuwendende Frist beginnt am Tag nach dem Tag, von dem ab das Paket für den Empfänger bereitgehalten wird, und darf im allgemeinen zwei Monate nicht überschreiten; das Paket muß früher an den Absender zurückgesandt werden, wenn dieser dies in einer im Bestimmungsland bekannten Sprache verlangt hat.

4. Die Lagerfristen nach den §§ 2 und 3 gelten auch für nachgesandte Pakete, die das neue Bestimmungsamt zuzustellen hat.

Artikel 27

Auslieferung von Paketen mit Eilzustellung

1. Die Auslieferung eines Pakets mit Eilzustellung oder der Benachrichtigung vom Eingang des Pakets durch besonderen Boten wird nur einmal versucht.

2. Ist der Versuch erfolglos, gilt das Paket nicht mehr als Paket mit Eilzustellung.

Artikel 28

Rückschein

Der Absender eines Pakets kann unter den in Artikel 55 des Weltpostvertrags festgelegten Bedingungen einen Rückschein verlangen. Die Verwaltungen können jedoch diesen Dienst auf Wertpakete beschränken, wenn eine solche Beschränkung in ihrem Inlandsdienst vorgesehen ist.

Artikel 29

Unzustellbarkeit

1. Nach dem Empfang der Unzustellbarkeitsanzeige nach Artikel 23 § 2 Buchstaben a und b hat der Absender oder der dort genannte Dritte seine Verfügungen zu treffen, wobei jedoch nur die in § 2 Buchstaben c bis g des genannten Artikels vorgesehenen Möglichkeiten zugelassen sind; außerdem ist noch eine der folgenden Verfügungen zulässig:

a) nochmalige Benachrichtigung des Empfängers;

b) Berichtigung oder Ergänzung der Aufschrift;

c) s'il s'agit d'un colis contre remboursement:

1° le remettre à une personne autre que le destinataire contre remboursement de la somme indiquée;

2° le remettre au destinataire primitif ou à un autre destinataire, sans remboursement ou contre remboursement d'une somme inférieure à la somme primitive;

d) remettre le colis franc de taxes et de droits soit au destinataire primitif, soit à un autre destinataire.

2. L'envoi des instructions visées au paragraphe 1 peut donner lieu à la perception, soit sur l'expéditeur, soit sur le tiers, de la taxe visée à l'article 14, lettre f); quand l'avis concerne plusieurs colis déposés simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire, cette taxe n'est perçue qu'une fois. En cas de transmission par la voie télégraphique ou par tout autre moyen de télécommunication approprié, la taxe correspondante s'y ajoute.

3. Tant qu'elle n'a pas reçu d'instructions de l'expéditeur ou du tiers, l'Administration de destination est autorisée à livrer le colis au destinataire primitivement désigné, soit, le cas échéant, à un autre destinataire ultérieurement désigné, soit à réexpédier le colis à une nouvelle adresse. Après réception des nouvelles instructions, celles-ci seules sont valables et exécutoires.

Article 30

Renvoi à l'expéditeur des colis non livrés

1. Tout colis qui n'a pu être livré est renvoyé au pays du domicile de l'expéditeur:

a) immédiatement si:

1° l'expéditeur l'a demandé par application de l'article 23, paragraphe 2, lettre c);

2° l'expéditeur (ou le tiers visé à l'article 23, paragraphe 2, lettre b)) a formulé une demande non autorisée;

3° l'expéditeur ou le tiers refuse d'acquitter la taxe autorisée par l'article 29, paragraphe 2;

4° les instructions de l'expéditeur ou du tiers n'ont pas atteint le résultat voulu, que ces instructions aient été données au moment du dépôt ou après réception de l'avis de non-livraison;

b) immédiatement après l'expiration:

1° du délai éventuellement fixé par l'expéditeur par application de l'article 23, paragraphe 2, lettre d);

2° des délais de garde prévus à l'article 26, si l'expéditeur ne s'est pas conformé à l'article 23. Toutefois, dans ce cas, des instructions peuvent lui être demandées;

3° d'un délai de deux mois à compter de l'expédition de l'avis de non-livraison, si le bureau qui a établi cet avis n'a pas reçu d'instructions suffisantes de l'expéditeur ou du tiers, ou si ces instructions ne sont pas parvenues à ce bureau.

2. Un colis est renvoyé par la voie utilisée normalement pour l'expédition des dépêches. Il ne peut être renvoyé par avion que si l'expéditeur a garanti le paiement des surtaxes aériennes.

3. Tout colis renvoyé à l'expéditeur par application du présent article est soumis:

a) aux quotes-parts que comporte la nouvelle transmission;

b) aux taxes et droits non annulés dont l'Administration de destination se trouve à découvert au moment du renvoi à l'expédi-

c) wenn es sich um ein Nachnahmepaket handelt:

1) Auslieferung an eine andere Person als den Empfänger unter Einziehung des angegebenen Betrags;

2) Auslieferung an den ursprünglichen oder einen anderen Empfänger ohne Einziehung des Nachnahmebetrags oder gegen Einziehung eines geringeren als des ursprünglich angegebenen Betrags;

d) gebühren- und abgabenfreie Auslieferung des Pakets an den ursprünglichen oder einen anderen Empfänger.

2. Für die Übersendung der Verfügungen nach § 1 kann die Gebühr nach Artikel 14 Buchstabe f vom Absender oder von dem Dritten erhoben werden; betrifft die Unzustellbarkeitsanzeige mehrere vom selben Absender gleichzeitig beim selben Postamt an die Anschrift desselben Empfängers eingelieferte Pakete, so wird diese Gebühr nur einmal erhoben. Bei telegrafischer Übermittlung oder Übermittlung mittels eines anderen geeigneten Fernmeldedienstes kommt die entsprechende Gebühr hinzu.

3. Solange sie vom Absender oder von dem Dritten keine Verfügungen erhalten hat, kann die Bestimmungsverwaltung das Paket dem ursprünglich bezeichneten Empfänger oder gegebenenfalls einem anderen nachträglich bezeichneten Empfänger ausliefern oder das Paket an eine neue Anschrift nachsenden. Nach Eingang der neuen Verfügungen sind nur noch diese gültig und auszuführen.

Artikel 30

Rücksendung unzustellbarer Pakete an den Absender

1. Jedes unzustellbare Paket wird in das Land zurückgesandt, in dem der Absender wohnt, und zwar:

a) unverzüglich, wenn

1) der Absender dies nach Artikel 23 § 2 Buchstabe c verlangt hat;

2) der Absender (oder der in Artikel 23 § 2 Buchstabe b genannte Dritte) eine unzulässige Verfügung getroffen hat;

3) der Absender oder der Dritte sich weigert, die Gebühr nach Artikel 29 § 2 zu bezahlen;

4) die Verfügungen des Absenders oder des Dritten nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben, unabhängig davon, ob diese Verfügungen bei Einlieferung des Pakets oder nach Empfang der Unzustellbarkeitsanzeige getroffen worden sind;

b) unverzüglich nach Ablauf

1) der gegebenenfalls vom Absender nach Artikel 23 § 2 Buchstabe d gesetzten Frist;

2) der Lagerfristen nach Artikel 26, wenn der Absender Artikel 23 nicht beachtet hat. In diesem Fall können jedoch Verfügungen von ihm eingeholt werden;

3) einer Frist von zwei Monaten, vom Tag der Absendung der Unzustellbarkeitsanzeige an gerechnet, wenn das Amt, von dem diese Anzeige ausgegangen ist, keine ausreichenden Verfügungen des Absenders oder des Dritten erhalten hat, oder wenn diese Verfügungen bei dem betreffenden Amt nicht eingegangen sind.

2. Ein Paket wird auf dem gleichen Weg zurückgesandt, der normalerweise für die Beförderung der eigenen Kartenschlüsse benutzt wird. Mit Luftpost darf es nur dann zurückgesandt werden, wenn der Absender die Zahlung der Luftpostzuschläge zugesichert hat.

3. Jedes aufgrund dieses Artikels an den Absender zurückgesandte Paket unterliegt

a) den Vergütungsanteilen für die erneute Beförderung;

b) den nicht niedergeschlagenen Gebühren und Abgaben, die bei der Bestimmungsverwaltung zum Zeitpunkt der Rücksen-

teur, sous réserve des articles 10, paragraphe 2, dernière phrase, et 15, paragraphe 1, tableau, colonne 3, lettres e), i) et j).

4. Ces quotes-parts, taxes et droits sont perçus sur l'expéditeur.

5. Les colis renvoyés à l'expéditeur et qui ne peuvent lui être livrés sont traités par l'Administration concernée selon sa propre législation.

Article 31

Abandon par l'expéditeur d'un colis non livré

Si l'expéditeur a fait abandon d'un colis qui n'a pu être livré au destinataire, ce colis est traité par l'Administration de destination selon sa propre législation.

Section II

Réexpédition

Article 32

Réexpédition par suite de changement de résidence du destinataire ou par suite de modification ou de correction d'adresse

1. La réexpédition par suite de changement de résidence du destinataire ou par suite de modification ou de correction d'adresse effectuée en application de l'article 38 peut avoir lieu soit à l'intérieur du pays de destination, soit hors de ce pays.

2. La réexpédition à l'intérieur du pays de destination peut être faite soit à la demande de l'expéditeur, soit à la demande du destinataire ou d'office si la réglementation de ce pays le permet.

3. La réexpédition hors du pays de destination ne peut être faite qu'à la demande de l'expéditeur ou du destinataire; dans ce cas, le colis doit répondre aux conditions requises pour la nouvelle transmission.

4. La réexpédition dans les conditions ci-dessus énoncées peut aussi avoir lieu par la voie aérienne si elle est demandée par l'expéditeur ou par le destinataire, à condition que le paiement des surtaxes aériennes afférentes à la nouvelle transmission soit garanti.

5. L'expéditeur peut interdire toute réexpédition.

6. Pour la première réexpédition ou pour toute réexpédition éventuelle ultérieure de chaque colis, peuvent être perçus:

a) les taxes autorisées pour cette réexpédition par la réglementation de l'Administration intéressée, dans le cas de réexpédition à l'intérieur du pays de destination;

b) les quotes-parts et surtaxes aériennes que comporte la nouvelle transmission, dans le cas de réexpédition hors du pays de destination;

c) les taxes et droits dont les Administrations de destination antérieures n'acceptent pas l'annulation, sous réserve des articles 10, paragraphe 2, dernière phrase, et 15, paragraphe 1, tableau, colonne 3, lettres e), i) et j).

7. Les quotes-parts, taxes et droits mentionnés au paragraphe 6 sont perçus sur le destinataire.

Article 33

Colis parvenus en fausse direction et à réexpédier

1. Tout colis parvenu en fausse direction par suite d'une erreur imputable à l'expéditeur ou à l'Administration expéditrice est réexpédié sur sa véritable destination par la voie la plus directe utilisée par l'Administration à laquelle le colis est parvenu.

dung des Pakets an den Absender offenstehen, vorbehaltlich der Artikel 10 § 2 letzter Satz und 15 § 1 Übersicht Spalte 3 Buchstaben e, i und j.

4. Diese Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben werden vom Absender eingezogen.

5. Die betreffende Verwaltung behandelt die an den Absender zurückgesandten Pakete, die diesem nicht ausgeliefert werden können, nach ihren eigenen Rechtsvorschriften.

Artikel 31

Preisgabe eines unzustellbaren Pakets durch den Absender

Hat der Absender ein Paket preisgegeben, das dem Empfänger nicht ausgeliefert werden konnte, so behandelt die Bestimmungsverwaltung es nach ihren eigenen Rechtsvorschriften.

Abschnitt II

Nach- und Rücksendung

Artikel 32

Nachsendung bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers oder bei Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

1. Bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers oder bei Änderung oder Berichtigung der Aufschrift nach Artikel 38 kann ein Paket sowohl innerhalb des Bestimmungslandes als auch über dieses Land hinaus nachgesandt werden.

2. Innerhalb des Bestimmungslandes kann ein Paket auf Verlangen des Absenders, des Empfängers oder auch, wenn die Inlandsbestimmungen dieses Landes es zulassen, von Amts wegen nachgesandt werden.

3. Über das Bestimmungsland hinaus darf ein Paket nur auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers nachgesandt werden; in diesem Fall muß das Paket den Bedingungen für die neue Beförderung entsprechen.

4. Unter den vorgenannten Bedingungen können Pakete auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers auch auf dem Luftweg nachgesandt werden, wenn die Zahlung der Luftpostzuschläge für die Luftbeförderung auf der neuen Beförderungsstrecke gewährleistet ist.

5. Der Absender kann jegliche Nachsendung untersagen.

6. Für die erste oder jede eventuelle weitere Nachsendung eines Pakets können erhoben werden;

a) bei Nachsendung innerhalb des Bestimmungslandes die nach den Vorschriften der betreffenden Verwaltung für diese Nachsendung zulässigen Gebühren;

b) bei Nachsendung über das Bestimmungsland hinaus die Vergütungsanteile und Luftpostzuschläge für die neue Beförderung;

c) die von den vorhergehenden Bestimmungsverwaltungen nicht niedergeschlagenen Gebühren und Abgaben, vorbehaltlich der Artikel 10 § 2 letzter Satz und 15 § 1 Übersicht Spalte 3 Buchstaben e, i und j.

7. Die Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben nach § 6 werden vom Empfänger erhoben.

Artikel 33

Weiterleitung fehlgeleiteter Pakete

1. Jedes durch ein Versehen des Absenders oder der Absenderverwaltung fehlgeleitete Paket wird von der Verwaltung, der es zugegangen ist, auf dem kürzesten von ihr selbst benutzten Leitweg nach dem richtigen Bestimmungsort weitergeleitet.

2. Tout colis-avion parvenu en fausse direction doit obligatoirement être réexpédié par la voie aérienne.

3. Tout colis réexpédié par application du présent article est assujetti aux quotes-parts que comporte la transmission sur sa véritable destination et aux taxes et droits mentionnés à l'article 32, paragraphe 6, lettre c).

4. Ces quotes-parts, taxes et droits sont repris sur l'Administration dont dépend le bureau d'échange qui a transmis le colis en fausse direction. Cette Administration les perçoit, le cas échéant, sur l'expéditeur.

Article 34

Renvoi à l'expéditeur des colis acceptés à tort

1. Tout colis accepté à tort et renvoyé à l'expéditeur est soumis aux quotes-parts, taxes et droits prévus à l'article 30, paragraphe 3.

2. Ces quotes-parts, taxes et droits sont à la charge:

a) de l'expéditeur, si le colis a été admis à tort par suite d'une erreur de ce dernier ou s'il tombe sous le coup d'une des interdictions de l'article 20;

b) de l'Administration responsable de l'erreur, si le colis a été admis à tort par suite d'une erreur imputable au service postal. Dans ce cas, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées.

3. Si les quotes-parts qui ont été attribuées à l'Administration qui renvoie le colis sont insuffisantes pour couvrir les quotes-parts, taxes et droits visés au paragraphe 1, les frais restant dus sont repris sur l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur.

4. S'il y a excédent, l'Administration qui renvoie le colis restitue à l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur le solde des quotes-parts pour remboursement à celui-ci.

Article 35

Renvoi à l'expéditeur par suite de suspension de service

Le renvoi d'un colis à l'expéditeur par suite d'une suspension de service est gratuit; les quotes-parts perçues pour le trajet de l'aller et non attribuées sont créditées à l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur pour remboursement à celui-ci.

Chapitre III

Dispositions particulières

Article 36

Inobservation par une Administration des instructions données

1. Lorsque l'Administration de destination ou une Administration intermédiaire n'a pas observé les instructions données soit au moment du dépôt, soit postérieurement, elle est tenue de prendre à sa charge les parts de transport (aller et retour) et les autres taxes ou droits éventuels dont l'annulation n'a pas eu lieu; toutefois, les frais payés à l'aller restent à la charge de l'expéditeur si celui-ci, lors du dépôt ou postérieurement, a déclaré que, en cas de non-livraison, il faisait abandon du colis.

2. L'Administration du pays du domicile de l'expéditeur est autorisée à mettre en compte d'office les frais mentionnés au paragraphe 1 à l'Administration qui n'a pas observé les instructions données et qui, régulièrement saisie du cas, a laissé s'écouler trois mois à compter du jour auquel elle a été informée sans

2. Jedes fehlgeleitete Luftpostpaket muß auf dem Luftweg weitergeleitet werden.

3. Jedes nach diesem Artikel weitergeleitete Paket unterliegt den Vergütungsanteilen für die Weiterbeförderung nach seinem richtigen Bestimmungsort sowie den Gebühren und Abgaben nach Artikel 32 § 6 Buchstabe c.

4. Diese Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben werden der Verwaltung in Rechnung gestellt, deren Auswechslungsamt das Paket fehlgeleitet hat. Diese Verwaltung erhebt sie gegebenenfalls vom Absender.

Artikel 34

Rücksendung zu Unrecht angenommener Pakete an den Absender

1. Jedes zu Unrecht angenommene und an den Absender zurückgesandte Paket unterliegt den Vergütungsanteilen, Gebühren und Abgaben nach Artikel 30 § 3.

2. Diese Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben gehen zu Lasten:

a) des Absenders, wenn das Paket infolge seines Versehens zu Unrecht angenommen worden ist oder wenn es unter eines der Verbote nach Artikel 20 fällt;

b) der Verwaltung, in deren Bereich das Paket infolge eines Dienstversehens zu Unrecht angenommen worden ist und die für dieses Versehen haftet. In diesem Fall hat der Absender Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren.

3. Reichen die der Rücksendeverwaltung zugeteilten Vergütungsanteile nicht aus, um die Vergütungsanteile, Gebühren und Abgaben nach § 1 zu decken, so werden die restlichen Kosten der Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, in Rechnung gestellt.

4. Ergibt sich ein Überschuß, so erstattet die Rücksendeverwaltung der Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, den Unterschiedsbetrag der Vergütunganteile zur Rückzahlung an den Absender.

Artikel 35

Rücksendung an den Absender infolge Einstellung des Dienstes

Die Rücksendung eines Pakets an den Absender infolge Einstellung des Dienstes ist unentgeltlich; die für den Hinweg erhobenen, aber noch nicht zugeteilten Vergütungsanteile werden der Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, zur Erstattung an den Absender gutgeschrieben.

Kapitel III

Besondere Bestimmungen

Artikel 36

Nichtbeachtung der vom Absender getroffenen Verfügungen durch eine Verwaltung

1. Hat die Bestimmungs- oder eine Zwischenverwaltung die vom Absender bei der Einlieferung oder nachträglich getroffenen Verfügungen nicht beachtet, so hat sie die Beförderungskosten (Hin- und Rückweg) und die eventuellen anderen nicht niedergeschlagenen Gebühren und Abgaben zu tragen; die für den Hinweg gezahlten Kosten gehen jedoch zu Lasten des Absenders, wenn dieser bei Einlieferung oder nachträglich die Preisgabe des Pakets im Fall der Unzustellbarkeit verfügt hat.

2. Die Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, ist berechtigt, diejenige Verwaltung von Amts wegen mit den in § 1 genannten Kosten zu belasten, die die getroffenen Verfügungen nicht beachtet hat und von dem Tag ab gerechnet, an dem sie unterrichtet wurde, drei Monate hat verstreichen lassen, ohne die

donner de solution définitive à l'affaire ou sans avoir porté à la connaissance de l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur que l'inobservation paraissait due à un cas de force majeure ou que le colis avait été retenu, saisi ou confisqué en vertu de la réglementation intérieure du pays de destination.

Article 37

Colis contenant des objets dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre

Les objets contenus dans un colis et dont la détérioration ou la corruption prochaines sont à craindre peuvent seuls être vendus immédiatement, même en route, à l'aller ou au retour, sans avis préalable et sans formalité judiciaire, au profit de qui de droit; si, pour une cause quelconque, la vente est impossible, les objets détériorés ou corrompus sont détruits.

Article 38

Retrait. Modification ou correction d'adresse

1. L'expéditeur d'un colis peut, dans les conditions fixées à l'article 38 de la Convention, en demander le retour ou en faire modifier l'adresse, sous réserve de garantir le paiement des sommes exigibles pour toutes nouvelles transmissions, en vertu des articles 30, paragraphe 3, et 32, paragraphe 6.

2. Toutefois, les Administrations ont la faculté de ne pas admettre les demandes visées au paragraphe 1 lorsqu'elles ne les acceptent pas dans leur régime intérieur.

Article 39

Réclamations

1. Chaque Administration est tenue d'accepter les réclamations concernant tout colis déposé dans les services des autres Administrations.

2. Les réclamations des usagers ne sont admises que dans le délai d'un an à compter du lendemain du jour de dépôt du colis.

3. Sauf si l'expéditeur a entièrement acquitté la taxe d'avis de réception prévue à l'article 14, lettre k), chaque réclamation donne lieu à la perception d'une «taxe de réclamation» au taux fixé à l'article 15, lettre m).

4. Les colis ordinaires et les colis avec valeur déclarée doivent faire l'objet de réclamations distinctes. Si la réclamation concerne plusieurs colis de la même catégorie déposés simultanément au même bureau par le même expéditeur à l'adresse du même destinataire et expédiés par la même voie, la taxe n'est perçue qu'une fois.

5. La taxe pour réclamation est restituée si la réclamation est motivée par une faute de service.

Titre III

Responsabilité

Article 40

Principe et étendue de la responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales répondent de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des colis, sauf dans les cas prévus à l'article 41. Leur responsabilité est engagée tant pour les colis transportés à découvert que pour ceux qui sont acheminés en dépêches closes.

2. Les Administrations peuvent s'engager à couvrir aussi les risques pouvant découler d'un cas de force majeure. Elles sont

ordnungsgemäß bei ihr anhängig gemachte Angelegenheit endgültig zu erledigen oder ohne die Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, davon zu verständigen, daß die Nichtbeachtung auf höherer Gewalt zu beruhen schien, oder daß das Paket aufgrund der Inlandsvorschriften des Bestimmungslandes zurückgehalten, gepfändet oder beschlagnahmt worden ist.

Artikel 37

Pakete mit Gegenständen, die zu verderben oder zu verfaulen drohen

In einem Paket enthaltene Gegenstände, die zu verderben oder zu verfaulen drohen, können ohne vorherige Benachrichtigung und ohne rechtliche Formalitäten, auch während der Beförderung auf dem Hin- und Rückweg, zugunsten des Berechtigten sofort verkauft werden; ist ein Verkauf aus irgendeinem Grund nicht möglich, so werden die verdorbenen oder verfaulten Gegenstände vernichtet.

Artikel 38

Zurückziehung. Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

1. Der Absender kann unter den in Artikel 38 des Weltpostvertrags festgelegten Bedingungen ein Paket zurückziehen oder seine Aufschrift ändern lassen, wenn die Zahlung der für jede neue Beförderung nach Artikel 30 § 3 und Artikel 32 § 6 fälligen Beträge gewährleistet ist.

2. Die Verwaltungen können jedoch die Anträge nach § 1 ablehnen, wenn sie diese in ihrem Inlandsdienst nicht zulassen.

Artikel 39

Nachforschungsanträge

1. Jede Verwaltung ist verpflichtet, Nachforschungsanträge entgegenzunehmen, die sich auf bei anderen Verwaltungen eingelieferte Pakete beziehen.

2. Nachforschungsanträge von Postbenutzern sind nur innerhalb eines Jahres, vom Tag nach der Einlieferung des Pakets an gerechnet, zulässig.

3. Für jeden Nachforschungsantrag wird eine Nachforschungsgebühr in Höhe der Gebühr nach Artikel 15 Buchstabe m erhoben, sofern der Absender nicht bereits die Rückscheingebühr nach Artikel 14 Buchstabe k voll entrichtet hat.

4. Für gewöhnliche Pakete und Wertpakete sind getrennte Nachforschungsanträge zu stellen. Betrifft der Nachforschungsantrag mehrere Pakete gleicher Art, die vom selben Absender gleichzeitig beim selben Postamt an die Anschrift desselben Empfängers eingeliefert und auf demselben Leitweg befördert worden sind, so wird die Gebühr nur einmal erhoben.

5. Die Nachforschungsgebühr wird erstattet, wenn der Nachforschungsantrag durch ein Dienstversehen verursacht worden ist.

Titel III

Haftung

Artikel 40

Grundsatz und Umfang der Haftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen haften für Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Paketen außer in den in Artikel 41 vorgesehenen Fällen. Ihre Haftung erstreckt sich sowohl auf Pakete des offenen Durchgangs als auch auf solche, die in Kartenschlüssen befördert werden.

2. Die Verwaltungen können sich verpflichten, auch im Falle höherer Gewalt zu haften. Sie haften dann den Absendern gegen-

alors responsables, envers les expéditeurs des colis déposés dans leur pays, des pertes, spoliations ou avaries dues à un cas de force majeure qui surviennent durant le parcours tout entier des colis, y compris éventuellement le parcours de réexpédition ou de renvoi à l'expéditeur.

3. L'expéditeur a droit à une indemnité correspondant, en principe, au montant réel de la perte, de la spoliation ou de l'avarie; les dommages indirects ou les bénéfices non réalisés ne sont pas pris en considération. Cependant, cette indemnité ne peut en aucun cas dépasser:

a) pour les colis avec valeur déclarée, le montant en DTS de la valeur déclarée; en cas de réexpédition ou de renvoi à l'expéditeur par voie de surface d'un colis-avion avec valeur déclarée, la responsabilité est limitée, pour le second parcours, à celle qui est appliquée aux colis acheminés par cette voie. Toutefois, les Administrations d'origine peuvent prendre à leur charge le dommage non couvert lors du second parcours;

b) pour les autres colis, les montants ci-après:

44,10 DTS par colis jusqu'à 5 kilogrammes;

65,34 DTS par colis au-dessus de 5 jusqu'à 10 kilogrammes;

88,21 DTS par colis au-dessus de 10 jusqu'à 15 kilogrammes;

111,07 DTS par colis au-dessus de 15 jusqu'à 20 kilogrammes;

au-dessus de 20 kilogrammes, 22,87 DTS par colis et par coupure ou fraction de 5 kilogrammes.

4. Par dérogation au paragraphe 3, lettre b), les Administrations peuvent convenir d'appliquer dans leurs relations réciproques le montant maximal de 111,07 DTS par colis sans égard à son poids.

5. L'indemnité est calculée d'après le prix courant, converti en DTS, des marchandises de même nature, au lieu et à l'époque où le colis a été accepté au transport; à défaut de prix courant, l'indemnité est calculée d'après la valeur ordinaire de la marchandise évaluée sur les mêmes bases.

6. Lorsqu'une indemnité est due pour la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale d'un colis, l'expéditeur ou, par application du paragraphe 8, le destinataire a droit, en outre, à la restitution des taxes acquittées, à l'exception de la taxe d'assurance; il en est de même des envois refusés par les destinataires à cause de leur mauvais état, si celui-ci est imputable au service postal et engage sa responsabilité.

7. Lorsque la perte, la spoliation totale ou l'avarie totale résulte d'un cas de force majeure ne donnant pas lieu à indemnisation, l'expéditeur a droit à la restitution des taxes acquittées, à l'exception de la taxe d'assurance.

8. Par dérogation au paragraphe 3, le destinataire a droit à l'indemnité après avoir pris livraison d'un colis spolié ou avarié dans les cas prévus à l'article 41, paragraphe 1, lettres a) et b).

9. L'expéditeur a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 3 en faveur du destinataire. Inversement, le destinataire a la faculté de se désister de ses droits prévus au paragraphe 8 en faveur de l'expéditeur. L'expéditeur ou le destinataire peut autoriser une tierce personne à recevoir l'indemnité si la législation intérieure le permet.

10. L'Administration d'origine a la faculté de verser aux expéditeurs dans son pays, pour les colis sans valeur déclarée, les indemnités prévues par sa législation intérieure pour les envois du même genre, à condition que ces indemnités ne soient pas inférieures à celles qui sont fixées au paragraphe 3, lettre b). Il en est de même pour l'Administration de destination lorsque l'indem-

über für in ihrem Land eingelieferte Pakete im Falle höherer Gewalt für Verlust, Beraubungen oder Beschädigungen, die während des gesamten Beförderungswegs der Pakete eintreten, gegebenenfalls auch einschließlich des Beförderungswegs für die Nach- oder Rücksendung an den Absender.

3. Grundsätzlich hat der Absender Anspruch auf eine der tatsächlichen Höhe des Verlusts, der Beraubung oder der Beschädigung entsprechende Entschädigung; mittelbarer Schaden oder entgangener Gewinn bleiben außer Betracht. Jedoch darf diese Entschädigung keinesfalls übersteigen:

a) bei Wertpaketen den Betrag der Wertangabe in SZR; im Fall der Nach- oder Rücksendung eines Luftpostwertpakets auf dem Land- und Seeweg ist die Haftung für die zweite Beförderungsstrecke auf den Höchstbetrag beschränkt, der für die auf diesem Leitweg beförderten Pakete gilt. Jedoch können die Einlieferungsverwaltungen den auf der zweiten Beförderungsstrecke nicht gedeckten Schaden übernehmen.

b) bei den übrigen Paketen die nachstehend aufgeführten Beträge:

44,10 SZR für ein Paket bis 5 kg

65,34 SZR für ein Paket über 5 bis 10 kg

88,21 SZR für ein Paket über 10 bis 15 kg

111,07 SZR für ein Paket über 15 bis 20 kg

über 20 kg 22,87 SZR je Paket und je 5 kg oder einen Teil davon.

4. Abweichend von § 3 Buchstabe b können die Verwaltungen vereinbaren, in ihren gegenseitigen Beziehungen den Höchstbetrag je Paket ohne Rücksicht auf das Gewicht auf 111,07 SZR festzusetzen.

5. Die Entschädigung wird nach dem in SZR umgerechneten handelsüblichen Preis für Waren gleicher Art am Ort und zur Zeit der Annahme des Pakets zur Beförderung berechnet; in Ermangelung eines handelsüblichen Preises wird die Entschädigung nach dem auf derselben Grundlage geschätzten gewöhnlichen Wert der Ware berechnet.

6. Ist eine Entschädigung für den Verlust, die vollständige Beraubung oder die vollständige Beschädigung eines Pakets zu zahlen, so hat der Absender oder, in Anwendung des § 8, der Empfänger außerdem Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren mit Ausnahme der Wertgebühr; das gilt auch für Sendungen, deren Annahme der Empfänger wegen ihres schlechten Zustands verweigert hat, sofern dieser durch die Post verursacht ist und sie dafür zu haften hat.

7. Ist der Verlust, die vollständige Beraubung oder vollständige Beschädigung auf höhere Gewalt zurückzuführen und daher keine Entschädigung zu zahlen, so hat der Absender gleichwohl Anspruch auf Erstattung der entrichteten Gebühren mit Ausnahme der Wertgebühr.

8. Abweichend von § 3 hat der Empfänger nach Auslieferung eines beraubten oder beschädigten Pakets in den in Artikel 41 § 1 Buchstaben a und b vorgesehenen Fällen Anspruch auf Entschädigung.

9. Der Absender kann seine Ansprüche nach § 3 an den Empfänger abtreten. Umgekehrt kann der Empfänger seine Ansprüche nach § 8 an den Absender abtreten. Der Absender oder der Empfänger kann einen Dritten zur Entgegennahme der Entschädigung bevollmächtigen, wenn die nationalen Rechtsvorschriften dies erlauben.

10. Die Einlieferungsverwaltung kann den Absendern in ihrem Land für Pakete ohne Wertangabe die Entschädigungen zahlen, die die Rechtsvorschriften ihres Landes für Sendungen der gleichen Art vorsehen, vorausgesetzt, daß diese Entschädigungen nicht niedriger sind als die Entschädigungen nach § 3 Buchstabe b. Dasselbe gilt für die Bestimmungsverwaltung, wenn die Ent-

nité est payée au destinataire en vertu du paragraphe 8. Les montants fixés au paragraphe 3, lettre b), restent cependant applicables:

1° en cas de recours contre l'Administration responsable;

2° si l'expéditeur se désiste de ses droits en faveur du destinataire ou inversement.

Article 41

Non-responsabilité des Administrations postales

1. Les Administrations postales cessent d'être responsables des colis dont elles ont effectué la livraison soit dans les conditions prescrites par leur réglementation intérieure pour les envois de même nature, soit dans les conditions prévues à l'article 12, paragraphe 3, de la Convention; la responsabilité est toutefois maintenue:

a) lorsqu'une spoliation ou une avarie est constatée soit avant la livraison, soit lors de la livraison d'un colis ou lorsque, la réglementation intérieure le permettant, le destinataire, le cas échéant l'expéditeur en cas de renvoi à celui-ci, formule des réserves en prenant livraison d'un colis spolié ou avarié;

b) lorsque le destinataire, ou l'expéditeur en cas de renvoi à celui-ci, nonobstant décharge donnée régulièrement, déclare sans délai à l'Administration qui lui a livré le colis avoir constaté un dommage et administre la preuve que la spoliation ou l'avarie ne s'est pas produite après la livraison.

2. Les Administrations postales ne sont pas responsables:

1° de la perte, de la spoliation ou de l'avarie des colis:

a) en cas de force majeure. L'Administration dans le service de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu doit décider, suivant la législation de son pays, si cette perte, cette spoliation ou cette avarie est due à des circonstances constituant un cas de force majeure; celles-ci sont portées à la connaissance de l'Administration du pays d'origine si cette dernière le demande. Toutefois, la responsabilité subsiste à l'égard de l'Administration du pays expéditeur qui a accepté de couvrir les risques de force majeure (article 40, paragraphe 2);

b) lorsque, la preuve de leur responsabilité n'ayant pas été administrée autrement, elles ne peuvent rendre compte des colis par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure;

c) lorsque le dommage a été causé par la faute ou la négligence de l'expéditeur ou provient de la nature du contenu du colis;

d) lorsqu'il s'agit de colis qui ont fait l'objet d'une déclaration frauduleuse de valeur supérieure à la valeur réelle du contenu;

e) lorsque l'expéditeur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 39, paragraphe 2;

f) lorsqu'il s'agit de colis de prisonniers de guerre et d'internés civils;

2° des colis saisis en vertu de la législation du pays de destination;

3° des colis confisqués ou détruits par l'autorité compétente, lorsqu'il s'agit de colis dont le contenu tombe sous le coup des interdictions prévues à l'article 20, lettre a), chiffes 2°, 4° à 8°, et lettre b);

4° en matière de transport maritime ou aérien, lorsqu'elles ont fait connaître qu'elles n'étaient pas en mesure d'accepter la responsabilité des colis avec valeur déclarée à bord des navires ou des avions qu'elles utilisent; elles assument néanmoins, pour le transit de colis avec valeur déclarée en dépêches

schädigung dem Empfänger nach § 8 gezahlt wird. Die Beträge nach § 3 Buchstabe b sind jedoch anzuwenden:

1) bei Rückgriff auf die verantwortliche Verwaltung;

2) wenn der Absender seine Rechte an den Empfänger abtritt oder umgekehrt.

Artikel 41

Nichthaftung der Postverwaltungen

1. Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung für Pakete frei, die sie nach ihren Inlandsvorschriften für gleichartige Sendungen oder unter den in Artikel 12 § 3 des Weltpostvertrags vorgesehenen Bedingungen ausgeliefert haben; die Haftpflicht bleibt jedoch bestehen:

a) wenn eine Beraubung oder Beschädigung entweder vor oder bei Auslieferung eines Pakets festgestellt wird, oder wenn der Empfänger, bei Rücksendung gegebenenfalls der Absender, bei Auslieferung eines beraubten oder beschädigten Pakets Vorbehalte macht, sofern dies nach den Inlandsvorschriften zulässig ist;

b) wenn der Empfänger oder im Fall der Rücksendung der Absender die Sendung zwar unbeanstandet angenommen hat, danach aber der Verwaltung, die ihm das Paket ausgeliefert hat, unverzüglich erklärt, einen Schaden festgestellt zu haben, und beweist, daß die Sendung nicht nach der Auslieferung beraubt oder beschädigt worden ist.

2. Die Postverwaltungen haften nicht:

1) für Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Paketen:

a) im Fall höherer Gewalt. Die Verwaltung, in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eingetreten ist, muß nach den Rechtsvorschriften ihres Landes entscheiden, ob dieser Verlust, diese Beraubung oder Beschädigung auf Umstände zurückzuführen ist, die einen Fall höherer Gewalt darstellen; diese Umstände sind der Verwaltung des Einlieferungslandes zur Kenntnis zu bringen, sofern diese es verlangt. Die Haftpflicht bleibt jedoch für die Verwaltung des Absendelandes bestehen, die für Schäden aus höherer Gewalt haftet (Artikel 40 § 2);

b) wenn sie über den Verbleib der Pakete deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere durch höhere Gewalt vernichtet worden sind und der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;

c) wenn der Schaden durch schuldhaftes oder fahrlässiges Verhalten des Absenders oder durch die Beschaffenheit des Paketinhalts entstanden ist;

d) wenn es sich um Pakete handelt, für die in betrügerischer Weise ein höherer als der tatsächliche Wert des Inhalts angegeben worden ist;

e) wenn der Absender innerhalb der in Artikel 39 § 2 vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat;

f) wenn es sich um Kriegsgefangenen- und Zivilinternierten-pakete handelt;

2) für Pakete, die aufgrund der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden sind;

3) für Pakete, deren Inhalt unter die Verbote nach Artikel 20 Buchstabe a Nr. 2, 4 bis 8 sowie Buchstabe b fällt und die von der zuständigen Behörde beschlagnahmt oder vernichtet worden sind;

4) im Fall der Beförderung von Wertpaketen auf dem See- oder Luftweg, sofern sie bekanntgegeben haben, daß sie für Wertpakete, die mit den von ihnen benutzten Schiffen oder Flugzeugen befördert werden, keine Haftung übernehmen können; diese Verwaltungen haften jedoch für die Durchgangsbeförde-

closes, la responsabilité qui est prévue pour les colis de même poids sans valeur déclarée.

3. Les Administrations postales n'assument aucune responsabilité du chef des déclarations en douane, sous quelque forme que celles-ci soient faites, et des décisions prises par les services de la douane lors de la vérification des colis soumis au contrôle douanier.

rung von Wertpaketen in Kartenschlüssen im gleichen Umfang wie für Pakete gleichen Gewichts ohne Wertangabe.

3. Die Postverwaltungen haften nicht für Zollinhaltserklärungen, unabhängig von der Form, in der sie abgegeben werden, und auch nicht für die Entscheidungen, die die Zolldienststellen bei der Prüfung der zu verzollenden Pakete treffen.

Article 42

Responsabilité de l'expéditeur

1. L'expéditeur d'un colis est responsable dans les mêmes limites que les Administrations elles-mêmes de tous les dommages causés aux autres envois postaux par suite de l'expédition d'objets non admis au transport ou de la non-observation des conditions d'admission, pourvu qu'il n'y ait eu ni faute, ni négligence des Administrations ou des transporteurs.

2. L'acceptation par le bureau de dépôt d'un tel colis ne dégage pas l'expéditeur de sa responsabilité.

3. L'Administration qui constate un dommage dû à la faute de l'expéditeur en informe l'Administration d'origine, à laquelle il appartient d'intenter, le cas échéant, l'action contre l'expéditeur.

Artikel 42

Haftung des Absenders

1. Der Absender eines Pakets haftet für alle Schäden, die infolge der Versendung nicht zur Beförderung zugelassener Gegenstände oder wegen Nichtbeachtung der Zulassungsbedingungen an anderen Postsendungen entstehen, im gleichen Umfang wie die Postverwaltungen selbst, sofern kein schuldhaftes oder fahrlässiges Verhalten der Verwaltungen oder der Beförderungsunternehmen vorliegt.

2. Die Annahme eines solchen Pakets durch das Einlieferungsamt befreit den Absender nicht von seiner Haftpflicht.

3. Die Verwaltung, die einen auf ein schuldhaftes Verhalten des Absenders zurückzuführenden Schaden feststellt, teilt dies der Einlieferungsverwaltung mit, die gegebenenfalls gegen den Absender vorgehen muß.

Article 43

Détermination de la responsabilité entre les Administrations postales

1. Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration postale qui, ayant reçu le colis sans faire d'observation et étant mise en possession de tous les moyens réglementaires d'investigation, ne peut établir ni la livraison au destinataire, ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à une autre Administration.

2. Une Administration intermédiaire ou de destination est, jusqu'à preuve du contraire et sous réserve du paragraphe 4, dégagée de toute responsabilité:

a) lorsqu'elle a observé les dispositions relatives à la vérification des dépêches et des colis et à la constatation des irrégularités;

b) lorsqu'elle peut établir qu'elle n'a été saisie de la réclamation qu'après la destruction des documents de service relatifs au colis recherché, le délai de conservation réglementaire étant expiré; cette réserve ne porte pas atteinte aux droits du réclamant.

3. Lorsque la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une entreprise de transport aérien, l'Administration du pays qui perçoit les frais de transport selon l'article 88, paragraphe 1, de la Convention est tenue, sous réserve de l'article premier, paragraphe 6, de la Convention et du paragraphe 7 du présent article, de rembourser à l'Administration d'origine l'indemnité ainsi que les taxes et droits payés à l'expéditeur. Il lui appartient de recouvrer ces montants auprès de l'entreprise de transport aérien responsable. Si, en vertu de l'article 88, paragraphe 2, de la Convention, l'Administration d'origine règle les frais de transport directement à la compagnie aérienne, elle doit demander elle-même le remboursement de ces montants à cette compagnie.

4. Si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite en cours de transport, sans qu'il soit possible d'établir sur le territoire ou dans le service de quel pays le fait s'est accompli, les Administrations en cause supportent le dommage par parts égales; toutefois, lorsqu'il s'agit d'un colis ordinaire et que le montant de l'indemnité ne dépasse pas le montant fixé à l'article 40, paragraphe 3, lettre b), pour un colis jusqu'à 5 kg, cette somme est supportée, à parts égales, par les Administrations d'origine et de destination, à l'exclusion des Administrations intermédiaires. Si la spoliation ou l'avarie a été constatée dans le pays de destination ou, en cas de

Artikel 43

Feststellung der Haftung zwischen den Postverwaltungen

1. Bis zum Beweis des Gegenteils haftet die Postverwaltung, die, nachdem sie das Paket unbeanstandet übernommen hat und in den Besitz aller vorgeschriebenen Nachforschungsunterlagen gelangt ist, weder die Auslieferung an den Empfänger noch gegebenenfalls die ordnungsgemäße Weiterleitung an eine andere Verwaltung nachweisen kann.

2. Eine Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung ist bis zum Beweis des Gegenteils und vorbehaltlich des § 4 von jeder Haftung befreit:

a) wenn sie die Bestimmungen über die Prüfung der Kartenschlüsse und Pakete sowie über die Feststellung von Unregelmäßigkeiten beachtet hat;

b) wenn sie nachweisen kann, daß ihr der Nachforschungsantrag erst zugegangen ist, nachdem die das gesuchte Paket betreffenden Dienstpapiere wegen Ablaufs der vorgeschriebenen Aufbewahrungsfrist vernichtet worden waren; dieser Vorbehalt berührt die Rechte des Ersatzfordernden nicht.

3. Ist der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung im Bereich einer Luftverkehrsgesellschaft eingetreten, so muß die Verwaltung des Landes, das nach Artikel 88 § 1 des Weltpostvertrags die Beförderungskosten erhebt, vorbehaltlich des Artikels 1 § 2 des Weltpostvertrags und des § 7 dieses Artikels der Einlieferungsverwaltung die Entschädigung sowie die Gebühren und Abgaben erstatten, die diese an den Absender gezahlt hat. Sie muß diese Beträge bei der haftpflichtigen Luftverkehrsgesellschaft wieder einziehen. Zahlt aufgrund des Artikels 88 § 2 des Weltpostvertrags die Einlieferungsverwaltung die Beförderungskosten unmittelbar an die Luftverkehrsgesellschaft, so muß sie selbst diese Beträge von dieser Gesellschaft zurückfordern.

4. Ist der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung während der Beförderung eingetreten, ohne daß festgestellt werden kann, auf dem Gebiet oder im Dienstbereich welchen Landes sich der Vorfall ereignet hat, so tragen die beteiligten Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen; handelt es sich jedoch um ein gewöhnliches Paket und übersteigt die Entschädigung nicht den in Artikel 40 § 3 Buchstabe b für Pakete bis 5 kg festgelegten Betrag, so wird diese zu gleichen Teilen von der Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltung unter Ausschluß der Durchgangsverwaltungen getragen. Wurde die Beraubung oder Beschä-

renvoi à l'expéditeur, dans le pays de son domicile, il incombe à l'Administration de ce pays de prouver:

a) que ni l'emballage, ni la fermeture du colis ne portaient des traces apparentes de spoliation ou d'avarie;

b) que, dans le cas de colis avec valeur déclarée, le poids constaté lors du dépôt n'a pas varié;

c) que, pour les colis transmis en récipients clos, ceux-ci étaient intacts, de même que leur fermeture.

Lorsque pareille preuve a été faite par l'Administration de destination ou, le cas échéant, par l'Administration du pays du domicile de l'expéditeur, aucune des autres Administrations en cause ne peut décliner sa part de responsabilité en invoquant le fait qu'elle a livré le colis sans que l'Administration suivante ait formulé d'objections.

5. Dans le cas d'envois transmis en nombre, en application de l'article 54, paragraphes 2 et 3, aucune des Administrations en cause ne peut, dans le dessein de décliner sa part de responsabilité, arguer du fait que le nombre des colis trouvés dans la dépêche diffère de celui qui est annoncé sur la feuille de route.

6. Toujours dans le cas de transmission globale, les Administrations intéressées peuvent s'entendre pour que la responsabilité soit partagée en cas de perte, de spoliation ou d'avarie de certaines catégories de colis déterminées d'un commun accord.

7. En ce qui concerne les colis avec valeur déclarée, la responsabilité d'une Administration à l'égard des autres Administrations n'est en aucun cas engagée au-delà du maximum de déclaration de valeur qu'elle a adopté.

8. Lorsqu'un colis a été perdu, spolié ou avarié dans des circonstances de force majeure, l'Administration dans le ressort territorial ou dans les services de laquelle la perte, la spoliation ou l'avarie a eu lieu n'en est responsable envers l'Administration d'origine que si les deux Administrations se chargent des risques résultant du cas de force majeure.

9. Si la perte, la spoliation ou l'avarie d'un colis avec valeur déclarée s'est produite sur le territoire ou dans le service d'une Administration intermédiaire qui n'admet pas les colis avec valeur déclarée ou qui a adopté un maximum de déclaration de valeur inférieur au montant de la perte, l'Administration d'origine supporte le dommage non couvert par l'Administration intermédiaire en vertu du paragraphe 7 du présent article et de l'article premier, paragraphe 6, de la Convention.

10. La règle prévue au paragraphe 9 est également appliquée en cas de transport maritime ou aérien si la perte, la spoliation ou l'avarie s'est produite dans le service d'une Administration relevant d'un pays contractant qui n'accepte pas la responsabilité prévue pour les colis avec valeur déclarée (article 41, paragraphe 2, chiffre 4°).

11. Les droits de douane et autres dont l'annulation n'a pu être obtenue tombent à la charge des Administrations responsables de la perte, de la spoliation ou de l'avarie.

12. L'Administration qui a effectué le paiement de l'indemnité est subrogée, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, dans les droits de la personne qui l'a reçue, pour tout recours éventuel soit contre le destinataire, soit contre l'expéditeur ou contre des tiers.

Article 44

Paiement de l'indemnité

1. Sous réserve du droit de recours contre l'Administration responsable, l'obligation de payer l'indemnité et de restituer les taxes et droits incombe soit à l'Administration d'origine, soit à l'Administration de destination dans le cas visé à l'article 40, paragraphe 8.

2. Ce paiement doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai de quatre mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

digung im Bestimmungsland oder im Fall der Rücksendung an den Absender in dem Land festgestellt, in dem dieser wohnt, so hat die Verwaltung des betreffenden Landes nachzuweisen,

a) daß weder Verpackung noch Verschluß des Pakets sichtbare Spuren einer Beraubung oder Beschädigung zeigten;

b) daß im Falle von Wertpaketen das Gewicht der Sendungen mit dem bei der Einlieferung festgestellten übereingestimmt hat;

c) daß im Falle der Beförderung der Pakete in geschlossenen Behältern diese sowie ihr Verschluß unversehrt waren.

Hat die Bestimmungs- oder gegebenenfalls die Verwaltung des Landes, in dem der Absender wohnt, diesen Beweis erbracht, so kann keine der beteiligten anderen Verwaltungen ihre anteilige Haftung unter Berufung darauf ablehnen, daß sie das Paket der nächsten Verwaltung unbeanstandet übergeben habe.

5. Bei summarischer Übergabe der Sendungen nach Artikel 54 §§ 2 und 3 kann keine der beteiligten Verwaltungen sich, um ihre anteilige Haftung abzulehnen, auf die Tatsache berufen, daß die Anzahl der in dem Kartenschluß vorgefundenen Pakete nicht mit der in der Frachtliste angegebenen Zahl übereinstimmt.

6. Jedoch können die beteiligten Verwaltungen im Falle der summarischen Übergabe vereinbaren, die Haftpflicht bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung bestimmter, in gemeinsamem Einvernehmen festgelegter Paketarten zu teilen.

7. Bei Wertpaketen geht die Haftung einer Verwaltung gegenüber den anderen Verwaltungen keinesfalls über den von ihr festgesetzten Höchstbetrag der Wertangabe hinaus.

8. Ist ein Paket durch höhere Gewalt in Verlust geraten, beraubt oder beschädigt worden, so haftet die Verwaltung, auf deren Gebiet oder in deren Dienstbereich der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eingetreten ist, gegenüber der Einlieferungsverwaltung nur dann, wenn beide Verwaltungen im Fall höherer Gewalt haften.

9. Ist der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung eines Wertpakets auf dem Gebiet oder im Dienstbereich einer Zwischenverwaltung erfolgt, die Wertpakete nicht zuläßt oder die einen Höchstbetrag der Wertangabe festgesetzt hat, der niedriger ist als die Höhe des Verlustes, so trägt die Einlieferungsverwaltung den von der Zwischenverwaltung aufgrund des § 7 dieses Artikels und des Artikels 1 § 6 des Weltpostvertrags nicht gedeckten Schaden.

10. Die im § 9 vorgesehene Regelung wird auch im Fall der Beförderung auf dem See- oder Luftweg angewendet, wenn der Verlust, die Beraubung oder Beschädigung im Bereich der Verwaltung eines Vertragslandes eingetreten ist, das die für Wertpakete vorgesehene Haftung nicht übernimmt (Artikel 41 § 2 Nr. 4).

11. Zoll- und andere Abgaben, deren Niederschlagung nicht erreicht werden konnte, gehen zu Lasten der Verwaltungen, die für Verlust, Beraubung oder Beschädigung haften.

12. Die Verwaltung, die die Entschädigung gezahlt hat, tritt bis zur Höhe dieser Entschädigung hinsichtlich aller eventuellen Ansprüche gegen Empfänger, Absender oder Dritte in die Rechte des Entschädigten ein.

Artikel 44

Zahlung der Entschädigung

1. Zur Zahlung der Entschädigung und zur Erstattung der Gebühren und Abgaben ist entweder die Einlieferungsverwaltung oder in dem in Artikel 40 § 8 genannten Fall die Bestimmungsverwaltung verpflichtet; sie kann gegebenenfalls bei der haftpflichtigen Verwaltung Rückgriff nehmen.

2. Diese Zahlung soll möglichst bald und spätestens innerhalb von vier Monaten, vom Tag nach Stellung des Nachforschungsantrags ab gerechnet, erfolgen.

3. Lorsque l'Administration à qui incombe le paiement n'accepte pas de se charger des risques résultant du cas de force majeure et lorsque, à l'expiration du délai prévu au paragraphe 2, la question de savoir si la perte, la spoliation ou l'avarie est due à un cas de l'espèce n'est pas encore tranchée, elle peut, exceptionnellement, différer le règlement de l'indemnité pour une nouvelle période de trois mois.

4. L'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, est autorisée à désintéresser l'ayant droit pour le compte de l'Administration qui, ayant participé au transport et ayant été régulièrement saisie, a laissé s'écouler trois mois:

a) sans donner de solution définitive à l'affaire ou

b) sans avoir porté à la connaissance de l'Administration d'origine ou de destination, selon le cas, que la perte, la spoliation ou l'avarie paraissait due à un cas de force majeure ou que le colis avait été retenu, confisqué ou détruit par l'autorité compétente en raison de son contenu ou saisi en vertu de la législation du pays de destination.

5. S'agissant du paragraphe 4, lettre a), le renvoi de la formule C 9 qui n'est pas complétée selon les conditions prévues à l'article 147, paragraphes 9 et 12, du Règlement d'exécution de la Convention ne peut être considéré comme une solution définitive.

6. Les Administrations postales qui indiquent dans le Protocole final de l'Arrangement concernant les colis postaux qu'elles ne sont pas tenues d'observer l'article 44, paragraphe 4, de l'Arrangement, pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de trois mois, doivent communiquer un délai dans lequel elles donnent une solution définitive à l'affaire.

Article 45

Remboursement de l'indemnité à l'Administration ayant effectué le paiement

1. L'Administration responsable ou pour le compte de laquelle le paiement est effectué en conformité de l'article 43 est tenue de rembourser à l'Administration ayant effectué le paiement en vertu de l'article 44, et qui est dénommée «Administration payeuse», le montant de l'indemnité payée à l'ayant droit dans les limites de l'article 40, paragraphes 3 et 6; ce versement doit avoir lieu dans un délai de quatre mois à compter de l'envoi de la notification du paiement.

2. Si l'indemnité doit être supportée par plusieurs Administrations en conformité de l'article 43, la totalité de l'indemnité due doit être versée à l'Administration payeuse, dans le délai mentionné au paragraphe 1, par la première Administration qui, ayant dûment reçu le colis réclamé, ne peut en établir la transmission régulière au service correspondant. Il appartient à cette Administration de récupérer sur les autres Administrations responsables la part éventuelle de chacune d'elles dans le dédommagement de l'ayant droit.

3. Le remboursement à l'Administration créditrice est effectué d'après les règles de paiement prévues à l'article 13 de la Convention.

4. Les Administrations d'origine et de destination peuvent s'entendre pour laisser en totalité la charge du dommage causé à des colis ordinaires à celle qui doit effectuer le paiement à l'ayant droit.

5. Lorsque la responsabilité a été reconnue, de même que dans le cas prévu à l'article 44, paragraphe 4, le montant de l'indemnité peut également être repris d'office sur l'Administration responsable par voie de décompte soit directement, soit par l'intermédiaire de la première Administration de transit qui se crédite à son tour sur l'Administration suivante, l'opération étant répétée jusqu'à ce que la somme payée ait été portée au débit de l'Administration responsable; le cas échéant, il y a lieu d'observer les dispositions réglementaires relatives à l'établissement des comptes.

3. Haftet die zur Zahlung verpflichtete Verwaltung nicht für Schäden aus höherer Gewalt und ist bei Ablauf der in § 2 vorgesehenen Frist die Frage noch nicht entschieden, ob der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung auf höhere Gewalt zurückgeht, so kann sie die Zahlung der Entschädigung ausnahmsweise um weitere drei Monate hinausschieben.

4. Die Einlieferungs- oder gegebenenfalls die Bestimmungsverwaltung ist berechtigt, den Ersatzberechtigten für Rechnung der an der Beförderung beteiligten Verwaltung zu entschädigen, die drei Monate hat verstreichen lassen,

- ohne die Angelegenheit endgültig zu erledigen oder
- ohne die Einlieferungs- bzw. Bestimmungsverwaltung davon zu verständigen, daß der Verlust, die Beraubung oder die Beschädigung offenbar auf höhere Gewalt zurückzuführen ist, oder daß das Paket von der zuständigen Behörde wegen seines Inhalts zurückgehalten, eingezogen oder vernichtet bzw. aufgrund der Rechtsvorschriften des Bestimmungslandes beschlagnahmt worden ist.

5. In bezug auf § 4 Buchstabe a darf die Rücksendung des nicht nach den in Artikel 147 §§ 9 und 12 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag festgelegten Bedingungen ausgefüllten Formblatts C 9 nicht als endgültige Erledigung betrachtet werden.

6. Diejenigen Postverwaltungen, die im Schlußprotokoll zum Postpaketabkommen angeben, daß sie nicht verpflichtet sind, den Artikel 44 § 4 des Abkommens insofern zu befolgen, als es darum geht, einen Nachforschungsantrag innerhalb von drei Monaten endgültig zu erledigen, müssen mitteilen, innerhalb welcher Frist sie die Angelegenheit endgültig erledigen.

Artikel 45

Erstattung der Entschädigung an die Verwaltung, die die Zahlung geleistet hat

1. Die haftpflichtige oder diejenige Verwaltung, für deren Rechnung die Zahlung nach Artikel 43 geleistet wurde, ist verpflichtet, die an den Ersatzberechtigten gezahlte Entschädigung innerhalb der in Artikel 40 §§ 3 und 6 vorgesehenen Grenzen der Verwaltung zu erstatten, die die Zahlung aufgrund des Artikels 44 geleistet hat und die als „zahlende Verwaltung" bezeichnet wird; diese Zahlung soll innerhalb von vier Monaten erfolgen, vom Zeitpunkt der Zahlungsmitteilung ab gerechnet.

2. Ist die Entschädigung nach Artikel 43 von mehreren Verwaltungen zu tragen, so muß die volle geschuldete Entschädigung innerhalb der in § 1 genannten Frist von der ersten Verwaltung, die das gesuchte Paket ordnungsgemäß übernommen hat und die ordnungsgemäße Weiterleitung an die nächste Verwaltung nicht nachweisen kann, an die zahlende Verwaltung erstattet werden. Diese erste Verwaltung muß von jeder der anderen haftpflichtigen Verwaltungen den eventuell auf diese entfallenden Anteil an der Entschädigung des Ersatzberechtigten einziehen.

3. Die Erstattung an die Gläubigerverwaltung erfolgt nach den in Artikel 13 des Weltpostvertrags vorgesehenen Zahlungsrichtlinien.

4. Die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltungen können vereinbaren, daß diejenige Verwaltung die volle Entschädigung für gewöhnliche Pakete übernimmt, die die Zahlung an den Ersatzberechtigten zu leisten hat.

5. Ist die Haftpflicht anerkannt worden oder liegt der in Artikel 44 § 4 vorgesehene Fall vor, so kann die Entschädigung auch von der haftpflichtigen Verwaltung von Amts wegen im Abrechnungsweg entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der ersten Durchgangsverwaltung eingezogen werden; diese Durchgangsverwaltung stellt den Betrag ihrerseits der folgenden Verwaltung in Rechnung; dieses Verfahren wird so oft wiederholt, bis der gezahlte Betrag der haftpflichtigen Verwaltung in Rechnung gestellt worden ist; gegebenenfalls sind hierbei die Bestimmungen der Vollzugsordnung über die Aufstellung der Rechnungen zu beachten.

6. Immédiatement après avoir payé l'indemnité, l'Administration payeuse doit communiquer à l'Administration responsable la date et le montant du paiement effectué. Elle ne peut réclamer le remboursement de cette indemnité que dans le délai d'un an à compter soit du jour de l'envoi de la notification du paiement, soit, s'il y a lieu, du jour de l'expiration du délai prévu à l'article 44, paragraphe 4.

7. L'Administration dont la responsabilité est dûment établie et qui a tout d'abord décliné le paiement de l'indemnité doit prendre à sa charge tous les frais accessoires résultant du retard non justifié apporté au paiement.

6. Unmittelbar nach der Zahlung der Entschädigung muß die zahlende Verwaltung der haftpflichtigen Verwaltung Zeitpunkt und Höhe der geleisteten Zahlung mitteilen. Sie kann die Erstattung dieser Entschädigung nur innerhalb eines Jahres, vom Zeitpunkt der Absendung der Zahlungsmitteilung an oder gegebenenfalls vom Tag des Ablaufs der in Artikel 44 § 4 vorgesehenen Frist ab gerechnet, verlangen.

7. Hat eine Verwaltung, deren Haftpflicht ordnungsgemäß festgestellt worden ist, zunächst die Zahlung der Entschädigung abgelehnt, so muß sie alle Kosten übernehmen, die aus der nicht gerechtfertigten Verzögerung der Zahlung entstehen.

Article 46

Récupération éventuelle de l'indemnité sur l'expéditeur ou sur le destinataire

1. Si, après le paiement de l'indemnité, un colis ou une partie de colis, antérieurement considéré comme perdu, est retrouvé, l'expéditeur ou le destinataire, selon le cas, est informé qu'il peut en prendre livraison pendant une période de trois mois, contre remboursement du montant de l'indemnité reçue. Si, dans ce délai, l'expéditeur ou, le cas échéant, le destinataire ne réclame pas le colis, la même démarche est effectuée auprès de l'autre intéressé.

2. Si l'expéditeur ou le destinataire prend livraison du colis ou de la partie retrouvée de ce colis moyennant remboursement du montant de l'indemnité, ce montant est restitué à l'Administration ou, s'il y a lieu, aux Administrations qui ont supporté le dommage, dans un délai d'un an à compter de la date du remboursement.

3. Si l'expéditeur et le destinataire renoncent à prendre livraison du colis, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou, s'il y a lieu, des Administrations qui ont supporté le dommage.

4. Lorsque la preuve de la livraison est apportée après le délai de trois mois prévu à l'article 44, paragraphe 4, l'indemnité versée reste à la charge de l'Administration intermédiaire ou de destination si la somme payée ne peut, pour une raison quelconque, être récupérée sur l'expéditeur.

5. En cas de découverte ultérieure d'un colis avec valeur déclarée dont le contenu est reconnu comme étant de valeur inférieure au montant de l'indemnité payée, l'expéditeur ou, en cas d'application de l'article 40, paragraphe 8, le destinataire doit rembourser le montant de cette indemnité contre remise du colis avec valeur déclarée, sans préjudice des conséquences découlant de la déclaration frauduleuse de valeur visée à l'article 24, paragraphe 2.

Artikel 46

Eventuelle Wiedereinziehung der Entschädigung vom Absender oder Empfänger

1. Wird ein ursprünglicn als in Verlust geraten angesehenes Paket oder ein Teil eines solchen Pakets nach Zahlung der Entschädigung wieder aufgefunden, so wird der Absender oder gegebenenfalls der Empfänger verständigt, daß er die Sendung innerhalb von drei Monaten gegen Rückerstattung der gezahlten Entschädigung in Empfang nehmen kann. Wenn der Absender oder gegebenenfalls der Empfänger das Paket innerhalb dieser Frist nicht abfordert, wird der gleiche Schritt beim anderen Beteiligten unternommen.

2. Nimmt der Absender oder der Empfänger das Paket oder den wieder aufgefundenen Teil dieses Pakets gegen Rückerstattung der Entschädigung in Empfang, so wird dieser Betrag innerhalb eines Jahres, vom Tag der Rückerstattung ab gerechnet, der Verwaltung oder gegebenenfalls den Verwaltungen erstattet, die den Schaden getragen haben.

3. Verzichten Absender und Empfänger auf die Auslieferung des Pakets, so geht dieses in das Eigentum der Verwaltung oder gegebenenfalls der Verwaltungen über, die den Schaden getragen haben.

4. Wird der Beweis der Auslieferung erst nach Ablauf der in Artikel 44 § 4 vorgesehenen Frist von drei Monaten erbracht, so bleibt die Zwischen- oder Bestimmungsverwaltung mit der gezahlten Entschädigung belastet, sofern der gezahlte Betrag aus irgendeinem Grunde vom Absender nicht wieder eingezogen werden kann.

5. Wird ein Wertpaket nachträglich wieder aufgefunden und festgestellt, daß sein Inhalt einen geringeren Wert besitzt als die gezahlte Entschädigung, so muß der Absender oder, in Anwendung des Artikels 40 § 8, der Empfänger diese Entschädigung – unbeschadet der in Artikel 24 § 2 vorgesehenen Folgen der betrügerischen Wertangabe – zurückzahlen; das Wertpaket wird ihm ausgehändigt.

Titre IV

Quotes-parts revenant aux Administrations. Attribution des quotes-parts

Chapitre I

Quotes-parts

Article 47

Quote-part territoriale de départ et d'arrivée

1. Les colis échangés entre deux Administrations sont soumis aux quotes-parts territoriales de départ et d'arrivée pour chaque pays et pour chaque colis selon les taux indicatifs ci-après:

Titel IV

Den Verwaltungen zustehende Vergütungsanteile. Zuteilung der Vergütungsanteile

Kapitel I

Vergütungsanteile

Artikel 47

Anfangs- und Endvergütungsanteil

1. Die zwischen zwei Verwaltungen ausgetauschten Pakete unterliegen den nach folgenden Richtsätzen für jedes Land und jedes Paket festgesetzten Anfangs- und Endvergütungsanteilen:

Coupures de poids	Quote-part territoriale de départ et d'arrivée Taux indicatif
1	2
	DTS
Jusqu'à 1 kg	2,61
Au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg	3,27
Au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg	3,92
Au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg	4,90
Au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg	5,88
Au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg	6,53
Au-dessus de 20 kg, pour chaque coupure ou fraction de 5 kg	0,65

En cas d'attribution des quotes-parts conformément à l'article 54, paragraphe 3, les taux indicatifs suivants sont recommandés:

- quote-part territoriale d'arrivée et de départ par colis: 4 DTS;
- quote-part territoriale d'arrivée et de départ par kilogramme de poids brut des dépêches: 0,40 DTS.

Tenant compte des taux indicatifs ci-dessus, les Administrations fixent leurs quotes-parts territoriales de départ et d'arrivée afin que celles-ci soient en relation avec les frais de leur service. Toutefois, leurs quotes-parts territoriales d'arrivée ne peuvent pas dépasser de plus de 30 pour cent leurs quotes-parts de départ.

2. Les quotes-parts territoriales de départ et d'arrivée sont publiées par le Bureau international dans le Recueil des colis postaux.

3. Les quotes-parts visées au paragraphe 1 sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoie des dérogations à ce principe.

4. Les quotes-parts territoriales de départ et d'arrivée doivent être uniformes pour l'ensemble du territoire de chaque pays.

5. Les modifications des quotes-parts territoriales d'arrivée selon le paragraphe 1 ne peuvent entrer en vigueur que le 1er janvier. Pour être applicables, ces modifications doivent être notifiées quatre mois au moins avant cette date au Bureau international qui les communique aux Administrations intéressées au moins trois mois avant la date de leur entrée en vigueur. Lorsque ces délais n'ont pas été observés, ces modifications n'entrent en vigueur que le 1er janvier de l'année suivante.

Gewichtsstufen	Anfangs- und Endvergütungsanteil Richtsatz
1	2
	SZR
bis 1 kg	2,61
über 1 bis 3 kg	3,27
über 3 bis 5 kg	3,92
über 5 bis 10 kg	4,90
über 10 bis 15 kg	5,88
über 15 bis 20 kg	6,53
über 20 kg für jede weiteren vollen oder angefangenen 5 kg	0,65 SZR.

Im Falle der Zuteilung der Vergütungsanteile nach Artikel 54 § 3 werden folgende Richtsätze empfohlen:

End- und Anfangsvergütungsanteil je Paket	4,00 SZR
End- und Anfangsvergütungsanteil je Kilogramm Bruttogewicht der Kartenschlüsse	0,40 SZR.

Die Verwaltungen setzen ihre Anfangs- und Endvergütungsanteile unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Richtsätze fest, um diese mit den Kosten ihres Dienstes in Beziehung zu setzen. Jedoch dürfen ihre Endvergütungsanteile ihre Anfangsvergütungsanteile nicht um mehr als 30 Prozent überschreiten.

2. Die Anfangs- und Endvergütungsanteile werden vom Internationalen Büro im Recueil des colis postaux veröffentlicht.

3. Die Vergütungsanteile nach § 1 gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Abkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

4. Die Anfangs- und Endvergütungsanteile müssen für das gesamte Gebiet eines Landes gleich sein.

5. Änderungen der Endvergütungsanteile nach § 1 können nur am 1. Januar in Kraft treten. Damit sie angewendet werden konnen, müssen diese Änderungen mindestens vier Monate vor diesem Zeitpunkt dem Internationalen Büro mitgeteilt werden, das sie den beteiligten Verwaltungen mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens mitteilt. Wurden diese Fristen nicht eingehalten, so treten diese Änderungen erst am 1. Januar des darauffolgenden Jahres in Kraft.

Article 48

Quote-part territoriale de transit

1. Les colis échangés entre deux Administrations ou entre deux bureaux du même pays au moyen des services terrestres d'une ou de plusieurs autres Administrations sont soumis, au profit des pays dont les services participent à l'acheminement territorial, aux quotes-parts territoriales de transit ci-après:

Artikel 48

Durchgangsvergütungsanteil

1. Die zwischen zwei Verwaltungen oder zwischen zwei Postämtern desselben Landes durch die Vermittlung der Landwegdienste einer oder mehrerer anderer Verwaltungen ausgetauschten Pakete unterliegen zugunsten der Länder, deren Dienste an der Beförderung auf dem Landweg beteiligt sind, den nachstehenden Durchgangsvergütungsanteilen:

Echelons de distance	Quote-part territoriale de transit						
	jusqu'à 1 kg	au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg	au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg	au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg	au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg	au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg	au-dessus de 20 kg, pour chaque coupure ou fraction de 5 kg
1	2	3	4	5	6	7	8
	DTS	DTS	DTS	DTS	DTS	DTS	DTS
Jusqu'à 600 km	0,20	0,52	0,95	1,67	2,71	3,76	0,98
Au-delà de 600 jusqu'à 1 000 km	0,29	0,75	1,34	2,38	3,89	5,39	1,37
Au-delà de 1 000 jusqu'à 2 000 km	0,39	1,01	1,80	3,20	5,19	7,22	1,83
Au-delà de 2 000 km par 1 000 km en sus	0,10	0,23	0,46	0,78	1,27	1,76	0,26

Entfernungsstufen	Durchgangsvergütungsanteil						
	bis 1 kg	über 1 bis 3 kg	über 3 bis 5 kg	über 5 bis 10 kg	über 10 bis 15 kg	über 15 bis 20 kg	außerdem für jede vollen oder angefangenen 5 kg über 20 kg
1	2	3	4	5	6	7	8
	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR
bis 600 km	0,20	0,52	0,95	1,67	2,71	3,76	0,98
über 600 bis 1 000 km	0,29	0,75	1,34	2,38	3,89	5,39	1,37
über 1 000 bis 2 000 km	0,39	1,01	1,80	3,20	5,19	7,22	1,83
über 2 000 km für jede weiteren 1 000 km	0,10	0,23	0,46	0,78	1,27	1,76	0,26

En cas d'attribution des quotes-parts conformément à l'article 54, paragraphe 3, les taux indicatifs suivants sont recommandés:

Echelons de distance	Quote-part territoriale de transit	
	par colis	par kg de poids brut des dépêches
1		2
	DTS	DTS
Jusqu'à 600 km	1,47	0,20
Au-delà de 600 jusqu'à 1 000 km	2,09	0,29
Au-delà de 1 000 jusqu'à 2 000 km	2,81	0,39
Au-delà de 2 000 par 1 000 km en sus	0,65	0,10

2. Chacun des pays visés au paragraphe 1 est autorisé à réclamer pour chaque colis les quotes-parts territoriales de transit afférentes à l'échelon de distance correspondant à la distance moyenne pondérée de transport des colis dont il assure le transit. Cette distance est calculée par le Bureau international.

3. Le réacheminement, le cas échéant après entreposage, par les services d'un pays intermédiaire des dépêches et des colis à découvert arrivant et repartant par un même port (transit sans parcours territorial) est assujetti aux paragraphes 1 et 2.

4. S'agissant de colis-avion, la quote-part territoriale des Administrations intermédiaires n'est applicable que dans le cas où le colis emprunte un transport territorial intermédiaire.

5. Cependant, en ce qui concerne les colis-avion en transit à découvert, les Administrations intermédiaires sont autorisées à réclamer une quote-part forfaitaire de 0,33 DTS par envoi.

6. Lorsqu'un pays admet que son territoire soit traversé par un service de transport étranger sans participation de ses services selon l'article 3 de la Convention, les colis ainsi acheminés ne donnent pas lieu à l'attribution de la quote-part territoriale de transit à l'Administration postale en cause.

7. Les quotes-parts visées au paragraphe 1 sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoie des dérogations à ce principe.

Im Falle der Zuteilung der Vergütungsanteile nach Artikel 54 § 3 werden folgende Richtsätze empfohlen:

Entfernungsstufen	Durchgangsvergütungsanteil	
	je Paket	je kg Bruttogewicht der Kartenschlüsse
1		2
	SZR	SZR
bis 600 km	1,47	0,20
über 600 bis 1 000 km	2,09	0,29
über 1 000 bis 2 000 km	2,81	0,39
über 2 000 für jede weiteren 1 000 km	0,65	0,10

2. Jedes von § 1 betroffene Land darf für jedes Paket die Durchgangsvergütungsanteile nach der Entfernungsstufe fordern, die der mittleren gewogenen Beförderungsstrecke entspricht, auf der es Pakete im Durchgang befördert. Diese Entfernung wird vom Internationalen Büro berechnet.

3. Leiten Dienste eines Durchgangslandes Kartenschlüsse und Pakete des offenen Durchgangs, die im selben Hafen ankommen und wieder abgehen (Durchgang ohne Landwegstrecke), weiter (gegebenenfalls auch nach Zwischenlagerung), so gelten die §§ 1 und 2.

4. Bei Luftpostpaketen kommt der Vergütungsanteil für die Zwischenverwaltungen nur dann in Betracht, wenn die Pakete in ihrem Bereich tatsächlich auf dem Landweg befördert worden sind.

5. Bei Luftpostpaketen des offenen Durchgangs dürfen die Zwischenverwaltungen jedoch einen pauschalen Vergütungsanteil von 0,33 SZR pro Sendung fordern.

6. Läßt ein Land nach Artikel 3 des Weltpostvertrags zu, daß sein Gebiet ohne Beteiligung seiner Dienste von einem ausländischen Beförderungsunternehmen durchfahren wird, so erhält die betreffende Verwaltung für die auf diese Weise beförderten Pakete keine Durchgangsvergütungsanteile.

7. Die Vergütungsanteile nach § 1 gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Abkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

Article 49

Quote-part maritime

1. Chacun des pays dont les services participent au transport maritime de colis est autorisé à réclamer les quotes-parts maritimes visées dans le tableau qui figure au paragraphe 2. Ces quotes-parts sont à la charge de l'Administration du pays d'origine, à moins que le présent Arrangement ne prévoie des dérogations à ce principe.

Artikel 49

Seevergütungsanteil

1. Jedes Land, dessen Dienste an der Seebeförderung von Paketen beteiligt sind, darf die in der Übersicht in § 2 angegebenen Seevergütungsanteile beanspruchen. Diese Vergütungsanteile gehen zu Lasten der Verwaltung des Einlieferungslandes, sofern in diesem Abkommen keine Abweichungen von diesem Grundsatz vorgesehen sind.

2. Pour chaque service maritime emprunté, la quote-part maritime est calculée conformément aux indications du tableau ci-après:

2. Für jede Seebeförderung wird der Seevergütungsanteil nach den Angaben in nachstehender Übersicht berechnet:

Echelons de distance		Coupures de poids						
a) exprimés en milles marins	b) exprimés en kilomètres après conversion sur la base de 1 mille marin = 1,852 km	jusqu'à 1 kg	au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg	au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg	au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg	au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg	au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg	au-dessus de 20 kg, pour chaque coupure ou fraction de 5 kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		DTS	DTS	DTS	DTS	DTS	DTS	DTS
Jusqu'à 500 milles marins	Jusqu'à 926 km	0,16	0,39	0,69	1,21	1,96	2,71	0,59
Au-delà de 500 jusqu'à 1000	Au-delà de 926 jusqu'à 1 852	0,20	0,46	0,82	1,44	2,35	3,27	0,78
Au-delà de 1 000 jusqu'à 2 000	Au-delà de 1 852 jusqu'à 3 704	0,20	0,52	0,95	1,67	2,71	3,72	0,91
Au-delà de 2 000 jusqu'à 3000	Au-delà de3 704 3 704 jusqu'à 5 556	0,23	0,59	1,05	1,86	3,01	4,15	1,05
Au-delà de 3 000 jusqu'à 4000	Au-delà de 5 556 jusqu'à 7 408	0,26	0,62	1,11	1,99	3,23	4,48	1,14
Au-delà de 4 000 jusqu'à 5 000	Au-delà de 7 408 jusqu'à 9 260	0,26	0,65	1,18	2,12	3,43	4,77	1,24
Au-delà de 5 000 jusqu'à 6 000	Au-delà de 9 260 jusqu'à 11 112	0,29	0,69	1,24	2,22	3,63	5,00	1,31
Au-delà de 6 000 jusqu'à 7 000	Au-delà de 11 112 jusqu'à 12 964	0,29	0,72	1,31	2,32	3,76	5,23	1,37
Au-delà de 7 000 jusqu'à 8 000	Au-delà de 12 964 jusqu'à 14 816	0,29	0,75	1,34	2,42	3,92	5,42	1,44
Au-delà de 8 000 par 1 000 en sus	Au-delà de 14 816 par 1 52 en sus	0,03	0,03	0,03	0,07	0,13	0,16	0,03

Entfernungsstufen		Gewichtsstufen						
a) in Seemeilen	b) in Kilometern (1 Seemeile = 1,852 km)	bis 1 kg	über 1 bis 3 kg	über 3 bis 5 kg	über 5 bis 10 kg	über 10 bis 15 kg	über 15 bis 20 kg	außerdem für jede vollen oder angefangenen 5 kg über 20 kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		SZR	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR
bis 500	bis 926	0,16	0,39	0,69	1,21	1,96	2,71	0,59
über 500 bis 1 000	über 926 bis 1 852	0,20	0,46	0,82	1,44	2,35	3,27	0,78
über 1 000 bis 2 000	über 1 852 bis 3 704	0,20	0,52	0,95	1,67	2,71	3,72	0,91
über 2 000 bis 3 000	über 3 704 bis 5 556	0,23	0,59	1,05	1,86	3,01	4,15	1,05
über 3 000 bis 4 000	über 5 556 bis 7 408	0,26	0,62	1,11	1,99	3,23	4,48	1,14
über 4 000 bis 5 000	über 7 408 bis 9 260	0,26	0,65	1,18	2,12	3,43	4,77	1,24
über 5 000 bis 6 000	über 9 260 bis 11 112	0,29	0,69	1,24	2,22	3,63	5,00	1,31
über 6 000 bis 7 000	über 11 112 bis 12 964	0,29	0,72	1,31	2,32	3,76	5,23	1,37
über 7 000 bis 8 000	über 12 964 bis 14 816	0,29	0,75	1,34	2,42	3,92	5,42	1,44
über 8 000 für jede weiteren 1 000	über 14 816 für jede weiteren 1852	0,03	0,03	0,03	0,07	0,13	0,16	0,03

En cas d'attribution des quotes-parts conformément à l'article 54, paragraphe 3, les taux indicatifs suivants sont recommandés:

Im Falle der Zuteilung der Vergütungsanteile nach Artikel 54 § 3 werden folgende Richtsätze empfohlen:

Echelons de distance		Quote-part maritime	
a) exprimés en milles marins	b) exprimés en kilomètres après conversion sur la base de 1 mille marin = 1,852 km	par colis	par kg de poids brut des dépêches
		DTS	DTS
Jusqu'à 500 milles marins	Jusqu'à 926 km	1,05	0,16
Au-delà de 500 jusqu'à 1 000	Au-delà de 926 jusqu'à 1 852	1,27	0,20
Au-delà de 1 000 jusqu'à 2 000	Au-delà de 1 852 jusqu'à 3 704	1,44	0,20
Au-delà de 2 000 jusqu'à 3 000	Au-delà de 3 704 jusqu'à 5 556	1,63	0,23
Au-delà de 3 000 jusqu'à 4 000	Au-delà de 5 556 jusqu'à 7 408	1,73	0,26
Au-delà de 4 000 jusqu'à 5 000	Au-delà de 7 408 jusqu'à 9 260	1,86	0,26
Au-delà de 5 000 jusqu'à 6 000	Au-delà de 9 260 jusqu'à 11 112	1,96	0,29
Au-delà de 6 000 jusqu'à 7 000	Au-delà de 11 112 jusqu'à 12 964	2,03	0,29
Au-delà de 7 000 jusqu'à 8 000	Au-delà de 12 964 jusqu'à 14 816	2,09	0,29
Au-delà de 8 000 par 1 000 en sus	Au-delà de 14 816 par 1 852 en sus	0,07	0,03

Entfernungsstufen		Seevergütungsanteil	
a) in Seemeilen	b) in Kilometern (1 Seemeile = 1,852 km)	je Paket	je kg Bruttogewicht der Kartenschlüsse
		SZR	SZR
bis 500	bis 926 km	1,05	0,16
über 500 bis 1 000	über 926 bis 1 852	1,27	0,20
über 1 000 bis 2 000	über 1 852 bis 3 704	1,44	0,20
über 2 000 bis 3 000	über 3 704 bis 5 556	1,63	0,23
über 3 000 bis 4 000	über 5 556 bis 7 408	1,73	0,26
über 4 000 bis 5 000	über 7 408 bis 9 260	1,86	0,26
über 5 000 bis 6 000	über 9 260 bis 11 112	1,96	0,29
über 6 000 bis 7 000	über 11 112 bis 12 964	2,03	0,29
über 7 000 bis 8 000	über 12 964 bis 14 816	2,09	0,29
über 8 000 für jede weiteren 1 000	über 14 816 für jede weiteren 1852	0,07	0,03

3. Le cas échéant, les échelons de distance servant à déterminer le montant de la quote-part maritime à appliquer entre deux pays sont calculés sur la base d'une distance moyenne pondérée, déterminée en fonction du tonnage des dépêches transportées entre les ports respectifs des deux pays.

4. Le transport maritime entre deux ports d'un même pays ne peut donner lieu à perception de la quote-part prévue au paragraphe 2 lorsque l'Administration de ce pays reçoit déjà, pour les mêmes colis, la rémunération afférente au transport territorial.

5. S'agissant de colis-avion, la quote-part maritime des Administrations ou services intermédiaires n'est applicable que dans le cas où le colis emprunte un transport maritime intermédiaire; tout service maritime assuré par le pays d'origine ou de destination est considéré à cet effet comme service intermédiaire.

3. Gegebenenfalls werden die Entfernungsstufen, die zur Ermittlung des zwischen zwei Ländern anzuwendenden Seevergütungsanteils dienen, auf der Grundlage einer mittleren gewogeneh Beförderungsstrecke berechnet; diese wird in Abhängigkeit vom Tonnengewicht der Kartenschlüsse ermittelt, die zwischen den in Betracht kommenden Häfen der beiden Länder befördert werden.

4. Für die Seebeförderung zwischen zwei Häfen desselben Landes darf der Vergütungsanteil nach § 2 nicht erhoben werden, wenn die Verwaltung dieses Landes für dieselben Pakete bereits die Vergütung für die Landbeförderung erhält.

5. Bei einem Luftpostpaket kommt der Seevergütungsanteil für die Zwischenverwaltungen oder die vermittelnden Dienste nur dann in Betracht, wenn das Paket in deren Bereichen tatsächlich auf dem Seeweg befördert worden ist; dabei ist jede Seebeförderung, die das Einlieferungs- oder Bestimmungsland ausführt, als vermittelnder Dienst anzusehen.

Article 50

Réduction ou majoration de la quote-part maritime

1. Les Administrations ont la faculté de majorer de 50 pour cent au maximum la quote-part maritime fixée à l'article 49, paragraphe 2. Par contre, elles peuvent la réduire à leur gré.

2. Cette faculté est subordonnée aux conditions fixées à l'article 47, paragraphe 5.

3. En cas de majoration, celle-ci doit aussi s'appliquer aux colis originaires du pays dont dépendent les services qui effectuent le

Artikel 50

Senkung oder Erhöhung des Seevergütungsanteils

1. Die Verwaltungen können den Seevergütungsanteil nach Artikel 49 § 2 um höchstens 50 v. H. erhöhen, ihn dagegen nach eigenem Ermessen senken.

2. Diese Befugnis unterliegt den in Artikel 47 § 5 festgesetzten Bedingungen.

3. Jede Erhöhung muß auch für die Pakete gelten, die in dem Land eingeliefert worden sind, das die Seebeförderung ausführt;

transport maritime; toutefois, cette obligation ne s'applique ni aux relations entre un pays et les territoires dont il assure les relations internationales ni aux relations entre ces territoires.

diese Verpflichtung gilt jedoch weder für den Verkehr zwischen einem Land und den Gebieten, deren internationale Beziehungen es wahrnimmt, noch für den Verkehr zwischen diesen Gebieten.

Article 51

Application de nouvelles quotes-parts à la suite de modifications imprévisibles d'acheminement

Lorsque, pour des raisons de force majeure ou à cause d'un autre événement imprévisible, une Administration est contrainte d'utiliser, pour le transport de ses propres colis, une nouvelle voie d'acheminement qui occasionne des frais supplémentaires de transport territorial ou maritime, elle est tenue d'en informer immédiatement, par la voie télégraphique ou par tout autre moyen de télécommunication approprié, toutes les Administrations dont les dépêches de colis ou les colis à découvert sont acheminés en transit par son pays. A partir du cinquième jour suivant le jour de l'expédition de cette information, l'Administration intermédiaire est autorisée à mettre en compte à l'Administration d'origine les quotes-parts territoriales et maritimes qui correspondent au nouveau parcours.

Artikel 51

Anwendung neuer Vergütungsanteile nach unvorhersehbaren Leitwegänderungen

Ist eine Verwaltung durch höhere Gewalt oder wegen eines anderen unvorhersehbaren Ereignisses gezwungen, für die Beförderung ihrer eigenen Pakete einen neuen Leitweg zu benutzen, der zusätzliche Land- oder Seebeförderungskosten verursacht, so ist sie verpflichtet, alle Verwaltungen, deren Paketkartenschlüsse oder Pakete des offenen Durchgangs sie im Durchgang durch ihr Land befördert, unverzüglich telegrafisch oder mittels eines anderen geeigneten Fernmeldedienstes davon zu unterrichten. Vom fünften Tag nach Absendung dieser Mitteilung an darf die Zwischenverwaltung der Einlieferungsverwaltung die der neuen Beförderungsstrecke entsprechenden Land- und Seevergütungsanteile in Rechnung stellen.

Article 52

Taux de base et calcul des frais de transport aérien

1. Le taux de base à appliquer au règlement des comptes entre Administrations au titre des transports aériens est fixé à 0,568 millième de DTS, au maximum, par kilogramme de poids brut et par kilomètre; ce taux est appliqué proportionnellement aux fractions de kilogramme.

2. Les frais de transport aérien relatifs aux dépêches de colis-avion sont calculés d'après le taux de base effectif visé au paragraphe 1 et les distances kilométriques mentionnées dans la «Liste des distances aéropostales» prévue à l'article 225, paragraphe 1, lettre b), du Règlement d'exécution de la Convention, d'une part, et, d'autre part, d'après le poids brut des dépêches.

3. Les frais dus à l'Administration intermédiaire au titre du transport aérien des colis-avion à découvert sont fixés en principe comme il est indiqué au paragraphe 1, mais par demi-kilogramme pour chaque pays de destination. Toutefois, lorsque le territoire du pays de destination de ces colis est desservi par une ou plusieurs lignes comportant plusieurs escales sur ce territoire, les frais de transport sont calculés sur la base d'un taux moyen pondéré, déterminé en fonction du poids des colis débarqués à chaque escale. Les frais à payer sont calculés colis par colis, le poids de chacun étant arrondi au demi-kilogramme immédiatement supérieur.

4. Chaque Administration de destination qui assure le transport aérien des colis-avion à l'intérieur de son pays a droit au remboursement des coûts supplémentaires occasionnés par ce transport, pourvu que la distance moyenne pondérée des parcours effectués dépasse 300 km. Ces frais doivent être uniformes pour toutes les dépêches provenant de l'étranger, que les colis-avion soient réacheminés ou non par voie aérienne.

5. Les frais visés au paragraphe 4 sont fixés sous forme d'un prix unitaire, calculé, pour tous les colis-avion à destination du pays, sur la base du taux effectivement payé pour le transport aérien des colis-avion dans le pays de destination moins les frais de transport correspondants par voie de surface, sans pouvoir dépasser le taux maximal prévu au paragraphe 1 et d'après la distance moyenne pondérée des parcours effectués par les colis-avion du service international sur le réseau aérien intérieur. La distance moyenne pondérée est calculée par le Bureau international en fonction du poids brut de toutes les dépêches de colis-avion arrivant au pays de destination, y compris les colis-avion qui

Artikel 52

Grundvergütungssatz und Berechnung der Luftbeförderungskosten

1. Der für die Abrechnung zwischen den Verwaltungen anzuwendende Grundvergütungssatz darf für eine Luftbeförderungsleistung von 1 Kilogramm Bruttogewicht je Kilometer höchstens 0,568 Tausendstel SZR betragen; dieser Vergütungssatz gilt proportional auch für Bruchteile eines Kilogramms.

2. Die Luftbeförderungskosten für Luftpostkartenschlüsse werden einerseits nach dem gemäß § 1 festgelegten tatsächlichen Grundvergütungssatz und nach den in der „Liste des distances aéropostales" gemäß Artikel 225 § 1 Buchstabe b der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag aufgeführten Entfernungen in Kilometern und andererseits nach dem Bruttogewicht der Kartenschlüsse berechnet.

3. Die der Zwischenverwaltung für die Luftbeförderung der Luftpostpakete des offenen Durchgangs zustehenden Kosten werden grundsätzlich wie in § 1 angegeben festgesetzt, jedoch nach halbem Kilogramm für jedes Bestimmungsland. Wenn jedoch im Gebiet des Bestimmungslandes dieser Pakete eine oder mehrere Luftverkehrslinien mehrere Flughäfen dieses Gebiets anfliegen, werden die Beförderungskosten auf der Grundlage eines mittleren gewogenen Kostensatzes berechnet, der nach dem Gewicht der in jedem Flughafen ausgeladenen Pakete ermittelt wird. Die zu zahlenden Kosten werden für jedes Paket einzeln berechnet, wobei das Gewicht jeweils auf das nächsthöhere halbe Kilogramm aufgerundet wird.

4. Jede Bestimmungsverwaltung, die Luftpostpakete im Innern ihres Landes mit Luftpost befördert, hat Anspruch auf Erstattung der mit dieser Beförderung verbundenen zusätzlichen Kosten, sofern die gewogene Durchschnittsentfernung der zurückgelegten Strecken über 300 km liegt. Diese Kosten müssen für alle Kartenschlüsse aus dem Ausland einheitlich sein, unabhängig davon, ob die Luftpostpakete auf dem Luftweg weitergeleitet werden oder nicht.

5. Die in § 4 genannten Kosten werden nach einem einheitlichen Kostensatz festgesetzt, der für alle Luftpostpakete nach dem betreffenden Land auf der Grundlage des für die Luftbeförderung der Luftpostpakete innerhalb des Bestimmungslandes tatsächlich gezahlten Satzes, abzüglich der entsprechenden Kosten für die Beförderung auf dem Land- und Seeweg, der den in § 1 vorgesehenen Höchstsatz nicht überschreiten darf, und nach der gewogenen Durchschnittslänge der Strecken berechnet wird, auf denen die Luftpostpakete des Auslandsdienstes auf dem inneren Luftpostnetz befördert werden. Die gewogene Durchschnittslänge wird vom Internationalen Büro nach dem Bruttogewicht aller im

ne sont pas réacheminés par voie aérienne à l'intérieur de ce pays.

6. Le droit au remboursement des frais visés au paragraphe 4 est subordonné aux conditions fixées à l'article 47, paragraphe 5.

7. Le transbordement en cours de route, dans un même aéroport, des colis-avion qui empruntent successivement plusieurs services aériens distincts se fait sans rémunération.

8. Aucune quote-part territoriale de transit n'est due pour:

a) le transbordement des dépêches-avion entre deux aéroports desservant une même ville;

b) le transport de ces dépêches entre un aéroport desservant une ville et un entrepôt situé dans cette même ville et le retour de ces mêmes dépêches en vue de leur réacheminement.

Article 53

Frais de transport aérien des colis-avion perdus ou détruits

En cas de perte ou de destruction des colis-avion par suite d'un accident survenu à l'aéronef ou de toute autre cause engageant la responsabilité de l'entreprise de transport aérien, l'Administration d'origine est exonérée de tout paiement, pour quelque partie que ce soit du trajet de la ligne empruntée, au titre du transport aérien des colis-avion perdus ou détruits.

Chapitre II

Attribution des quotes-parts

Article 54

Principe général

1. L'attribution des quotes-parts aux Administrations intéressées est effectuée, en principe, par colis.

2. Toutefois, dans le cas de transmission par dépêches directes, l'Administration d'origine peut s'entendre avec l'Administration de destination en vue de l'attribution des quotes-parts globalement par coupure de poids.

3. Toujours dans le cas de transmission par dépêches directes, l'Administration d'origine peut convenir avec l'Administration de destination et, éventuellement, avec les Administrations intermédiaires de les créditer de sommes calculées par colis ou par kilogramme de poids brut des dépêches sur la base des quotes-parts territoriales et maritimes.

Article 55

Colis de service. Colis de prisonniers de guerre et d'internés civils

Les colis de service et les colis de prisonniers de guerre et d'internés civils ne donnent lieu à l'attribution d'aucune quote-part, exception faite des frais de transport aérien applicables aux colis-avion.

Titre V

Dispositions diverses

Article 56

Application de la Convention

La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

Bestimmungsland eingehenden Luftpostpaketkartenschlüsse ermittelt, einschließlich der Luftpostpakete, die innerhalb des Bestimmungslandes nicht auf dem Luftweg weitergeleitet werden.

6. Der Anspruch auf Erstattung der in § 4 genannten Kosten unterliegt den in Artikel 47 § 5 festgesetzten Bedingungen.

7. Luftpostpakete, die nacheinander von mehreren Flugdiensten befördert werden, sind unterwegs auf ein und demselben Flughafen ohne Anrechnung einer Vergütung umzuladen.

8. Es wird kein Durchgangsvergütungsanteil erhoben für:

a) den Umschlag von Luftpostkartenschlüssen zwischen zwei Flughäfen derselben Stadt;

b) die Beförderung dieser Kartenschlüsse von einem Flughafen einer Stadt zu einer in dieser Stadt gelegenen Umschlagstelle und zurück zur Weiterleitung.

Artikel 53

Luftbeförderungskosten für in Verlust geratene oder vernichtete Luftpostpakete

Bei Verlust oder Vernichtung von Luftpostpaketen infolge eines Flugzeugunfalls oder jeder anderen Ursache, die die Haftung der Luftverkehrsgesellschaft auslöst, ist die Einlieferungsverwaltung hinsichtlich der Luftbeförderung der in Verlust geratenen oder vernichteten Luftpostpakete für jeden Teil der benutzten Luftverkehrslinie von jeder Zahlung befreit.

Kapitel II

Zuteilung der Vergütungsanteile

Artikel 54

Allgemeiner Grundsatz

1. Die Vergütungsanteile werden den betreffenden Verwaltungen grundsätzlich je Paket zugeteilt.

2. Bei Übersendung unmittelbarer Kartenschlüsse kann die Einlieferungsverwaltung jedoch mit der Bestimmungsverwaltung vereinbaren, daß die Vergütungsanteile summarisch nach Gewichtsstufen zugeteilt werden.

3. Bei Übersendung unmittelbarer Kartenschlüsse kann die Einlieferungsverwaltung mit der Bestimmungsverwaltung und gegebenenfalls mit den Zwischenverwaltungen auch vereinbaren, daß ihnen Beträge gutgeschrieben werden, die auf der Grundlage der Land- und Seevergütungsanteile je Paket oder je Kilogramm Bruttogewicht der Kartenschlüsse berechnet werden.

Artikel 55

Postdienstpakete. Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete

Für Postdienstpakete sowie für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenpakete werden keinerlei Vergütungsanteile zugeteilt; hiervon ausgenommen sind jedoch die Luftbeförderungskosten für Luftpostpakete.

Titel V

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 56

Anwendung des Weltpostvertrags

Der Weltpostvertrag gilt in allen Fällen, die in diesem Abkommen nicht ausdrücklich geregelt sind, sinngemäß.

Article 57

Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

1. Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2. Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement d'exécution du présent Arrangement qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil exécutif pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil exécutif qui sont parties à cet Arrangement.

3. Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

a) l'unanimité des suffrages, si elles ont pour objet soit l'addition de nouvelles dispositions, soit la modification de fond des articles du présent Arrangement et de son Protocole final;

b) la majorité des suffrages, si elles ont pour objet:

1° l'interprétation des dispositions du présent Arrangement et de son Protocole final;

2° des modifications d'ordre rédactionnel à apporter aux Actes énumérés au chiffre 1°.

Article 58

Colis à destination ou en provenance de pays ne participant pas à l'Arrangement

1. Les Administrations des pays participant au présent Arrangement qui entretiennent un échange de colis avec les Administrations de pays non participants admettent, sauf opposition de ces dernières, les Administrations de tous les pays participants à profiter de ces relations.

2. Pour le transit par les services terrestres, maritimes et aériens des pays participant à l'Arrangement, les colis à destination ou en provenance d'un pays non participant sont assimilés, quant au montant des quotes-parts territoriales et maritimes et des frais de transport aérien, aux colis échangés entre les pays participants. Il en est de même, en ce qui concerne la responsabilité, chaque fois qu'il est établi que le dommage est survenu dans le service d'un des pays participants et lorsque l'indemnité doit être versée dans un pays participant soit à l'expéditeur, soit, en cas d'application de l'article 40, paragraphe 8, au destinataire.

Titre VI

Dispositions finales

Article 59

Mise à exécution et durée de l'Arrangement

Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1er janvier 1991 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

Artikel 57

Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung

1. Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, von der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer gebilligt werden, die diesem Abkommen beigetreten sind. Mindestens die Hälfte dieser auf dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2. Um rechtswirksam zu werden, müssen die Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Abkommen, die der Kongreß zur Entscheidung an den Vollzugsrat verwiesen hat oder die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht werden, von der Mehrheit der Mitglieder des Vollzugsrats, die diesem Abkommen beigetreten sind, gebilligt werden.

3. Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten:

a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen oder um materielle Änderungen der Artikel dieses Abkommens und seines Schlußprotokolls handelt;

b) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich

1) um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens und seines Schlußprotokolls handelt;

2) um Änderungen redaktioneller Art der unter Ziffer 1 aufgeführten Verträge handelt.

Artikel 58

Pakete nach oder aus Ländern, die diesem Abkommen nicht beigetreten sind

1. Die Verwaltungen der diesem Abkommen beigetretenen Länder, die mit Verwaltungen nicht beigetretener Länder im Paketaustausch stehen, lassen vorbehaltlich des Einspruchs der letztgenannten Verwaltungen die Verwaltungen aller dem Abkommen beigetretenen Länder diese Verbindungen benutzen.

2. Pakete nach oder aus einem dem Abkommen nicht beigetretenen Land werden beim Durchgang auf dem Land- und Seeweg oder dem Luftweg durch Dienste der dem Abkommen beigetretenen Länder hinsichtlich der Höhe der Land- und Seevergütungsanteile sowie der Luftbeförderungskosten den Paketen gleichgestellt, die zwischen dem Abkommen beigetretenen Ländern ausgetauscht werden. Das gleiche gilt für die Haftung, wenn festgestellt wird, daß der Schaden innerhalb des Dienstbereichs eines der dem Abkommen beigetretenen Länder entstanden ist und die Entschädigung in einem dem Abkommen beigetretenen Land entweder an den Absender oder in Anwendung des Artikels 40 § 8 an den Empfänger zu zahlen ist.

Titel VI

Schlußbestimmungen

Artikel 59

Inkrafttreten und Geltungsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1991 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übergeben, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington am 14. Dezember 1989

Protocole final de l'Arrangement concernant les colis postaux

Au moment de procéder à la signature de l'Arrangement concernant les colis postaux conclu à la date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

Article I

Quotes-parts territoriales d'arrivée exceptionnelles

1. Par dérogation à l'article 47, les Administrations figurant dans la liste ci-après se réservent le droit de fixer leurs quotes-parts territoriales d'arrivée à un niveau dépassant de plus de 30 pour cent leurs quotes-parts territoriales de départ:

Algérie, Angola, Bahrain, Bénin, Brésil, Brunei Darussalam, Bulgarie (Rép. pop.), Congo (Rép. pop.), El Salvador, Ethiopie, Gabon, Gambie, Ghana, Grèce, Iraq, Israël, Jordanie, Kenya, Liban, Malaisie, Mongolie (Rép. pop.), Népal, Ouganda, Pakistan, Papouasie – Nouvelle-Guinée, Sierra Leone, Singapour, Somalie, Sri Lanka, Syrienne (Rép. arabe), Tchécoslovaquie, Vénézuéla, Viet Nam, Yémen, Zambie, Zimbabwe.

2. Par dérogation à l'article 47, l'Administration de la République arabe d'Egypte se réserve le droit de percevoir une quote-part territoriale d'arrivée exceptionnelle de 6,53 DTS par colis, en plus de celles mentionnées à l'article précité.

Article II

Quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles

A titre provisoire, les Administrations figurant au tableau ci-après sont autorisées à percevoir les quotes-parts territoriales de transit exceptionnelles indiquées dans ce tableau et qui s'ajoutent aux quotes-parts de transit visées à l'article 48, paragraphe 1:

Schlußprotokoll zum Postpaketabkommen

Im Augenblick der Unterzeichnung des am heutigen Tag abgeschlossenen Postpaketabkommens haben die unterzeichneten Bevollmächtigten folgendes vereinbart:

Artikel I

Außergewöhnliche Endvergütungsanteile

1. Abweichend von Artikel 47 behalten die in der folgenden Übersicht aufgeführten Verwaltungen sich das Recht vor, Endvergütungsanteile festzulegen, die mehr als 30 Prozent über ihren Anfangsvergütungsanteilen liegen:

Algerien, Angola, Bahrain, Benin, Brasilien, Brunei Darussalam, Bulgarien (Volksrepublik), Kongo (Volksrepublik), El Salvador, Äthiopien, Gabun, Gambia, Ghana, Griechenland, Irak, Israel, Jordanien, Kenia, Libanon, Malaysia, Mongolei (Volksrepublik), Nepal, Uganda, Pakistan, Papua-Neuguinea, Sierra Leone, Singapur, Somalia, Sri Lanka, Syrien (Arabische Republik), Tschechoslowakei, Venezuela, Vietnam, Jemen, Sambia, Simbabwe.

2. Abweichend von Artikel 47 behält die Verwaltung der Arabischen Republik Ägypten sich das Recht vor, zusätzlich zu den im vorgenannten Artikel aufgeführten einen außergewöhnlichen Endvergütungsanteil von 6,53 SZR je Paket zu erheben.

Artikel II

Außergewöhnliche Durchgangsvergütungsanteile

Die in der folgenden Übersicht aufgeführten Verwaltungen sind berechtigt, vorläufig die in dieser Übersicht angegebenen außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteile zu erheben, die den Durchgangsvergütungsanteilen nach Artikel 48 § 1 zugeschlagen werden:

No d'ordre	Administrations autorisées	Montant de la quote-part territoriale de transit exceptionnelle pour les colis des coupures de poids ci-après:					
		jusqu'à 1 kg	au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg	au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg	au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg	au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg	au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg
1	2	3	4	5	6	7	8
		DTS	DTS	DTS	DTS	DTS	DTS
1	Afghanistan	1,54	1,96	2,45	2,94	4,57	5,88
2	Amérique (Etats-Unis)	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61	3,27
3	Argentine	0,65	1,31	1,63	2,61	3,92	4,90
4	Australie	0,70	0,70	0,95	1,45	2,10	2,75
5	Bahamas	0,65	0,74	0,82	0,98		
6	Bahrain	0,83	0,88	0,98	1,31	1,50	1,96
7	Bangladesh	0,98	1,31	1,47	1,63		
8	Barbade	0,82	0,90	0,88	0,78		
9	Belgique	0,16	0,33	0,49	0,82	1,14	1,47
10	Belize	3,01	3,59	3,87	4,95	6,14	7,12
11	Bénin	0,20	0,33	0,49	0,98	1,47	1,96
12	Bolivie	0,33	0,39	0,46	0,65	0,98	1,31
13	Botswana	1,31	1,63	1,96	2,45	2,94	3,27
14	Brésil	1,31	1,96	2,61	3,27	6,53	7,84
15	Brunei Darussalam	0,29	0,49	0,88	1,57		
16	Bulgarie (Rép. pop.)	0,33	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61
17	Centrafrique	0,20	0,49	0,65	1,31	1,96	2,61
18	Chili	1,31	1,31	1,96	2,61	3,92	5,23
19	Chine (Rép. pop.)	1,31	2,35	3,01	3,43	3,92	4,90
20	Chypre	1,31	1,63	2,12	2,45	3,27	4,25
21	Congo (Rép. pop.)	0,82	0,98	1,31	1,96	3,27	3,92
22	Côte d'Ivoire (Rép.)	0,20	0,33	0,49	0,98	1,63	2,29
23	Dominique	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
24	Egypte	0,98	0,98	0,98	1,96	1,96	1,96
25	El Salvador	0,65	0,65	0,65	0,65	0,65	0,65
26	Emirats arabes unis	1,11	1,24	1,31	1,11	0,72	0,65
27	Equateur	0,98	0,98	1,31	1,96	2,61	3,27
28	France	0,33	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61
29	Gambie	0,56	0,59	0,57	0,52		
30	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et Territoires d'outre-mer dépendant dudit Royaume	4,41	5,23	5,55	7,02	8,66	9,96
31	Grenade	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
32	Guyane	0,33	0,36	0,39	0,46		
33	Inde	1,55	1,55	1,55	2,06	2,06	2,06
34	Iran (Rép. islamique)	0,33	0,39	0,46	0,52	0,65	0,85
35	Iraq	0,33	0,39	0,49	0,65	1,31	1,63
36	Jamaïque	0,65	0,82	0,98	1,31	1,96	2,61
37	Kenya	0,98	1,14	1,31	1,63		
38	Madagascar	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61	3.27
39	Malaisie	0,33	0,36	0,39	0,65		
40	Malawi	0,33	0,36	0,39	0,46		
41	Malte	0,33	0,36	0,39	0,46		
42	Maurice	0,56	0,59	0,57	0,52		
43	Myanmar	0,23	0,20	0,20	0,29		
44	Népal	0,65	0,82	0,98	1,14	1,47	1,80
45	Nigéria	0,98	1,14	1,31	1,63		
46	Oman	1,14	1,21	1,31	1,47		
47	Ouganda	0,98	1,14	1,31	1,63		
48	Pakistan	0,65	0,98	1,31	1,63		
49	Panama (Rép.)	0,33	0,49	0,65	0,98	1,31	1,63
50	Papouasie – Nouvelle-Guinée	0,15	0,25	0,31	0,54	0,65	0,78
51	Pérou	0,33	0,39	0,46	0,65	0,98	1,31
52	Qatar	0,33	0,36	0,39	0,46		
53	Rép. pop. dém. de Corée	0,98	1,31	1,63	1,80	1,96	2,12
54	Roumanie	0,33	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61
55	Saint-Christophe-et-Nevis	4,41	5,23	5,55	7,02	8,66	9,96
56	Sainte-Lucie	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51

No d'ordre	Administrations autorisées	Montant de la quote-part territoriale de transit exceptionnelle pour les colis des coupures de poids ci-après: jusqu'à 1 kg	au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg	au-dessus de 3 jusqu'à 5 kg	au-dessus de 5 jusqu'à 10 kg	au-dessus de 10 jusqu'à 15 kg	au-dessus de 15 jusqu'à 20 kg
1	2	3	4	5	6	7	8
		DTS	DTS	DTS	DTS	DTS	DTS
57	Saint-Vincent-et-Grenadines	3,01	3,59	3,87	4,95	6,14	7,12
58	Salomon (îles)	3,01	3,59	3,87	4,95	6,14	7,12
59	Seychelles	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
60	Sierre Leone	0,46	0,65	0,82	0,91		
61	Singapour	0,33	0,36	0,39	0,65		
62	Soudan	1,31	1,96	2,61	3,27		
63	Sri Lanka	0,98	1,31	1,96	2,61	3,27	3,92
64	Syrienne (Rép. arabe)	0,65	0,98	1,31	1,63	1,96	2,29
65	Tanzanie (Rép. unie)	0,98	1,14	1,31	1,63		
66	Thaïlande	1,14	1,31	1,80	2,12	2,61	3,43
67	Trinité-et-Tobago	0,65	0,82	0,98	1,31		
68	Turquie	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63
69	Tuvalu	1,80	1,96	2,07	2,56	3,47	4,51
70	Union des républiques socialistes soviétiques						
	Via la partie européenne de l'URSS	0,59	1,40	2,55	4,51	7,38	10,13
	Via la partie asiatique de l'URSS	1,67	3,99	7,32	12,90	21,27	29,17
	Via les parties européenne et asiatique de l'URSS	2,16	5,06	9,34	16,53	27,25	37,31
71	Vénézuéla	0,49	0,98	1,47	2,12	2,94	3,92
72	Yémen	1,31	1,31	1,96	2,61	3,92	5,23
73	Yougoslavie	0,29	0,39	0,65	0,72	1,18	1,03
74	Zaïre	0,26	0,59	0,98	1,96	3,27	3,92
75	Zambie	1,37	1,83	2,74	3,66	5,08	7,06
76	Zimbabwe	1,31	1,63	1,96	2,45	2,94	3,27

Lfd. Nr.	Berechtigte Verwaltung	Höhe des außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteils für Pakete der folgenden Gewichtsstufen: bis 1 kg	über 1 bis 3 kg	über 3 bis 5 kg	über 5 bis 10 kg	über 10 bis 15 kg	über 15 bis 20 kg
1	2	3	4	5	6	7	8
		SZR	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR
1	Afghanistan	1,54	1,96	2,45	2,94	4,57	5,88
2	Amerika (Vereinigte Staaten)	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61	3,27
3	Argentinien	0,65	1,31	1,63	2,61	3,92	4,90
4	Australien	0,70	0,70	0,95	1,45	2,10	2,75
5	Bahamas	0,65	0,74	0,82	0,98		
6	Bahrain	0,83	0,88	0,98	1,31	1,50	1,96
7	Bangladesch	0,98	1,31	1,47	1,63		
8	Barbados	0,82	0,90	0,88	0,78		
9	Belgien	0,16	0,33	0,49	0,82	1,14	1,47
10	Belize	3,01	3,59	3,87	4,95	6,14	7,12
11	Benin	0,20	0,33	0,49	0,98	1,47	1,96
12	Bolivien	0,33	0,39	0,46	0,65	0,98	1,31
13	Botsuana	1,31	1,63	1,96	2,45	2,94	3,27
14	Brasilien	1,31	1,96	2,61	3,27	6,53	7,84
15	Brunei Darussalam	0,29	0,49	0,88	1,57		
16	Bulgarien (Volksrepublik)	0,33	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61
17	Zentralafrikanische Republik	0,20	0,49	0,65	1,31	1,96	2,61
18	Chile	1,31	1,31	1,96	2,61	3,92	5,23
19	China (Volksrepublik)	1,31	2,35	3,01	3,43	3,92	4,90
20	Zypern	1,31	1,63	2,12	2,45	3,27	4,25

Lfd. Nr.	Berechtigte Verwaltung	Höhe des außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteils für Pakete der folgenden Gewichtsstufen:					
		bis 1 kg	über 1 bis 3 kg	über 3 bis 5 kg	über 5 bis 10 kg	über 10 bis 15 kg	über 15 bis 20 kg
1	2	3	4	5	6	7	8
		SZR	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR
21	Kongo (Volksrepublik)	0,82	0,98	1,31	1,96	3,27	3,92
22	Côte d'Ivoire (Republik)	0,20	0,33	0,49	0,98	1,63	2,29
23	Dominica	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
24	Ägypten	0,98	0,98	0,98	1,96	1,96	1,96
25	El Salvador	0,65	0,65	0,65	0,65	0,65	0,65
26	Vereinigte Arabische Emirate	1,11	1,24	1,31	1,11	0,72	0,65
27	Ecuador	0,98	0,98	1,31	1,96	2,61	3,27
28	Frankreich	0,33	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61
29	Gambia	0,56	0,59	0,57	0,52		
30	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland und vom Vereinigten Königreich abhängige Überseegebiete	4,41	5,23	5,55	7,02	8,66	9,96
31	Grenada	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
32	Guyana	0,33	0,36	0,39	0,46		
33	Indien	1,55	1,55	1,55	2,06	2,06	2,06
34	Iran (Islamische Republik)	0,33	0,39	0,46	0,52	0,65	0,85
35	Irak	0,33	0,39	0,49	0,65	1,31	1,63
36	Jamaika	0,65	0,82	0,98	1,31	1,96	2,61
37	Kenia	0,98	1,14	1,31	1,63		
38	Madagaskar	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61	3,27
39	Malaysia	0,33	0,36	0,39	0,65		
40	Malawi	0,33	0,36	0,39	0,46		
41	Malta	0,33	0,36	0,39	0,46		
42	Mauritius	0,56	0,59	0,57	0,52		
43	Myanmar	0,23	0,20	0,20	0,29		
44	Nepal	0,65	0,82	0,98	1,14	1,47	1,80
45	Nigeria	0,98	1,14	1,31	1,63		
46	Oman	1,14	1,21	1,31	1,47		
47	Uganda	0,98	1,14	1,31	1,63		
48	Pakistan	0,65	0,98	1,31	1,63		
49	Panama (Republik)	0,33	0,49	0,65	0,98	1,31	1,63
50	Papua-Neuguinea	0,15	0,25	0,31	0,54	0,65	0,78
51	Peru	0,33	0,39	0,46	0,65	0,98	1,31
52	Katar	0,33	0,36	0,39	0,46		
53	Demokratische Volksrepublik Korea	0,98	1,31	1,63	1,80	1,96	2,12
54	Rumänien	0,33	0,65	0,98	1,31	1,96	2,61
55	St. Christoph und Nevis	4,41	5,23	5,55	7,02	8,66	9,96
56	St. Lucia	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
57	St. Vincent und die Grenadinen	3,01	3,59	3,87	4,95	6,14	7,12
58	Salomonen	3,01	3,59	3,87	4,95	6,14	7,12
59	Seschellen	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
60	Sierra Leone	0,46	0,65	0,82	0,91		
61	Singapur	0,33	0,36	0,39	0,65		
62	Sudan	1,31	1,96	2,61	3,27		
63	Sri Lanka	0,98	1,31	1,96	2,61	3,27	3,92
64	Syrien (Arab. Republik)	0,65	0,98	1,31	1,63	1,96	2,29
65	Tansania (Vereinigte Republik)	0,98	1,14	1,31	1,63		
66	Thailand	1,14	1,31	1,80	2,12	2,61	3,43
67	Trinidad und Tobago	0,65	0,82	0,98	1,31		
68	Türkei	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63
69	Tuvalu	1,80	1,96	2,07	2,56	3,74	4,51
70	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken						
	Über den europäischen Teil der UdSSR	0,59	1,40	2,55	4,51	7,38	10,13
	Über den asiatischen Teil der UdSSR	1,67	3,99	7,32	12,90	21,27	29,17
	Über den europäischen und asiatischen Teil der UdSSR	2,16	5,06	9,34	16,53	27,25	37,31

Lfd. Nr.	Berechtigte Verwaltung	Höhe des außergewöhnlichen Durchgangsvergütungsanteils für Pakete der folgenden Gewichtsstufen:					
		bis 1 kg	über 1 bis 3 kg	über 3 bis 5 kg	über 5 bis 10 kg	über 10 bis 15 kg	über 15 bis 20 kg
1	2	3	4	5	6	7	8
		SZR	SZR	SZR	SZR	SZR	SZR
71	Venezuela	0,49	0,98	1,47	2,12	2,94	3,92
72	Jemen	1,31	1,31	1,96	2,61	3,92	5,23
73	Jugoslawien	0,29	0,39	0,65	0,72	1,18	1,03
74	Zaire	0,26	0,59	0,98	1,96	3,27	3,92
75	Sambia	1,37	1,83	2,74	3,66	5,08	7,06
76	Simbabwe	1,31	1,63	1,96	2,45	2,94	3,27

Article III

Distance moyenne pondérée de transport des colis en transit

L'article 48, paragraphe 2, dernière phrase, ne s'applique aux pays suivants qu'à leur demande: Biélorussie, Bulgarie (Rép. pop.), Cuba, Mongolie (Rép. pop.), Pologne (Rép. pop.), Tchécoslovaquie, Ukraine et Union des Républiques socialistes soviétiques.

Artikel III

Gewogene Durchschnittsentfernung für die Paketdurchgangsbeförderung

Artikel 48 § 2 letzter Satz gilt für die nachstehend genannten Länder nur auf deren Wunsch: Weißrußland, Bulgarien (Volksrepublik), Kuba, Mongolei (Volksrepublik), Polen (Volksrepublik), Tschechoslowakei, Ukraine und Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Article IV

Quotes-parts maritimes

L'Allemagne, Rép. féd. d', l'Amérique (Etats-Unis), l'Argentine, l'Australie, les Bahamas, Bahrain, le Bangladesh, la Barbade, la Belgique, le Belize, le Brésil, le Brunei Darussalam, le Canada, le Chili, Chypre, les Comores, le Congo (Rép. pop.), Djibouti, la Dominique, les Emirats arabes unis, l'Espagne, la Finlande, la France, le Gabon, la Gambie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, les Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni, la Grèce, Grenade, la Guyane, l'Inde, l'Italie, la Jamaïque, le Japon, le Kenya, Kiribati, la Malaisie, Madagascar, Malte, Maurice, le Nigéria, la Norvège, Oman, l'Ouganda, le Pakistan, la Papouasie – Nouvelle-Guinée, les Pays-Bas, le Portugal, Qatar, Saint-Christophe-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Salomon (îles), les Seychelles, la Sierra Leone, Singapour, la Suède, la Tanzanie (Rép. unie), la Thaïlande, la Trinité-et-Tobago, Tuvalu, Vanuatu, le Yémen et la Zambie se réservent le droit de majorer de 50 pour cent au maximaum les quotes-parts maritimes prévues aux articles 49 et 50.

Artikel IV

Seevergütungsanteile

Deutschland (Bundesrepublik), Amerika (Vereinigte Staaten), Argentinien, Australien, die Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Belgien, Belize, Brasilien, Brunei Darussalam, Kanada, Chile, Zypern, die Komoren, Kongo (Volksrepublik), Dschibuti, Dominica, die Vereinigten Arabischen Emirate, Spanien, Finnland, Frankreich, Gabun, Gambia, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die vom Vereinigten Königreich abhängigen Überseegebiete, Griechenland, Grenada, Guyana, Indien, Italien, Jamaika, Japan, Kenia, Kiribati, Malaysia, Madagaskar, Malta, Mauritius, Nigeria, Norwegen, Oman, Uganda, Pakistan, Papua-Neuguinea, die Niederlande, Portugal, Katar, Sankt Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, die Seschellen, Sierra Leone, Singapur, Schweden, Tansania (Vereinigte Republik), Thailand, Trinidad und Tobago, Tuvalu, Vanuatu, Jemen und Sambia behalten sich das Recht vor, die Seevergütungsanteile nach Artikel 49 und 50 um höchstens 50 Prozent zu erhöhen.

Article V

Etablissement des quotes-parts moyennes

Par dérogation à l'article 54, paragraphe 3, de l'Arrangement et de l'article 150, paragraphe 2, du Règlement, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à établir des quotes-parts territoriales et maritimes moyennes par kilogramme en se fondant sur la répartition en poids des colis reçus de toutes les Administrations.

Artikel V

Festsetzung von Durchschnitts-Vergütungsanteilen

Abweichend von Artikel 54 § 3 des Abkommens und von Artikel 150 § 2 der Vollzugsordnung können die Vereinigten Staaten von Amerika durchschnittliche Land- und Seevergütungsanteile je Kilogramm auf der Grundlage der Gewichtsverteilung der von allen Verwaltungen erhaltenen Pakete festsetzen.

Article VI

Quotes-parts supplémentaires

1. Tout colis acheminé par voie de surface ou par voie aérienne à destination de la Corse, des Départements français d'outre-mer, des Territoires français d'outre-mer et des Collectivités de Mayotte et Saint-Pierre et Miquelon est assujetti à une quote-part territoriale d'arrivée égale, au maximum, à la quote-part française correspondante. Lorsqu'un tel colis est acheminé en transit par la France continentale, il donne lieu, en outre, à la perception des quotes-parts et frais supplémentaires suivants:

a) colis «voie de surface»

   1° la quote-part territoriale de transit française;

   2° la quote-part maritime française correspondant à l'échelon de distance séparant la France continentale de chacun des Départements, Territoires et Collectivités en cause;

b) colis-avion

   1° la quote-part territoriale de transit française pour les colis en transit à découvert;

   2° les frais de transport aérien correspndant à la distance aéropostale séparant la France continentale de chacun des Départements, Territoires et Collectivités en cause.

2. Tout colis empruntant les services automobiles transdésertiques Iraq-Syrie donne lieu à la perception d'une quote-part supplémentaire spéciale ainsi fixée:

Artikel VI

Zusätzliche Vergütungsanteile

1. Jedes auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg beförderte Paket nach Korsika, nach den Französischen Übersee-Departements, nach den Französischen Übersee-Territorien und den Gebietskörperschaften Mayotte und St. Pierre und Miquelon unterliegt einem Endvergütungsanteil, der nicht höher als der entsprechende französische Vergütungsanteil sein darf. Wird ein solches Paket im Durchgang durch das französische Festland befördert, so werden außerdem folgende zusätzliche Vergütungsanteile und Gebühren erhoben:

a) Paket des Land- und Seewegs

   1) der französische Durchgangsvergütungsanteil;

   2) der der Entfernungsstufe zwischen dem französischen Festland und den betreffenden Departements, Territorien und Gebietskörperschaften entsprechende französische Seevergütungsanteil;

b) Luftpostpaket

   1) der französische Durchgangsvergütungsanteil für im offenen Durchgang beförderte Pakete;

   2) die der Luftpostentfernung zwischen dem französischen Festland und den betreffenden Departements, Territorien und Gebietskörperschaften entsprechenden Luftbeförderungskosten.

2. Für jedes Paket, das mit den Wüstenkraftfahrzeugen zwischen Irak und Syrien befördert wird, wird folgender besonderer zusätzlicher Vergütungsanteil erhoben:

Coupures de poids	Quotes-parts supplémentaires	Coupures de poids	Quotes-parts supplémentaires
1	2	1	2
kg	DTS	kg	DTS
Jusqu'à 1	0,16	au-dessus de 5 jusqu'à 10	1,63
au-dessus de 1 jusqu'à 3	0,49	au-dessus de 10 jusqu'à 15	2,45
au-dessus de 3 jusqu'à 5	0,82	au-dessus de 15 jusqu'à 20	3,27

Gewichtsstufen	Zusätzliche Vergütungsanteile	Gewichtsstufen	Zusätzliche Vergütungsanteile
1	2	1	2
kg	SZR	kg	SZR
bis 1	0,16	über 5 bis 10	1,63
über 1 bis 3	0,49	über 10 bis 15	2,45
über 3 bis 5	0,82	über 15 bis 20	3,27

3. Les Administrations postales de la République arabe d'Egypte et de la République du Soudan sont autorisées à percevoir une quote-part supplémentaire de 0,65 DTS en sus des quotes-parts territoriales de transit prévues à l'article 48, paragraphe 1, pour tout colis en transit par le lac Nasser entre le Shallal (Egypte) et Wadi Halfa (Soudan).

4. Tout colis acheminé en transit entre le Danemark et les îles Féroé donne lieu à la perception des quotes-parts supplémentaires suivantes:

a) colis «voie de surface»

1° la quote-part territoriale de transit danoise;

2° la quote-part maritime danoise correspondant à l'échelon de distance séparant le Danemark et les îles Féroé;

b) colis-avion

– les frais de transport aérien correspondant à la distance aéropostale séparant le Danemark et les îles Féroé.

5. L'Administration postale du Chili est autorisée à percevoir une quote-part supplémentaire de 2,61 DTS par kilogramme au maximum pour le transport des colis destinés à l'île de Pâques.

6. Tout colis acheminé par voie de surface ou par voie aérienne, en transit entre le Portugal continental et les régions autonomes de Madère et Açores, donne lieu à la perception des quotes-parts et des frais supplémentaires suivants:

a) colis «voie de surface»

1° la quote-part territoriale de transit portugaise;

2° la quote-part maritime portugaise correspondant à l'échelon de distance séparant le Portugal continental de chacune des régions autonomes en cause;

b) colis-avion

1° la quote-part territoriale de transit portugaise;

2° les frais de transport aérien correspondant à la distance aéropostale entre le Portugal continental et chacune des régions autonomes en question.

7. Les colis adressés aux provinces insulaires de Grande Canarie et Tenerife, acheminés en transit par l'Espagne continentale, donneront lieu à la perception, outre la quote-part territoriale d'arrivée correspondante, aux quotes-parts supplémentaires suivantes:

a) colis «voie de surface»

1° la quote-part territoriale de transit espagnole;

3. Die Postverwaltungen der Arabischen Republik Ägypten und der Republik Sudan dürfen für jedes zwischen Shallal (Ägypten) und Wadi Halfa (Sudan) über den Nasser-See beförderte Paket außer den in Artikel 48 § 1 vorgesehenen Durchgangsvergütungsanteilen einen zusätzlichen Vergütungsanteil von 0,65 SZR erheben.

4. Für jedes Paket, das im Durchgang zwischen Dänemark und den Färöer befördert wird, werden folgende zusätzliche Vergütungsanteile erhoben:

a) Paket des Land- und Seewegs

1) der dänische Durchgangsvergütungsanteil;

2) der der Entfernungsstufe zwischen Dänemark und den Färöer entsprechende dänische Seevergütungsanteil;

b) Luftpostpaket

– die der Luftpostentfernung zwischen Dänemark und den Färöer entsprechenden Beförderungskosten.

5. Die Postverwaltung von Chile darf für die Beförderung von Paketen nach den Osterinseln einen zusätzlichen Vergütungsanteil von höchstens 2,61 SZR je Kilogramm erheben.

6. Für jedes Paket, das auf dem Land- und Seeweg oder auf dem Luftweg im Durchgang zwischen dem portugiesischen Festland und den Autonomen Regionen Madeira und Azoren befördert wird, werden folgende zusätzliche Vergütungsanteile und Gebühren erhoben:

a) Paket des Land- und Seewegs

1) der portugiesische Durchgangsvergütungsanteil;

2) der der Entfernungsstufe zwischen dem portugiesischen Festland und den betreffenden Autonomen Regionen entsprechende Seevergütungsantell;

b) Luftpostpaket

1) der portugiesische Durchgangsvergütungsanteil;

2) die der Luftpostentfernung zwischen dem portugiesischen Festland und den betreffenden Autonomen Regionen entsprechenden Luftbeförderungskosten.

7. Für Pakete nach den Inselprovinzen Gran Canaria und Teneriffa, die im Durchgang über das spanische Festland befördert werden, werden außer dem entsprechenden Endvergütungsanteil folgende zusätzliche Vergütungsanteile erhoben:

a) Paket des Land- und Seewegs

1) der spanische Durchgangsvergütungsanteil;

2° la quote-part maritime espagnole correspondant à la distance de 1000 à 2000 milles marins;

b) colis-avion

– les frais de transport aérien correspondant à la distance aéropostale entre l'Espagne continentale et chacune des provinces insulaires considérées.

Article VII

Tarifs spéciaux

1. Les Administrations de Belgique, de France et de Norvège ont la faculté de percevoir pour les colis-avion des quotes-parts territoriales plus élevées que pour les colis de surface.

2. L'Administration du Liban est autorisée à percevoir pour les colis jusqu'à 1 kilogramme la taxe applicable aux colis au-dessus de 1 jusqu'à 3 kg.

3. L'Administration du Panama (Rép.) est autorisée à percevoir 0,20 DTS par kilogramme pour les colis de surface transportés par voie aérienne (S.A.L.) en transit.

Article VIII

Taxes supplémentaires

A titre exceptionnel, les Administrations sont autorisées à dépasser les limites supérieures des taxes supplémentaires indiquées aux articles 10 à 13 et 15, si cela est nécessaire pour mettre ces taxes en rapport avec les coûts d'exploitation de leurs services. Toutefois, en cas de renvoi à l'expéditeur (article 30, paragraphe 3, lettre b)), ou de réexpédition (article 32, paragraphe 6, lettre c)), le montant des taxes reprises ne peut dépasser les taux fixés dans l'Arrangement. Les Administrations désireuses d'appliquer cette disposition doivent en informer le Bureau international dès que possible.

Article IX

Traitement des colis admis à tort

La Biélorussie, la Bulgarie (Rép. pop.), Cuba, la Rép. pop. dém. de Corée, l'Ukraine et l'Union des républiques socialistes soviétiques se réservent le droit de ne fournir les renseignements sur les raisons de la saisie d'un colis postal ou d'une partie de son contenu que dans les limites des informations provenant des autorités douanières et selon leur législation intérieure.

Article X

Retrait. Modification ou correction d'adresse

Par dérogation à l'article 38, le Costa-Rica, El Salvador, l'Equateur, le Panama (Rép.) et le Vénézuéla sont autorisés à ne pas renvoyer les colis postaux après que le destinataire en a demandé le dédouanement, étant donné que leur législation douanière s'y oppose.

Article XI

Interdictions

1. L'Administration postale du Canada est autorisée à ne pas accepter de colis avec valeur déclarée contenant les objets précieux visés à l'article 20, lettre b), étant donné que sa réglementation intérieure s'y oppose.

2. A titre exceptionnel, l'administration postale du Liban n'accepte pas les colis contenant des pièces de monnaie, des billets de monnaie ou toute valeur au porteur, des chèques de voyage ou du platine, de l'or ou de l'argent manufacturés ou non, des pierres précieuses et d'autres objets précieux. ou qui contiennent des liquides et des éléments facilement liquéfiables ou des objets en verre ou assimilés ou fragiles. Elle n'est pas tenue par les dispositions de l'article 40, y compris pour les cas énoncés dans les articles 41 et 43.

2) der der Entfernung von 1000 bis 2000 Seemeilen entsprechende spanische Seevergütungsanteil;

b) Luftpostpaket

– die der Luftpostentfernung zwischen dem spanischen Festland und den betreffenden Inselprovinzen entsprechenden Luftbeförderungskosten.

Artikel VII

Besondere Vergütungsanteile

1. Die Verwaltungen Belgiens, Frankreichs und Norwegens dürfen für Luftpostpakete höhere Landvergütungsanteile erheben als für Pakete des Land- und Seewegs.

2. Die Verwaltung von Libanon kann für Pakete bis 1 Kilogramm die Gebühr erheben, die für Pakete über 1 bis 3 kg gilt.

3. Die Verwaltung von Panama (Republik) kann für Pakete des Land- und Seewegs, die im Durchgang auf dem Luftweg befördert werden (SAL), 0,20 SZR je Kilogramm erheben.

Artikel VIII

Zusätzliche Gebühren

Die Verwaltungen dürfen die in den Artikeln 10 bis 13 und 15 angegebenen oberen Grenzen der zusätzlichen Gebühren ausnahmsweise überschreiten, wenn es notwendig ist, diese Gebühren zu den Betriebskosten ihrer Dienste in Beziehung zu setzen. Im Falle der Rücksendung an den Absender (Artikel 30 § 3 Buchstabe b) oder der Nachsendung (Artikel 32 § 6 Buchstabe c) dürfen die angerechneten Gebühren insgesamt jedoch die im Abkommen festgelegten Gebührensätze nicht überschreiten. Die Verwaltungen, die diese Bestimmung anwenden möchten, müssen dies dem Internationalen Büro so bald wie möglich mitteilen.

Artikel IX

Behandlung zu Unrecht angenommener Pakete

Weißrußland, Bulgarien (Volksrepublik), Kuba, die Demokratische Volksrepublik Korea, die Ukraine und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken behalten sich das Recht vor, Auskünfte über die Gründe für die Beschlagnahme eines Postpakets oder eines Teils seines Inhalts nur im Rahmen der von den Zollbehörden gegebenen Informationen und nach ihren nationalen Rechtsvorschriften zu erteilen.

Artikel X

Zurückziehung.
Änderung oder Berichtigung der Aufschrift

Abweichend von Artikel 38 brauchen Costa Rica, El Salvador, Ecuador, Panama (Republik) und Venezuela Postpakete nicht zurückzusenden, wenn der Empfänger bereits deren Verzollung beantragt hat, weil ihre Zollvorschriften dem entgegenstehen.

Artikel XI

Verbote

1. Die Postverwaltung Kanadas braucht Wertpakete nicht entgegenzunehmen, die Wertgegenstände nach Artikel 20 Buchstabe b enthalten, weil die Rechtsvorschriften ihres Landes dem entgegenstehen.

2. Die Postverwaltung von Libanon nimmt ausnahmsweise keine Pakete entgegen, die Münzen, Geldscheine oder Inhaberpapiere, Reiseschecks oder Platin, Gold oder Silber in verarbeiteter oder nicht verarbeiteter Form, Edelsteine und andere Wertgegenstände, oder aber Flüssigkeiten und leicht schmelzbare Stoffe oder Gegenstände aus Glas oder vergleichbarem oder zerbrechlichem Material enthalten. Sie ist nicht an die Bestimmungen des Artikels 40 gebunden, einschließlich der in den Artikeln 41 und 43 genannten Fälle.

Article XII

Exceptions au principe de la responsabilité

Par dérogation à l'article 40, la Bolivie, la République d'Iraq, la République du Soudan, le Yémen et la République du Zaïre sont autorisées à ne payer aucune indemnité pour l'avarie des colis originaires de tous les pays à destination de la Bolivie, de l'Iraq, du Soudan, du Yémen ou du Zaïre et contenant des liquides et des corps facilement liquéfiables, des objets en verre et des articles de même nature fragile ou périssable.

Article XIII

Dédommagement

1. Par dérogation à l'article 40, l'Amérique (Etats-Unis), l'Angola, les Bahamas, la Barbade, le Belize, la Bolivie, le Botswana, le Brunei Darussalam, le Canada, la Dominicaine (Rép.), la Dominique, El Salvador, les Fidji, la Gambie, ceux des Territoires d'outre-mer dépendant du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dont la réglementation intérieure s'y oppose, Grenade, le Guatémala, la Guyane, Kiribati, le Lesotho, le Malawi, Malte, Maurice, Nauru, le Nigéria, l'Ouganda, la Papouasie – Nouvelle-Guinée, Saint-Christophe-et-Nevis, Sainte-Lucie, Saint-Vincent-et-Grenadines, Salomon (îles), les Seychelles, la Sierra Leone, le Swaziland, la Trinité-et-Tobago, la Zambie et le Zimbabwe ont la faculté de ne pas payer une indemnité de dédommagement pour les colis sans valeur déclarée perdus, spoliés ou avariés dans leur service.

2. Par dérogation à l'article 40, paragraphe 8, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à maintenir le droit de l'expéditeur à un dédommagement pour les colis avec valeur déclarée après livraison au destinataire, sauf si l'expéditeur renonce à son droit en faveur du destinataire.

3. L'Administration postale du Brésil est autorisée à ne pas appliquer l'article 40 en ce qui concerne la responsabilité en cas d'avarie, y compris les cas visés aux articles 41 et 43.

4. Lorsqu'elle agit à titre d'Administration intermédiaire, l'Amérique (Etats-Unis) est autorisée à ne pas payer d'indemnité de dédommagement aux autres Administrations en cas de perte, de spoliation ou d'avarie des colis avec valeur déclarée transmis à découvert ou expédiés dans des dépêches closes.

Article XIV

Paiement de l'indemnité

Les Administrations postales de l'Angola, de la Guinée, du Liban et de la Mauritanie (Rép. islamique) ne sont pas tenues d'observer l'article 44, paragraphe 4, de l'Arrangement pour ce qui est de donner une solution définitive à une réclamation dans le délai de trois mois. Elles n'acceptent pas, en outre, que l'ayant droit soit désintéressé, pour son compte, par une autre Administration à l'expiration du délai précité.

Article XV

Non-responsabilité de l'Administration postale

L'Administration postale du Népal est autorisée à ne pas appliquer l'article 41, paragraphe 1, lettre b).

Article XVI

Avis de réception

L'Administration postale du Canada est autorisée à ne pas appliquer l'article 28, étant donné qu'elle n'offre pas le service d'avis de réception pour les colis dans son régime intérieur.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent Protocole, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de l'Arrangement auquel il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

Artikel XII

Ausnahmen vom Grundsatz der Haftung

Abweichend von Artikel 40 brauchen Bolivien, die Republik Irak, die Republik Sudan, Jemen und die Republik Zaire keine Entschädigung für die Beschädigung von Paketen aus allen Ländern nach Bolivien, Irak, Sudan, Jemen oder Zaire zu zahlen, wenn diese Pakete Flüssigkeiten und leicht schmelzbare Stoffe, Gegenstände aus Glas und zerbrechliche oder leicht verderbliche Artikel der gleichen Art enthalten.

Artikel XIII

Entschädigung

1. Abweichend von Artikel 40 brauchen Amerika (Vereinigte Staaten), Angola, die Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Botsuana, Brunei Darussalam, Kanada, die Dominikanische Republik, Dominica, El Salvador, Fidschi, Sambia, diejenigen der vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland abhängigen Überseegebiete, deren nationale Rechtsvorschriften dem entgegenstehen, Grenada, Guatemala, Guyana, Kiribati, Lesotho, Malawi, Malta, Mauritius, Nauru, Nigeria, Uganda, Papua-Neuguinea, St. Christoph und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, die Salomonen, die Seschellen, Sierra Leone, Swasiland, Trinidad und Tobago, Sambia und Simbabwe keine Entschädigung für in ihrem Dienstbereich in Verlust geratene, beraubte oder beschädigte Pakete ohne Wertangabe zu zahlen.

2. Abweichend von Artikel 40 § 8 darf Amerika (Vereinigte Staaten) den Anspruch des Absenders auf eine Entschädigung für Wertpakete nach Auslieferung an den Empfänger aufrechterhalten, es sei denn, der Absender verzichte zugunsten des Empfängers auf seinen Anspruch.

3. Die Postverwaltung von Brasilien braucht den Artikel 40 in bezug auf die Haftung bei Beschädigungen, einschließlich der in den Artikeln 41 und 43 genannten Fälle, nicht anzuwenden.

4. Als Zwischenverwaltung braucht Amerika (Vereinigte Staaten) den anderen Verwaltungen keine Entschädigung bei Verlust, Beraubung oder Beschädigung von Wertpaketen zu zahlen, die im offenen Durchgang oder in Kartenschlüssen befördert werden.

Artikel XIV

Zahlung der Entschädigung

Die Postverwaltungen von Angola, Guinea, Libanon und Mauretanien (Islamische Republik) brauchen Artikel 44 § 4 des Abkommens nicht einzuhalten, wenn es darum geht, einen Nachforschungsantrag innerhalb von drei Monaten endgültig zu erledigen. Darüberhinaus sind sie nicht damit einverstanden, daß eine andere Verwaltung den Berechtigten nach Ablauf der obengenannten Frist für ihre Rechnung entschädigt.

Artikel XV

Nichthaftung der Postverwaltung

Die Postverwaltung von Nepal braucht Artikel 41 § 1 Buchstabe b nicht anzuwenden.

Artikel XVI

Rückschein

Die Postverwaltung von Kanada braucht den Artikel 28 nicht anzuwenden, weil sie in ihrem Inlandsdienst keinen Rückscheindienst für Pakete anbietet.

Zu Urkund dessen haben die nachstehenden Bevollmächtigten dieses Protokoll aufgesetzt, das dieselbe Wirkung und dieselbe Gültigkeit hat, wie wenn seine Bestimmungen im Wortlaut des Abkommens, auf das es sich bezieht, selbst enthalten wären. Sie haben es in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift davon wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes übergeben, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington am 14. Dezember 1989

Arrangement concernant les mandats de poste

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Article premier

Objet de l'Arrangement

1. Le présent Arrangement régit l'échange des mandats de poste que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

2. Des organismes non postaux peuvent participer par l'intermédiaire de l'Administration postale à l'échange régi par les dispositions du présent Arrangement. Il appartient à ces organismes de s'entendre avec l'Administration postale de leur pays pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement et, dans le cadre de cette entente, pour exercer leurs droits et remplir leurs obligations en tant qu'organisations postales définies par le présent Arrangement; l'Administration postale leur sert d'intermédiaire dans leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 2

Différentes catégories de mandats de poste

1. Le mandat ordinaire

L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste ou ordonne le débit de son compte courant postal et demande le paiement du montant en numéraire au bénéficiaire. Le mandat ordinaire est transmis par la voie postale. Le mandat ordinaire télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

2. Le mandat de versement

L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste et demande l'inscription du montant au crédit du compte du bénéficiaire géré par la poste. Le mandat de versement est transmis par la voie postale. Le mandat de versement télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

3. Autres services

Les Administrations postales peuvent convenir, dans leurs relations bilatérales ou multilatérales, d'instaurer d'autres services dont les conditions sont à définir entre les Administrations concernées.

Article 3

Emission des mandats (monnaie, conversion, montant)

1. Sauf entente spéciale, le montant du mandat est exprimé en monnaie du pays de paiement.

2. L'Administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

3. Le montant maximal d'un mandat ordinaire est fixé d'un commun accord entre les Administrations concernées.

4. Le montant d'un mandat de versement est illimité. Toutefois, chaque Administration a la faculté de limiter le montant des mandats de versement que tout déposant peut ordonner soit dans une journée, soit au cours d'une période déterminée.

Postanweisungsabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien geschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

1. Dieses Abkommen regelt den Austausch der Postanweisungen, den die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen vereinbaren.

2. Postfremde Stellen können durch die Vermittlung der Postverwaltung am Austausch, wie er durch die Bestimmungen dieses Abkommens geregelt ist, teilnehmen. Es obliegt diesen postfremden Stellen, sich mit der Postverwaltung ihres Landes abzusprechen, damit die vollständige Durchführung aller Bestimmungen dieses Abkommens gewährleistet ist und damit sie im Rahmen dieser Absprache ihre Rechte und Pflichten ausüben, die ihnen als postalische Organisationen, wie sie durch dieses Abkommen definiert sind, zukommen; die Postverwaltung dient ihnen als Vermittlerin im Verkehr mit den Postverwaltungen der anderen vertragschließenden Länder und mit dem Internationalen Büro.

Artikel 2

Verschiedene Arten von Postanweisungen

1. Gewöhnliche Anweisungen

Der Absender zahlt einen Betrag am Postschalter ein oder veranlaßt die Abbuchung des Betrages von seinem Postgirokonto und verlangt die Barauszahlung des Betrages an den Empfänger. Gewöhnliche Anweisungen werden auf dem Postweg übersandt. Die Übermittlung von telegrafischen Anweisungen erfolgt auf dem Fernmeldeweg.

2. Zahlkarten

Der Absender zahlt einen Betrag am Postschalter ein und verlangt die Gutschrift des Betrages auf das bei der Post geführte Konto des Empfängers. Zahlkarten werden auf dem Postweg übersandt. Die Übermittlung von telegrafischen Zahlkarten erfolgt auf dem Fernmeldeweg.

3. Sonstige Dienste

Den Postverwaltungen steht es frei, in ihren bilateralen oder multilateralen Beziehungen die Einführung sonstiger Dienste zu vereinbaren, deren Bedingungen zwischen den beteiligten Verwaltungen festgelegt werden.

Artikel 3

Ausstellung von Anweisungen (Währung, Umrechnung, Betrag)

1. Wenn nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag der Anweisung in der Währung des Bestimmungslands ausgestellt.

2. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus ihrer Währung in die des Bestimmungslands umgerechnet werden.

3. Der Höchstbetrag einer gewöhnlichen Anweisung wird im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beteiligten Verwaltungen festgesetzt.

4. Der Betrag einer Zahlkarte ist nicht begrenzt. Jede Verwaltung kann jedoch den Betrag der Zahlkarten begrenzen, den jeder Einzahler entweder an einem Tag oder in einem bestimmten Zeitraum einzahlen kann.

5. Les mandats télégraphiques sont soumis aux dispositions du Règlement télégraphique annexé à la Convention internationale des télécommunications.

Article 4

Taxes

1. L'Administration d'émission détermine librement, sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 ci-après, la taxe à percevoir au moment de l'émission. A cette taxe principale, elle ajoute, éventuellement, les taxes afférentes à des services spéciaux (demande d'avis de paiement ou d'inscription, de remise par exprès, etc.).

2. Le montant de la taxe principale d'un mandat ordinaire ne peut pas excéder 22,86 DTS.

3. La taxe d'un mandat de versement doit être inférieure à la taxe d'un mandat ordinaire de même montant.

4. Les mandats échangés, par l'intermédiaire d'un pays partie au présent Arrangement, entre un pays contractant et un pays non contractant, peuvent être soumis, par l'Administration intermédiaire, à une taxe supplémentaire et proportionnelle de 1/4 pour cent, mais au minimum de 0,82 DTS et au maximum de 1,63 DTS, prélevée sur le montant du titre; cette taxe peut toutefois être perçue sur l'expéditeur et attribuée à l'Administration du pays intermédiaire si les Administrations intéressées se sont mises d'accord à cet effet.

5. Les taxes facultatives suivantes peuvent être perçues sur le bénéficiaire:

a) une taxe de remise, lorsque le paiement est effectué à domicile;

b) une taxe, lorsque le montant est inscrit au crédit d'un compte courant postal;

c) éventuellement, la taxe de visa pour date prévue à l'article 6, paragraphe 4;

d) la taxe visée à l'article 26, paragrahe 1, lettre e), de la Convention, lorsque le mandat est adressé «Poste restante»;

e) éventuellement, la taxe complémentaire d'exprès.

6. Si des autorisations de paiement sont exigibles en vertu des dispositions du Règlement d'exécution du présent Arrangement, et si aucune faute de service n'a été commise, une taxe «d'autorisation de paiement» égale à celle que prévoit l'article 26, paragraphe 1, lettre o), de la Convention, peut être perçue sur l'expéditeur ou sur le bénéficiaire, sauf si cette taxe a déjà été perçue pour la réclamation ou l'avis de paiement.

7. Les mandats tant à l'émission qu'au paiement ne peuvent être soumis à aucune taxe ou à aucun droit autres que ceux qui sont prévus par le présent Arrangement.

8. Sont exonérés de toutes taxes les mandats relatifs au service postal échangés dans les conditions prévues à l'article 16 de la Convention.

Article 5

Modalités d'échange

1. L'échange par la voie postale s'opère, au choix des Administrations, soit au moyen de mandats ordinaires ou de versement, directement entre bureau d'émission et bureau de paiement, soit au moyen de listes par l'intermédiaire de bureaux dits «bureaux d'échange» désignés par l'Administration de chacun des pays contractants.

2. L'échange par la voie télégraphique s'opère par télégramme-mandat adressé directement au bureau de paiement. Toutefois, les Administrations concernées peuvent également convenir d'utiliser un moyen de télécommunication autre que le télégraphe pour la transmission des mandats télégraphiques.

5. Telegrafische Anweisungen unterliegen den Bestimmungen der den Internationalen Fernmeldevertrag ergänzenden Vollzugsordnung für den Telegrafendienst.

Artikel 4

Gebühren

1. Vorbehaltlich der §§ 2 und 3 bestimmt die Einlieferungsverwaltung frei die bei der Einzahlung zu erhebende Gebühr. Zusätzlich zu dieser Grundgebühr erhebt sie gegebenenfalls Gebühren für besondere Dienstleistungen (Verlangen eines Auszahlungsscheins oder einer Gutschriftanzeige, Verlangen der Eilzustellung usw.).

2. Der Betrag der Grundgebühr für eine gewöhnliche Anweisung darf 22,86 SZR nicht übersteigen.

3. Die Gebühr für eine Zahlkarte muß niedriger sein als die Gebühr für eine gewöhnliche Anweisung mit dem gleichen Betrag.

4. Anweisungen, die durch Vermittlung eines diesem Abkommen beigetretenen Landes zwischen einem solchen und einem dem Abkommen nicht beigetretenen Land ausgetauscht werden, können von der Vermittlungsverwaltung mit einer gestaffelten Ergänzungsgebühr von 1/4 v. H. des eingezahlten Betrags, mindestens jedoch 0,82 SZR und höchstens 1,63 SZR, belegt werden, die vom Anweisungsbetrag abgezogen wird; diese Gebühr kann jedoch auch vom Absender erhoben und der Verwaltung des Vermittlungslands gutgeschrieben werden, wenn sich die beteiligten Verwaltungen hierauf geeinigt haben.

5. Folgende Gebühren können gegebenenfalls vom Empfänger erhoben werden:

a) eine Zustellgebühr, wenn die Anweisung in der Wohnung ausgezahlt wird;

b) eine Gebühr, wenn der Betrag einem Postgirokonto gutgeschrieben wird;

c) gegebenenfalls die Gültigkeitsvermerkgebühr nach Artikel 6 § 4;

d) die Gebühr nach Artikel 26 § 1 Buchstabe e des Weltpostvertrags, wenn es sich um eine postlagernde Anweisung handelt;

e) gegebenenfalls die Ergänzungsgebühr für Eilbotensendungen.

6. Sind gemäß den Bestimmungen der Vollzugsordnung zu diesem Abkommen Auszahlungsermächtigungen erforderlich und liegt kein Dienstversehen vor, so kann beim Absender oder beim Empfänger für die Auszahlungsermächtigung die gleiche Gebühr wie die nach Artikel 26 § 1 Buchstabe o des Weltpostvertrags erhoben werden, es sei denn, diese Gebühr ist bereits für die Nachforschung oder den Auszahlungsschein erhoben worden.

7. Die Anweisungen unterliegen sowohl bei der Einzahlung als auch bei der Auszahlung keinen anderen als den in diesem Abkommen vorgesehenen Gebühren.

8. Postdienstliche Anweisungen, die nach Maßgabe des Artikels 16 des Weltpostvertrags ausgetauscht werden, sind von allen Gebühren befreit.

Artikel 5

Modalitäten des Austauschs

1. Der Austausch auf dem Postweg erfolgt nach Wahl der Verwaltungen entweder mittels gewöhnlicher Anweisungen oder Zahlkarten unmittelbar zwischen dem Einlieferungsamt und dem Bestimmungsamt oder im Listenverfahren durch Vermittlung der sogenannten Auswechslungsämter, die von der Verwaltung jedes der vertragschließenden Länder bestimmt werden.

2. Der Austausch auf dem Telegrafenweg erfolgt mittels Überweisungstelegramm, das unmittelbar an das Bestimmungsamt gerichtet wird. Die beteiligten Verwaltungen können jedoch vereinbaren, die telegrafischen Anweisungen über andere Fernmeldewege als den Telegrafenweg zu übermitteln.

3. Les Administrations peuvent aussi convenir d'un système d'échange mixte, si l'organisation interne de leurs services respectifs l'exige. Dans ce cas, l'échange s'opère au moyen de cartes directement entre des bureaux de poste de l'une des Administrations et le bureau d'échange de l'Administration correspondante.

4. Les mandats prévus aux paragraphes 1 et 3 peuvent être présentés au pays destinataire sur bandes magnétiques ou sur tout autre support convenu entre les Administrations. Les Administrations de destination peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des mandats émis. Les conditions d'échange sont alors fixées dans des conventions particulières adoptées par les Administrations concernées.

5. Les Administrations peuvent convenir d'utiliser des moyens d'échange autres que ceux prévus aux paragraphes 1 à 4.

3. Die Verwaltungen können auch ein gemischtes Verfahren vereinbaren, falls die interne Organisation ihrer jeweiligen Dienste dies erfordert. In diesem Fall findet der Austausch unmittelbar zwischen Postämtern der einen Verwaltung und dem Auswechslungsamt der anderen Verwaltung im Kartenverfahren statt.

4. Die in den §§ 1 und 3 vorgesehenen Anweisungen können dem Bestimmungsland auf Magnetband oder auf jedem anderen zwischen den Verwaltungen vereinbarten Datenträger übersandt werden. Die Bestimmungsverwaltungen können statt der eingelieferten Anweisungen Formblätter ihres inneren Dienstes verwenden. Die Austauschbedingungen werden dann von den beteiligten Verwaltungen in Sonderabkommen festgelegt.

5. Die Verwaltungen können vereinbaren, andere als die in den §§ 1 bis 4 vorgesehenen Austauschverfahren anzuwenden.

Article 6

Palement des mandats

1. La validité des mandats s'étend:

a) en règle générale, jusqu'à l'expiration du premier mois qui suit celui de l'émission;

b) après accord entre Administrations intéressées, jusqu'à l'expiration du troisième mois qui suit celui de l'émission.

2. Après ces délais, les mandats parvenus directement aux bureaux de paiement ne sont payés que s'ils sont revêtus d'un «visa pour date» donné, par le service désigné par l'Administration d'émission, à la requête du bureau de paiement. Les mandats parvenus aux Administrations de destination selon l'article 5, paragraphe 4, ne peuvent pas bénéficier du visa pour date.

3. Le visa pour date confère au mandat, à partir du jour où il est donné, une nouvelle validité dont la durée est celle qu'aurait un mandat émis le même jour.

4. Si le non-paiement avant expiration du délai de validité ne résulte pas d'une faute de service, il peut être perçu une taxe dite «de visa pour date» égale à celle qui est prévue à l'article 26, paragraphe 1, lettre o), de la Convention.

5. Lorsqu'un même expéditeur a fait émettre, le même jour, au profit du même bénéficiaire, plusieurs mandats dont le montant total excède le maximum adopté par l'Administration de paiement, celle-ci est autorisée à échelonner le paiement des titres de façon que la somme payée au bénéficiaire, dans une même journée, n'excède pas ce maximum.

6. Le paiement des mandats est effectué selon la réglementation du pays de paiement.

Artikel 6

Auszahlung von Anweisungen

1. Anweisungen bleiben gültig

a) im allgemeinen bis zum Ablauf des ersten Monats, der auf den Monat der Einlieferung folgt;

b) auf Grund von Vereinbarungen zwischen den beteiligten Verwaltungen bis zum Ablauf des dritten auf den Einlieferungsmonat folgenden Monats.

2. Nach Ablauf dieser Fristen dürfen Anweisungen, die unmittelbar bei den Bestimmungsämtern eingegangen sind, nur ausgezahlt werden, wenn sie mit einem Gültigkeitsvermerk versehen sind, der von der durch die Einlieferungsverwaltung dazu bestimmten Dienststelle auf Verlangen des Bestimmungsamts erteilt wird. Für Anweisungen, die gemäß Artikel 5 § 4 bei den Bestimmungsverwaltungen eingegangen sind, kann kein Gültigkeitsvermerk erteilt werden.

3. Durch den Gültigkeitsvermerk erhält die Anweisung, vom Tag der Erteilung an gerechnet, eine neue Gültigkeit, die der einer gleichzeitig ausgestellten Anweisung entspricht.

4. Wenn eine Anweisung nicht vor Ablauf der Gültigkeitsfrist ausgezahlt worden ist und die unterbliebene Auszahlung nicht auf ein Dienstversehen zurückzuführen ist, kann eine sogenannte Gültigkeitsvermerkgebühr erhoben werden, die der Gebühr nach Artikel 26 § 1 Buchstabe o des Weltpostvertrags entspricht.

5. Wenn derselbe Absender am selben Tag mehrere, an denselben Empfänger gerichtete Anweisungen eingeliefert hat, deren Gesamtbetrag den von der Bestimmungsverwaltung festgesetzten Höchstbetrag je Anweisung übersteigt, kann die Bestimmungsverwaltung die Anweisungen in Teilbeträgen auszahlen, so daß der dem Empfänger an einem Tag ausgezahlte Betrag diesen Höchstbetrag nicht überschreitet.

6. Die Anweisungen werden nach den Bestimmungen des Bestimmungslands ausgezahlt.

Article 7

Réexpédition

1. En cas de changement de résidence du bénéficiaire et dans les limites où fonctionne un service de mandats entre le pays réexpéditeur et le pays de nouvelle destination, tout mandat peut être réexpédié par voie postale ou télégraphique soit à la demande de l'expéditeur, soit à celle du bénéficiaire. Dans ce cas, l'article 39, paragraphes 1, 6 et 7, de la Convention est applicable par analogie.

2. En cas de réexpédition, la taxe de poste restante et la taxe complémentaire d'exprès sont annulées (article 39, paragraphe 10, de la Convention).

3. La réexpédition d'un mandat de versement sur un autre pays de destination n'est pas admise.

Artikel 7

Nachsendung

1. Bei Änderung des Aufenthaltsorts des Empfängers und in dem Rahmen, in dem zwischen dem nachsendenden und dem neuen Bestimmungsland ein Anweisungsdienst besteht, kann jede Anweisung auf Verlangen des Absenders oder des Empfängers auf dem Post- oder Telegrafenweg nachgesandt werden. In diesem Fall gilt Artikel 39 §§ 1, 6 und 7 des Weltpostvertrags entsprechend.

2. Im Fall einer Nachsendung werden die Gebühr für postlagernde Sendungen und die Ergänzungsgebühr für Eilbotensendungen gestrichen (Artikel 39 § 10 des Weltpostvertrags).

3. Die Nachsendung einer Zahlkarte in ein anderes Bestimmungsland ist nicht zugelassen.

Article 8

Réclamations

Les dispositions de l'article 47 de la Convention sont applicables.

Artikel 8

Nachforschungsanträge

Es gelten die Bestimmungen des Artikels 47 des Weltpostvertrags.

Article 9

Responsabilité

1. Principe

Les Administrations postales sont responsables des sommes versées jusqu'au moment où les mandats ont été régulièrement payés.

2. Exceptions

Les Administrations postales sont dégagées de toute responsabilité:

a) en cas de retard dans la transmission et le paiement des mandats;

b) lorsque, par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure, elles ne peuvent rendre compte du paiement d'un mandat à moins que la preuve de leur responsabilité n'ait été autrement administrée;

c) à l'expiration du délai de prescription visé à l'article RE 612;

d) s'il s'agit d'une contestation de la régularité du paiement, à l'expiration du délai prévu à l'article 47, paragraphe 1, de la Convention.

3. Détermination de la responsabilité

3.1. Sous réserve des paragraphes 3.2 à 3.5 ci-après, la responsabilité incombe à l'Administration d'émission.

3.2 La responsabilité incombe à l'Administration de paiement si elle n'est pas en mesure d'établir que le paiement a eu lieu dans les conditions prescrites par sa réglementation.

3.3 La responsabilité incombe à l'Administration postale du pays où l'erreur s'est produite:

a) s'il s'agit d'une erreur de service, y compris l'erreur de conversion;

b) s'il s'agit d'une erreur de transmission télégraphique commise à l'intérieur du pays d'émission ou du pays de paiement.

3.4 La responsabilité incombe à l'Administration d'émission et à l'Administration de paiement par parts égales:

a) si l'erreur est imputable aux deux Administrations ou s'il n'est pas possible d'établir dans quel pays l'erreur s'est produite;

b) si une erreur de transmission télégraphique s'est produite dans un pays intermédiaire;

c) s'il n'est pas possible d'établir le pays où cette erreur de transmission s'est produite.

3.5 Sous réserve du paragraphe 3.2, la responsabilité incombe:

a) en cas de paiement d'un faux mandat, à l'Administration du pays sur le territoire duquel le mandat a été introduit dans le service;

b) en cas de paiement d'un mandat dont le montant a été frauduleusement majoré, à l'Administration du pays dans lequel le mandat a été falsifié; toutefois, le dommage est supporté par parts égales par les Administrations d'émission et de paiement lorsqu'il n'est pas possible de déterminer le pays où la falsification est intervenue ou lorsqu'il ne peut être obtenu réparation d'une falsification commise dans un pays intermédiaire qui ne participe pas au service des mandats sur la base du présent Arrangement.

Artikel 9

Haftung

1. Grundsatz

Die Postverwaltungen haften für die auf Anweisungen eingezahlten Beträge bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Beträge ordnungsgemäß ausgezahlt worden sind.

2. Ausnahmen

Die Postverwaltungen sind von jeder Haftung frei:

a) im Fall einer Verzögerung bei der Übermittlung und der Auszahlung der Anweisungen;

b) wenn sie über die Auszahlung einer Anweisung deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere infolge höherer Gewalt vernichtet worden sind, es sei denn, daß ihre Haftpflicht nachgewiesen werden kann;

c) nach Ablauf der Verjährungsfrist nach Artikel RE 612;

d) nach Ablauf der Frist nach Artikel 47 § 1 des Weltpostvertrags, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Auszahlung bestritten wird.

3. Regelung der Haftung

3.1 Vorbehaltlich der §§ 3.2 bis 3.5 haftet die Einlieferungsverwaltung.

3.2 Die Bestimmungsverwaltung haftet, wenn sie nicht nachweisen kann, daß die Auszahlung nach ihren Bestimmungen erfolgt ist.

3.3 Sofern es sich um

a) ein Dienstversehen, einschließlich Umrechnungsfehler oder

b) einen telegrafischen Übermittlungsfehler, der im Einlieferungs- oder Bestimmungsland unterlaufen ist, handelt,

haftet die Postverwaltung des Landes, in dem das Versehen vorgekommen ist.

3.4 Die Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltung haften zu gleichen Teilen, wenn

a) beide Verwaltungen ein Versehen begangen haben oder es nicht möglich ist, festzustellen, in welchem Land das Versehen vorgekommen ist;

b) ein telegrafischer Übermittlungsfehler in einem Durchgangsland unterlaufen ist;

c) das Land nicht festzustellen ist, in dem dieser Übermittlungsfehler unterlaufen ist.

3.5 Vorbehaltlich des § 3.2 haftet bei der Auszahlung

a) einer gefälschten Anweisung die Verwaltung des Landes, in dem die Anweisung in den Verkehr gebracht worden ist;

b) einer durch betrügerische Erhöhung des Betrags verfälschten Anweisung die Verwaltung des Landes, in dem die Anweisung verfälscht worden ist; der Schaden wird jedoch zu gleichen Teilen von der Einlieferungs- und Bestimmungsverwaltung getragen, wenn das Land nicht festgestellt werden kann, in dem die Fälschung vorgenommen worden ist, oder wenn kein Ersatz für den durch die Fälschung entstandenen Schaden erlangt werden kann, weil sie in einem Durchgangsland, das am Postanweisungsaustausch auf Grund dieses Abkommens nicht teilnimmt, begangen worden ist.

4. Paiement des sommes dues. Recours

4.1 L'obligation de désintéresser le réclamant incombe à l'Administration de paiement si les fonds sont à remettre au bénéficiaire; elle incombe à l'Administration d'émission si leur restitution doit être faite à l'expéditeur.

4.2 Quelle que soit la cause du remboursement, la somme à rembourser ne peut dépasser celle qui a été versée.

4.3 L'Administration qui a désintéressé le réclamant a le droit d'exercer le recours contre l'Administration responsable du paiement irrégulier.

4.4. L'Administration qui a supporté en dernier lieu le dommage a un droit de recours, jusqu'à concurrence de la somme payée, contre l'expéditeur, contre le bénéficiaire ou contre des tiers.

5. Délai de paiement

5.1 Le versement des sommes dues aux réclamants doit avoir lieu le plus tôt possible, dans un délai limite de six mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

5.2 L'Administration qui, selon l'article 9, paragraphe 4.1, doit désintéresser le réclamant peut exceptionnellement différer le versement au-delà de ce délai si, malgré la diligence apportée à l'instruction de l'affaire, ledit délai n'a pas été suffisant pour permettre de déterminer la responsabilité.

5.3 L'Administration auprès de laquelle la réclamation a été introduite est autorisée à désintéresser le réclamant pour le compte de l'Administration responsable lorsque celle-ci, régulièrement saisie, a laissé s'écouler cinq mois sans donner de solution définitive à la réclamation.

6. Remboursement à l'Administration intervenante

6.1 L'Administration pour le compte de laquelle le réclamant a été désintéressé est tenue de rembourser à l'Administration intervenante le montant de ses débours dans un délai de quatre mois à compter de l'envoi de la notification du paiement.

6.2 Ce remboursement s'effectue sans frais pour l'Administration créancière:

a) par l'un des procédés de paiement prévus à l'article 103, paragraphe 6, du Règlement d'exécution de la Convention;

b) sous réserve d'accord, par inscription au crédit de l'Administration de ce pays dans le compte des mandats. Cette inscription est effectuée d'office si la demande d'accord n'a pas reçu de réponse dans le délai visé au paragraphe 6.1.

6.3 Passé le délai de quatre mois, la somme due à l'Administration créancière est productive d'intérêt, à raison de 6 pour cent par an, à compter du jour d'expiration dudit délai.

4. Zahlung der geschuldeten Beträge. Rückgriff

4.1 Die Verpflichtung zur Entschädigung des Berechtigten obliegt der Bestimmungsverwaltung, wenn der Betrag dem Empfänger der Anweisung auszuzahlen ist; sie obliegt der Einlieferungsverwaltung, wenn er an den Absender der Anweisung zu zahlen ist.

4.2 Unabhängig vom Grund der Erstattung darf die erstattete Summe nicht den eingezahlten Betrag überschreiten.

4.3 Die Verwaltung, die den Berechtigten entschädigt hat, kann bei der Verwaltung Rückgriff nehmen, die für die unrichtige Auszahlung haftet.

4.4 Die Verwaltung, die den Schaden getragen hat, kann bis zur Höhe des gezahlten Betrags Rückgriff bei dem Absender der Anweisung, dem Empfänger der Anweisung oder bei Dritten nehmen.

5. Zahlungsfrist

5.1 Der den Berechtigten zu zahlende Betrag muß möglichst bald, spätestens nach sechs Monaten, vom Tag nach der Nachfrage an gerechnet, gezahlt werden.

5.2 Die Verwaltung, die nach Artikel 9 § 4.1 den Berechtigten zu entschädigen hat, kann die Zahlung ausnahmsweise über diese Frist hinausschieben, wenn die Frist trotz aller Sorgfalt bei der Untersuchung des Falls nicht ausreichte, die Haftung festzustellen.

5.3 Die Verwaltung, bei der der Nachforschungsantrag einging, kann den Berechtigten auf Rechnung der verantwortlichen Verwaltung entschädigen, wenn diese fünf Monate hat verstreichen lassen, nachdem sie ordungsgemäß mit der Angelegenheit befaßt wurde, ohne die Nachforschung endgültig zu erledigen.

6. Erstattung an die vermittelnde Verwaltung

6.1 Die Verwaltung, für deren Rechnung der Berechtigte entschädigt worden ist, hat der vermittelnden Verwaltung den ausgelegten Betrag innerhalb von vier Monaten, vom Tage der Absendung der Mitteilung über die geleistete Zahlung an gerechnet, zu erstatten.

6.2 Die Erstattung erfolgt ohne Kosten für die Gläubigerverwaltung

a) auf einem der Zahlungswege, die in Artikel 103 § 6 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag vorgesehen sind;

b) bei Einverständnis der Gläubigerverwaltung durch Gutschrift in der Rechnung über ausgezahlte Anweisungen. Diese Gutschrift erfolgt von Amts wegen, wenn die Bitte um Einverständnis innerhalb der in § 6.1 vorgesehenen Frist unbeantwortet bleibt.

6.3 Vom Tag des Ablaufs der Viermonatsfrist an gerechnet ist der der Gläubigerverwaltung geschuldete Betrag mit 6 v.H. jährlich zu verzinsen.

Article 10

Rémunération de l'Administration de paiement

1. L'Administration d'émission attribue à l'Administration de paiement pour chaque mandat ordinaire payé une rémunération dont le taux est fixé, en fonction du montant moyen des mandats compris dans un même compte mensuel, à:

- 0,65 DTS jusqu'à 65,34 DTS;
- 0,82 DTS au-delà de 65,34 DTS et jusqu'à 130,68 DTS;
- 0,98 DTS au-delà de 130,68 DTS et jusqu'à 196,01 DTS;
- 1,21 DTS au-delà de 196,01 DTS et jusqu'à 261,35 DTS;
- 1,47 DTS au-delà de 261,35 DTS et jusqu'à 326,69 DTS;
- 1,73 DTS au-delà de 326,69 DTS.

Artikel 10

Vergütung für die Bestimmungsverwaltung

1. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der Bestimmungsverwaltung für jede ausgezahlte gewöhnliche Anweisung eine Vergütung, deren Höhe entsprechend dem in einer Monatsrechnung ausgewiesenen Durchschnittsbetrag der Anweisungen festgesetzt ist auf

- 0,65 SZR bis 65,34 SZR;
- 0,82 SZR über 65,34 SZR bis 130,68 SZR;
- 0,98 SZR über 130,68 SZR bis 196,01 SZR;
- 1,21 SZR über 196,01 SZR bis 261,35 SZR;
- 1,47 SZR über 261,35 SZR bis 326,69 SZR;
- 1,73 SZR über 326,69 SZR.

2. Toutefois, les Administrations concernées peuvent, à la demande de l'Administration de paiement, convenir d'une rémunération supérieure à celle qui est fixée au paragraphe 1 lorsque la taxe perçue à l'émission est supérieure à 8,17 DTS.

3. Les mandats de versement et les mandats émis en franchise ne donnent lieu à aucune rémunération.

4. Pour les mandats échangés au moyen de listes, en sus de la rémunération prévue au paragraphe 1, une rémunération supplémentaire de 0,16 DTS est attribuée à l'Administration de paiement. Le paragraphe 2 s'applique par analogie aux mandats échangés au moyen de listes.

5. L'Administration d'émission attribue à l'Administration de paiement une rémunération additionnelle de 0,13 DTS pour chaque mandat payé en main propre.

Article 11

Etablissement des comptes

1. Chaque Administration de paiement établit, pour chaque Administration d'émission, un compte mensuel conforme au modèle MP 5 ci-annexé, des sommes payées pour les mandats ordinaires ou un compte mensuel MP 15 ci-annexé du montant des listes reçues pendant le mois pour les mandats échangés au moyen de listes; les comptes mensuels sont incorporés, périodiquement, dans un compte général qui donne lieu à la détermination d'un solde.

2. En cas d'application du système d'échange mixte prévu à l'article RE 503, chaque Administration de paiement établit un compte mensuel des sommes payées, si les mandats parviennent de l'Administration d'émission directement à ses bureaux de paiement, ou un compte mensuel du montant des mandats reçus pendant le mois, si les mandats parviennent des bureaux de poste de l'Administration d'émission à son bureau d'échange.

3. Lorsque les mandats ont été payés dans des monnaies différentes, la créance la plus faible est convertie en la monnaie de la créance la plus forte, en prenant pour base de la conversion le cours moyen officiel du change dans le pays de l'Administration débitrice pendant la période à laquelle le compte se rapporte; ce cours moyen doit être calculé uniformément à quatre décimales.

4. Le règlement des comptes peut aussi avoir lieu sur la base des comptes mensuels, sans compensation.

Article 12

Règlement des comptes

1. Sauf entente spéciale, le paiement du solde du compte général ou du montant des comptes mensuels a lieu dans la monnaie que l'Administration créancière applique au paiement des mandats.

2. Toute Administration peut entretenir auprès de l'Administration du pays correspondant un avoir sur lequel sont prélevées les sommes dues.

3. Toute Administration qui se trouve à découvert vis-à-vis d'une autre Administration d'une somme dépassant les limites fixées par le Règlement est en droit de réclamer le versement d'un acompte.

4. En cas de non-paiement dans les délais fixés par le Règlement, les sommes dues sont productives d'un intérêt de 6 pour cent par an, à dater du jour d'expiration desdits délais jusqu'au jour du paiement.

5. Il ne peut être porté atteinte par aucune mesure unilatérale, telle que moratoire, interdiction de transfert, etc., aux dispositions du présent Arrangement et de son Règlement d'exécution relatives à l'établissement et au règlement des comptes.

2. Gleichwohl können sich die beteiligten Verwaltungen auf Antrag der Bestimmungsverwaltung auf eine höhere als die in § 1 festgesetzte Vergütung einigen, wenn die bei der Einzahlung erhobene Gebühr höher ist als 8,17 SZR.

3. Für Zahlkarten und gebührenfrei angenommene Anweisungen wird keine Vergütung gezahlt.

4. Für Anweisungen, die im Listenverfahren ausgetauscht werden, wird über die in § 1 vorgesehene Vergütung hinaus eine zusätzliche Vergütung von 0,16 SZR an die Bestimmungsverwaltung gezahlt. § 2 gilt für Anweisungen, die im Listenverfahren ausgetauscht werden, entsprechend.

5. Die Einlieferungsverwaltung zahlt der Bestimmungsverwaltung für jede eigenhändig ausgezahlte Anweisung eine zusätzliche Vergütung von 0,13 SZR.

Artikel 11

Ausstellung der Rechnungen

1. Jede Bestimmungsverwaltung stellt für jede Einlieferungsverwaltung eine Monatsrechnung nach dem Muster der Anlage MP 5 über die auf gewöhnliche Anweisungen ausgezahlten Beträge oder eine Monatsrechnung nach dem Muster der Anlage MP 15 über die Summe der Listen aus, die sie während des Monats für im Listenverfahren ausgetauschte Anweisungen empfangen hat; die Monatsrechnungen werden in bestimmten regelmäßigen Zeitabschnitten zur Feststellung des Saldos in einer Hauptrechnung zusammengefaßt.

2. Bei Anwendung des in Artikel RE 503 vorgesehenen gemischten Verfahrens stellt jede Bestimmungsverwaltung eine Monatsrechnung über die ausgezahlten Beträge aus, falls die Anweisungen von der Einlieferungsverwaltung unmittelbar den Auszahlungsstellen der Bestimmungsverwaltung zugehen; oder sie stellt eine Monatsrechnung über den Betrag der während des Monats erhaltenen Anweisungen aus, falls die Anweisungen von den Postämtern der Einlieferungsverwaltung dem Auswechslungsamt der Bestimmungsverwaltung zugehen.

3. Sind die Anweisungen in verschiedenen Währungen ausgezahlt worden, so wird die geringere Forderung in die Währung der größeren umgerechnet; bei der Umrechnung wird der für den Abrechnungszeitabschnitt in dem Land der Schuldnerverwaltung amtlich festgestellte Devisenkurs zugrunde gelegt; dieser mittlere Kurs muß einheitlich auf vier Dezimalstellen berechnet werden.

4. Die Rechnungen können auch ohne Bildung des Saldos auf Grund der Monatsrechnungen beglichen werden.

Artikel 12

Begleichung der Rechnungen

1. Sofern nichts anderes vereinbart wird, ist der Saldo der Hauptrechnung oder der Betrag der Monatsrechnungen in der Währung zu zahlen, in der die Gläubigerverwaltung die Anweisungen auszahlt.

2. Jede Verwaltung kann bei der Verwaltung eines anderen Landes ein Guthaben unterhalten, von dem die geschuldeten Beträge abgebucht werden.

3. Jede Verwaltung, der eine andere Verwaltung einen Betrag schuldet, der die von der Vollzugsordnung festgesetzten Grenzen überschreitet, kann die Zahlung eines Abschlags verlangen.

4. Bei unterbliebener Zahlung innerhalb der in der Vollzugsordung festgesetzten Fristen sind die geschuldeten Beträge vom Tag des Ablaufs dieser Fristen an bis zum Tag der Zahlung mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

5. Die Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Vollzugsordnung über die Ausstellung und Begleichung der Rechnungen dürfen durch keinerlei einseitige Maßnahmen wie Moratorien, Transferverbot usw. verletzt werden.

Article 13

Dispositions finales

1. La Convention est applicable, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

2. L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

3. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement

3.1 Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement d'exécution doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

3.2 Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement d'exécution du présent Arrangement, qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil exécutif pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès, doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil exécutif qui sont parties à l'Arrangement.

3.3 Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions;

b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement;

c) la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

4. Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1er janvier 1991 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

Artikel 13

Schlußbestimmungen

1. Der Weltpostvertrag ist gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die nicht ausdrücklich in diesem Abkommen geregelt sind.

2. Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Abkommen.

3. Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen

3.1 Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser bei dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

3.2 Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Abkommen, die vom Kongreß an den Vollzugsrat zur Entscheidung verwiesen oder in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht wurden, bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der Mitglieder des Vollzugsrats, die an diesem Abkommen teilnehmen.

3.3 Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten

a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen handelt;

b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um Änderungen zu Bestimmungen dieses Abkommens handelt;

c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens handelt.

4. Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1991 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die bei dem Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington am 14. Dezember 1989.

Postgiroabkommen

Arrangement concernant le service des chèques postaux

(Übersetzung)

Table des matières

Chapitre I
Dispositions préliminaires

Article

1. Objet de l'Arrangement
2. Différentes catégories de prestations offertes par le service des chèques postaux

Chapitre II
Le virement

3. Conditions d'admission et d'exécution des ordres de virement
4. Responsabilité

Chapitre III
Le versement

5. Le versement

Chapitre IV
Le paiement par mandat

6. Modalités d'exécution des paiements par mandat

Chapitre V
Le paiement par chèque d'assignation

7. Emission des chèques d'assignation
8. Paiement des chèques d'assignation
9. Responsabilité
10. Rémunération de l'Administration de paiement

Chapitre VI
Autres modes d'échange des paiements

11. Autres modes d'échange des paiements

Chapitre VII
Le postchèque

12. Délivrance des postchèques
13. Paiement
14. Responsabilité
15. Rémunération de l'Administration de paiement

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I
Einleitende Bestimmungen

Artikel

1 Gegenstand des Abkommens
2 Verschiedene Arten von Leistungen des Postgirodienstes

Kapitel II
Überweisungen

3 Zulassungs- und Durchführungsbedingungen für Überweisungsaufträge
4 Haftung

Kapitel III
Einzahlungen

5 Einzahlungen

Kapitel IV
Auszahlungen durch Anweisung

6 Arten der Auszahlung durch Anweisung

Kapitel V
Auszahlungen durch Zahlungsanweisung

7 Ausstellung der Zahlungsanweisungen
8 Auszahlung der Zahlungsanweisungen
9 Haftung
10 Vergütung für die Bestimmungsverwaltung

Kapitel VI
Andere Arten des Zahlungsaustausches

11 Andere Arten des Zahlungsaustausches

Kapitel VII
Postcheques

12 Ausgabe von postcheques
13 Auszahlung
14 Haftung
15 Vergütung für die auszahlende Verwaltung

Chapitre VIII

Dispositions diverses

Article

16. Dispositions diverses

Chapitre IX

Dispositions finales

17. Dispositions finales

Kapitel VIII

Verschiedene Bestimmungen

Artikel

16 Verschiedene Bestimmungen

Kapitel IX

Schlußbestimmungen

17 Schlußbestimmungen

Arrangement concernant le service des chèques postaux

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Chapitre I

Dispositions préliminaires

Article premier

Objet de l'Arrangement

1. Le présent Arrangement régit l'ensemble des prestations que le service des chèques postaux est en mesure d'offrir aux usagers des comptes courants postaux et que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

2. Des organismes non postaux peuvent participer, par l'intermédiaire du service des chèques postaux, à l'échange régi par les dispositions du présent Arrangement. Il appartient à ces organismes de s'entendre avec l'Administration postale de leur pays pour assurer la complète exécution de toutes les clauses de l'Arrangement et, dans le cadre de cette entente, pour exercer leurs droits et remplir leurs obligations en tant qu'organisations postales définies par le présent Arrangement. L'Administration postale leur sert d'intermédiaire dans leurs relations avec les Administrations postales des autres pays contractants et avec le Bureau international.

Article 2

Différentes catégories de prestations offertes par le service des chèques postaux

1. *Le virement*

1.1 Le titulaire d'un compte courant postal demande, par débit de son compte, l'inscription d'un montant au crédit du compte courant postal du bénéficiaire ou, selon un accord conclu entre les Administrations concernées, au crédit d'autres types de comptes.

1.2 Le virement ordinaire est transmis par la voie postale.

1.3 Le virement télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

2. *Le versement à un compte courant postal*

2.1 L'expéditeur remet des fonds au guichet d'un bureau de poste et demande l'inscription du montant au crédit du compte courant postal du bénéficiaire ou, selon un accord conclu entre les Administrations concernées, au crédit d'autres types de comptes.

2.2 Le versement ordinaire est transmis par la voie postale.

2.3 Le versement télégraphique est transmis par la voie des télécommunications.

3. *Le paiement par mandat ou par chèque d'assignation*

3.1 Le titulaire d'un compte courant postal demande, par débit de son compte, le paiement d'un montant en numéraire au bénéficiaire.

Postgiroabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien angenommenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Kapitel I

Einleitende Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

1. Dieses Abkommen regelt alle Leistungen, die der Postgirodienst den Benutzern von Postgirokonten anbieten kann und deren Durchführung die vertragschließenden Länder in ihren gegenseitigen Beziehungen vereinbaren.

2. Postfremde Stellen können über den Postgirodienst am Austausch, wie er durch die Bestimmungen dieses Abkommens geregelt ist, teilnehmen. Es obliegt diesen postfremden Stellen, sich mit der Postverwaltung ihres Landes abzusprechen, damit die vollständige Durchführung aller Bestimmungen dieses Abkommens gewährleistet ist und damit sie im Rahmen dieser Absprache ihre Rechte und Pflichten ausüben, die ihnen als postalische Organisationen, wie sie durch dieses Abkommen definiert sind, zukommen. Die Postverwaltung dient ihnen als Vermittlerin im Verkehr mit den Postverwaltungen der anderen vertragschließenden Länder und mit dem Internationalen Büro.

Artikel 2

Verschiedene Arten von Leistungen des Postgirodienstes

1. *Überweisung*

1.1 Der Inhaber eines Postgirokontos verlangt die Gutschrift eines Betrags durch Belastung seines eigenen Kontos auf das Postgirokonto des Empfängers oder – nach einer zwischen den beteiligten Verwaltungen getroffenen Vereinbarung – auf andere Arten von Konten.

1.2 Gewöhnliche Überweisungen werden auf dem Postweg übersandt.

1.3 Telegrafische Überweisungen werden auf dem Fernmeldeweg übermittelt.

2. *Einzahlung auf ein Postgirokonto*

2.1 Der Absender zahlt einen Betrag am Schalter eines Postamts ein und verlangt die Gutschrift des Betrags auf das Postgirokonto des Empfängers oder – nach einer zwischen den beteiligten Verwaltungen getroffenen Vereinbarung – auf andere Arten von Konten.

2.2 Gewöhnliche Einzahlungsaufträge werden auf dem Postweg übersandt.

2.3 Telegrafische Einzahlungsaufträge werden auf dem Fernmeldeweg übermittelt.

3. *Auszahlung durch Anweisung oder Zahlungsanweisung*

3.1 Der Inhaber eines Postgirokontos verlangt die Barauszahlung eines Betrags an den Empfänger durch Belastung seines eigenen Kontos.

3.2 Le paiement ordinaire utilise la voie postale.

3.3 Le paiement télégraphique utilise la voie des télécommunications.

4. *Le postchèque*

4.1 Le postchèque est un titre international qui peut être délivré aux titulaires de comptes courants postaux et payable à vue dans les bureaux de poste des pays participant au service.

4.2 Le postchèque peut également être remis en paiement à des tiers après entente entre les Administrations contractantes.

5. *Autres prestations*

Les Administrations postales peuvent convenir dans leurs relations bilatérales ou multilatérales d'instaurer d'autres prestations dont les modalités sont à définir entre les Administrations intéressées.

3.2 Gewöhnliche Auszahlungsaufträge werden auf dem Postweg übersandt.

3.3 Telegrafische Auszahlungsaufträge werden auf dem Fernmeldeweg übermittelt.

4. *Postcheque*

4.1 Der postcheque ist ein internationaler Beleg, der an Inhaber von Postgirokonten ausgegeben werden kann und in den Postämtern der an diesem Dienst teilnehmenden Länder gegen Vorlage eingelöst wird.

4.2 Der postcheque kann auch, sofern die vertragschließenden Verwaltungen dies vereinbart haben, Dritten an Zahlungs Statt ausgehändigt werden.

5. *Weitere Leistungen*

Die Postverwaltungen können in ihren bilateralen oder multilateralen Beziehungen die Einführung weiterer Leistungen vereinbaren, deren Modalitäten zwischen den beteiligten Verwaltungen festgelegt werden.

Chapitre II
Le virement

Article 3
Conditions d'admission et d'exécution des ordres de virement

1. Sauf entente spéciale, le montant des virements est exprimé en monnaie du pays de destination.

2. L'Administration d'origine fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de destination.

3. L'Administration d'émission détermine la taxe qu'elle exige du tireur d'un virement postal et qu'elle garde en entier.

4. L'Administration de destination a la faculté de déterminer la taxe qu'elle perçoit pour l'inscription d'un virement postal au crédit d'un compte courant postal.

5. Sont exonérés de toutes taxes les virements relatifs au service postal échangés dans les conditions prévues à l'article 16 de la Convention.

6. Les avis de virement ordinaire sont envoyés sans frais aux bénéficiaires après inscription des sommes virées au crédit de leurs comptes. Lorsqu'ils ne comportent aucune communication particulière, ils peuvent être remplacés par une mention sur le relevé de compte permettant au bénéficiaire d'identifier le tireur.

7. Les virements télégraphiques sont soumis aux dispositions du Règlement télégraphique annexé à la Convention internationale des télécommunications. En sus de la taxe prévue au paragraphe 3 ci-dessus, le tireur d'un virement télégraphique paie la taxe prévue pour la transmission par la voie des télécommunications, y compris éventuellement celle d'une communication particulière destinée au bénéficiaire. Pour chaque virement télégraphique, le bureau de chèques postaux destinataire établit un avis d'arrivée ou un avis de virement du service interne ou international et l'adresse sans frais au bénéficiaire. Lorsque le télégramme-virement ne comporte aucune communication particulière, l'avis d'arrivée ou l'avis de virement peut être remplacé par une mention sur le relevé de compte permettant au bénéficiaire d'identifier le tireur.

Kapitel II
Überweisungen

Artikel 3
Zulassungs- und Durchführungsbedingungen für Überweisungsaufträge

1. Sofern nichts anderes vereinbart ist, wird der Betrag der Überweisungen in der Währung des Bestimmungslandes angegeben.

2. Die Einlieferungsverwaltung bestimmt, nach welchem Kurs die Beträge aus ihrer Währung in die des Bestimmungslandes umgerechnet werden.

3. Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Aussteller einer Postüberweisung erhebt; diese Gebühr verbleibt ihr ganz.

4. Die Bestimmungsverwaltung kann die Gebühr festsetzen, die sie für die Gutschrift eines Überweisungsbetrags auf ein Postgirokonto erhebt.

5. Postdienstliche Überweisungen, die unter den in Artikel 16 des Weltpostvertrags vorgesehenen Bedingungen ausgetauscht werden, sind von allen Gebühren befreit.

6. Gutschriftzettel für gewöhnliche Überweisungen werden den Empfängern nach Gutschrift der Überweisungsbeträge auf ihren Konten gebührenfrei übersandt. Enthalten sie keine besondere Mitteilung, so können sie durch einen Vermerk auf dem Kontoauszug ersetzt werden, der es dem Empfänger ermöglicht festzustellen, wer die Überweisung ausgestellt hat.

7. Telegrafische Überweisungen unterliegen den Bestimmungen der den Internationalen Fernmeldevertrag ergänzenden Vollzugsordnung für den Telegrafendienst. Zusätzlich zu der in § 3 vorgesehenen Gebühr zahlt der Aussteller einer telegrafischen Überweisung die für die Übermittlung auf dem Fernmeldeweg vorgesehene Gebühr, gegebenenfalls einschließlich der Gebühr für eine besondere Mitteilung an den Gutschriftempfänger. Für jede telegrafische Überweisung fertigt das Postgiroamt des Bestimmungslandes einen Eingangs- oder Gutschriftzettel des Inlands- oder Auslandsdienstes aus und sendet ihn gebührenfrei an den Empfänger. Enthält das Überweisungstelegramm keine besondere Mitteilung, so kann der Eingangs- oder Gutschriftzettel durch einen Vermerk auf dem Kontoauszug ersetzt werden, der es dem Empfänger ermöglicht festzustellen, wer die Überweisung ausgestellt hat.

Article 4

Responsabilité

1. *Principe et étendue de la responsabilité*

1.1 Les Administrations sont responsables des sommes portées au débit du compte du tireur jusqu'au moment où le virement a été régulièrement exécuté.

1.2 Les Administrations sont responsables des indications erronées fournies par leur service sur les listes de virements ordinaires ou sur les virements télégraphiques. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission.

1.3 Les Administrations n'assument aucune responsabilité pour les retards qui peuvent se produire dans la transmission et l'exécution des virements.

1.4 Les Administrations peuvent également convenir entre elles d'appliquer des conditions plus étendues de responsabilité adaptées aux besoins de leurs services intérieurs.

1.5 Les Administrations sont dégagées de toute responsabilité:

a) lorsque, par suite de la destruction des documents de service résultant d'un cas de force majeure, elles ne peuvent rendre compte de l'exécution d'un virement, à moins que la preuve de leur responsabilité n'ait été autrement administrée;

b) lorsque le tireur n'a formulé aucune réclamation dans le délai prévu à l'article 47, paragraphe 1, de la Convention.

2. *Détermination de la responsabilité*

Sous réserve de l'article 9, paragraphes 3.2 à 3.5, de l'Arrangement concernant les mandats de poste , la responsabilité incombe à l'Administration du pays dans lequel l'erreur s'est produite.

3. *Paiement des sommes dues. Recours*

3.1 L'obligation de désintéresser le réclamant incombe à l'Administration saisie de la réclamation.

3.2 Quelle que soit la cause du remboursement, la somme à rembourser au tireur d'un virement ne peut dépasser celle qui a été portée au débit de son compte.

3.3 L'Administration qui a désintéressé le réclamant a le droit d'exercer le recours contre l'Administration responsable.

3.4 L'Administration qui a supporté en dernier lieu le dommage a un droit de recours, jusqu'à concurrence de la somme payée, contre la personne bénéficiaire de cette erreur.

4. *Délai de paiement*

4.1 Le versement des sommes dues au réclamant doit avoir lieu dès que la responsabilité du service a été établie, dans un délai limite de six mois à compter du lendemain du jour de la réclamation.

4.2 Si l'Administration présumée responsable, régulièrement saisie, a laissé s'écouler cinq mois sans donner de solution définitive à une réclamation, l'Administration auprès de laquelle la réclamation a été introduite est autorisée à désintéresser le réclamant pour le compte de l'autre Administration.

5. *Remboursement à l'Administration intervenante*

5.1 L'Administration responsable est tenue de désintéresser l'Administration qui a remboursé le réclamant, dans un délai de quatre mois à compter du jour de l'envoi de la notification du remboursement.

5.2 A l'expiration de ce délai, la somme due à l'Administration qui a remboursé le réclamant devient productive d'intérêts moratoires, à raison de 6 pour cent par an.

Artikel 4

Haftung

1. *Grundsatz und Umfang der Haftung*

1.1 Die Verwaltungen haften solange für die Beträge, mit denen das Konto des Ausstellers einer Überweisung belastet wurde, bis der Überweisungsauftrag ordnungsgemäß ausgeführt worden ist.

1.2 Die Verwaltungen haften für unrichtige Eintragungen ihrer Dienststellen in den Listen zu gewöhnlichen Überweisungen oder in telegrafischen Überweisungen. Die Haftung erstreckt sich auf Umrechnungsfehler und auf Fehler bei der Übermittlung.

1.3 Die Verwaltungen übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, die bei der Übermittlung oder der Erledigung der Überweisungen entstehen können.

1.4 Die Verwaltungen können auch weitergefaßte Haftungsbedingungen, die den Erfordernissen ihrer Inlandsdienste angeglichen sind, vereinbaren.

1.5 Die Verwaltungen sind von jeder Haftung frei,

a) wenn sie über die Erledigung eines Überweisungsauftrags deshalb keine Rechenschaft ablegen können, weil die Dienstpapiere infolge höherer Gewalt vernichtet worden sind, sofern der Beweis ihrer Haftpflicht nicht anderweitig erbracht worden ist;

b) wenn der Aussteller einer Überweisung innerhalb der in Artikel 47 § 1 des Weltpostvertrags vorgesehenen Frist keinen Nachforschungsantrag gestellt hat.

2. *Feststellung der Haftung*

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 9 §§ 3.2 bis 3.5 des Postanweisungsabkommens haftet die Verwaltung des Landes, in dem der Fehler entstanden ist.

3. *Zahlung der geschuldeten Beträge. Rückgriff*

3.1 Zur Entschädigung des Ersatzberechtigten ist die Verwaltung verpflichtet, gegenüber der der Ersatzanspruch geltend gemacht worden ist.

3.2 Der dem Aussteller einer Überweisung zu erstattende Betrag darf, unabhängig vom Grund der Erstattung, den Betrag, mit dem sein Konto belastet wurde, nicht überschreiten.

3.3 Die Verwaltung, die den Ersatzberechtigten entschädigt hat, ist berechtigt, bei der für den Schaden verantwortlichen Verwaltung Rückgriff zu nehmen.

3.4 Die Verwaltung, die letztlich den Schaden getragen hat, hat bis zur Höhe des erstatteten Betrags ein Rückgriffsrecht gegenüber dem durch den Fehler Begünstigten.

4. *Zahlungsfrist*

4.1 Die dem Erstattungsberechtigten geschuldeten Beträge müssen gezahlt werden, sobald die Haftpflicht der Verwaltungen festgestellt worden ist, spätestens jedoch innerhalb einer Frist von sechs Monaten, von dem auf den Nachforschungsantrag folgenden Tag an gerechnet.

4.2 Wenn die als für den Schaden verantwortlich anzusehende Verwaltung fünf Monate hat verstreichen lassen, ohne einen ordnungsgemäß bei ihr anhängig gemachten Nachforschungsantrag endgültig zu erledigen, ist die Verwaltung, bei der der Nachforschungsantrag eingegangen ist, ermächtigt, den Ersatzberechtigten auf Rechnung der anderen Verwaltung zu entschädigen.

5. *Erstattung an die Verwaltung, die vorläufig Ersatz geleistet hat*

5.1 Die für den Schaden verantwortliche Verwaltung hat die Verwaltung, die den Antragsteller entschädigt hat, binnen vier Monaten, vom Tag der Absendung der Mitteilung über die erfolgte Erstattung an gerechnet, zu entschädigen.

5.2 Nach Ablauf dieser Frist ist der Verwaltung, die den Antragsteller entschädigt hat, der geschuldete Betrag mit 6 v. H. jährlich zu verzinsen.

Chapitre III
Le versement

Article 5
Le versement

1. Les Administrations conviennent d'adopter pour l'échange des versements par voie postale le type de formule et la réglementation qui s'adaptent le mieux à l'organisation de leur service.

2. *Versements par mandats de versement*

Sous réserve des dispositions particulières des articles RE 501 et RE 502, les versements par mandats de versement s'effectuent conformément aux dispositions de l'Arrangement concernant les mandats de poste.

3. *Versements par avis de versement*

3.1 Sous réserve des dispositions particulières ci-après, tout ce qui est expressément prévu pour les virements s'applique également aux versements.

3.2 L'Administration d'émission détermine la taxe qu'elle exige de l'expéditeur d'un versement et qu'elle garde en entier. Cette taxe ne peut pas être supérieure à celle qui est perçue pour l'émission d'un mandat ordinaire.

3.3 Un récépissé est délivré gratuitement au déposant au moment du versement des fonds.

Kapitel III
Einzahlungen

Artikel 5
Einzahlungen

1. Die Verwaltungen vereinbaren für die Abwicklung von Einzahlungen auf dem Postweg die Formblätter und die Regelung, die der Organisation ihres Dienstes am besten entsprechen.

2. *Einzahlungen durch Zahlkarten*

Vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen der Artikel RE 501 und RE 502 werden Einzahlungen durch Zahlkarten entsprechend den Bestimmungen des Postanweisungsabkommens vorgenommen.

3. *Einzahlungen durch Gutschriftzettel*

3.1 Vorbehaltlich der nachstehenden besonderen Bestimmungen gilt alles, was im einzelnen für Überweisungen vorgesehen ist, in gleicher Weise für Gutschriftzettel.

3.2 Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Einzahler eines Gutschriftzettels erhebt; diese Gebühr verbleibt ihr ganz. Sie darf nicht höher sein als die Gebühr für die Einlieferung einer gewöhnlichen Anweisung.

3.3 Dem Einzahler wird bei der Einzahlung von Beträgen unentgeltlich ein Einlieferungsschein ausgehändigt.

Chapitre IV
Le paiement par mandat

Article 6
Modalités d'exécution des paiements par mandat

1. Les paiements internationaux effectués par débit des comptes courants postaux peuvent être effectués au moyen de mandats ordinaires.

2. Les mandats ordinaires émis en représentation des sommes débitées des comptes courants postaux sont soumis aux dispositions de l'Arrangement concernant les mandats de poste.

Kapitel IV
Auszahlungen durch Anweisung

Artikel 6
Arten der Auszahlung durch Anweisung

1. Zu Lasten von Postgirokonten erteilte Auslands-Auszahlungsaufträge können mit gewöhnlichen Anweisungen abgewickelt werden.

2. Die gewöhnlichen Anweisungen, die auf Grund der Beträge ausgestellt werden, mit denen Postgirokonten belastet werden, unterliegen den Bestimmungen des Postanweisungsabkommens.

Chapitre V
Le paiement par chèque d'assignation

Article 7
Emission des chèques d'assignation

1. Les paiements internationaux effectués par débit des comptes courants postaux peuvent être effectués au moyen de chèques d'assignation.

2. Les paragraphes 1 et 2 de l'article 3 s'appliquent aux chèques d'assignation.

3. L'Administration d'origine détermine la taxe qu'elle exige du tireur d'un chèque d'assignation.

4. Les chèques d'assignation peuvent être transmis par la voie des télécommunications, soit entre le bureau d'échange de l'Administration d'origine et le bureau d'échange de l'Administration de paiement, soit entre le bureau d'échange de l'Administration d'origine et le bureau de poste chargé du paiement, lorsque les Administrations conviennent d'utiliser ce mode de transmission.

5. Les articles 3 de l'Arrangement et RE 402 du Règlement d'exécution concernant les mandats de poste s'appliquent aux chèques d'assignation télégraphiques.

Kapitel V
Auszahlungen durch Zahlungsanweisung

Artikel 7
Ausstellung der Zahlungsanweisungen

1. Zu Lasten von Postgirokonten erteilte Auslands-Auszahlungsaufträge können mit Zahlungsanweisungen abgewickelt werden.

2. Die §§ 1 und 2 des Artikels 3 gelten auch für Zahlungsanweisungen.

3. Die Einlieferungsverwaltung setzt die Gebühr fest, die sie vom Aussteller einer Zahlungsanweisung erhebt.

4. Wenn die Verwaltungen mit dieser Art der Übermittlung einverstanden sind, können Zahlungsanweisungen auf dem Fernmeldeweg entweder zwischen dem Vermittlungsgiroamt der Einlieferungsverwaltung und dem Vermittlungsgiroamt der Bestimmungsverwaltung oder zwischen dem Vermittlungsgiroamt der Einlieferungsverwaltung und dem mit der Auszahlung betrauten Postamt übermittelt werden.

5. Artikel 3 des Postanweisungsabkommens und Artikel RE 402 der Vollzugsordnung zum Postanweisungsabkommen gelten auch für telegrafische Zahlungsanweisungen.

Article 8

Paiement des chèques d'assignation

1. Les Administrations conviennent d'adopter pour le service des paiements la réglementation qui s'adapte le mieux à l'organisation de leur service. Elles peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des chèques d'assignation qui leur sont adressés.

2. L'Administration de paiement n'est pas tenue d'assurer le paiement à domicile des chèques d'assignation dont le montant excède celui des mandats ordinaires habituellement payés à domicile.

3. En ce qui concerne la durée de validité, le visa pour date, les règles générales de paiement, la remise par exprès, les taxes éventuellement perçues sur le bénéficiaire, les dispositions particulières au paiement télégraphique, les articles 4, paragraphe 5, 6, de l'Arrangement, RE 604, paragraphes 2 à 4, et RE 606, du Règlement d'exécution concernant les mandats de poste sont applicables aux chèques d'assignation pour autant que les règles du service intérieur ne s'y opposent pas.

Artikel 8

Auszahlung der Zahlungsanweisungen

1. Die Verwaltungen vereinbaren für die Auszahlung die Regelung, die der Organisation ihres Dienstes am besten entspricht. Sie können anstelle der ihnen übersandten Zahlungsanweisungen Formblätter des Inlandsdienstes verwenden.

2. Die auszahlende Verwaltung ist nicht verpflichtet, Zahlungsanweisungen in der Wohnung des Empfängers auszuzahlen, wenn deren Betrag höher ist als der Betrag von gewöhnlichen Anweisungen, die normalerweise in der Wohnung ausgezahlt werden.

3. Hinsichtlich der Gültigkeitsdauer, des Gültigkeitsvermerks, der allgemeinen Bestimmungen für die Auszahlung, der Eilzustellung, der gegebenenfalls beim Empfänger zu erhebenden Gebühren, der Sonderbestimmungen für die Auszahlung telegrafischer Anweisungen gelten Artikel 4 § 5 und Artikel 6 des Postanweisungsabkommens und Artikel RE 604 §§ 2 bis 4 und Artikel RE 606 der Vollzugsordnung zum Postanweisungsabkommen für Zahlungsanweisungen insoweit, als die Bestimmungen des Inlandsdienstes dem nicht entgegenstehen.

Article 9

Responsabilité

1. Les Administrations sont responsables des sommes portées au débit du compte du tireur jusqu'au moment où le chèque d'assignation a été régulièrement payé.

2. Les Administrations sont responsables des indications erronées fournies par leur service sur les listes de chèques d'assignation ou sur les chèques d'assignation télégraphiques. La responsabilité s'étend aux erreurs de conversion et aux erreurs de transmission.

3. Les Administrations n'assument aucune responsabilité pour les retards qui peuvent se produire dans la transmission ou le paiement des chèques d'assignation.

4. Les Administrations peuvent également convenir entre elles d'appliquer des conditions plus étendues de responsabilité adaptées aux besoins de leurs services intérieurs.

5. L'article 9 de l'Arrangement concernant les mandats de poste s'applique aux chèques d'assignation.

Artikel 9

Haftung

1. Die Postverwaltungen haften solange für die Beträge, mit denen das Konto des Ausstellers einer Zahlungsanweisung belastet wurde, bis die Zahlungsanweisung ordnungsgemäß ausgezahlt worden ist.

2. Die Verwaltungen haften für unrichtige Eintragungen ihrer Dienststellen in den Zahlungsanweisungslisten oder in telegrafischen Zahlungsanweisungen. Die Haftung erstreckt sich auf Umrechnungsfehler und auf Fehler bei der Übermittlung.

3. Die Verwaltungen übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, die bei der Übersendung oder der Auszahlung der Zahlungsanweisungen vorkommen können.

4. Die Verwaltungen können auch weitergefaßte Haftungsbedingungen, die den Erfordernissen ihrer Inlandsdienste angeglichen sind, vereinbaren.

5. Artikel 9 des Postanweisungsabkommens gilt auch für Zahlungsanweisungen.

Article 10

Rémunération de l'Administration de paiement

1. L'Administration d'émission attribue à l'Administration de paiement pour chaque chèque d'assignation une rémunération dont le taux est fixé, en fonction du montant moyen des chèques d'assignation compris dans les lettres d'envoi adressées au cours de chaque mois, à:

- 0,59 DTS jusqu'à 65,34 DTS;
- 0,72 DTS au-delà de 65,34 DTS et jusqu'à130,68 DTS;
- 0,88 DTS au-delà de130,68 DTS et jusqu'à196,01 DTS;
- 1,08 DTS au-delà de 196,01 DTS et jusqu'à 261,35 DTS;
- 1,31 DTS au-delà de 261,35 DTS et jusqu'à 326,69 DTS;
- 1,57 DTS au-delà de 326,69 DTS.

2. Au lieu des taux prévus au paragraphe 1, les Administrations peuvent toutefois convenir d'attribuer une rémunération uniforme en DTS ou en monnaie du pays de paiement indépendante du montant des chèques d'assignation.

3. La rémunération due à l'Administration de paiement est établie chaque mois de la façon suivante:

a) le taux de rémunération en DTS à appliquer pour chaque chèque d'assignation est déterminé après conversion en DTS

Artikel 10

Vergütung für die Bestimmungsverwaltung

1. Die ausstellende Verwaltung zahlt der Bestimmungsverwaltung für jede Zahlungsanweisung eine Vergütung, deren Höhe nach dem Durchschnittsbetrag der Zahlungsanweisungen in den Begleitbriefen, die im Laufe eines Monats versandt werden, festgesetzt wird auf

- 0,59 SZR bis 65,34 SZR;
- 0,72 SZR über 65,34 SZR bis 130,68 SZR;
- 0,88 SZR über 130,68 SZR bis 196,01 SZR;
- 1,08 SZR über 196,01 SZR bis 261,35 SZR;
- 1,31 SZR über 261,35 SZR bis 326,69 SZR;
- 1,57 SZR über 326,69 SZR.

2. Anstelle der in § 1 vorgesehenen Sätze können die Verwaltungen jedoch eine einheitliche Vergütung in Sonderziehungsrechten oder in der Währung des Bestimmungslandes vereinbaren, die vom Betrag der Zahlungsanweisungen unabhängig ist.

3. Die Vergütung für die Bestimmungsverwaltung wird monatlich wie folgt ermittelt:

a) Der auf jede Zahlungsanweisung anzuwendende Vergütungssatz in Sonderziehungsrechten wird nach Umrechnung des

du montant moyen des chèques d'assignation, sur la base de la valeur moyenne du DTS dans la monnaie du pays de paiement telle qu'elle est définie à l'article 104 du Règlement de la Convention;

b) le montant total en DTS, obtenu pour la rémunération relative à chaque compte, est converti dans la monnaie du pays de paiement sur la base de la valeur réelle du DTS en vigueur le dernier jour du mois auquel le compte se rapporte;

c) lorsque la rémunération uniforme prévue au paragraphe 2 est fixée en DTS, sa conversion en monnaie du pays de paiement est effectuée comme il est dit à l'alinéa b).

Chapitre VI

Autres modes d'échange des paiements

Article 11

Autres modes d'échange des paiements

1. Les paiements internationaux à assurer par débit des comptes courants postaux peuvent également être effectués au moyen de bandes magnétiques ou de tout autre support convenu entre les Administrations.

2. Les Administrations de destination peuvent utiliser des formules de leur régime intérieur en représentation des ordres de paiement qui leur sont ainsi adressés. Les conditions d'échange sont alors fixées dans des conventions particulières adoptées par les Administrations concernées.

Chapitre VII

Le postchèque

Article 12

Délivrance des postchèques

1. Chaque Administration peut délivrer des postchèques à ses titulaires de comptes courants postaux.

2. Il est remis également aux titulaires de comptes courants postaux auxquels des postchèques ont été délivrés une carte de garantie postchèque qui doit être présentée au moment du paiement.

3. Le montant maximal garanti est imprimé au verso de chaque postchèque, ou sur une annexe, dans la monnaie convenue entre les pays contractants.

4. Sauf accord particulier avec l'Administration de paiement, l'Administration d'émission fixe le taux de conversion de sa monnaie en celle du pays de paiement.

5. L'Administration d'émission peut percevoir une taxe sur le tireur d'un postchèque.

6. Le cas échéant, la durée de validité des postchèques est fixée par l'Administration d'émission. Elle est indiquée sur le postchèque par l'impression de la date ultime de validité. En l'absence d'une telle indication, la validité des postchèques est illimitée.

Article 13

Paiement

1. Le montant des postchèques est versé au bénéficiaire en monnaie légale du pays de paiement aux guichets des bureaux de poste.

2. Le montant maximal qui peut être payé au moyen d'un postchèque est fixé d'un commun accord par les pays contractants.

Durchschnittsbetrags der Zahlungsanweisungen in Sonderziehungsrechte auf der Grundlage des Durchschnittswerts des Sonderziehungsrechts in der Währung des Bestimmungslandes nach Artikel 104 der Vollzugsordnung zum Weltpostvertrag festgesetzt;

b) der als Vergütung für jede Rechnung festgestellte Gesamtbetrag in Sonderziehungsrechten wird auf der Grundlage des tatsächlichen Wertes des Sonderziehungsrechts, der am letzten Tag des Monat gilt, auf den sich die Rechnung bezieht, in die Währung des Bestimmungslandes umgerechnet;

c) wird die einheitliche Vergütung nach § 2 in Sonderziehungsrechten festgelegt, so erfolgt die Umrechnung in die Währung des Bestimmungslandes nach Buchstabe b.

Kapitel VI

Andere Arten des Zahlungsaustausches

Artikel 11

Andere Arten des Zahlungsaustausches

1. Auslandszahlungen aus Lastbuchungen von Postgirokonten können auch mit Magnetbändern oder jedem anderen Datenträger, der zwischen den Verwaltungen vereinbart wurde, durchgeführt werden.

2. Die Bestimmungsverwaltungen können anstelle der an sie gerichteten Zahlungsaufträge Formblätter ihres Inlandsdienstes verwenden. Die Austauschbedingungen werden dann in besonderen Übereinkommen zwischen den Verwaltungen festgelegt.

Kapitel VII

Postcheques

Artikel 12

Ausgabe von postcheques

1. Jede Verwaltung kann an Inhaber von Postgirokonten postcheques ausgeben.

2. Den Inhabern von Postgirokonten, denen postcheques ausgehändigt wurden, wird ebenfalls eine Garantiekarte postcheque ausgeliefert, die bei der Auszahlung vorzulegen ist.

3. Der garantierte Höchstbetrag ist auf der Rückseite eines jeden postcheques oder auf einem Anhang in der zwischen den vertragschließenden Ländern vereinbarten Währung aufgedruckt.

4. Falls kein besonderes Übereinkommen mit der auszahlenden Verwaltung besteht, setzt die ausstellende Verwaltung den Kurs für die Umrechnung ihrer Währung in die Währung des auszahlenden Landes fest.

5. Die ausstellende Verwaltung kann vom Aussteller eines postcheques eine Gebühr erheben.

6. Gegebenenfalls wird die Gültigkeitsdauer der postcheques von der ausstellenden Verwaltung festgelegt. Sie wird auf dem postcheque durch Aufdruck des letzten Gültigkeitstags angegeben. Fehlt eine solche Angabe, so sind die postcheques unbegrenzt gültig.

Artikel 13

Auszahlung

1. Der Betrag der postcheques wird dem Berechtigten in der gesetzlichen Währung des Auszahlungslandes an den Postschaltern ausgezahlt.

2. Der Höchstbetrag, der mittels eines postcheques gezahlt werden kann, wird von den vertragschließenden Ländern im gegenseitigen Einvernehmen festgesetzt.

Article 14

Responsabilité

1. L'Administration de paiement est déchargée de toute responsabilité lorsqu'elle peut établir que le paiement a été effectué dans les conditions fixées aux articles RE 1301 et RE 1302.

2. L'Administration émettrice n'est pas tenue d'honorer les postchèques falsifiés ou contrefaits qui lui sont renvoyés après le délai prévu à l'article RE 1303, paragraphe 4.

Article 15

Rémunération de l'Administration de paiement

Les Administrations qui conviennent de participer au service des postchèques fixent d'un commun accord le montant de la rémunération qui est attribuée à l'Administration de paiement.

Chapitre VIII

Dispositions diverses

Article 16

Dispositions diverses

1. *Demande d'ouverture d'un compte courant postal à l'étranger*

1.1 En cas de demande d'ouverture d'un compte courant postal dans un pays avec lequel le pays de résidence du requérant échange des virements postaux, l'Administration de ce pays est tenue, pour la vérification de la demande, de prêter son concours à l'Administration chargée de tenir le compte.

1.2 Les Administrations s'engagent à effectuer cette vérification avec tout le soin et toute la diligence désirables, sans toutefois qu'elles aient à assumer de responsabilité de ce chef.

1.3 Sur demande de l'Administration qui tient le compte, l'Administration du pays de résidence intervient aussi, autant que possible, pour la vérification des renseignements concernant toute modification de la capacité juridique de l'affilié.

2. *Franchise postale*

2.1 Les plis contenant des extraits de comptes adressés par les bureaux de chèques postaux aux titulaires de comptes sont envoyés par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) et remis en franchise dans tout pays de l'Union.

2.2 La réexpédition de ces plis dans tout pays de l'Union ne leur enlève, en aucun cas, le bénéfice de la franchise.

Chapitre IX

Dispositions finales

Article 17

Dispositions finales

1. La Convention, l'Arrangement concernant les mandats de poste ainsi que son Règlement d'exécution sont applicables, le cas échéant, par analogie, en tout ce qui n'est pas expressément réglé par le présent Arrangement.

2. L'article 4 de la Constitution n'est pas applicable au présent Arrangement.

3. *Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement*

3.1 Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement d'exécution doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

Artikel 14

Haftung

1. Die auszahlende Verwaltung ist von jeder Haftung frei, wenn sie nachweisen kann, daß die Auszahlung unter den in den Artikeln RE 1301 und RE 1302 festgelegten Bedingungen erfolgt ist.

2. Die ausstellende Verwaltung ist nicht verpflichtet, gefälschte oder verfälschte postcheques einzulösen, die ihr nach der in Artikel RE 1303 § 4 vorgesehenen Frist zurückgesandt werden.

Artikel 15

Vergütung für die auszahlende Verwaltung

Die Verwaltungen, die die Teilnahme an dem Dienst mit postcheques vereinbaren, setzen die der auszahlenden Verwaltung zu zahlende Vergütung im gegenseitigen Einvernehmen fest.

Kapitel VIII

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 16

Verschiedene Bestimmungen

1. *Antrag auf Eröffnung eines Postgirokontos im Ausland*

1.1 Wird beantragt, ein Postgirokonto in einem Land zu eröffnen, dessen Verwaltung mit der Verwaltung des Landes, in dem der Antragsteller wohnt, Postüberweisungen austauscht, so ist die Verwaltung dieses Landes verpflichtet, der Verwaltung, die das Konto führen soll, bei der Prüfung des Antrags behilflich zu sein.

1.2 Die Verwaltungen verpflichten sich, diese Prüfungen sorgfältig und beschleunigt durchzuführen, ohne jedoch hierfür zu haften.

1.3 Auf Verlangen der kontoführenden Verwaltung vermittelt die Verwaltung des Landes, in dem der Kontoinhaber wohnt, nach Möglichkeit auch Auskünfte über alle Änderungen in den Rechtsverhältnissen des Inhabers.

2. *Gebührenfreiheit*

2.1 Sendungen mit Kontoauszügen, die von den Postgiroämtern an die Kontoinhaber gerichtet sind, werden auf dem schnellsten Weg (Luft- oder Land- und Seeweg) übersandt und in allen Vereinsländern gebührenfrei ausgehändigt.

2.2 Bei Nachsendung dieser Sendungen innerhalb jedes Vereinslandes bleibt die Gebührenfreiheit auf jeden Fall bestehen.

Kapitel IX

Schlußbestimmungen

Artikel 17

Schlußbestimmungen

1. Der Weltpostvertrag, das Postanweisungsabkommen sowie seine Vollzugsordnung sind gegebenenfalls in all den Fällen entsprechend anzuwenden, die nicht ausdrücklich in diesem Abkommen geregelt sind.

2. Artikel 4 der Satzung gilt nicht für dieses Abkommen.

3. *Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen*

3.1 Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser bei dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

3.2 Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement d'exécution du présent Arrangement, qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil exécutif pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès, doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil exécutif qui sont parties à l'Arrangement.

3.3 Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions;

b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement;

c) la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

4. Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1er janvier 1991 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

3.2 Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Abkommen, die vom Kongreß an den Vollzugsrat zur Entscheidung verwiesen oder in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht wurden, bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der Mitglieder des Vollzugsrats, die an diesem Abkommen teilnehmen.

3.3 Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten:

a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen handelt;

b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um Änderungen zu Bestimmungen dieses Abkommens handelt;

c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens handelt.

4. Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1991 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die beim Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington am 14. Dezember 1989.

Postnachnahmeabkommen
Arrangement concernant les envois contre remboursement

(Übersetzung)

Table des matières

Article

1. Objet de l'Arrangement
2. Définition du service
3. Rôle du bureau de dépôt des envois
4. Rôle du bureau de destination des envois
5. Transmission des mandats de remboursement
6. Règlement aux expéditeurs des envois
7. Rémunération. Etablissement et règlement des comptes
8. Responsabilité
9. Dispositions finales

Inhaltsverzeichnis

Artikel

1 Gegenstand des Abkommens
2 Definition des Dienstes
3 Rolle des Einlieferungsamts
4 Rolle des Bestimmungsamts
5 Übersendung der Nachnahmepostanweisungen
6 Zahlung an den Absender der Sendung
7 Vergütung. Ausstellung und Begleichung der Rechnungen
8 Haftung
9 Schlußbestimmungen

Arrangement concernant les envois contre remboursement

Les soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements des Pays-membres de l'Union, vu l'article 22, paragraphe 4, de la Constitution de l'Union postale universelle conclue à Vienne le 10 juillet 1964, ont, d'un commun accord et sous réserve de l'article 25, paragraphe 3, de ladite Constitution, arrêté l'Arrangement suivant:

Article premier

Objet de l'Arrangement

Le présent Arrangement régit l'échange des envois contre remboursement que les pays contractants conviennent d'instituer dans leurs relations réciproques.

Article 2

Définition du service

1. Certains envois de la poste aux lettres et de colis postaux peuvent être expédiés contre remboursement.

2. Les fonds destinés à l'expéditeur des envois peuvent lui être envoyés:

a) par mandat de remboursement dont le montant est payé en espèces dans le pays d'origine de l'envoi; ce montant peut, toutefois, lorsque la réglementation de l'Administration de paiement le permet, être versé à un compte courant postal tenu dans ce pays;

b) par mandat de versement-remboursement dont le montant doit être porté au crédit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'origine de l'envoi, lorsque la réglementation de l'Administration de ce pays le permet;

c) par virement ou versement à un compte courant postal tenu soit dans le pays d'encaissement, soit dans le pays d'origine de l'envoi, dans les cas où les Administrations intéressées admettent ces procédés.

Article 3

Rôle du bureau de dépôt des envois

1. Sauf entente spéciale, le montant du remboursement est exprimé dans la monnaie du pays d'origine de l'envoi; toutefois, en cas de versement ou de virement du remboursement à un compte courant postal tenu dans le pays de destination, ce montant est exprimé dans la monnaie de ce pays.

2. Lorsque la liquidation du remboursement est effectuée par un mandat de remboursement, le montant de celui-ci ne peut excéder le maximum adopté dans le pays de destination pour l'émission des mandats à destination du pays d'origine de l'envoi. Par contre, lorsque le règlement à l'expéditeur est effectué par un mandat de versement-remboursement ou par virement, le montant maximal peut s'adapter à celui qui est fixé pour les mandats de versement ou les virements. Dans les deux cas, un maximum plus élevé peut être convenu d'un commun accord.

3. L'Administration d'origine de l'envoi détermine librement la taxe à verser par l'expéditeur, en sus des taxes postales applicables à la catégorie à laquelle appartient l'envoi, lorsque le règlement est exécuté au moyen d'un mandat de remboursement ou d'un mandat de versement-remboursement. La taxe appliquée à un envoi contre remboursement liquidé au moyen d'un mandat de versement-remboursement doit être inférieure à celle qui serait appliquée à un envoi de même montant liquidé au moyen d'un mandat de remboursement.

4. L'expéditeur d'un envoi contre remboursement peut, aux conditions fixées à l'article 38 de la Convention, demander soit le dégrèvement total ou partiel, soit l'augmentation du montant du

Postnachnahmeabkommen

Die Unterzeichneten, Bevollmächtigte der Regierungen der Mitgliedsländer des Weltpostvereins, haben auf Grund des Artikels 22 § 4 der am 10. Juli 1964 in Wien geschlossenen Satzung des Weltpostvereins im gegenseitigen Einvernehmen und unter Vorbehalt des Artikels 25 § 3 der genannten Satzung folgendes Abkommen geschlossen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

Dieses Abkommen regelt den Austausch von Postnachnahmesendungen, den die vertragschließenden Länder in ihren wechselseitigen Beziehungen einzuführen vereinbaren.

Artikel 2

Definition des Dienstes

1. Bestimmte Briefsendungen und Postpakete dürfen unter Nachnahme versandt werden.

2. Die für den Absender der Sendungen bestimmten Beträge können ihm folgendermaßen übersandt werden:

a) durch Nachnahmepostanweisung, deren Betrag im Einlieferungsland der Sendung bar ausgezahlt wird; der Betrag kann auch auf ein Postgirokonto im Einlieferungsland der Sendung eingezahlt werden, wenn es die Bestimmungen der Verwaltung dieses Landes zulassen;

b) durch Nachnahmezahlkarten, deren Betrag einem Postgirokonto im Einlieferungsland der Sendung gutzuschreiben ist, wenn es die Bestimmungen der Verwaltung dieses Landes zulassen;

c) durch Überweisung oder Einzahlung auf ein Postgirokonto im Bestimmungs- oder Einlieferungsland der Sendung, wenn die beteiligten Verwaltungen diese Verfahren zulassen.

Artikel 3

Rolle des Einlieferungsamts

1. Wenn nichts anderes vereinbart ist, muß der Nachnahmebetrag in der Währung des Einlieferungslandes der Sendung angegeben werden; im Fall der Einzahlung oder Überweisung des Nachnahmebetrags auf ein Postgirokonto im Bestimmungsland der Sendung ist jedoch der Betrag der Währung dieses Landes anzugeben.

2. Wird der Nachnahmebetrag mit Nachnahmepostanweisung überwiesen, darf diese den im Bestimmungsland für Postanweisungen nach dem Einlieferungsland der Sendung festgesetzten Höchstbetrag nicht überschreiten. Erfolgt dagegen die Zahlung an den Absender mit Nachnahmezahlkarte oder Überweisung, darf der Höchstbetrag dem für Zahlkarten oder Überweisungen festgesetzten Höchstbetrag entsprechen. In beiden Fällen kann ein höherer Höchstbetrag im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart werden.

3. Die Einlieferungsverwaltung der Sendung setzt nach freiem Ermessen die vom Absender zusätzlich zu den Postgebühren für die betreffende Sendungsart zu entrichtende Gebühr fest, wenn die Abwicklung mit Nachnahmepostanweisung oder Nachnahmezahlkarte erfolgt. Die Gebühr für eine mit Nachnahmezahlkarte abgewickelte Nachnahmesendung muß niedriger sein als die für eine mit Nachnahmepostanweisung abgewickelte Sendung gleichen Betrags.

4. Der Absender einer Nachnahmesendung kann unter den in Artikel 38 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen verlangen, daß der Nachnahmebetrag gestrichen, herab- oder her-

remboursement. En cas d'augmentation du montant du remboursement, l'expéditeur doit payer, pour la majoration, la taxe visée au paragraphe 3 ci-dessus; cette taxe n'est pas perçue lorsque le montant est à porter au crédit d'un compte courant postal au moyen d'un bulletin de versement ou d'un avis de versement ou de virement.

5. Si le montant du remboursement doit être réglé au moyen d'un bulletin de versement ou d'un avis de versement ou de virement destiné à être porté au crédit d'un compte courant postal soit dans le pays de destination, soit dans le pays d'origine de l'envoi, il est perçu sur l'expéditeur une taxe fixe de 0,16 DTS au maximum.

aufgesetzt wird. Wird der Nachnahmebetrag heraufgesetzt, so hat der Absender dafür die Gebühr nach § 3 zu entrichten; diese Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Betrag einem Postgirokonto mit Zahlkarte oder Gutschriftzettel oder durch Überweisung gutzuschreiben ist.

5. Wird der Nachnahmebetrag mit Zahlkarten oder Gutschriftzetteln oder durch Überweisung auf ein Postgirokonto im Bestimmungs- oder Einlieferungsland der Sendung abgewickelt, so wird vom Absender eine feste Gebühr von höchstens 0,16 SZR erhoben.

Article 4

Rôle du bureau de destination des envois

1. Sous les réserves prévues au Règlement d'exécution, les mandats de remboursement et les mandats de versement-remboursement sont soumis aux dispositions fixées par l'Arrangement concernant les mandats de poste.

2. Les mandats de remboursement et les mandats de versement-remboursement sont envoyés d'office par la voie la plus rapide (aérienne ou de surface) au bureau payeur ou au bureau des chèques postaux chargé de la mise en compte.

3. En outre, pour les virements ou versements visés à l'article 3, paragraphe 5, l'Administration du pays de destination prélève sur le montant du remboursement les taxes ci-après:

a) une taxe fixe de 0,65 DTS au maximum;

b) s'il y a lieu, la taxe intérieure applicable aux virements ou aux versements lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays de destination;

c) la taxe applicable aux virements ou aux versements internationaux lorsque ceux-ci sont effectués au profit d'un compte courant postal tenu dans le pays d'origine de l'envoi.

Artikel 4

Rolle des Bestimmungsamts

1. Mit den in der Vollzugsordnung enthaltenen Vorbehalten unterliegen Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten den Bestimmungen des Postanweisungsabkommens.

2. Nachnahmepostanweisungen und Nachnahmezahlkarten werden von Amts wegen auf dem schnellsten Weg (Luft- oder Land- und Seeweg) an das Auszahlungspostamt oder Gutschriftpostgiroamt abgesandt.

3. Darüber hinaus werden bei Überweisungen oder Einzahlungen nach Artikel 3 § 5 von der Verwaltung des Bestimmungslandes folgende Gebühren vom Nachnahmebetrag einbehalten:

a) eine feste Gebühr von höchstens 0,65 SZR;

b) gegebenenfalls die für Überweisungen oder Einzahlungen zu entrichtende Inlandsgebühr, wenn die Überweisungen oder Einzahlungen auf ein im Bestimmungsland geführtes Postgirokonto erfolgen;

c) die für die Überweisungen oder Einzahlungen nach dem Ausland zu entrichtende Gebühr, wenn die Überweisungen oder Einzahlungen auf ein im Einlieferungsland der Sendung geführtes Postgirokonto erfolgen.

Article 5

Transmission des mandats de remboursement

La transmission des mandats de remboursement peut, au choix des Administrations, s'opérer soit directement entre bureau d'émission et bureau de paiement, soit au moyen de listes.

Artikel 5

Übersendung der Nachnahmepostanweisungen

Die Übersendung der Nachnahmepostanweisungen kann je nach Wahl der Verwaltungen entweder unmittelbar zwischen dem Einlieferungsamt und dem Bestimmungsamt oder im Listenverfahren erfolgen.

Article 6

Règlement aux expéditeurs des envois

1. Les mandats de remboursement afférents aux envois contre remboursement sont payés aux expéditeurs dans les conditions déterminées par l'Administration d'origine de l'envoi.

2. Le montant d'un mandat de remboursement qui, pour un motif quelconque, n'a pas été payé au bénéficiaire est tenu à la disposition de celui-ci par l'Administration du pays d'origine de l'envoi; il est définitivement acquis à cette Administration à l'expiration du délai légal de prescription en vigueur dans ledit pays. Lorsque, pour une cause quelconque, le versement ou le virement à un compte courant postal demandé en conformité de l'article 2, lettre b), ne peut être effectué, l'Administration qui a encaissé les fonds établit un mandat de remboursement d'un montant correspondant au bénéfice de l'expéditeur de l'envoi.

Artikel 6

Zahlung an den Absender der Sendung

1. Nachnahmepostanweisungen zu Nachnahmesendungen werden den Absendern unter den von der Einlieferungsverwaltung der Sendungen festgesetzten Bedingungen ausgezahlt.

2. Der Betrag einer Nachnahmepostanweisung, die aus irgendeinem Grund dem Empfänger nicht ausgezahlt worden ist, wird bei der Verwaltung des Einlieferungslandes der Sendung zu seiner Verfügung bereitgehalten; der Betrag wird nach Ablauf der in dem betreffenden Land geltenden gesetzlichen Verjährungsfrist von dieser Verwaltung endgültig vereinnahmt. Wenn die nach Artikel 2 Buchstabe b verlangte Einzahlung oder Überweisung auf ein Postgirokonto aus irgendeinem Grund nicht durchgeführt werden kann, stellt die Verwaltung, die den Betrag eingezogen hat, eine für den Absender der Sendung bestimmte Nachnahmepostanweisung über einen entsprechenden Betrag aus.

Article 7

Rémunération. Etablissement et règlement des comptes

1. L'Administration d'origine de l'envoi attribue à l'Administration de destination, sur le montant des taxes qu'elle a perçues en application de l'article 3, paragraphes 3, 4 et 5, une rémunération dont le montant est fixé à 0,98 DTS.

Artikel 7

Vergütung. Ausstellung und Begleichung der Rechnungen

1. Die Einlieferungsverwaltung der Sendung zahlt der Verwaltung des Bestimmungslandes auf den Gebührenbetrag, den sie in Anwendung des Artikels 3 §§ 3, 4 und 5 erhoben hat, eine Vergütung, deren Betrag auf 0,98 SZR festgesetzt ist.

2. Les envois contre remboursement liquidés au moyen du mandat de versement-remboursement donnent lieu à l'attribution de la même rémunération que celle qui est attribuée lorsque la liquidation est effectuée au moyen du mandat de remboursement.

Article 8

Responsabilité

1. Les Administrations sont responsables des fonds encaissés jusqu'à ce que le mandat de remboursement soit régulièrement payé ou jusqu'à inscription régulière au crédit du compte courant postal du bénéficiaire. En outre, les Administrations sont responsables, jusqu'à concurrence du montant du remboursement, de la livraison des envois sans encaissement des fonds ou contre perception d'une somme inférieure au montant du remboursement. Les Administrations n'assument aucune responsabilité du chef des retards qui peuvent se produire dans l'encaissement et l'envoi des fonds.

2. Aucune indemnité n'est due au titre du montant du remboursement:

a) si le défaut d'encaissement résulte d'une faute ou d'une négligence de l'expéditeur;

b) si l'envoi n'a pas été livré parce qu'il tombe sous le coup des interdictions visées soit par la Convention (article 36, paragraphes 1, 2 et 3, lettre b)), soit par l'Arrangement concernant les colis postaux (article 19, lettres a), chiffres 2°, 4°, 5°, 6°, 7°, 8°, et b), et article 23);

c) si aucune réclamation n'a été déposée dans le délai défini à l'article 47, paragraphe 1, de la Convention.

3. L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration d'origine de l'envoi; celle-ci peut exercer son droit de recours contre l'Administration responsable qui est tenue de lui rembourser, dans les conditions fixées par l'article 68 de la Convention, les sommes qui ont été avancées pour son compte. L'Administration qui a supporté en dernier lieu le paiement de l'indemnité a un droit de recours, jusqu'à concurrence du montant de cette indemnité, contre le destinataire, contre l'expéditeur ou contre des tiers. L'article 66 de la Convention relatif aux délais de paiement de l'indemnité pour la perte d'un envoi recommandé s'applique, pour toutes les catégories d'envois contre remboursement, au paiement des sommes encaissées ou de l'indemnité.

4. L'Administration de destination n'est pas responsable des irrégularités commises lorsqu'elle peut:

a) prouver que la faute est due à la non-observation d'une disposition réglementaire par l'Administration du pays d'origine;

b) établir que, lors de la transmission à son service, l'envoi et, s'il s'agit d'un colis postal, le bulletin d'expédition y afférent ne portaient pas les désignations réglementaires. Lorsque la responsabilité ne peut être nettement imputée à l'une des deux Administrations, celles-ci supportent le dommage par parts égales.

5. Lorsque le destinataire a restitué un envoi qui lui a été livré sans perception du montant du remboursement, l'expéditeur est avisé qu'il peut en prendre possession dans un délai de trois mois, à condition de renoncer au paiement du montant du remboursement ou de restituer le montant reçu en vertu du paragraphe 1 ci-devant. Si l'expéditeur prend livraison de l'envoi, le montant remboursé est restitué à l'Administration ou aux Administrations qui ont supporté le dommage. Si l'expéditeur renonce à prendre livraison de l'envoi, celui-ci devient la propriété de l'Administration ou des Administrations qui ont supporté le dommage.

2. Für Nachnahmesendungen, deren Beträge mit Nachnahmezahlkarte abgewickelt werden, wird die gleiche Vergütung gezahlt wie für solche, deren Beträge mit Nachnahmepostanweisung abgewickelt werden.

Artikel 8

Haftung

1. Die Verwaltungen haften für die eingezogenen Nachnahmebeträge bis zur ordnungsmäßigen Auszahlung oder Gutschrift auf das Postgirokonto des Empfängers. Ferner haften die Verwaltungen bis zur Höhe des einzuziehenden Nachnahmebetrags dafür, daß die Sendungen nicht ohne Einziehung des Nachnahmebetrags oder nicht unter Einziehung eines geringeren Betrags als des Nachnahmebetrags ausgeliefert werden. Die Verwaltungen haften nicht für Verzögerungen, die bei Einziehung und Übersendung der Nachnahmebeträge auftreten können.

2. Für die richtige Einziehung des Nachnahmebetrags wird nicht gehaftet, wenn

a) die fehlerhafte Einziehung auf ein Verschulden des Absenders zurückzuführen ist;

b) die Sendung nicht ausgeliefert worden ist, weil sie unter die Verbote nach Artikel 36 §§ 1, 2 und 3 Buchstabe b des Weltpostvertrags oder nach Artikel 19 Buchstabe a Ziffern 2, 4, 5, 6, 7, 8, und Buchstabe b sowie Artikel 23 des Postpaketabkommens fällt;

c) innerhalb der Frist nach Artikel 47 § 1 des Weltpostvertrags kein Nachforschungsantrag gestellt worden ist.

3. Zur Zahlung des Ersatzbetrags ist die Einlieferungsverwaltung der Sendungen verpflichtet; diese Verwaltung kann Rückgriff gegen die verantwortliche Verwaltung nehmen, die unter den in Artikel 68 des Weltpostvertrags festgesetzten Bedingungen verpflichtet ist, die für ihre Rechnung ausgelegten Beträge der Einlieferungsverwaltung zu erstatten. Die Verwaltung, die den Schaden getragen hat, kann bis zur Höhe des gezahlten Betrags Rückgriff gegen den Empfänger oder den Absender der Sendung oder den Dritten nehmen. Artikel 66 des Weltpostvertrags über die Zahlungsfrist für Ersatzbeträge bei Verlust einer Einschreibsendung gilt auch für alle Arten von Nachnahmesendungen hinsichtlich der Auszahlung der eingezogenen Beträge oder der Zahlung des Ersatzbetrags.

4. Die Verwaltung des Bestimmungslandes der Sendung haftet nicht für Unregelmäßigkeiten, wenn sie

a) beweisen kann, daß der Fehler auf die Nichtbeachtung einer Bestimmung durch die Verwaltung des Einlieferungslandes zurückzuführen ist;

b) nachweisen kann, daß bei der Übergabe an ihren Dienst die Sendung und, wenn es sich um ein Postpaket handelt, die zugehörige Paketkarte nicht die ordnungsmäßigen Bezeichnungen getragen haben. Haftet eine der beiden Verwaltungen nicht eindeutig, so tragen beide Verwaltungen den Schaden zu gleichen Teilen.

5. Wenn der Empfänger eine Sendung, die ihm ohne Einziehung des Nachnahmebetrags ausgeliefert worden ist, wieder zurückgibt, wird der Absender verständigt, daß er die Sendung binnen drei Monaten unter Verzicht der Auszahlung des Nachnahmebetrags oder gegen Rückzahlung des ihm nach § 1 gezahlten Betrags wieder übernehmen kann. Übernimmt der Absender die Sendung, so wird der zurückgezahlte Betrag der Verwaltung oder den Verwaltungen erstattet, die den Schaden getragen haben. Verzichtet der Absender auf Rücknahme der Sendung, so wird sie Eigentum der Verwaltung oder der Verwaltungen, die den Schaden getragen haben.

Article 9

Dispositions finales

1. La Convention, l'Arrangement concernant les mandats de poste et l'Arrangement concernant le service des chèques postaux ainsi que l'Arrangement concernant les colis postaux sont applicables, le cas échéant, en tout ce qui n'est pas contraire au présent Arrangement.

2. Conditions d'approbation des propositions concernant le présent Arrangement et son Règlement d'exécution

2.1 Pour devenir exécutoires, les propositions soumises au Congrès et relatives au présent Arrangement et à son Règlement d'exécution doivent être approuvées par la majorité des Pays-membres présents et votant qui sont parties à l'Arrangement. La moitié au moins de ces Pays-membres représentés au Congrès doivent être présents au moment du vote.

2.2 Pour devenir exécutoires, les propositions relatives au Règlement d'exécution du présent Arrangement qui ont été renvoyées par le Congrès au Conseil exécutif pour décision ou qui sont introduites entre deux Congrès doivent être approuvées par la majorité des membres du Conseil exécutif qui sont parties à l'Arrangement.

2.3 Pour devenir exécutoires, les propositions introduites entre deux Congrès et relatives au présent Arrangement doivent réunir:

a) l'unanimité des suffrages, s'il s'agit de l'addition de nouvelles dispositions;

b) les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de modifications aux dispositions du présent Arrangement;

c) la majorité des suffrages, s'il s'agit de l'interprétation des dispositions du présent Arrangement.

3. Le présent Arrangement sera mis à exécution le 1er janvier 1991 et demeurera en vigueur jusqu'à la mise à exécution des Actes du prochain Congrès.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires des Gouvernements des pays contractants ont signé le présent Arrangement en un exemplaire qui est déposé auprès du Directeur général du Bureau international. Une copie en sera remise à chaque Partie par le Gouvernement du pays siège du Congrès.

Fait à Washington, le 14 décembre 1989.

Artikel 9

Schlußbestimmungen

1. Sofern Bestimmungen dieses Abkommens nicht entgegenstehen, gelten für Postnachnahmesendungen gegebenenfalls der Weltpostvertrag, das Postanweisungsabkommen und das Postgiroabkommen sowie das Postpaketabkommen.

2. Bedingungen für die Annahme von Vorschlägen zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung.

2.1 Die dem Kongreß unterbreiteten Vorschläge zu diesem Abkommen und seiner Vollzugsordnung bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedsländer, die an diesem Abkommen teilnehmen. Mindestens die Hälfte dieser bei dem Kongreß vertretenen Mitgliedsländer muß bei der Abstimmung anwesend sein.

2.2 Vorschläge zur Vollzugsordnung zu diesem Abkommen, die vom Kongreß an den Vollzugsrat zur Entscheidung verwiesen oder in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebracht wurden, bedürfen, um rechtswirksam zu werden, der Genehmigung durch die Mehrheit der Mitglieder des Vollzugsrats, die an diesem Abkommen teilnehmen.

2.3 Die in der Zeit zwischen zwei Kongressen eingebrachten Vorschläge zu diesem Abkommen müssen, um rechtswirksam zu werden, erhalten

a) die Gesamtheit der Stimmen, wenn es sich um die Aufnahme neuer Bestimmungen handelt;

b) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich um Änderungen zu Bestimmungen dieses Abkommens handelt;

c) die Mehrheit der Stimmen, wenn es sich um die Auslegung von Bestimmungen dieses Abkommens handelt.

3. Dieses Abkommen tritt am 1. Januar 1991 in Kraft und gilt bis zum Inkrafttreten der Verträge des nächsten Kongresses.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Regierungen der vertragschließenden Länder dieses Abkommen in einer Urschrift unterzeichnet, die bei dem Generaldirektor des Internationalen Büros hinterlegt wird. Eine Abschrift wird jeder Vertragspartei von der Regierung des Landes zugestellt, in dem der Kongreß stattgefunden hat.

Geschehen zu Washington, am 14. Dezember 1989.

Denkschrift zu den Verträgen des Weltpostvereins vom 14. Dezember 1989

I. Allgemeines

Der Weltpostverein wurde am 9. Oktober 1874 in Bern durch Unterzeichnung des Allgemeinen Postvereinsvertrags gegründet.

Deutschland gehörte zu den 22 Gründungsmitgliedern und hatte durch den Generalpostmeister Heinrich von Stephan maßgeblichen Anteil an der Schaffung des Vereins. Im Jahre 1948 wurde der Weltpostverein Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die Verträge des Weltpostvereins regeln die Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern, ihre Zusammenarbeit und die Ausführung der internationalen Postdienste.

Rechtliche Basis des Weltpostvereins ist die Satzung des Weltpostvereins, die am 10. Juli 1964 auf dem XV. Weltpostkongreß in Wien von den Mitgliedsländern unterzeichnet wurde. Der Satzung, die Dauercharakter hat, wurde für die Bundesrepublik Deutschland mit Vertragsgesetz vom 20. Dezember 1965 (BGBl. 1965 II S. 1633) zugestimmt.

Nach der Satzung treten Vertreter der Mitgliedsländer des Weltpostvereins regelmäßig alle fünf Jahre zu einem Weltpostkongreß zusammen, um die Satzung und die übrigen Verträge des Weltpostvereins zu revidieren und ggf. zu ergänzen. Änderungen der Satzung erfolgen ggf. durch ein Zusatzprotokoll; die übrigen Verträge werden in der revidierten Fassung neu beschlossen.

Die zur Zeit geltenden Verträge des Weltpostvereins beruhen auf Beschlüssen des XIX. Weltpostkongresses von Hamburg 1984; mit Vertragsgesetz vom 31. Januar 1986 (BGBl. II 1986 S. 201) wurde ihnen zugestimmt.

Auf dem XX. Weltpostkongreß in Washington vom 13. November bis 14. Dezember 1989 wurde die Satzung durch das Vierte Zusatzprotokoll geändert; außerdem wurden die Verträge revidiert und satzungsgemäß neu beschlossen.

Die Bundesrepublik Deutschland war auf dem Kongreß durch eine Regierungsdelegation vertreten. Am 14. Dezember 1989 wurden für die Bundesrepublik Deutschland folgende Verträge unterzeichnet:

1. Viertes Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins
2. Allgemeine Verfahrensordnung des Weltpostvereins nebst Anhang
3. Weltpostvertrag
4. Postpaketabkommen
5. Postanweisungsabkommen
6. Postgiroabkommen und
7. Postnachnahmeabkommen.

Mit diesen Verträgen hat die Bundesrepublik Deutschland – wie schon auf den vorhergehenden Kongressen – alle Verträge des Weltpostvereins unterzeichnet.

II. Besonderes

Mit dem Vierten Zusatzprotokoll zur Satzung des Weltpostvereins wurde dem Vollzugsrat des Weltpostvereins die Zuständigkeit für den Erlaß der Vollzugsordnungen zu den Verträgen des Vereins übertragen (Artikel 22). Ferner wurden dem Generaldirektor des Internationalen Büros des Weltpostvereins die bislang von der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft wahrgenommenen Aufgaben in bezug auf das Beitritts-, das Notifizierungs- und das Genehmigungsverfahren übertragen (Artikel 11, 23 und 26). Der Goldfranken wurde als Vereinswährung durch das Sonderziehungsrecht des Internationalen Währungsfonds ersetzt (Artikel 7).

Im übrigen hat der Kongreß durch Änderung der Allgemeinen Verfahrensordnung die Rolle des Konsultativrats für Poststudien bezüglich der Aufstellung und Änderung technischer Normen gestärkt (Artikel 104) und die Haushaltsobergrenzen für die Jahre 1991 bis 1995 festgelegt (Artikel 124).

Im Weltpostvertrag, der den internationalen Briefdienst regelt, hat der Kongreß folgende wesentliche Änderungen vorgenommen:

- Neben die nach Inhaltskriterien ausgerichtete herkömmliche Einteilung der Briefsendungen in Briefe und Postkarten einerseits sowie Drucksachen, Blindensendungen und Päckchen andererseits ist die Unterscheidung von mit Vorrang und nicht mit Vorrang zu befördernden Sendungen getreten (Artikel 19).
- Der bislang durch feste Ober- und Untergrenzen bestimmte Gebührenrahmen für die Auslandsbriefgebühren ist ersetzt worden durch ein System von Richtgebühren, das den Verwaltungen die erforderliche Freiheit bei der Festsetzung ihrer Gebühren beläßt.

  Darüber hinaus können die Postverwaltungen auf der Grundlage ihrer Inlandsvorschriften insbesondere den Großkunden ermäßigte Auslandsgebühren einräumen; diese dürfen jedoch die für entsprechende Leistungen erhobenen Inlandsgebühren nicht unterschreiten (Artikel 20).
- Die Vergütungssätze für den Land- und den Seedurchgang wurden feiner gestaffelt und angehoben (Artikel 72).
- Der Satz für die Endvergütungen, mit welchen die Einlieferungsverwaltung der Bestimmungsverwaltung jedes Kilogramm per Saldo mehr übersandter Briefpost auszugleichen hat, wurde von 2,614 auf 2,94 Sonderziehungsrechte (~ 6,50 DM) heraufgesetzt. Zugleich wurde für Verkehrsrelationen, in denen in beiden Richtungen mehr als 150 t Briefpost im Jahr ausgetauscht werden, ein neues Endvergütungssystem mit getrennten Sätzen für Briefe und Postkarten einerseits und die übrigen Briefsendungen andererseits eingeführt (Artikel 73).
- Die Zulassungsbestimmungen sind in verschiedenen Einzelregelungen kundenfreundlicher gefaßt worden; so sind z. B. Päckchen allgemein bis zum Gewicht von 2 000 g zugelassen (Artikel 19), und Standardsendungen dürfen größere Abmessungen aufweisen (Artikel 22).

- Als neue fakultative Dienste sind die internationale Werbeantwort (Artikel 33) sowie die Sendung mit Zustellnachweis (Artikel 49) eingeführt worden.
- Die Postverwaltungen haften bei Einschreibsendungen für Verlust, Beraubung und Beschädigung; der Haftungsbetrag ist um 25 v. H. auf 24,50 Sonderziehungsrechte (54,70 DM) angehoben worden (Artikel 57). Bei Sendungen mit Zustellnachweis hat der Absender im Fall des Verlustes sowie im Fall der vollständigen Beschädigung oder Beraubung des Inhaltes lediglich Anspruch auf Gebührenerstattung (Artikel 58).
- Kosten für die Benutzung des inneren Luftpostnetzes dürfen von den Verwaltungen nur geltend gemacht werden für Entfernungen von wenigstens 300 km und nur abzüglich der Kosten für die Landwegbeförderung (Artikel 84); der Höchstsatz beträgt 0,568 Sonderziehungsrechte (~ 1,26 DM) pro t-km (Artikel 85).
- Als schnellster Postdienst mit körperlicher Übermittlung ist der EMS-Dienst in den Weltpostvertrag aufgenommen worden (Artikel 92). Er bietet eine besonders schnelle Abholung, Beförderung und Zustellung von Briefsendungen, Dokumenten und Waren.

Im Postpaketabkommen wurden die Anfangs-, Durchgangs-, End- und Seevergütungsanteile, die den an der Beförderung eines Pakets beteiligten Postverwaltungen bzw. Reedereien zustehen, sowie die Nebengebühren wiederum den veränderten Kostensituationen angepaßt; zugleich wurde ein Orientierungsrahmen für die Anfangs- und Endvergütungsanteile eingeführt; dieser läßt zu, daß die Endvergütungsanteile um 30 v. H. über den Anfangsvergütungsanteilen liegen (Artikel 47). Die Ersatzbeträge bei Verlust, Beschädigung oder Beraubung von Postpaketen ohne Wertangabe wurden in den verschiedenen Gewichtsstufen um durchschnittlich 50 % erhöht (Artikel 40).

Da der Postsparkassen-, der Postauftrags und der Postzeitungsdienst in der Vergangenheit höchst selten nach den Abkommen des Weltpostvereins ausgeführt wurden, hat der Kongreß die betreffenden Abkommen aufgehoben; aus demselben Grunde wurden auch die Vorschriften über den Postreisescheckdienst, die bisher Bestandteil des Postanweisungs- und Postreisescheckabkommens waren, gestrichen.

Das Postanweisungs-, das Postgiro- und das Postnachnahmeabkommen wurden grundlegend überarbeitet und neu gefaßt; folgende Neuerungen sind erwähnenswert:

- Um den Zugang zum Postanweisungs- und Postgirodienst zu erleichtern, wurde nicht postalischen Einrichtungen die durch eine Postverwaltung vermittelte Teilnahme an diesen Diensten ermöglicht.
- Postanweisungen werden nunmehr unterteilt in gewöhnliche Postanweisungen und Zahlkarten, wobei Zahlkarten jedem bei der Post geführten Konto, auch einem Sparkonto, gutgeschrieben werden können.
- Für gewöhnliche Postanweisungen gilt kein allgemeiner Höchstbetrag mehr; dieser ist vielmehr zwischen den Postverwaltungen zu vereinbaren.
- Die zulässige Höchstgebühr für gewöhnliche Postanweisungen ist um ca. 50 v. H. angehoben worden.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 127181 10. 91
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333